

Inhalt

Band 1

[Vorwort](#)

Kapitel I

[Aktuelle Texte der Revolutionären Zellen\(1991/92\)](#)

[Gerd Albartus ist tot](#)

[Das Ende unserer Politik](#)

[Wenn die Nacht am tiefsten ist der Tag am nächsten](#)

[Tendenz für eine internationale soziale Revolution](#)

[Wir müssen so radikal sein, wie die Wirklichkeit](#)

Kapitel II

[Vorbemerkungen](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 1 \(1975\)](#)

[Interview aus Holger, der Kampf geht weiter \(1975\)](#)

Erklärungen

[ITT \(11/73\)](#)

[Chilenisches Konsulat \(6/74\)](#)

[BDI, BDA, IKH, Ausländerpolizei \(5/74\)](#)

[Ausländerbehörde Frankfurt \(6/79\)](#)

[Sötje \(5/74\)](#)

[Krone-Werke \(5/74\)](#)

[Kaußen \(9/76\)](#)

[RA Wagner \(8/80\)](#)

[Bundesverfassungs-gericht \(3/75\)](#)

[Gutscheine für Obdachlose \(1976\)](#)

[Auto Staatsanwalt \(5/77\)](#)

[Fahrpreiskampf \(1975\)](#)

[Schwarzfahrerkartei Frankfurt \(9/76\)](#)

[Schwarzfahrerkartei Berlin \(9/76\)](#)

[Berliner Verkehrsgesellschaft \(8/77\)](#)

[Fahrscheinkontrolleure \(3/78\)](#)

[VRR \(2/84\)](#)

[Fahrkarten \(3/81\)](#)

[Entebbe-Film \(1/77\)](#)

[Agrexco \(6/78\)](#)

[Hameico \(6/79\)](#)

[Zur Bombe im Münchener Hauptbahnhof \(9/75\)](#)

[Zur Bombe im Kölner Bahnhof \(11/75\)](#)

Kapitel III

[Vorbemerkungen](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 2 \(1976\)](#)

Erklärungen

[Offiziersclub US-Army \(6/76\)](#)

[Buback \(4/77\)](#)

[Buback II \(4/77\)](#)

[Zwangsverteidiger Düsseldorf \(2/77\)](#)

[Anwaltskammer Frankfurt \(3/77\)](#)

[Zwangsverteidiger Westberlin \(5/78\)](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 3 \(1977\)](#)

[Brief an alle Genossen aus der RAF \(12/1976\)](#)

[Die Bilanz ist schlimm \(2/85\)](#)

[Es ist zum kotzen \(2/85\)](#)

[Der Lange Marsch ist im Arsch \(1975\)](#)

Kapitel IV

[Die Hans-Joachim Klein-Debatte](#)

[Brief von Hans-Joachim Klein an den Spiegel- \(5/77\)](#)

[Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter \(5/77\)](#)

[Interview von Hans-Joachim Klein in der Liberation- \(10/78\)](#)

[Hunde, wollt ihr ewig bellen \(11/78\)](#)

[Erklärung der RZ zum Fall Traube \(3/77\)](#)

Kapitel V

[Vorbemerkungen](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 4 \(1978\) Teil 1](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 4 \(1978\) Teil 2](#)

Kapitel VI

[Vorbemerkungen](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 6 \(1981\) Teil 1](#)

[Revolutionärer Zorn Nr. 6 \(1981\) Teil 2](#)

Erklärungen

[Mainzer Sozialdezernenten \(6/78\)](#)

[Neue Heimat Berlin \(2/82\)](#)

[Wohnungsbaukreditanstalt Berlin \(5/82\)](#)

[Liegenschaftsamt \(5/82\)](#)

[Texas Instruments \(2/83\)](#)

[Justizvollzugsanstalt Hamm \(11/83\)](#)

[Firmen in Bonn & Gütersloh \(8/84\)](#)

[Fraunhofer-Institut \(5/84\)](#)

[Konsulat El-Salvador \(1/82\)](#)

[Konsulat Türkei \(2/84\)](#)

[Konrad-Adenauer-Stiftung \(6/83\)](#)

[MAN Ginsheim \(9/83\)](#)

[DEG Köln \(3/84\)](#)

[SCS Hamburg/ MPB Dortmund \(9/85\)](#)

[Institut für Genetik \(10/85\)](#)

[Deutsche Bank Köln u.a. \(4/85\)](#)

[Siemens Isernhagen \(4/85\)](#)

Kapitel VII

[Vorbemerkungen](#)

[Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung \(1980\)](#)

Erklärungen

[MAN Nürnberg \(8/77\)](#)

[KSB Frankenthal \(12/77\)](#)

[Wach- und Kontrolldienst Nord \(5/78\)](#)

[Nordwestdeutsche Kraftwerke \(7/78\)](#)

[Wetterturm Ahaus \(11/79\)](#)

[Kalkar u.a. \(11/82\)](#)

Kapitel VIII

[Vorbemerkungen](#)

[Beethoven gegen MacDonald \(1983\)](#)

Erklärungen [US-Offizierskasino Frankfurt \(12/76\)](#)

[US-Militärgelände Giessen \(1/77\)](#)

[US-Offizierscasino Wiesbaden \(6/78\)](#)

[Kasernengelände Garlstedt \(9/78\)](#)

[US-Kantine Frankfurt \(5/81\)](#)

[NATO-Gipfel Bonn \(6/82\)](#)

[SEL Düsseldorf \(2/83\)](#)

[IBM Reutlingen \(3/83\)](#)

[Truppenparade Berlin \(3/83\)](#)

[NATO-Pipeline Lorch \(6/84\)](#)

[NATO-Pipeline Mörfelden \(5/85\)](#)

Band 2

Kapitel IX

[Vorbemerkungen](#)

[Die Bewegung gegen die Startbahn West \(1983\)Teil 1 Die Bewegung gegen die Startbahn West \(1983\)Teil 2 Die Bewegung gegen die Startbahn West \(1983\)Teil3](#)

Erklärungen [Karry \(5/81\)](#)

[Züblin Frankfurt \(10/81\)](#)

[Ministerium für Wirtschaft & Technik \(12/81\)](#)

[Bilfinger Frankfurt \(1/81\)](#)

[Holzmann Neu-Isenburg \(2/82\)](#)

[Bilfinger Wiesbaden \(1/82\)](#)

[Züblin Duisburg \(3/82\)](#)

[Bilfinger Mannheim \(7/82\)](#)

Kapitel X

[Vorbemerkungen](#)

[Krieg Krise Friedensbewegung \(1983\) Teil 1](#)

[Krieg Krise Friedensbewegung \(1983\) Teil 2](#)

Kapitel XI

[Vorbemerkungen](#)

[Wolf im Schafspelz \(5/1984\)](#)

Erklärungen

[Loderer/Mayer \(4/79\)](#)

[Bundesanstalt für Arbeit \(1/80\)](#)

[Bundesarbeitsgericht \(3/80\)](#)

[Journalist \(11/82\)](#)

[Bergarbeiterstreik in Großbritannien \(3/85\)](#)

Kapitel XII

[Vorbemerkungen](#)

Erklärungen

[Daimler Schwäbisch-Gmünd \(10/85\)](#)

[Brüggemann & Brandt Hagen \(12/85\)](#)

[Daimler Wuppertal \(1/86\)](#)

[Rewe Wesel \(11/87\)](#)

[Olf & Sohn Hamburg \(4/88\)](#)

[Zorn Extra 9. Zeitung der Revolutionären Zellen \(1986\)](#)

Erklärungen

[Ausländerpolizei Hamburg \(8/86\)](#)

[OVG Lüneburg \(9/86\)](#)

[DRK Berlin \(9/86\)](#)

[Ausländerzentralregister Köln \(9/86\)](#)

[Lufthansa Köln \(10/86\)](#)

[Hollenberg Berlin \(10/86\)](#)

[Sozialhilfestelle für Asylbewerber Berlin \(2/87\)](#)

[Korbmacher Berlin \(9/87\)](#)

[Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge \(9/87\)](#)

[OVG Münster \(1989\)](#)

[Ausländeramt Böblingen \(8/91\)](#)

[A + B Stelle für Roma & Sinti Köln \(11/89\)](#)

[Zigeunerdatei Köln \(11/89\)](#)

[BAGS Hamburg \(11/89\)](#)

[Amt für öffentliche Ordnung Köln \(5/90\)](#)

[Staatskanzlei Düsseldorf \(1/91\)](#)

[Was ist das Patriarchat?](#)

Kapitel XIII

[Vorbemerkungen](#)

[Interview mit der Roten Zora \(1984\)](#)

Erklärungen

[Bundesärztekammer Köln \(4/77\)](#)

[Schering Berlin \(3/82\)](#)

[Lindemann Hamburg \(2/83\)](#)

[Frauenhändler/Philippinische Botschaft \(3/83\)](#)

[Frauenhändler Münster \(8/83\)](#)

[Siemens Witten & Braunschweig \(11/83\)](#)

[Nixdorf Hannover \(12/83\)](#)

[Max-Plank-Institut Köln \(8/85\)](#)

[Technologiepark Heidelberg \(4/85\)](#)

[Humangenetisches Institut Münster \(4/86\)](#)

[2. Erklärung zu Münster \(1/87\)](#)

[Gesellschaft für biotechnologische Forschung \(9/86\)](#)

[Adler \(6/87\)](#)

[Biotechnisches Institut Berlin \(2/88\)](#)

Kapitel XIV

[Vorbemerkungen 635](#)

[Revolutionärer Zorn 5 \(1978\) Feuer und Flamme für diesen Staat \(1981\)](#)

Erklärungen

[Zu Sylvester 1977 \(1/1978\)](#)

[Revolutionärer Zauber \(12/81\)](#)

[Daimler Frankfurt \(6/79\)](#)

[Brief zu diesem Anschlag \(6/79\)](#)

Kapitel XV

[Vorbemerkungen](#)

Erklärungen

[Berliner Reichstag \(6/91\)](#)

[Siegessäule \(2/91\)](#)

[Kaiser Berlin & Ravensbrück \(7/91\)](#)

[This is not a love song \(1991\)](#)

Kapitel XVI

[Vorbemerkungen](#)

Prozesse

[Das Verhör war schon das Verbrechen](#)

[Prozeßklärung Hermann Feilings 1980](#)

[Prozeß gegen Gerd Albartus und Enno Schwall](#)

[Prozeß gegen Rudolf Raabe](#)

[Prozeß gegen Ingrid Stobl](#)

Anhang

[Anmerkungen 1](#)

[Anmerkungen 2](#)

[Anmerkungen 3](#)

[Anmerkungen 4](#)

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Literatur Kritiken und Diskussionsbeiträge zur Politik der RZ/Rote Zora](#)

[Themenorientiertes Literaturverzeichnis](#)

[Register](#)

Vorwort

I.

Die Organisationen Revolutionäre Zellen und Rote Zora¹ sind ebenso wie die anderen bewaffneten Gruppen in der BRD (Rote Armee Fraktion, Bewegung 2. Juni u.a.) das Ergebnis der Radikalisierung eines Teils der 68er-Bewegung. Das aus Lateinamerika abgeleitete Stadtguerillakonzept, ihr Kampf im Herzen der Bestie (Che Guevara) wurde als strategische Notwendigkeit der Metropolenlinken begriffen. Mit den in der Linken breit diskutierten internationalistischen, antiimperialistischen und sozialrevolutionären Theorien wurde die Unabdingbarkeit revolutionärer Gewalt zur Gesellschaftsveränderung formuliert.

Im Mai 1972 startete die RAF ihre erste militärische Offensive, Ende des Jahres befanden sich ihre bekannten Köpfe allesamt in Haft. Als 1973 die ersten Gruppen der Revolutionären Zellen unter diesem Namen ihre Aktivitäten aufnahmen, konnten sie auf diese Negativerfahrung zurückgreifen. So gründete sich die RZ in dem Wissen, daß auf organisatorischer Ebene der beste Schutz vor staatlicher Verfolgung und politischer Isolation die gänzliche Anonymität ihrer Mitglieder und eine dezentrale, nicht hierarchische Arbeitsweise ist. Dies ermöglichte den unbekanntem Militanten, an Diskussionen und legalen Bewegungen der radikalen Linken weiterhin teilzunehmen, eine Verselbständigung militärischer Politik zu vermeiden und die Fahndungsapparate des Staates ins Leere laufen zu lassen. Die RZ wollte keine Avantgarde-Organisation aufbauen, keine Stellvertreterpolitik machen. Alle müssen alles können war der selbstformulierte Anspruch der Revolutionären Zellen.

Für die Spontis und Linksradiكالen der 70er Jahre und die autonome Linke der 80er Jahre waren ihre schriftlichen Äußerungen und praktischen Aktivitäten sehr von Bedeutung und hatten entsprechenden Einfluß bei deren Arbeit.

Die Linke hat sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nie öffentlich mit der Politik von RZ/Rote Zora beschäftigt. Vor allem weil es keine öffentlich auftretenden RZ-VertreterInnen gab, benutzte der integrationswillige Teil die dazu wesentlich besser geeignete RAF als Projektionsfläche, um die militante Vergangenheit unter geringstmöglichem Gesichtsverlust loszuwerden und die Hinterfragung der eigenen staatstragenden Positionen zu vermeiden.

Für Fahndungsbehörden, wie das BKA und den Verfassungsschutz, sind die Revolutionären Zellen bis heute eine weitgehend unbekannte Größe² geblieben. Sie wurden unter dem Etikett Feierabendterrorismus abgehandelt und konnten deshalb nicht wie die RAF als Staatsfeind Nr. 1 aufgebaut werden. Das hinderte die Strafjustiz aber nicht, die Publizierung von RZ-Dokumenten mittels der Gesinnungsparagrafen 88a und 129a³ zu kriminalisieren. Dies ging so weit, die theoretische und publizistische Beschäftigung mit Themen, die von RZ/Rote Zora ebenfalls behandelt wurden, unter dem Begriff anslagsrelevante Themen⁴ zu verfolgen.

Die bürgerlichen Medien schenkten den RZ/Rote Zora nicht die Aufmerksamkeit wie der RAF, obgleich die Aktionsquantität um einiges höher war. Ausnahmen bildeten hier z.B. spektakuläre Carlos-Berichte⁵ oder Aufmacher über die Frauenterrorgruppe Rote Zora nach den bundesweiten Aktionen gegen die Adler-Filialen im Sommer/Herbst 1987.⁶

Die linksradikalischen Medien wurden staatlicherseits mit dem Ziel verfolgt, öffentliche Diskussion zu unterbinden.⁷

II

Im Dezember 1991 und Januar 1992 unterzogen zwei Gruppen der Revolutionären Zellen mit längeren Erklärungen ihre bisherigen internationalistischen und antiimperialistischen Positionen einer grundsätzlichen Kritik.

Das erste publizierte Papier⁸ nimmt den Tod eines Genossen zum Anlaß, um die Theorien und Ansätze der 70er Jahre (u.a. das Verhältnis zu nationalen Befreiungsbewegungen und ihr damaliges Verständnis von Antizionismus) zu hinterfragen. In der Erklärung einer anderen Gruppe⁹ wird aufgrund der weltpolitischen Veränderung, des Zusammenbruchs des Ostblocks, der fehlenden Verankerung militanter Politik und der ihrer Meinung nach gescheiterten Flüchtlingspolitik linksradikaler Gruppen der Schlußstrich unter die bisherige Praxis gezogen.

Auf die Problematik, wieso gerade in einer Phase der Neuen Weltordnung- und eines immer aggressiver werdenden nationalistischen und rassistischen Deutschlands bewaffnete Gruppen¹⁰ eine solche Zäsur machen, wird nur peripher eingegangen. Auch die nach diesen Erklärungen begonnene Debatte, an der sich neben Gruppen aus der radikalen Linken auch weitere Gruppen aus dem sogenannten Traditionsverband der Revolutionären Zellen beteiligten, hatte nur ansatzweise die Analyse der momentanen Situation zum Thema.

Schwerpunkt der aktuellen RZ-Texte ist die Reflexion ihrer Politik in den 70er und 80er Jahren. Vor nicht allzu langer Zeit wäre eine solche öffentliche Kontroverse, die teilweise Züge einer Selbstdemontage trägt, undenkbar gewesen. Bislang galt das Prinzip, daß eine Kritik von der Guerilla an der Guerilla nur konstruktiv und solidarisch¹¹ sein dürfe.

Der Beginn dieser ohne Zweifel überfälligen Diskussion ist jedoch geprägt von Mißverständnissen und Irritationen¹² und für Außenstehende nur fragmentarisch rekonstruierbar.

III

Die Intention des vorliegenden Buches¹³ liegt darin, allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich mit den Positionen der Revolutionären Zellen/Roten Zora auseinanderzusetzen zu können. Das Buch orientiert sich nicht an den medienwirksamen und staatsloyalen Versöhnungsdebatten-, sondern versteht sich als ein zeitgeschichtlicher Beitrag zur Geschichte und Wirkungsweise radikaler Opposition in der BRD. Es soll der Linken die Möglichkeit gegeben werden, an einer öffentlichen Diskussion über Sinn und Zweck militanter Politik in der BRD teilzunehmen. Das Projekt richtete sich auch gegen jegliche Form politischer Zensur, wie sie in der BRD seit Jahrzehnten Bestand hat.

Viele der dokumentierten Originaltexte haben jedoch nicht nur historischen Charakter, sondern sind auch als Beiträge zu aktuellen Debatten zu verstehen. Durch ihren konkreten Theorie-Praxis-Bezug haben gerade die seit 1981 publizierten Papiere und Erklärungen einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die militante Linke in der BRD gehabt. Die RZ/Rote Zora-Texte sind also durchaus als revolutionäre Theorie, als reflektierende Konstruktion der Gesellschaft unter dem Aspekt ihrer radikalen Veränderbarkeit (Hans-Jürgen Krahl) zu verstehen.

IV.

Das Ziel des Buch-Projekts ist es jedoch nicht, ideologische Identifikation und Mythenbildung zu fördern. Und schon gar nicht können die zwei Bände eine Geschichte für beendet erklären, dies vermochte Papier noch nie. Vielmehr verstehen sie sich als eine Aufforderung an alle (ehemaligen) Aktivistinnen und Aktivistinnen, auf die vielen Fragen des mit ihnen korrespondierenden Publikums und ihres eigenen Zusammenhangs einzugehen. Dies scheint heute notwendiger denn je, will man es

nicht den altlinken Protagonisten und sich linksliberal nennenden Journalisten¹⁴ überlassen, Geschichte zu schreiben. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte beinhaltet nicht nur die Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse und die Relevanz in dieser Konfrontation, vielmehr sollte es um den Aufbau von Verbindungslinien der handelnden Subjekte aus Vergangenheit und Gegenwart gehen.

Die jetzige Situation in Deutschland vergegenwärtigt die Notwendigkeit, theoretische und praktische Erfahrungen transparent zu machen. Gefordert ist in erster Linie nicht die Konstruktion vermeintlicher Kontinuitäten, sondern das Benennen von Widersprüchen und Fehlern. Daraus können zwar keine revolutionären Strategien abgeleitet, aber Fragen gestellt werden, was aufgrund der Geschichte für eine Fundamentalopposition weiterhin von Interesse sein kann oder als Fehlentwicklung zu bewerten ist.

V.

Herausgeber, Redaktionsgruppe und Verlag sind sich darüber im klaren, daß nicht wenige Leserinnen und Leser unter den 800 Seiten eine umfassende Aufarbeitung der Politik von Revolutionären Zellen und Roter Zora erwarten. So berechtigt dieses Interesse auch ist, so lag es uns jedoch fern, solch einen Versuch zu unternehmen. Unsere Möglichkeiten bestehen darin, Material zur Verfügung zu stellen. Sicherlich wäre es auf dieser Grundlage möglich gewesen, die Dialektik von RZ/Rote Zora-Positionen und gesellschaftlicher Relevanz zu analysieren. Eine textanalytische Untersuchung mit der Außenperspektive hätte jedoch wesentliche Aspekte ignoriert

In den RZ-Verlautbarungen waren und sind die sozial- und kulturhistorischen Faktoren als Bestandteile von Politik in den seltensten Fällen enthalten.

Die Texte beinhalten nur ansatzweise die Darstellung des politischen Milieus, in dessen Rahmen die Diskussionen stattfanden.

Es fehlen ebenso Hinweise auf die Klassenherkunft, die persönlichen und politischen Entwicklungen und sozialen Bedingungen der Akteure.¹⁵

Die Schwierigkeiten, eine umfassenden Reflexion dieser Gruppen zu betreiben, ist in deren Politikverständnis und Organisationskonzept Illegalität als politische Strategie und als Schutz vor staatlicher Verfolgung begründet.

Solange keine Formen der Vermittlung der Binnenperspektive gefunden sind, bleiben einzig die Einschätzungen und Spekulationen des ideologisch nahestehenden Publikums, die aber keine ernsthaften Ausgangspunkte für eine Aufarbeitung bilden können.

Ein wichtiger Punkt von vielen offenen Fragen, deren Zugang sich über die Lektüre der Texte erschließt, ist die notwendige Auseinandersetzung um den Antizionismus/Antisemitismus in der Linken und ihr Verhältnis zum Befreiungsnationalismus. Inzwischen mag es als allgemeingültig gelten, daß eine antiimperialistische Politik, wie sie u.a. zu der Flugzeugentführung nach Entebbe und den dortigen Vorgängen geführt hat, ein schwerwiegender Fehler war. Dieses Ereignis, das immerhin zu einer Spaltung der Revolutionären Zellen führte, wurde bis in die jüngere Vergangenheit nie öffentlich thematisiert. Wenn erst 16 Jahre später eine Gruppe der RZ u.a. dieses Thema zum Anlaß für eine Reflexion nimmt, liegt die Verantwortung für diese Verdrängung ohne Zweifel in erster Linie bei den Revolutionären Zellen selbst. Sie ist aber genauso in der unaufgearbeiteten Komplexität des Themas durch den größten Teil der gesamten Linken¹⁶ begründet. Von daher wäre es vermessen, aufgrund einer bearbeiteten Herausgabe der Originaltexte, wie sie in der jetzigen Form vorliegen, über die RZ-Geschichte und die daran Beteiligten ein endgültiges Urteil zu fällen.

Mit Die Früchte des Zorns hoffen wir, einen Beitrag zur Auseinandersetzung und weiteren Diskussion um die Geschichte der militanten Linken im allgemeinen und der RZ/Rote Zora-Politik im besonderen

zu liefern.

Die aktuelle Debatte soll den linken Zeitschriften und Infoblättern, in denen sie direkter und kontroverser geführt werden kann, vorbehalten bleiben.

Zur Konzeption

Das Buch-Projekt

Die Früchte des Zorns. Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora ist keine historisch-kritische Gesamtausgabe sämtlicher Verlautbarungen (und schon gar nicht ist es möglich, die Textentwicklung zu rekonstruieren) der Gruppen, sondern ein von einer Redaktionsgruppe zusammengestellter und eingeleiteter, sowie vom Verlag mit Anmerkungen versehener, Sammelband.

Die Einleitungen

sollen kurz die gesellschaftlichen Entwicklungen und die jeweilige politische Situation skizzieren. Sie orientieren sich an den Texten der RZ und der Roten Zora und lassen damit zwangsläufig andere politische Strömungen, unabhängig von ihrem gesellschaftlichen Einfluß, außer acht. Zwar werden in den Einleitungen Widersprüche und Kritiken an den Positionen der RZ/Rote Zora aufgegriffen, Ziel ist es jedoch nicht, dort Auseinandersetzung mit deren Politik zu führen. Sie dienen primär dem besseren Verständnis für die Lektüre der Originaltexte.

Die Originaltexte

sind chronologisch und thematisch angeordnet, d.h. die theoretischen Papiere sind in zeitlicher Reihenfolge aufgeführt, den jeweiligen Kapiteln wurden dann die Aktionserklärungen zugeordnet. Diesem Prinzip wurde auch bei den gemeinsamen Erklärungen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora gefolgt, trotz der Bedenken, daß die Rote Zora damit als Unterpunkt erscheint.

Ein vollständiger Abdruck der Texte ist nicht möglich gewesen. Als Vorlagen dienten zugängliche Archivmaterialien und Veröffentlichungen in linken Zeitschriften. Waren die Originaltexte in verschiedenen Zeitschriften dokumentiert, wurden sie, soweit möglich, verglichen. Die mit gezeichneten Auslassungen wurden meist den Vorlagen entnommen. Es konnte nicht mehr rekonstruiert werden, ob es davon überhaupt vollständige Erklärungen gibt, denn nicht selten wurden in den Originaltexten Auslassungen auch als Stilmittel benutzt.

Bei der Abschrift wurden nur offensichtliche Satzfehler korrigiert, die Grammatik und Orthographie wurde beibehalten. Hervorhebungen (Fettschrift und Kursiv) entsprechen ebenfalls dem Original. Die berschrifteten und Zwischenüberschriften von der RZ-eigenen Zeitschrift Revolutionärer Zorn wurden übernommen. Bei einigen Texten konnte allerdings nicht rekonstruiert werden, ob die Titel mit dem Original identisch sind oder von der veröffentlichenden Zeitschrift nachträglich vorangestellt wurden. Im Sinne des einfacheren Zugangs sind bei sämtlichen Erklärungen sachliche Themenüberschriften eingefügt worden.

Die Auswahl der Originaltexte wurde mit Sorgfalt vorgenommen. Eine Authentizität aller abgedruckten RZ/Rote Zora-Texte kann jedoch nicht gewährleistet werden.

Nicht aufgenommen

wurden Texte der sogenannten Resonanzzellen, soweit sie entweder als solche gekennzeichnet waren (z.B. das Papier 200 Jahre sind nicht genug) oder inhaltlich stark von den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten des sogenannten Traditionsverbandes abwichen. Nicht dokumentiert wurde ebenfalls der Revolutionäre Zorn Nr.7. In einer Kritik zu der im Sommer 1987 erschienenen Textsammlung Der Weg zum Erfolg wird von den Revolutionären Zellen Stellung genommen

...ärgert uns noch einiges, z.B. daß dieses inhaltslose Revolverblättchen als Nr. 7 unseres Zorn-präsentiert wird und unsere Nummer 6 und 7 trickreich nachnummeriert werden. (taz 10.8.87).

Aus den sogenannten Praxisanleitungen der Revolutionären Zellen und der Roten Zora sind nur die politischen Einleitungen dokumentiert. Dadurch wird die originär in den Gruppen bestehende Auseinandersetzung um Theorie und Praxis deutlich. Von einer weitergehenden Dokumentation der praktischen Tips wurde aus inhaltlichen und konzeptionellen Gründen abgesehen.

Kriterium für die Textzusammenstellung war eine Dokumentation der Entwicklung der politischen Positionen, theoretischen Analysen und praktischen Aktivitäten der RZ/Rote Zora von 1973 bis 1992.

Die Anmerkungen

wurden zum besseren Verständnis der Originaltexte nachträglich erarbeitet. Es wurde versucht, Namen, Organisationen und Ereignissen, die aus den Texten nicht oder nur schwer verständlich sind bzw. deren Wissen darüber heute nicht vorausgesetzt werden kann, nachträglich transparent zu machen. Dabei wurden folgende Kriterien angelegt

Zu Personen aus dem linken Spektrum (insbesondere politische Gefangene und bereits gestorbene linksradikale AktivistInnen), wurde in Kürze ihre politische Entwicklung, soweit bekannt, und der Grund ihrer Verhaftung bzw. ihres Todes beschrieben. Die danach folgenden Literaturangaben führen erst Publikationen auf, bei denen die Personen als Autoren oder Autorinnen (Bücher, Aufsätze, Prozeßerklärungen) namentlich gezeichnet haben. Es folgt Literatur, die sich mit ihrer Situation (Verhaftungen, Prozesse etc.) beschäftigt. Auch wenn bei den bibliographischen Angaben ebenfalls keine Vollständigkeit garantiert wird, soll die Ausführlichkeit jedoch die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit den politischen Positionen und der persönlichen Situation der Genannten verdeutlichen und geht deshalb oftmals über den behandelten Zeitraum hinaus. Die Ausführlichkeit in diesem Kontext hielten wir für angemessen, da in den Originaltexten immer wieder eine Bezugnahme erfolgt.

Bei Personen aus dem sogenannten öffentlichen Leben sind ihre politischen Funktionen mit dem Schwerpunkt der Phase zur Zeit der Textproduktion der Originaltexte beschrieben. Weiterführende Literatur bezieht sich nur auf die behandelten Themen.

Organisationen werden ebenfalls nur kurz erklärt. Wenn in den dokumentierten Originalen eine intensivere Beschäftigung mit staatlichen und transnationalen Organisationen und Institutionen erfolgt, wurde den Anmerkungen entsprechende Literatur angefügt.

Ereignisse und Begriffe, deren Abläufe und Inhalte nicht aus den Originaltexten deutlich werden, sind unter dem Kriterium der Verständlichmachung erklärt worden. Angefügt ist dort Literatur, die einerseits ermöglichen soll, das angesprochene Ereignis nachzuvollziehen; gleichzeitig versteht sich die Literaturangabe als Versuch, die damaligen Diskussionen ansatzweise transparent zu machen. Sicherlich ist es eine Gefahr, durch Anmerkungen nachträglich in ein Zustandekommen der politischen Position einzugreifen, denn die ProduzentInnen der Originaltexte haben keine Lektorats-Aufgaben übernommen. Trotzdem halten wir aber eine Bearbeitung für sinnvoll. Als Stichpunkte gemeint, orientieren sich die Anmerkungen an den Originalen, können aber auch als

allgemeine Hinweise zu den behandelten Themen verstanden werden.

Eine ähnliche Funktion haben die Literaturverweise. Diese besagen nicht, ob die angegebenen Bücher auch tatsächlich rezipiert wurden, sondern sind nur ein kleiner Hinweis auf den Komplex der in jener Zeit existierenden Diskussion.

Die Auswahlbibliographie Kritiken und Diskussionen-

soll deutlich machen, daß es seit den ersten Aktionen der Revolutionären Zellen eine, wenn auch nicht allzu intensive, Auseinandersetzung um deren Politik innerhalb der Linken gegeben hat.

Das themenorientierte Literaturverzeichnis

ist ebenfalls eine Auswahlbibliographie, die nur aufzeigen kann, daß eine breitere Beschäftigung mit den in den Originaltexten angesprochenen Themen stattgefunden hat und auch heute noch möglich ist.

Die Register

beziehen sich nur auf die Originaltexte und haben den Zweck, ein schnelles stichpunktartiges Auffinden zu erleichtern.

ID-Archiv im IISG/Amsterdam

Die Anmerkungen zum Vorwort befinden sich auf Seite 684 f.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Im Dezember 1991 veröffentlichte eine Gruppe der Revolutionären Zellen eine mehrseitige Erklärung.

Die Ermordung von Gerd Albartus durch eine palästinensische Gruppe veranlaßte sie zu einer Reflexion ihrer Politik, ausgehend von der Entführung einer Air-France-Maschine nach Entebbe durch ein Kommando, dem die RZ-Mitglieder Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse angehörten.

Nach ihrer Einschätzung führte diese Aktion zu einem nie aufgearbeiteten Bruch innerhalb der Revolutionären Zellen. Sie fordern eine Neubestimmung internationalistischer Politik und eine Debatte über das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus in der deutschen Linken.

Einen Monat später erschien in der Zeitschrift Konkret der Text einer anderen Gruppe der Revolutionären Zellen, die ankündigte, ihre bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufzugeben. Auch diese Gruppe reflektiert die Politik und Praxis der RZ seit ihrem Bestehen und geht vor allem auf das Mißlingen der Flüchtlingskampagne seit Mitte der 80er Jahre ein.

Andere Gruppen der RZ nahmen zu diesen Texten Stellung und kritisierten sie zum Teil heftig: Eine Gruppe aus dem Rhein-Main-Gebiet mit dem Text Wenn die Nacht am tiefsten ist der Tag am nächsten, ebenso eine RZ Tendenz für die internationale soziale Revolution.

Das bisher letzte Papier aus dem Traditionszusammenhang- der Revolutionären Zellen ist eine zweite Stellungnahme der Gruppe, die die Erklärung zum Tod von Gerd Albartus veröffentlicht hat.

Auf den folgenden Seiten finden sich diese fünf Texte. Gleichzeitig soll aber auch auf andere Diskussionsbeiträge innerhalb der radikalen Linken verwiesen werden, die im Literaturanhang bibliographiert wurden.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 686 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Gerd Albartus ist tot. Dezember 1991

Schlechte Nachrichten in einem Stück Zeitung Heute, da mir die Freunde sterben,
sterben nur ihre Namen.

Wie kann man hoffen, aus dieser gewalttätigen Grube,
mehr als die Buchstaben zu erfassen, Schimmer von zärtlicher Schwärze, Pfeile bis in die vertrauten
Erinnerungen?

Nur wer außerhalb der Gefängnisse lebt, kann die Leichen ehren,
sich reinwaschen vom Schmerz über seine Toten mit Umarmungen, mit Nagel und Träne die
Grabsteine kratzen.

Die Gefangenen nicht: Wir pfeifen nur, damit das Echo die Nachricht beschwichtigt.

Roque Dalton

Gerd Albartus ist tot.

Er wurde bereits im Dezember 1987 erschossen, nachdem er von einer Gruppierung, die sich dem palästinensischen Widerstand zurechnet und für die er gearbeitet hat, vor ein Tribunal gestellt und zum Tode verurteilt worden war. Wir haben die Nachricht erst etliche Zeit später bekommen. Bis dahin waren wir davon ausgegangen, daß Gerd von einer Reise zu der Gruppe nicht zurückgekehrt war, weil er von den Hausdurchsuchungen, Fahndungen und Verhaftungen im Dezember 19872 wußte und befürchtete, bei einer Einreise in die BRD ebenfalls festgenommen zu werden. Versuche, über seinen Verbleib etwas in Erfahrung zu bringen, blieben entweder unbeantwortet oder bestätigten uns in dieser Vermutung. Wie die meisten seiner Freundinnen und Freunde, die sich um ihn sorgten, waren wir uns mit zunehmender Dauer seines Wegbleibens gewiß, daß er die Gelegenheit zum Anlaß genommen hatte, um sich der seit seiner Knastzeit verschärften polizeilichen bewachung und Schikane zu entziehen. Er war, davon waren wir überzeugt, abgetaucht, zwar nicht in unserem Rahmen, aber an einen gesicherten Ort und in einem politischen Zusammenhang, dem er nahestand.

Daß es nochmals gedauert hat, bis wir uns endlich durchgerungen haben, unser Wissen um seinen Tod öffentlich zu machen, liegt an uns. Die Suche nach einer Antwort, die der Ungeheuerlichkeit des Anlasses auch nur einigermaßen angemessen gewesen wäre, in der das Bedürfnis nach Rache seinen Platz gehabt hätte, ohne daß es den Falschen trifft, ist ins Leere gegangen. Bemühungen, über die bloße Nachricht in einem Stück Zeitung hinaus eine Form zu finden, die unserem Entsetzen und unserer Trauer gerecht wird, sind fehlgeschlagen. Der Weg der Veröffentlichung ist zugleich die Kapitulation vor weitergehenden Ansprüchen.

Natürlich gab und gibt es auch Kontroversen, wem mit einer Veröffentlichung gedient ist. Der Vorwurf wurde laut, daß wir lediglich dem Zeitgeist Tribut zollen und ausgerechnet in einem Moment reinen Tisch machen, wo die Abrechnung mit linker Geschichte fast schon eine Frage des guten Geschmacks ist. Der Text würde uns auf die eigenen Füße fallen, weil damit doch bloß die sattsam bekannten Klischees über die Spirale der Gewalt innerhalb bewaffneter kämpfender Gruppen zusätzlich Nahrung erhielten. berdies wurde vor einer Schwächung der Palästina-Solidarität gewarnt. Eine derartige Nachricht, so differenziert sie auch vorgetragen würde, müsse zwangsläufig auf den gesamten palästinensischen Widerstand zurückfallen, weil kaum jemand imstande ist, das Geflecht der palästinensischen Organisationen und Fraktionen zu durchschauen, und wir selbst auch keine detaillierten Informationen über die konkreten Zusammenhänge beisteuern könnten. Dies aber sei vor dem Hintergrund des Golfkriegs und einer politischen Debatte, die sich auf die blödsinnige Alternative: Israel ja oder nein zugespitzt habe, ein Signal in die verkehrte Richtung. Und schließlich müsse uns bewußt sein, daß eine derartige Veröffentlichung eine Welle von Reaktionen auslösen würde, deren ganzes Ausmaß wir weder überschauen noch verantworten könnten.

Wir haben uns über all diese Einwände, auch wenn sie uns lange haben zögern lassen, letztendlich hinweggesetzt. Die berechtigte Sorge, der falschen Seite in die Hände zu arbeiten, darf nicht zum bequemen Freibrief werden, jeglichen Dreck unter den Teppich zu kehren. Sie war schon zu oft bloßer Vorwand, um das eigene Schweigen zu legitimieren. Vielleicht müssen wir umdenken, müssen lernen, daß Schwindel und Selbsttäuschung weit mehr zu unserem Scheitern beitragen, als die offen geführte Kontroverse um unsere internen Widersprüche, selbst auf die Gefahr hin, daß der Gegner sich dies zunutze macht. Wer von Befreiung träumt, von den Schattenseiten des Befreiungskampfes aber nichts wissen will, hängt naiven Revolutionsvorstellungen nach, die dessen Wirklichkeit nicht standhalten. Wir wollen uns nicht an Legenden und Bilder klammern, die weniger unseren Erfahrungen als vielmehr naiven Projektionen oder aber handfesten Verdrängungen geschuldet sind. Wem nützen wir damit, wenn wir unter dem Banner des Internationalismus eine falsche Einheit vorgaukeln, während hinter den Kulissen die Gegensätze aufeinanderprallen. Nur wenn wir uns illusionslos mit den tatsächlichen politischen und ideologischen Widersprüchen auseinandersetzen, werden wir mit ihnen umzugehen wissen, sobald wir damit konfrontiert werden.

Es geht uns auch nicht um Enthüllung oder Anprangerung, selbst wenn wir nicht verhindern können, daß von dem Text in einer Weise Gebrauch gemacht werden wird, der uns jetzt schon anwidert. Die Befürchtung, wir könnten der falschen Seite Munition liefern, teilen wir nicht. Diese Seite war gerade in der jüngsten Zeit nicht schlecht gewappnet, und wo ihr die Munition ausging, konnte sie sich in den Archiven der Stasi³ nach Belieben bedienen. Wer uns eins auswischen will, braucht nicht auf unsere Vorgabe zu warten, sondern entscheidet selbst, wann die Gelegenheit günstig ist egal, ob es stimmt. Und falls wir den Bullen tatsächlich neue Erkenntnisse offenbaren, so hat dies allenfalls zur Folge, daß ein Zielfahndungskommando aufgelöst werden kann.

Der Sinn der Veröffentlichung ist denkbar einfach: Wir wollen verhindern, daß ein Genosse, der uns wichtig ist, spurlos verschwindet. Wir wollen uns dem Eindruck widersetzen, als könne einer der Unseren ohne Widerspruch umgebracht werden, selbst wenn uns die Mittel fehlen, dies zu vergelten. Wir wollen jeglichen Funken an Zweifel auslöschen, daß es für diese Entscheidung irgendeine Rechtfertigung gibt, die mit unseren eigenen Maßstäben in Einklang steht. Wir wollen endlich, endlich dem grausig-grotesken Zustand ein Ende bereiten, daß seine Angehörigen, Freunde und Freundinnen weiterhin in der falschen Gewißheit leben, er sei, wenn auch weg und unauffindbar, in Sicherheit.

Für uns steht Gerds persönliche Integrität außer Frage. ber die Vorhaltungen, die die Gruppe ihm gemacht hat, haben wir nur vage Informationen, aber auch ein Mehr an Details könnte uns nicht in der Gewißheit erschüttern, daß es kein einziges Argument gibt, das seine Erschießung erklärt. Was immer die Motive derer gewesen sein mögen, die ihn umgebracht haben sie liegen jenseits seiner Person. Im Gegenteil es gehört zu den makaberen Parodien dieser Geschichte, daß Gerd, in dessen politischer Biographie die praktische Unterstützung des palästinensischen Widerstandes durchgängig eine zentrale Rolle eingenommen hat, ausgerechnet einer jener Gruppen zum Opfer gefallen ist, die sich als Teil dieses Widerstandes begreift. Unser Wissen über die Gruppe wie über Gerds Verhältnis zu ihr ist begrenzt. Die Verbindungen gehen zurück auf einen Abschnitt unserer Geschichte, unter den wir aus politischen Gründen schon vor etlichen Jahren einen Schlußstrich gezogen haben. Ob und inwieweit sich die Zusammenhänge in der Zwischenzeit auch dort geändert haben, überschauen wir nicht.

Gemeint ist die Zeit nach der gescheiterten Gefangenenbefreiung Ende Juni 1976. Damals hatte ein vierköpfiges Kommando, dem neben zwei Palästinensern auch zwei Mitglieder der RZ, Brigitte Kuhlmann und Wilfried Bonni Böse angehörten, einen Airbus der Air France in seine Gewalt gebracht und die Freilassung von mehr als 50 GenossInnen gefordert, die zum überwiegenden Teil in israelischen und westdeutschen Knästen gefangen gehalten wurden. An Bord der Maschine, die in Tel Aviv gestartet und auf dem Flug nach Paris in Athen zwischengelandet war, bevor sie von dort aus nach Entebbe umdirigiert wurde, befanden sich über 250 Passagiere, unter ihnen etwa 100 israelische

Staatsbürger oder Juden anderer Nationalität. Nachdem die nicht-jüdischen Passagiere innerhalb weniger Tage freigelassen worden waren, verlängerte das Kommando sein Ultimatum, um weitere Verhandlungen zu ermöglichen. Diese Zeitspanne nutzte die israelische Regierung, um eine militärische Lösung vorzubereiten. In der Nacht zum 4. Juli 1976 überfiel eine Spezialeinheit den Flughafen von Entebbe und bereitete der Geiselnahme ein blutiges Ende. Das Kommando kam dabei ums Leben, von den Gefangenen, deren Freilassung gefordert worden war, kein einziger frei. Es hat Jahre gedauert, ehe wir diesen Rückschlag verkraftet hatten. Unter dem Eindruck des Verlustes der Freunde waren wir zunächst unfähig, die politische Dimension der Katastrophe zu ermessen, die Entebbe für uns bedeutete. Anstatt wahrzunehmen, was uns vorgehalten wurde, nämlich daß wir als Organisation an einer Operation teilhatten, in deren Verlauf israelische Staatsbürger und jüdische Passagiere anderer Nationalität ausgesondert und als Geisel genommen worden waren, beschäftigten wir uns vor allem mit dem militärischen Aspekt der Aktion und ihrer gewaltsamen Beendigung. Das Kalkül des Regimes sollte nicht aufgehen. Um zumindest die Option der Befreiung anderer GenossInnen offenzuhalten, mußten wir handeln und durften uns nicht von den alarmierenden Nachrichten über den Ablauf der Geiselnahme und die Rolle unserer GenossInnen darin blockieren lassen. Die Meldung, es sei ausgesondert worden, hielten wir ebenso für ein Produkt psychologischer Kriegsführung wie die Behauptung, daß sich die deutschen Mitglieder des Kommandos dabei besonders hervorgetan haben. Wir kannten Brigitte und Bonni als Antifaschisten und wußten um ihre Motive, sich an der Aktion zu beteiligen. Unser Begriff von Solidarität verbot Kritik an den GenossInnen; eine Diskussion über Fehler wehrten wir ab, als ob Solidarität nicht prinzipiell das Richtige umfaßt, daß einzelne GenossInnen Fehler machen.

Ähnlich vordergründig blieb die Diskussion, wo es um die Suche nach Gründen für das Scheitern der Aktion ging. Zu mehr als Manöverkritik waren wir nicht imstande. Wir beklagten, daß die ursprünglichen Planungen und Absprachen nicht eingehalten worden waren und daß der faktische Ablauf auf den Kopf gestellt hätte, was eigentlich vorgesehen war. Wir kritisierten, daß die Aktion, die aus unserer Sicht einzig und allein einen pragmatischen Zweck verfolgte, nämlich die sofortige Freilassung, im Verlauf ihrer Dauer mehr und mehr den Charakter einer Propaganda-Aktion angenommen hatte, die sich vor allem Idi Amin⁴ zu nutze zu machen verstanden hätte. Wir erhoben den Vorwurf, daß dem Kommando im Zuge der Operation die Befehlsgewalt entzogen worden war und die GenossInnen nach der Landung in Entebbe bloß die Weisungen zu befolgen hatten, die an anderer Stelle und fernab des Geschehens ausgegeben wurden. Wir fanden uns schließlich ab mit den Verweis auf die besondere Dynamik militärischer Operationen, auch wenn unser Vertrauen in eine direkte internationale Zusammenarbeit als besondere Qualität eines praktischen Antiimperialismus an seine Grenzen gestoßen war.

Daß die Grenzen dieser Zusammenarbeit nicht technischer oder taktischer, sondern politischer Art waren, sahen wir nicht, obwohl Stoßrichtung und Verlauf der Aktion eine deutliche Sprache sprachen. Das Kommando hatte Geiseln genommen, deren einzige Gemeinsamkeit darin bestand, daß sie Juden waren, soziale Merkmale wie Herkunft oder Funktion, die Frage der gesellschaftlichen Stellung oder der persönlichen Verantwortung, also Kriterien, die wir eigentlich unserer Praxis zugrunde legten, spielten in diesem Fall keine Rolle. Die Selektion erfolgte entlang völkischer Linien. Daß die einzige Geisel, die die Flugzeugentführung nicht überlebte, ausgerechnet eine ehemalige KZ-Inhaftierte war, ging zwar nicht unmittelbar zu Lasten des Kommandos, lag aber nichtdestoweniger in der Logik der Aktion. Was gut ein Jahr später, im Fall Mogadischu⁵, selbst unter Linksradikalen eine Welle der Kritik auslösen sollte, nämlich daß eine willkürliche Gruppe deutscher UrlauberInnen zur Verhandlungsmasse wurde, darüber setzten wir uns im Fall Entebbe hinweg, obwohl der Verlauf der Aktion die einfachsten Grundsätze revolutionärer Politik und Moral, die wir sonst für uns in Anspruch nahmen, auf den Kopf gestellt hatte. Die entsetzliche Drohung, daß jeder, der israelisches Grundgebiet betritt, wissen muß, welches Risiko er auf sich nimmt und daß er dieses selbst zu verantworten habe, war blutiger Ernst geworden.

Entebbe war kein Einzelfall, wohl aber der Kulminationspunkt einer Entwicklung, in deren Verlauf wir uns mehr und mehr von dem entfernt hatten, wofür wir mal angetreten waren. Vergessen waren die Sätze, die Ulrike Meinhof⁶ knapp zehn Jahre zuvor aus Anlaß des Sechs-Tages-Krieges⁷ geschrieben hatte: Es gibt für die europäische Linke keinen Grund, ihre Solidarität mit den Verfolgten aufzugeben, sie reicht in die Gegenwart hinein und schließt den Staat Israel mit ein. Der schwarze September⁸ der Palästinenser, die israelischen Luftangriffe auf die Flüchtlingslager, das Massenelend in den besetzten Gebieten, das Regime des Schreckens, das die Besatzungsmacht dort ausübte, die Berichte aus den israelischen Gefängnissen waren uns Grund genug und zugleich Vorwand, unser Wissen über Auschwitz in den Hintergrund zu drängen. Wir machten uns die Losungen des palästinensischen Befreiungskampfes zu eigen und setzten uns darüber hinweg, daß unsere Geschichte eine vorbehaltlose Parteinahme ausschloß. Wir interpretierten den Konflikt mit den Kategorien eines an Vietnam⁹ geschulten Antiimperialismus, mit denen er nicht zu ermessen war. Wir sahen Israel nicht mehr aus der Perspektive des nazistischen Vernichtungsprogramms, sondern nur noch aus dem Blickwinkel seiner Siedlungsgeschichte: Israel galt uns als Agent und Vorposten des westlichen Imperialismus mitten in der arabischen Welt, nicht aber als Ort der Zuflucht für die berlebenden und Davongekommenen, der eine Notwendigkeit ist, solange eine neuerliche Massenvernichtung als Möglichkeit von niemandem ausgeschlossen werden kann, solange also der Antisemitismus als historisches und soziales Faktum fortlebt. Die dramatische Tatsache, daß dieses Sicherheitsbedürfnis der Juden scheinbar nur gegen die Palästinenser zu realisieren ist, stürzte uns nicht in ein unlösbares Dilemma, wir nahmen sie vielmehr zum Anlaß, uns bedingungslos auf die Seite derer zu schlagen, die in unseren Augen die schwächeren waren. Wo wir unter anderen Voraussetzungen auf der Unterscheidung zwischen oben und unten beharrten, sahen wir im Nahen Osten vor allem gute und schlechte Völker. Am Patriotismus der Palästinenser kritisierten wir ebenfalls dieses Pathos, obwohl uns nicht zuletzt die Geschichte Israels ein warnendes Beispiel hätte sein müssen, daß die Verwirklichung der palästinensischen Maximalforderungen nicht das Ende von Ausbeutung und Unterdrückung, sondern lediglich deren Verewigung unter anderen Vorzeichen bedeuten würde. Leid und durchlebte Verfolgung bieten keinen Schutz davor, daß Menschen zu Ungeheuern werden, sobald sie sich als Staatsvolk zusammenballen. Wo zwei ethnische Gemeinschaften Ansprüche auf dasselbe Stück Land erheben, gibt es keine revolutionären Lösungen. So begreiflich die Schlußfolgerungen waren, die die Palästinenser aus ihren Erfahrungen der Vertreibung und Verfolgung gezogen hatten, wir konnten sie in der Konsequenz nicht teilen, ohne in einen unauflöselichen Widerspruch zu unserer Geschichte wie zu unserem politischen Selbstverständnis zu geraten. Die legitime und notwendige Kritik an der israelischen Besatzungspolitik sowie die selbstverständliche Solidarität mit dem Widerstand der Palästinenser war umgeschlagen in die Bereitschaft, jüdische Passagiere gleich welcher Staatsangehörigkeit für den Terror und die Grausamkeiten des israelischen Regimes haftbar zu machen und damit sozialrevolutionäre Maßstäbe gegen die der Sippenhaft einzutauschen. Das Ausmaß an historischer Amnesie¹⁰ und moralischer Desintegration, das in dieser Bereitschaft zum Ausdruck kommt, ist die schwerste Hypothek, mit der unsere Geschichte belastet ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die diese fatale Entwicklung erklären. Faktoren wie Mißtrauen und Zweifel uns selbst gegenüber, die wir aus dem reichen Norden kamen oder Opportunismus angesichts der Möglichkeiten, die die Zusammenarbeit mit palästinensischen Organisationen bot, spielen dabei sicherlich ebenso eine Rolle wie der Handlungsdruck, unter dem wir aufgrund der Isolationsbedingungen in den westdeutschen Knästen standen oder aber die Tatsache, daß wir mit unserem Begriff von Antizionismus nur Teil der historischen Strömung waren, die fast alle Fraktionen der damaligen Linken erfaßt hatte. Aber so plausibel all diese Gründe auch sein mögen sie entschuldigen nicht, daß wir in dieser Zeit enorme Fehler gemacht haben, Fehler, die nicht hätten passieren dürfen.

Wir können nicht für uns in Anspruch nehmen, daß wir all dies bereits damals, in den ersten Monaten nach Entebbe so gesehen hätten. Statt in einer grundlegenden Debatte Logik, Ablauf und Resultat der

Aktion einer schonungslosen Analyse zu unterziehen und daraus Schlußfolgerungen für unsere weitere Praxis zu ziehen, gaben wir uns mit halbherziger Kritik zufrieden. Die naheliegende Konsequenz, wieder an dem anzuknüpfen, wofür unsere Politik in der BRD stand, nämlich die Orientierung auf die sozialen und politischen Bewegungen im Lande, zogen nur einige. Dennoch ist auch richtig, daß die Erfahrung von Entebbe tiefe Spuren hinterlassen hat. Der markige Satz von der Karawane, die weiterzieht, während die Hunde bellen, war mehr Spruch, als daß er unsere Realität beschrieb. Das Wissen um die Katastrophe wirkte wie ein permanent schwelender Treibsatz fort, der uns immer wieder selbstkritische Diskussionen abverlangte, in denen wir an der Wahrheit nicht vorbeikamen. Die mehr unterschwellige als offene Auseinandersetzung hatte nicht nur Brüche in persönlichen Freundschaften zufolge, sie hat auch an den Fundamenten unseres politischen Konzepts gerührt. Selbst wenn wir nicht im einzelnen auseinanderhalten können, in welchen Punkten die Erfahrung eine ursächliche Rolle gespielt hat oder wo sie lediglich den Hintergrund zu völlig anderen Diskussionen und Entscheidungen abgab, daß sie zentrale Bedeutung in der Bestimmung jener Positionen hatte, die unsere Politik in den folgenden Jahren geprägt haben, steht außer Frage. So berechtigt es also ist, uns einen Mangel an Bewußtsein zum Vorwurf zu machen, so falsch wäre es, zu negieren, daß sich Entebbe und sei es nur in Form des schleichenden Giftes einer Lebenslüge dauerhaft in unserem politischen Selbstverständnis niedergeschlagen hat.

Daß wir seitdem nichts mehr unternommen haben, was auf israelische Einrichtungen zielte, ist uns erst wesentlich später aufgefallen. Wo das Thema auf der Tagesordnung stand, haben wir nach westdeutschen Stellen gesucht, die von der Politik Israels profitierten. Die Behandlung palästinensischer Flüchtlinge durch die bundesdeutschen Asylbehörden verfolgten wir genauer als das Drama der Aufstandsbekämpfung in den besetzten Gebieten. Statt mißverständlicher Aktionen haben wir gar keine Aktionen gemacht, wenn wir Bedenken hatten, ob sie vielleicht antijüdisch waren oder zumindest so ausgelegt hätten werden können. Wir hatten allen Grund zur Zurückhaltung, wenn wir uns mit Motiv und politischem Gehalt des Antizionismus beschäftigten. Die Gewißheit, daß auch wir als Linke nicht gegen antisemitische Ressentiments gefeit sind, die notdürftig mit nationalrevolutionären Definitionen kaschiert werden, hat uns praktisch blockiert. Das Dilemma der politischen Abstinenz, das sich daraus ergab, schien einigen von uns eher dahingehend auflösbar, daß wir den Begriff der NS-Kontinuität und unser Leben in diesem Land zum Anlaß nahmen, nach den Spuren jüdischen Widerstands gegen die nationalsozialistische Neuordnung zu suchen und uns darauf zu beziehen, als daß wir zwecks Legitimation und Befriedigung des eigenen Handlungsbedarfs politisch fatale Analogien zogen, wie dies in manchen Dokumenten des linken Antizionismus geschieht.

Eine weitere Konsequenz war der allmähliche Rückzug aus den internationalen Kontakten. Allmählich, weil es alte, auch emotionale Verbindungen gab und weil wir uns selbst schwer taten, mit jenen Begriffen und ideologischen Konstruktionen zu brechen, die eine Aktion in Entebbe überhaupt möglich gemacht hatten. In diesem Prozeß hat sich ein Politikverständnis artikuliert und geformt, das sich fundamental von dem der Gruppe unterschied, mit der wir bis dahin zusammengearbeitet hatten. Differenzen, die wir lange Zeit ignoriert oder der Unterschiedlichkeit von Bedingungen beziehungsweise unserem Metropolenstatus zugeschrieben hatten, erwiesen sich nun als knallharte Widersprüche, für die sich kein gemeinsamer Nenner mehr fand. Der Anspruch aus unterschiedlichen Positionen heraus solidarisch zu handeln, stieß an seine Grenzen.

Die Zusammenarbeit mit jener Gruppe basierte auf einem Begriff von Antiimperialismus, der soziale Befreiung unmittelbar an die Erlangung staatlicher Souveränität koppelte. Die Beendigung der Fremdherrschaft, so dachten wir, sei gleichbedeutend mit dem Beginn der sozialen Revolution. Da die Befreiungsorganisationen das um seine Unabhängigkeit kämpfende Volk repräsentierten, waren sie der direkte Adressat internationaler Solidarität. Daß die Machtübernahme den sozialen Gehalt der Revolution in fast allen Fällen eher zerstörte als entfaltete, daß sich die Führer der Befreiungsbewegungen, kaum hatten sie die Kommandoposten in den jungen Nationalstaaten besetzt,

als Protagonisten brutaler Entwicklungsdiktaturen gebährdeten, daß von der frisch gewonnenen Unabhängigkeit vor allem die alten Kader profitierten, während das anhaltende Massenelend einer neuen Erklärung bedurfte, daß sich kurz gesprochen die ganze Dialektik von nationaler und sozialer Befreiung vor allem für die neuen Machthaber rechnete und daß dies keine Frage von Verrat oder korrupter Moral war, sondern dem Wesen der Staatsgründung entsprach all das paßte nicht in unser Bild eines homogenen Befreiungsprozesses und wurde deshalb ausgeblendet. Erst in dem Maße, wie nach vollzogener Nationwerdung neue Kämpfe ausbrachen, wie sich vielfältigste Formen sozialer Gegenmacht artikulierten, deren antagonistischer Kontrahent der Komplex von Gewalt und Verwertung war, den jener Staat verkörperte, waren wir imstande, den Mythos nationaler Unabhängigkeit und den ihm immanenten, alle Differenzen homogenisierenden Volksbegriff zu relativieren. Wir mußten zur Kenntnis nehmen, daß das Spektrum sozialer Bedürfnisse und Interessen nicht in den Befreiungsorganisationen aufging und daß die Dimension des Geschlechter- und des Klassenkampfes selbst im Prozeß antiimperialistischer Befreiung keinen Moment lang ihre Bedeutung verloren hatte.

Wir durften uns mit den völkisch-ethnischen Parolen nicht zufrieden geben, auf denen das unartikulierte Miteinander von KämpferInnen und Kommandanten basierte, waren es doch gerade jene, die als Kader unter den Bedingungen des Krieges die Instanzen und Formen zukünftiger Ausbeutung und Zurichtung schufen. Wir konnten nicht länger ignorieren, daß es wiederum die Männer waren, die in Gestalt des befreiten Nationalstaats die Schaltstellen der Verwertung besetzten und damit zugleich einen erneuten Anlauf unternehmen, die Kontrolle über die Frauen und die Reproduktion zurückzugewinnen. Wir mußten den Mythos des Volkskrieges auf seine revolutionären Qualitäten hinterfragen und ihn in seiner Doppelheit als Moment der Befreiung und als Form zerstörerischer Rationalisierung neu begreifen einer Rationalisierung, zu deren ersten Opfern die Flüchtlinge ebenso gehörten wie die Frauen und Kinder in den Auffanglagern an den Grenzen zu den umkämpften Gebieten. Wir mußten kurzum brechen mit allen Facetten des leninistisch-stalinistischen Verständnisses nationaler Befreiung, das von Beginn an die Politik der Komintern¹¹ bestimmte und das wir uns im Zuge der Rezeption des Marxismus-Leninismus Anfang der siebziger Jahre eingehandelt hatten.

Es ist dies kein Vorwurf oder eine Denunziation jener, mit denen wir damals zusammen gekämpft haben, sondern das sicherlich sehr pauschale Resümee einer Erfahrung. Es ist eine Kritik an falschen Harmonievorstellungen, wie wir sie lange Zeit gehabt haben und die hier vor allem auf Seiten antimperialistischer Gruppierungen ungebrochen genährt werden. Die Selbstverständlichkeit, mit der jede revolutionäre Gruppe oder Bewegung internationale Solidarität auf ihre Fahnen schreibt, steht im Widerspruch zu den Schwierigkeiten, sie einzulösen. Existenz und Gewalt des gemeinsamen Gegners reichen nicht aus, um die Gegensätze und Konflikte in den eigenen Reihen einzudämmen. Immer wieder brechen auch hier Antagonismen auf, die ihre Ursache in der Unterschiedlichkeit von Interessen und Zielvorstellungen oder in selbst errichteten ideologischen Barrieren haben. Immer wieder kommt der Moment, wo das, was die eine Gruppe für unbedingt richtig und notwendig hält, in den Augen der anderen schädlich und falsch ist. Daraus ergeben sich trotz des Anspruchs auf Gemeinsamkeit im Handeln und Geschlossenheit vor dem Gegner schärfste Auseinandersetzungen, die bis zur Selbstzerfleischung reichen können. Bei den Ausgang solcher Kontroversen innerhalb des revolutionären Lagers aber entscheiden nicht der gute Wille und die bessere Absicht, darüber entscheiden wie sonst auch die Machtverhältnisse.

Gerd hatte in der Zeit nach Entebbe im Knast gesessen. Er war bei dem Versuch, ein Kino in Brand zu stecken, in dem der Film über die Flugzeugentführung seinerzeit lief, von einer Observationsgruppe beobachtet und einen Tag später im Januar 1977 verhaftet worden. Vor dem Düsseldorfer Oberlandesgericht wurde er wegen versuchter Brandstiftung und Mitgliedschaft in den RZ zu fünf

Jahren Knast verurteilt. 12 Als er Ende 1981 wieder rauskam, traf er bei uns auf eine gänzlich veränderte Situation. Den Bruch, den wir mit diesem Teil unserer Geschichte vollzogen hatten, hat er für sich nie akzeptiert.

Er teilte die Kritik anderer GenossInnen, mit denen es aufgrund der von uns beschlossenen Loslösung aus den internationalen Verbindungen harte Auseinandersetzungen gab, die bis zur Trennung gingen. Die Reduktion auf den eigenen Zusammenhang empfand er als Schwächung, die Betonung der politischen Differenz als Spaltung. Der Preis, den wir für die Hervorkehrung unserer Autonomie bezahlten, sei das Verschwinden in der Bedeutungslosigkeit. Der freiwillige Verzicht auf die Umsetzung eines konkreten Antiimperialismus mache nicht nur unseren revolutionären Anspruch zur Farce, er komme zugleich einer Kapitulation vor ganz praktischen Anforderungen wie der Erhaltung der Option auf Gefangenenbefreiung, der Sicherung von Rückzugsmöglichkeiten oder der Bewahrung eines bestimmten Aktionsniveaus gleich. Es sei eine Fiktion zu glauben, die RZ könnten aus eigener Kraft den Aufgaben nachkommen, die wir uns gestellt hätten. berdies werde der Bruch einen Verlust an subjektiver Radikalität zur Folge haben; er sei jetzt schon eher unserer Kleinmütigkeit als einer wirklichen Notwendigkeit geschuldet. Für den trügerischen Vorteil einer reinen Weste hätten wir die RZ auf das Niveau linker Kleingruppenmilitanz gebracht und den Guerilla-Anspruch über Bord geworfen. Unsere Selbstkritik in Sachen Entebbe und danach sei Dokument verlogener doppelter Moral, die nur haltbar sei, weil wir andere Realitäten aus unserer Wahrnehmung vollkommen ausblendeten. Es sei ein verkehrtes Wunschbild und zugleich zynisch gegenüber tatsächlichem Leiden, wenn wir revolutionär seien und selbst vor allem saubere Finger behalten wollten. Politik funktioniere nicht nach den Maßstäben zwischenmenschlicher Moral. Der Bruch, so prophezeite er uns, würde das rasche Ende der RZ einleiten.

Gegenüber unserer Entscheidung hielt Gerd fest an der Idee eines unmittelbaren Bezugs auf den palästinensischen Widerstand, nicht zuletzt, weil er sich von der dort erfahrenen Solidarität und subjektiven Radikalität angezogen fühlte. Daß diese Entschlossenheit von zutiefst machistischen Verkehrsformen durchsetzt war, war ihm in der ganzen Widersprüchlichkeit bewußt und hinderte ihn, sich definitiv für ein Leben in diesen Strukturen zu entscheiden. Er versuchte, der Unterschiedlichkeit von Zielsetzungen und Anforderungen in seiner Person gerecht zu werden. Trotz der Widersprüche, die sich daraus zwischen ihm und uns ergaben, empfanden wir es auch als Stärke, daß er in Gegensätzen denken und Spannungen aushalten konnte, die sich nicht zuletzt aus der Ambivalenz und Gebrochenheit metropolitaner Subjektivität ergeben. Wo wir uns auf das scheinbar sichere Terrain einer politischen Praxis zurückgezogen hatten, die wir für überschaubar hielten, suchte er umfassendere Lösungen. Wo uns Zweifel, Fragen, Unsicherheiten zurückhielten, schlug er sich durch nach dem Motto: Scheißegal, muß laufen. Er bewahrte die alten Kontakte, weil er es wollte und weil er sich den GenossInnen dort gegenüber in der Verantwortung wußte, vielleicht aber auch in der unausgesprochenen Erwartung, daß wir uns eines Tages eines Besseren besinnen würden und er die abgebrochenen Kontakte wieder knüpfen könnte. Wenn wir ihn auf eine definitive Entscheidung festnageln wollten, hat er sich entzogen. Er beharrte auf seinem eigenen Weg gegen totalitäre Gruppenansprüche, gegen alle Vereinnahmungsversuche, von welcher Seite denn auch. Er hat sich verweigert, wo der schmale Grat von Verbindlichkeit hin zu Reglementierung überschritten wurde. Wir hatten unsere Schwierigkeiten damit und haben ihn trotzdem gerade deswegen geliebt. Die Art und Weise, wie er seine berzeugung lebte, hat uns immer auch fasziniert, gerade weil sie uns in der Form fremd war.

Er ließ sich auf keine Sache absolut zwingen, selbst wenn sie ihm noch so richtig erschien. Wer ihn kannte, weiß um die tausenderlei Geschichten, auf die er sich einließ, ohne sich auf eine reduzieren zu lassen. Dem Puritanismus und Rigorismus mancher Linker, die irgendwann darüber lamentieren, daß sie einen Teil ihres Lebens der Revolution geopfert haben, mißtraute er zutiefst. Was bei oberflächlicher Betrachtung den Eindruck von Unstetigkeit erweckt haben mag, war die Lust, in

Widersprüchen zu leben, die geboren war aus der Gewißheit, daß der geradlinige Weg mathematisch zwar die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten, politisch aber mit Sicherheit nicht der schnellste und beste Weg zum Erfolg ist. Was links und rechts dabei herunterfällt, könnte sich später als unentbehrlich und nicht ersetzbar erweisen. Die Vereinbarung von scheinbar Gegensätzlichem und die Selbstbehauptung gegen alles, was andere und anderes ausschließt, war seine Antwort auf die Frage, wie ein Leben im Antagonismus zu den herrschenden Verhältnissen unter metropolitanten Bedingungen überhaupt möglich ist.

Daß er mit dieser Auffassung, die er nicht propagierte, sondern lebte, überall aneckte, kann man sich vorstellen, wenn man sich die ganze Palette seiner Tätigkeiten vergegenwärtigt, die sein Leben nach dem Knast ausmachten. Er arbeitete als Angestellter der Grünen im Europaparlament und verfaßte Reportagen für den WDR, in denen er sich gleichermaßen mit Fragen der Sicherungsverwahrung¹³ wie dem verbotenen Glücksspiel oder Triathlon auseinandersetzte. Er engagierte sich in der Knastgruppe, schrieb und besuchte gefangene GenossInnen, wirkte mit bei der Gründung der Zeitung Bruchstücke und pflegte in einträglichlicher Weise seine Kontakte zu ehemaligen Mitgefangenen, die inzwischen auf freiem Fuß waren. Er lebte offensiv als Schwuler, organisierte Veranstaltungen zum Thema Aids und genoß die Schwulenszene auf Ibiza. Er veröffentlichte Texte über die Politik Israels¹⁴ und übernahm Aufgaben, die sich aus seinen internationalen Kontakten ergaben. Er lebte mitten in der Düsseldorfer Politszene und entzog sich ihr, wenn ihm der legale Handlungsrahmen zu eng wurde. Er kritisierte die Halbherzigkeit der RZ und half uns vorbehaltlos, wo es in seinen Möglichkeiten stand. Er hat bei vielen Erwartungen geweckt und zwangsläufig nur einen Teil erfüllt. Wer ihn ganz wollte, wurde immer auch enttäuscht.

Als Gerd im November 1987 zu einem Treffen mit der Gruppe fuhr, tat er dies auf eigenes Drängen. Die Tatsache, daß ihm unmittelbar nach seiner Ankunft der Prozeß gemacht wurde, muß ihn vollkommen unvorbereitet getroffen haben. Er kann sich keines Fehlers, keines Versäumnisses bewußt gewesen sein. Andernfalls hätte er die Reise mit größeren Bedenken angetreten, weil er sich über den Kodex und die Regeln in der Gruppe keinerlei Illusionen machen konnte und sie akzeptierte. Wir wollen keine Spekulationen anstellen über die Beweggründe derer, die seinen Tod zu verantworten haben. Offensichtlich ist nur, daß hier Maßstäbe aufeinanderprallen, die zweierlei Welten entstammen. Unter Bedingungen, die von der Logik des Krieges diktiert werden, zählen unbedingte Gefolgschaft und Bereitschaft zur Unterordnung, dort stoßen Ansichten und Verhaltensweisen, die nicht mit den gewohnten Mustern übereinstimmen, auf Mißtrauen und Ablehnung. Wo das alltägliche Leben von militärischen Angriffen, von permanentem Ausnahmezustand, von Ausgangssperren, Verhaftungen und Folter bestimmt werden, sind die Fronten klar. Dort ist wenig Raum für Ambivalenzen, die der metropolitane Herkunft geschuldet sind, dort muß die Frage nach der eigenen Person fast lächerlich klingen. Was hier als Suche, als Probieren, als Ringen um neue Impulse nicht nur seine Berechtigung hat, sondern unbedingt erforderlich ist, sieht sich dort schnell des Verdachts der Unentschlossenheit, der Zögerlichkeit, der Abweichung ausgesetzt. Vom Zweifel an der Loyalität zum Vorwurf des Verrats aber ist es nur ein kleiner Schritt, samt der mörderischen Konsequenzen, die damit verbunden sind.

Und dennoch finden wir eine solche Erklärung falsch, sie ist vordergründig und kurzsichtig. Sie legitimiert eine bewußte Entscheidung mit dem Zwang der Verhältnisse und erklärt die zu Opfern ihrer Handlung, die sie doch begangen haben. Die Erfahrung der Grausamkeit des Gegners enthebt niemanden der Verpflichtung, zu jedem Augenblick Auskunft über die Mittel und Methoden geben zu können, die er selbst anwendet. Der leichtfertige Spruch von der Entwertung des Lebens unter den Bedingungen des Krieges, mit dem wir nach Erklärungen für Vorgänge suchen, die für uns unfaßbar sind, ist ein Zynismus, der von den Bildern der Leidtragenden Lügen gestraft wird. Zudem suggeriert er im konkreten Fall, daß das, was in die Verantwortung einer einzelnen Gruppierung fällt, für den palästinensischen Widerstand in seiner Gesamtheit gilt. Wir haben jedoch keinerlei Veranlassung zu irgendwelchen Pauschalisierungen, wir halten es für verkehrt, von den Regeln und Methoden einer

Gruppe auf die Verfaßtheit einer gesamten Bewegung zurückzuschließen.

Nein: Die Bereitschaft zur Ermordung eines Genossen läßt sich nicht mit der Härte der Bedingungen entschuldigen, sie ist Ausdruck einer politischen Programmatik, deren einziger Gehalt die Erringung der Macht und deren Sprache die der künftigen Despoten ist. Die Geschichte ist voll von Beispielen revolutionärer Organisationen oder Bewegungen, die unter vergleichbar brutalen Bedingungen kämpfen mußten, ohne daß sie sich unter Berufung auf die Niedertracht des Gegners dessen Methoden zu eigen gemacht haben. Daß dies der geringere Teil ist, daß die Mehrzahl der bolschewistischen Parteien und nationalen Befreiungsorganisationen nach der Devise verfahren ist, daß der Zweck die Mittel heilige und gegen den Feind alles erlaubt sei, wenn es nur der Sache dient, ist kein Gegenargument. Es ist dies eine politische Auseinandersetzung, die ihre historischen Bezugspunkte in der Pariser Kommune ebenso wie in der Oktoberrevolution oder im Spanischen Bürgerkrieg hat. Wo der Sieg zum Maßstab aller Dinge wird, werden nicht nur die besten, sondern auch die schlimmsten Kräfte frei.

Wer die Macht, koste es, was es wolle, erringen und sie um jeden Preis verteidigen will, untergräbt sie im selben Moment. Die Perversion der Revolution, schrieb Rosa Luxemburg¹⁵ an die Adresse der Bolschewisten, ist schlimmer als ihre Niederlage. Das Argument des Erfolgs, auf das die orthodoxen Kommunisten jahrzehntelang gegenüber den romantischen Verlierern aus den libertären Gruppen gepocht haben, erweist gerade dieser Tage seine Unzulänglichkeit. Daß sich hier auch eine Männerwelt austobt, daß es immer auch darum geht, obsolet gewordene Machtbastionen und Einflußsphären gegeneinander wie die Ansprüche von unten abzuschirmen, und daß in einer solchen Welt eine schwule Identität per se auf Argwohn stößt, können und wollen wir nicht länger ignorieren. Weil wir dies gelernt haben und weil wir uns lieber in der Tradition der spanischen AnarchistInnen als in der der Komintern sehen, verwehren wir uns gegen alle beschönigenden Reden, die sich auf die Gesetze des Krieges berufen. Bestimmte Regeln sind möglicherweise andernorts erklärlich, aber sie verschaffen sich Geltung, weil dem eine bewußte politische Entscheidung vorausgeht. Wir können sie uns nicht nur nicht zueigen machen, weil wir unter anderen Bedingungen kämpfen, sondern weil sie in diametralem Gegensatz zu unseren eigenen Bestrebungen und Utopien stehen. Der Tod von Gerd macht ein weiteres Mal deutlich, daß zwischen diesem und unserem Denken Welten liegen, zwischen denen keinerlei Vermittlung möglich ist.

Daß wir die Gewalt in den eigenen Reihen bislang tabuisiert haben und uns erst jetzt darüber entsetzen, wo sie uns selbst ereilt, ist eine Kritik, die wir uns gefallen lassen müssen. Wir haben keine Entschuldigung dafür. Erst der Tod von Gerd hat uns für das Ausmaß der Tragödie empfindsam gemacht, die es bedeutet, daß auch innerhalb revolutionärer Organisationen politische Fragen mit militärischen Mitteln beantwortet werden. Er war Anlaß, uns all der tausenden, bekannten und namenlosen GenossInnen zu erinnern, die ihr Leben gelassen oder gelitten haben, weil sie des Verrats beschuldigt wurden oder einfach nur zwischen die Mühlsteine eines innerorganisatorischen Machtstreits geraten waren.

Ein Einwand gegen revolutionäre Praxis überhaupt ist sein Tod jedoch nicht. Das Wissen um die Gewalt in den eigenen Reihen ist uns Grund zum Einhalt, zur Trauer, zur Verzweiflung, nicht aber eine willkommene Gelegenheit, um das Handtuch zu werfen und unseren Frieden mit den Verhältnissen zu schließen. Wer uns so versteht und meint, wir würden nun, wo es einen der unseren getroffen hat, in das Horn derer blasen, für die Terror schon immer ein normales Mittel des politischen Geschäfts war, befindet sich auf dem Irrweg. Die Selbstgefälligkeit und Heuchelei jener Bürger, die gerade jetzt genußvoll in den Wunden revolutionärer Bewegungen wühlen und sich darin überbieten, Spuren für ihren moralischen Verfall ausfindig zu machen, während sie geflissentlich übersehen, auf welchen Leichenbergen der von ihnen geschätzte westliche Wohlstand und das als Schlachtruf zu neuen Ehren gekommene System der Demokratie errichtet sind, stoßen uns lediglich ab.

Die Auseinandersetzung, die die Ermordung von Gerd ausgelöst hat, spielt sich diesseits der

Barrikade ab. Sie wird sich mit dem Zusammenhang von Politik und Moral, dem Gegensatz von nationaler Souveränität und sozialer Befreiung und dem Unterschied zwischen revolutionärer Gewalt und Terror zu befassen haben. Zur Disposition steht jenes leninistische Erbe, das sich in unsere Köpfe eingegraben hat und unser politisches Denken stärker bestimmt, als uns oftmals bewußt ist. Der Rekurs auf die Geschichte kann die Schwierigkeiten, vor denen wir hier stehen, ebensowenig lösen wie der emphatische¹⁶ Bezug auf die weltweiten Kämpfe. Gerade weil revolutionäre Politik in einem Land wie der BRD so isoliert ist, muß sie sich immer wieder eines sozialen Ortes versichern, will sie mehr sein als der bloße Ausdruck der subjektiven Befindlichkeit ihrer Akteure oder der schwache Abglanz ideologischer Konstrukte. Wie schnell all die schönen Worte und die besten Absichten zu bloßer Makulatur werden, sobald wir uns nicht mehr auf eine konkrete Realität beziehen, sondern an Forderungen orientierten, die ihren Ursprung in anderen Bedingungen haben, davon zeugt nicht zuletzt dieses Kapitel unserer Geschichte.

1973 haben GenossInnen der RZ in einem Interview¹⁷ gesagt: Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den [M-^E] viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren, und den die Massen auch nicht verstehen und der sie vorläufig nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder. Was dort als Versuch formuliert wurde, eine Antwort auf die weltweite Ungleichzeitigkeit revolutionärer Entwicklungen zu finden, war faktisch zugleich die Abkopplung vom hiesigen Sozialprozeß. Es war der Freibrief für eine Praxis, die sich um politische Vermittlung nicht einmal dem Anspruch nach zu bemühen braucht. Daß wir jahrelang zu Entebbe geschwiegen haben, lag nur in der Logik des Arguments. Zugleich war dieses Schweigen jedoch auch das beredete Eingeständnis, daß wir uns in eine Sackgasse manövriert hatten: Was wir auf internationaler Ebene machten, war nicht die antiimperialistische Dimension dessen, wofür wir in der BRD kämpften, sondern stand in krassem Gegensatz dazu. Wir mußten uns entscheiden. Wer unsere Praxis in den 80er Jahren verfolgt hat, weiß, wie diese Entscheidung ausgefallen ist.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Das Ende unserer Politik Januar 1992

Wir sollten akzeptieren, daß diejenigen, die ihr Terroristen nennt, von sich aus und ohne daß man sie darüber aufklärt, erkennen, daß ihr physisches Dasein und ihre Ideen nur kurze Blitze sein werden in einer Welt undurchdringlicher Prachtentfaltung. Fulminant Saint-Just¹⁸ wußte um seine Fulminanz, die Black Panther wußten um ihre Brillanz und um ihr Verlöschen, Baader und seine Gefährten sagten den Tod des Schahs von Persien voraus; auch die Fedajin sind Leuchtpurgeschosse, die wissen, daß ihre Flugbahn augenblicklich erlöschen wird. Jean Genet, Ein verliebter Gefangener¹⁹

Unsere Möglichkeiten, genau das auszudrücken, sind schlichter. Hätten wir beizeiten das Gefühl für Leuchtpurgeschosse gehabt, wäre vielleicht der Vorgang der Selbstaflösung unserer Gruppe entschiedener verlaufen.

Wir haben nach unserer Aktion gegen die Düsseldorfer Staatskanzlei und das Sozialministerium im Januar 1991, die erfolglos blieb und von einer Reihe eigener, gravierender Fehler begleitet war, unsere bisherige Form des militanten Widerstands in der Region aufgegeben. Die Januar-Aktion richtete sich, wie unsere meisten Aktionen davor, gegen die staatliche Flüchtlingspolitik und vor allem gegen die unerhörte Behandlung der Roma durch die NRW-Landesregierung.

I. Wir ziehen heute die Konsequenz aus der Erkenntnis, daß die Form und Struktur unseres Kampfes Ausdruck einer bestimmten Phase der Entwicklung der gesellschaftlichen Widersprüche in der BRD nach 1968 war, die unwiderruflich mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus und den darauffolgenden Zersetzungsprozessen, der deutschen Wiedervereinigung und der im zweiten Golfkrieg skizzierten Neuen Weltordnung ihr Gepräge verändert haben. Mit dem neuen Projekt Großdeutschland sind die sozialen Widersprüche die hier ständig reproduzierten und die nach außen, in die europäische Peripherie und in die Ausbeutungs- und Hungerzonen der Trikont-Länder verlagerten bestimmt nicht weniger scharf geworden. Die objektive Analyse dessen, was seit 1989/90 historisch gelaufen ist, der endgültige Sprung Deutschlands zur Weltmacht, die Ausrichtung eines deutschen Europa auch nach Osten hin und die Neue Weltordnung für die 90er Jahre mit ihrer sozialen und militärisch-strategischen Seite, erforderte im Grunde eine ganz andere Stufe der Organisierung des militanten und revolutionären Widerstands. Aber wir können das nur noch als leeren Anspruch formulieren. In Wahrheit sind wir von der Geschichte überrollt worden.

Die Bedingungen linksradikaler Politik in der BRD haben sich innerhalb kürzester Zeit vollkommen verändert. Der Wandlungs- und Auflösungsprozeß der Linken insgesamt wie der politischen Szene, aus der heraus und in Bezug auf die wir in erster Linie operiert haben, ist vielleicht nur ein nebensächliches Produkt dieser Veränderung. Aber unsere Politik war prinzipiell auf diese öffentliche Ebene angewiesen, und wir können nicht stellvertretend für eine historische Tendenz in der BRD seit Anfang der 70er Jahre weitermachen, wenn alles wegbricht. Unsere eigenen Aktionen der letzten Jahre sind im luftleeren Raum verlaufen, waren nicht mehr Bestandteil einer breiteren sozialen Praxis. Unser Koordinatensystem

bewaffnete Opposition Vermittlung Verankerung Vermassung stimmt nicht mehr, der Bezugsrahmen hat sich verschoben, Verhältnisse haben sich aufgelöst. Der Kampf gegen die Kolonialisierung der Köpfe, den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen, wenn wir den Schluß aus dieser Verschiebung ziehen. Denn wir sind weder bereit, unsere Politik ohne jeden Anspruch auf eine Wechselbeziehung zwischen legalen und illegalen Kampfmethoden fortzuführen, was ja auch heißt

ohne Kontrolle, noch wollen wir für unsere Vorgehensweise eine Gültigkeit unabhängig von jeder konkreten historischen Situation behaupten, nur weil uns außer der einmal getroffenen Entscheidung

für diese Politik nichts besseres einfällt. Wenn wir politische Subjekte bleiben wollen, sind wir gezwungen, uns etwas anderes auszudenken. Das Ende unserer Politik vollzieht sich im Zusammenhang einer Neugestaltung nationaler und internationaler Kontexte und einer Radikalisierung des Imperialismus, deren Ergebnisse wir nicht kennen. Sicher ist nur, daß die weltweiten Migrationen der wichtigste Indikator dieser Entwicklung sind und daß sie die Metropolenländer mehr als bisher unmittelbar berühren und beeinflussen werden. Was in den Metropolen künftig an Revolten oder Anpassungsprozessen entstehen wird und wo die Bruchlinien liegen werden ist noch weitestgehend unausgemacht. Die Kämpfe und Aneignungsformen im proletarischen Spektrum, in den Subschichten der jugendlichen ImmigrantInnen, der sozial entrechteten Frauen, der Opfer der Deregulation im Osten, erscheinen uns bisher undurchschaubar, weil wir mit Bildern konfrontiert werden, in denen wir das Wesen der Emanzipation der Klasse nicht erkennen, und weil unser analytisches Instrumentarium nicht ausreicht, um hinter den Erscheinungsformen die Bedeutung der Kämpfe zu entziffern. Es bleibt daher nichts anderes übrig, als sich dem historischen Prozeß zu stellen, ohne auf die hierarchisch-patriarchalischen, antik-kommunistischen Politikmuster und Organisationsmodelle zurückzugreifen und ohne vorschnell neue Ideologien zu produzieren, die der völlig offenen Situation schon wieder ein Korsett anpassen und vorhandene Widersprüche zugunsten einer monokausalen Weltsicht glätten würden.

II. Beginnen wir damit, nachdem unser Versuch, zur Entwicklung einer revolutionären Situation in der BRD beizutragen, obsolet geworden ist, nach einigen Ursachen zu fragen, die das Ende unseres Bemühens markieren. Vielleicht erhalten wir auf diese Weise, wenn wir die Phasen und Wendepunkte in unserer Politik rückwärts betrachten, einen Schlüssel für eine neuerliche Partizipation an gesellschaftlichen Konflikten.

In den 80er Jahren haben wir in der Region eine militante Politik zu vertreten und zu entfalten versucht, die immer auf dem Prinzip der Verankerung und Vermassung aufgebaut war Verankerung in einem aktiven linksradikalen Umfeld und womöglich in sozialen Konflikten, die über diese linksradikale Szene hinausgingen. Die mit unseren Aktionen und Erklärungen verbundenen thematischen Vorschläge

eine konsequent antirassistische und internationalistische Orientierung zur Unterstützung des schwarzen Befreiungskampfes in Südafrika, dann verstärkt unsere Kampagne gegen die imperialistische Flüchtlingspolitik und ihre staatlich-administrativen Durchsetzungsorgane diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstands zu bringen. Spätestens am Ende der Flüchtlingskampagne, nach dem 18.12.1987, und bei der Wiederaufnahme unserer Angriffe zur Unterstützung der Roma ab 1989, wurden wir uns unserer Isolierung bewußt. Die fehlende Verankerung in unserem politischen Umfeld ließ sich nicht länger mit vereinzelt Zustimmungsritualen aus der Szene kaschieren. Der 18.12.1987 zur Erinnerung: Der Schlag des BKA gegen Zusammenhänge, in denen die auch von der Roten Zora und uns aufgegriffenen anshlagsrelevanten Themen wie Gentechnologie und Flüchtlingspolitik bearbeitet wurden hat uns gezeigt, wie weit dieser Beziehungsverlust fortgeschritten und wie dünn unsere Decke damals bereits war. Obwohl dem Staat der Angriff reichlich mißlang in Bezug auf konkrete, unmittelbare Erfolge, tat die Androhung der Kriminalisierung anshlagsrelevanter Themen doch ihre Wirkung. Die öffentliche Linke war nicht dazu bereit (und wir hatten zu diesem Zeitpunkt ebenfalls darauf verzichtet), die inkriminierten Themen offensiv weiterzuführen und damit unseren Anteil an der Kampagne gegen Gentechnologie und Flüchtlingspolitik zu verteidigen. Stattdessen bezog sich die zeitweilig breite Unterstützung fast ausschließlich auf die Repressionsopfer, nicht auf unsere Politik. Die Orientierung auch der linksradikalen Szene weg von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt trug zum weitgehenden Zusammenbruch der bestehenden legalen politischen

Strukturen bei, auf die wir angewiesen waren. Bei uns selbst wurde die Beschäftigung mit dem 18.12. ebenfalls zum Politikersatz, und dies führte schließlich zu einer fast vollständigen inneren Paralyse der gesamten RZ. Um es noch einmal klar zu sagen: Wir sind uns heute sicher, daß nicht die Repressionswelle des 18.12. unserer Politik das Genick gebrochen hat, sondern daß das BKA zu einem Zeitpunkt eingegriffen hat, in dem die Vermittlung unserer illegalen Aktionen jedenfalls im Bereich der Flüchtlingspolitik in eine breitere linke bis linksradikale Öffentlichkeit zunehmend zum Problem wurde.

Die letzten drei Jahre, als wir versuchten, thematisch an die Flüchtlingskampagne anzuknüpfen und in die Auseinandersetzung zwischen den NRW-Behörden und den von rassistischer Sonderbehandlung und Abschiebung bedrohten Roma einzugreifen, wurden wir nur noch von der Frustration heimgesucht, daß unsere Aktionen von den öffentlichen Solidaritätsgruppen entweder nicht zur Kenntnis genommen oder in der politischen Auseinandersetzung mit der Landesregierung nicht verwertet wurden. So blieb u.a. unsere auf krimineller Beschaffung beruhende Publikation der Zigeunerakten²⁰ der Kölner Anlauf- und Beratungsstelle nahezu ohne Resonanz, obwohl sie genau zu dem Zeitpunkt erfolgte, an dem der Konflikt zwischen den Roma bzw. ihren UnterstützerInnen und der Rau²¹-Heinemann²²-Schnoor²³-Administration eskalierte.

Es war das eingetreten, was wir unbedingt vermeiden wollten: Wir waren allein, ohne Austauschmöglichkeiten, so daß sich die Motivation für die bewaffnete Intervention nur noch aus dem reinsten Subjektivismus zu speisen begann. Ein Zustand, den wir als Tod von Politik begreifen und als Einfallstor für Beliebigkeit und Terrorismus.

Die Schwäche unseres Engagements im Roma-Konflikt wurde vollends offensichtlich, als es uns nicht gelang, andere Gruppen aus unserem Zusammenhang auf eine gemeinsame Stoßrichtung zu verpflichten. Mit dem Vorschlag, angesichts der nationalistischen Neuformierung Deutschlands der im Bündnis zwischen Staat und Mob organisierten Hetze gegen Ausländer und der sozialtechnischen Inszenierung von Flüchtlings- und Zigeunerproblemen im Jahr 1990 alle Kräfte der RZ auf die Ingangsetzung einer breiten, antirassistischen und internationalistischen Kampagne zu lenken, sind wir nicht durchgekommen. Teile des Zusammenhangs der RZ waren und sind der Ansicht, mit einer neuen, antipatriarchalen Orientierung das politische Defizit zu füllen und die RZ über eine Durststrecke bringen zu können, ohne sie grundsätzlich in Frage zu stellen. Unsere Gruppe konnte und wollte umgekehrt die Ausrichtung der gesamten Politik auf das Thema Antipatriarchalismus nicht hinnehmen. Obwohl wir uns über die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion im klaren sind, erschien uns der Stand der Auseinandersetzung nicht ausreichend, die Theorielücken waren zu groß, die denkbaren Beziehungen zwischen legalen und illegalen Kampfformen zu unausgegoren, als daß wir daraus eine bewaffnete Politik hätten ableiten können. (Das einzige Papier, das in diesem Zusammenhang veröffentlicht wurde Was ist das Patriarchat? fiel internen Spannungen zum Opfer und reichte nicht als Ausgangspunkt für eine weiterführende Klärung in unseren Reihen.) Historisch gesehen, hätten wir vielleicht einen emanzipatorischen Beitrag zur Patriarchatsdiskussion leisten können, wenn es uns gelungen wäre, mit den Frauen der Roten Zora eine gemeinsame Politik zu entwickeln, anstatt ihnen durch unsere Ansichten und unser Verhalten die Trennung von uns nahe zu legen. Aber das ist eine andere Geschichte.

Kurzum: In der bisherigen Entwicklung der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, an deren männlichem Elend wir mitverantwortlich sind, erkennen wir keinen politikfähigen Ansatz: Wenn dann noch der Mann als Täter in den Vordergrund rückt, Kontemplation Politik ersetzt und im Verzicht auf männliche Definitionsmacht politische Enthaltensamkeit geübt wird, begreifen wir die ganze Richtung eher als Selbstentmündigung und Entpolitisierung, denn als Beitrag zur Neubestimmung sozialrevolutionärer Politik. Jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.

Den politischen Rest bekamen wir, als die Linke in der BRD/DDR sich außerstande sah, auf den Wiedervereinigungsprozeß und seine Folgen zu reagieren. Mit diesem Nichtverhalten, mit dem Verzicht auf die Formulierung von Alternativen und der totalen Unfähigkeit, dem aufkeimenden Nationalismus auch nur theoretisch eine internationalistische Perspektive entgegenzusetzen, trat die Linke als innenpolitischer Faktor ab. Aber auch die RZ haben sich durch anhaltende Passivität endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert. Zu den entscheidenden Ereignissen, die wie es scheint, die 90er Jahre prägen werden, zur deutschen Hegemonie in Europa, zum Golfkrieg (einschließlich der damit in diesem Land verbundenen politischen Debatte und der Veränderung der Koordinaten der Linken) und zum Zerfall des Realsozialismus konnten wir keine klärende Position finden. Auch die von uns benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster haben gegenüber dem historischen Wandel versagt.

Wir sind in den Strudel der Auflösung linker Utopien und kommunistischer Systeme geraten, obwohl wir aus unserer politischen Geschichte heraus meilenweit von dem entfernt waren, was jetzt als Realsozialismus zurecht Bankrott gegangen ist. Daß die bolschewistisch verstaatlichte Form des Kommunismus eben nichts als eine Herrschaftsform war, haben wir immer gesagt, und unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Trotzdem fällt uns dieser Bankrott auf die Füße, wir können nicht so tun, als gingen uns die Perversionen des zur Macht gekommenen Kommunismus nichts an. Eine Perspektive auf soziale Befreiung, zumal eine revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern, wird künftig verdammt schwer zu begründen sein. Dafür reicht der abstrakte Bezug auf den auch nach dem globalen Sieg des Imperialismus fortexistierenden Widerspruch der millionenfachen Verarmung und Verelendung nicht aus. Erst wenn sich erwiesen hat, daß die albanischen Flüchtlinge in Italien 1991 nur die Vorboten einer Unterminierung der Festung Europa gewesen sind, werden auch hier die Verhältnisse wieder zu tanzen beginnen. Im Moment sehen wir jedenfalls nicht, wie die Fortsetzung von bewaffneten Aktionen ein Ersatz für eine fehlende politische Perspektive der Verbreiterung und Vermassung revolutionärer Politik in der BRD sein kann. Die Form und das Mittel des bewaffneten Kampfs, das wissen wir selbst ziemlich genau, wird leicht zum Selbstzweck, zum Ersatz für politische Strategien.

III. Heute vermuten wir, daß bereits mit der Entscheidung für die Flüchtlingskampagne Mitte der 80er Jahre und mit dem Versuch einer Annäherung an die sogenannte Soziale Frage unsere Abkapselung in ein irreversibles Stadium eingetreten war obwohl wir das Gegenteil hatten erreichen wollen. Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen (AKW, Häuserkampf) überwunden werden, in denen wir uns zusammen mit der autonomen Linken seit Ende der 70er Jahre engagiert hatten. Wir waren mit unserer Fixierung auf diese Teilbereichskämpfe in eine Krise geraten, denn die Hoffnung, sie als Keimformen einer allgemeinen sozialen Umwälzung interpretieren zu können, hatte sich als Fehleinschätzung erwiesen.

Hinzu kam der Versuch, mit der Formulierung eines konkreten Antiimperialismus die Verkrustungen und die Eindimensionalität des vorherrschenden linken Internationalismus jener Jahre aufzubrechen. Wir haben in der Verbindung von sozialer Thematik und Flüchtlingskampagne Möglichkeiten gesehen, einen neuen Handlungsspielraum für internationale Solidarität in den Metropolen selbst zu eröffnen. Was wir damals nicht richtig begriffen oder wofür wir jedenfalls keine Lösung parat hatten, war die in dieser Kampagne zum ersten Mal in aller Schärfe auftretende Trennung zwischen Thema (Flüchtlinge) und Adressat unserer Propaganda (linksradikale Szene). In den Flüchtlingen sahen wir die in die Metropolen reichende Verlängerung eines weltweiten Aneignungskampfes, VertreterInnen

eines Weltproletariats, gegen die die staatlichen Ausländer- und Sozialbehörden exemplarisch Sondermaßnahmen ergreifen, die auch für Teile der metropolitanen Klasse bestimmt sind. Zwar hatten wir nicht die Hoffnung, daß sich rasche Verbindungslinien zwischen Flüchtlingen und hiesigen proletarisierten Schichten ergeben würden, die eine rassistische Spaltung überwinden könnten. Aber wir phantasierten den Willen der Flüchtlinge, in den Metropolen ihren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum und an existentieller Sicherheit einzuklagen, als direkten antiimperialistischen Kampf, verbunden mit trikontinentaler Widerstandserfahrung und damit als ein mögliches Terrain unserer eigenen Politik. Als die Kämpfe in dieser Form ausblieben, auf die wir hätten Bezug nehmen wollen (wobei wir die vielen reformistischen Forderungen von Asylsuchenden leicht übersahen), kompensierten wir dies mit der Analyse der staatlichen Flüchtlingspolitik und mit Angriffen auf deren zugängliche Agenturen. Wir machten die Sache der Flüchtlinge zu der unsrigen, ohne auf ihre Subjektivität und Erwartungen Rücksicht zu nehmen, ja ohne sie zu kennen. Diese Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge ergab sich scheinbar notwendig, sie entsprang unseren Erfahrungen aus der öffentlichen Flüchtlingsarbeit und sie war theoretisch begründet in der Einschätzung der Rolle des Staats gegenüber der Migration. Aber wir vergaben uns damit die Chance eines wirklichen Zugangs zur Sozialen Frage, vielleicht weil wir ahnten, mit den Problemen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen würde, als illegale Gruppe überfordert zu sein, und weil es damals keinen Transmissionsriemen in der Linken zu den Flüchtlingen gab. Die Einbahnstraße entstand also dadurch, daß wir in dem Versuch der Verknüpfung von sozialer und Flüchtlingsthematik die alten Teilbereichsbewegungen verließen, um wieder eine umfassende, auf gesamtgesellschaftliche Umwälzung zielende Perspektive zu gewinnen; daß wir aber weder die eigene Organisationsform noch die bisherigen Methoden und Objekte unserer Angriffe in Frage stellten und vor allem den Adressatenkreis unserer Politik, das linksradikale Milieu, nicht verließen oder ausweiteten. Inzwischen kann die Linke bzw. das, was von ihr übrig ist, durch die unaufhörliche Verschärfung der staatlichen Flüchtlings- und Ausländerpolitik und die neuerlichen rassistischen Begriffe die bedrohliche Situation von Flüchtlingen in der BRD nicht weiter verdrängen. Sie hat sich der Notwendigkeit gestellt, zumindest ein Bleiberecht zu verteidigen. Paradoxerweise geschieht das zu einem Zeitpunkt, in dem wir selbst mit unseren Bemühungen in dieser Richtung vollkommen isoliert sind.

IV. Bisher haben wir uns darauf beschränkt, den Verlust unserer Bezüge und das daraus entstandene Mißverhältnis zwischen unserem revolutionären Anspruch und der tatsächlichen politischen Entwicklung als Begründung für unser Aufgeben zu benennen. Das Problem stellt sich grundsätzlicher. Die Frage muß lauten

Kann eine Formation wie die RZ mit ihrem Eigenverständnis von Verankerung und Vermassung und mit dem Einsatz bestimmter, eingeschränkter Kampfmittel ihren politischen Zielen auf Dauer gerecht werden ?

Die RZ entstand Anfang der 70er Jahre, als die Diskussion über revolutionäre Gewalt noch breit geführt wurde und nicht tabuisiert war. Bewaffneter Widerstand wurde wenn auch nur von wenigen praktiziert von vielen als legitimer Kampf begriffen, der weltweit die Dynamik der Klassenauseinandersetzungen bestimmte. Die bewaffneten Gruppen waren in der Selbsteinschätzung der Linken ein Teil des revolutionären Spektrums. In den Fabrikkämpfen Anfang der 70er Jahre, den Häuserkämpfen, der Jugend- und Randgruppenbewegung und besonders bei den sich entwickelnden Kämpfen der Frauenbewegung zeigten sich Ansätze für soziale Umwälzungen in den Metropolen. Die Erfahrungen der lateinamerikanischen Guerilla als notwendiger Bestandteil der Massenbewegung auf dem Weg zur Revolution hatten auch für die Metropolenkämpfe jener Jahre einen zentralen Stellenwert. Sie wurden nach hierher übertragen, und der Sturm auf das Hauptquartier schien im Bereich des Möglichen zu liegen. Erst die massive staatliche Repression führte zu den bekannten

Entsolidarisierungsprozessen. Der Deutsche Herbst 1977, die Anti-AKW-Bewegung und die Orientierung der Spontis²⁴ später der Autonomen auf die Teilbereichsbewegungen beendeten diese Phase. Nach der Repression 1977 gegen unsere Organisation verbanden die RZ ihr politisches Schicksal mit den jeweils aktuellen Konjunkturen der Teilbereichskämpfe, zogen ihnen quasi hinterher, ergänzten sie und sahen in ihnen die neuen Keimformen der Revolte. Sie gingen über die beschränkten Ziele der Teilbereichskämpfe insoweit hinaus, als sie an einer grundsätzlichen revolutionären Orientierung festhielten. In dieser Phase gelang es, mit den Aktionen der RZ die Bereitschaft zum militanten Widerstand in den Teilbereichsbewegungen zu fördern, mit exemplarischen Beispielen die Handlungsgrenzen auszuweiten und die bewaffnete Opposition als Teil der linken politischen Kultur zu verankern. Die Themen wechselten, die waren (fast) beliebig und austauschbar (AKW, Startbahn West, Häuserkampf, Friedensbewegung, Gentechnologie usw), das Credo der RZ blieb: Bewaffneter Widerstand ist möglich. Unsere Verankerung oder was wir dafür hielten drückte sich in der Propaganda und Vermassung militanter und bewaffneter Widerstandsformen aus; der Spiegel dieser Verankerung schien uns die Akzeptanz und Nachahmung in den Reihen der radikalen Linken zu sein. (Genau aus diesem Grund wurden diverse Handbücher und Bauanleitungen veröffentlicht.) Je breiter und militanter sich der Widerstand gebärdete, desto gewisser waren wir uns der Zustimmung zu unseren Aktionen. Wir legten sie so an, daß sie nicht in Widerspruch zu den Bewegungen gerieten. Deshalb vermieden wir die Ebene reiner Machtauseinandersetzungen. Die Parolen Kampf um die Köpfe und Herzen und Schafft viele RZ standen für dieses Vermassungskonzept.

In den Kämpfen um die Startbahn West, als sich breitester öffentlicher Widerstand mit illegalen Aktionen verband, schlug für die dort agierende RZ eine Sternstunde. Sie hatte es verstanden, in einem regionalen Konflikt eine Rolle zu spielen. Sie brachte zeitweilig die allgemeine Gewaltbereitschaft mit ihren Interventionen in Einklang für uns ein Beispiel für gelungene Verankerung revolutionärer Politik. (Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry²⁵, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert.) In einem viel reduzierteren Maß glückte die Verbindung noch einmal in der Fahrpreiskampagne an Rhein und Ruhr mit der massenhaften Verteilung nachgedruckter Fahrkarten in proletarischen Vierteln. Es war ein kleiner Beitrag von uns, die Menschen zu gesetzwidrigem, kostensparendem Handeln zu animieren ... Das Konzept Schafft viele revolutionäre Zellen ging nur insofern auf, als eine Parallelität der Kampfmethoden entstand. Es war uns jedoch nicht gelungen, in den Teilbereichsbewegungen Fuß zu fassen oder die Militanten aus ihren Zusammenhängen heraus für eine revolutionäre Perspektive und Organisation zu gewinnen. Der Häuserkampf ist dafür ein Beispiel. Die Militanzbereitschaft war inzwischen gewachsen, der Einsatz ähnlicher Mittel wie der unsrigen war Ausruck einer breiten politischen Widerstandskultur geworden. Die Vermassung unserer Angriffsformen ließ sich aus jedem Jahresbericht des Verfassungsschutzes belegen. Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen HäuserkämpferInnen mehr zum Mythos als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindungen mehr zu den neuen Generationen der HausbesetzerInnen und der Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung. In der Fixierung auf unsere Kampfmethoden verzichteten wir darauf, eine theoretische politische Orientierung zu entwickeln, die mehr beinhaltete als einzelne Versatzstücke zu bestimmten Konflikten. Unser sozialrevolutionäres Theorieverständnis setzte sich bestenfalls mosaikartig aus der Summe der Kommentare und Analysen zu den einzelnen Widerstandsfeldern zusammen, eine festere Anbindung war so nicht möglich.

Die RAF mit ihrer Imperialismusanalyse (militärisch-industrieller Komplex) und der Ausrichtung auf die Befreiungsbewegungen hatte eine Theorie vorgegeben, die Bestandteil der Propaganda der sie unterstützenden Gruppen war. Mit dem Konzept der Front²⁶ hatte sie 1982 den organisatorischen und propangandistischen Rahmen für die ideologische Verbreiterung ihrer Politik gegeben. Wir diskutieren hier nicht die Mängel an diesem Konzept, denn es geht nicht darum, uns an ihren Fehlern

abzuarbeiten, sondern an unseren. Es bleibt festzuhalten, daß in der Propagierung unserer eigenen Kampfmittel als Mittel für alle eher ein Aktionsmodell steckte als eine politische Theorie. (Das Papier Zwischen Beethoven und MacDonalds^{26a} stellte in diesem Zusammenhang klar, wie gründlich die Linke das Selbstverständnis der RZ mißverstanden hatte, als sie Bomben von Rechtsradikalen auf Wohneinrichtungen und Autos der US-Streitkräfte mit uns in Verbindung brachte.) Unser fundamental-revolutionärer Ansatz korrespondierte nicht mit den Zielen der Teilbereichsbewegungen, und der zunehmenden Zersplitterung autonomer Zusammenhänge setzten wir keine vereinheitlichende Perspektive entgegen. Trotzdem lagen unsere Stärke und unser Mythos in der Eröffnung und Nachahmung militanter Aktionsformen und unserer Fähigkeit, gesellschaftliche Konflikte aufzugreifen, die eine gewisse Sprengkraft bargen.

Unsere theoretischen Beiträge befaßten sich also im wesentlichen mit den Konflikten, an denen wir partizipierten. In diesem Sinne trugen wir zur Theoriebildung bei. Erst in der Entwicklung der Flüchtlingskampagne gingen wir in unserem theoretischen Selbstverständnis über die Teilbereichsbewegungen hinaus. Die damit gewonnene Ausweitung der Konfrontationsebenen war objektiv auch ein erster Schritt aus der Selbstreduzierung heraus, die in unseren Methoden angelegt war. Eigentlich hätte diese Kampagne zu einer konsequenten Revision der von uns benutzten Kampfmittel und -formen führen müssen.

Aber dies geschah nicht, wir repräsentierten weiterhin die Form einer sozialrevolutionären Guerilla, die ihre Kontinuität in der Durchführung bestimmter bewaffneter Aktionen aufrechterhielt. Ihr herausragendes Merkmal blieb die Symbolik des Bombenanschlags.

Die Dialektik von bewaffnetem Widerstand und Massenkämpfen blieb rein äußerlich. Die eigene, subjektive Entscheidung für grenzüberschreitendes politisches Verhalten, für bewaffnete Anschläge, und die Zustimmung der Linken zu unseren Aktionen legten wir fälschlicherweise als systemsprengende revolutionäre Kraft, als erste Schritte eines revolutionären Prozesses aus. Hatten wir wirklich geglaubt, mit einem derartig reduzierten Programm die Komplexität der gesellschaftlichen Veränderungen in ihren politischen und kulturellen, sozialen und organisatorischen Ausmaßen beeinflussen zu können?

Offensichtlich! Denn über die lange Zeitspanne seit den Anfängen der RZ veränderten wir kaum die Methoden unserer Interventionen. Wir beschränkten uns im wesentlichen auf Sabotageakte und Sachbeschädigungen, deren politische Wirkung auf Gedeih und Verderb auf die Berichterstattung durch die Medien angewiesen war was im extremsten Fall bedeutete, daß eine Aktion nicht stattgefunden hatte, die nicht in den Schlagzeilen war. Nichts dokumentiert deutlicher die Distanz zu den gesellschaftlichen Prozessen. Kein Thema, das wir diskutierten, keine Analyse, die wir erstellten, eröffnete uns die Perspektive für neue Interventionsformen. Wir reduzierten die von uns und unserer Propaganda antizipierte soziale Befreiung auf den Akt des Angriffs immer gleicher Objekte, als wenn sich in der ständigen Wiederholung des ewig gleichen Einsatzes der ewig gleichen Mittel subjektiv der Beitrag als Revolutionär erschöpfen könnte; als wenn das, was wir erreichen wollten, nämlich Förderer und Teil der revolutionären Kräfte zu sein, sich in dieser Selbsteinschränkung einlösen ließe. Unsere Aktionen blieben kalkulierbar. Das Festhalten an den traditionellen Konfrontationslinien und Angriffsformen in der Flüchtlingskampagne wurde denn auch für uns zum Sargnagel.

Und doch hatte das Beharren auf dem reduzierten Spektrum von Mitteln im revolutionären Kampf einen Grund. Wir haben einerseits unsere Mittel niemals relativiert, weil wir sie nicht wirklich in Bezug gesetzt haben zu Klassenkämpfen, sondern immer nur zur linken Szene. Andererseits gingen wir nicht über diese Mittel hinaus, weil sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. Diese Anonymität produzierte (glücklicherweise) keine HeldInnen. Niemand konnte zur Verantwortung gezogen werden, alle konnten es gewesen sein.

Hierin lag gleichsam der Verzicht, Menschen als Träger von Ideen und Propaganda zu präsentieren, identifizierbar zu machen. Ohne bekannte Mitglieder, ohne Gefangene als PropagandistInnen existierten die RZ nur als abstrakte Idee. In dieser Abstraktion lagen zugleich die Stärken und die

Schwächen der Zellen. Sie waren stark genug, weil ganz unabhängig von ihren Militanten die Idee des bewaffneten Widerstands überleben konnte und weil die Solidarisierung sich nicht auf Personen, sondern auf Aktionen bezog. Diese Abstraktion und Anonymität verhinderte aber gleichzeitig die Ausweitung von Propaganda und verengte die politischen Perspektiven und Interventionsfelder. Die Konfrontations- und Angriffsmöglichkeiten blieben beschränkt. In genau dieser Logik lag die Verselbständigung der Mittel begründet, genauso wie das Auslaufen einer Kampagne aus Mangel an geeigneten Angriffszielen. In ihr war die Isolierung unserer Politik angelegt.

Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Aber die Frage, warum unsere Kampfmittel nicht nur von den Herrschenden als terroristisch empfunden werden, stand angesichts von Sprengsätzen in Flugzeugen, Kaufhäusern und Synagogen mit Hunderten von Toten schon eher an. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Der Diskreditierung des Widerstands- und Befreiungskampfs durch die globale Ausbreitung eines dreckigen, geheimdienstlich durchsetzten Terrorismus konnten wir praktisch kaum etwas entgegensetzen. Für den Einsatz revolutionärer Gewaltmittel ist dies zu einem entscheidenden Problem geworden.

V. Der letzte Aspekt unserer Reflexion betrifft unser Verhältnis zum sogenannten Internationalen Terrorismus. Durch die Offenlegung der Stasi-Akten, durch Presseberichte über Carlos²⁷ und Co. und vor allem durch die Ermordung von Gerd Albartus sind wir mit dem Teil unserer Geschichte konfrontiert, den die meisten von uns gar nicht kennen, den die anderen am liebsten verdrängt hätten.

Seit Entebbe und der OPEC²⁸-Aktion kann sich jede/r vorstellen, daß die Geschichte der RZ nicht erst mit dem Einstieg in die Teilbereichsbewegungen begonnen hat. Die damals üblichen internationalen Kontakte wurden aber schon vor 1977 wegen politischer Differenzen abgebrochen, so daß die neuen Mitglieder der RZ mit ihrem sozialrevolutionären Verständnis von Politik davon unberührt blieben. Diejenigen, die von den alten Zusammenhängen wußten, sahen sich nicht veranlaßt, die faktische Neugründung der RZ mit der alten Geschichte zu verbinden. Das war ein Fehler, weil sich heute niemand von uns mehr der politischen Verantwortung entziehen kann, auch diesen Teil der Geschichte und seine Folgen im internationalen Terrorismus zur Kenntnis zu nehmen und ihn als einen historischen Ursprungsort der RZ zu akzeptieren. Der Umgang mit diesem Komplex zeigt einerseits die Blauäugigkeit, mit der die Militanten der RZ die eigene Politik durch Zuordnung zur linksradikalen und autonomen Szene definiert haben, als wenn eine neue Orientierung allein schon bedeuten würde, daß die alte Geschichte gegessen sei. Andererseits läßt er bei denjenigen, die etwas von den früheren Bezügen und internationalen Kontakten ahnten oder wußten, auf eine Art zustimmenden Gehorsam zu den terroristischen Auswirkungen dieser Geschichte schließen. Beide Verhaltensweisen dokumentieren die Schwäche politischer Moral. Die politische Verantwortung bleibt davon unberührt.

Wir wollen mit diesem Papier nicht der Selbstaufgabe revolutionärer Politik das Wort reden. Wir können auch nicht für den gesamten Zusammenhang der RZ sprechen, von dem wir nur ein Teil sind. Offenbar aber reichen die von einer ganzen Generation seit Anfang der 70er Jahre in der BRD gemachten Erfahrungen mit dem militanten Widerstand und dem bewaffneten Kampf noch nicht einmal aus, um die gegenwärtige Krise zu bestimmen und näher zu analysieren, geschweige denn, um einen offensiven Ausweg daraus zu finden. Wir meinen, daß mit der Fortschreibung des RZ-Mythos nichts gewonnen ist, sondern daß es im Gegenteil darauf ankommt, eine historische Etappe abzuschließen, verkrustete Strukturen und Kampfmittel aufzugeben, um überhaupt wieder eine Chance zu bekommen, als politische Subjekte in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozeß eingreifen zu können. Die politische Öffnung der RZ scheint uns dafür der einzig richtige Schritt.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Wenn die Nacht am tiefsten ... ist der Tag am nächsten März 1992

Eine Antwort auf Das Ende unserer Politik RZ-Papier (Konkret, März 92) ist unumgänglich. Bevor wir in die Debatte einsteigen, halten wir es für angebracht, uns den LeserInnen vorzustellen.

Wir gehörten bis vor einigen Jahren zu dem, was im o.g. Papier hochtrabend als Organisation bezeichnet wird und was wir trefflicher, weil unverbindlicher, Zusammenhang nennen würden.

Unsere größte Popularität hatten wir zu Zeiten der Bewegung gegen die Startbahn 18 West. Allerdings beschränkten sich unsere Aktivitäten nicht auf diesen Bereich, nicht vorher und nicht nachher. Wir waren bei weitem nicht die alleinigen TrägerInnen der RZ-Aktionen in dieser Region, wenn auch diejenigen, die am engsten mit dem Konzept, dem Zusammenhang und der spezifischen Kampfform verbunden waren. Mitte der 80er Jahre haben wir uns in praktischer Hinsicht aus diesem Zusammenhang zurückgezogen, nachdem unsere Versuche, eine grundsätzliche Diskussion und Bestandsaufnahme als Voraussetzung für eine Neubestimmung zu führen, fehlgeschlagen waren. Seither stehen wir in mehr oder weniger loser Verbindung.

Das Ende unserer Politik ist uns Anlaß, uns im alten Rahmen zu Wort zu melden. Stellt es doch den Versuch dar, aus einer Position vollkommener Resignation heraus ein gewiß nur winzigkleines Stück Geschichte der RZ zu schreiben. Und mehr noch.

Nach der Lektüre eures Papiers drängt sich jeder/m die Frage nach dem WARUM auf. Was wollt ihr eigentlich mitteilen, wem gegenüber seid ihr verantwortlich ? Und es springt ins Auge, daß an keiner Stelle eures Papiers begründet wird, warum es geschrieben und veröffentlicht werden mußte.

In unseren Augen ist euer Papier oberflächlich, an keinem einzigen Punkt geht ihr derart in die Tiefe, daß mensch von Aufarbeitung, geschweige denn Verarbeitung reden könnte. Dabei gehen großmäuliger Avantgardeanspruch und ein Fatalismus, der Geschichte gleichsam naturalisiert, eine merkwürdige Verbindung ein. Die Vorgänge in der Gesellschaft und in der Linken scheinen sich vor euren Augen nach Naturgesetzmäßigkeiten abzuspielen und die Geschichte der letzten Jahre demnach als Naturkatastrophe

von der Geschichte überrollt, in den Strudel der Auflösung linker Utopien ... geraten, endgültig aus dem historischen Prozeß hinauskatapultiert, in ein irreversibles Stadium eingetreten sind da nur einige Kostproben. So schwammig wie eure Aufarbeitung bleibt eure Schlußfolgerung: Die politische Öffnung der RZ scheint uns ... der einzig richtige Schritt. Was, bitte schön, soll das denn nun bedeuten?

So häufig, wie ihr im Text den Begriff Organisation verwendet, stellt sich die Frage, warum dieser Text von euch nicht innerhalb der Organisation diskutiert wurde, woher ihr euch berufen fühlt, nun im Alleingang Konkurs anzumelden ? Daß es dann die Konkret- und nur die Konkret- war, die das rare Exemplar erhielt, macht die Sache nur noch pikanter ...

Unser Text, das sei vorausgeschickt, ist kein Positionspapier, sondern nur eine Antwort auf euer Papier. Auf eure widersprüchliche, ja chaotische Vorgabe einzugehen, ist uns schwergefallen. Beginnen wollen wir mit den Punkten, die weniger mit der Aufarbeitung oder Analyse, denn mit korrekter Darstellung der Ereignisse zu tun haben.

1. In eurer historischen Darstellung der RZ klingt an, als hätte es vor 1977 nur die OPEC-Aktion und Entebbe und erst danach den Einstieg in die Teilbereichsbewegungen gegeben. Das trifft so wenig zu wie eure Version von der faktischen Neugründung der RZ nach Entebbe. Es gab keine Neugründung, sondern eine Spaltung ein kleiner, aber feiner Unterschied. (Zur OPEC-Aktion und zu Entebbe werden wir hier nichts sagen. Zu Entebbe gibt es bereits ein RZ-Papier, hinter das wir uns hiermit,

trotz mancher Kritik im Detail, grundsätzlich stellen.)

2. Der Kampf gegen die Startbahn 18 West war der einzige Teilbereichskampf, wo es den RZ's gelang, Anspruch und Umsetzung weitgehend in Einklang zu bringen. Das sagt ihr. Aber selbst das könnt ihr in eurem Defätismus so nicht stehen lassen, auch wenn ihr dafür die ganze Geschichte auf den Kopf stellen müßt: Durch einen einzigen verhängnisvollen Fehler, den Mord an Karry, wurde dieses Konzept von Popularität schlagartig desavouiert. Die Aktion gegen Karry konnte die Startbahn-Intervention nicht desavouieren (und schon gar nicht schlagartig!), weil es sie bis dahin noch gar nicht gab. Die Karry-Aktion datiert im Mai 1981, die RZ-Angriffe auf die Startbahn-Betreiber begannen im Oktober 81, also 5 Monate später!

3. Wie schon der Märzausgabe des ak- zu entnehmen ist, haben nicht nur wir eine andere Erinnerung an die Folgen des 18.12.87. Ihr behauptet als Folge des 18.12. die Orientierung auch der linksradikalen Szene von der thematischen Arbeit auf den unmittelbaren Repressionsaspekt (wir fragen uns, ob ihr nicht unter Umständen die Auswirkungen des 2.11.29 mit denen des 18.12. verwechselt). War es nicht gerade umgedreht so, daß die inkriminierten, sog. anschlagsrelevanten Themen eine ungeheure Aufmerksamkeit erfuhren, nicht nur in der Linken, sondern weit bis in kirchliche Kreise hinein? Daß dies in euren Augen vielleicht zu kurzfristig bzw. zeitlich befristet an die Prozesse gekoppelt war oder auch einfach nicht in die von euch erhoffte Qualität umschlug, dürfte am allerwenigsten dem 18.12. geschuldet sein. Möglicherweise stand der Repressionsaspekt für die RZ und ihre Umgebung tatsächlich im Vordergrund. Doch sollten beide Aspekte fein säuberlich getrennt werden, sonst gerät eure Betrachtung zur Nabelschau.

Und wenn ihr diese Nabelschau schon unbedingt in aller Öffentlichkeit vollziehen müßt, dann drängt sich die Frage auf, warum der 18.12. diese Auswirkungen haben konnte. Mensch sollte annehmen, daß eine Organisation, die seit nunmehr fast 20 Jahren den Anspruch formuliert, sich illegal zu organisieren, solche Repressalien verkraften oder verarbeiten kann, zumal die RZ bis dato doch relativ ungeschoren davongekommen sind.

Die staatlichen Verfolgungsorgane sind nunmal dazu da, möglichem Widerstand entgegenzuarbeiten, das liegt in der Logik der Sache. Da gibt's einfach nichts zu jammern und nichts zu übertreiben. Im Abschnitt IV sprecht ihr von der Repression 1977 gegen unsere Organisation! Auf welchem Planeten soll die denn stattgefunden haben??? Wir für unseren Teil sind doch arg ins Grübeln geraten über die Frage, was ihr denn damit gemeint haben könntet. Das öffentliche Spekulieren darüber unterlassen wir lieber. Was auch immer es gewesen sein mag, den Begriff Repression habt ihr dabei gewiß überstrapaziert. Der sollte tatsächlich willkürlichen Verfolgungen vorbehalten sein und nicht dazu benutzt werden, die eigene Betroffenheit, sprich: Bedeutung, hochzuspielen.

Ihr kritisiert eure Aktivitäten gegen die staatliche Flüchtlingspolitik ganz richtig als Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge. In eurer gesamten Beschreibung des Gedankengebäudes, auf dem sie basierte, wird das Absurde und Paradoxe eures Begehrens deutlich. Nur unterlaßt ihr es, die theoretischen Fundamente zu hinterfragen und zu kritisieren.

Unsere eigene Organisationsform, die traditionellen Methoden und Objekte unserer Angriffe sowie der Adressatenkreis unserer Politik standen Mitte der 80er Jahre sehr wohl zur Debatte. Wie diese Debatte lief bzw. nicht lief und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, wird nicht zuletzt in dem deutlich, was ihr als Einbahnstraße klassifiziert, aber nicht analysiert.

Wir hofften damals, mit der Thematisierung der neuen Klassenzusammensetzung und der Ausgrenzung des unteren Armutsdrittels einen Weg gefunden zu haben, uns einem möglichen revolutionären Subjekt annähern und seine Kämpfe vorwegnehmen zu können. So sollte die Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen überwunden werden.

In diesem Abschnitt finden wir stichwortartig komprimiert das Theoriekonstrukt, das in anderen Schreibstuben entstanden ist und das wir nicht nur für zu einfach halten. Es ist schlicht falsch, was allerdings nicht einer Erfahrung in der Praxis bedurft hätte.

Das revolutionäre Subjekt gibt es nicht. Es ist deshalb auch müßig, sich auf die Suche nach ihm zu

begeben. Das gehört dann in den Bereich der Ontologie³⁰, damit der Philosophie und mit der in der Vergangenheit so oft beschworenen Philosophie der Praxis war es noch nie weit her. (berdies sollten Subjekt/Subjektivität im Kontext spätkapitalistischer Gesellschaften doch nur unter Vorbehalt Eingang in unser Vokabular finden. Wir behaupten zwar nicht die Existenz gesichtsloser Individuen im Räderwerk kapitalistischer Produktion und Reproduktion, doch bezweifeln wir, ob die Lebensumstände hier das Wissen erlauben, was Subjektsein heißt oder heißen könnte.)

Das Operieren mit dieser Figur, die in aller Reinheit und Feinheit revolutionäres Wollen verkörpern soll, täuscht darüber hinweg, mit welcher Komplexität sich die gesellschaftlichen Prozesse abspielen und von wieviel verschiedenen Momenten eine mögliche revolutionäre Entwicklung abhängt. Daß in bestimmten Phasen eine oder mehrere gesellschaftliche Gruppen besondere oder entscheidende Impulse setzen, bleibt davon unberührt.

Die Kreation eines revolutionären Subjekts suggeriert, daß eine revolutionäre Bewegung oder sogar Umwälzung mit einem Schlag möglich sei. In diesem Sinne reduziert sich die in weiten Kreisen der Linken populäre Suche nach diesem Subjekt, das mensch am liebsten selbst repräsentieren oder wenigstens (er)finden möchte, auf ein Gesellschaftsspiel, ein Spiel ohne reale Auswirkung.

Leider widmet ihr euch mit keinem einzigen Wort den latenten Rassismen innerhalb der metropolitanen weißen Linken; leider verliert ihr keine Silbe über eure eigenen Rassismen, in denen letztlich auch die Ursprünge einer Flüchtlingspolitik ohne Flüchtlinge zu suchen sind. Dies ist nicht nur euer Problem und schon gar keines der Vergangenheit. Die Unfähigkeit der Linken (uns selbst nicht ausgenommen), mit den rassistischen Strukturen dieser Gesellschaft und den aktuellen Angriffen anders als mechanisch umzugehen, Rassismus wie ein Thema zu behandeln, wäre Grund genug gewesen, dieser Frage einen sicheren Platz in eurem Rückblick auf die Flüchtlingskampagne zu geben.

Ebenso arglos stellt ihr an anderer Stelle fest: der Kampf um die Kolonisierung der Köpfe', den wir auf unsere Fahnen geschrieben haben, wird sich in anderen Formen abspielen müssen. Es ist nicht nur so, daß diese Parole aus der Zeit Mitte/Ende der 70er stammt und wir mittlerweile feste in den 90ern stehen. Auch ohne die nicht zu überhörenden Diskussionen zum Verhältnis Kolonisatoren und Kolonisierte könnte mensch eine Relativierung von Parolen oder ihre Anpassung an die sich verändernden globalen Verhältnisse annehmen. Spätestens aber durch die beispielsweise zwischen schwarzen und weißen Frauen stattfindenden Auseinandersetzungen zum Rassismus³¹ (in der weißen Linken) drängt sich doch die Frage auf, wessen Köpfe hier wo, wie und von wem kolonisiert sind, und wer sich demnach berufen fühlen kann, den Kampf dagegen zu führen.

Eure Projektionen auf die Flüchtlinge als TransporteurInnen trikontinentaler Kämpfe, Kampferfahrungen und -formen in die Metropole habt ihr selbst benannt. Wir beschränken uns daher auf das zweite oder auch Metropolenbein eures Subjekts, das untere Armutsdrittel. Lassen wir mal die Frage nach der Fragwürdigkeit der Analyse bestimmter Soziologen von der Zwei-Drittel-Gesellschaft beiseite und tun so, als wäre das so. Lassen wir weiterhin die Frage beiseite, was Armut in der Metropole eigentlich ist, d.h. wie sie sich in der Metropolen definiert und wie sie sich zum Trikont definiert bzw. relativiert. Was wir dann immer noch nicht verstehen ist: Worin begründet sich die unterstellte revolutionäre Potentialität der Armut in der Metropole und der daraus möglicherweise entflammenden Kämpfe? Ihr, wir und einige andere definieren sich als Revolutionäre. Was uns weiterhin gemein ist, ist, daß wir nicht arm sind. Das betrifft allen gegenteiligen Eigencharakterisierungen zum Trotz auch diejenigen unter uns, die Sozialknete abziehen im Unterschied zu denjenigen, die arm sind, weil sie nix anderes als Sozialknete (und oft auch die noch nicht) haben. Wir könnten das Problem damit lösen, daß wir uns allen alles Revolutionäre abstreiten. Vielleicht liegt darin ja des Rätsels Lösung!

Eine Kritik an den sog. Teilbereichsbewegungen ist populär. Auch ihr stigmatisiert sie zum zentralen Problem. Wir halten die Feststellungen für vordergründig und oberflächlich, nach denen der Hund in der Reduzierung und Orientierung auf die Teilbereichsbewegungen begraben liegt. Eine Bewegung,

in der sich gleichsam alles Revolutionäre bündelt, in der die von euch so genannte soziale Frage in einem homogenen Strang vereint ist, die revolutionäre Teilbereichsbewegung kann es nicht geben. Eine umfassende revolutionäre Bewegung wird immer auch aus verschiedenen Teilbereichen bestehen, aus an und auf den verschiedensten sozialen Orten und Ebenen stattfindenden Kämpfen. Gerade darin liegt die Aufhebung ihrer Beschränkung !

Zu dem von euch am Ende von IV angeschnittenen Thema Beschränkung der Aktionsmittel unsererseits 4 Anmerkungen:

1. Als einen Grund für besagte Beschränkung gebt ihr für euch an, daß ihr sie nicht wirklich zu Klassenkämpfen in Bezug gesetzt habt, sondern immer nur zur linken Szene. Jede Gruppe, die beansprucht, revolutionäre Politik zu machen und sich nicht zu der jeweiligen Klassenzusammensetzung in ihren Kämpfen in Bezug setzt, bleibt zwangsläufig ein Selbstläufer und läuft sich irgendwann zu Tode. Bewaffnete Politik verkommt dann auch wenn es absurd klingt zur individuellen berlebensstrategie.

2. Als zweiten Grund gebt ihr an, daß sie perfekt mit unserer Anonymität korrespondierten und das persönliche Risiko einschränkten. In dieser Allgemeinheit erklärt das vielleicht, daß es überhaupt Beschränkungen gab, aber nicht die Beschränkungen, wie sie für die RZ's allzuoft typisch waren. Zum einen dürfte das mit dem unter 1. Gesagten zusammenhängen, zum anderen habt ihr es im II. Abschnitt ungewollt selbst benannt: ... unsere eigene Praxis zielte perspektivisch nie auf irgendeine Machtfrage, sondern auf die Entwicklung und Verbreiterung sozialer Selbstbestimmungsrechte von unten her. Mal dahingestellt, was soziale Selbstbestimmungsrechte sein sollen, der entscheidende Punkt ist hier für uns die Machtfrage. Nicht in dem Sinne, daß wir als Personen oder Gruppe an die Macht wollten, sondern in dem Sinne, daß revolutionäre Politik (schon rein begrifflich) von Anfang an die Machtfrage stellen bzw. thematisieren muß. Das betrifft selbst besagte Teilbereichsbewegungen. Wenn z.B. eine Bewegung keine WAA auf ihre Fahnen schreibt, so stellt sie eine gewisse Quantität und Qualität vorausgesetzt punktuell die Machtfrage. Inwieweit das dann auch subjektiv so begriffen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir denken, daß das auch in den RZ's allzuoft nicht klar war. Das erklärt einiges von der teilweisen Beliebigkeit mancher Aktionen, berührt die Frage der Effektivität der Aktionsmittel wie die ihrer Inflexibilität, ihre Beschränkungen nach oben, aber auch nach unten: Es gab Aktionen, wo ein Vorschlaghammer oder eine Säge angebrachter gewesen wären, als der vergeudete Sprengstoff. An der Startbahn West hatten die RZ's keine dogmatischen Probleme, auch Luftballons (mit Alustreifen zur Störung des Flugverkehrs) einzusetzen, eben auch und nicht nur.

3. Heute, zu einem Zeitpunkt rassistisch motivierter Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, verbietet sich der Gebrauch von Feuer und Flamme als Mittel revolutionärer Politik in diesem Bereich von selbst. Dazu der ak' vom März 92: Fangt ihr jetzt schon selber an, die brennenden Erfassungsakten von Roma und Sinti mit brennenden Flüchtlingen zu vergleichen? Dem können wir uns nur anschließen.

Der von euch beklagte Geheimdienstterrorismus, dem wir nach eurem Bekunden praktisch kaum etwas entgegensetzen konnten, kann nur dann greifen, wenn wir ihm mit unseren eigenen Aktionen den politischen Raum dazu geben.

Anders bzw. grundsätzlicher formuliert: Ob Schüsse, Bomben, Brandsätze, Prügel ... jede Gewalt ist zunächst als Abstraktum terroristisch. Zu glauben, daß es nur davon abhängt, wer diese Mittel in welchem Maßstab und mit welchen Zielen anwendet, ist eine gefährliche Vereinfachung. Inwieweit eine bewaffnete Aktion politisch oder terroristisch ist, entscheidet sich nicht allein danach, wer sie mit welchem Ziel ausführt, sondern auch inwieweit diese von einem relevanten Bevölkerungsteil als politisch legitime Handlungsweise nachvollziehbar ist.

4. Abschließend noch eine Bemerkung zum spezifisch deutschen Militanz- und (damit korrespondierend) Bewaffnetem Kampf-Fetisch. Das fängt mit dem Militanzbegriff an, der in anderen Sprachen den politischen Kampf, und nur im Deutschen den gewaltsamen politischen Kampf meint.

Das setzt sich dann fort in der Gleichsetzung: Militanz und Bewaffneter Kampf = revolutionär/alles andere = reformistisch. Wo das herrührt scheint uns relativ klar: Aus der Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit, d.h. mit der weitgehenden Nichtexistenz bewaffneten Widerstandes gegen die Nazis. Nichtsdestotrotz muß diese Unterscheidung reformistisch revolutionär vor allem an den Inhalten und weniger an den Formen des politischen Kampfes festgemacht werden. Bewaffneter Kampf und Reformismus schließen sich keineswegs aus!

Ihr habt Aktionen zur Unterstützung des südafrikanischen Befreiungskampfes und gegen die staatliche Flüchtlingspolitik gemacht. ... diese Vorschläge sollten politisch orientierend wirken, ohne uns in eine avantgardistische Position gegenüber dem legalen Teil des Widerstandes zu bringen sagt ihr und wir würden gerne wissen, warum.

Was ist eine Avantgarde? Steht sie notgedrungen ganz oben, hat sie mit Hierarchie überhaupt etwas zu tun ? Kann mensch überhaupt Avantgarde sein wollen oder nicht wollen ? Ist Avantgardesein im Kontext einer politischen Bewegung oder Entwicklung nicht einfach Ausdruck davon, ob der politische Vorschlag einer Gruppe angenommen wird oder nicht, ob er zur Dynamik von Kämpfen beitragen kann?

Avantgarde scheint für euch eine überaus negativ besetzte Vokabel zu sein, andererseits auch eine Art Schlüsselwort. Kämpfe aus einer inhaltlich-politischen Stärke heraus anzuführen, ist anscheinend unweigerlich mit dem Dünkel von Macht und Hierarchie behaftet, so als sei dies nicht zu allererst eine Frage der Struktur und der Inhalte (in diesem Fall: der Linken). Für uns ist die vordergründig panische Angst, sich zu exponieren, nicht zuletzt ein Zeichen von fehlender Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen.

Daß ihr im Gegensatz zu eurer verbalen Distanz zu allem, was mit Hierarchie, Macht usw. zu tun haben könnte, durchgängig einen besonderen Platz in der Geschichte beansprucht, steht dazu nur vermeintlich im Widerspruch. Als RZ wollt ihr innerhalb der Linken keine Sonderstellung was euch im übrigen nicht daran hindert, mit den Besonderheiten zu kokettieren. Als Linke im Allgemeinen seht ihr euch jedoch in vornehmer Distanz zum gemeinen Volk. Ein zudem durch nichts legitimierter Kardinalfehler.

Völlig unverständlich und vor allem schräg sind eure Rundumschläge in Sachen Patriarchats-Diskussion. Revolutionäre Politik muß von ihrem Selbstverständnis, dem gemeinsamen Konsens her antisexistisch, antirassistisch und internationalistisch sein. Wir legen dabei die Betonung auf das Wort Selbstverständnis, weil wir für zentral halten, mit welchem Selbstverständnis mensch auf gesellschaftliche Konflikte reagiert, anstatt die gesellschaftliche Realität wie die politische Aktion an Begriffshülsen zu messen. Gerade was Sexismus und Rassismus angeht, wissen wir, wie schwer das ist, daß es mit der Parole anti- allein nicht getan ist.

Ihr behauptet die absolute Notwendigkeit dieser Diskussion und zieht im gleichen Atemzug die lange vor dieser Diskussion liegende Trennung der Roten Zora von eurem Zusammenhang dazu heran, euren potentiellen emanzipatorischen Beitrag wieder ad acta zu legen. Ihr behauptet eure Mitverantwortung an dem männlichen Elend der RZ-internen Patriarchats-Diskussion, um sofort mit der Keule Selbstentmündigung und Entpolitisierung um euch zu schlagen. Kurzum: ihr macht es euch arg einfach, Genossen ! Eine besondere Würze bekommt das Ganze dann noch dadurch, wenn am Ende eurer diesbezüglichen Ausführungen über die korrekte Linie die Feststellung steht, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint, gefolgt von dem Eingeständnis, daß auch die von euch benutzten antiimperialistischen oder sozialrevolutionären Erklärungsmuster ... gegenüber dem historischen Wandel versagt haben. Generell offen bleibt, wieso ihr überhaupt zum Thema Patriarchat Stellung bezieht. Außer dem von euch erwähnten Text Was ist das Patriarchat, den wir als teilweise biologistisch und eurozentristisch kritisieren, ist von dieser Diskussion rein gar nichts an die Öffentlichkeit gedrungen. Entweder haltet ihr sie für so wichtig, daß sie publizistisch verarbeitet werden soll, oder nicht. Wenn ja, dann referiert

sie und zwar genau. Dort könnten dann auch eure Probleme angemessenen Raum finden. Da das offensichtlich nicht der Fall ist, hättet ihr besser den Mund gehalten. So hat kein Mensch etwas davon, höchstens ihr selbst, indem ihr euch mal ausgesprochen habt. Das kann persönlich ja befreiend wirken, politisch ist es absolut sinnlos.

Ihr behauptet in den Ereignissen der letzten 2 bis 3 Jahre einen qualitativen Sprung (Stichworte: Projekt Großdeutschland und Neue Weltordnung) des kapitalistischen Weltsystems, dem ihr keinen entsprechenden qualitativen Sprung des Widerstands entgegensetzen könntet, damit euer Scheitern. Wobei für uns das großdeutsche Gejammer nur eine andere Spielart der so oft denunzierten deutsch-deutschen Besoffenheit ist.

Das kapitalistische Weltsystem ist in eine neue Phase eingetreten. Damit haben sich die Bedingungen linksradikaler Politik nicht nur in der BRD, sondern weltweit grundlegend verändert. Veränderung heißt aber nicht unbedingt Verschlechterung, auch wenn dieser Prozeß subjektiv zunächst als schmerzhafter erlebt wird, weil alte Gewohnheiten und Sicherheiten sich scheinbar schlagartig aufgelöst haben.

Ob die weltweite Neuformierung des Systems einen qualitativen Sprung darstellt, hängt vom Standpunkt ab. Vom kapitalistischen Standpunkt ist sie es sicherlich, weil sie nach der Krise der vergangenen 25 Jahre die Chance für einen neuen Akkumulationszyklus darstellt. Vom revolutionären Standpunkt könnte mensch nur dann von einem qualitativen Sprung des Systems reden, wenn ihm damit ein Ausweg aus einer revolutionären Situation gelungen wäre bzw. wenn zumindest das, was in den letzten Jahren Bankrott anmelden mußte, erhaltenswert gewesen wäre.

Ihr sagt, der Bankrott des Realsozialismus falle euch auf die Füße, obwohl ihr meilenweit davon entfernt wart. Dazu können wir nur feststellen: wem die Trümmer auf die Füße fallen, der muß sehr dicht dran gewesen sein. Was die von euch ängstlich beschworene revolutionäre Perspektive in den europäischen Metropolenländern angeht, so können wir diesen Bankrott nur begrüßen.

Einige Ex-RZlerInnen

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Tendenz für die internationale soziale Revolution Mai 1992

Wir sind eine Gruppe aus dem Organisationszusammenhang der Revolutionären Zellen. Die Veröffentlichung einer weiteren Gruppe der RZ zum Tod von Gerd Albartus zwingt uns, öffentlich etwas zu sagen, obwohl wir das wegen der unzureichenden Informationen nicht beabsichtigten.

Darüberhinaus werden wir kurz auf das Papier einer anderen RZ-Gruppe eingehen, die den bewaffneten Kampf aufgeben will.

Inzwischen dürfte deutlich geworden sein, daß es innerhalb der RZ verschiedene Tendenzen gibt. In dieser und anderen Veröffentlichung werden wir uns deshalb durch einen Namenszusatz kenntlich machen.

Das Papier zum Tod von Gerd wurde gegen unseren Willen mit dem Gesamtnamen RZ unterzeichnet. In vorausgehenden Diskussionen hatten wir deutlich gemacht, daß dieses Papier nicht unserer Haltung und unserer Praxis zum internationalen Befreiungskampf entspricht. Der Nachruf auf Gerd wird mißbraucht zu einem selbstherrlichen Rundumschlag auf Kosten der kämpfenden Völker im Trikont. Mit der gleichen fehlenden Gewissenhaftigkeit werden die Umstände seines Todes angedeutet. Die verantwortliche Organisation wird nicht genauer charakterisiert; das leistet Spekulationen Vorschub, die dem palästinensischen Widerstand nur schaden können. Es handelt sich um eine sehr kleine Organisation, die auf der rein militärischen Ebene kämpft und die sich selber dem internationalen antiimperialistischen Befreiungskampf zurechnet.

Wir lehnen eine Zusammenarbeit mit dieser Organisation ab, da die Stoßrichtung ihrer Aktionen oftmals zu ungezielt oder falsch ist und der Kampf auf der politischen Ebene vernachlässigt wird. Wir haben nur vage Andeutungen darüber, weshalb die betreffende Organisation an der Zuverlässigkeit von Gerd zweifelte, aber Gerd wußte, worauf er sich einließ. Er kannte die Erfordernisse des zugespitzten militärischen Kampfes. Die Zusammenarbeit mit dieser Organisation verstand er als seinen Beitrag zum Kampf der unterdrückten Völker gegen ihr Elend und ihre politische Unterdrückung. Für ihn war es eine Alternative zu der Selbstzufriedenheit vieler Menschen auch vieler Linken in den Metropolen.

In diesem Sinne teilen wir die Kritik von Gerd, die der politischen Haltung der Nachrufschreiber widerspricht. Internationale Solidarität bedeutet aktives und kritisches Miteinander der Kämpfenden und nicht arrogante Besserwisserei, die die konkreten und historisch gewachsenen Kampfbedingungen der Befreiungsbewegungen und der unterdrückten Klassen gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt.

In der öffentlichen Diskussion über den Nachruf gab es einige Beiträge, die wichtige Kritikpunkte aufgriffen, auf die wir uns beziehen: im Arbeiterkampf vom 13.1.92 die Stellungnahme Fragen und Anmerkungen zum RZ-Papier und das Papier Ich geh weg, ich geh weg, ... und such was Neues³², unterschrieben mit 3. Februar 92.

Die revolutionären Befreiungskämpfe in den Drei Kontinenten die immer auch Kämpfe um soziale Befreiung sind, die wir besonders unterstützen finden in den verschiedenen Ländern unter spezifischen Bedingungen statt. Unsere Analyse dieser Kämpfe und die Solidarität mit ihnen berücksichtigt die objektiven Bedingungen sowohl in Hinsicht auf die jahrhundertelange koloniale Ausplünderung und Zerstörung, als auch in Hinsicht auf die aktuelle Ausbeutungs- und Unterdrückungsstrategie des Imperialismus. Die beschränkte Orientierung ausschließlich auf den hiesigen Sozialprozess in den Metropolen, ohne ihn in seinen internationalen Zusammenhang zu stellen, fördert neokoloniale Denk- und Handlungsweisen.

Wer sich von den Kämpfen in den Drei Kontinenten entsolidarisiert, steht damit auf der gleichen Seite der Barrikade wie jene Kräfte, die sowohl offen wie verdeckt ökonomisch, militärisch und nicht

zuletzt psychologisch Krieg gegen alle Völker des Trikonts führen, die sich den unmittelbarsten Formen der imperialistischen Zerstörungsgewalt widersetzen. Solidarität bedeutet auch immer kritische Solidarität untereinander. Nur so wird ein gemeinsamer revolutionärer Entwicklungsprozeß der internationalistischen Kräfte ermöglicht.

Mit der Entführung der Air-France-Maschine nach Entebbe (1976) auf dem Flug Tel Aviv Paris sollten 53 gefangene Genossinnen und Genossen aus Knästen in Israel, der BRD, Kenia, der Schweiz und Frankreich durch den Austausch von Geiseln befreit werden. Von diesen fünf Staaten waren nur Passagiere aus Israel und Frankreich an Bord. Diese Passagiere mit israelischer sowie französischer Staatsbürgerschaft sowie die französische Crew wurden als Geiseln festgehalten, alle anderen aus ganz anderen Ländern entlassen. Eine Auswahl von Jüdinnen und Juden hat es nicht gegeben. Indem die Verfasser des Nachrufs in völlig unkritischer Weise die bürgerliche Medienpropaganda (Selektion von Juden ...) zur Wahrheit erklären, zeigt sich nicht nur ihre politische Unreife, sondern auch ein unsägliches Mißtrauen gegenüber den eigenen beteiligten GenossInnen.

In einer politischen Bewertung der Aktion einer auch in unseren Augen problematischen Flugzeugentführung müssen die Existenzbedingungen des palästinensischen Volkes berücksichtigt werden. In Stichworten: Leben unter israelischer Besatzung oder als Flüchtlinge, Erfahrung von Massakern (in Palästina, Libanon) bis hin zum Völkermord (Jordanien 1970). Vor der Entführungsaktion wurden etwa 6.000 EinwohnerInnen des Flüchtlingslagers Tel-Al-Zaatar in Beirut von christlichen, faschistischen Milizen mit Unterstützung der syrischen Armee ermordet; Israel verstärkte dabei seine ständigen Luft- und Raketenangriffe gegen die palästinensischen Flüchtlingslager. Die Weltöffentlichkeit schwieg. Der palästinensische Widerstand befand sich im Kriegszustand mit Israel. Die Entführung des aus Israel kommenden Flugzeugs und das Festhalten der Geiseln sollte als Druckmittel gegen die israelische und französische Regierung benutzt werden. Die Aufkündigung der Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand aufgrund der Kritik an dieser Aktion, ohne Berücksichtigung der damaligen Bedingungen, steht in einem schiefen Licht, denn im palästinensischen Widerstand fand anschließend eine Selbstkritik der Aktionsform Flugzeugentführung statt. Militärische Aktionsformen dieser Art wurden allgemein von den politischen Organisationen nicht mehr angewandt, weil die Entführung beliebiger Menschen aus den imperialistischen Staaten verwischt, daß der Befreiungskampf gegen die herrschenden Klassen und Militärapparate dieser Länder gerichtet ist.

Die Existenz eines rassistischen Staates Israel bedeutet die Verweigerung des Existenzrechtes für die PalästinenserInnen. Die Aufrechterhaltung eines solchen Systems, das mit den reaktionärsten Diktaturen auf der ganzen Welt zusammenarbeitet, kann keine Lösung sein. Eine Lösung kann nur eine Revolution herbeiführen, die allen Menschen eine gleichwertige Existenz erkämpft. Der palästinensische Widerstand hat dieses Ziel schon vor Jahrzehnten formuliert.

Zum Papier einer anderen Gruppe der RZ, die die Aufgabe des bewaffneten Kampfes befürwortet

Die Ursache für die Krise der RZ und die Krise bewaffneter Politik sehen wir in entscheidenden Punkten anders als ihr.

1. Die Frage der Macht und revolutionärer Gegenmacht:

Die bewaffnete Propaganda, die als Opposition bestimmte Mißstände aufzeigt, bestimmte zu sehr die Politik der RZ. Um die Frage, wie revolutionäre Gegenmacht entwickelt werden kann, wurde sich stets herumgedrückt. Diese Position ist anscheinend unangreifbar: Schlaglichter werden auf bestimmte Probleme geworfen und es der so benannten Öffentlichkeit überlassen, sie aufzugreifen oder nicht. Das kann zu einem Ritual erstarren, an dem sich nichts mehr bewegt, weder persönlich noch gesellschaftlich. Es wird keine Verantwortung übernommen für die Weiterentwicklung eines politischen Prozesses, bei dem es darum geht, die Macht der Unterdrücker zunächst einzuschränken, später in entwickelteren Kämpfen Vieler sie zu zerschlagen, um eine klassenlose und antipatriarchale

Gesellschaft zu ermöglichen.

Wer dies wirklich zum Ziel hat, sich aber nicht die Kernfrage stellt, wie die Macht erobert werden kann, ist ein/e Träumer/in, der/die an den bestehenden Verhältnissen kleben bleibt. Wichtig ist doch die Auseinandersetzung darüber, wie Gegenmacht positiv entwickelt werden kann, wie dem Machtmißbrauch entgegengewirkt werden kann. Das erreichen wir nicht, wenn die Frage der Macht überhaupt zum Tabu gemacht wird. Wie sollen wir wie ihr schreibt Entwicklung von mehr Selbstbestimmung erreichen, wenn nicht durch die Entwicklung von Gegenmacht? Geschenkt wird uns nichts außer den Spielwiesen, den Nischen die uns korrumpieren sollen. Gerade die Erfahrungen aus Chile 1973/33 und Spanien 1936-39/34 sollten uns lehren, wie die internationale Bourgeoisie mit unseren Träumen und unserer Selbstbestimmung umspringt, wenn wir den Herrschenden keine Grenzen setzen und das heißt: politisch und militärisch.

2. Zum Wechselverhältnis zwischen Guerilla und Bewegung:

Ihr beschreibt das Koordinatensystem, in dem sich die RZ bewegt haben, als sehr gradlinigen Weg: Bewaffnete Opposition Vermittlung Verankerung Vermassung. Das ist ein enormer Anspruch, denn gesellschaftliche Prozesse laufen nicht so in einer geraden Reihe ab. Ihr legt dies als Meßlatte an und konstatiert dann das Scheitern bewaffneter Politik. Das heißt: die Bestätigung der Richtigkeit wäre eine massenhafte Aufnahme der politischen Anregung der RZ gewesen. Das ist eine starke Vereinfachung.

Entgegen eurer ausdrücklichen Willenserklärung formuliert ihr hier einen klaren pädagogischen Avantgardeanspruch. Ihr erhebt den bewaffneten Zeigefinger und erwartet, daß das Thema von der Öffentlichkeit aufgegriffen wird. Wir meinen, daß das die Menschen jeweils selber entscheiden müssen und andersherum die Guerilla an den Reaktionen überprüfen kann, ob ihre Erwartungen realistisch waren oder nicht. Sich von der Reaktion der Öffentlichkeit derart abhängig zu machen, ist ein Kennzeichen reformistischer bewaffneter Politik, die selbst nicht strategisch politisch eingreifen will. Ebenso wichtig ist natürlich, daß dies auf der anderen Seite nicht zum abgehobenen Privatkrieg zwischen Guerilla und Staat führen darf.

Es gibt auch gesellschaftliche Situationen, wo die Guerilla nicht tiefer in die unterdrückten Klassen wirken kann, weil der politische Prozeß stagniert. Hierfür sind viele Faktoren verantwortlich. Es bedeutet für uns jedoch keineswegs, daß bewaffnete Politik überflüssig wird, sondern sie kann verstärkt Aufgaben übernehmen, die nicht auf unmittelbare Aufmerksamkeit zielen, sondern im Hinblick auf eine langfristige Entwicklung und zukünftige Kämpfe andere Schwerpunkte setzen. Die revolutionären bewaffneten Kräfte aufzugeben heißt, den revolutionären Kampf abzuschreiben, weil dieser mal mehr, mal weniger auf diese Kraft angewiesen ist. Die Guerilla sichert und erweitert das politische Terrain.

Anstatt als Konsequenz aus der wenig aufrüttelnden Flüchtlings-Kampagne zu schließen, Guerilla sei gescheitert, sollten die einzelnen Gesichtspunkte genauer unter die Lupe genommen werden. Die Forderung nach offenen Grenzen setzt nicht an der Ursache des Problems an, sondern an den Auswirkungen, nämlich die Migrationsbewegung in den Metropolen. Sie muß daher mit einer gleichzeitigen konsequenten antiimperialistischen Politik des Angriffs auf die Urheber des Elends der Völker der Drei Kontinente verknüpft werden. Sonst kann die Forderung hier gesellschaftlich gar nicht greifen oder geht in die falsche Richtung. Die Vorstellung von Millionen von EinwanderInnen löst bei vielen Menschen hier zumindest Besorgnis aus und bietet sozialen Sprengstoff in Richtung Ausgrenzung und Ausländerhaß. Diese Forderung muß mit einer realistischen Vorstellung verbunden werden, wie der Imperialismus zu bekämpfen ist und wie die Existenzbedingungen der Menschen in den Drei Kontinenten verändert werden können. Nur an Humanismus und Mitleid zu appellieren ist keine revolutionäre Politik, zeigt keine Lösung gesellschaftlicher Probleme auf.

Was den Anspruch betrifft, dieses Thema mit sozialen Problemen hier zu verknüpfen: Gerade dieses Thema ist nur sehr schwer mit sozialen Problemen im Herzen der Bestie zu verknüpfen. Natürlich setzt es trotzdem an einem richtigen Punkt an, nämlich der Hunger- und Ausrottungspolitik der

Imperialisten im Trikont, dem wir nicht tatenlos zusehen dürfen, sollten wir nicht jegliche moralische und revolutionäre Legitimation verlieren. Die Flüchtlings-Kampagne blieb ohne breiteren revolutionären Rahmen und Einbettung doch eine ein-Punkt-Politik, trotz anderer Absicht. Der Unterschied, der die Sache nicht gerade vereinfachte, war lediglich, daß sich diesmal nicht auf eine vorhandene Bewegung bezogen wurde, sondern die Erwartung da war, daß sie entstehen würde. Ein weiterer Fehler unserer gesamten Politik in Bezug auf die Bewegungen war unserer Meinung nach außerdem der ausschließliche Bezug auf die linksradikale Szenerie. Diese war in den letzten 10 Jahren jedoch gesellschaftlich kaum relevant, sondern fristet ein größtenteils selbstgewähltes Ghettodasein, von dem keine soziale Außenwirkung ausging. Dies aufzuarbeiten und zu verändern, ist eine wesentliche Aufgabe.

3. Der Zusammenbruch des Realsozialismus und die Auswirkungen auf die Linke hier:

Der Zusammenbruch ist doch nicht d e r Punkt, an dem die Linke niederging. Sie war doch schon längst vorher an ihre Grenzen angelangt, auf die zwangsläufig erst einmal ein Rückzug erfolgt, um die Fehler und Mängel aufzuarbeiten und um den neuen Anlauf entwickeln zu können. Es ist besonders bitter, daß das alles zugleich mit dem vorläufigen triumphierenden Siegeszug des Imperialismus über Trikont und Osteuropa zusammenfällt; aber was nützt es, darüber zu klagen.

Die neue Weltordnung ist rissig und die Zukunft stellt an uns neue Anforderungen. Strategie und Taktik bewaffneter Politik weiterzuentwickeln, steht auf der Tagesordnung, nicht das Aufgeben. Die persönliche Entscheidung Einzelner oder einzelner Gruppen, bewaffnete Politik aufzugeben und sich im offenen Rahmen zu betätigen, akzeptieren wir selbstverständlich. Diese Politik aber aus strategischen berlegungen zu verwerfen, halten wir für falsch.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Wir müssen so radikal sein wie die Wirklichkeit

Mai 1992

geflogen ist der Vogel, und nun
weiß er nicht,
wo er sich hinsetzen soll.
denn
das Haus von dem er aufgestiegen ist,
hat ein Erdbeben zerstört;
und die anderen Häuser sind
alles staubbedeckte fremde ...
Gesang, iranischer Lyriker Maftun,

Angesichts der Veröffentlichungen der letzten Zeit, den Stellungnahmen zu unserer Erklärung zur Ermordung von Gerd sowie der Selbstaufklärungserklärung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen, wollen wir uns mit diesem Beitrag ein weiteres Mal in die öffentliche Debatte einmischen.

Ein Teil der Stellungnahmen zu unserer Erklärung ergeht sich in Spekulationen über die Authentizität des Textes oder fordert Aufklärung im Detail. Wir können und wollen diese Art Informationsbedürfnis nicht befriedigen.

Wir bleiben aber bei unserer Feststellung, daß im Verlauf der Entebbe-Aktion selektiert worden ist, daß z.B. die in Entebbe ermordete Dora Bloch Jüdin und belgische Staatsbürgerin war. Daß die Tatsache, daß ein Genosse umgebracht wurde, bestenfalls zur Kenntnis genommen und darauf sogleich zum politischen Tagesgeschäft übergegangen wird, ohne sich veranlaßt zu sehen, zu diesem Mord in den eigenen Reihen Stellung zu beziehen, hat uns überrascht. Absurd ist es aber, uns zu unterstellen, den Mord an Gerd für unsere politischen Zwecke zu funktionalisieren. Sozusagen in der Logik, daß diejenigen im Recht seien, die überleben; Gerd³⁵, Bony³⁶ und Brigitte³⁷ sich praktisch ihr eigenes Grab geschaufelt hätten. Dies ist nicht unsere Logik. Vielmehr haben wir in dem Text geschrieben, welche Entscheidungen wir getroffen haben. Und wir haben der Gegenposition, die u.a. die Position von Gerd war, reichlich Raum gegeben, weil wir uns der Problematik unserer Entscheidung bewußt sind und weil wir überzeugt sind, daß es in dieser Frage die e i n e Wahrheit nicht gibt.

Zu zwei Aspekten der Diskussion wollen wir noch einmal Stellung beziehen:

1. Ein neue Bestimmung unseres Verhältnisses zu nationalen Befreiungsbewegungen

Es geht uns nicht um die Verurteilung anderer Bewegungen oder Organisationen, die unter anderen Voraussetzungen und materiellen Bedingungen kämpfen. Unser Bezugspunkt sind nicht mehr die Kämpfe der 70er Jahre. Die konkreten politischen Veränderungen zwingen uns eine Neubestimmung unseres Verhältnisses zum Befreiungsnationalismus auf. Dieser kämpft mit dem Rücken zur Wand oder hat sich längst an den Verhandlungstisch begeben. Es geht uns um eine Neubestimmung antiimperialistischer Solidarität, in der das Maß an Unterstützung für Befreiungsbewegungen nicht von ihrer Bewertung sind es in unseren Augen die jeweils Guten oder Bösen abhängig gemacht wird. Die Ziele trikontinentaler Befreiungsbewegungen und metropolitanen Kampfes sind nicht dieselben, die Existenz eines gemeinsamen Gegners reicht nicht aus. Aus dem klaren Bewußtsein dieser Differenz ergeben sich für uns die Chancen und Grenzen einer möglichen Kooperation.

In der Diskussion wird uns vorgeworfen, diese Unterschiede aus metropolitaner Selbstgefälligkeit so zu betonen und damit letztlich zu einer Aufrechterhaltung metropolitaner Herrschaft beizutragen, statt uns vorbehaltlos auf die Seite derjenigen zu stellen, die gegen diese Herrschaft kämpfen. Dabei gibt es für uns keine Zweifel, auf welcher Seite wir stehen. Wir wollen uns aber nicht (mehr) orientieren an der Machtfrage, sondern an Prozessen sozialer Konfliktualität. Und dafür scheint es uns unerlässlich, eigene Kriterien zu entwickeln, an denen wir UNSERE Vorstellung von Befreiung messen

dies sind die Bedeutung der Befreiung der Frauen und die Hierarchisierung bzw. das Weiterexistieren von oben und unten.

Wenn der Anspruch auf eine befreite Gesellschaft sich auf die Nationenbildung mit einem eigenständigen Staatsgebiet konzentriert und dabei noch zwei Ethnien dasselbe Stück Land für sich beanspruchen, so geraten zwangsläufig die Inhalte sozialrevolutionärer Veränderungen in den Hintergrund; dies heißt in der Konsequenz, daß es in einem solchen Konflikt zwischen zwei Ethnien keine revolutionäre Lösung gibt, weil er gar keine Dimension mehr von oben und unten hat! Zumindest entsprechen alle bisherigen historischen Erfahrungen dem. Die Folge war bislang die Herausbildung neuer nationaler, und das heißt männlicher, Eliten (in aller Regel die alten militärischen Kader) und damit letztendlich die Verlängerung patriarchaler Herrschaft. Wesentliche Anstöße für diese Erkenntnis haben wir aus der feministisch begründeten Kritik an dem männlich dominierten Befreiungsnationalismus erhalten, wie sie ja auch schon in die IWF-Kampagne einfloß. Die aktuellen Beispiele (Algerien) belegen nur zu deutlich die scheinbar unausweichliche Entwicklung an die Macht gelangter nationaler Befreiungsorganisationen, die den ihnen dann zur Verfügung stehenden staatlichen Machtapparat zur eigenen Machterhaltung instrumentalisieren, statt ihn aufzulösen und damit eine Voraussetzung zur Umsetzung ihrer ursprünglich formulierten Utopien von Befreiung zu schaffen. Darüberhinaus wird Staatsbildung als solche von uns kritisiert, weil die Herstellung zentraler Souveränität die Voraussetzung nachholender Kapitalakkumulation bezogen auf die Weltgesellschaft ist.

Allein die Benutzung des Begriffs national in einem emanzipatorisch verstandenen Kontext erfordert eine unzumutbare gedankliche Akrobatik. Mit der Bildung einer Nation untrennbar verbunden sind die nationalistische und rassistische Ausgrenzung anderer, und dies geht immer einher mit Raub, Plünderungen und Vergewaltigungen. Daß Nationalstaaten immer ein Instrument patriarchaler Macht- und Herrschaftsorganisation waren, macht es uns unmöglich, in ihnen eine Perspektive für revolutionäre Veränderung sehen zu können.

Die Aufregung, die die Veröffentlichung dieser nun wirklich nicht besonders neuen Gedanken ausgelöst hat, wird uns jedoch nur dadurch erklärbar, daß wir sie nicht beispielsweise in Zusammenhang mit der Nationenbildung in Jugoslawien dargestellt haben, sondern in Zusammenhang mit Palästina. Und dies hängt mit dem zweiten Punkt zusammen, den wir hier noch einmal ansprechen wollen:

2. Dem linken Antizionismus

Israel ist nicht zuletzt das Produkt des Befreiungsnationalismus der Juden. Kein Machtstaat, sondern die Hoffnung auf Gerechtigkeit am Ende der Welt hieß Judentum. Sie waren ein Volk und das Gegenteil, der Vorwurf aller Völker. Jetzt beansprucht ein Staat, fürs Judentum zu sprechen, das Judentum zu sein. Es bezahlt sein Fortbestehen mit dem Tribut ans Gesetz der Welt, wie sie ist ... Es hat sich dem Zustand der Welt assimiliert. (Horkheimer)³⁸

Wir sind mittlerweile davon überzeugt, daß in Sachen Antisemitismus für uns ein immenser

Nachholbedarf besteht. Dies insbesondere, weil der Antisemitismus keineswegs eine beliebige Erscheinungsform des Rassismus, sondern ein spezifisches Gewaltverhältnis ist. Die Entstehungs- und Wirkungsmechanismen, die gesellschaftlichen Strukturen, die rassistischen Ausgrenzungen, die den modernen Antisemitismus hervorgebracht haben, bestehen weiterhin. Wir werden mit ihnen genauso tagtäglich konfrontiert, wie wir auch von ihnen geprägt sind. Sich von diesen nur abzugrenzen und die eigene Position als antizionistische zu deklarieren, heißt, sich nicht mit der gesellschaftlichen Funktion des Antisemitismus auseinanderzusetzen. Der linke Antizionismus ist keineswegs so unschuldig wie er sich gibt. Er ist zu einem Erkennungszeichen der Zugehörigkeit zu einem bestimmten subkulturellen Milieu der radikalen Linken geworden. Er gilt als Loyalitätstest. Die Tatsache, daß der Artikel als unser Abschied von Internationalismus gelesen wird, ist nur zu verstehen, wenn mensch unsere Fragen zu Palästina bereits als Abkehr und Verrat begreift. Hinterfragen wollen wir die scheinbaren Gewißheiten, mit denen wir wie der Großteil der Linken in den vergangenen zwei Jahrzehnten zum israelisch-palästinensischen Konflikt Stellung bezogen haben. Hinterfragt werden Begriffe wie Kampf um Selbstbestimmung, Recht auf Boden, Agentur des US-Imperialismus etc., die uns zu Sprechblasen geworden sind. Hinterfragt wird die Selbstverständlichkeit, mit der die grundsätzliche Differenz zwischen Antizionismus und Antisemitismus von links behauptet wird. Wenn das schon als Umkippen in das andere Extrem charakterisiert wird, trifft es genau das, was Gegenstand der Kritik ist

warum reagieren deutsche Linke besonders empfindlich und hellhörig, sobald das Verhältnis von Israel und Palästina nicht nur schwarz-weiß, sondern in Zwischentönen beschrieben wird? Wieso fühlt mensch sich bemüßigt, mit aller Vehemenz zu wiederholen, daß Israel imperialistischer Vorposten ist und bleibt, wenn wir uns gerade mal wieder in Erinnerung rufen, daß es auch Zufluchtsstätte ist? Wieso können wir gerade in diesem Konflikt nicht aushalten, daß er uns in ein Dilemma stürzt, während wir uns zu anderen Konflikten vergleichbarer Art absolut ignorant verhalten?

Warum fällt keinem und keiner auf, daß die deutsche Bundesregierung gerade eine deutsche Republik auf sowjetischem Boden, die Autonome deutsche Wolgarepublik, mit aller wirtschaftlichen Gewalt durchpowernt? Wo bleibt die vehemente Bekämpfung des deutschen Imperialismus?

Es wundert uns, daß unsere ersten Gehversuche in diese Richtung sogleich gekontert werden, indem die alten, längst nicht mehr oder gar nie stimmigen Argumente dagegen mobilisiert werden.

Mensch braucht nicht mehr zu hoffen, um so zu handeln, als würde mensch hoffen.

Die Erklärung zur Selbstauflösung einer Gruppe aus unseren Zusammenhängen trifft uns in einer Phase des Versuchs einer Neubestimmung unserer Politik. Sie wirkt umso nachhaltiger, als sie schließlich von Menschen kommt, mit denen wir über Jahre gemeinsam diskutiert, gestritten und gekämpft haben und sie muß auch als ein Eingeständnis unseres Unvermögens gewertet werden, interne Widersprüche konstruktiv als ein Moment unserer Weiterentwicklung handhaben zu können. Natürlich bedeutet sie einen erheblichen Rückschlag.

Den Zeitpunkt ihres Rückzuges aus gemeinsamen Zusammenhängen finden wir nicht schlüssig begründet. Dies umso mehr, als es ausgesprochen schwer fällt, die Entwicklung nachzuvollziehen, die zwischen ihren eigenen Aussagen im Sommer 1991 Militante Aktionen haben zum Ziel, die gesellschaftlichen Widersprüche zu verschärfen. ... Militante Aktionen ... sind ein unverzichtbares Mittel politischer Intervention. (This is not a love song)³⁹ und ihrer jetzigen Erklärung liegen? Wenn die Verfasser dieses Textes heute so grundlegend verunsichert sind, woher haben sie dann ihre Sicherheit, daß der bewaffnete Kampf passé ist? Es waren nie ausschließlich objektive Gründe, die Menschen zur Aufnahme dieser Art des Kampfes veranlaßt haben.

Es war das subjektive Gefühl und die persönliche Erfahrung, z.B. in den legalen Zusammenhängen an Grenzen gestoßen zu sein, die mensch nicht mehr akzeptieren wollte. Wir hätten im Lauf der Jahre viele objektive Gründe gehabt aufzugeben. Wir haben heute genausoviele objektive Gründe weiterzumachen. Diese Entscheidung wird uns nicht objektiv abgenommen, wir müssen sie subjektiv für uns treffen. Und genau darin liegt unser größtes Dilemma mit dem Text: Anstatt die Krise aus der Sicht ihrer Gruppe, ihrer Region und ihres politischen Umfeldes zu beschreiben, um daraus die persönlichen Schlußfolgerungen zu ziehen, mußte dem Abschied historische Tragweite verliehen werden!

Weitere wichtige Unterschiede sehen wir in der Einschätzung zu den Auswirkungen des 18.12., in der Bedeutung sowie in den Zielen und in den Mängeln der Flüchtlingskampagne und in unserem Verständnis von einem anti-patriarchalen Politikansatz; daraus ergeben sich natürlich auch andere Konsequenzen.

Völlig unverständlich ist für uns, ausgerechnet die Flüchtlingskampagne zum Anfang vom Ende umzudeuten. Trotz aller Differenzen im Vorfeld über die einzusetzenden Mittel und die anzugreifenden Ziele waren wir uns doch immer einig, mit unserer gemeinsamen Entscheidung einen Versuch zu unternehmen, aus den Konjunkturzyklen von Bewegungen (wie der Anti-AKW-Bewegung, dem Häuserkampf, der Friedensbewegung u.a.) herauszukommen und eine unserer Meinung nach zentrale Thematik aufzugreifen. Es ging uns nicht darum, wie suggeriert wird, die Flüchtlinge daran zu beteiligen oder sie gar daran zu organisieren. Genausowenig wie die Flüchtlinge für uns die Hoffnungsträger für revolutionäre Prozesse waren. Wir wollten auf dem Hintergrund der Auseinandersetzungen und Kämpfe von Flüchtlingen einen eigenständigen Kampfansatz entwickeln, der natürlich in einem Wechselverhältnis zu dem Kampf der Flüchtlinge steht, aber der berücksichtigt, daß die Ziele der Flüchtlinge und unsere nicht identisch sein müssen. Wir sehen in erster Linie in der Flüchtlingskampagne die Möglichkeit, hier in der Metropole einen konkreten Antiimperialismus zu entwickeln. Und wir sind davon ausgegangen, daß wir den staatlichen Rassismus aufzeigen und angreifen können. Wir denken, daß wir in diesen Bereichen durchaus praktisch und politisch wirksame Ansätze in die Auseinandersetzungen eingebracht haben, sowie auch selber unverzichtbare Erfahrungs- und Lernprozesse gemacht haben.

Die Mängel sehen wir heute u.a. darin, daß wir unseren Kampf nur auf den staatlichen Rassismus bezogen haben, auf die Ausländerämter, die Gerichte, auf die Täter von Ausweisung und Abschiebung.

Den Rassismus großer Teile der Bevölkerung haben wir zur Kenntnis genommen, den Rassismus innerhalb der Linken nicht einmal thematisiert. Und es ist unser eigener Rassismus, aus dem heraus wir uns ein Bild von einem ideellen Gesamtflüchtling geschaffen haben. In diesem Sinn stimmt der Vorwurf einer Flüchtlingskampagne ohne Flüchtlinge.

Das breite Bündnis gegen rassistische Gewalt, gegen die Pogrome und Morde auf der Straße kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich gegen DIESE Gewalt der Vertreibung richtet. Vorverlegung der Grenzen in die Herkunftsländer, Schnellverfahren gegen Asylsuchende und sofortige Abschiebung mit staatlicher Gewalt stößt kaum auf Protest; und noch weniger wird praktischer Schutz geboten.

So richtig wir die Parole Für freies Fluten nach wie vor finden, so offensichtlich ist daran aber auch geworden, wie sehr die Metropolenlinke an den materiellen Vorteilen dieses imperialistischen Systems hängt. Wer die Widersprüche allein zwischen dem Staat und der ihn tragenden Bevölkerung auf der einen Seite und den Flüchtlingen und Linken auf der anderen Seite sieht, verhindert real die Auseinandersetzung und Konfrontation mit den Flüchtlingen, in denen unsere Widersprüche offenbar werden. Wir formulieren uns selbst schnell auf die Seite revolutionärer Prozesse, ohne unsere eigenen Gebrochenheit zu diesen Prozessen begriffen zu haben. Trotzdem: an der Aktualität, Bedeutung und

zunehmenden Wichtigkeit dieser Thematik für die Entwicklung einer militanten Politik in der Metropole besteht kein Zweifel.

Als Reaktion und in der Zeit nach dem 18.12.1987, als das BKA versuchte, die Rote Zora, uns und andere, die sich im Kampf gegen Gentechnologie, Bevölkerungspolitik und Flüchtlingspolitik engagiert hatten, zum Stillschweigen zu bringen, waren wir eher überrascht, in welcher Breite die kriminalisierten Themen aufgenommen und weitergetragen wurden. Ganz offensichtlich hatte das BKA recht früh die politische Brisanz dieser Themen begriffen und versucht, durch Kriminalisierung und Verfolgungsdruck eine mögliche Verbreiterung zu verhindern. Die Fehler und Mängel liegen hier bei uns und unserer politisch-organisatorischen Konzeption. Wir waren es, die sich für lange Zeit nicht mehr zu Wort meldeten. Uns fehlten konzeptionelle Vorstellungen, uns an dieser breiten Auseinandersetzung zu beteiligen und daraus sogar politische Stärke zu entwickeln. Wenn es aber überhaupt in unserer Geschichte ein Beispiel dafür gibt, daß wir nicht isoliert sind, dann ist es dieses Datum.

Es ist unsere Entscheidung, wann wir uns zum Antipatriarchalen Kampf öffentlich äußern wollen. Daß wir dies bislang nicht getan haben, liegt daran, daß wir am Anfang des Diskussionsprozesses sind. Deshalb finden wir es ausgesprochen ärgerlich, daß die Jungs sich bemüßigt fühlten, unsere Position schon mal vorwegzunehmen, um sich davon abgrenzen zu können. Für deren männliches Elend eine Mitverantwortung zu übernehmen und im nächsten Atemzug darin aber keinen politikfähigen Ansatz zu erkennen, sondern das als Selbstentmündigung und Entpolitisierung zu begreifen, spiegelt die männliche Arroganz eines Artur, der verächtlich auf HerMann herabblickt, der mit Frauen diskutiert und dabei versucht, das Problem männlicher Definitionsmacht zu thematisieren (This is not a love song). Die Behauptung, daß ein emanzipatorischer Beitrag zur Patriarchats(!)diskussion nicht mehr geleistet werden kann, weil die Frauen der Roten Zora sich von uns getrennt haben und keine gemeinsame Politik mehr mit uns machen, beweist ein völliges Unverständnis von antipatriarchaler Politik. Ebenso wie die Hierarchie- oder Zentralitätsvorstellung, die in der Feststellung angelegt ist

jedenfalls hilft der Antipatriarchalismus nicht über das dringlichste Problem, über die fehlende Bedingung hinweg, daß der militante Widerstand und der bewaffnete Kampf, so wie wir ihn zu entwickeln versucht haben, eine Angelegenheit von immer weniger Leuten geworden ist und keine soziale Basis mehr zu haben scheint.

Angesichts der allgemeinen Rat- und Perspektivlosigkeit ist die Versuchung groß, die Antipatriarchatsdebatte als Vehikel zu benutzen, um der Krise HERR zu werden. Die Diskussion über die schwarze Frau als unterstes Klassensegment war ein Beispiel dafür, auf welche Weise durch den bloßen Austausch der Subjekte ein im übrigen nicht angetastetes Gedankengebäude hinübergerettet werden kann. Das erste Resultat einer konsequent geführten Antipatriarchatsdebatte kann nur die Zerstörung lieb gewordener Gewißheiten sein. Wir begeben uns bewußt und sehenden Auges in einen Prozeß, dessen erklärtes Ziel die Verunsicherung und Demontage männlich dominierten Denkens und Handelns ist. Wenn es richtig ist, daß der Sexismus mit unserer Ignoranz gegenüber patriarchaler Gewalt beginnt und wenn es stimmt, daß wir auf diesem Auge blind sind, weil es um unsere Interessen geht, dann werden uns erstmal die Felle davon schwimmen, bevor wir zu einem von Grund auf neuen Verständnis unserer Rolle im Prozeß radikaler Veränderungen vorgedrungen sein werden, dann liegen zwischen der bloßen Erkenntnis und der Fähigkeit, im Einklang mit dieser Erkenntnis zu leben, noch Welten, denn wir haben weder die Wahl, unsere eigenen Anteile an patriarchaler Gewalt zu eliminieren, indem wir uns im Büßerhemd der Hegemonie kämpfender Frauen unterwerfen, noch die Möglichkeit, die eigene Desorientierung zu kompensieren, indem wir uns dem Widerstand von Frauen anhängen.

Es reicht auch nicht, in den Institutionen von Staat und Kapital den Sexismus da zu entdecken, wo er Frauen benachteiligt. In der Auseinandersetzung um eine antipatriarchale Politik müssen wir einen Begriff davon entwickeln, daß der gewaltsamen sozialen Organisation der geschlechtlichen Differenz schlechthin die zentrale Bedeutung bei der Entfaltung gesellschaftlicher Widersprüche zukommt.

Bei der Entwicklung eines antipatriarchalen Kampfansatzes in der Metropole geht es uns auch darum, inwieweit wir selbst mit unseren patriarchalen Verhaltensweisen Strukturen geprägt haben, die unser Politikmuster und Verständnis immer wieder neu reproduziert haben, ohne daß wir zu einer Veränderung in der Lage gewesen wären.

Eine unserer Möglichkeiten, uns nicht in den mainstream politischer Resignation fallen und treiben zu lassen, sehen wir in dem Versuch, unseren Teil zu einer grundlegenden Debatte über die Neubestimmung linksradikaler Politik beizutragen. Eine Notwendigkeit wird es sein, unsere Strukturen aufrecht zu erhalten, damit unsere Beiträge sich nicht auf die Veröffentlichung von Diskussionspapieren beschränken müssen; dabei wird die Antipatriarchatsdebatte einen zentralen Stellenwert einnehmen. Dies steht für uns außer Frage. Zur Disposition steht unsere politisch-organisatorische Konzeption; allerdings erst dann, wenn sie sich bei dieser radikalen Neubestimmung mehr als unvermeidbar hinderlich erweisen sollte.

Woran arbeiten Sie? wurde Herr K. gefragt.

Herr K. antwortete, Ich habe viel Mühe,
ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.

B. Brecht40

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Die Restauration der Bundesrepublik Deutschland

Das politische und gesellschaftliche Klima in den drei Westzonen war nach Ende des Krieges von Wiederaufbau, der Schaffung des Wirtschaftswunders und der Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit bestimmt. Die westlichen Siegermächte Frankreich, England und vor allem die USA forcierten die kapitalistische Restauration der drei Westzonen und ihre Eingliederung in den westlichen Militär- und Wirtschaftsblock. Sie blockierten jede Initiative, die nach dem Zusammenbruch des 3. Reiches grundlegende gesellschaftliche Veränderungen anstrebte, und bauten die Westzonen zum Bollwerk gegen den Bolschewismus aus.

Diesen Zielen wurde auch die Entnazifizierung untergeordnet. Binnen weniger Jahre waren ehemalige Nazis wieder in Amt und Würden, Haftstrafen gegen sie wurden ausgesetzt. Der Feind stand wieder links.

1947 wurde in der Truman-Doktrin Anti-Kommunismus und der Kalte Krieg als neue Leitlinien der us-amerikanischen Außenpolitik festgelegt. Als die Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP (Deutsche Partei) unter Bundeskanzler Konrad Adenauer aus den ersten Bundestagswahlen im August 1949 als Sieger hervorging, wurde diese Politik für den Frontstaat Bundesrepublik Deutschland nachvollzogen.

Bereits ng der 50er Jahre begann eine erneute Verfolgung von Mitgliedern der KPD, die bis dahin sowohl im Bundestag als auch in fast allen Länderparlamenten vertreten war. Gegen KommunistInnen, die während des Faschismus in Zuchthäusern und Konzentrationslagern gesessen hatten, wurden die gleichen Beschuldigungen wie zur Zeit des Nationalsozialismus erhoben, viele zu Haftstrafen, u.a. wegen Hochverrats, verurteilt. 1956 gab das Bundesverfassungsgericht dem Antrag der Adenauer-Regierung auf Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands statt, das Parteivermögen wurde beschlagnahmt, die Parteibüros geschlossen.

Als wichtigen Schritt zur Integration der BRD in das westliche Militärbündnis strebte die Adenauer-Regierung ab ng der 50er Jahre die Remilitarisierung Deutschlands an. Gegen diese Ziele demonstrierte eine breite antimilitaristische Bewegung. In einer verbotenen Volksbefragung sammelte sie 9 Millionen Stimmen gegen die Wiederbewaffnung. Sie setzte sich vor allem aus Mitgliedern der Falken, der Gewerkschaftsjugend, der FDJ (Jugendorganisation der KPD) und Personen aus kirchlichen Kreisen zusammen. Als Adenauer und der damalige Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß 1957 die Ausrüstung der Bundeswehr mit taktischen Atomwaffen forderten, kam aus dieser antimilitaristischen Bewegung der Anstoß zu der Kampagne Kampf dem Atomtod.

Ungeachtet dieses Protestes wurden die Remilitarisierung Deutschlands und später die atomare Aufrüstung der Bundeswehr im Bundestag beschlossen. 1955 trat die BRD der NATO bei, ein Jahr später wurde die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.

Als Instrument zur Wahrung der Inneren Sicherheit wurde am 13. Januar 1960 von Innenminister Schröder der erste Entwurf der Notstandsgesetze vorgelegt, die es der jeweiligen Regierung gesetzlich möglich machen, zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Ordnung des Bundes oder einer der Länder den Ausnahmezustand zu erklären und Grundrechte weitgehend außer Kraft zu setzen. Dieses Gesetzespaket konnte allerdings erst 1968 gegen heftigen außerparlamentarischen Widerstand von der großen Koalition aus CDU/CSU/SPD mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit verabschiedet werden.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verabschiedete sich auf dem Godesberger

Parteitag im November 1959 endgültig von marxistischen Zielen und den Traditionen der Arbeiterbewegung. Sie definierte sich fortan als Volkspartei und hatte nicht mehr einen gesellschaftlichen Umsturz und die Beseitigung kapitalistischer Produktionsverhältnisse zum Ziel, sondern setzte auf Mitbestimmung und Regierungsbeteiligung. Damit war der Weg für die Bildung der großen Koalition von CDU/CSU und SPD im November 1966 geebnet. Die Integrationsfähigkeit der Sozialdemokraten wurde gebraucht, um die Proteste angesichts der ersten wirtschaftlichen Krisenerscheinungen seit Kriegsende zu bewältigen.

Bereits zuvor hatte sich die SPD wie auch die Gewerkschaften -, aus den Protestbewegungen gegen Atomtod und Notstandsgesetze nach anfänglicher Beteiligung zurückgezogen, mit ihrem Eintritt in die Regierungsverantwortung verlor sie für viele Linke ihre Glaubwürdigkeit als gesellschaftsverändernde Kraft. Am 10. Dezember 1966 rief Rudi Dutschke zur Bildung einer außerparlamentarischen Opposition (APO) auf.

Die 68er Revolte

In den Jahren 1967/68 entwickelte sich ausgehend von den Universitäten in rasantem Tempo die antiautoritäre Bewegung, die innerhalb weniger Jahre einen Bruch mit den moralischen und politischen Werten der Eltern der Auschwitz-Generation vollzog. Dieser Protest setzte zunächst in den Bereichen persönlicher Erfahrung an, richtete sich gegen die autoritären Strukturen in Staat und Gesellschaft, gegen Meinungsmanipulation vor allem am Beispiel der Springer-Presse -, gegen die Notstandsgesetze und den repressiven Staatsapparat und zielte auf persönliche Emanzipation.

Eine besondere Dynamik erhielt diese Bewegung dann aus der Verbindung mit dem politischen Lernprozeß, der durch die Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg ab Mitte der 60er Jahre in Gang kam und die bis dahin weitgehend unwidersprochenen Werte von Demokratie und Freiheit angesichts des Krieges der amerikanischen Befreier vom Faschismus gegen das vietnamesische Volk zerplatzen ließ.

In Vietnam hatte die 1944 gegründete Befreiungsfront den Kampf gegen die japanischen und französischen Kolonialmächte aufgenommen. Nachdem die französische Kolonialarmee 1954 kapitulierte, wurde das Land auf Betreiben der alliierten Großmächte des Zweiten Weltkrieges in Nord- und Südvietnam geteilt und Wahlen unter internationaler Kontrolle bis zum 26.7.1956 vereinbart.

Unter Kontrolle der Amerikaner wurde in Südvietnam ein Statthalterregime unter Ngo Dinh Diem eingesetzt, Nordvietnam von der Befreiungsfront unter Ho Tsch-minh regiert.

Als Ngo Dinh Diem die vereinbarten Wahlen behinderte, wuchs der Widerstand im Land. 1965 kam es in Südvietnam zu den ersten militärischen Auseinandersetzungen zwischen der Armee und der 1960 gegründeten Nationalen Befreiungsfront (FLN). Von diesem Zeitpunkt an nahm das militärische Engagement der USA zu, die Truppenstärke wie auch die Zahl der Bombenangriffe vor allem gegen Nordvietnam als Rückzugsbasis wurden ständig erhöht. Die amerikanische Regierung erklärte den Vietnam-Krieg zum Kampf für die freie Welt und gegen den Kommunismus.

Die Brutalität der us-amerikanischen Flächenbombardements unter Einsatz von Napalm löste in der BRD, wie in anderen westlichen Industriestaaten, zunächst humanitär und moralisch begründete Proteste und Empörung aus. Als dann initiiert vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) die politischen Interessen und Zusammenhänge analysiert wurden, entwickelte sich in der Studentenbewegung ein bewußtes anti-imperialistisches Engagement und die Unterstützung der Befreiungsbewegungen der 3. Welt.

Auf dem internationalen Vietnam-Kongreß im Februar 1968 in Berlin wurden die Konsequenzen aus diesen Analysen gezogen: zur Unterstützung des Befreiungskampfes in der 3. Welt und für eine weltweite Umwälzung der sozialen und politischen Verhältnisse sollte in den Metropolen eine zweite Front eröffnet werden, durfte Westeuropa nicht das ruhige Hinterland des Imperialismus bleiben. Die Mittel und Formen in diesem Kampf sollten nach den Bedingungen und dem Bewußtsein der Massen in den jeweiligen Ländern bestimmt werden. Dies schloß ausdrücklich auch die Anwendung revolutionärer Gewalt ein, das lateinamerikanische Konzept der Stadtguerilla wurde breit diskutiert.

Z

Die neue Frauenbewegung

Im September 1968 war die Rede des Aktionsrates zur Befreiung der Frauen auf einer Delegiertenkonferenz des SDS in Frankfurt der Anstoß für die neue Frauenbewegung

Der SDS (ist) innerhalb seiner Organisation ein Spiegelbild gesamtgesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei macht man Anstrengungen, alles zu vermeiden, was zur Artikulierung dieses Konfliktes zwischen Anspruch und Wirklichkeit beitragen könnte, da dies eine Neu-Orientierung der SDS-Politik zur Folge haben müßte. Diese Artikulierung wird auf einfache Weise vermieden. Nämlich dadurch, daß man einen bestimmten Bereich des Lebens vom gesellschaftlichen abtrennt, ihn tabuisiert, indem man ihm den Namen Privatleben gibt. In dieser Tabuisierung unterscheidet sich der SDS in nichts von den Gewerkschaften und den bestehenden Parteien. Diese Tabuisierung hat zur Folge, daß das spezifische Ausbeutungsverhältnis, unter dem die Frauen stehen, verdrängt wird, wodurch gewährleistet wird, daß die Männer ihre alte, durch das Patriarchat gewonnene Identität nicht aufgeben müssen.

Die Trennung zwischen Privatleben und gesellschaftlichem Leben wirft die Frau immer zurück in den individuell ausgetragenen Konflikt ihrer Isolation. Wir streben Lebensbedingungen an, die das Konkurrenzverhältnis zwischen Mann und Frau aufheben. Dies geht nur durch Umwandlung der Produktionsverhältnisse und damit der Machtverhältnisse, um eine demokratische Gesellschaft zu schaffen.

Diese Initiative war ein Auslöser überall in der Bundesrepublik wurden Weiberräte gegründet, Frauen organisierten sich autonom.

Als im Sommer 374 Frauen im Stern öffentlich bekannten, Ich habe abgetrieben, begann eine Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen § 218 und für das Selbstbestimmungsrecht der Frau. Die von der sozialliberalen Koalition bei Regierungsantritt 1969 zwar angekündigte, aber immer wieder verschobene Liberalisierung des § 218 wurde von den Frauen eingefordert.

Die Fragen des Selbstbestimmungsrechts der Frau, der Rolle in Ehe, Familie und Gesellschaft, der Doppelbelastung und Leichtlohngruppen, die Forderung nach Abschaffung des § 218 sowie praktische Unterstützung von Frauen, die abtreiben wollen (wie die Organisierung von Abtreibungsfahrten nach Holland, wo ein liberaleres Abtreibungsgesetz gilt), wurden in Gruppen, auf Kongressen und ab Mitte der 70er Jahre auch in Frauenzentren diskutiert. In Gesundheitszentren vermittelten Fachfrauen Kenntnisse über Abtreibung, Selbstuntersuchung und Verhütung, um der Macht von Ärzten etwas entgegenzusetzen. Ab 1973/74 entstanden Selbsterfahrungsgruppen, in denen Frauen ihre individuellen Erfahrungen als gesellschaftlich bedingte Unterdrückung analysierten und Widerstandsformen entwickelten.

In der Verbindung der subjektiven Erfahrung, als Frau in einem patriarchalen-kapitalistischen System

unterdrückt zu werden, mit der Analyse der politischen Verhältnisse entwickelte die Frauenbewegung eine Sprengkraft, die radikale Veränderungen in allen sozialen und gesellschaftlichen Bereichen zur Folge hatte.

Am 25. April 1974 stimmte der deutsche Bundestag der Fristenlösung einer Reform des § 218 zu, nach der Abtreibungen bis zur zwölften Schwangerschaftswoche legalisiert wurden. Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erklärte diese Reform jedoch am 25. Februar 1975 für verfassungswidrig. Daraufhin verabschiedete der Bundestag am 18. Mai 1976 die erweiterte Indikationslösung, wonach eine Abtreibung nur dann möglich ist, wenn ein Arzt oder eine Beratungsstelle das Vorliegen einer sozialen, medizinischen oder eugenischen Indikation bescheinigt.

Parallel zur Frauenbewegung organisierten sich auch andere gesellschaftliche Gruppen

Lehrlinge und Schüler gründeten unabhängige Zusammenschlüsse und kämpften für autonome, selbstverwaltete Jugendzentren eine Bewegung, die sich nicht nur auf die Großstädte beschränkte, sondern auch auf ländliche Gebiete übergriff.

Auch in den Betrieben waren Auswirkungen der 68er Revolte spürbar. Gegen den Willen der Gewerkschaften wurden im September 1969 in wilden Streiks höhere Löhne durchgesetzt. ng 1973 begann erneut eine Welle von wilden Streiks, u.a. bei Hoesch, Mannesmann, Karmann, John Deere, Klöckner, Hella, Pierburg, Ford, Daimler-Benz, Saarbergkonzern. Diese Streiks wurden vor allem von ausländischen ArbeiterInnen getragen, die neben Lohnerhöhungen Forderungen nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die Abschaffung von Leichtlohngruppen erhoben. Polizei und Werkschutz schlugen die Streiks nieder, der Werkschutz wurde in der Folge weiter ausgebaut.

Z

Die Reaktion

In den Medien allen voran in den Zeitungen des Springer-Konzerns wurde eine massive Hetze gegen die Studenten verbreitet. So z.B. auch die Äußerung des Berliner Bürgermeisters Klaus Schütz (SPD)

Ihr müßt diese Typen sehen. Ihr müßt ihnen genau ins Gesicht sehen. Dann wißt ihr, denen geht es darum, unsere freiheitliche Grundordnung zu zerstören.

Der Tod von Benno Ohnesorg bei der Demonstration gegen den Schah von Persien in Berlin am 2. Juni 1967 Ohnesorg wurde im Verlauf der Demonstration von dem Polizisten Kurras in den Hinterkopf geschossen zerstörte die Illusionen über den bürgerlichen Staat.

Als knapp ein Jahr später am 10. April 1968 der 23jährige Josef Bachmann auf Rudi Dutschke schoß, demonstrierten in Berlin 3.000 Menschen vor dem Springer-Hochhaus. In vielen Städten wurde der Springer-Konzern als der wirklich Schuldige an diesem Attentat angegriffen.

Z

Die Auflösung der APO

Ende des Jahres 1968 stieß die APO in ihrer bisherigen Form und Zielsetzung an ihre Grenzen. Auf der Suche nach dem revolutionären Subjekt und einem Ansatzpunkt für politische Veränderungen splitterte sie sich auf. Es wurden verschiedene K-Gruppen gegründet, die vor allem auf die Revolutionierung der Arbeiterklasse setzten (die KPD, mit dem ihr angegliederten Kommunistischen Studentenverband und der Liga gegen den Imperialismus; in verschiedenen Städten entstanden

kommunistische Bünde, die sich 1973 zum KBW, Kommunistischen Bund Westdeutschlands zusammenschlossen; sowie die am 16. September 1968 gegründete DKP, die Deutsche Kommunistische Partei). Andere begannen den Marsch durch die Institutionen, um die gesellschaftlichen Strukturen von innen heraus zu verändern. Eine dritte Strömung bildeten die antiautoritären, undogmatischen Gruppen. Am 21. März 1970 löste sich der SDS-Bundesvorstand auf.

Ein Teil der Linken ging in die Betriebe, um dort die politische Arbeit fortzusetzen; andere vor allem undogmatische Gruppen versuchten, in anderen sozialen Bereichen anzusetzen

sie bezogen sich in ihrer politischen Arbeit auf Stadtteile, unterstützten oder initiierten Mietstreiks und Hausbesetzungen.

Als von mehreren Nahverkehrsunternehmen die Fahrpreise erhöht wurden, begann 1969 ausgehend von Hannover der Kampf gegen Fahrpreiserhöhungen und für den Nulltarif. Die Aktion Roter Punkt wurde initiiert (Autofahrer signalisierten mit einem Roten Punkt auf der Windschutzscheibe, daß sie bereit waren, andere Personen mitzunehmen), Schwarzfahrerversicherungen wurden gegründet und Fahrkartenautomaten außer Betrieb gesetzt.

Zur gleichen Zeit konstituierten sich die Rote Armee Fraktion (RAF) und die Bewegung 2. Juni (im Juni 1972 als Zusammenschluß mehrerer Stadtguerillagruppen) als bewaffnet und illegal kämpfende Gruppen. Sie griffen das vor allem in Lateinamerika in die Praxis umgesetzte Konzept der Stadtguerilla auf.

Z

Die Aufrüstung zur inneren Sicherheit durch die sozialliberale Koalition

Am 21. Oktober 1969 übernahm erstmals eine SPD/FDP-Koalition die Regierungsverantwortung, Willy Brandt wurde Bundeskanzler. Mit seiner Person verknüpften viele die Hoffnung auf Reformen, auf eine gesellschaftliche Demokratisierung und soziale Verbesserungen.

Mit einer Amnestie für alle Demonstrationsdelikte, die ein Strafmaß von acht Monaten nicht überschritten, ermöglichte die sozialliberale Koalition die Integration von Teilen der Studentenbewegung, die als neue akademische Elite unverzichtbar waren. Gleichzeitig wurden im Januar 1972 der Radikalenerlaß verabschiedet und eine massive Aufrüstung zur Wahrung der inneren Sicherheit in Angriff genommen, um die revolutionäre, nicht integrationswillige Linke auszugrenzen. Im Zuge der Terroristenfahndung erschossen Zielfahndungskommandos 1971 Petra Schelm, Georg von Rauch und Thomas Weissbecker.

Bei Regierungsantritt hatte die sozialliberale Koalition ein Sofortprogramm Innere Sicherheit zum Ausbau und Aufrüstung von Polizei und Staatsschutz vorgelegt, das bis Ende 1976 überwiegend verwirklicht wurde

SP

1968 wurde die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz neu strukturiert und zentralisiert;

im Sommer 1969 wurden die Mittel für das Bundeskriminalamt verdoppelt und seine Kompetenzen ausgeweitet;

im November 1970 wurde das Sofortprogramm zur Verbrechensbekämpfung verabschiedet, das u.a. den Ausbau des BKA zur zentralen Bundesbehörde zuständig für Schwerstkriminalität und Staatsschutzsachen regelt;

im September 1971 wurde Horst Herold (SPD) Präsident des Bundeskriminalamtes. Er stand für das Ziel einer totalitären Erfassung und Kontrolle zum Schutz der inneren Sicherheit der BRD mit Hilfe der Computerisierung;

Am 28. Januar 1972 wurde der Extemistenbeschluß von den Regierungschefs des Bundes und der Länder verabschiedet, wonach nur derjenige in das Beamtenverhältnis berufen werden (darf), der die Gewähr bietet, daß er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintritt. In den folgenden Jahren erfolgte die politische Überprüfung von ca. 3,5 Millionen BewerberInnen für den öffentlichen Dienst, und es wurden ca. 2.500 Berufsverbote ausgesprochen;

mit dem am 22. März 1972 vom Bundeskabinett verabschiedeten Schwerpunktprogramm Innere Sicherheit wurde das Sofortprogramm von 1970 weiter ausgebaut, der Aufgabenbereich des Bundesgrenzschutzes erweitert und die Spezialeinheit GSG 9 zur Terroristenbekämpfung ins Leben gerufen;

das BKA-Gesetz vom 29.06.73 bildete die Grundlage für eine Erweiterung und Zentralisierung der Kompetenzen des Bundeskriminalamtes, sowie für einen Ausbau der datenmäßigen Erfassung; ab Mai 1975 galt die zentrale Zuständigkeit des BKA für den Bereich TE Terrorismus.

Z

Die Verhaftungen von Mitgliedern der Guerilla und die ersten Aktionen zur Gefangenenbefreiung

ng des Jahres 1972 reagierte die RAF auf die erneuten Flächenbombardements in Vietnam durch die US-Armee mit einer Mai-Offensive

sie verübte gegen US-Militäreinrichtungen in mehreren Städten Anschläge. Wenig später, im Juni 1972 wurden Andreas Baader, Holger Meins, Jan Carl Raspe, Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Brigitte Mohnhaupt, Irmgard Möller, Klaus Jünschke und Gerhard Müller verhaftet.

Die Bewegung 2. Juni entführte im Februar 1975 zwei Tage vor den Berliner Wahlen den Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz und forderte die Freilassung von politischen Gefangenen. Der regierende SPD-Senat stand vor dem Problem, den Spitzenkandidaten der Gegenpartei nicht in Gefahr bringen zu können und erfüllte die Forderungen der Entführer; die Gefangenen wurden in die Volksrepublik Jemen ausgeflogen, Peter Lorenz am 5. März wieder freigelassen.

Zwei Monate später am 24.4.75 besetzte das Kommando Holger Meins die deutsche Botschaft in Stockholm und forderte die Freilassung von 26 politischen Gefangenen. Die Polizei stürmte das Gebäude, die dort deponierte Bombe explodierte. Ein Mitglied des Kommandos, Ulrich Wessel, wurde bei der Erstürmung getötet, Siegfried Hausner starb, nachdem er gegen die Zustimmung der Ärzte mit schweren Verletzungen in die BRD transportiert worden war, im Stammheimer Knast.

Z

Internationale Solidarität

Die internationalen Bezugspunkte der deutschen Linken waren neben Vietnam und dem Iran die schwarze Bürgerrechtsbewegung in den USA, die im Oktober 1966 gegründete Black Panther Party und die Befreiungsbewegungen in Lateinamerika und Palästina.

Z

Chile

Im September 1973 begann nach dem Militärputsch eine breite Solidaritätskampagne zu Chile. In Chile hatte Salvador Allende als Kandidat der Unidad Popular, eines linken Wahlbündnisses, im September 1970 die Wahlen gewonnen. Nach seinem Amtsantritt führte er sofort längst überfällige soziale Reformen durch wie z.B. die kostenlose Verteilung von Lebensmitteln oder Schulbüchern an Bedürftige, die Verstaatlichung wichtiger Industriebetriebe und den Aufbau eines umfassenden Gesundheitswesens.

Die internationalen Konzerne und die westlichen Regierungen reagierten mit einer wirtschaftlichen Blockade und materieller Unterstützung der rechten Parteien. 1970 fiel der Oberkommandierende der chilenischen Armee, General Schneider, einem Attentat zum Opfer, nachdem er sich geweigert hatte, die Regierung Allende durch einen Militärputsch zu stürzen. Aus den im März 1972 von einem amerikanischen Journalisten veröffentlichten ITT-Papieren, geht hervor, daß der US-Konzern ITT zusammen mit der CIA und führenden chilenischen Unternehmen aktiv an den Putsch-Plänen gegen die Regierung Allende und an der Ermordung Schneiders beteiligt war.

Trotz einer Verschärfung der wirtschaftlichen Lage in Chile gewann die Unidad Popular im März 1973 die Parlamentswahlen, am 11. September 1973 putschte mit tatkräftiger Unterstützung der CIA das chilenische Militär. In den folgenden Monaten wurden mehr als 30.000 ChilenInnen ermordet, tausende ins Exil gezwungen.

Der Putsch löste unter der deutschen Linken eine breite Solidarität aus. Chile-Komitees wurden gegründet, die Öffentlichkeit über die Situation in Chile herstellten und versuchten, die Aufnahme politischer Flüchtlinge in der BRD durchzusetzen. Neben dem Entsetzen über das Massaker an Oppositionellen wurde am Beispiel Chiles deutlich, daß ein friedlicher bergang zum Sozialismus von den Regierungen der imperialistischen Länder und den multinationalen Konzernen mit allen Mitteln verhindert werden würde.

Z

Palästina

Am 14. Mai 1948 wurde der Staat Israel gegründet, nachdem die UNO-Vollversammlung im Jahr zuvor die Teilung des ehemaligen britischen Mandatsgebietes in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat beschlossen hatte. Bereits einen Tag nach Staatsgründung begann der erste israelisch-arabische Krieg, in dem das israelische Militär den Sieg davontrug. Mehr als 900.000 PalästinenserInnen flüchteten in die arabischen Nachbarländer, nach dem 6-Tage-Krieg im Juni 1967 kamen nach der Besetzung des Westjordan-Ufers und des Gaza-Streifens durch die israelische Armee weitere 350.000 Flüchtlinge hinzu.

In den Flüchtlingslagern und den besetzten Gebieten gründeten sich verschiedene palästinensische Befreiungsbewegungen, die sich im Juni 1964 in der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)

zusammenschlossen. 1968/69 gewannen innerhalb der PLO die Fatah und die PFLP (Volksfront zur Befreiung Palästinas) die Mehrheit. Sie vertraten eine antiimperialistische und antizionistische Politik, und lösten die traditionellen palästinensischen Eliten ab.

Nach dem 6-Tage-Krieg waren die palästinensischen Flüchtlingslager in Jordanien zur Basis der Widerstandsbewegung geworden, hier befand sich auch die politische und die militärische Führung. Als sich der jordanische König Hussein in seiner Macht bedroht sah, kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Palästinensern und der jordanischen Armee. Im September 1970 griff die militärisch überlegene Armee die palästinensischen Flüchtlingslager an, mehr als 20.000 PalästinenserInnen verloren dabei ihr Leben. Die Kämpfe dauerten noch bis zum Juli 1971 an, dann mußte sich die PLO geschlagen aus Jordanien zurückziehen.

Um das Schweigen der Weltöffentlichkeit zu dem Massaker in Jordanien, der Vertreibung der Palästinenser aus Israel und dem Elend in den Flüchtlingslagern zu durchbrechen, entführten Kommandos der PFLP im Sommer 1970 mehrere Flugzeuge. Sie begründen ihre Aktionen mit den Worten: In der heutigen Welt ist niemand unschuldig, ist niemand neutral. Entweder man steht auf der Seite der Unterdrücker oder auf der Seite der Unterdrückten.

Im Herbst 1971 gründete sich die Organisation Schwarzer September, die mit ihrem Namen an das Massaker in den Flüchtlingslagern in Jordanien vom September 1970 erinnern wollte. Ein Kommando des Schwarzen September nahm bei den Olympischen Spielen in München am 5. September 1972 Mitglieder der israelischen Olympia-Mannschaft als Geiseln und forderte die Freilassung von 200 Palästinensern aus israelischer Gefangenschaft. Wie schon mit den Flugzeugentführungen zuvor verfolgten sie mit der Geiselnahme auch das Ziel, vor der in München versammelten internationalen Presse auf die Lage und den Befreiungskampf der Palästinenser aufmerksam zu machen. Die Aktion endete in einem Blutbad. Entgegen der Zusage des damaligen Bundesinnenministers Genscher auf freien Abzug, wurden das Kommando und die Geiseln zum Militärflughafen Fürstenfeldbruck geflogen, wo Scharfschützen das Feuer eröffneten. Alle israelischen Geiseln und fünf der acht Mitglieder des Kommandos wurden getötet.

Einen Monat später wurden die palästinensischen Organisationen GUPS (Generalunion der palästinensischen Studenten) und GUPA (Generalunion der palästinensischen Arbeiter) in der Bundesrepublik verboten.

Innerhalb der deutschen Linken begann in den Jahren 1969/70 eine Auseinandersetzung und Solidarisierung mit den Palästinensern. Die Nähe zu den politischen Positionen der Al Fatah und der PFLP führten zu einer praktischen Zusammenarbeit, deutsche Linke reisten zum Teil zu militärischer Ausbildung in palästinensische Flüchtlingslager und knüpften engere Verbindungen zwischen der deutschen Linken und den palästinensischen Organisationen.

Während die westlichen Regierungen Israel zum Bollwerk gegen die Araber und zum politischen und militärischen Stützpunkt im Nahen Osten ausbauten, begriff sich die Linke zunehmend als antizionistisch und warf Israel faschistische Methoden vor. Antizionismus und die Solidarisierung mit dem Befreiungskampf der Palästinenser wurden zu einem wichtigen Bezugspunkt der deutschen Linken.

Auch die westdeutschen Stadtguerilla-Gruppen (RAF, RZ und 2. Juni) arbeiteten mit palästinensischen und anderen arabischen Organisationen zusammen bzw. unterstützten deren Aktionen. Im Jahre 1972, nach dem Blutbad in Fürstenfeldbruck/Olympische Spiele erklärte die Rote Armee Fraktion: Die Aktion des Schwarzen September in München hat das Wesen imperialistischer Herrschaft und des antiimperialistischen Kampfes auf eine Weise durchschaubar und erkennbar

gemacht wie noch keine revolutionäre Aktion in Westdeutschland und Westberlin. Sie war gleichzeitig antiimperialistisch, antifaschistisch und internationalistisch.

Z

Die Revolutionären Zellen

Im November 1973 zeichneten erstmals Revolutionäre Zellen für eine bewaffnete Aktion. Ihr Konzept baute auf der Organisierung in autonomen Zellen auf, einer Gegenmacht in kleinen Kernen, die gleichzeitig Teil der legalen politischen Massenarbeit sein sollten. Ziel war eine Verbreiterung ihrer Politik, bis im Verlauf eines langwierigen Kampfes bei einer erwarteten Verschärfung der gesellschaftlichen Widersprüche die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen sei.

In ihren ersten Aktionen spiegeln sich die politischen Positionen der deutschen Linken wider. Im Revolutionären Zorn Nr.1 vom Mai 1975 unterteilen sie ihre Anschläge in drei Bereiche

SP

antiimperialistische Aktionen

antizionistische Aktionen

Aktionen, die die Kämpfe von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen unterstützen.

Z

Antiimperialismus

Im November 73 richteten sich ihre Anschläge gegen den US-Konzern ITT wegen seiner Beteiligung am Putsch in Chile, im Juni 74 gegen das Chilenische Generalkonsulat in Berlin.

Z

Antizionismus

Im September 74 verübten die Revolutionären Zellen Anschläge auf die Maschinenfabrik Korf, die zu 3/4 in zionistischem Besitz ist, auf das Büro der israelischen Fluggesellschaft EL-AL, in den Jahren 78 und 79 auf Firmen, die israelisches Obst importieren.

In den Jahren 1975 und 1976 gehörten RZ-Mitglieder palästinensisch-deutschen Kommandos an

Hans-Joachim Klein war Teil des Kommandos, das am 21. Dezember 1975 die OPEC-Konferenz in Wien besetzte und die Minister von 11 Ölstaaten als Geiseln nahm (siehe Kapitel 4).

Im Juni 1976 entführten Brigitte Kuhlmann und Wilfried Böse gemeinsam mit palästinensischen Genossen eine Air-France-Maschine und forderten die Freilassung von 53 politischen Gefangenen, darunter 40 Palästinenser aus israelischer Haft und sechs politische Gefangene aus der BRD. Sie leiteten das in Israel gestartete Flugzeug von Athen nach Entebbe/Uganda um. Am 4. Juli 1974 wurde die Maschine von israelischem Militär gestürmt, die Mitglieder des Kommandos erschossen.

Als im 1977 der Film Unternehmen Entebbe eine in Hollywood gedrehte Aufbereitung der Flugzeugentführung in deutschen Kinos anläuft, versuchen die RZ, durch Brandanschläge die

Absetzung des Films zu erreichen. Gerd Albartus und Enno Schwall wurden kurz darauf verhaftet und wegen eines versuchten Anschlags auf ein Aachener Kino zu hohen Haftstrafen verurteilt (siehe Seite 129).

Auf diese Entführung eines Flugzeuges nach Entebbe beziehen sich die neuen Texte von Revolutionären Zellen, ausgehend von dem Papier zum Tod von Gerd Albartus (siehe Seite 20).

Aus den Texten läßt sich schlußfolgern, daß der Mißerfolg der Aktion zunächst auf praktische, militärische Probleme zurückgeführt und die Zusammenarbeit mit der palästinensischen Gruppe auf Eis gelegt wurde. Gleichzeitig brachen an der Entebbe-Aktion politische Gegensätze innerhalb der RZ auf, die zu einer Spaltung führten. Während ein Teil der RZ das sozialrevolutionäre Element ihrer Politik in den Vordergrund stellt und die Vermittelbarkeit ihrer Politik auch in den Metropolen als zentrales Moment ansieht, betonen die anderen die Notwendigkeit eines internationalistischen, antiimperialistischen Kampfes, um nicht in die Bedeutungslosigkeit zu versinken.

Die RZ spalteten sich an dem Widerspruch, daß eine revolutionäre Politik, die auf weltweite Befreiung zielt, die Ziele und Erfahrung von Befreiungsbewegungen aus der 3. Welt einbeziehen muß, andererseits die Bevölkerung in den Metropolen gleichzeitig Nutznießer der Ausbeutung der 3. Welt und Opfer ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse ist.

Vieles bleibt in den neuen Texten der RZ unklar, vage und nur angedeutet, eine Auseinandersetzung innerhalb der RZ hat offenbar nicht oder nicht zur Genüge stattgefunden.

Die Debatte um das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus in den RZ und der deutschen Linken geht einher mit der Infragestellung internationalistischer und antiimperialistischer Positionen. Dabei wurde außer acht gelassen, daß der Internationalismus der RZ nach den vorliegenden Papieren ausschließlich in einer Zusammenarbeit mit palästinensischen Befreiungsbewegungen praktisch wurde, bei einer Zusammenarbeit mit türkischen, lateinamerikanischen oder kurdischen Linken hätten sich wohl andere Probleme und Auseinandersetzungen ergeben.

Z

Aktionen zur Unterstützung der Kämpfe von Arbeitern, Jugendlichen und Frauen

Sie reichen vom Brandanschlag auf das Auto eines Verantwortlichen für den Abriß des Jugendzentrums Putte in Berlin, Anschläge auf die Gebäude der Ausländerpolizei Berlin, der Industrie- und Handelskammern Mainz und Ludwigshafen, des Bundesverbandes der deutschen Industrie und des Bundesverbandes der deutschen Arbeitgeberverbände zur Feier des 1. Mai 75 über einen Anschlag auf den Spekulanten Kaußen in Köln bis zu einer Serie von Anschlägen auf Fahrkartenautomaten, Schwarzfahrerkarteen und Autos von Kontrolleuren. In Berlin und im Ruhrgebiet verteilten RZ gefälschte Fahrkarten, und zu Ostern 75 gefälschte Gutscheine in Obdachlosenheimen.

Die Frauen der RZ legten als Beitrag zum Kampf gegen den § 218 Feuer am Bamberger Dom und am Bundesverfassungsgericht.

Als in mehreren deutschen Bahnhöfen Bomben explodierten und in der Presse die westdeutschen Guerillagruppen für die Anschläge verantwortlich gemacht wurden, veröffentlichten die RZ zwei Erklärungen zu den Bahnhofsbomben.

Der Bezug auf die legale Linke, der schon im Konzept der RZ angelegt war, führte dazu, daß deren

Unverbindlichkeit und Diskontinuität mitzuvollziehen waren. Versuche, Kampagnen fortzusetzen, wenn sie zu versanden drohten (z.B. Fahrpreiskampagne), brachten den RZ u.a. den Vorwurf ein, sich im Nachhinein an eine Bewegung zu hängen und der Aktualität hinterherzuhinken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 690 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 1 Mai 1975

Stockholm1

wie geht es weiter?

Unsere Genossen Ulrich Wessel² und Siegfried Hausner³ sind tot. Die anderen des Kommandos Holger Meins sitzen im Gefängnis, die Liste ist noch länger geworden. Partei- und Regierungsvertreter, die Bullen jubeln über ihren Sieg. Was ist los mit dieser Niederlage? Was soll jetzt überhaupt geschehen, um die Gefangenen rauszuholen, um weiterzukämpfen? Läßt uns, die revolutionäre Linke, der Tod der beiden und inzwischen auch der Tod des Genossen Werner Sauber⁴ so unberührt, wie es Holgers Tod für große Teile der Linken doch letztendlich gewesen ist?

Verschiedene Umstände haben bewirkt, daß die Herrschenden nach Stockholm sich in einem triumphalistischen Geschrei ergehen konnten, wie es schon längere Zeit nicht mehr zu hören war. Die Genossen vom Kommando Holger Meins haben versucht, die Bedingungen zu schaffen für eine Befreiung der politischen Gefangenen. Klar war, daß eine Aktion ähnlich der Lorenzentführung⁵ nicht ausgereicht hätte; wichtigere und mehr Leute zu entführen, ist jedoch mit den gegenwärtig zur Verfügung stehenden Mitteln kaum möglich, so daß ihre offene Besetzung der deutschen Botschaft eine richtige Aktion war. Dennoch ist der Versuch mißglückt. Der Druck hat nicht ausgereicht. Gefangengenommen waren nur deutsche Beamte, nur kleine Lichter (bis auf den Botschafter selbst vielleicht) und alles spielte sich im Ausland, nicht im direkten Verantwortungsbereich der BRD-Regierung ab. Es war also leichter für diese Regierung, den Forderungen nicht nachzugeben, als es hätte sein müssen. Der Umstand, daß zudem alle Geiseln nach der Sprengung entkamen, paßte in dieses Konzept, es konnte als Erfolg der eingeschlagenen Taktik ausgegeben werden. Und Maihofer⁶ und Konsorten brüsten sich damit, daß sie diesmal nicht den Kürzeren gezogen haben: Der Trick, Hubschrauber bei den deutschen Knästen in Wartestellung zu bringen, habe die Terroristen via Fernsehen getäuscht und den Stockholmer Behörden Zeit gegeben für ihre Vorbereitungen zum Sturm auf das Gebäude; die Terroristen seien Randfiguren gewesen, unerfahren, unsicher, Dilettanten. Nun gut, Herr Maihofer, nicht nur aus Fürstenfeldbruck⁷ haben wir gelernt, wir lernen auch aus der Bullentaktik im Fall Lorenz und aus Stockholm! Die Bande Großer Krisenstab (GKS)⁸ hat keinen Anlaß zu triumphieren!

Klar ist, daß jetzt ein anderer Druck erzeugt werden muß, um unsere Genossen rauszuholen, klar ist, daß nicht die Sorge um Menschenleben die Handlungen der Politiker bestimmt, sondern ganz andere taktische und strategische Überlegungen, genau wie sie auf unsere Kampfformen, -orte und -zeitpunkte gezwungen werden zu reagieren.

Wie nach der Ermordung von Holger Meins⁹ kann die GKS-Bande sicher sein: wir ziehen die Konsequenzen. Die Stadtguerilla wird wie den Tod Holgers auch die Genossen Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber rächen, sie wird jeden Versuch machen, die Gefangenen zu befreien, weil das ein von ihrer Existenz untrennbarer Teil ist:

Nicht zulassen, daß das heuchlerische Mordgeschrei anhalten kann, angesichts der massiven und tödlichen Gewalt, die in allen denkbaren Formen täglich gegen Menschen angewandt wird.

Nicht zulassen, daß die Vertreter dieser Ordnung unsere Genossen ermorden und sich dann in ihren Villen und Bungalows zufrieden schlafen legen können.

Nicht zulassen, daß die gefangenen Kämpfer jahrelang mit schweinischen Methoden, die sich nur ein Arztstand wie in diesem Land und eine solche Justiz ausdenken können, kaputtgemacht werden. Die Verantwortlichen, die Nutznießer dieses Systems überall angreifen, zur Rechenschaft ziehen, die Mechanismen ihres Unterdrückungsinstrumentariums überall unterbrechen und zerstören. Ihrer erdrückenden Herrschaft setzen wir den revolutionären Guerillakrieg entgegen: seine Taktik und

Strategie werden für unsere Verhältnisse und von unseren Verhältnissen weiterentwickelt, aufbauend auf der Praxis und Theorie der Genossen in vielen Ländern der Welt.

Die Vorgehensweise des Staates wird von manchen Leuten, die vor Zeiten selbst den Anspruch hatten, linke Radikale zu sein, inzwischen nahezu gebilligt. Das geht von DKP-SEW-Kreisen inzwischen über Wallraff¹⁰ bis zu den Führern des Sozialistischen Büros¹¹, die schon mehr oder minder offen selbst nach den Bullen rufen. Von denen soll hier allerdings nicht die Rede sein, sondern von den anderen, die sich zwar auf der gleichen Seite fühlen wie wir, aber ihre Probleme sich nicht klarmachen und mit Mauern und Abwehrtricks sich in eine vermeintliche Sicherheit bringen. Ihr Verhältnis zu Aktionen wie der Lorenzentführung oder der Stockholmer Besetzung unterscheidet sich zudem nicht prinzipiell davon, wie sie andere radikale Widerstandsaktionen erleben: als etwas ihnen äußerliches, sie nicht betreffendes; da wird gewertet, klassifiziert, Zensuren werden ausgeteilt, wie bei einem Fußballspiel im Fernsehen. Gewinnt der Favorit, entwickelt sich eine Art sportlicher Begeisterung für die Besseren, an Niederlagen wird man kann es kaum anders nennen herumgemäkelt, selbst wenn es sich dabei um den Tod von Genossen handelt. Sie begreifen nicht, daß es ihre Genossen sind, sie haben immer noch nicht den endgültigen Trennungsstrich gezogen zwischen sich und dem in tausenderlei Formen auftretenden und sie vereinnahmenden Herrschaftssystem.

Deshalb fehlen die Betroffenheit, der Haß auf diese Verhältnisse, ein Gefühl dafür, was der Guerillero eigentlich macht, wenn er solche Aktionen durchführt. Dieses Unberührtsein hängt auch zusammen mit ihrer gefühlstötenden, untätigen Ratlosigkeit. Sie sehen zwar auch, was ist, wissen aber angeblich aus ihren bisherigen Erfahrungen, daß sie nichts machen können; sie verbrämen das in der Regel, bringen z.B. Kritik, die einen nur staunen lassen kann (das SPK¹² war schon immer etwas verrückt! oder sagen, wie die Aktion viel besser und richtiger hätte gemacht werden können! Dann macht es doch bitte, Genossen!) oder sie flüchten sich in verschiedenste Auswege von Freiraum-Gebilden¹³ für sich und ihre insider-groups bis zur Scheinpolitik in ihren Parteien und Büros. Oder ganz ohne Ausweg: Sie verdrängen die Reste in sich, die aufgrund eines diffusen Betroffenseins noch rebellieren wollen, mit vielerlei Tricks, um ihr Selbstverständnis noch aufrecht erhalten zu können. Dieses Linkssein täuscht jedoch nur noch einige Zeit darüber hinweg, daß man darüberhinaus nichts mehr am Hut hat.

Warum können sie nichts machen? Weil sich in vielen Arbeitsansätzen zeigt, daß die Trennung zwischen Politik und einem selbst nicht läuft, daß das Politikmachen immer wieder hinauslief auf: andere auffordern, agitieren, belehren, daß sie doch was machen sollten. Agitation, Information ist natürlich richtig, aber warum versuchen alle, sich selbst rauszuhalten? Haben Angst, sich selbst als Teil des vom System kaputt gemachten Volkes zu betrachten?

Horst Mahler¹⁴ (der frühe natürlich) hat es vor Gericht mal so gesagt: ... Die einzige Anklage, die ich gelten lasse, ist die, daß wir dafür zuwenig getan haben; daß wir zulange gezögert und nicht unser Bestes gegeben haben; daß wir zuviel geredet und zuwenig gehandelt haben; daß wir zulange versucht haben, die Falschen vom Richtigen zu überzeugen, statt das Richtige selbst zu tun.

Es wird geredet und gewartet: daß andere das Richtige tun. Widerstand, Kampf gegen das Herrschaftssystem sind jedoch Prozesse, in den vielfältigen Bereichen entwickeln sich Inhalte, Methoden, Bewußtsein vielfältig, ungleichzeitig usw.

Doch warum sollen wir warten? Oder Ihr? Und worauf? Der schöne Satz Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein? gilt nämlich! Gilt für uns wie für alle, die aus ihren Einsichten, Erfahrungen, bewußt erlebten Veränderungen beginnen, Konsequenzen für's Verhalten, für's Handeln zu ziehen.

Die Stadtguerilla bei uns ist jetzt und auf absehbare Zeit eine Minderheit und ihr Kampf ist äußerst langwierig und schwierig, die Entwicklung zur Stadtteilguerilla, Schul- und Universitätguerilla, zur autonomen Guerilla von Frauen zur Guerilla also als Massenperspektive geht nicht von heute auf morgen. Doch deshalb ist sie nicht falsch!

Wir können natürlich nicht im Rahmen dieses Beitrages die ganze Vielfalt in Theorie und Praxis der ganzen Linken umfassend behandeln, das kann nur durch weitere Beiträge von uns im Laufe der Diskussion und durch unser Verhalten und unsere Praxis geschehen. Doch unabhängig von allen Differenzierungen ist eines klar:

An der Frage der bewaffneten Aktion, der subjektiven Teilnahme am revolutionären Kampf, der umfassenden Verwirklichung des Konzepts Guerillakrieg werden immer wieder und deutlicher Polarisierungen stattfinden zwischen denen, die erst mal abwarten wollen, die ein bißchen wollen statt alles, die den Weg des Reformismus gehen, die den Schritt nicht riskieren, tatsächlich zu kämpfen und die Revolution zu wollen und den anderen, die sehen, daß ihnen nichts freiwillig gegeben wird, daß Geschenke immer neue, raffiniertere Unterdrückung und Entfremdung mit sich bringen, die erleben, wie das System der Herrschaft die Menschen immer mehr kaputtmacht, wie es seinen menschenverachtenden täglichen Terror ausübt, eiskalt und ohne zu zögern, wenn es um die Absicherung ihrer Herrschaft geht und die daraus lernen:

Sich selbst zur Wehr zu setzen! Zusammen mit allen anderen, die ihre Lage zu erkennen beginnen, die Beseitigung dieser Verhältnisse mit aller Phantasie, Liebe und Gewalt in die eigenen Hände zu nehmen.

RZ Anschlagstafel 1973 1975

Die Aktionen der Revolutionären Zelle lassen sich in drei Bereiche unterteilen

- antiimperialistische Aktionen, Aktionen gegen die Beteiligung der USA, ITT am Putsch in Chile, gegen die chilenischen Faschisten in der BRD und Westberlin;

- Aktionen gegen die Filialen und Komplizen des Zionismus in der BRD;

- Aktionen, die den Kämpfen von Arbeitern, Jugendlichen, Frauen weiterhelfen sollen, die ihre Feinde bestrafen und angreifen.

16.11.73 Anschlag auf ITT in Berlin wegen der Beteiligung des US-Konzerns am Putsch in Chile

17.11.73 Anschlag auf ITT in Nürnberg.

01.05.74 Brandanschlag auf das Auto von Peter Sötje in Berlin. Sötje ist für den Abriß des Jugendzentrums Putte mitverantwortlich.

14.06.74 Anschlag auf das während der Fußballweltmeisterschaft stark bewachte Generalkonsulat von Chile in Westberlin.

Sept. 74 Anschlag auf die Maschinenfabrik Korf in Mannheim, die zu 3/4 im Besitz der Zionisten ist.

Sept. 74 Anschlag auf das EL-AL16-Büro in Frankfurt wegen der Völkermordstrategie der Zionisten gegenüber den Palästinensern.

16.11.74 Brandanschlag auf den BMW des Geschäftsführers der Krone-Werke während einer Betriebsversammlung vor der Kongreßhalle in Berlin.

03.03.75 Brandanschlag auf den Bamberger Dom wegen der schmutzigen Rolle der Kirche bei der Unterdrückung der Frauen.

04.03.75 Anschlag von Frauen der Revolutionären Zelle auf das vom Bundesgrenzschutz bewachte Bundesverfassungsgericht wegen des Abtreibungsverbots.

29.04.75 Anschlag auf die Ausländerpolizei in Westberlin zum 1. Mai.

30.04.75 Anschlag auf das Gebäude der Landesvertretungen von BDI, BDA, IHK in Mainz zum 1. Mai.

30.04.75 Anschlag auf das Gebäude der IHK in Ludwigshafen zum 1. Mai. P>Die Aufzählung unserer Aktionen bleibt unvollständig, bezieht man sich nicht auch auf die zahlreichen Aktionen und Kämpfe anderer Gruppen zur Unterstützung der Befreiungsbewegungen.

Wenn wir ITT-Niederlassungen in der BRD angreifen, steht das in einer Reihe mit Angriffen in der Schweiz, Italien, Spanien, den USA und zahlreichen anderen Ländern gegen einen multinationalen Konzern, der an der direkten Unterdrückung und Ausrottung hunderttausender Menschen in Chile beteiligt ist, die eher ein Recht auf Leben haben als die Schweine, die das Volk ausbeuten. Die Unterstützung des MIR17 heißt, wie es die Genossen in Mailand, die das Lager der Face Standard ansteckten, sagten: Gegen ITT, gegen alle Unternehmen ist der Kampf mit dem Gewehr eine grundsätzliche Entscheidung.

Das heißt auch, daß der bewaffnete Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist. Wer sich heute mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, muß den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land führen, muß der Vernichtungsmaschinerie des Kapitals überall, auch in der BRD, den Widerstand des Volkes entgegensetzen. Wer sich in der BRD und Westberlin zufrieden gibt mit der Arbeit des Chilekomitees, der Unterstützung chilenischer Revolutionäre, Aktionen gegen Konzerte, Botschaftsauftritte, Fußballspiele, Geldsammlungen, der Propaganda gegen die Militärdiktatur alles notwendige und nützliche Formen der Solidarität, ohne eine Perspektive des Kampfes gegen den US-Imperialismus, der bewaffneten Bekämpfung der chilenischen Faschisten in der ganzen Welt zu entwickeln, bleibt hilflos und handelt zynisch gegenüber den Erfahrungen von Chile. In der BRD und Westberlin ist es z.B. nötig, daß die Repräsentanten und Marionetten der faschistischen Militärdiktatur in ihren Villen, Botschaften, Handelsvertretungen nicht mehr ruhig schlafen können.

Unsere Anschläge auf Korf und das staatliche israelische Reisebüro sind Ausdruck unserer Solidarität mit dem palästinensischen Volk im Kampf gegen den Zionismus. Seit München 1972, wo die Palästinenser klar gemacht haben, daß die Bourgeoisie ihre Spiele nicht als Kraft durch Freude verkaufen kann, als die gesamte Presse auf die Lügen und den Dreck der Bullen eingeflippt sind, als sich die freie Presse als Bullen-Presse erwiesen hat, hat die gesamte Linke in der BRD es nicht mehr fertiggebracht, einen Ton zum Völkermord an den Palästinensern über die Lippen zu bringen. Die furchtbaren Verbrechen des deutschen Faschismus an den Juden dürfen uns nicht die Augen verschließen vor dem Ausrottungsfeldzug der Zionisten in Palästina. Die Zionisten haben unheilvolle Lehren aus ihrer Verfolgung gezogen; sie haben gut gelernt und verfolgen, unterdrücken, vertreiben, beuten die Palästinenser und Araber heute aus, wie sie einst selbst verfolgt wurden. Daß die Ausländerpolizei in bewährter deutscher Tradition mit der Geheimpolizei faschistischer und vom Militär regierter Länder zusammenarbeitet, ist nicht erst seit dem Verbot von GUPS und GUPA¹⁹ bekannt. Bevorzugt werden Patrioten, antifaschistische Kämpfer und Revolutionäre abgeschoben, die in ihren Heimatländern mit dem Tod oder langjährigen Freiheitsstrafen bedroht sind. Oder sie schaut untätig zu, wenn sich die Geheimdienste solcher Länder auf dem Boden der BRD tummeln und breitmachen, um hier fortzusetzen, was sie im eigenen Land praktizieren: die Ausrottung des Widerstandes, der sich gegen die Unmenschlichkeit und Unterdrückung wendet. Widerstand auf allen Ebenen, in allen Bereichen, mit allen Mitteln, ist die einzige Möglichkeit, Mensch zu bleiben, Mensch zu werden.

Widerstand heißt nicht, den Kopf unter den Arm zu packen, die Knarre in die Hand und loszurennen. Widerstand heißt auch nicht, nur links zu sein, an der Revolution teilnehmen zu wollen und die Dreckarbeit den anderen, der Guerilla zu überlassen. Widerstand heißt: über jede Form des Reformismus, der Arschkriecherei und des Anbiedereens an dieses System hinauszugehen. Das fängt

an, wo man lebt und arbeitet. Am Arbeitsplatz, wo man sich durch Maschinen-Ausfälle gegen die Arbeitshetze wehren kann, geht über kleinere und größere Brände bei Firmen, über Streiks, Fabrikbesetzungen, Demonstrationen über Angriffe auf die Institutionen der gegen das Volk Regierenden und der Unterdrücker bis hin zu Bestrafungs-, Rache- und Befreiungsaktionen. Widerstand gegen dieses System der Unmenschlichkeit heißt, sich zu organisieren, den eigenen Lebensbereich zu verändern, zu lernen, sich als handelndes Subjekt zu begreifen, Phantasie und Kampfkraft zu entwickeln.

Wenn die Frauen der Revolutionären Zellen das Verfassungsgericht angegriffen haben, tun wir das, um uns gegen die Verfassung dieses imperialistischen Staates zu schützen, um gegen dieses Schandurteil der Klassenjustiz, gegen die Heuchelei von Pfaffen und Kurpfuschern vorzugehen. Andererseits wollen wir der Frauenbewegung zeigen, daß Selbsterfahrungsgruppen, Frauenläden, Selbsthilfe (Abtreibung) usw. nicht genügen, daß Ärzte, Pfaffen, notorische Chauvinisten nicht länger ihr Unwesen treiben dürfen.

Auch im Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren, bei revolutionärer Arbeit in den Fabriken stellen sich diese Fragen. In diesem Zusammenhang haben wir das Auto des Bezirksstadtrates Sötje in Berlin verbrannt, der für den Abriß des Jugendzentrums Putte mitverantwortlich war. Auch der Geschäftsführer der Krone-Werke hatte für seine Verantwortung für die Arbeitshetze, die zahlreichen Arbeitsunfälle in diesem Betrieb einen Totalverlust an seinem BMW zu beklagen.

Diese Vergeltungs- und Bestrafungsaktionen haben nur dann einen Sinn, wenn sie nicht vereinzelt bleiben, wenn sie sich häufen, nachgemacht werden, wenn überall Autos, Villen, Flugzeuge, Gemäldesammlungen brennen, wenn Antreiber verprügelt werden, Politiker sich nicht mehr in ihre Wahlbezirke trauen können. Jeder Direktor, Geschäftsführer, Spekulant, Pfaffe, jeder Faschist, Berufsverböterlasser, jedes Bürokratenschwein muß damit rechnen, persönlich bestraft, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Erst bei einer Vervielfachung dieser Aktionen werden sie ihre erzieherische Wirkung haben, dann geben sie den Forderungen der Arbeiter, Jugendlichen, Frauen, Nachdruck.

Es ist eine unserer Perspektiven, umfassender und offensiver in Massenkämpfe einzugreifen, nicht nur zu bestrafen, uns mehr oder weniger formal auf Bewegungen zu beziehen, sondern mit unseren Aktionen direkten Nutzen zu bringen, Vorteile zu verschaffen. Dies ist allerdings sehr schwierig, setzt eine umfassende Logistik voraus, die erst von uns und/oder anderen aufgebaut werden muß.

Wir wollen zum Schluß noch auf Aktionen gegen Justiz, Bullen, für die Befreiung der gefangenen Revolutionäre eingehen. Andere Stadtguerilla-Gruppen haben hauptsächlich solche Aktionen durchgeführt. Sie finden unter sehr ungünstigen Kräfteverhältnissen statt, es ist allein eine Auseinandersetzung zwischen dem Staat und uns. Die Hetze ist hier relativ leicht, die Aktionen isolieren uns objektiv.

Die Befreiung der Genossen im Knast bleibt trotzdem eine dringende Notwendigkeit. Die Vernichtungshaft²⁰ ist keine Erfindung, sondern Wirklichkeit. Wir brauchen die Genossen in Freiheit, nicht als Märtyrer hinter Gittern. Deswegen werden auch wir alles versuchen, die gefangenen Revolutionäre zu befreien.

Stockholm ... führt zum Faschismus?

Oft wird der revolutionären Linken vorgeworfen, durch ihre Aktionen trage sie zur Faschisierung der Gesellschaft bei, spiele den Reaktionären in die Hände, biete einen Vorwand zum Abbau demokratischer Rechte.

So undifferenziert und z.T. kindisch diese Angriffe sind, so undifferenziert war meist unsere Antwort. Wachsener Widerstand, zunehmende Kämpfe provozieren eben Krise und Unterdrückung. Das ist klar und richtig

wer dies nicht anerkennt, der Unterdrückung nicht standhalten will, gehört nicht zum revolutionären Lager.

Im Folgenden sollen stärker diejenigen Widersprüche analysiert werden, die nicht allein bundesrepublikanische Ursachen haben, jedoch Strategie und Taktik der Bourgeoisie bestimmen und sich in verstärkter Repression auswirken. Auch lassen sich für die BRD und Westberlin die Folgen der zunehmenden Arbeiterkämpfe, der Unruhen in den Stadtteilen und auf dem Lande, unter den Jugendlichen, Frauen, Ausländern auf das Gefüge der herrschenden Klassen und Parteien nicht in der Alternative Faschismus oder Revolution fassen.

Der repressive Apparat, der gegen uns aufgefahren wird, das Ausmaß der Bespitzelung, Einschüchterung, Terrorisierung, die sich ausbreitende Angst unter den Oppositionellen und Revolutionären, stehen in keinem Verhältnis zur Schwäche unserer Gruppen, zur relativen Schwäche der Arbeiterbewegung in der BRD und Westberlin. Der Staat ist vielmehr dabei und in diesem Ziel sind sich die Parteien einig alle revolutionären und nicht reformistischen Ansätze restlos zu eliminieren, da wo nötig, Leute einzusperrn, Organisationen aufzulösen. Dies betrifft keineswegs allein nur Guerilla-Gruppen, sondern auch kämpferische Gruppen in den Betrieben, Stadtteilen, Universitäten, autonome Frauen- und Ausländergruppen.

Die Atempause für die Kommunisten in der BRD und Westberlin ist vorüber. Es wird wieder zu einer Kampf- und Existenzfrage, seine Meinung zu äußern, Marxist zu sein, Flugblätter zu verteilen; es ist wieder gefährlich, Staat, Parteien, Justiz zu kritisieren, sich zu nehmen, was einem sowieso schon gehört. Kommunistische Politik ist notwendig (auch) illegal.

Der Staat kehrt wieder zurück zu den Formen der Totalrepression marxistischen Denkens und Handelns, die seit 1933 bis zur Mitte der 60er Jahre üblich war.

Vermutlich der Klassencharakter der antiimperialistischen Bewegung in den 60er Jahren, die sich zu großen Teilen aus dem Nachwuchs der herrschenden Klasse zusammensetzte, die Abkehr vom Sozialismus sowjetischer und DDR-Prägung, der bis dahin besonders verfolgt wurde, sowie vor allem die Krise der politischen und wirtschaftlichen Konzepte der Herrschaftssicherung haben uns von 1966/67 bis 1972 Möglichkeiten einer politischen Praxis geboten, die vorher illegal waren und illegal organisiert werden mußten und die seit 1972 wieder zunehmend illegalisiert werden. Diese Schonfrist wurde auch ermöglicht durch die Ablösung der aufgebrauchten CDU/CSU durch eine SPD, der wir mit unserer Mobilisierung in den 60ern einerseits ihre Wahlsiege besorgten und die dadurch andererseits die Möglichkeit besaß, zu zeigen, wie sie es schaffte, ohne größere Loyalitätseinbrüche auftretende Krisen zu bewältigen.

Politische und wirtschaftliche Krise in Europa ...

SPD/FDP in der Regierungsverantwortung²¹ organisierten die Gewalt, als sie begriffen, daß Teile der revolutionären Bewegung nicht in die Dynamik des Reformismus einzuspannen waren. Sie verstanden besser als die CDU, daß zunehmend gesellschaftliche Widersprüche auftreten und bewußt werden würden, daß ein berschwappen der Arbeiterkämpfe in anderen europäischen Ländern auf die BRD nicht zu verhindern sei. Wenn schon wirtschaftliche und politische Krisen, soll ihnen zumindest die revolutionäre Spitze abgebrochen werden, bei gleichzeitigen Zugeständnissen, Reformen und Verbesserungen.

Die Situation in anderen europäischen Ländern

in Italien, Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Irland, England, der Pariser Mai²² waren Lehrstücke für die Bourgeoisie. Sie lernte, daß man nicht zögern darf, die Guerilla, die revolutionäre Bewegung bereits im ngsstadium zu zersetzen, zu infiltrieren, zu zerstören. Das heißt

die spezifische Taktik des Staatsapparates leitet sich nicht allein aus der BRD-Situation ab, sondern aus der Entwicklung im übrigen Europa. Die Kräfteverschiebungen im Jahr 1974: der Sturz des Faschismus in Griechenland²³, die Dauerkrise in Italien, eine in den nächsten Jahren abzusehende Ablösung des Faschismus in Spanien, der Sieg des Volkes in Portugal²⁴ mit einer radikal-reformistischen Regierung, die drohende Regierungsübernahme in Frankreich durch Sozialisten/Kommunisten, die Niederlage des englischen Imperialismus in Nord-Irland²⁵ müssen SPD/FDP in ihrer Repressionspolitik bestärken. Sie sehen ihre Felle davonschwimmen! Im Gefolge der Machtverschiebung in Europa und der Welt hat sich die ökonomische Krise des Imperialismus vertieft und ergreift beschleunigt auch die sog. stabilen Länder wie z.B. die BRD. Immer schneller folgen Konjunkturzyklen, Auf- und Abschwung aufeinander. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu und pendelt sich bei 1 Million ein, einer noch vor kurzem unfaßbaren Höhe. Die Geldinflation frißt die Lohnzugeständnisse an die Arbeiter auf: sie ist die Folge der staatlichen Versuche, mit Subventionen die Krise des Kapitalismus nicht in Form von noch mehr Konkursen, noch mehr Stilllegungen, noch mehr Arbeitslosigkeit auftreten zu lassen. Die steigenden Rohstoffkosten in der Folge nationalistischer (meist nationalistisch-reaktionärer) Veränderungen in der Dritten Welt setzen die Konzerne zusätzlich unter Druck, auch wenn im Moment etwa an der sog. Ölkrise²⁶ noch kräftig verdient wird. Insgesamt verengen die ökonomischen Schwierigkeiten den reformistischen Spielraum, vermindern die Möglichkeit der Befriedung der Arbeiterbewegung durch wirkliche Zugeständnisse und damit der Isolierung revolutionärer Politik.

In dieser Periode der Instabilität und Krise, des Zerfalls der NATO²⁷, eines Zuwachses der revolutionären Kräfte im Mittelmeerraum, aber auch im übrigen Europa, gewinnt die politische, wirtschaftliche und militärische Stärke des westdeutschen Imperialismus besondere Bedeutung. Die BRD ist in Europa das stärkste Glied in der Kette. Instabilität, politische Krise in Westdeutschland könnten verheerende Folgewirkungen für den Kapitalismus im Westen haben. Der bundesrepublikanische Imperialismus kann seine Ordnungs- und Leitfunktion nur erfüllen, wenn er sich den Rücken freihält von sozialen Unruhen im eigenen Land. Das erklärt die unverhältnismäßige Reaktion und Repression gegenüber der Linken!

... sind die Ursachen der Repression in der BRD!

Unsere Aktionen liefern keinen Vorwand für diese Repressionen, erst die Hetze des Staates und der Meinungskonzerne bewerkstelligen das. Notfalls benutzt der Staat beliebige Situationen und schafft sich selbst die Vorwände. Es müssen nicht Bomben sein oder Entführungen, es kann auch der Fordstreik²⁸ sein oder die Bewegung in Wyhl²⁹, die Bonner Rathausbesetzung³⁰ der KPD, die 3,7 % des KBW im Rathaus zu Heidelberg, die Chile-Veranstaltung des Sozialistischen Büros.

1951 wurde die Bereitschaftspolizei der BRD aufgestellt wegen der ständigen Drohungen der KPD. Die Notstandsgesetze³¹ wurden erlassen, ohne Vorwand, weil man für den Notfall vorsorgen muß. Verfassungsschutz, Polizei, Bundesgrenzschutz wurden seit 1969 erheblich verstärkt, der Etat des Bundeskriminalamtes (BKA) zwischen 1969 und 1974 verzehnfacht, als Reaktion auf die antiimperialistische Bewegung, die seit 1969 wieder aufgeflammt Arbeiterkämpfe und die Stadtguerilla-Gruppen. Die chilenische Organisation MIR hat diese Situation als anhaltende Krise bezeichnet. Eine anhaltende Krise, weil sie weder in die eine noch in die andere Richtung schnell lösbar wäre. Der Franzose Poulantzas³² sagt: Aber ich glaube nicht, daß das Problem heute in Westeuropa heißt: Faschismus oder Revolution. Das Dilemma besteht vielmehr und das sieht man ganz klar hier in Frankreich in der Alternative zwischen einer neuen Form des autoritären Staates- oder einer sozialdemokratischen Lösung-. Die politische Krise ist noch nicht so reif und so weit fortgeschritten, daß die Alternative Faschismus oder Revolution lautet. Poulantzas nimmt unter den

gegenwärtigen Bedingungen eine ausgedehnte Periode der Instabilität mit aufeinanderfolgenden bürgerlichen Regierungen, mit wechselnden Koalitionen und wechselnden innerparteilichen Kräfteverhältnissen zwischen links und rechts an usw. Das Hauptcharakteristikum des Faschismus, eine militante Massenbewegung, ist nirgends in Sicht, auch nicht in Italien.³³ Das schließt staatsfaschistische Entwicklungen nicht aus und die Anwendung polizeistaatlicher und faschistischer Methoden. Dies kann jedoch nie zur Niederlage einer entfalteten revolutionären Bewegung führen, wohl zu ihrer Schwächung, Defensive, zeitweiligen Zurückdrängung.

Die anhaltende Krise drückt sich in der BRD bisher politisch in einer für uns nicht günstigen Weise aus (z.B. Wahlen). Aber die scheinbar festgefügte Parteienstruktur, in der sich 25 Jahre lang nichts tat, ist in Bewegung geraten. Die Identifikation der Bürger mit ihrer Partei, sei es SPD, FDP, CDU/CSU, ist geringer geworden. Für sie ist die revolutionäre Linke noch keine Alternative, aber in gewissem Maße haben sie das Vertrauen in die bürgerlichen Parteien verloren. Die Fortentwicklung des Vertrauensverlustes zum revolutionären Bruch ist möglich. Gerade in der wirtschaftlichen Krise, ohne eine wirklich bedeutende revolutionäre Kraft, haben die Kämpfe in den Betrieben erheblich zugenommen, wenn auch noch nicht allgemein.

Die internationale Situation und die besondere Notwendigkeit einer politisch und auch wirtschaftlich stabilen BRD deuten darauf hin, daß die anhaltende Krise mit einer autoritären Lösung beantwortet wird. In diesem Zusammenhang ist die starke Repression zu verstehen, die sich noch vorrangig gegen die Linke richtet und nicht gegen das gesamte Volk.

Die Kämpfe der Arbeiter in der BRD sind noch sehr vereinzelt, wenn sie auch zunehmen. Die Aktionen der Stadtguerilla und der übrigen revolutionären Linken sind ein Versuch, diese Krise aufrecht zu erhalten, eine Alternative aufzubauen, die ökonomische Krise in eine politische zu verwandeln. Wir machen uns keine Illusionen über die Dauer dieses Prozesses, aber wir müssen und können ihn beschleunigen, nur gewaltsam kann er aufgelöst werden.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Interview aus Holger, der Kampf geht weiter Mai 1975

Frage

In Österreich wird die Diskussion über das Konzept Stadtguerilla praktisch ausschließlich anhand von Publikationen aus der BRD geführt. Ich will mich in den folgenden Fragen hauptsächlich auf die Kritik beziehen, die linke Gruppen und Organe in der BRD an euch üben und nach den Beziehungen zwischen der legalen Linken und der Stadtguerilla bei euch fragen. Du solltest mal was dazu sagen, wie du zur Guerilla gekommen bist, was eure Gruppe macht und wie lange sie schon existiert, damit man weiß, wie überhaupt so etwas entsteht.

Antwort

Ich gehöre zur Revolutionären Zelle, die vor ein paar Jahren entstanden ist, zu einem Zeitpunkt, als es die RAF³⁴ und die Bewegung 2. Juni³⁵ schon gab. Mit dem Wissen über diese beiden Gruppen was wir also aus Presse usw. erfuhren haben wir angefangen. Es waren halt ein paar Genossen, die es richtig fanden, auch die Frage des bewaffneten Kampfes hier und heute auf die Tagesordnung zu setzen, wobei wir auf Erfahrungen aus der politischen Massenarbeit aufbauen konnten. Na ja, was machen so ein paar Leute, die sagen, Propagierung und praktische Aufnahme des bewaffneten Kampfes ist richtig, die aber keine konkreten und praktischen Erfahrungen haben? Die sich sagen, so wie wir bisher die Massenarbeit gemacht haben, reicht es nicht, die sagen, das, was die RAF macht oder der 2. Juni, so wollen wir es auch nicht, die sich also immer nur negativ abgrenzen konnten? Wir waren nicht in der Lage, positiv und konkret was Neues zu benennen und die Genossen haben sich dann gesagt

Probieren wir's mal!. Die einzigen strategischen Überlegungen waren eigentlich die (und die waren dann doch ziemlich konkret), daß man an gesellschaftlichen Konflikten anknüpft.

Wo wir vorher Demos gemacht haben, teach-ins³⁶ organisiert haben usw., da schien es uns jetzt richtig und notwendig, über die Formen des Kampfes hinauszugehen, auch über die des Steineschmeißens, des Molli-Werfens und auch mit den Erfahrungen von Demos, von Agitation, von dem Frust immer wieder von den Bullen demoralisiert zu werden, wo man eins auf die Rübe gekriegt hat, wo Hausbesetzungen³⁷ nicht geklappt haben, wo nur ein paar Leute zu ner Demo gekommen sind usw. So ging es den anderen und mir eigentlich auch, auch für mich war die ganze subjektive Erfahrung, die man in der Massenarbeit gemacht hat, tragendes Element für die Frage

Wie kann der Kampf eigentlich weiter aussehen, wie könnte eine neue revolutionäre Strategie aussehen? Einschneidend war für mich der Vietnamkonflikt³⁸ gewesen. Er war ein neuer Anstoß insbesondere damals die Verminung der Häfen durch die USA³⁹ wobei ich eigentlich zweierlei Neues empfand das erste war, daß ich an der Stelle begriff, daß unsere Kampfformen nicht ausreichen, um wirklich auch neue Positionen einnehmen zu können, so was wie Gegenmacht herzustellen. Das andere war, endlich Subjekt sein zu wollen in diesem Kampf. Das meint, daß ich viele Jahre gekämpft habe mit dem Gefühl, dem Bewußtsein, andere in den jeweiligen Bereichen, wo ich drin war, agitieren zu müssen und zu können und dabei das, was man eigentlich selber ist, das was man an sich selber befreien will, machen will, einsetzen will, daß das in der Phase, wo man ganz intensiv Massenarbeit betreibt, herausfällt. Das soll nicht heißen, daß wir nicht auch das weiterhin tun müssen, aber wir selbst müssen uns in diesem Kampf immer mit verändern und die ungeheure Gefahr vermeiden, die in der Massenarbeit steckt

nämlich sich selbst dabei herauszulassen.

Frage

Also daß man sich selber als handelndes Subjekt begreift, wird ja von einer ganzen Anzahl linker Kritiker genau anders herum dargestellt und daraus massive Vorwürfe abgeleitet. Zum Beispiel werfen die Autoren entsprechender Aufsätze in Organen wie links40 oder Probleme des Klassenkampfes41 euch folgendes vor

In einem typisch bürgerlichen Mißverständnis wird die proletarische Klassengewalt mit dem privaten Faustrecht einzelner Personen und kleiner Gruppen verwechselt und damit verhöhnt und auch andere Linke argumentieren ähnlich. In einem Leserbrief an den Langen Marsch42 heißt es z.B. die Stadtguerilla bastele sich zunächst eine richtige Linie aus Versatzstücken von Mao43, Che44, den Tupamaros44. Dann habe sich das Volk gefälligst befreien zu lassen und zwar durch die Guerilla, die beabsichtige, als Minorität auf putschistische Weise, also stellvertretend und für die Massen und selbst gegen deren Willen das System der Klassenherrschaft zu beseitigen.

Antwort

Der erste Vorwurf ist mir eigentlich am unverständlichsten. Hier scheint die Linke eine schöne Verkehrung vorzunehmen. Man meint, aufgrund unserer Herkunft und unserer politischen Nachsozialisation, die wir von der Studentenrevolte bis zum heutigen Tage erfahren haben, sei der militante Kampf, also die Arbeit einer Stadtguerilla, nur in der Weise zu führen, daß man sich selber unter Druck setzt, sich und andere instrumentalisiert. Es paßt nicht in ihr Bild weil sie selber so nicht sind, daß gerade eine Guerilla nur erfolgreich sein kann, wenn die Genossen sich der permanenten Selbst- und gemeinsamen Überprüfung unterziehen, sich im Kampf permanent verändern. Das heißt nichts anderes, als sich selber einzubringen, ohne die Teilung, die die Linke immer noch vornimmt, hier Privatleben, da Politik und zwar auf allen Ebenen. Die andere Seite der Verkehrung liegt in der Politik selber begründet. Der Massenarbeiter46 ist grundsätzlich in der Situation, jederzeit der Politik den Rücken kehren zu können, die Bereiche zu wechseln, wie es gerade paßt. Also er läßt sich selber Freiräume und Hintertüren offen, macht immer ein Stückchen Freizeitsozialismus. Er glaubt es zumindest, daß er die Möglichkeit hat. Und klar ist auch, daß viele Linke sich so verhalten. Die Zunahme der Repression durch die Staatsgewalt in den letzten drei Jahren in der Wirkung auf eine Masse von Linken bestätigt das. Die Genossen der Guerilla haben sich für eine Form der Politik entschieden, die das unmittelbar mit einschließt. Die Stadtguerilla-Genossen wissen von vornherein, daß die Repression sie unmittelbar trifft, daß die Existenz, die Wohnung, Beruf, Freund/in usw. im Eimer ist, wenn die Bullen sie kriegen. Also subjektiv doch eine ganz andere Entscheidung. Das heißt natürlich nicht, daß auch die Stadtguerilla ihre Politik immer wieder revidiert, nicht daß wir uns da mißverstehen

Es gibt ja Leute, die behaupten, die Stadtguerilla hätte sich so verrannt, daß sie nicht mehr zurückkönnen. Man kann alles auch auf eine kurze Formel bringen ein Guerillero hat sich dafür entschieden, seine Persönlichkeit, Gedanken, Gefühle und Handlungen deckungsgleich werden zu lassen, also daran zu arbeiten, identisch zu werden. Da können Linke ein privates Faustrecht draus machen, das ist lächerlich, weil sie nicht zugeben können oder wollen, daß sie sich momentan in einer Situation befinden, wo sie erkämpftes Gegenmilieu kaltlächelnd wieder aufgeben und den Weg des geringsten Widerstandes gehen. Und dies noch politisch rechtfertigen! Wenn ich alleine an das Berufsverbot47 denke! Meine Güte, sprich mit den Leuten und du wirst sehen, wie sie sich hinter dem Berufsverbot verstecken. Fragen, wie kann sich Gegenmacht entwickeln, stehen momentan kaum zur Debatte. Man kann sagen, daß die Linke sich z.Zt. in einer defensiven Phase befindet. Das ist dann einfach, sich einen Feind aufzubauen, nämlich die Stadtguerilla, die natürlich kaum einen historischen

Hintergrund in der BRD hat, die sich in der Phase der praktischen Erarbeitung von revolutionärer Strategie befindet. Sie diffamieren uns mit ihrer eigenen zerstückelten Klassikertheorie, bis hin zu der Behauptung, daß die Stadtguerilla der Rechten in die Hände arbeitet und das angeblich selber auch wisse und vergessen dann ganz schnell, daß es die Aufgabe der radikalen Linken ist, Widersprüche auf die Spitze zu treiben, daß das ein Teil unserer Aufgabe ist

den Staat zu entlarven.

Also wenn man es genau betrachtet, werden die Zunahme der Repressionen, also Gesetze usw. und das Bemühen der Stadtguerilla, eine revolutionäre Strategie zu entwickeln, zur Rechtfertigung der eigenen falschen Politik oder besser des falschen Bewußtseins benutzt. Daß sich die Stadtguerilla eine Strategie aus Che, Mao, Marighella⁴⁸ zusammenbastelt, ist so bescheuert, daß man nur sagen kann, die Linken, die das sagen, sollen sich davor hüten, weiter Marx, Lenin zu zitieren. Klar, habe ich schon gesagt, die Theorie der Stadtguerilla gibt es in der Dritten Welt, aber nicht in Westeuropa, aber Vorsicht, sie ist im Kommen! Aber nicht, weil wir einen Dutschke⁴⁹ oder Rabehl⁵⁰ haben, der nichts weiter macht, als sich an den Schreibtisch zu setzen (hat sich sowieso gezeigt, daß nichts als Scheiße bei rauskommt), sondern weil wir als Stadtguerilla und zwar in allen westeuropäischen Ländern, wo es eine Stadtguerilla gibt, versuchen, unsere Theorie mit unserem politischen Hintergrund also sowohl theoretisch wie praktisch und dem, was wir tatsächlich machen, zu entwickeln. Ich glaube, das ist auch korrekt. So haben wir immer wieder die Möglichkeit, da, wo wir agieren und intervenieren, die Richtigkeit praktisch zu überprüfen. Und damit entkräftet sich auch der Putschismusvorwurf von allein. Wenn wir putschen wollten, sofern das ginge, setzten wir uns an den Schreibtisch wie Herr Negt⁵¹, machten einen Plan und würden uns einen Scheißdreck um die Massen scheren. Das ist in sich schon so hinterfotzig, weil diese Typen davon ausgehen, daß die Massen das mit sich machen lassen. Die KPD scheint das tatsächlich zu glauben! Aber erstens wollen wir uns selber befreien, wollen wir dieses unmenschliche System bekämpfen und wollen eine solche Politik machen, wo die Guerilla zur Massenperspektive wird. Nicht die Massen sollen sich durch uns befreien lassen, sondern wir wollen uns befreien

wir gehören nämlich dazu! Zu Rudi Dutschkes Rede in Berlin kann ich nur sagen, er scheint irgendwie schon befreit zu sein. Wahrscheinlich ist er schon der neue Mensch? Sicher ein wunderbares Gefühl!

Frage

Manche der Vorwürfe der Linken sind wohl direkt gegen die RAF gerichtet, zum Teil scheinen sie mir berechtigt. Daher sag mal was ausführlicher über die RAF, weil zum einen die RAF und das, was sie gemacht bzw. was sie nicht gemacht hat, sondern was man ihr nur unterstellt, weil das insgesamt praktisch gleichgesetzt wird mit Stadtguerilla überhaupt.

Antwort

Entscheidend ist doch dabei, daß die RAF die erste Organisation war, die den bewaffneten Kampf aufgenommen hat und deswegen ist sie auch ein wesentliches Moment für unsere Politik und andere Gruppierungen. Im weitesten Sinne für die ganze Bewegung. Wenn man uns fragt, was unser Verhältnis zur RAF ist und wie wir die Politik der RAF einschätzen, dann müßte man vor allen Dingen erstmal vorab das Verhältnis zwischen der Linken und der RAF erörtern und das nicht nur, weil die unmittelbar was miteinander zu tun haben oder weil die Linke auf die RAF-Politik Einfluß genommen hat, sondern vor allem, weil wir und natürlich auch die RAF aus der Massenarbeit hervorgegangen sind. Deswegen ist es notwendig, mal ganz konkret zu untersuchen, wie die Linke sich zur Politik der RAF verhalten hat.

Frage

Ja, mach das mal.

Antwort

Alle linken Gruppen haben in den letzten Jahren mit einer Latte von Unterstellungen versucht, die Auseinandersetzung mit der Politik der RAF zu unterlaufen. Diese Geschichte ist ein Leidensweg für alle Linken gewesen. Am liebsten hätten sie sich nicht mit der RAF auseinandergesetzt, aber das ließen RAF und Presse und die Massen nicht zu. Es passierte zuviel, es stand zuviel in den Zeitungen, die Leute redeten zuviel darüber. Und die Linken hatten Angst und waren unentschlossen. Die K-Gruppen⁵², das sind KPD damals AO, KBW und KPD/ML hatten es anfangs drauf, zum Teil die Bild-Zeitung von links zu überholen. Sie überschlugen sich und diffamierten

kleinbürgerliche Putschisten, Provokateure im Sold der herrschenden Klasse, faschistische Anschläge, das sind keine Genossen mehr. Die RAF stört offensichtlich die Aufbauphase dieser Miniparteien, die ausgezogen sind, beste kommunistische Tradition der 20er Jahre fortzusetzen. Ich muß allerdings hinzufügen, daß sich speziell bei der KPD/ML der Standpunkt etwas verändert hat, verbal, daß sie ungeheuer militante Artikel in ihrem Blatt schreiben, praktisch distanzieren sie sich aber auch heute von der Politik der Stadtguerilla. Der KBW ist der Linie der Verteufelung treu geblieben. Am taktischsten hat sich die KPD verhalten, die die RAF als Genossen wiederentdeckt hat, natürlich mit der falschen Linie und die, wie in allem, den Eindruck vermitteln will, als hätten sie dieses Problem fest im Griff mit ihrer richtigen Linie. Naja, das wird sich zeigen.

Am ärgsten gebeutelt wurde die Sponti-Linke.⁵³ Die hatten nie die Sicherheit der ZK-Anweisung, der richtigen Linie. Sie bekamen auch mit, daß eine Menge Leute die RAF ganz duftend fanden und sie selbst fanden die RAF manchmal auch ganz gut. Und sie hatten Angst und waren moralisch und kannten Baader⁵⁴ von früher. Diese Mischung bekam der politischen Auseinandersetzung nicht gut. Sie hielten sich lange mit dem Vorwurf über Wasser, die RAF würde keine politischen Aktionen machen, sondern nur Logistik betreiben. Und Baader kennt man ja. Dann, als die Aktionen kamen und die Hetze der Presse und die Fahndung lief, kam die Angst und der erste Vorwurf war vergessen. Jetzt glaubten die Spontis, das alles richtet sich vor allem gegen sie selbst. Und die Aktionen würden nicht vermittelbar und zu groß sein. Als die Genossen verhaftet wurden, löste sich der Druck von den Spontis und sie konnten moralisch sein, als die Vernichtungshaft bekannt wurde. Aber diese Moral hält nicht lange. Als Holger ermordet wurde, große Empörung und Rache⁵⁵ für Holger, als einen Tag später Holger gerächt wurde, griff die Angst die Spontis wieder und sie fühlten ihre Kampagne von der Drenkmann⁵⁶-Erschießung kaputtgemacht. Das ist alles grob und verkürzt, klar, aber ich glaube, wenn man auch die Nebenlinien dieser Geschichte noch genauer untersuchen müßte, die vor allem daher kamen, daß wir alle der bürgerlichen Presse immer wieder zuviel geglaubt haben, würde das hier zu umfangreich.

Frage

Das sehe ich nicht ganz ein. Ich halte den Moralismus für einen wichtigen Teil jeder linken Politik.

Antwort

Ich meine ja auch nicht, daß Moralismus grundsätzlich falsch wäre, sondern der Moralismus der Linken, d.h. also unserer Erziehung, die wir so mitbekommen haben, mit den gesamten Normen usw. hat eine wesentliche Rolle bei der Distanzierung gespielt. Das zeigen Beispiele wie die Ermordung des Genossen Georg von Rauch⁵⁷ und die Auseinandersetzung zwischen der Staatsgewalt und dem Genossen Grashof⁵⁸ bis zum heutigen Tage eigentlich auch die Verhaftungen, im Hungerstreik, in

der gesamten Knastsituation, in der Frage der Verräter usw. Um es nochmal an dem Beispiel Georg von Rauch und Grashof klarzumachen

Ich meine, daß ein wesentliches Moment war, warum die Linke sich zu Georg von Rauch anders verhalten hat als zu der Verhaftung von Grashof, daß durch die gesamte Presse und durch das, was die Linke versucht hat zu recherchieren, erkennbar wurde, daß Georg von Rauch bei dem Schußwechsel mit den Bullen offensichtlich keine Knarre dabei hatte, der Grashof aber sehr wohl eine hatte und sich offensiv zur Wehr gesetzt und einen Bullen erschossen hat. Das, was danach gefolgt ist, war, daß zu Georg von Rauch ne Masse geschrieben worden ist in den verschiedenen Organen der Linken. Daß große Demos stattgefunden haben, also Solidarität mit Georg von Rauch, und die Bullen waren da die großen Schweine, und die Staatsgewalt hat sich wieder einen mordsmäßigen Begriff geleistet. Bei dem Genossen Grashof, wo ja nahezu das Gleiche gelaufen ist, daß sie ihm aufgelauert haben und Grashof dann in der Situation, wo er kapiert hat, daß die Bullen auf ihm drauf sind, sich noch ernsthaft gewehrt hat, um aus der Situation rauszukommen. Da ist schon absolut nichts mehr gelaufen an Demos oder sonstigen Sachen. Und ich meine schon, daß das ein ganz entscheidendes Beispiel ist, woran sichtbar wird, daß nicht politische Kategorien maßgebend dafür gewesen sind, in welcher Weise man auf bestimmte Konflikte reagiert, also nach außen hin Propaganda macht, sondern daß hier die uns eingepflanzten humanitären Normen voll durchschlagen und sonst nichts. Das genau zeigt sich also eigentlich bis zum heutigen Tag, zeigt sich nicht nur an diesem genannten Beispiel, sondern hat sich auch an den Aktionen, die die RAF gemacht hat, gezeigt. Da, wo z.B. US-Schweine bei einer Aktion umgekommen sind, zeigt sich bei den ersten Verhaftungen von Genossen aus der RAF, zeigt sich bis hin eigentlich zu dem Hungerstreik, daß immer wieder die Linke sich mit ihrem gesamten Moralismus in die Waage wirft oder sich in ner ganz bestimmten Weise distanziert.

Frage

Was sagst du aber zu der Kritik an der RAF von den Anarchisten⁵⁹ (Berlin), die sagen, die RAF sei völlig unemanzipiert, terroristisch nach innen, gegen sich selbst und die eigenen Genossen und damit mehr auf die Erhaltung herrschender Verhaltensweisen bedacht, als auf deren notwendige Zerstörung. Die Frage wäre also, ob du diese Einschätzung teilst, woher wenn es stimmt diese Struktur der RAF kommt und ob eine andere Verhaltensweise überhaupt in dem Zusammenhang, in dem die RAF existiert, denkbar gewesen wäre oder denkbar ist.

Antwort

Also erstmal halte ich diese Kritik sowieso für ausgemachten Blödsinn, weil das für mich eigentlich gar keine andere Qualität hat, als die diffamatorischen Äußerungen, die ja auch fast alle anderen Linken gebracht haben, also immer wieder das gleiche

hierarchische Strukturen, daß sie sich gegenseitig in die Presse gehauen haben, daß es Kader gegeben hat und Fußvolk, sehr starke Unterschiede zwischen den einzelnen Genossen und so weiter. Mir scheint es eher so zu sein und deswegen halt ich's auch für ausgemachten Blödsinn daß diese Genossen sich absolut nicht überlegen, daß es auch möglich sein könnte, unter den Bedingungen, unter denen die Genossen von der RAF existiert haben, Politik gemacht haben, nämlich also auch immer unter dem Druck, den Bullen in die Hände zu fallen, es sehr wohl möglich ist, sich trotzdem emanzipativ zu verhalten. D.h. also auch mit der Knarre in der Hand und also auch irgendwo damit, nichts mehr zu verlieren zu haben, und die bürgerliche Existenz für diese Genossen gleich Null war, daß das irgendwo gleichbedeutend ist damit, daß sie auch nach innen ein terroristisches Verhalten haben müßten; und das ist natürlich ne Sache, die so absolut nicht läuft, denn das hieße eigentlich, daß jede Guerilla notwendigerweise auf ne Selbstbefreiung oder so verzichten müßte. Außerdem kann die Innenstruktur einer Gruppe nur im Zusammenhang mit der Politik, die sie macht, gesehen werden.

Kleine bewaffnete Gruppen sind ganz stark aufeinander angewiesen und können es sich nicht leisten, heute so und morgen mal wieder anders. Sie sind in ganz starkem Maß darauf angewiesen, sich zu emanzipieren und immer auch die eigene Befreiung im Auge zu haben und sich entsprechend zu verhalten. Fragen des Verdrängungsapparates z.B. und des Sich-Gehen-Lassen oder ausgeflippt sein oder so müssen in ganz anderer Weise bearbeitet werden. Jeder ist für jeden verantwortlich.

Frage

Damit hast du aber nur den allgemeinen Charakter der Innenstruktur einer Stadtguerilla beschrieben. Nach wie vor steht die Frage, ob derartige Tendenzen bei der RAF sichtbar waren und womit das zusammenhängt. Ich würde dir durchaus zugestehen, daß die Innenstruktur gar nicht losgelöst betrachtet werden kann von der eigentlichen Politik, aber dann mußt du dazu was sagen.

Antwort

Du hast recht, ich habe den allgemeinen Charakter beschrieben, aber ich werde dazu auch gar nichts anderes sagen. Ich kann nur immer wieder wiederholen, man muß sich davor hüten, bürgerliche Presse und sonstiges Geschwätz und das Bild, das die Herrschenden von der RAF aufgebaut haben, ernsthaft zu glauben.

Ich will nochmal unsere Kritik an der RAF in folgenden Zusammenhang stellen, wo dann vielleicht das Verhältnis von Innenstruktur und Politik sichtbar wird

Das erste ist und da schließen wir uns ganz klar mit ein ohne die RAF wären wir nichts, d.h. gäbe es uns wahrscheinlich gar nicht. Damit meine ich einfach nur, daß sie historisch für uns eine ganz wichtige und notwendige Funktion hatte, daß sie initiiert hat, was es bisher nur in der Diskussion um die Dritte Welt gegeben hat, wo Emotionen da waren, wo man dafür war, aber dieses Dafürsein sich absolut nicht übertragen hat auf die bundesrepublikanische Situation und auch gar keine faktischen Auswirkungen gehabt hat. Für uns hat die RAF z.B. ganz konkrete und praktische Auswirkungen gehabt. Wir haben uns gefragt und das fehlt eben wieder bei Kramer60 genauso wie bei der Linken überhaupt wie kann das, was sie ansetzt und anzeigt an neuer Politik, wie kann so was umgesetzt werden in revolutionäre Strategie. Das heißt, wie kann man ein Verhältnis herstellen zwischen dem, was es hier an Bewegung in der BRD gibt und dem, was wir meinen, was wichtig und notwendig ist zu tun heute schon, ohne daß dafür schon eine ganz konkrete Grundlage gegeben ist. Die andere Seite ist unsere Kritik an der RAF. Da müssen wir uns auf die Praxis der RAF beziehen, d.h. auf ihre Aktionen, auf ihre Papiere und auf ihre Wirkung auf die politische Situation, auf die Leute hier. Die Aktionen sind das einfachste: sie waren richtig. Wir haben daran nichts zu kritisieren, außer, was sie selbst schon kritisiert haben, nämlich, daß sie Springer61 nicht als das Schwein eingeschätzt haben, das er ist, als er in Hamburg das Haus nicht räumen ließ, weil er Leichen und Verletzte wollte, um sie zu vermarkten. Die Kommuniqués sind abstrakt und militärisch, d.h. dem tatsächlichen Stand des Kampfes und der Widersprüche damals unangemessen, z.T. etwas großmäulig, sicher in ihrer agitatorischen Wirkung gering. Bei den Papieren der RAF blicken wir selbst nicht richtig durch, obwohl wir eine ähnliche Praxis haben. Wir wissen nicht, warum sie die Lenin-Exegese geschrieben haben. Wir sind davon nicht überzeugt worden. Auch die anderen Papiere sind für die Linke geschrieben, allerdings so, daß die sie zu leicht kritisieren und abtun konnte.

Auch wir meinen, daß die Papiere oft den Alleinbesitz der richtigen Linie, der Wahrheit hinknallen, wo eigentlich Probleme und Widersprüche aufgezeigt werden müßten. Beispiel dafür ist die Avantgardeproblematik und der verkürzte Automatismus des zwangsläufigen Kampfes der unterdrücktesten Schichten des Volkes. Und wir müssen sagen, daß uns die Papiere in der Lösung unserer theoretischen und praktischen Fragen nicht viel weitergebracht haben. Das ist die Hauptseite der Kritik.

Die politische Wirkung der RAF kritisieren wir an dem Punkt, wo sie unserer Meinung nach nicht alles getan hat, um die Hetze der bürgerlichen Presse wenigstens zu neutralisieren. Mit mehr Phantasie hätte man sicher was ändern können, d.h. wir glauben, daß sie dem Problem des Meinungskampfes in den Massen für oder gegen die Guerilla zu wenig Aufmerksamkeit schenken. Und damit machten sie es auch der Linken einfach sich so zu verhalten, wie sie sich verhalten hat. Das sind die wichtigsten Punkte unserer Kritik. Wir sind vorsichtig, weil wir die konkreten Bedingungen der RAF nicht kennen. Wenn wir mal Zeit haben, schreibt sicher mal einer von uns mehr über das Problem, weil das logisch für unsere eigene Diskussion wichtig ist. Denn was die Linke bisher an Kritik an der RAF auf die papiernen Beine brachte, ist bis auf ganz wenige Ausnahmen ziemlicher Unsinn.

Frage

Nun zu einem Argument, das von liberalen Kreisen und auch verschiedenen linken Fraktionen benutzt wird

Auch der Klassenfeind ist ein Mensch und wie kann man einen menschlichen Kampf entfalten? Die Frage, ob nicht die Kampfformen, die Kampfinhalte und die Kampfmethoden vom Kapital bestimmt sind und daß sie deswegen ebenfalls autoritär, machtorientiert, gewaltinfiziert, inhuman, terroristisch sind, ist ja wohl in dem Satz enthalten.

Damit im Zusammenhang steht dann auch immer die auftauchende Behauptung, die Massen lehnen eure Aktionen ab, überhaupt euren Kampf und durch diese Art der Kampfführung erreicht ihr mit Sicherheit eine immer größer werdende Isolierung von den Massen und ganz aktuell werdet ihr dafür verantwortlich gemacht, wenn Solidaritätsbewegungen nicht mehr laufen können, wie z.B. der Hungerstreik der RAF-Genossen.⁶² Wo also die ganze Linke so gerade eben richtig breit ihre Solidaritätsbewegung entfalten wollte und dann die Stadtguerilla den von Drenkmann umgelegt hat. Und das ist nicht der erste Fall, es hat schon bei vergleichbaren Anlässen die Argumente gegeben die Appelle an die Öffentlichkeit usw. sind nicht mehr möglich, gehen völlig unter angesichts der Tattaten, die inzwischen von Linksradikalen ausgeübt wurden.

Antwort

Zunächst zu der möglichen Verhinderung von Solidaritätsdemonstrationen durch unsere Praxis

Wer die Demos und Kampagnen verhindert, sind doch nicht wir, sondern das sind diejenigen, die das Argument gebrauchen; wenn es einen Anlaß gibt für eine Kampagne, z.B. wegen des Todes von Holger Meins und gegen die Haftbedingungen, ne Kampagne in der Öffentlichkeit, dann ist der Anlaß doch nicht dadurch weg, daß die Stadtguerilla Drenkmann erschießt. Die Linken, die sich hier hinter diesem Argument verstecken, wollen nicht mit uns in einen Topf geworfen werden in Presse und öffentlicher Meinung. Sie haben auch zuvor keine Hungerstreikkampagne gemacht oder sie wünschen sich eine Kampagne aufbauend auf einem moralischen und humanitären Selbstverständnis, ohne daß ihnen was dabei passiert und ohne daß irgendwie zuviel Unruhe entsteht. Daneben gibt es natürlich noch Leute, die überhaupt den Klassenkampf ablehnen, also Reformisten aller Schattierungen, z.B. die Führer von DKP63 oder Sozialistischem Büro 200064; in Bezug auf die hat eine Aktion wie die der Stadtguerilla im Fall von Drenkmann natürlich eine positive Funktion insofern, als daß eine Polarisierung innerhalb der Linken beschleunigt und schneller und klarer zu sehen ist, wer hat einen revolutionären Anspruch und wer ist schon längst auf dem reformistischen Dampfer abgefahren.

Zur Frage der Mittel, der Gewaltmethoden

Man kann da sagen, daß zum einen ja aus den Sachen, die ich vorhin gesagt habe, hervorgeht, daß Stadtguerilla ja nicht eine militärische Fetischisierung von Gewalt ist, eine Rote Armee, sondern daß Guerilla eine ganz umfassende Sache ist. Was die gewaltsamen Formen jedoch betrifft, so ist natürlich klar, daß wir ebenfalls Waffen verwenden, wie sie die andere Seite verwendet und mit Revolvern und Bomben und Erpressung und Entführung arbeiten müssen aber wenn der Satz von Chile lernen irgendeinen Sinn haben soll, neben einigen anderen Sinnen natürlich, dann doch den, daß sämtliche Beispiele, die uns irgendwie zugänglich sind, gezeigt haben Die Herrschenden in Ländern wie unserem oder in unterentwickelt gehaltenen Ländern lassen sich nicht durch gute Wünsche wegzaubern und nicht durch Verweigerungskampagnen und Streiks zum Verschwinden bringen und sind auch nicht durch den Aufbau einer Gegenkultur wegzuschaffen, durch Gegenmilieu. Soviel Narrenfreiheit zuzubilligen sind sie allemal bereit, solange nicht die Grundfesten ihres Systems erschüttert werden. Es zeigt sich jedoch, sobald irgendeine Widerstandsform anfängt, für sie gefährlich zu werden, daß sie dann ganz egal, ob die Widerstand Leistenden bewaffnet sind, nicht bewaffnet sind, Kinder sind oder erwachsen oder sonst was daß dann mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, einschließlich der brutalsten gewaltsamen Mittel dieser Widerstand gebrochen wird. Und wenn es mal durch Aufklärung der Volksmassen und einen weiter entwickelten Bewußtseinsstand über ihre Lage und deren Ursachen passiert und durch Wahlen, wie z.B. in Chile, dann wird auch alles versucht, die Umsetzung der Wünsche und Ideen und Programme der Leute und ihrer Parteien und Vertreter zu verhindern; und wenn das alles mit halbwegs friedlichen und diplomatischen und intrigenhaften Mitteln nicht möglich ist, dann wird ganz brutal zugeschlagen und es gibt die größten Massenabschlachtereien, die man sich vorstellen kann. Deswegen halten wir das Argument, ob der Terror auf die gewaltsam Widerstand Leistenden zurückfällt, für philosophisch angesichts der Wirklichkeit, der wir uns gegenübersehen, angesichts der grausamen Herrschaftsmethoden, über die Menschen verfügen, die die Macht haben, die angewandt werden und gegen die wir uns zur Wehr setzen müssen. Und die wir nur mit Gewalt endgültig beseitigen können, wobei wir natürlich wieder nicht Stadtguerilla-Grüppchen meint, sondern natürlich wie gesagt nur eine Guerilla praktiziert von Massen. Außerdem

Wie die Formen der Auseinandersetzung in zig Jahren aussehen werden, will ich nicht prophezeihen. Das kann völlig anders sein, als wir uns das heute vorstellen können. Aber das ändert nichts an der jetzigen Einschätzung und an den Konsequenzen, die wir notwendigerweise jetzt und immer wieder neu daraus ziehen müssen.

Also: Es gibt zwei Arten von Gewalt, es gibt zwei Arten von Toten. Die eine Seite der Gewalt ist die Gewalt der Herrschenden, zur Sicherung ihrer Herrschaft, zur Unterdrückung der Massen der Ausgebeuteten und Beleidigten, auf der anderen Seite gibt es den Widerstand kleiner Teile des Volkes, den Widerstand von Massen, den Widerstand auf verschiedenen Ebenen und in allen möglichen gesellschaftlichen Bereichen mit allen nur denkbaren Mitteln. Genauso wenig also, wie man sagen kann, die Leiche von Drenckmann und die Leiche von Holger Meins sind beides Opfer sinnloser Gewaltanwendung oder sind in beiden Fällen Grund, sich zu solidarisieren oder gegen die Gewalt aufzutreten, genauso wenig kann man davon sprechen, daß die Bernahme der gleichen Mittel, nämlich Gewalt, Pistolen, Revolver, automatisch auch systemerhaltende Verhaltensweisen reproduziert. Inhuman wäre es, wenn man mit dem Wissen, jedoch unter Zuhilfenahme solcher Scheinargumente, auf die Aufnahme des Kampfes verzichten wollte oder die Aufnahme des Kampfes verschieben und abschieben wollte auf andere Leute.

Frage

Es wird behauptet, daß durch die Stadtguerilla zaghafte Ansätze klassenbewußter Aktionen der Arbeiter sofort zertreten werden, so daß die Stadtguerilla praktisch dazu beiträgt, daß sich in diesem Land eine starke klassenbewußte Arbeiterbewegung gar nicht erst bilden kann.

Antwort

Daß die Ansätze von Klassenbewußtsein im Proletariat und Klassenkämpfe selbst durch die Stadtguerilla zerstört werden, kann gar nicht stimmen. Daß die Gewerkschaften das machen, das stimmt wohl, also bitte nicht den Feind aus den Augen verlieren. Die SEW hat bei den Berliner Wahlen im Wahlausschuß, als es um die Zulassung der Parteien BFD, KPD und KBW ging, als einzige gegen KPD und KBW gestimmt und sich beim rechten Bund Freies Deutschland der Stimme enthalten. Ich mein ja nur ...

Also

Bisher hat unsere Praxis das nicht bestätigt, das einzige, was ich überhaupt akzeptieren würde, ist die Gefahr aber das trifft die gesamte Linke daß man bestimmte gesellschaftliche Konflikte falsch einschätzt und dann auch dementsprechend falsch interveniert. Das ist hundertmal, bei der Hochschulpolitik, Betriebsarbeit, Hausbesetzung, Straßenbahnkämpfen passiert. Eben weil wir falsche Einschätzungen hatten, haben wir immer wieder Niederlagen erlitten. Aber wir lernen noch! Und wir befinden uns in einem Prozeß permanenter Überprüfung. Deswegen bin ich eigentlich ganz hoffnungsfroh, wenn ich auch die Einschätzung des Genossen Mahler65 nicht teilen kann, der zu meinen scheint, das Proletariat würde ihm die Mauer hinwegfegen, bevor er seine Zeit sowieso abgesehen hat. Und da wir als Revolutionäre Zelle nicht losgelöst von der Massenarbeit sind, das also mit Grundlage unserer Politik ist, sehe ich nicht, warum wir weniger Kontrollmöglichkeiten haben sollten, als die Sponti-Linke.

Frage

Was sagst du zu folgenden Einwänden gegen das Konzept Stadtguerilla, Einwände, die man gerade bei linken Zeitungen, Gruppen sehr oft hört und die selbst von bürgerlichen Kommentatoren herangezogen werden, um einerseits zu rechtfertigen, daß es in Südamerika solche Bewegungen gibt und andererseits die Guerilla in Ländern wie dem unseren abzulehnen. Das geht dann so, daß man sagt

der Zeitpunkt, zu dem ihr den bewaffneten Kampf angefangen habt, sei verfrüht oder es heißt bewaffneter Kampf gut und schön, aber in Chile, in Palästina, in Uruguay oder sogar in Spanien, in Italien, bloß nicht bei uns, denn hier fehle so was wie der soziale Hintergrund. In diesem Zusammenhang kannst du dich vielleicht auch beziehen auf dieses Modell von Revolutionen, wie es z.B. die KPD im Kopf hat, wo sich nämlich das Proletariat wie ein Mann erhebt, zu den Waffen greift und die Gefängnismauern des kapitalistischen Systems und wer weiß, was noch alles, hinwegfegt.

Antwort

Ja, das ist verhältnismäßig einfach zu beantworten. Also, ich hab es ja schon ein paar Mal gesagt

Es hat in Deutschland keine starke Widerstandsbewegung, keine Resistance wie etwa in Frankreich gegeben, und das bedeutet für uns, daß wir auf einem solchen Hintergrund nicht aufbauen können. Nicht umsonst gibt es auch so große Schwierigkeiten, in den Betrieben weiterzukommen; aber die Leute, die behaupten, der Zeitpunkt für die Stadtguerilla wäre verfrüht, müßten dann konsequenterweise sagen, daß die Massenarbeit der Linken auch verfrüht ist. Denn auch dafür gibt es ja nun sehr wenig reale Grundlagen. Aber das ist natürlich albern, weil wir und das habe ich auch schon gesagt der Verzeugung sind, daß dieses System der Herrschaft von Menschen über Menschen bekämpft werden muß. Es gibt ja nun mal die objektive Tatsache, daß wir in einem kapitalistischen System leben, das uns unterdrückt, ausbeutet und kaputtmacht. Das Erkennen, das Empfinden und auch das Darunter-Leiden müssen ins Verhältnis gesetzt werden zu einer richtigen Strategie. Wir

versuchen um es etwas plump zu sagen die gegenwärtige Situation zu analysieren und dann zu handeln. Wir meinen eben einfach, daß wir mit unserem Vermögen, mit der Möglichkeit, ständig Konfrontationen ausgesetzt zu sein, in der Lage sind, zu kämpfen und was wir noch meinen ist, daß so ein Zeitpunkt nie auf einen selber zukommt und auch nicht, wie die KPD meint, daß die Arbeiterklasse eines Tages wie ein Mann zum Gewehr greift. Das wäre so schön einfach, ich kann mir gut vorstellen, daß viele sich das wünschen, dann brauchten sie selber nicht für sich die Frage der Revolution zu entscheiden. Die Idee von Revolution ist kaum noch von Evolution zu unterscheiden, daß sich irgendwann einmal alles verändert, von selbst. Nun gut, das sind wir nicht. Wir meinen und da spricht die Geschichte für uns daß wir und alle, die schon ebenso bewußt unter diesem System leiden, also wo die objektive Situation zur subjektiven wird, eben in dem Moment anfangen müssen, für die Befreiung zu kämpfen. Daß für die Sponti-Linke der MIR oder die Roten Brigaden⁶⁶ eine größere Bedeutung hat als wir oder zum Teil als sie selber, hat etwas zu tun mit ihrem Verständnis von revolutionärer Bewegung. Chile ist ein Land, wo die objektiven Bedingungen so klar sind, (nur die Münchner Theoriewichser⁶⁷ meinen, die chilenischen Massen haben sich den Putsch selber zuzuschreiben, weil sie nicht genügend Kapitalstudium betrieben haben) daß es notwendig ist, den bewaffneten Kampf zu führen, um erfolgreich zu sein. In der BRD aber erscheint es nicht so. Ein Gutteil ist es der Kapitalismus selber, der mit seinen Mechanismen und Möglichkeiten, also der gesamten Ideologie, gegen die wir ja auch nicht ein für allemal gefeit sind, uns weismachen will, daß wir in einem demokratischen sozialen Rechtsstaat leben. Und der andere Teil ist der uns noch gelassene Raum, in dem wir agieren können. Ihn gibt es und es ist richtig, ihn voll und ganz auszuschöpfen, ihn politisch optimal zu erzwingen, ihn sich immer wieder zu nehmen. Aber wir müssen auch das nehmen, was uns dieser Staat sicher nicht freiwillig geben wird.

Frage

Noch ein Zitat

Die Klassenherrschaft wird in normalen Zeiten durch das ökonomische Gewaltverhältnis aufrecht gehalten, nicht durch Bullen, durch Militär, durch Justiz. Es gibt bei uns keine unmittelbare Unterdrückung, wie es sie vor Jahrhunderten gegeben hat, sondern ein entpersönlichtes sachliches Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis.

Daraus leitet sich dann der Vorwurf ab, daß durch das Umnieten von Politikern oder höheren Justizbeamten, das in die Luft Sprengen von öffentlichen Gebäuden, überhaupt durch den Angriff auf Institutionen und Personen, kein Beitrag geleistet wird zu den Klassenkämpfen, sondern daß es sich bei den Institutionen um reparabele Sachschäden handelt und bei den Personen, daß sie jederzeit austauschbar sind.

Antwort

Ich verstehe gar nicht, wie das entpersönlichte Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis als Begründung genommen werden kann dafür, daß Bomben und Erschießen von Personen falsch wäre. Aber zu dem letzten muß ich doch was sagen

mit welchen Mitteln und Möglichkeiten man interveniert, hängt ab vom gegenwärtigen Stand der Auseinandersetzung und der Einschätzung, die man davon hat. Natürlich sind Häuser, Autos usw. reparabel, aber mit der Ideologie ist es doch schwerer, die wieder zu reparieren. Natürlich sind Personen ersetzbar, aber die Unruhe ist so einfach nicht wieder aufzuheben. Besetzte Häuser werden auch wieder geräumt, Streiks hören auch wieder auf ohne Erfolg oft genug Straßenbahnaktionen⁶⁸ hören auch wieder auf ohne Erfolg bis auf einige Ausnahmen wer ein so blödes Argument bringt, sollte lieber im Bett liegen bleiben. Da braucht man dann nichts zu reparieren und die Herrschenden

werden auch gar nicht böse auf sie. Wir wollen mit unserem Kampf, der alle Formen des Kampfes in der jeweiligen richtigen Situation umfaßt von der Sabotage im Betrieb bis zur Enteignung und Entführung diesen Staat an seinen empfindlichen Stellen treffen und ihn entlarven; wir wollen Machtpositionen erkämpfen und Erfolg haben alle Angehörigen der herrschenden Klasse sollen in ihren Villen unsicher sein, sie haben lange genug ruhig geschlafen. Sie sollen gezwungen werden, wirklich alles und jedes Objekt mit ihrem Aufgebot von Bullen zu schützen. Wir wollen, daß die Stadtguerilla eine Massenperspektive wird und nicht eine Sache von ein paar Leuten. Alles andere wäre wirklich nur Selbstzweck.

Frage

Du hast jetzt an einer ganzen Reihe von Einzelbeispielen zu Vorwürfen der linken oder der bürgerlichen Seite Stellung bezogen und zum Teil kann man auch erkennen, was für ein Verständnis mit Begriffen wie bewaffneter Kampf der Stadtguerilla verbunden ist. Vielleicht kannst du das ganz ausführlich auf eure Gruppe und auf eure Praxis bezogen im Zusammenhang darstellen.

Antwort

Vorhin habe ich schon gekennzeichnet, daß es sich bei Stadtguerilla nicht um Politik handelt, wie sie nahezu alle anderen Gruppen machen. Stadtguerilla ist nicht

Termine besuchen, Papers schreiben, Einzelaktionen durchführen, theoretische Ak's einrichten, sondern Guerilla heißt, sich völlig identifizieren mit dieser Art Dasein, heißt völlige Deckungsgleichheit zwischen Leben und Politik. Das zeigt gleich, welcher Schwachsinn es ist, uns vorzuwerfen, wir würden die Auseinandersetzung auf eine militärische Ebene reduzieren, wir seien nicht emanzipativ, würden nicht versuchen, stückchenweise theoretische und praktische Erfahrungen und Einsichten in Notwendigkeiten in die Tat umzusetzen. Im Gegenteil wir meinen, daß der umfassende Krieg gegen das System der Herrschaft von Menschen über Menschen gleichzeitig und gleichgewichtig auch den Kampf gegen das kapitalistische System in uns selbst einzuschließen hat. Das eine wäre nichts ohne das andere.

Eine waffenmäßig und militärtaktisch bestens ausgerüstete Stadtguerilla ist zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht diesen beschriebenen umfassenden Kampf aufgenommen hat. Spätestens durch die Spitzel des Bundeskriminalamtes werden sie geschafft. Genauso bringt eine Selbsterfahrungsgruppe, die sich versucht zu verstehen und kennenzulernen, den Kampf für die Befreiung nicht voran, sie bleibt stecken, sie schafft es vielleicht, einen Freiraum für ihre Insider aufzubauen, landet aber im ohnmächtigen, im hilflosen Ghetto, ohne den Herrschenden gefährlich zu werden. Wenn sie nicht integrierbar oder zumindest abkapselbar wäre, wäre ihr Freiraum schnell dahin. Wir versuchen beides Verschärfung gesellschaftlicher Widersprüche vorantreiben, Guerillakrieg gegen das Herrschaftssystem zu beginnen, gleichzeitig Änderung von uns selbst und schrittweise Befreiung von all den Mechanismen, die als die richtigen Normen dieser Gesellschaft uns eingepflanzt wurden; konkret heißt das z.B. Verhinderung der Herausbildung hierarchischer Strukturen

Gerade das ist bei illegaler Arbeit schwer, weil aus tausenderlei Gründen sich zum Beispiel Problemlösungen durch Arbeitsteilung immer wieder anbieten, was dann die fatalen Konsequenzen in der Herausbildung von Machern und Fußvolk haben kann. Durch unsere permanenten Bemühungen, uns alle allseitig auszubilden, unsere Diskussionen und Gespräche, durch die Bekämpfung der alten falschen Verhaltensweisen, durch die Vermeidung des Fehlers, wegen angeblich vordringlicher Aufgaben die Probleme zwischen uns, die Probleme in vielen Fragen des Kampfes, hinten an zu stellen, durch all das schaffen wir es tendenziell immer eher, gleichberechtigt, selbstbestimmt, absolut vertrauensvoll zusammenzuarbeiten und miteinander umzugehen. Dies ist auch bestimmend z.B. bei

der Vorbereitung und Durchführung jeder einzelnen Handlung der Stadtguerilla-Zelle. Wir reden über unsere Angst, wir machen keine Aktion als Mutprobe oder auf Befehl eines Kommandierenden. Wir versuchen, die intellektuelle Arroganz zu analysieren, abzubauen. Jede Art von möglicher Instrumentalisierung anderer Menschen durch uns zu verhindern, sie als Individuen, als Subjekte zu begreifen und uns entsprechend zu verhalten. Ein erfolgreicher Kampf hier ist mal gemeint, die möglichst hohe Wahrscheinlichkeit, nicht so bald verhaftet zu werden, nicht verraten zu werden ist nur denkbar, wenn die Angehörigen eines autonomen Kerns in irgendeiner Stadt sich hundertprozentig kennen. Wenn durch gemeinsame Praxis, durch Gespräche, durch eine Existenz, die kein Problem, von der Reproduktionsfrage bis zu Liebesbeziehungen einzelner zu anderen, als individuell zu lösendes begreift, wenn gesichert ist, daß man sich völlig offen zueinander verhalten kann, das verhindert schon mal Dutzende von Fehlern, die man sonst machen kann und verhindert die Einschleusung von Bullen viel eher. Das alles klingt natürlich besser, als es jeweils realisiert ist, das ist klar, aber das will auch niemand behaupten, daß wir das alles so lässig schaffen. Wir müssen dauernd aufpassen, daß wir nicht zurückfallen in die bequemen bürgerlichen Verhaltensmuster. Dieser ganze Beitrag sollte halt nur aufzeigen, wie sehr die entsprechenden Vorwürfe gegen uns Stadtguerilla daneben gehen, daß gerade die unterstellten Verhaltensweisen absolut fernliegen.

Frage

Soviel ich weiß, ist von euch bis heute noch keiner im Knast gelandet. 1.Wie kommt das? 2.Was ist, wenn es euch doch mal passiert?

Antwort

Klar ist der Knast eine Frage, die für uns sehr wichtig ist. Im vorigen habe ich schon geschildert, wie die Verräterfrage sich ganz anders stellt, als man es sich gemeinhin vorstellt. Genauso ist eine große Sicherheit auch bei der Durchführung gefährlicher Aktionen nur mit so einer Gruppenstruktur, so einem Verhältnis der Genossinnen und Genossen zueinander denkbar; trotzdem können einzelne von uns von den Bullen gefaßt werden. Die Angst vor dem Gefängnis ist natürlich da, doch sie ist überwindbar und tritt zurück durch das, was wir wollen. Da die völlige Identität von Leben und Kampf weniger pathetisch kann ich es im Moment nicht sagen da ist oder tendenziell verwirklicht wird, muß man sich völlig mit allem, was man hat und ist und kann, einsetzen. Nur dann ist jeder Kampf auch gleichzeitig sowas wie ein Schritt zur Selbstbefreiung. Naja und im Knast ist der Kampf nicht zu Ende, im Gegenteil, zahllose Einsitzende haben uns schon immer bewiesen, daß auch dort die Sache weitergeht, ob wir an Max Hölz⁶⁹ denken, an Sante Notarnicola⁷⁰ oder an die politischen Gefangenen heute in der BRD oder die Tupamaros. Der Hungerstreik der RAF-Gefangenen hat sein Ziel nicht erreicht, nämlich die Aufhebung all der Vernichtungsmaßnahmen, der Isolationsfolter. Er hat aber auch deutlich gemacht, daß du selbst isoliert im Knast solidarisch weiterkämpfen kannst mit dem letzten Mittel, was einem völlig Wehrlosen bleibt. Und er hat gezeigt, was vorher nicht bekannt war, daß dieser letzte Rest moralischer Substanz, der bei den Adressaten des Hungerstreiks vorhanden sein muß, wenn sie durch ihn zu den gewünschten Handlungen bewegt werden sollen, daß der bei den Regierenden in diesem Land nicht mehr da ist. Daher sind in Zukunft andere, neue, militante Kampfformen im Knast und von außen das notwendige Mittel. Diese Einsichten und Erfahrungen zu machen und zu vermitteln, zeigt vor allem die Ermordung des Genossen Holger; daß die Herrschenden so weit gehen würden, hier und heute, haben die meisten nicht erwartet. Noch eine solche Fehleinschätzung wird uns nicht passieren, einen solchen Mord wie an Holger werden wir nicht mehr zulassen und alles tun, um das Realität werden zu lassen, was Genose Marighella mal sinngemäß gesagt hat

Für die Guerilla gibt es keine undurchdringlichen Gefängnismauern.

Dieses Bewußtsein untereinander, daß der Knast nicht Endstation, totes Gleis ist, daß wir auch dann mit allen draußen Kämpfenden im Zusammenhang stehen und auch die Befreiung aus dem Knast für alle draußen eine vorrangige Aufgabe ist, dies alles läßt es zu, daß wir cool und überlegt an den Gedanken herangehen, was mache ich, wenn ich mal einfahre.

Frage

Wie erklärst du dir eigentlich, daß die bürgerliche Presse bisher gegen euch so gut wie gar nicht hetzt und die Linke wiederum euch so gut wie gar nicht zur Kenntnis nimmt ?

Antwort

Ach ja, das haben wir auch immer wieder bedauert. Wenn das anders wäre mit der Presse, hätte die Linke von uns bestimmt schon mehr Kenntnis genommen. Aber sei's drum, unsere gesamten Aktionsplanungen hatten und haben ein Prinzip gemeinsam

nämlich das der Sicherheit. Mit Sicherheit ist erstens gemeint, daß die Presse und die Herrschenden so wenig wie möglich die Möglichkeit erhalten, unsere Aktionen gegen uns zu wenden, d.h. die Aktionen müssen klar, durchsichtig und eindeutig sein Widerstand gegen die Schweine. Zweitens die größtmögliche Sicherheit für die Genossen, die die Aktion ausführen und drittens, daß es bereits breite Kampagnen um diesen oder jenen Konflikt gegeben hat, d.h. von den Genossinnen und Genossen und Teilen des Volkes aufgegriffen ist. Das ist unsere Einschätzung, in welcher Situation wir uns befinden. Wir meinen und das ist keine großartige programmatische Erklärung, sondern nur kurz skizziert daß es richtig ist, revolutionäre Gelegenheiten wahrzunehmen. Voraussetzung ist

zu wissen, was revolutionäre Gelegenheiten sind, unsere Einschätzung davon, die sich herleitet aus Diskussionen mit Leuten, sind unsere eigenen Erfahrungen in der politischen Massenarbeit und die damit verbundene Untersuchung im jeweiligen Bereich. Voraussetzung, um revolutionäre Gelegenheiten wahrzunehmen ist auch, gewisse Kenntnisse zu besitzen, die sich auf den Umstand einer Aktion und die konkrete Ausführung beziehen. Weiterhin Material zu haben, Material ausprobiert zu haben, um es richtig einsetzen zu können. Und diese Voraussetzung stelle sich bitte niemand so einfach vor. 90 % unserer Arbeit sieht und hört man nicht. Das sind nicht Sachen, die sich schnell nach Feierabend machen lassen und niemand sollte auf die Idee kommen, das als kleines technisches Problem zu diffamieren, weil ja die Hauptseite der Politik die Massen sind, das Diskutieren ist, das Nachdenken. Jedes technische Problem, das Mittel, das man einsetzt, ist genauso wichtig und politisch wie ein Agitationsbeitrag auf einem Teach-in.

Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den, soweit wir die Diskussion geführt haben, viele Genossen nicht verstehen und nicht akzeptieren und den auch die Massen nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. Dieser Teil des Kampfes bezieht sich auf den Internationalismus, wo es primär um die Solidarität mit den Genossen ausländischer Guerillabewegungen geht und die Solidarität mit den kämpfenden Völkern anderer Länder. Jetzt zu der Frage, warum uns die Linke öffentlich kaum zur Kenntnis nimmt. Genau weiß ich das auch nicht, aber vielleicht sagt sie irgendwo mal selber was dazu. Eine wesentliche Rolle spielt sicherlich, daß wir bisher keine großartigen Pamphlete rausgegeben haben, lediglich Erklärungen zu unseren Aktionen (dies Interview ist ja auch nur ein unvollständiges Anreißen vieler Fragen und Probleme). Das andere ist, daß die bürgerliche Presse und das Fernsehen noch nie so richtig gegen uns gehetzt hat; sie haben auch Probleme gegen Bomben bei ITT etwas zu sagen (die Jusos71 ja auch), wo sie selber empörend finden, was in Chile gelaufen ist.

Wir haben auch nicht die Publizität in den Medien von Verhaftungen oder Namensnennung im Zusammenhang mit der RZ. Und wenn sie gegen uns gehetzt haben, wie z.B. bei antiisraelischen

Aktionen, dann so, daß sie die Revolutionäre Zelle als nicht existent erklärt haben. Wir sind wohl zu anonym für die Herrschenden, da ist die gezielte Hetze schwieriger. So schlecht ist das ja auch nicht. Aber offensichtlich ist es so, daß die Linke doch sehr stark nicht natürlich, was ihre Kampagnen betrifft von diesen bürgerlichen Organen abhängig ist. Das zeigt sich auch sehr häufig daran, daß die Interpretationen, die die bürgerliche Presse zu ausländischen Guerillaaktionen in der BRD bringt, fast wörtlich von der Linken übernommen werden und immer auch ein bißchen geglaubt wird, was die bürgerliche Presse schreibt, obwohl jeder Linke genau weiß, wissen müßte, wessen Instrument das ist. Da muß man allerdings einen Unterschied machen zwischen der Spontilinken und beispielsweise der ML. Die ML hat nie wohl weil sie sich viel mehr mit dem antiimperialistischen Kampf auseinandergesetzt, Propaganda und Solidaritätskomitees gebildet hat, und seien die Bewegungen im Ausland auch viel schwächer, z.B. der MIR in Chile Vorbehalte und Ängste gehabt, die es ihr verunmöglicht hätten, in ihren Organen über Interventionen durch die Guerilla zu berichten. Die Spontilinke hat sich fast immer ausschließlich auf starke Bewegungen gestützt. Also das, was der Linken eigentlich lieb sein müßte, daß unsere Aktionen so angelegt sind, daß nur ein Mindestmaß an Hetze möglich ist, wird absolut nicht registriert. Das geht so weit, daß auch die linken Organe unsere Erklärungen in der Regel nicht abgedruckt haben. Wir finden das beschissen und müssen uns von daher auch überlegen, daß wir den Fehler gemacht haben, auf diese linken Organe mit der Verbreitung der Propaganda, und damit auch Auseinandersetzung mit unseren Aktionen, gebaut zu haben. Das heißt, wir müssen in Zukunft auch verstärkt unsere Kraft auf die Verbreitung selber legen. An alle irgendwo in Verbreitungsapparaten sitzenden Genossen möchte ich hier appellieren, den Diskussionsprozeß, die Auseinandersetzung mit uns nicht durch Boykott und Unterdrückung abzuwürgen.

Noch ein Moment ist sicherlich, daß die Spontilinke bisher unsicher war, was für eine Politik wir machen und sie uns in ihr Schema -, sie Massenfreunde, wir Massenfeinde reinpreßt, obwohl an unseren Aktionen das eigentlich sichtbar sein müßte, daß dieses Schema nicht paßt.

Frage

Aus den Vorstellungen, die du bisher bei den einzelnen Antworten entwickelt hast, kommt ja schon sehr viel raus, was unterschiedliche Positionen zu anderen Guerillagruppen kennzeichnet. Vielleicht kannst du abschließend zusammenfassen, was euch von anderen Stadtguerilla-Gruppen in der BRD unterscheidet.

Antwort

Also, wir haben nicht den Anspruch, eine Partei oder eine Rote Armee zu werden. Wir sind da ganz vorsichtig, wir sind keine Bewegung, sondern nur ein Teil davon. Was wir wollen, ist Gegenmacht in kleinen Kernen zu organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, ein Teil von der politischen Massenarbeit sind. Und irgendwann mal, wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen. Das dauert, aber da haben wir uns auch auf einen langwierigen Kampf eingestellt. Wie das zu machen ist? Ja, erstmal nur so, wie wir es bisher gemacht haben, mit all den vorhandenen Widersprüchlichkeiten, momentan sind wir noch ganz stark bezogen auf die politische Massenarbeit, das kann und wird sich nur in der Weise ändern, wie die objektiven und ökonomischen Lebensbedingungen sich verschärfen, wo die Klassenwidersprüche sich zuspitzen, die Kämpfe zunehmen und natürlich, wie wir richtig liegen mit unserer Politik, d.h. wesentlich an diesen Kämpfen beteiligt zu sein, sie voranzutreiben.

Wir erheben nicht den Anspruch, eine vollständige revolutionäre Theorie und Strategie zu haben, wir haben Schwierigkeiten, natürlich, aber es gibt Teile dieser Strategie, die sich bereits praktisch als richtig erwiesen haben. Wir erheben aber den Anspruch, sowohl verbal als auch praktisch, daß die

Linke sich mit uns auseinandersetzt, daß sie endlich mal anfängt, ihr Einflippen auf MIR und die Roten Brigaden in der Weise umzusetzen, daß sie sich fragt, wie hier bei uns das ist nämlich viel wichtiger der Kampf aussehen könnte. Und nicht nur in Schwärmen über die Klassenkämpfe in Italien ausbricht. Diesen Anspruch zu realisieren heißt, daß wir verpflichtet sind, immer wieder die Linke mit der Frage des bewaffneten Kampfes zu konfrontieren.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Aktionen gegen ITT Berlin und Nürnberg (November 73)

Die Revolutionäre Zelle übernimmt die Verantwortung der Anschläge auf ITT-Niederlassungen in Berlin und Nürnberg am 16.11. und 17.11.73. Wir haben deshalb ITT-Niederlassungen angegriffen, weil ITT verantwortlich ist für die Ermordung und Folterung chilenischer Frauen, Arbeiter und Bauern.

Schon 1971 wollte ITT mit Hilfe des damaligen CIA-Chefs McCone, der gleichzeitig Aufsichtsrat von ITT ist, mit Hilfe der ITT-eigenen innenpolitischen Abteilung, des Nachrichtendienstes und der Spionageabwehr und natürlich mit Unterstützung des Massenmörders Nixon⁷² den Wahlsieg Allendes verhindern. Für diesen Versuch bot ITT allein dem CIA 1 Million Dollar an. ITT scheute sich nicht, den im Volk beliebten General Schneider⁷³ ermorden zu lassen, um damit einen Putsch heraufzubeschwören. Es ist ihnen nicht gelungen, weil das chilenische Volk wußte, daß es für seine Befreiung kämpfen muß, daß die Herrschenden mit allen Mitteln die Unterdrückung des Volkes das kapitalistische System durchsetzen, daß es ihnen scheißegal ist, wieviel Menschen dabei krepieren.

Sperrung von Krediten, Einfuhrbeschränkungen, Einstellung von Treibstoffnachschub, Manipulation des Kupferpreises und Waffenlieferungen an Rechtsradikale: Das ist das Instrumentarium des US-Imperialismus, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Chiles zu erzwingen; Nixon, das Schwein, aber läßt erklären, daß die USA mit dem Militärputsch in Chile nichts zu tun habe.

ITT hat allein in 53 Ländern Gesellschaften (u.a. Brasilien, Bolivien, Nigeria, Nicaragua, Südafrika, Uruguay, Angola) und natürlich stehen Firmen wie IBM, Dow Chemical, Siemens, Bosch, AEG in der Ausbeutung der Dritten Welt ITT in nichts, aber auch gar nichts, nach.

Die Anschläge auf ITT-Niederlassungen in der Schweiz, USA, Italien und Spanien zeigen, daß überall Menschen begriffen haben, daß der bewaffnete und militante Kampf nicht nur in Chile politisch richtig ist. Sie haben erkannt, daß der, der sich mit dem Kampf des chilenischen Volkes solidarisiert, den antiimperialistischen Kampf im eigenen Land militant führen muß, daß man dem Terror des Kapitals überall das heißt auch hier den Widerstand des Volkes entgegensetzen muß. Unsere Anschläge in Berlin und Nürnberg sind nur ein winziger Teil des antiimperialistischen Kampfes. Sie haben nur symbolischen Charakter.

Sie zeigen, daß wir mit dem chilenischen Volk solidarisch sind und an seiner Seite kämpfen. Sie sollen in der BRD vermitteln, daß wir mit all den uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen müssen.

Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir mit unseren Möglichkeiten gegen dieses System kämpfen, das uns jeden Tag in seinen Klauen hat. Der Kampf kann nur massenhafter werden, wenn wir lernen, neue Kampfformen zu entwickeln.

Kämpfen wir gemeinsam gegen den BRD-Imperialismus!

Den antiimperialistischen Kampf militant führen!

Solidarität mit dem chilenischen Volk!

Solidarität mit der MIR!

Aktion gegen das chilenische Konsulat, Berlin (Juni 74)

Am 11. September letzten Jahres wurde die in Chile vom Volk gewählte Regierung durch einen Militärputsch gestürzt. 100.000 Menschen wurden erschossen, gefoltert und in Konzentrationslager verbannt. Immer noch wütet die Junta mit Terrorurteilen gegen Kommunisten, Sozialisten und Menschen, die sich gegen die verstärkte Ausbeutung der Konzerne zur Wehr setzen.

In der ganzen Welt sind spontan Solidaritäts- und Protestbewegungen entstanden es haben sich Chile-Komitees gebildet und Kongresse sind abgehalten worden.

Unser Kampf gilt den Ausbeutern und Unterdrückern in der gesamten Welt, ob sie nun ITT, General Motors oder wie immer heißen.

Aktionen gegen BDI, BDA, IKH, Ausländerpolizei (Mai 74)

Die Revolutionäre Zelle hat zum 1. Mai in die Nester von Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), Bundesverband der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Industrie- und Handelskammer (IHK) in Mainz und Ludwigshafen, Ausländerpolizei in Westberlin einige Löcher gemacht.

Die Kapitalistenverbände sind verantwortlich für die Krisen, die dieses Scheißsystem in immer kürzeren Abständen produziert. Mit verantwortlich meinen wir, daß die Großen diese Krisen benutzen, um sich gesundzustoßen, wie z.B. die Ölkonzerne, die Banken, die Automobilindustrie. Wo der eine sich gesundstößt, muß der andere dafür bezahlen. Bezahlen müssen immer wir, die Jugendlichen, die Arbeiter und Angestellten, die Frauen, die Ausländer, die Tante Emmas in ihren Lädchen. Bezahlen sollen wir das Chaos, das dieses profitgierige, menschenverachtende Bonzenpack anrichtet. Bezahlen nicht nur mit immer weniger Geld im Geldbeutel, mit immer höheren Preisen, sondern vor allem mit Existenzangst.

Denn Angst macht gefügig, Angst bricht einem das Kreuz, Angst soll den Willen zum Widerstand im Keim ersticken: viele fangen dann an, das Maul zu halten, fangen an, auf die Ausländer zu schimpfen, feiern weniger krank, kommen pünktlicher, arbeiten mehr und hoffen, daß es andere trifft.

Sie wollen uns das Kreuz brechen, indem sie uns zwingen, um unsere Arbeit zu zittern. Und wir zittern nicht, weil wir diese Arbeit so schön finden, weil wir es ohne sie nicht aushalten können, sondern weil man uns nichts als unsere Arbeitskraft gelassen hat.

Arbeit in diesem Scheißsystem jedoch ehrt nicht, sondern macht einen körperlich und seelisch fertig, macht häßlich, macht alt, läßt einen verblöden, läßt Fähigkeiten verkümmern. Die Jungen sind nicht gegen die Alten, sondern gegen das, was sie alt gemacht hat. sagte ein Renault-Arbeiter.⁷⁴

Und mit Gesetzen und Paragraphen, die auf uns zugeschnitten sind, nehmen sie uns alle

Möglichkeiten, über uns selbst zu bestimmen, ob es die Sondergesetze für Ausländer sind, der § 218, um uns Frauen unter ihren Willen zu zwingen oder die zahllosen Gesetze, die jede wirksame Form von Widerstand unterbinden und uns zu Kriminellen machen sollen, wenn wir unsere Fabrik besetzen, wenn wir gegen die umweltverseuchenden Kernkraftwerke kämpfen. Um gerade die ausländischen Arbeiter zu unterdrücken, die ins Land geholt und wieder davongejagt werden, wie es jeweils in die Pläne der Kapitalistenbande paßt und die noch am stärksten erkennen, daß wir hier unten zusammengehören und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen dürfen, ist für sie die Extraeinrichtung Ausländerpolizei geschaffen worden, die erpreßt und bespitzelt und über den Weg der Ausweisung ausländische Arbeiter und Studenten oft genug in die Gefängnisse und KZ's ihrer Heimatländer bringt. Die Ausländerpolizei ist direktes Unterdrückungsorgan, ist die erste Form einer eigenen Bullengruppe gegen Arbeiter.

ng des Jahres versuchte die Wirtschaftsmafia von BDI, BDA, DIHT (als Zentralverband der IHK), Zentralverband des deutschen Handwerks und Hauptverband des deutschen Einzelhandels, die Jugendlichen zu Kreuze kriechen zu lassen und der Lehrlingsbewegung nachträglich den Zahn zu ziehen. Nachdem sie zuerst eine halbe Million jugendlicher Arbeitsloser produziert hatten, boten sie die Neuschaffung von 150.000 Lehrstellen an, die an zahlreiche Bedingungen geknüpft ist. Und finanziert werden soll das Ganze noch aus unseren Steuergeldern! Wir sollen noch dafür bezahlen, daß sie 15jährige für sich arbeiten lassen, daß 15jährigen eingebleut wird: Arbeite, halt's Maul und sei dankbar dafür!

Wir haben die Anschläge zum 1. Mai gemacht, weil es der Kampftag der Arbeiterklasse ist. Zum Tag der Arbeit hat ihn erst der Faschist Hitler gemacht. Und die Gewerkschaften haben nach 1945 diese Namens- und Sinnänderung beibehalten.

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist die Geschichte des Kampfes gegen diese Arbeit mit allen Mitteln, mit Krankfeiern, mit Langsamarbeiten, mit kleinen und großen Streiks, mit Demonstrationen, mit Fabrikbesetzungen, mit Barrikaden, Sabotage, bewaffneten Aktionen.

Widerstand auf allen Ebenen, in allen Bereichen, mit allen Mitteln, die wir haben, ist die einzige Möglichkeit für uns, Menschen zu bleiben, Menschen zu werden.

Die Genossen, die in Stockholm die deutsche Botschaft besetzten, um die politischen Gefangenen in der BRD zu befreien, schlossen ihre Erklärung auch mit diesem Satz: Wir werden Menschen sein.

Anschlag gegen die Ausländerbehörde Frankfurt (Juni 78)

Die Revolutionären Zellen haben heute Nacht im 3. Stock des Ordnungsamtes, wo sich die Ausländerbehörde befindet, eine Explosion verursacht, die ein Riesenloch und viele kaputte Fenster zur Folge hatte.

Wir hätten dort am liebsten sämtliche Terror-Akten verbrannt oder vernichtet, weil mit ihnen die Ausländer Tag für Tag von der Ausländerbehörde terrorisiert, schikaniert und diskriminiert werden. Doch wir mußten uns diesmal nur mit der symbolischen Zündung der sozialen Zeitbombe begnügen, wie die Herren im Bonner Bildungs- und Arbeitsministerium die Ausländerproblematik bzw. das wachsende Problem der Kinder und Jugendlichen der 2. Ausländergeneration nennen.

Die Ausländerbehörde ist die praktisch führende Gewalt der brutal kalkulierten Ausländerbeschäftigungspolitik der Bundesregierung.

Bei dieser Politik

werden die Ausländer zuerst aus ihren Familienzusammenhängen in ihrer Heimat gerissen, weil die deutsche Industrie billige und leicht erpressbare Arbeitskräfte braucht. Dieselbe Industrie wird sie jederzeit wieder fortjagen, nachdem sie wirtschaftlich, d.h. als Arbeitskraft, Konsument, Steuerzahler und Sparer, voll ausgesaugt worden sind.

werden sie währenddessen sozial total isoliert, in Ghettos gedrängt, rechtlich wie Sklaven behandelt.

ist das Ausländergesetz als ein Terrorinstrument zu sehen, das die Ausländer in einen chaotisierten Zustand versetzt und ihnen das Leben zur Hölle macht.

sind dabei die ausländischen Kinder (zweisprachige Analphabeten) bisher die Leidtragenden mit der größten psychischen Belastung gewesen eine heimatlose Generation, die nun ihre Sache selbst in die Hand nehmen wird.

wird die Erteilung und jährliche Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis durch die Ausländerbehörde in die Nähe eines Gnadenakts gerückt, als würden die ausländischen Arbeiter die Lasten des Wirtschaftswunders nicht mittragen, wie jeder deutsche Arbeiter auch.

arbeitet die Ausländerbehörde zusammen mit der Polizei an der Seite der profitgeilen Kapitalisten gegen die Ausländer so der Terror der Spekulanten gegen die Ausländer in Frankfurt und ihre Unterstützung durch die Polizei; diese Rückendeckung hat mit zahlreichen Ausweisungen der mitstreikenden Ausländer auch einige Menschenleben gekostet: neun Jugoslawen kamen bei einem von Spekulanten verursachten Hausbrand ums Leben.

kriegen schließlich diejenigen Ausländer keine Aufenthaltserlaubnis mehr, die diese barbarische Politik durchschaut haben und die entgegen der Abspaltungsversuche der Kapitalistenbande sich im Betrieb für die Rechte der übrigen Kollegen einsetzen, sich aktiv am Streik beteiligen und mit den deutschen Arbeitern eine gemeinsame Front bilden (die Folgen des Ford-Streiks, des Elsa-Streiks, Kündigung von R. Sanches bei Opel/Bochum usw.)

arbeitet die Ausländerbehörde dann Hand in Hand mit der Ausländerpolizei, dem Arbeitsamt und dem Wohnungsamt, um die Widerstandleistenden unter den Ausländern fertig zu machen. So wird ihnen bei der Arbeit gekündigt, das Arbeitsamt vermittelt ihnen keine Arbeit mehr, ohne Arbeit wird ihnen die Aufenthaltserlaubnis nicht mehr verlängert und die Wohnung gekündigt. Das Wohnungsamt kriegt von der Ausländerpolizei die Anweisung, keine Wohnung mehr zu vermitteln usw.: sie werden ausgewiesen.

Unser Kampf gilt allen Formen der Unterdrückung unabhängig von Geschlecht, Hautfarbe, Nationalität und Alter!

Brandanschlag auf das Auto von Peter Sötje, Berlin (Mai 74)

Wir haben Sötjes Auto in Brand gesteckt, weil Peter Sötje als Bezirksstadtrat für Jugend und Sport mitverantwortlich ist für den Abriss der Putte in der Rügener Straße in Berlin-Wedding. Die langjährige Arbeit der Putte wurde kaputtgemacht von Leuten, die auf Kosten der Jugendlichen, auf Kosten der Bevölkerung Karriere machen wollen, große Politiker werden wollen. Dabei setzen sie sich rücksichtslos über die Interessen der Leute hinweg. Die Putte ist kein Einzelfall

Es wird versucht, das Schöneberger Jungarbeiter- und Schülerzentrum in der Delzinger Straße kaputtzumachen ein Teil wurde schon abgerissen. Treiber werden nicht unterstützt, sondern im Gegenteil die Trebebambule wird als kriminell diffamiert. Sonderprojekten wird das Geld, wenn überhaupt, erst nach mehrjähriger Wartezeit gegeben. überall sollen Initiativen von Teilen der Bevölkerung gemäßregelt, gegängelt und diszipliniert werden.

Einem der profiliertesten Vertreter dieser rechten Jugendpolitik wollten wir mit der Aktion zeigen, daß wir uns gegen Leute solchen Schlages zur Wehr setzen. Die Putte lebt!!

Für selbstverwaltete Jugendzentren!

Setzen wir kollektiv und militant unsere Interessen durch!

Brandanschlag auf das Auto des Geschäftsführers der Krone-Werke in Berlin (Mai 74)

Auf jeder Betriebsversammlung hat die Krone-Geschäftsleitung allen voran Huber den Kollegen eingeredet, daß die wirtschaftliche Lage des Betriebes mies sei und daß man aus den roten Zahlen nur herauskäme, wenn mehr gearbeitet würde. In den letzten zwölf Monaten wurden bei Krone fast siebenhundert Kollegen entlassen. Huber hat in einem Interview mit der Morgenpost anlässlich der Industrieausstellung bekannt gegeben, daß das nicht dazu geführt hat, daß der Umsatz sank. Im Gegenteil

er stieg 1974 von 140 auf 150 Millionen DM. Das bedeutet schärfere Arbeitshetze, das geht an die Gesundheit und an die Nerven. Maria Jovic und über zwanzig andere Frauen haben es nicht mehr ausgehalten. Maria kam ins Irrenhaus, weil sie von der Arbeit kaputt gemacht wurde, die übrigen Frauen wurden mit Psychopharmaka vollgestopft. Hubers zynischer Kommentar

An den Arbeitsbedingungen kann das nicht liegen. Darauf gibt es nur eine Antwort

Huber ans Fließband. Huber raus aus seinem dicken Eigenheim, rein in die Mietskaserne. Huber raus aus seinem dicken BMW, rein in den vollgepfropften Bus. Huber denkt nicht nur an sich, sondern auch an seine Belegschaft. Für sich hat er zu Weihnachten Skiurlaub besorgt, für die Kollegen sechs mal Vorarbeit, damit sie ein paar Tage dann frei haben können zwischen den Feiertagen. Weg mit der Vorarbeit weniger Arbeit, mehr Lohn! für Arbeiterautonomie und ein dreizehntes Monatsgehalt und mehr Sozialleistung, wie zum Beispiel die Unterstützung des multinationalen Betriebskindergartens und bezahlten Sonderurlaub! Wir wissen, daß Huber diese Forderungen nicht erfüllt, nur weil sein BMW brennt. Wir wissen aber auch, daß er keinen Finger krümmt, wenn man ihm nicht Feuer unter dem Arsch macht. Ohne Chefs geht's besser, Huber in den Zuber.

Aktion gegen den Spekulanten Kaußen, Köln (September 76)

Wir haben heute nachmittag die Privatwohnung des Spekulanten Kaussen in Köln, Neußerstr. 30-32 mit einer Bombe angegriffen. Kaußen ist einer von denen, die Menschen mit Wohnungen, Wucher und Drohungen umbringen. Genaugenommen ist er nicht nur einer, er ist das größte Schwein unter Westdeutschlands Hausbesitzern. 1962 hat Kaußen mit zwei geerbten Häusern angefangen. Heute

gehören ihm 50.000 Wohnungen in Berlin, Hamburg, Köln und vor allem im Ruhrgebiet, in denen über 200.000 Menschen leben müssen. Daran verdient Kaußen pro Jahr c.a. 20 Millionen DM. Die Methode ist immer gleich

Kaußen kauft Altbauten auf, erhöht die Mieten (manchmal um 100%), läßt die Häuser verfallen, quartiert in leerstehende Wohnungen Ausländer ein, die er doppelt und dreifach zur Kasse bittet. Zahlt man die Miete nicht pünktlich oder weigert sich, für Bruchbuden auch noch Mieterhöhungen zu zahlen, wird man von Kaußen herausgeklagt und notfalls von den Bullen auf die Straße gesetzt; Gesetz und Bullen sind auf seiner Seite. Gründe für Mieterhöhungen findet er immer in Berlin forderte er von Mietern einen Zuschlag wegen Gartenbenutzung (vor dem Haus ist ein schmaler Grünstreifen). Im Kölner Süden ließ er die Fassaden einiger Häuser renovieren, kassierte städtische Anerkennungspreise und erhöhte anschließend die Mieten wegen gestiegenem Wohnwert. Für seinen Profit geht Kaußen über Leichen

in Köln ließ er ein Haus derartig vergammeln, daß sich eine Frau einen Stromschlag holte, als sie eine durch defekte Leitungen elektrisierte Tür anfaßte. Und Kaußen hat Angst. Er weiß, was er macht. Er verriegelt sein Haus, seine Wohnung. Er verläßt es fast nie. Es gibt nur zwei Bilder von ihm. Er läßt sich bewachen in seinem Bunker und will damit gleichzeitig beweisen

selbst für die größten Schweinereien gibt es keine Strafe. Von Kaußen distanzieren sich selbst einige Politiker. Aber das ist nur Heuchelei. Kaußen bekommt aufgrund gefälschter Gutachten unbesehen Millionenkredite von Banken, die bei Kleinkrediten genauer sind als die Bullen. Er versteht sich mit den staatlichen Stellen. 1967 kaufte Kaußen in Essen-Brake Häuser der staatlichen Ruhrkohle AG. 1973 verkaufte er die gleichen Häuser mit 2 Millionen DM Reingewinn (ohne die Mieten der 6 Jahre) an die Stadt Essen. Schließlich macht er nur das, was z.B. die gewerkschaftseigene Neue Heimat in noch größerem Umfang betreibt. Kaußen ist kein schwarzes Schaf, er ist die fetteste Sau unter den privaten und staatlichen Spekulanten. Kaußen ist ein Beispiel dafür, daß man in diesem Land nur etwas werden kann, wenn man Menschen ausbeutet, beschleißt, betrügt und sich mit den Bullen und Staatsparteien gutstellt. Jede Form des Widerstands gegen Kaußen ist gerechtfertigt Mietstreiks, Mietminderungen, Haus- und Wohnungsbesetzungen, Angriffe gegen seine Büros und Verwaltungsstellen. Unsere Aktion kann nur ein ng sein! Es wäre eine Schande, wenn so einer wie Kaußen friedlich im Bett sterben kann!

Aktion gegen Rechtsanwalt Wagner, Köln (August 80)

Am 13.8.80 haben wir Rechtsanwalt Wagner besucht. Er und sein ehrenwerter Kollege Türk bereichern sich als Rechtsanwälte in Köln im Sanierungsgeschäft. Seit Jahren pressen sie auch für Kaußen immer höhere Mieten raus.

Besonders von sich reden machten Wagner und Türk am 19.3.79, als sie eine bezahlte Schlägerbande losschickten, die mehreren türkischen Arbeiterfamilien die Wohnungen in der Brüsseler Str. 90 demoliert haben. Türen und Fenster haben sie eingeschlagen, Mauerwerk kaputtgemacht, und Wasserkräne ausgerissen die Wohnungen unbewohnbar gemacht. Das alles, um die Türken zu vertreiben, um von besseren Mietern mehr Geld zu kassieren. Das ist kein Einzelfall und das betrifft nicht nur türkische Familien, sondern auch alte Menschen, Leute mit niedrigem Einkommen und Kinderreiche. Sie sollen raus aus der Stadt, weil arme Leute ein schlechtes Image für die Stadt abgeben. Der teure Boden ist für andere da. Schicke superteure Eigentumswohnungen wollte Böhmer, der das Haus in der Brüsseler Straße dann gekauft hat, dann machen. Aber nicht nur private Geier

machen ihre Geschäfte. Die Stadt leistet Vorschub, unter dem Deckmäntelchens des guten Willens

Schöner wohnen für den Bürger. In den Sanierungsgebieten kann unter städtischer Obhut die Vertreibung stattfinden. Da braucht kein Hausbesitzer ein schlechtes Gewissen zu haben. Das ist Teil eines Konzeptes, in dem Menschen verplant werden, die Bedürfnisse der Menschen den herrschenden Machtinteressen untergeordnet werden, die die Zerstörung sozialer Strukturen und deren Kontrolle bewirken.

In vielen Städten werden jetzt Häuser besetzt, wie z.B. in Bremen, Berlin , Köln und in Freiburg gingen deshalb 10.000 Menschen auf die Straße. Wir haben Wagner bei unserem Besuch sein Statussymbol, einen Mercedes, angezündet, den er sich erkauf hat, indem er anderen Menschen die Wohnung und damit das Leben ruiniert hat. Alle, die an Sanierungsgeschäften beteiligt sind, sollen unseren Widerstand spüren, sollen merken, daß sie nicht in Ruhe die Lorbeeren ihrer menschenverachtenden Geschäfte genießen können. Das stärkt in uns das Bewußtsein, daß wir uns wehren können und nicht aufhören werden, Widerstand zu entwickeln, immer wieder Wege und Möglichkeiten auszuprobieren, um unsere Wut und unsere Sehnsucht nach Leben in Handlung umzusetzen. Wenn wir uns bisher in unseren Aktionen hauptsächlich gegen frauenspezifische Unterdrückung gewehrt haben, bringen wir hiermit noch einmal zum Ausdruck, daß Frauenkampf nicht heißt, sich auf frauenspezifische Bereiche zu beschränken, damit würden wir uns selbst politisch entmündigen. Frauenkampf ist umfassend, beinhaltet den Kampf gegen jede Form von Unterdrückung, Ausbeutung, Zerstörung und Menschenverachtung. Der Kampf um Leben heißt Revolte!

Jedes Herz ist eine Zeitbombe!

Rote Zora

Aktion gegen das Bundesverfassungsgericht (März 75)

Frauen der Revolutionären Zelle haben am 4. März 1975 einen Anschlag auf das Bundesverfassungsgericht (BVG) gemacht.

Nicht, um die Verfassung gegen das Verfassungsgericht zu schützen, wie Herr Abendroth⁷⁵ meint, sondern um uns vor der Verfassung zu schützen. Einer Verfassung, die den legalen Rahmen liefert für die tagtägliche Ausbeutung, Zermürbung und psychische Zerrüttung von Millionen Frauen und Männern. Einer Verfassung, die Frauen illegalisiert viele in den Tod treibt wenn sie sich nicht von der Ärzte- und Richtermafia ihre Sexualität, den Umgang mit ihrem eigenen Körper, die Zahl ihrer Kinder vorschreiben lassen.

Wir stimmen nicht in das Gejammer darüber ein, daß das BVG den demokratisch zustande gekommenen Gesetzesentwurf des Parlaments außer Kraft setzt, weil es keinen nennenswerten Unterschied macht, ob 6 oder 600 Widerlinge die Existenzbedingungen von 60 Millionen Menschen diktieren.

Wir machen allerdings unter den gegenwärtigen Bedingungen einen sehr genauen Unterschied zwischen dem Grad der Volksfeindlichkeit der Gesetze, die diese Handvoll aus Steuergeldern bezahlten Kapitalistenknechte gegen uns erlassen.

Und das Terrorurteil des Bundesverfassungsgerichts, das das Abteibungsverbot in bereinstimmung mit der berüchtigten freiheitlich-demokratischen Grundordnung erneut zu Recht und Gesetz erklärt,

ist in seiner Frauenverachtung und -vernichtung so unerträglich, daß wir es mit allen Mitteln bekämpfen werden.

Wir Frauen sollen weiter dazu gezwungen werden, ungewollt Kinder in eine Welt zu setzen, in der schon gewollte Kinder unter Bedingungen aufwachsen müssen, die lebenslängliche Verkümmierung vorprogrammieren.

vom Kinderkrippenghetto übers Kindergartenghetto in den Schulknast;

kaserniert in Kleinstwohnungen in Betonwüsten;

erdrückt in notgedrungen kaputten Kleinfamilien;

gezwungen zu individueller Leistung, Konkurrenz und Isolierung;

bedroht von Eltern, die diesen Wahnsinn nicht mehr aushalten und ihre Kinder dafür quälen, mißhandeln, totschiagen;

bedroht durch einen Straßenverkehr, der jährlich in der BRD unter den Kindern mehr Tote und Verletzte fordert, als in jedem vergleichbaren anderen Land.

Immer mehr Kinder und Jugendliche wenden dieses Elend gegen sich selbst

Selbstmorde und Frühalkoholismus steigen sprunghaft an. Der 218 verhindert keine Abtreibung, das wissen auch die, die für seine Beibehaltung Gott und die Bullen in Bewegung setzen,

wie die Gerichte, bei denen schon immer der Mord an einer aufmuckenden Frau leichter gewogen hat, als der an einem Unterdrückerschwein. Wir sind solidarisch mit allen Frauen, die sich ihren Unterdrücker vom Hals schaffen.

Wie die Kirchen, die in ihrer tausendjährigen Geschichte ihre faschistische Struktur durchgehalten haben: Frauen sind keine Menschen, sondern entweder Mütter oder Huren, geläutert bzw. bestraft für ihre Sexualität durch Schwangerschaft; denn sie wissen genau, daß es die Angst ist, die ihre Kirchen füllt. Wir haben nicht vergessen, daß sie unsere feministischen Schwestern im Mittelalter auf dem Scheiterhaufen verbrannt haben. Wir Frauen haben in den Kirchen nichts mehr zu suchen, außer diese Brutstätten des Sexismus zu entweihen, z.B. mit Parolen, Sprechchören, Knallfröschen und Rauchbomben ... und den Pfaffen und Oberpfaffen öffentlich ihre muffigen Talare zu lüften, damit darunter die armseligen Hühnerficker zum Vorschein kommen.

Die Ärzte, die ihr medizinisches Wissen bzw. Nichtwissen für sich behalten, um weiter aus dem Uterus Profit zu schlagen. Die hilfeschuchende Frauen erniedrigen, erpressen und wenn sie überhaupt helfen, meist die gefährliche, veraltete und brutale Ausschabung vornehmen und sich weigern, die schonende Absaugmethode zu lernen und anzuwenden. Machen wir alle diese Schweine kenntlich, schreiben wir an ihre Limousinen, an ihre Villen, daß sie Schweine sind. Stören wir ihre Vorortidyllen mit Megaphonkundgebungen über ihre Machenschaften, wie es uns die japanischen Frauen bereits so schön vormachen. Schnappen wir uns die schlimmsten und verprügeln sie, teeren und federn wäre auch eine Möglichkeit. Der Tag wird kommen, wo die Frauen sich erheben ...

aber nicht, ohne daß wir uns heute schon bewegen!

Wir haben mit dem BVG gewartet, bis die Sache mit der Entführung von Lorenz und der Befreiung von 5 Genoss/innen aus den Zuchthäusern weitgehend gelaufen war. Zweierlei zeigt es sehr deutlich daß unheimlich viel möglich ist, wenn man von den Verhältnissen hierzulande ausgeht, wenn man

begreift, daß offene Massenorganisationen lebenswichtig und richtig sind, aber ohne die Herausbildung von Stadt-, Fabrik-, Schul- und Frauenguerillagruppen auf eine bestimmte Sorte von Intervention reduziert werden, die für die Bekämpfung dieses Systems einfach nicht mehr ausreichen.

daß das Gezeter um den Lorenz heißt, daß sie nicht mehr wissen, wie sie all die Volksfeinde in Parlamenten, Gerichten, Presse, Kirchen und vor allem die Kapitalisten selbst schützen sollen, daß sie begreifen, daß es jeder von ihnen hätte sein können. Damit haben sie ausnahmsweise recht.

Nach den Tausenden von Arbeits-, Verkehrs- und Abtreibungsopfern kräht kein Hahn. Sie sind unser jährlicher, blutiger Tribut an dieses System. Aber dieser Lorenz ist einer von ihnen.

Frauen der Revolutionären Zelle

Gefälschte Gutscheine für Obdachlose, Berlin (Ostern 76)

Das grosse Fressen

In Berliner Obdachlosenheimen wurden Ostern 1976 gefälschte Gutscheine für Sozialhilfeempfänger verteilt. Mindestens 180 bis 200 Familien machten von der Möglichkeit, sich für 100,DM mal was Ordentliches zum Essen zu kaufen, Gebrauch und tauschten die Gutscheine in Lebensmittelgeschäften und Supermärkten ein. Fatale Situation für die Behörden

einmal Gegessenes kann man schlecht zurückholen. Es war auch nicht möglich, die Obdachlosen haftbar zu machen, ohne dabei die elende Lage der Obdachlosen an die Öffentlichkeit zu bringen, für die die Volksvertreter von SPD/FDP/CDU verantwortlich sind. Außerdem hätte man dann einem Kampfmittel zur Popularität verholfen, das neue Perspektiven im Kampf gegen Sozialabhängigkeit eröffnet (allerdings erreichte man das auch durch warnende Ansagen im Radio). So blieb den Behörden nichts weiter übrig, als die Illegalität als Kampfmittel der Unterdrückten hinzunehmen. Die unten abgedruckte Erklärung der Gruppe, die diese Aktion durchführte, findet man mittlerweile auf Klebern in Obdachlosenheimen.

Erklärung zur Osteraktion in Berliner Obdachlosensiedlungen

Warum haben wir im Namen des Senators für Arbeit und Soziales in den Obdachlosenheimen Bestellzettel verteilt?

Nicht nur, damit sich die Leute im Obdachlosenheim einmal ein schönes Osterfest machen können, sondern weil wir dies für eine richtige politische Praxis halten. Wir sind der Meinung, daß wir durch diese Aktion den Obdachlosen das gegeben haben, was ihnen sowieso zusteht. Die Wirtschaft befindet sich zur Zeit angeblich in einer Krise. Die Profite der Unternehmer steigen jedoch ständig weiter. Vom Staat werden den Unternehmern Millionen hinterhergeschmissen. Diese Millionen sind den Arbeitern geklaut worden. Sie müssen immer mehr arbeiten, mehr zahlen für Miete, Krankenkasse, Arbeitslosenversicherung und Lebensmittel. Gleichzeitig werden die Ausgaben des Staates für den sozialen Bereich gekürzt. Immer mehr Jugendliche und Erwachsenen werden arbeitslos. Viele müssen von Sozialhilfe leben. Sozialhilfeempfänger bekommen im Monat soviel Geld, wie ein Herr Schütz76, Schmidt77, Strauß78, Quandt79, Flick80, Springer81 und Co. an einem Abend versaufen. Viele Familien haben auch dann, wenn sie noch Arbeit haben, nicht mehr Geld zum Leben als Sozialhilfeempfänger.

Wir haben die Scheine auch gerade in Obdachlosenheimen verteilt, weil wir wissen, daß die Familien

dort nicht nur wenig Geld haben, sondern auch noch unter Bedingungen leben, die die Kinder in die Sonderschulen, die Jugendlichen in die Kriminalität und Erwachsene in den Alkoholismus treiben. Für uns ist diese Aktion nur ein ng. Wir sind der Meinung wie die Genossen in Italien, Frankreich und Südamerika daß auch in der BRD den Armen das gegeben werden muß, was die Reichen ihnen nehmen, bis sie es sich selber holen.

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Brandanschlag auf Staatsanwalt und Richter Warum? (Mai 77)

Friede den Hütten, Krieg den Palästen

Ostern 76 konnte in Berliner Obdachlosenheimen endlich gefeiert werden. Mehrere Hundert Lebensmittelbestellscheine im Wert von je 100,DM waren verteilt worden. Hunderte von Arbeitslosen haben diese Gutscheine in Kaufhäusern und Lebensmittelgeschäften eingelöst.

Terror auf leisen Sohlen (besonders gefährlich) jammerten Bullen und Springerpresse, aber es machte ihnen Schwierigkeiten, diese gelungene Aktion der Fälscher zu verteufeln. Wo kein Terror ist, sagten sich die Bullen, muß man welchen machen

Sie ließen die Bewohner der Obdachlosenheime verhören, setzten sie massiv unter Druck. Aber keiner von ihnen hatte etwas gesehen oder gehört (sie fanden die Aktion nämlich gut).

Daraufhin sahen zwei Terroristen im Talar ihre Stunde gekommen: Staatsanwalt Fackelday und Richter Rautenberg griffen zwei Obdachlose heraus und brummten ihnen Geldstrafen von 800,DM (ersatzweise Haft!!) auf. Beide Rechtsverdreher haben wahrscheinlich noch nie ein Obdachlosenheim von außen gesehen sie wohnen in schönen Häusern mit Garten in Zehlendorf und Rudow. Dazu gehört auch ihr dickes Auto. Dieses Auto haben wir ihnen heute flambiert (ein Audi 100 und ein Volvo) als Antwort auf den Staatsterror.

Krieg den Palästen!

Falsche Karten flambierte Automaten Fahrpreiskampf (1975)

In fast allen Großstädten wurden 1975 die Fahrpreise erhöht. Nachdem im Frühsommer in Hannover und Heidelberg Zehntausende auf den Straßen kämpften, wurden in der Folge alle Versuche, eine Mobilisierung über die Linke hinaus zustande zu bringen, von der Staatsgewalt militärisch zunichte gemacht. Demonstrationen wurden zusammengeknüppelt, Flugblattverteiler festgehalten, in München wurden kürzlich Plakatekleber sogar in Untersuchungshaft genommen.

Dennoch wäre es falsch zu glauben, die Verkehrsgesellschaften, die ja meist in städtischem oder staatlichem Besitz sind, würden mit ihren Preiserhöhungen und der Zerknüppelung jeden Protestes Unterstützung finden. Niemand ist so verrückt, hohe Fahrpreise gutzuheißen. Zugenommen hat vor allem der individuelle Widerstand oder der von Kleingruppen, der sich in drei Dingen besonders ausdrückt

e

die Zahl der Schwarzfahrer hat zugenommen; nicht umsonst nahm die Zahl der Kontrolleure in vielen Städten überdimensional zu,

es ist im letzten Jahr erstmals in vielen Städten zu Sabotageaktionen gegen Entwerter und Fahrkartenautomaten gekommen,

es gibt mehr Auseinandersetzungen mit Kontrolleuren, die mehr und mehr zu einer Privatpolizei werden.

Auch wenn all diese Aktionen in der Regel unorganisiert und ohne Kontinuität bleiben, so bringen sie jedenfalls mehr als die verbalen Proteste der Linken zum Ausdruck, daß der Kampf für den Nulltarif eine praktische Sache ist und nicht auf die Zukunft vertagt werden muß. Der Kampf gegen hohe Fahrpreise ist auch keine Frage einer Kampagne, sondern die eines täglichen, andauernden Kampfes. Nicht die Erhöhungen der Fahrpreise sind Anlaß fürs Schwarzfahren, sondern die Tatsache, daß man selber dafür zahlen soll, wenn man zum Betrieb oder zum Einkaufen fährt.

So wie man ständig gegen Ausbeutung und Unterdrückung in der Fabrik angehen sollte, so notwendig ist dies auch außerhalb der Fabrik. Dies um so mehr, als bereits angekündigt wurde, daß es von nun an jährlich zu Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen werde.

Die Revolutionäre Zelle hat an diesem Widerstand mit mehreren Aktionen teilgenommen, hat versucht, ihn zu verbreitern und Vorschläge für neue Aktionsformen entwickelt.

Wir haben zweimal in Westberlin, am 16.7. und 17.11.75 insgesamt 120.000 Sammelfahrkarten im Wert von 360.000 DM verteilt. Die Karten wurden zusammen mit einem Flugblatt der Revolutionären Zelle in Arbeitervierteln in die Briefkästen gesteckt. Wir haben damit von dieser Sammelkarte mehr in Umlauf gebracht, als die Berliner Verkehrsgesellschaft selbst. Zu beiden Terminen haben wir mit unserem UKW-Sender Musik- und Informationsprogramme ausgestrahlt, die im Umkreis von ca. 10 km gut verständlich waren.

Während es in Westberlin angemessen war, Fahrkarten nachzudrucken, da diese erst in Bus bzw. Bahn entwertet werden, ist in Frankfurt die Situation vollständig anders. Der Frankfurter Verkehrs Verbund (FVV) hat 1974 an jeder Haltestelle einen kostbaren Automaten aufstellen lassen, aus dem der Fahrschein mit Aufdruck herauskommt. Wenn diese Automaten nicht mehr funktionieren, kann niemand mehr eine Fahrkarte lösen, d.h. niemand braucht mehr eine zu haben. Am 8. und 20.10. haben wir mit Brandsätzen 10 dieser geldgierigen Roboter zerstört. Auf überall in Frankfurt verteilten Flugblättern haben wir außerdem Tips gegeben, wie man auch mit einfacheren Mitteln die Automaten zumindest kurzfristig lahmlegen kann.

Wir haben am 16.10. auch in Köln zwei Brandsätze in Fahrkartenautomaten gelegt, die aber aufgrund technischer Mängel nicht zündeten. Es gibt viele Möglichkeiten, den Protest gegen Fahrpreise auszudrücken. Die Aktionen der Revolutionären Zelle sollten den Widerspruch zwischen allgemeinem Protest gegen die Fahrpreise und völliger Ratlosigkeit über die zu benutzenden Kampfformen aufgreifen. Sie haben eine Identifikationsmöglichkeit geschaffen, die Worte und Parolen alleine nie herstellen.

Es ist lächerlich und wirklichkeitsfremd, wenn gerade in diesem Zusammenhang vor kurzem in Westberlin auf einem teach-in behauptet wurde, die Unmöglichkeit der Stadtguerilla in der BRD erweise sich daran, daß die von uns verteilten Fahrkarten alle an die Bullen zurückgegeben worden seien. So dumm dies zu behaupten, sind nicht einmal die Bullen selber. Von den 120.000 Karten wurden höchstens 15.000 zurückgegeben; davon waren ca. 3.000 in Tüten, die wir stehenlassen mußten. Nicht einmal 10 % der Karten sind zurückgegeben worden. Viele Arbeiter, Hausfrauen, die

CDU und SPD wählen, sind mit gefälschten, von einer revolutionären illegalen Organisation verteilten Karten bewußt gefahren. Wir halten das nicht für ein Beispiel für die Unmöglichkeit von Stadtguerilla in der BRD, sondern für ein kleines Beispiel, wie man Widersprüche im Bewußtsein aufgreifen, es an einem Punkt gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Verhaltensformen wenden und eine wirkliche Klasseneinheit herstellen kann. Unter deutschen Verhältnissen halten wir es schon für beachtlich, wenn einige zehntausend Leute etwas Illegales machen und noch mehr das unterstützen.

Nicht allein die Revolutionäre Zelle hat diese Möglichkeiten illegaler Politik erkannt und genutzt. In München wurden 70 Automaten mit Kalkbrei behandelt, Geld und Karten wurden entnommen. In vielen Städten wurden Schwarzfahrertips verteilt und geklebt

oft getarnt als offizielle Mitteilungen der betreffenden Verkehrsgesellschaften

Brandanschlag auf die Schwarzfahrerkartei des Frankfurter Verkehrsverbundes (September 76)

Wir haben heute schon unser Weihnachten gehabt. Der Lichterglanz kam aus der Bußgeldstelle des Frankfurter Verkehrsverbundes, da wo sie die Schwarzfahrer erfassen und bearbeiten dort haben wir Feuer gelegt. Wer also in letzter Zeit schwarzgefahren ist

nicht zahlen, das wäre rausgemissenes Geld.

Brandanschlag auf die Schwarzfahrerkartei Berlin (Juni 77)

In den Zeitungen von Dienstag und Mittwoch konnten wir es lesen und überzeugend sehen

die drei Räume der Schwarzfahrerkartei sind vollständig ausgebrannt sogar der Putz kam von den Wänden!

Jetzt will uns die BVG weismachen, daß die Schwarzfahrerkartei in diesen Räumen als einziges von den Flammen verschont blieb (sind die Karteikarten aus Asbest?).

Das ist eine Notlüge der BVG, die denselben Trick versucht wie der Frankfurter FVV, als die RZ vor 1 1/2 Jahren dort die Schwarzfahrerkartei abbrannte und hinterher auch behauptet wurde, daß nichts vernichtet worden ist. Wir hatten uns vor der Aktion davon überzeugt, daß die Schwarzfahrer der letzten 12 Monate jeweils in Büchern handschriftlich notiert wurden und diese Bücher nach Büroschluß in den Schreibtischschubladen aufbewahrt wurden. Die Inneneinrichtung alles aus Holz ist aber vollständig verkohlt!!

Also, keine Angst, liebe Schwarzfahrer, wer in den letzten 12 Monaten geschnappt wurde, der ist jetzt aus der Kartei gelöscht.

Zur Aktion gegen auf die Berliner Verkehrsgesellschaft (August 77)

Es ist nicht unsere Absicht, die BVG sinnlos zu zerstören. Busse und Bahnen sollen unbehindert

fahren, aber umsonst!!!!

Aktionen gegen auf Fahrscheinkontrolleure, Frankfurt (März 78)

Wir sind gestern Nacht einigen Fahrscheinkontrolleuren des FVV etwas näher auf den Pelz gerückt
e

Dem jungvermählten FVV-Ehepaar haben wir ihren Fiat mit Benzin und Petroleum flambiert.

dem Kontro haben wir mit einem kleinen Sprengsatz den Hauseingang verschönert.

Wir meinen, daß es höchste Zeit wird, dort anzugreifen, wo wir täglich getroffen werden

Das sind beim FVV die täglichen massenhaften Fahrkartenkontrollen auf dem Hintergrund von e

Fahrpreiserhöhungen bis zu 50 %, die sich vor allem gegen diejenigen wenden, die sich ihnen am wenigsten entziehen können, weil sie mit der FVV zur Arbeit, zur Schule, zum Einkaufen usw. fahren müssen;

die Verdoppelung des Schwarzfahrerbußgelds von 20 DM auf 40 DM

gewinnen diese Kontrollen eine immer widerlichere Bedeutung

sie treffen nicht nur die bewußten Schwarzfahrer, sondern vor allem Leute, die gezwungen sind, schwarzzufahren, weil ihnen das Geld fehlt Zu den Geldbußen kommen Strafbefehle, Vorstrafen oder gar Knast.

Mit dem Ende des deutschen Wirtschaftswunders und dem immer unverschämter werdenden Klau aus unseren Haushaltskassen geht einher ein neues Wirtschaftswunder, das Wirtschaftswunder der Parasiten dieses Systems. Des Kontroll-, Bespitzelungs- und bewachungsapparates. Totale Computererfassung, Wiedereinführung des Nazi-Blockwartsystems (heute nennen sie das Kontaktbereichsbeamte), tägliche Verkehrskontrolle, personelle Aufstockung der staatlichen und privaten Bullen, Werkschutz, Kaufhausdetektive, Straßenbahnkontrolleure und private Bewachungsunternehmen.

Die Kontrolleure sollen ihren Schweinejob aufgeben und zwar schleunigst !

Aktion gegen den Verkehrsverbund Rhein-Ruhr, Gelsenkirchen (Februar 84)

SCHALKE 0482

Seit fünf Jahren pflegt der VRR nun mittlerweile die Tradition neujährlicher Preiserhöhung.

Hat der VRR bei der Ausplündung seiner Kunden in den letzten Jahren bereits Meilensteine gesetzt, so wartet er dieses Jahr sogar mit zwei besonderen Highlights auf

Arbeitslose dürfen sich von morgens bis abends auf aussichtslose Arbeitsplatzsuche mit einer preisreduzierten Monatskarte begeben; außer zu den Stoßzeiten, wo sie die Sitzplätze für das arbeitende Volk freizuhalten haben.

Rausgeräumt werden auch die vielen Behinderten, die selbst noch gehen können, aber trotzdem bisher umsonst fahren konnten. Die Opfer der Kriege in den Betrieben und auf der Straße sollen so nicht länger die heile Welt der noch Gesunden trüben.

Unser Bömbchen am Zentralgebäude des VRR in Gelsenkirchen, das wir bewußt so plaziert haben, daß Anwohner und Tabakladen nicht geschädigt werden, wird dies vorerst nicht aufhalten können. Es ist nur ein kleiner Schritt im Kampf gegen die Politik des VRR und eine Ermutigung für die Hunderttausenden, die täglich schwarzfahren.

Verteilung gefälschter Fahrkarten, Ruhrgebiet (März 81)

Die Fahrkarten des VRR, die Montagmittag, den 30.03.81 in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes, in Hagen, Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Gelsenkirchen, Essen, Wuppertal, Bottrop, Oberhausen, Duisburg, Mülheim, Krefeld, Mönchengladbach und Düsseldorf verteilt worden sind, als Hauswurfsendungen, sind von uns selbst in eigener Herstellung gefertigt worden. Zigtausende gefälschter Fahrkarten aller Preisstufen. Das gibt wenigstens ein paar tausend Menschen im Revier die Gelegenheit, in den Genuß eines kostenlosen Nahverkehrs zu kommen

Null-Tarif mit Fahrscheinen, mal was anderes.

Seit zehn Jahren, seit den ersten Rote-Punkt-Aktionen in Hannover, gibt es eine Bewegung für den Null-Tarif. Diese Bewegung hat alle guten Gründe auf ihrer Seite. Daß sie dennoch selbst mit ihrer Minimalforderung kostenloser Nahverkehr auf Granit stößt, hat mit dem Prinzip der Kostendeckung nichts, aber auch gar nichts zu tun. Es geht um ein anders Prinzip, mit dem nicht gebrochen werden darf

Leistung kostet was, wo was geboten wird, muß du löhnen. Diese Maxime der Leistungsgesellschaft gilt es zu wahren, selbst um den Preis einer Verkehrspolitik, die den inneren Zusammenhang von kapitalistischem Fortschritt und Zerstörung auf den Begriff bringt.

Dem Moloch Auto wird so lange gehuldigt, bis jegliche Alternative undenkbar und der Wagen zum unentbehrlichen Bestandteil des Lebens geworden ist. Die alltäglichen Nebenerscheinungen: 15.000 Verkehrstote jedes Jahr und 500.000 Verletzte, verwüstete Städte, die nach dem Grundsatz der Befahrbarkeit und nicht nach dem der Bewohnbarkeit geplant werden, statt der Freiheit, die dem Besitzer eines Autos versprochen wird, totale Abhängigkeit. Statt Komfort und Lebensstandard, stickiges Chaos im Dickicht der Straßen, auf denen die bürgerliche Ideologie jeder gegen alle Triumphe feiert.

In vielen Ruhrgebietsstädten haben Gruppen bis hin zu den Grünen die Fahrpreiserhöhungen des VRR zum 1.3.81 zum Anlaß genommen, mit Flugblättern, Demos, Wandmalereien, kleineren Sabotageakten gegen Automaten und Entwerter usw. erneut Null-Tarif zu fordern. Wir begreifen unsere Aktion in diesem Zusammenhang.

Revolutionäre Zellen + Rote Zora

Brandanschlag gegen die Vorführung des Entebbe-Films (Januar 77)

Der Film Unternehmen Entebbe verherrlicht den Angriff israelischer Militärs auf ein von deutschen und palästinensischen Genossen entführtes Flugzeug, den Einmarsch in Uganda als sei dies eine amerikanisch-israelisch-deutsche Kolonie und die Erschießung von 20 ugandischen Soldaten als notwendige und ziemlich sympathische Aktion gegen den sog. Terrorismus. Den Zuschauern wird dieser Dreck als Abenteuerfilm verkauft

die Israelis sind die Helden, gut und menschlich; die Terroristen sind das Böse schlechthin, Abschaum, außerdem wahnsinnig und durchgeknallt.

Die Methode ist bekannt

so wie im Faschismus Propagandafilme gedreht wurden, die das deutsche Volk emotional auf Judenmord und Antifaschistenhetze einstimmen sollten, so werden wieder Filme gedreht, die dem weltweiten Völkermorden, den immer neuen Grausamkeiten des Imperialismus an Befreiungsbewegungen moralische und politische Unterstützung geben sollen. Hier konkret

der fortdauernden Besetzung palästinensischen Landes durch den Staat Israel

den weltweiten Angriffen der amerikanischen-israelischen Herrenrasse gegen die (ugandischen, vietnamesischen, palästinensischen u.a.) Untermenschen

die Verhetzung all jener als verrückt und kaputt, die sich bewaffnet wehren.

Der Film verdreht die Wirklichkeit bis zum Unkenntlichen. Der Kampf des palästinensischen Volkes richtet sich nicht gegen die Juden, sondern gegen den Zionismus als Staatsform und Ideologie, der die Vertreibung eines ganzen Volkes rechtfertigte. Der Kampf gegen den Zionismus ist genauso wenig rassistisch, wie es der Kampf gegen das faschistische Deutschland war, der auch nie gegen das deutsche Volk, sondern gegen den Faschismus als Herrschaftsform und die organisierten Reaktionäre und Kriegstreiber geführt wurde.

Die Entführung von Entebbe sollte nicht Leben vernichten, sondern Leben retten und zurückgeben, das in israelischen und europäischen Gefängnissen zerstört wird. Die Aktion war so angelegt, daß auch das Leben der Geiseln geschont war und erst durch den israelischen Angriff gefährdet wurde.

Wir haben heute in mehreren westdeutschen Kinos, die den Film Unternehmen Entebbe spielen, Feuer gelegt. Dies soll als Warnung verstanden werden von den Filmverleihern und den Kinobesitzern, die an der rassistischen Hetze verdienen wollen, aber auch als Warnung an die Zuschauer.

Dieses Mal haben wir durch Art und Umfang unserer Aktion sichergestellt, daß niemandem etwas geschehen kann. Um vermeidbare Risiken für die Zukunft auszuschalten, fordern wir:

Sofortige Absetzung des Hetzfilms Unternehmen Entebbe!

Boykott aller nachfolgenden Entebbe-Filme!

Mit dieser Forderung stehen wir nicht allein. In Italien brannten ebenfalls einige Kinos. In Japan wurde der Film bereits ausgesetzt. In der gesamten arabischen Welt, in fast allen afrikanischen und asiatischen Ländern wird dieser Film erst gar nicht gezeigt. In der Ablehnung dieses Films formiert sich erneut die Bewegung, der die Genossen Wilfried Böse und Brigitte Kuhlmann ihr Leben gegeben haben: dem internationalen Kampf gegen Ausbeutung, Rassismus, politische Unfreiheit!

Aktion gegen die Israelische Import-Gesellschaft Agrexco, Frankfurt (Juni 78)

Wir haben gestern abend auf die israelische Import-Gesellschaft Agrexco agricultural einen Anschlag verübt.

Agrexco ist der größte Importeur für israelisches Obst in ganz Europa. Und der Citrusexport ist der wichtigste Wirtschaftszweig des imperialistischen israelischen Staates, aus dessen Gewinnen er neben Milliardenhilfen aus der USA und der BRD seinen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser finanziert. Für 1978 ist eine Verdoppelung dieses Exportes nach Europa geplant. Agrexco ist bei der Eroberung neuer Märkte die strategisch entscheidende Rolle zugeordnet.

Wir wollten dem nicht tatenlos zusehen. Eine Aktion, an die wir dabei bewußt anknüpfen wollen, war ng dieses Jahres, als arabische Arbeiter israelische Orangen mit Quecksilber ungenießbar gemacht haben. Manche waren der Meinung, dies sei eine CIA-Aktion gewesen und sie sei auf eine Ebene zu stellen mit Bahnhofsbomben und Trinkwasservergiftung. Diese Meinung kann nur zustande kommen, wenn man Aktionen nicht analysiert, den Unterschied zwischen Ungenießbarmachen von Orangen was es ausschließlich war und Massenvergiftung nicht sieht und letztlich die wahren Schuldigen, Israel und die BRD, die bereit waren, wirkliches Gift unter die Leute zu bringen, davonkommen läßt.

1. Die arabischen Tagelöhner auf den Plantagen der Besatzungsmacht Israel haben Quecksilber in das Obst gespritzt, damit es aus dem Handel gezogen werden muß, um damit Israel ökonomisch an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen.

2. Dieser Aktion vorausgegangen war eine Erklärung an die Regierungen aller OECD83-Staaten, in der sie von der Vergiftung der Orangen unterrichtet und gleichzeitig eindringlich gewarnt wurden, weiterhin Obst aus Israel zu beziehen. (Diese Warnung wurde einfach unterschlagen. Es wurden weder die Einfuhren gestoppt, noch eine Untersuchung der Früchte eingeleitet. Da die Art des Giftes im voraus nicht bekannt war, bedeutet der Entschluß zum bedingungslosen Weiterverkauf des Obstes ganz klar eher eine Massenvergiftung in Kauf zu nehmen, als sich ein Milliardengeschäft ruinieren zu lassen.)

3. Daß die arabischen Arbeiter für ihre Aktion kein tödliches Gift, sondern das harmlose Quecksilber verwendet haben, beweist, daß sie dem Imperialismus alles zutrauen, auch eine Massenvergiftung der eignen Bevölkerung.

Wir sind der Meinung, daß diese Aktion richtig angelegt war, aber durch die fehlende praktische Solidarität der Linken in den Metropolen und von der Medienhetze ins Zwielficht gerückt werden konnte.

Die Tatsachen sehen jedoch folgendermaßen aus

Israel wurde ökonomisch schwer angeschlagen. Die Verluste bewegten sich in Milliardenhöhe, die Einbußen gehen bis heute weiter.

Bei der Aktion wurde niemand ernstlich geschädigt. (Es ging der verantwortlichen Gruppe nicht nur um eine militärische Aktion gegen die angekündigte Verdoppelung des Citrusexportes, sondern gleichermaßen um eine politische Aktion gegen Israel, die nicht dazu führen durfte, daß sich die Bevölkerung der Metropolen psychologisch und politisch enger um Israel scharte).

Es wurde der Beweis geliefert, daß der Imperialismus selbst vor einer Massenvergiftung nicht zurückschreckt.

Unsere Aktion bei Agrexco verstehen wir einerseits als bewußte Fortsetzung und Weiterführung dieser Aktion der arabischen Arbeiter, d.h. als praktisch genutzte Chance zur Solidarität mit dem palästinensischen Volk. Andererseits kann diese Aktion nur dann ihren politischen Zweck erfüllen, wenn sie von der Linken aufgegriffen und verstanden wird als Auftakt zu einer breitangelegten Kampagne, angefangen bei Flugblättern über die Zusammenhänge, Boykottkampagnen gegen israelische Waren über Diskussionen mit Leuten beim Einkaufen bis hin zu Stinkbomben und Säureattentaten gegen israelische Produkte und der Vernichtung der überall in den Kaufhäusern ausgelegten israelischen Obstbestände.

Es gibt andere israelische Institutionen, deren Rolle bei dem Vertreibungs- und Ausrottungsfeldzugs gegen die Palästinenser sicherlich noch unmittelbarer und eindeutiger ist.

Zionistische Zentralen etwa wie die Jewish Agency, die von hier aus die israelische Siedlungspolitik strategisch plant und vorbereitet oder der jüdische Nationalfond, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, über ein engmaschiges Netz von Spenden und Stiftungen, in das sämtliche Juden integriert sind, jedes Jahr Millionenbeträge nach Israel zu transferieren, um damit die Errichtung von zionistischen Wehrdörfern und -siedlungen zu finanzieren.

Diese Institutionen haben es sich zum Prinzip gemacht, in ihrer unmittelbaren Umgebung kulturelle und soziale jüdische Einrichtungen anzusiedeln (Altenfürsorge, Kinderkrippen etc.) oder einfach in ein normales Wohnhaus voller Familien zu ziehen, mit der Absicht, daß bei Anschlägen auf ihre Agenturen möglichst viele Menschen getroffen und verletzt werden, um diese dann nach uralter und bewährter zionistischer Strategie als antisemitische Ausfälle denunzieren zu können.

Diese Art der Verschanzung, die ganz systematisch unbeteiligte Menschen als lebendes Schutzschild mißbraucht, die zumeist gar nicht wissen, wer sich da mitten zwischen sie gesetzt hat, ist eine der niederträchtigsten und menschenverachtendsten Spezialitäten des Zionismus.

Das heißt nicht, daß wir Anschläge auf zionistische Institutionen dieser Art für falsch halten, das heißt lediglich, daß wir uns über eins klar sein müssen: der israelische Staat und seine Vertretungen hier in der BRD arbeiten mit allen Mitteln (Wenn's sein muß, auch mit Toten) und ihnen ist kein Preis zu hoch, um den Leuten ihre Propagandaparolen einzuhämmern: daß nämlich der antizionistische Kampf nur ein weiteres blutiges Glied in der Kette der Judenverfolgung sei.

Und angesichts des gigantischen Propagandaapparates, der Israel hier zur Verfügung steht, genügt es nicht zu sagen, daß gerade der israelische Staat es ist, der die Politik der Vertreibung, Verfolgung und Ausrottung eines ganzen Volkes fortführt und weiterpraktiziert, diesmal gegenüber den Palästinensern und der Enteignung ihres Bodens, was seine Entsprechung hatte in der Blut- und Boden-Politik der Nazis, bis hin zu sprachlichen Details, wenn das den Palästinensern entrissene Land als heiliger Boden, Boden unser oder biblischer Boden bezeichnet wird.

Der Kampf gegen den Zionismus ist der entschiedenste Kampf gegen jeglichen Antisemitismus. Denn genauso wie er die faschistischen Verbrechen bekämpft, bekämpft er die Verbrechen des israelischen Staates an den Palästinensern, die selbst Semiten sind.

Aktion gegen die Import-Firma Hameico Frankfurt (Juni 79)

Zum Sprengstoffanschlag auf die Lastwagen eines Vertriebsmonopolisten für israelische Früchte und Gemüse auf palästinensischem Boden haben wir heute die Firma Hameico attackiert, um unseren praktischen Widerstand zu setzen gegen den nicht enden wollenden faschistischen Genozid am palästinensischen Volk. Dieser alltägliche Völkermord, dessen Blutlinie von den Massakern M-` la Kafr Kassem⁸⁴ bis zu den aktuellen Fliegerangriffen auf palästinensische Flüchtlingslager ungebrochen ist, findet derzeit einen neuen Höhepunkt in den vertraglichen strangulierungsversuchen von Camp David.⁸⁵ Politisch abgesichert durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Bundesregierung, die den Holocaust an den Palästinensern im 30. Jahr ihres Bestehens vor allem materiell durch gewaltige Kredite an Sadat⁸⁶ garantiert, die über die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft einem zionistischen Staat alle Hilfe gibt, dessen Instrukteure und Waffen die faschistischen Regimes in Nicaragua, Südafrika, Argentinien etc. an der Macht zu halten versucht. In Ansehung gerade der Opfer von Auschwitz ist eine Verdrängungsleistung M-` la Holocaust-Spektakel⁸⁷ nur dazu angetan, von den aktuellen Verbrechen abzulenken.

Wir werden von nun an eine Kampagne zur Unterstützung des palästinensischen Befreiungskampfes einleiten, die einen der empfindlichsten Nerven des zionistischen Staates Israel trifft seine marode Ökonomie. Im Zeichen der Inflation und vor dem Hintergrund von Devisenknappheit ist Israel vor allem auf den expansiven Export seiner Agrarprodukte dringend angewiesen. In Fortführung der Ungenießbarmachung von Citrusfrüchten und unseres Sprengstoffanschlages auf die Firma Agrexco vor einem Jahr, garantieren wir nun, auch die deutschen Vertriebsfirmen aller israelischen Produkte nicht mehr in Ruhe zu lassen. Ihre einzige Chance ist es, sofort den Vertrieb oder Verkauf solcher Waren einzustellen es gibt auch anderswo Äpfel.

Wir fordern auch andere Antifaschisten auf, mit uns gemeinsam mit einfachsten und ungiftigen Mitteln zionistisches Obst ungenießbar zu machen (mit Injektionen und Buttersäure etc.), was wenn es unter das nicht behandelte Gemüse gemischt wird einen erneuten Boykott provoziert. So, wie wir verstärkt und ungebrochen gegen Gewerkschaftsbürokratie und Atom-Herren vorgehen, ist auch die Chance, einen wirkungsvollen Beitrag zur Unterstützung des palästinensischen Kampfes zu leisten unter welchem Namen auch immer.

berall geschieht etwas in letzter Zeit, sei es gegen SPD-Büros, sei es gegen AKW-Gangster wir müssen nur unseren Kampf intensivieren, mit List und Ausdauer, Geduld und Energie.

Erklärung zu einem Bombenanschlag im Münchner Hauptbahnhof (September 75)

Keine Bombe im Münchner Hauptbahnhof

Enttäuscht, daß nicht schon wieder ein Blutbad den anarchistischen Gewalttätern in die Schuhe geschoben werden kann? Wie in Birmingham⁸⁸, wie in Mailand⁸⁹, wie zuletzt bei uns, in Bremen im Dezember 74 und gestern in Hamburg?

Dabei ist doch gerade euch Bullen klar und euch, die ihr in den Zeitungs- und Rundfunk-Redaktionen sitzt

Alle Aussagen und alle Praxis der Guerilla zeigen, daß ihre Aktionen Angriffe sind auf die

Herrschenden, daß ihre Aktionen Widerstand sind gegen das System der Unterdrückung.

Die Bullen haben im Juni 72 versucht, Stuttgart mit Bombendrohungen in Panik zu versetzen. Sie haben die Weltmeisterschaft benutzt, um Tausenden mit den angeblich von der Guerilla geplanten Raketenangriffen auf die Fußballstadien zu drohen. Sie haben den Plan der Trinkwasserverseuchung in Baden-Württemberg für ihre Einschüchterungstaktik in die Welt gesetzt. In Bremen im Dezember 74 und gestern in Hamburg haben die Provokateure ernst gemacht: Sprengkörper wurden inmitten von Menschenansammlungen gezündet: ohne einen Gedanken an Gesundheit und Leben der Bevölkerung zu verschwenden, setzen sie ihre Drohungen in die Tat um, um mit allen Mitteln die Hetze gegen die linksradikale Bewegung und gegen die Guerilla zu verstärken.

Die Guerilla hat die US-Armee, die sich im Krieg gegen das vietnamesische Volk befand, auch in Deutschland angegriffen. Die Guerilla hat Bomben gegen das Bundesverfassungsgericht, gegen Kapitalistenverbände, gegen die Feinde des chilenischen und des palästinensischen Volkes eingesetzt. Sie hat CDU-Chef Lorenz entführt, um politische Gefangene zu befreien. Sie kämpft gegen die Teuerung und verstärkte Auspressung der Bevölkerung wie z.B. in den Berliner Fahrpreisaktionen. Wir verlangen von Presse, Rundfunk und Fernsehen, daß sie dies bringen!

Wir Stadtguerillagruppen

Rote Armee Fraktion

Bewegung 2. Juni

Revolutionäre Zelle

und andere mehr kämpfen gerade gegen diejenigen, die für die Anschläge von Bremen und Hamburg verantwortlich sind, sie vorbereiten und durchführen. Die Wahl des Zieles hat die Täter verraten.

Erklärung zur Bombe im Kölner Bahnhof (November 75)

In der Nacht vom 11. auf den 12. November haben die Staatsschutzbehörden und/oder Faschisten erneut eine Bombe in einem Hauptbahnhof explodieren lassen nach Hamburg und Nürnberg nun in Köln.

Die Abteilung Terrorismus der Bundesregierung und der Bullen wollen mit diesem wahllosen Terror das Blutbad. In Bremen und Hamburg explodierten die Bomben an Spieltagen der Fußballbundesliga. In Köln begann am 11.11. der Karneval, sicher sind auch nachts viele Menschen unterwegs gewesen; nur durch Zufall wurde niemand verletzt. Die Stadtguerilla hat oft genug erklärt und durch ihre Praxis seit 1970 bewiesen, daß sich ihre Aktionen niemals gegen das Volk richten oder gerichtet haben.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Im Mai 1974 trat Bundeskanzler Willy Brandt zurück, Helmut Schmidt wurde sein Nachfolger. Während Brandt eine Symbolfigur für schrittweise Reformen war und viele Linke integrieren konnte, galt Schmidt als Technokrat und der richtige Mann, um als Krisenmanager die ökonomischen und sozialen Probleme der beginnenden Rezession in den Griff zu bekommen. Hans-Dietrich Genscher wurde zum Außenminister ernannt. Den Bundestagswahlkampf 1976 gewann die SPD mit Helmut Schmidt als Kanzlerkandidat unter der Parole Für das Modell Deutschland und stellte gemeinsam mit der FDP wieder die Regierung. In Schmidts Regierungszeit wurden die innen- und außenpolitischen Instrumente zur Terrorismus-Bekämpfung durchgesetzt.

Europäische Abkommen zur Bekämpfung des Terrorismus

Bis Ende 1976 war in der Bundesrepublik Deutschland das Sofortprogramm Innere Sicherheit abgeschlossen. Polizei, Verfassungsschutz, BKA und Bundesgrenzschutz wurden personell und materiell massiv aufgerüstet, die datenmäßige Erfassung und bewachung zur perfektsten in Europa.

Die Bundesregierung ging nunmehr daran, die europäische Vereinheitlichung der Terrorismusbekämpfung zu forcieren.

Mit dem auf der Innenministerkonferenz im Februar 1974 formulierten Ziel einer besseren europäischen Zusammenarbeit fand am 29. Juni 1974 auf Betreiben des deutschen Innenministers eine europäische Konferenz zur Inneren Sicherheit statt. Es wurden Expertengruppen zu den Themen Terrorismusbekämpfung, Technik, Ausrüstung und Ausbildung der Polizei sowie Austausch von Polizeibeamten, Luftsicherheit, Sicherung von Kernkraftanlagen und Katastrophenschutz gebildet. Die Bundesrepublik Deutschland boten im Austausch gegen Informationen aus den anderen EG-Ländern den gesamten Datenbestand des BKA an, der als der weltbeste gilt.

Auf der Europäischen Konferenz zur Inneren Sicherheit wurden die ersten Weichen für eine europaweite Zusammenarbeit gestellt, am 1. Januar 1977 trat dann das europäische bereinkommen über die Auslieferung und Rechtshilfe für die BRD in Kraft.

Wenig später, am 27. Januar 1977 wurde das Europäische bereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus unterzeichnet.

1976 hatte die Bundesregierung nur mit ökonomischem Druck auf die griechische Regierung die Auslieferung von Rolf Pohle erreichen können (Rolf Pohle war durch die Lorenz-Entführung freigelassen worden, in Griechenland wurde er erkannt und wieder verhaftet) und konnte auch die Auslieferung von Klaus Croissant (Anwalt von Andreas Baader im Stammheimer Prozeß), der in Frankreich Antrag auf politisches Asyl gestellt hatte, nur mit Einschränkungen und gegen einen breiten Protest durchsetzen. Mit den unterzeichneten Abkommen hatte die BRD ihre Interessen europaweit durchgesetzt und gesetzlich abgesichert.

Für Linke und Liberale im europäischen Ausland wurde Modell Deutschland zu einem Synonym für Repression und bewachung. Nach zahlreichen Appellen aus verschiedenen Ländern Westeuropas beschloß die Bertrand Russell-Foundation in ihrem 3. Tribunal die Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik Deutschland zu untersuchen, Ansatzpunkt war vor allem der Radikalenerlaß, aber auch ein weitergehender Abbau der Menschenrechte.

Der Prozess in Stammheim

Um die Guerilla politisch zu isolieren, wurde von Politikern in den Medien immer wieder erklärt, daß es sich bei ihren Aktionen um rein kriminelle, nicht politische Taten handele.

So wurden die Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion auch nicht des Hochverrats angeklagt, wie KPD-Mitglieder in den 50er Jahren, sondern der Bildung einer kriminellen Vereinigung (später terroristischen Vereinigung). Eine Anklage auf Hochverrat hätte zwangsläufig eine politische Argumentation in Anklage und Verteidigung nach sich gezogen. Mehrere Gesetzesänderungen dienten u.a. dazu, die Absicht der Angeklagten, einen politischen Prozeß zu führen, auf juristischer, verfahrensrechtlicher Ebene ins Leere laufen zu lassen.

So wurde am 18. Dezember 1974 im Vorfeld des Prozesses gegen Ulrike Meinhof, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe, der am 21. Mai 1975 in Stuttgart-Stammheim begann, vom deutschen Bundestag eine Änderung des Strafverfahrensrechts beschlossen und dadurch die Rechte von Verteidigern und Angeklagten eingeschränkt. Die Zahl der Verteidiger wurde auf höchstens drei beschränkt, Mehrfachverteidigung verboten, der Ausschluß von Verteidigern erleichtert und die Durchführung der Hauptverhandlung unter Ausschluß der Angeklagten ermöglicht.

Zuvor wurde der Ausschluß von Rechtsanwalt Schily mit der Begründung, durch Weiterleitung von Kassibern eine kriminelle Vereinigung (RAF) unterstützt zu haben vom Bundesverfassungsgericht mit der Aufforderung an den Gesetzgeber aufgehoben, die rechtlichen Grundlagen für einen solchen Ausschluß zu schaffen.

Mit dem Inkrafttreten des sog. Anti-Terror-Gesetzes vom 24. Juni 1976 wurde die Überwachung des gesamten Schriftverkehrs zwischen Anwälten und Angeklagten ermöglicht, gleichzeitig der § 129 a (terroristische Vereinigung) eingeführt.

Hungerstreiks der politischen Gefangenen

Am 17. Januar 1973 traten erstmals Gefangene aus der Roten Armee Fraktion in einen Hungerstreik und forderten die Aufhebung der Isolationshaft. Bis 1989 folgten neun weitere Hungerstreiks.

Nun begann in der deutschen und europäischen Linken eine breit geführte Auseinandersetzung um Haftbedingungen und Isolationshaft.

In Köln-Ossendorf wurden Ulrike Meinhof und Astrid Proll (1971/72), in Hannover Ronald Augustin (1974) monatelang im Toten Trakt totalisoliert. Auch die anderen Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion unterlagen ähnlichen Haftbedingungen. Astrid Proll hatte nach mehrmonatiger Isolationshaft so schwere, eindeutig auf die Haftbedingungen zurückzuführende, Gesundheitsschäden erlitten, daß sie am 1.2.74 als haftunfähig entlassen werden mußte.

Nach und nach setzte sich außerhalb der Gefängnisse die Erkenntnis durch, daß diese Form der akustischen und visuellen Isolation, der die politischen Gefangenen unterworfen wurden, weiße Folter darstellt erprobt in Experimenten, die mit der sog. camera silens gemacht wurden und die nachweislich eine Zerstörung der sinnlichen und intellektuellen Fähigkeiten bis hin zum körperlichen Zusammenbruch bewirkt. Im Verlauf des dritten Hungerstreiks starb Holger Meins, ihm wurden bei der Zwangsernährung so wenig Kalorien zugeführt, daß er buchstäblich verhungerte. Am darauffolgenden Tag wurde der Berliner Kammergerichtspräsident Drenckmann bei einem mißglückten Entführungsversuch von der Bewegung 2. Juni erschossen.

Der Tod Ulrike Meinhofs

Am 8.5.1976 starb im Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim Ulrike Meinhof. Die Behauptung des Staates, sie habe sich selbst getötet, wurde im In- und Ausland angezweifelt, eine internationale Untersuchungskommission erklärte, daß die Behauptung der staatlichen Behörden, Ulrike Meinhof habe sich durch Erhängen selbst getötet, nicht bewiesen (ist), und die Ergebnisse der Untersuchungen vielmehr den Schluß nahe(legen), daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte.

Die Linken

reagierten auf die staatliche Repression und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen unterschiedlich. Ein Teil engagierte sich ab 1973 in Anti-Folter-Komitees, die die Forderungen der Gefangenen unterstützten und versuchten, Öffentlichkeit über die Haftbedingungen herzustellen.

Das Sozialistische Büro organisierte zu Pfingsten 1976 einen Anti-Repressions-Kongreß, an dem rund 20.000 Menschen teilnahmen.

Auf diesem Treffen wurde von einem Vertreter der Frankfurter Spontis eine Rede gehalten, die unten ausführlich zitiert ist, da sie exemplarisch für die Auseinandersetzungen zu dieser Zeit steht.

Die Spontis, die Bewegung undogmatischer Gruppen, hatten sich seit Anfang der 70er Jahre aus dem antiautoritären Flügel der 68er-Bewegung entwickelt. In Abgrenzung zu den K-Gruppen lehnten sie hierarchische Strukturen und eine politische Arbeit nach marxistisch-leninistischen Grundsätzen ab und setzten dem ihre eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse entgegen: Politik in der ersten Person. Frankfurt war in der ersten Hälfte der 70er Jahre Hochburg der Spontis. Hier lag nach dem Scheitern der politischen Intervention in den Betrieben das Schwergewicht auf militantem Häuserkampf und auf Stadtteilarbeit.

Die Umsetzung eigener Bedürfnisse, das Leben in Wohngemeinschaften, der Aufbau von Zentren, die Diskussion über Alternativen wurde zum konkreten Ansatz für eine Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft. Nach und nach bildete sich eine Struktur von Treffpunkten, Zentren, linken Buchläden, Alternativ-Betrieben heraus. Undogmatische Basisgruppen an Unis und Hochschulen gewannen zunehmend an politischem Einfluß.

Auf dem Pfingstkongreß 1976 grenzten die Spontis sich von den bewaffnet kämpfenden Gruppen ab: Am 8. Mai wurde Ulrike im Knast von der Reaktion in den Tod getrieben, ja, im wahrsten Sinne des Wortes vernichtet. Daraufhin hat sich zumindest in Frankfurt Protest und Widerstand dagegen auf der Straße erhoben. Andererseits soll hier aber auch nicht verschwiegen werden, daß wir mit dieser Demonstration am Montag anläßlich des Todes von Ulrike an die Grenze unserer militanten Aktionsformen gestoßen sind und drauf und dran waren, denselben Fehler wie die Stadtguerilla zu begehen, nämlich unsere militärische Stärke nicht mehr im Zusammenhang mit unserer politischen Isolierung zu sehen. Ein weiteres Mal hatten gewaltsame Eruptionen einerseits und die Angst andererseits sich als stärkende, überlebensnotwendige und daher untrennbare Korrektive einer Massenbewegung in dieser Stadt gezeigt. Und dann kam es von allen erwartet, von manchen erhofft und von vielen gefürchtet: der Beitrag der Stadtguerilla zu dieser Massenbewegung, ihre Antwort auf die Ermordung von Ulrike zwei Bomben explodierten im Frankfurter US-Hauptquartier. Die Genossen der Revolutionären Zelle können nicht einen Augenblick ernsthaft über das, was sich in Frankfurt in den vergangenen drei Wochen an Massenbewegung abgespielt hat, nachgedacht haben in ihrem Kommuniqué wird sie ja auch mit keinem Wort erwähnt, denn anders läßt sich diese Aktion nicht erklären. Sie wollten mit den Bomben ein Signal für den bewaffneten Widerstand setzen und haben den Genossen, die sie zu verstehen suchen, ihre politischen und sonstigen Waffen aus der Hand

geschlagen. Sie wollten uns damit Mut zum Kampf und Widerstand machen, und haben die meisten von uns doch nur verschreckt und in einen ohnmächtigen Zorn getrieben. Und schließlich wollten sie uns zeigen, daß bewaffneter Widerstand möglich und notwendig ist und zeigen uns dabei doch nur den Weg zur Selbstvernichtung. Wir wollen ein anderes Leben, ein revolutionäres Leben. Wir wollen nicht eines fernen Tages den Sozialismus aufbauen, sondern für uns vollzieht sich Befreiung im alltäglichen Widerstand, in unserem Leben. Aber Widerstand und Leben stehen bei uns in einem sehr prekären Verhältnis zueinander. Sobald sich das eine vom anderen isoliert, geben wir entweder auf oder gehen in den Untergrund. Und je stärker der Druck der Verhältnisse auf uns lastet, umso mehr streben Widerstand und Leben auseinander. Die einen denken nur an ihr Überleben und versteinern dabei. Die anderen denken nur an Widerstand, an Kampf und haben sich ein anderes Leben aus dem Kopf geschlagen. Sie treiben ihre vom System erzwungene Selbstentfremdung bis zu physischer und politischer Selbstaufgabe.

Ihre Utopie finden sie nunmehr als Soldaten der Weltrevolution in den unterdrückten Massen der Dritten Welt. Ihre Revolution wird zur alleinigen Frage der militärischen Verunsicherung des Hinterlandes des imperialistischen Feindes. Sie handeln wie Techniker, wie Soldaten, wie ein Stoßtrupp im Feindesland, abgeschnitten von den konkreten Bedürfnissen, den persönlichen und politischen Erfahrungen und Problemen jener Menschen, unter denen sie leben. Sie isolieren sich von jeglichem Massenwiderstand, stempeln uns zu Zuschauern ihrer Attentate und setzen dem System einsam und vereinzelt das Messer der militärischen Machtfrage auf die Brust, mit dem ihnen dann jedesmal von den Bullen die eigene Kehle durchgeschnitten wird.

Wir können uns aber nicht einfach von den Genossen der Stadtguerilla distanzieren, weil wir uns dann von uns selbst distanzieren müßten, weil wir unter demselben Widerspruch leiden, zwischen Hoffnungslosigkeit und blindem Aktionismus hin- und herschwanken. Gerade weil unsere Solidarität den Genossen im Untergrund gehört, weil wir uns mit ihnen so eng verbunden fühlen, fordern wir sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit diesem Todestrip, runter zu kommen von ihrer bewaffneten Selbstisolation-, die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen. (Vollständiger Text nachzulesen in: ID, Nr. 129 vom 12.6.76)

Im Revolutionären Zorn Nr. 2 vom Mai 1976

setzen sich die Revolutionären Zellen mit dem Begriff Repression auseinander und kritisieren ihn als rein technischen Begriff, dem eine politische Bestimmung fehlt.

Nur über eine Analyse der politischen Situation in der Bundesrepublik und weltweit, dem Erkennen der präventiven Strategien der Konterrevolution, der Aufgabenteilung zwischen den rechten Fraktionen und der Sozialdemokratie, erwachsen die Möglichkeiten politischen Handelns. Sie gingen davon aus, daß die Bourgeoisie gelernt (hat), daß es effektiver ist, die Hirne und Herzen der Menschen rechtzeitig zu kolonisieren, als das Gemetzel des alten Faschismus zu wiederholen. Seit der als Befreiung vom Faschismus- getarnten Wiedererrichtung politischer Demokratie und kapitalistischer Produktionsweise ging es der herrschenden Klasse darum, auf gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und militärischer Ebene ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das den alten Faschismus überflüssig macht, revolutionäre Entwicklungen dennoch unmöglich. Der neue Faschismus stütze sich nicht mehr auf Teile der Bevölkerung, sondern gehe vom Innenministerium aus, erreiche mit anderen Formen der Durchsetzung aber die gleichen Ziele.

Der Tod Ulrike Meinhofs sei so die RZ der Anlaß für einen Sprengstoffanschlag auf das Oberlandesgericht Hamm und den Offiziersclub der US-Army in Frankfurt. Zudem fügen sie dem Revolutionären Zorn Nr. 2 eine Aufstellung von in- und ausländischen Reaktionen auf den Tod Ulrike

Meinhofs bei.

Zur Unterstützung der Angeklagten in politischen Prozessen griffen sie im Februar 77, März 77 und Mai 78 mehrere Zwangsverteidiger (von den Gerichten beigeordnete Pflichtverteidiger, die der Verfahrenssicherung dienen sollen, wenn die Vertrauensanwälte ausgeschlossen wurden) und die Anwaltskammer Frankfurt an, schossen einem im Prozeß gegen den 2. Juni beigeordneten Zwangsverteidiger in die Beine.

Die Gefangenen aus dem Kommando Holger Meins- (die Besetzer der deutschen Botschaft in Stockholm) lehnten den Brandanschlag auf das Auto des Rechtsanwalts Peters ab:

Wir verstehen den Angriff auf den Zwangsverteidiger als Ausdruck der Empörung über die Situation der Gefangenen aus der Guerilla, zu deren moralischer und politischer Vernichtung Bundesanwaltschaft und Staatsschutzjustiz dadurch kommen wollen, daß sie Schauprozesse zur kriminalistischen, öffentlichen Aburteilung revolutionärer Politik inszenieren, in deren Dramaturgie die Zwangsverteidiger die Ausschaltung der Wahlverteidigung in- und außerhalb der Prozesse legitimieren und mit einem Alibi versehen sollen.

Wir stellen aber fest, daß die Zwangsverteidiger nicht das Ziel bewaffneter Angriffe sein können. Sie sind unwichtig.

Im April 1977 veröffentlichten Revolutionäre Zellen zwei Stellungnahmen zu der Erschießung des Generalbundesanwalts Buback durch ein Kommando der Roten Armee Fraktion.

Der Revolutionäre Zorn Nr. 3 vom Mai 77

Gegen den Mythos vom bewaffneten Kampf bezieht sich auf Auseinandersetzungen in der Linken um den bewaffneten Kampf, hier vor allem auf die oben zitierte Rede der Spontis auf dem Pfingstkongreß.

Die RZ bezeichnen die Position der Spontis als Zeichen einer verinnerlichten Revolte und setzten dieser Haltung ihre eigene Erfahrung von bewaffnetem Widerstand als Befreiung, als Kampf um Leben entgegen

Man kämpft entweder gegen dieses System oder man wird vom System gelebt.

Sie greifen die Stilisierung von Revolutionären zu Helden oder bermenschen auch durch die Linken an. Die Nahrung eines solchen Mythos habe zwangsläufig zur Folge, daß Widerstand für viele unmöglich erscheine.

Trotzdem konnte der Mythos, der mit dem Namen Revolutionäre Zellen/ Rote Zora verbunden war, nicht aufgehoben werden, wozu auch wesentlich die Anonymität der einzelnen Protagonisten der RZ beigetragen hatte. Im Gegensatz dazu wurde ihnen aus der Linken der Vorwurf gemacht, sich als Avantgarde zu begreifen bzw. zu verhalten, mit ihrer Theorie und Praxis quasi den pädagogischen Zeigefinger zu erheben und entgegen ihrem Anspruch nicht ausreichend mit der Bewegung verknüpft zu sein.

In dem Text Wenn die Nacht am tiefsten, ist der Tag am nächsten vom April 1992 greift eine Revolutionäre Zelle diese Ablehnung der Avantgarde-Position auf und stellt die Frage, ob dies nicht in erster Linie die Weigerung, Verantwortung zu übernehmen sei.

Der letzte Teil des Revolutionären Zorns 3 ist eine Antwort auf den mit RZ unterschriebenen Offenen Brief an alle Genossen aus der RAF vom Dezember 76

ein offener Brief an alle Genossen, die noch bei Verstand sind. Dort wird vehement die Praxis der RAF kritisiert und diese aufgefordert, sich der Kritik zu stellen.

Neun Jahre später druckte die taz am 13. Februar 1985 nach Beendigung eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der Roten Armee Fraktion eine mit RZ unterschriebene Erklärung Die Bilanz ist schlimm ab, auf die eine Gruppe aus dem Traditionsverein mit der Erklärung Es ist zum Kotzen antwortete.

Dies sind Beispiele für das Verhältnis der RZ als Gesamtverband gegenüber anderen Guerilla-Gruppen. In diesen Erklärungen wird ausdrücklich eine öffentliche Kritik z.B. an der RAF abgelehnt. Politische Unterschiede könnten sich nicht in theoretischer Abgrenzung, sondern nur durch die Umsetzung einer anderen Praxis, in eigenem Handeln, ausdrücken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 702 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 2 Mai 1976

Wittlich, den 9.3.74

Für den Fall, daß ich in Haft vom Leben in den Tod komme, war's Mord gleich was die Schweine behaupten werden. Nie werde ich mich selbst töten, nie werde ich ihnen einen Vorwand geben. Ich bin kein Provo und kein Abenteurer. Wenn's heißt und dafür gibts Anzeichen Selbstmord-, schwere Krankheit-, Notwehr-, auf der Flucht-, glaubt den Lügen der Mörder nicht.

(Meins)1

ich habe nicht viel zu sagen. wir glauben, daß ulrike hingerichtet worden ist. wir wissen nicht wie. aber wir wissen von wem und wir können das kalkül der methode bestimmen. ich erinnere an herolds2 satz

aktionen gegen die raf müssen immer so abgewickelt werden, daß die sympathisantenpositionen abgedrängt werden-. und buback3 leute wie herold und ich finden immer einen weg-. es war eine kalt konzipierte hinrichtung wie holger hingerichtet worden ist, wie siegfried hausner4 hingerichtet worden ist.

ulrike5 hatte sich entschlossen: revolutionäre identität gegen die langsame zerstörung des willens in der agonie der isolation zu behaupten. hätte sie sich anders entschlossen, hätte sie es uns gesagt. auf jeden fall andreas: so war die beziehung. ich glaube, die hinrichtung ulrikes jetzt in diesem moment hat ihren grund in einer kulmination einem ersten politischen durchbruch der internationalen auseinandersetzung guerilla-imperialistischer staat brd. darüber sprechen informationen, über die ich jetzt nicht reden will. sie liegt auf der strategischen linie aller staatlichen bewältigungsversuche seit 6 jahren: physische und moralische vernichtung der raf.

und sie zielt auf die guerillagruppen in der brd, für die ulrike eine wesentliche ideologische funktion hat.

zu sagen ist noch die ganze zeit, die ich die beziehung zwischen ulrike und andreas kannte, und ich kenne sie seit 7 jahren war ihr signal intensität und zärtlichkeit, sensibilität und genauigkeit. und ich glaube, daß es genau dieser charakter der beziehung war, aus dem ulrike die 8 monate trakt durchgehalten hat.

es war eine beziehung, wie sie sich zwischen geschwistern entwickeln kann orientiert an einem identischen ziel, als funktion dieser politik. so war sie frei weil freiheit nur möglich ist im kampf um befreiung. es gab in diesem verhältnis keinen bruch, es wäre nicht möglich gewesen, weil es bestimmt war über die politik der raf.

und wenn in der gruppe überhaupt grundsätzliche widersprüche entstanden sind, waren sie definiert durch konkrete praxis. in den theoretischen arbeitsprozessen, wie sie im knast möglich sind, können sie aus der identischen situation des kampfes und der geschichte der gruppe keine basis haben, daß das genauso war, beweisen die diskussionen, ulrikes briefe und manuskripte bis zum freitagabend. sie drücken den wirklichen charakter dieser beziehung aus. jetzt spannungen- und entfremdungen- zwischen ulrike und andreas6, zwischen ulrike und uns zu behaupten, um mit dieser primitiven und dunklen infamie das projekt der hinrichtung ulrikes der psychologischen kriegsführung verfügbar zu machen: das ist buback. und das ist bubacks dummheit:

keiner dieser versuche hat bis jetzt zu was anderem geführt als zum immer deutlicheren begriff der reaktion in der bundesrepublik als: faschismus.

11.5.75 Jan (Carl Raspe7)

Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit

Am 8. Mai 1976, dem Tag der Befreiung vom Faschismus, starb unsere Genossin und Schwester Ulrike Meinhof, ermordet durch Vernichtungshaft.

Die Vernichtungshaft, der saubere Mord durch Entzug jedes menschlichen Kontaktes ist Bestandteil der von den Sozialliberalen intensivierten konterrevolutionären Politik. Die besondere deutsche Phantasie beim Verfolgen der Linken, die Raffinessen der Überwachung und Einschüchterung, technisches Niveau und kalte Berechnung des staatlichen Mordfeldzuges gegen Revolutionäre sind zum begehrten Exportartikel der sozialliberalen Koalition geworden.

Die Regierungen von Spanien, Chile, Israel, Südafrika, der Schweiz ... sie lernen heute in der BRD, was man im Tausendjährigen Reich noch zugelassen hat.

Man sagt, das ist Repression doch was ist Repression?

Der Chef des Bundeskriminalamtes (BKA) Herold, bestellt regelmäßig die großen Nachrichtenagenturen, die Chefredakteure von Tageszeitungen und Magazinen, die Leiter von Rundfunk- und Fernsehanstalten zu sich. In den Sitzungen dieser kriminellen Vereinigung gegen das Volk wird die medienpolitische, psychologische Kriegsführung gegenüber allen gesellschaftlichen Bewegungen als Voraussetzung und Ergänzung polizeilich-militärischer Maßnahmen diskutiert, taktisch und strategisch abgestimmt. Die jeweilige Konzeption wird dabei auf den unterschiedlichen Leserkreis abgestimmt. Für die Frankfurter Rundschau werden andere Argumentationsstränge und psychologische Raster entwickelt, als für die Zeit oder die Bild-Zeitung. Gerade auch die Ebene der Kritik an den staatlichen Maßnahmen wird so bestimmt und durchgespielt. Die gleiche Scheiße, nur anders aufgewärmt, soll täglich und stündlich in Gehirn und Unterbewußtsein gepumpt werden.

Man sagt, das ist Repression doch was ist Repression?

Ein Journalist, der vor Jahren von der Frankfurter Rundschau entlassen wurde, weil er sich nicht an das medienpolitische Konzept des BKA gehalten hat, wird einen Tag nach dem Mord an Ulrike in Holland von deutschen Bullen auf offener Straße mit vorgehaltener Waffe durchsucht und an die Wand gestellt. Nur durch einen zufällig sich nähernden Bus voller Touristen wird eine u.U. geplante Entführung verhindert.

Man sagt, das ist Repression doch was ist Repression?

Wir erkennen Repression in jeder einzelnen Maßnahme. Wir haben schon vor 15 Jahren gegen die Notstandsgesetze⁸ protestiert, mit denen sich die herrschende Klasse 1968 den parlamentarischen Segen erteilte für ein Blutbad nach chilenischem Muster. Wir registrieren die Überprüfung von 600.000 Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Wir unterschreiben Petitionen gegen Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse. Wir sind voller Wut und Trauer über die Ermordung von Revolutionären, von Petra Schelm⁹, Georg von Rauch¹⁰, Thomas Weissbecker¹¹, Günter Routhier¹², Holger Meins, Werner Sauber¹³, Katharina Hammerschmidt¹⁴, Ulrich Wessel^{14a}, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof. Wir sehen zu, wie sich keine Hand erhebt gegen die Vergasung von Jürgen Bartsch¹⁵, wie täglich in den in Psychiatrien und in Justizvollzugsanstalten umgetauften KZs Brüder und Schwestern geschunden, in den Tod getrieben, gefoltert, zerstört werden. Dieser Staat verbietet die Abtreibung, zerschlägt mit militärischer Genauigkeit Streiks und Bürgerinitiativen, setzt eine Million Menschen auf die Straße und nennt dies wirtschaftlichen Aufschwung und soziale Stabilität. Wir empören uns noch ein wenig über die feine Art von Bücherverbrennung mit dem 88 a, trauen uns aber nicht, es auch so zu nennen.

Repression ist nicht bloß die Addition von Maßnahmen der Unterdrückung. Repression ist kein Exzeß, kein Übergriff.

Doch was ist Repression?

Der Begriff der Repression ist keine politische Kategorie und entzieht sich einer klaren Bestimmung, er dient nicht der Beschreibung der Verhältnisse im Klassenkampf. Repression ist ein Begriff aus der Technik, der nur aussagt, daß irgendetwas auf etwas anderes Druck ausübt. Die Verwendung des technischen Begriffs Repression, der nur dazu dienen kann, Quantitäten auszudrücken, hat dann schwerwiegende Konsequenzen, wenn er dazu benutzt wird, das Verhältnis zwischen gesellschaftlichen Klassen, also ein qualitatives darzustellen. So stellt man dann die Zunahme der Repression fest, d.h. ihre Ausdehnung, ohne dadurch das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Herren des Staates und der Fabriken und dem Volk damit zum Ausdruck bringen zu können, es auch nur für sich zu begreifen.

Warum wird von Repression gesprochen und nicht von Gewalt? Denn das Verhältnis zwischen der herrschenden Klasse und dem Volk ist ein Gewaltverhältnis. Die Gewalt der herrschenden Klasse gegen das Volk ist kein besonderes Mittel, kein Betriebsunfall der bürgerlichen Demokratie, kein Abrutschen, keine Fehlentwicklung.

Ü

Die Gewalt ist die Existenzbedingung der kapitalistischen Gesellschaft!

Die Gewalt wird nicht nur zusammengefaßt in besonderen Formationen, in Polizei und Militär, sie durchdringt vielmehr den gesamten Lebensprozeß. Zerstörung des Arbeitsprozesses

Zerstörung der Persönlichkeit

Auflösung sozialer Zusammenhänge

Kasernierung in Sozialbeton

Teilung von Kopf- und Handarbeit.

Nicht die besondere Gewalt ist der Fehler, sondern das gesellschaftliche System, das Bullen und Militär und all den barbarischen Dreck und Terror nötig hat.

Nur wenn man dieses alles durchdringende Gewaltverhältnis leugnet oder sich aus Gewohnheit ganz wohl in ihm fühlt, kann man Repression als Exzeß eines ansonsten ehrbaren, nach zwar kapitalistischen, aber immerhin rechtsstaatlichen Regeln funktionierenden Systems begreifen, dem man mit der Mahnung an seine eigene Verfassung und dem Kampf um die Grundrechte wieder auf die Sprünge helfen kann. Dem liegt nicht nur eine politische Analyse zugrunde, die angesichts der Konzentration von Gewalt in der BRD lieber an ihr vorbeisieht und als politische Perspektive auf eine wirkliche Umwälzung schon verzichtet hat, sondern auch eine subjektive Seite, die lieber Anpassung will als Kampf, die den langsamen Erstickungstod angenehmer findet, weniger schwierig als die offene Auseinandersetzung. Die Gewalt hat sich so schon immer in die Köpfe, in das Fühlen, in Emotionen und tagtägliches Leben der Beherrschten eingemischt. Gewalt erscheint subjektiv als Angst, als Resignation, als Verzweiflung.

An diese politische wie individuelle Defensivität knüpfen Gruppen wie das Sozialistische Büro16 an. Sie klären auf über Repression und meinen damit den Streit um Grundgesetz und Verfassungsrechte. Sie versuchen die Linke immer wieder an das herrschende Rechtssystem zu binden, während diese gerade zu lernen beginnt, daß diese Rechtsnormen spezifisch kapitalistisch sind, während sie beginnt, diese Legalität zu durchbrechen, ihre Bedürfnisse nicht mehr an den diktierten Möglichkeiten,

sondern auch jenseits des Legalismus zu orientieren.

Sie mobilisieren gegen Unterdrückung, aber sagen niemandem, wie man erfolgreich gegen die Repression kämpfen könnte, weil eine in der historischen Perspektive erfolgreiche Strategie den Bruch mit dem Bestehenden voraussetzt.

Das Sozialistische Büro zieht es vor, sich und die Linke als harmlos, weil stumm und taub und blind gemachte Lämmer an die Bourgeoisie zu verkaufen. Der Rückzug auf Verfassungspositionen und die Beteuerung der eigenen Harmlosigkeit bewirken nur Resignation.

Auch der gutgemeinte Aufruf, verstärkt den Kampf gegen die staatliche Gewalt aufzunehmen, bleibt bloßes Gerede, wenn nicht die Veränderung in Taktik und Strategie staatlicher Gewalt, die Erweiterung des Staatsapparates, die verstärkten Bemühungen zur Kontrolle gesellschaftlicher Beziehungen, die Entwicklung des Klassenkampfes und der Konterrevolution auf europäischer Ebene usw. genau untersucht werden.

Angesichts der Niederlage des Imperialismus¹⁷ versuchen die Kräfte der Barbarei dem revolutionären Fortschritt zuvorzukommen.

Prävention das ist heute das Credo der Bourgeoisie alles schon im Keime ersticken, mit der Wurzel ausreißen, solange das möglich ist. Die Bourgeoisie hat gelernt, daß es effektiver ist, die Hirne und Herzen der Menschen rechtzeitig zu kolonisieren, als das Gemetzel des alten Faschismus zu wiederholen!

Seit der als Befreiung vom Faschismus getarnten Wiedererrichtung bürgerlicher Demokratie und kapitalistischer Produktionsweise ging es der herrschenden Klasse darum, auf gesellschaftlicher, politischer, ideologischer und militärischer Ebene ein Gesellschaftsmodell durchzusetzen, das den alten Faschismus überflüssig macht, revolutionäre Entwicklungen dennoch unmöglich.

Während die Reste von kommunistischem Widerstand, diejenigen, die nicht in den KZs ermordet worden waren, aufs neue verfolgt und in die Illegalität¹⁸ getrieben wurden, wurden all jene Mechanismen zur Integration und Kontrolle entwickelt, auf die sich die konterrevolutionäre Strategie heute stützt. Statt Arbeitsfront die konzertierte Aktion; statt Blockwartssystem Computer mit allen Lebensdaten; statt Pressezensur deren freiwillige Gleichschaltung; statt Parteiverbot entpolitisierte Volksparteien.

Die Verflechtung der BRD in das imperialistische Lager hat zur Folge, daß die innenpolitische Entwicklung hier nicht bloß ein Reflex auf ökonomische Brüche und Krisen in diesem Lande ist, sondern auch immer Ausdruck von dem, was sich innerhalb des imperialistischen Lagers abspielt. Wenn es da schlecht geht und spätestens nach Vietnam ist das so schlägt sich das auch hier nieder. Die Interessen des imperialistischen Lagers insgesamt sind es, an denen Innen- und Außenpolitik der BRD ausgerichtet sind.

Deutsche Sozialdemokratie an der Spitze europäischer Konterrevolution

Dabei ist die BRD in den letzten zwanzig Jahren aus der Rolle eines bloßen Anhängsels der USA herausgekommen und hat im imperialistischen Lager an Einfluß und Stärke gewonnen und ist zur dominierenden Macht in Europa geworden.

Inwieweit die BRD ihre Politik in Europa vollständig durchsetzen kann, ist noch unklar. Auf jeden Fall interveniert sie im Ausland, wo die europäische kapitalistische Stabilität bedroht ist. Portugal war ein Lehrstück für die Verlangsamung und Zerschlagung des revolutionären Prozesses. Die Spaltung des Volkes mit sozialdemokratischen Marionetten war politisch erfolgreicher als die militärische Intervention des US-Imperialismus, die Putsche und Morde des CIA. Dabei versucht die internationale Sozialdemokratie unter Führung der deutschen Sozialdemokratie eine empfindliche Lücke zu schließen. Die amerikanischen Interventionen bis Vietnam waren stets mit dem Hinweis auf

Notwendigkeit der Verteidigung der freien Welt verbrämt. An dieser Ideologie der Freien Welten, an die Überlegenheit der westlichen Zivilisation glaubt mit dem internationalen Aufschwung der Klassenkämpfe niemand mehr so recht.

Die Sozialdemokraten und speziell die deutschen entwickeln heute eine klassenbezogener Linie. Ihre in der Zielsetzung identische Strategie begründen sie mit der Sorge um die Freiheit der Gewerkschaften, der Presse, der freien Meinungsäußerung, verarbeiten geschickt die Angst vor dem Stalinismus. Die Unterschiede im Eingreifen der USA und der BRD können über ihre Gemeinsamkeit nicht hinwegtäuschen: sie sind die Kräfte der Barbarei und kämpfen um deren Verlängerung. Die vor allem in der BRD verstärkt betriebene konterrevolutionäre Politik zeichnet sich dadurch aus, daß in ihr die politischen und militärischen Maßnahmen genauer aufeinander abgestimmt werden. Wer die bürgerliche Gewaltpolitik ausschließlich unter militärischen Gesichtspunkten analysiert oder wer umgekehrt in den politischen Maßnahmen die kapitalistische Gewalt nicht zu erkennen vermag, kann die präventive Konterrevolution als politisch-militärisches Projekt, als Abstimmung von Integration, Kontrolle und Vernichtung nicht begreifen.

Die Struktur des Gewaltapparates Integration Kontrolle Terror Vernichtung

Präventive und internationale Konterrevolution bedeutet

revolutionäre Prozesse zerschlagen, bevor sie sich entwickeln können, Bewegungen vernichten, bevor sie in der Bevölkerung breite Unterstützung finden, das Volk durch ein abgestuftes System von reformistischen Angeboten und selektivem Terror spalten und den gesellschaftlichen Widersprüchen damit ihre Brisanz nehmen.

Der Widerstand der Arbeiter gegen die Monotonie ihrer Arbeit wird nicht mit der militärischen Verwaltung der Fabriken beantwortet, sondern mit dem Versuch zur Bereicherung der Arbeit, der Abwechslung der Arbeitsvorgänge usw. Die Krankheitsquote soll gesenkt, der Arbeiter betriebstreuer werden. Ihnen wird Zufriedenheit eingeredet, sinnlose, entfremdete Gruppenarbeit soll mehr Spaß machen als sinnlose, entfremdete Einzelarbeit. (Wenn auch mit wechselndem Erfolg, eine Arbeiterin bei Volvo Schweden nach Einführung der Arbeitsplatzrotation

Früher haben mir immer nur die Handgelenke wehgetan, heute tut mir alles weh). Auf die Studentenbewegung wurde nur ausnahmsweise mit polizeilicher Gewalt geantwortet, viel erfolgreicher wurden die Studenten in die institutionelle Veränderung der Universität miteinbezogen, wurde Reformvorhaben Platz eingeräumt, bis sich die Bewegung totlief. Die Erfahrungen anderer Völker zeigen, wie weit diese Kompromißbereitschaft gehen kann, wie sehr auch die Herrschenden die politische Entscheidung suchen. In Nordirland suchten die Engländer mit einigen Zugeständnissen selbst die IRA als Ordnungsmacht zur Stabilisierung und Beruhigung einzusetzen. Es ist auch bekannt, wie trotz des wildesten antikommunistischen Gezeifers in Italien die KPI zur Disziplinierung der Arbeiter und Gewerkschaften benutzt wird.

Gleichzeitig wird der Bürgerkrieg vorbereitet. Das Wasser vergiften, wenn man die Fische nicht fangen kann, sagte der englische Bürgerkriegsgeneral Kitson.¹⁹ Um ihn effektiv und planvoll führen zu können, müssen die Herrschenden eine genaue Kenntnis der Gesellschaft erwerben, Denkweisen und informelle Organisation (z.B. im Betrieb) erfassen, um jeden möglichen Unruheherd von vorneherein eingrenzen zu können. Zu diesem Zweck wurde ein gewaltiger gesellschaftlicher Beobachtungs- und Bespitzelungsapparat aufgebaut. Die Kontrolle jedes einzelnen, die Erfassung seiner Lebensweise, ist das Ziel. Die Computerisierung aller persönlichen Daten, die ständig durch Kontrollen aufgefüllt werden, ist der technische Hebel dieser Entwicklung. Durch Soziogramme von Personen, die in die Gewalt abgleiten könnten, wird dies noch verfeinert. Soziogramme, die nicht nur

die Organisationszugehörigkeit berücksichtigen, sondern Freunde und Freundinnen, Verwandte, Stammkneipen, Ferientaufenthalte (z.B. in Portugal), alle medizinischen Daten usw. kurz: alles über einen Menschen.

Der Präsident des BKA, der SPD-Genosse Herold²⁰, will allen Bundesbürgern Fingerabdrücke abnehmen lassen. Die Durchsuchungsbefugnis der Bullen soll auf ganze Stadtteile ausgedehnt werden.

Gerade die Technisierung, die Entpersönlichung der Überwachung, die unmerkliche Kontrolle machen sie so schwer erfahrbar, so schwer als entscheidenden Bestandteil der herrschenden Gewalt, als die aktuelle Etappe des Bürgerkriegs zu erkennen.

Im punktuellen Terror gegen das Volk erinnert der Staat an seine Waffengewalt. Straßen- und Verkehrskontrollen mit Maschinenpistolen, Bahnhofsrazzien, Fahndungstage, Werkschutz, private Bewachungsinstitute, Kaufhausdetektive, der Terror auf Polizeiwachen gegen Betrunkene, die Ermordung von Kleinkriminellen, der Knast sollen jeden von der Allgegenwärtigkeit und Stärke des Staates überzeugen. Da, wo das Volk kämpft, vervielfacht sich die Brutalität: die Polizeieinsätze bei Ford, in Nordhorn²¹ und Wyhl sind noch in Erinnerung.

Schließlich die Verfolgung der Linken mit einer ähnlichen Abstufung des Schreckens. Für viele reichen Berufsverbot und Entlassung, für die meisten schon die Drohung damit, um ihnen jeden Gedanken an effektiven Widerstand auszutreiben. Immerhin wird so feinsinnig verfolgt, daß immer noch Bereiche für die politische Betätigung übrig bleiben wenn auch weniger wichtig. Der Einzelne wird eingeschüchtert, Organisationen nicht formell, sondern praktisch illegalisiert. Propaganda und öffentliche Diskussion werden erschwert, die militante Spitze der Linken, die Fabrik-, Häuser- und Jugendzentrenbesetzer bereits kriminalisiert. Das gesamte militärische und psychologische Arsenal der staatlichen Gewalt wird gegen die Guerilla eingesetzt; da geht es nicht mehr um den politischen Kompromiß, die Abstufung, sondern um kompletten Terror, da wird offener Krieg geführt.

Ü

Der Faschismus kommt als Strafe, wenn man die Revolution nicht vorantreibt

Manche mögen bereit sein, jede Politik zu verkraften, die nicht so grauenvoll ist, wie die der Verbrennungsöfen und Todeslager und ihre Entrüstung für die besonderen Formen des von den Regierenden vervollkommenen kriminellen Wahnsinns vorbehalten. Das Sichklammern der deutschen Linken an diese Erscheinungsform des Faschismus, das Pochen darauf, Faschismus das ist Brasilien, Spanien, Chile beweist nur, daß die Erinnerung an den Nazifaschismus in diesem Lande zu Grabe getragen wurde, ohne daß er als historische Erfahrung verarbeitet wurde.

Dieses luxuriöse Unterscheidungsvermögen kann diejenigen nicht überzeugen, die mit der gegenwärtigen Realität terroristischer Unterdrückung konfrontiert sind. Warum fragt ihr nicht, ob und was staatliche Gewalt, Konterrevolution, faschistische Unterdrückungsmethoden sind, die beiden Gefangenen Hans Rohrmoser und Heinz Detlef Krieger, die sich im Reformknast Fuhlsbüttel aus Protest gegen menschenunwürdige Behandlung erhängt haben; fragt Jürgen Bartsch, der zuerst als Monstrum von den Herren des Modell Deutschland in die Gummizelle gesteckt und unter dem Beifall der Zeitungen vergast wurde; fragt, verflucht noch mal, Ulrike Meinhof.

Warum wartet ihr auf die Einnahme des Innenministeriums durch faschistische Banden, während das Innenministerium dieses Land einnimmt und besetzt!

Aus der Geschichte lernen, heißt für die heutige Zeit zu begreifen, was Clara Zetkin²² schon 1923 erkannte

Der Faschismus ist in keiner Weise die Rache der Bourgeoisie gegen das sich kämpferisch erhebende Proletariat, historisch und objektiv gesehen kommt der Faschismus eher als Strafe, weil das Proletariat es nicht verstanden hat, die Revolution fortzusetzen.

Wir haben es nicht verstanden, die Revolte der 60iger Jahre fortzusetzen, obwohl sie politische Folgen hatte, die weit über unseren subjektiven und politisch-organisatorischen Einwirkungsbereich hinausging, die in Schüler-, Lehrlings- und Frauenbewegung, in den wilden Streiks 1973 sich fortsetzte und die Konturen eines revolutionären Blocks verdeutlichte. Was an der im wesentlichen von Studenten getragenen Revolte so ansteckend war, war die große Identität von Begreifen und Handeln. Je mehr die Linke diese Identität verliert, umso mehr fällt sie in die Bedeutungslosigkeit zurück. Es ist klar, daß diese Identität heute viel schwerer zu erkämpfen ist als 1968, aber wenn sie sich nicht eine neue, den veränderten Bedingungen angepaßte revolutionäre Praxis zurückerobert, hat sie nicht nur den Kampf um dieses Land verloren, sondern sich als Linke bereits aufgegeben und wird selbst zu einfachsten politischen Aussagen nicht mehr fähig sein. Damit meinen wir: bereits heute klammern die gängigsten Definitionen von dem, was sich in der BRD abspielt, wesentliche gesellschaftliche Bereiche und Entwicklungen aus. Zum Beispiel gibt es für das Sozialistische Büro keine Zuchthäuser in diesem Land, es gibt für sie keine psychiatrischen Anstalten, Militär und Polizei kommen nur in den Fußnoten ihrer Analysen vor, die Widerstandsformen der Stadtguerilla und der militanten Linken werden denunziert und verketzert. Anstatt die Perspektiven und praktischen Möglichkeiten des Kampfes gegen die alltägliche Repression zu überdenken, geben linke Arbeiter, Lehrer, Lehrlinge, Studenten, Sozialarbeiter dem Druck nach, geben ihn weiter, sind pünktlicher, vorsichtiger, ängstlicher, verkriechen sich in Zweierbeziehungen und lassen in Kneipen die Freiheit heimlich hochleben.

Dabei gibt es kein Warten auf die Arbeiterklasse, denn die wartet auf die revolutionäre Linke. Und appelliert nicht an die Liberalen, die werden euch nur als Opfer bejammern.

Verstopft eure Ohren für die Herrschenden, hört die Unterdrückten. George Jackson²³, erschossen in einem amerikanischen Knast, weil er klar durchgeblickt und gekämpft hat, sagt: Wenn ich den Faschismus von heute in einem einzigen Wort definieren müßte, würde ich das Wort Reform- wählen. Was er damit meint? Einst präsentierte man die Reformen als eine Brücke zu einer wunderbaren Zukunft; heute zwingt man sie auf als das Brückengeländer am Rande des Abgrunds. Wer sie ablehnt, ist gewalttätig, tollwütig, verrückt. Es ist kein Wunder, daß alle jenen Gruppen und Büros, die Repression nicht als Gewalt entziffern können, die die Dimension einer neuen konterrevolutionären Strategie nicht erkennen, auch unfähig sind, auch nur eine praktische Perspektive im Kampf gegen staatliche Gewalt anzugeben. Diese Perspektiven sollten weniger rhetorisch sein, sie sollten an den Widersprüchen des Gewaltapparates ansetzen, sie sollten auch auf individueller Ebene praktikierbar sein.

Was jeder machen kann für eine Praxis gegen Gewalt

Zunächst auf der untersten Ebene sollte jeder einzelne versuchen, staatliche Kontrolle und Überwachung zu unterlaufen, wo immer es geht. D.h. vor allem den Bullen die Erstellung von Soziogrammen erschweren, also keine Adressbücher und wenn, dann nur verschlüsselte (oder aus

dem Telefonbuch unsinnig aufgeblähte) anlegen; übers Telefon möglichst wenige, nur öffentlich bekannte Informationen weitergeben, öffentliche Telefonzellen zum Telefonieren benutzen (ist im Ortstarif 3 Pfg. billiger); Autos nicht länger so parken, daß der Aufenthalt des Besitzers daraus unmittelbar ersichtlich wird; in Kneipen nicht über Leute quatschen (sonst auch nicht!) und andere daran hindern, wenn sie es trotzdem tun!

Fragebogen, sofern man sie nicht wirklich ausfüllen muß, wegschmeißen. Im anderen Fall nur die tatsächlich überprüfbareren Angaben wie Name, Geburtstag, Wohnort usw. richtig ausfüllen, den Rest fälschen, was das Zeug hält, insbesondere Gesinnungsfragen (Sind Sie der Meinung?) Bei Verhören durch die Bullen, bei Hausdurchsuchungen, Verkehrskontrollen, Razzien und vorübergehenden Festnahmen nur die Angaben machen, um die man nicht herumkommt, nur einen Ausweis zeigen. Auf keinen Fall irgendwelche Aussagen über sich oder andere machen, auch nicht im freundlichen Gespräch, auch keine noch so belanglosen. Das gilt auch für Alibifragen, es gibt keine Verpflichtung, ein Alibi nachzuweisen. Es ist ein Fehler, wenn man meint, die Bullen durch kleine unbedeutende Informationen schneller loswerden zu können; gerade, wenn man redet, kommen die Bullen immer wieder. Wenn einem irgendwas auffällt, was auf Observationen durch die Bullen hindeutet, so schnell wie möglich öffentlich machen, verziert die Hauswände mit entsprechenden Informationen, laßt euch in den bekannten Kneipen darüber aus, zeigt den Bullen, daß ihr sie bemerkt habt, schreibt an Zeitungen und Informationsdienste, hängt an linken Treffpunkten Plakate auf usw.

Darüberhinaus gibt es natürlich zahlreiche Möglichkeiten, den staatlichen Gewaltapparat in Trab zu halten, ihn sinnlos zu beschäftigen und dadurch ein Gutteil zu destruieren.

Dem Einfallsreichtum sind hier keine Grenzen gesetzt:

Fälschen Bombenalarm geben; als Objekte bieten sich nicht nur zahlreiche Konsulate, Botschaften, Handelsvertretungen, Luftfahrtgesellschaften, Armeeeinrichtungen usw. an, sondern auch die Privatadressen renommierter Schweine.

Äußerste Vorsicht ist bei jeglicher Art von Fehlalarm am Platz. Bei telefonischer Durchsage niemals die Bullen direkt anrufen, da diese alles (wie übrigens viele Zeitungen auch) auf Band aufnehmen und Fangschaltungen haben, sondern immer nur Leute in verantwortlicher politischer Stellung.

Bei schriftlichem Fehlalarm keinesfalls die eigene Schreibmaschine benutzen, auf Fingerabdrücke achten, Briefmarken und andere Klebeflächen mit Wasser befeuchten, nicht lecken; Briefe möglichst weit vom eigenen Wohnort entfernt in den Briefkasten werfen. Die Anonymität kann man in jedem Fall damit begründen, daß man Angst vor der Rache der Terroristen habe und man wisse, daß die Polizei einen sowieso nicht schützen könne.

Kameras, die zur Kontrolle und Überwachung eingesetzt sind, mit guter Lackfarbe zuschmieren (dabei möglichst nicht in die Kamera reingucken!).

Verkehrs- und Geschwindigkeitskontrollen den Fahrern in entsprechender Entfernung durch Plakate, Lichtzeichen usw. anzeigen.

Demonstrationen und Kundgebungen dadurch unterstützen, daß man die Beweglichkeit der Bullen einschränkt. Ein abgeoffenes Auto kann eine ganze Kolonne von Bullenwagen aufhalten.

Fleißige Genoss/innen können aus Telefon- und Adressbüchern eine große Liste von Polizeibeamten und Werkschutzleuten anfertigen, diese fotografieren oder ihre Haustür mit Berufsangabe verschönern.

Bei Demonstrationen und Großfahndungen in weit entfernten Vororten die Schaufenster von Banken und Sparkassen einschmeißen. Das gibt einen hübschen Alarm und beschäftigt die Bullen ziemlich lange.

Der Kampf gegen staatliche Gewalt ist nicht die Frage von Kampagnen, von kurzfristigen politischen Höhepunkten oder der Organisierung von themenspezifischen Komitees. Der Kampf gegen staatliche

Gewalt muß vielmehr zum elementaren Bestandteil jeder politischen Initiative werden und das in doppelter Hinsicht

sowohl unter dem Aspekt der Sicherheit der in verschiedenen Bereichen arbeitenden Genoss/innen als auch unter dem Aspekt der politischen Perspektive.

Eine Betriebsarbeit, die sich die Umtriebe des Werkschutzes nicht zum Problem macht, an einzelnen Denunziationen vorbeisieht, die Spitzeldienste reaktionärer Gewerkschaftsfunktionäre bestenfalls entrüstet zur Kenntnis nimmt und sich im übrigen lediglich auf die Auswirkungen der ökonomischen Krise bezieht, entwaffnet nicht nur sich selbst, sondern auch die Arbeiter. Ebenso im Stadtteil: gerade weil hier Kontrolle schwerer durchzusetzen ist, ist es umso wichtiger. Die Kontaktbereichsbeamten bei Namen und Adresse nennen, ihre Funktion und konkrete Tätigkeit zu veröffentlichen, lokale Polizeireviere zu erkunden und darüber zu berichten, ihre Helfershelfer in der Bevölkerung zu benennen; die ortsansässigen Vertreter des Staatsschutzes zu ermitteln wie auch Richter und Staatsanwälte ihre Geschäfte nicht in Ruhe treiben zu lassen.

Das alles sind nur einige Andeutungen einer Palette von bisher ungenutzten Möglichkeiten. Dazu gehören auch:

Sammlungen für einen Fonds, aus dem die von der staatlichen Gewalt Betroffenen unterstützt werden können,

die Übernahme von Patenschaften durch Betriebs-, Schüler-, Stadtteilgruppen für einzelne Gefangene und vom Berufsverbot Betroffene, über deren Situation immer wieder berichtet werden kann, für die immer wieder etwas unternommen wird.

Die Herstellung breiter Öffentlichkeit bei politischen Prozessen, Anhörungen von Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes.

Dies alles setzt voraus, daß jede politische Organisation oder Gruppe die Sicherheitsvorkehrungen für ihre Genoss/innen zumindest verdoppelt. Es muß jedem Linken klar sein, daß Linke schon ihrer Existenz nach und nicht nur aufgrund ihrer Praxis illegalisiert werden können. Deshalb müssen die Gruppen und Organisationen nicht nur Möglichkeiten bereitstellen, um einzelne Genoss/innen zu schützen, abzusichern, materiell zu versorgen, damit sie ungebrochen Kraft zur Fortsetzung ihrer politischen Praxis haben, sie muß insbesondere Organisationsformen entwickeln, die dem Gebot der Vorsicht folgend abgeschlossen und überschaubar sind, als auch Perspektiven der Organisierung auf Massenebene mit der dafür notwendigen Offenheit aufweisen.

Diese Elemente einer politisch-militärischen Strategie und Praxis gegen den Apparat kapitalistischer, staatlicher Gewalt müssen zusammenfließen in der bewaffneten Aktion. Bewaffnete Angriffe und Vergeltungsaktionen gegen einzelne Funktionsträger des Gewaltapparates und dessen Institutionen, Gebäude usw. haben mehr als symbolischen Wert. Das Kapitalverhältnis ist ein konkretes Verhältnis zwischen Personen. Die Angehörigen des Gewaltapparates, ob sie nun in den Polizeikasernen, Gerichtssälen, politischen Entscheidungszentren, Presserräumen oder Direktionsetagen sitzen mögen, bleiben nicht anonym. Jeder Bulle, der im Vollzug seines Dienstes auf irgendwelche Menschen anlegt, muß und soll wissen, daß seine Kugeln zum Bumerang werden können.

Jeder Richter, der ein neues Terrorurteil fällt, muß wissen, daß er damit leichtfertig die Annehmlichkeiten seines Lebens aufs Spiel setzt.

Jeder Spitzel, jeder Denunziant muß wissen, daß sein Verrat auf ihn zurückschlagen kann.

Militärische Aktionen zu diesem Zeitpunkt sind eine entscheidende Möglichkeit, Resignation in Handlung umzusetzen, die Allmächtigkeit des Systems praktisch zu widerlegen, die politische Situation zu polarisieren, das Ausmaß der Repression überhaupt deutlich zu machen, den Apparat

staatlicher Gewalt gezielt an einigen Punkten zu destruieren, seine Angehörigen einzuschüchtern.

Nicht allgemeiner Aufstand, sondern langwieriger bewaffneter Kampf

Wir glauben nicht an einen ausschließlich militärischen Sieg über die staatliche Gewalt. Es wird in Europa keinen allgemeinen Aufstand geben, sondern einen langwierigen revolutionären Prozeß.

Die organisatorischen Bezugspunkte dieses Prozesses werden die Organe der Volksmacht sein, in denen sich Arbeiter, Frauen, Studenten offen bzw. halblegal organisieren können und die politisch-militärischen Kerne der revolutionären Linken, der Stadtguerilla. Die Parteien, Büros, Gruppen, in denen sich heute manche organisieren, entsprechen überwiegend diesen Bedürfnissen nicht. Weder organisieren sie eine offensive, massenbezogene Politik, noch verfügen sie über eine politisch-militärische Perspektive, Struktur, Ausbildung, die es ihnen erlauben würde, Organe der Gegenmacht zu schützen und sich selber der Repression zu entziehen, geschweige denn offensive bewaffnete Aktionen zu unternehmen.

Angesichts der Verallgemeinerung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Gewalt können sich der revolutionäre Prozeß, Massenbewegungen von Anfang an nur gegen bürgerliche Legalität entfalten, muß die Kampfform der Guerilla annehmen, dabei schrittweise Illegales, Nicht-Erlaubtes legalisierend, durchsetzend.

Fast jede Form der Aneignung von Leben: Fabrikbesetzungen, Herabsetzen von Preisen und Gebühren, kostenloser Einkauf, Widerstand gegen kapitalistische Stadtzerstörung usw. unterliegen dieser Bestimmung. Die Aufgabe der revolutionären Linken ist es dabei nicht, die Kämpfe des Volkes kommentierend zu begleiten, sondern zu zeigen, wie sie möglich sind, wie sie verteidigt werden können. Die Stadtguerilla unterstützt die Kämpfe des Volkes durch Angriffe gegen seine Feinde, baut einen illegalen Apparat auf, der neue Aktionsformen ermöglicht, entwickelt die Möglichkeiten subversiver Medienbenutzung, beschafft Informationen aus den Büros der Herrschenden. Die Stadtguerilla trägt die Momente des Antiimperialismus in die nationalen Auseinandersetzungen. In der aktuellen Situation, jetzt, wahrscheinlich für einige Jahre, geht es darum, die demoralisierenden Auswirkungen der konterrevolutionären Politik auf die Linke und die kämpferischen Teile des Volkes zu stoppen. Krisenpolitik, Arbeitslosigkeit, Verteuerung des Lebens wirksam anzugehen, die Interventionen der BRD in Europa mit dem Aufbau einer internationalen Front zu beantworten. Bewaffnete und illegale Aktionen sind dabei ein notwendiges Mittel, der Resignation entgegenzuarbeiten, die scheinbare Unverletzlichkeit und behauptete Allmacht des Systems zu verletzen, einige der Schweine zur Verantwortung zu ziehen.

Die Bourgeoisie hat die Illegalität längst gewählt, den Rechtsstaat in der Auseinandersetzung mit Revolutionären auf den Schutthaufen geworfen

Man muß so radikal sein wie die Wirklichkeit, der Kampf gegen die verallgemeinerte Gewalt ist dabei schon ein revolutionäre Moment! Ohne den Einschluß bewaffneter Kampfformen, ohne Unterstützung und Beteiligung an der Stadtguerilla bleibt nur der Weg in Reformismus oder Apathie!

Bewaffneter Widerstand gegen Faschismus und bürgerliche Gewalt!

Schafft revolutionäre Zellen!

Reaktionen auf den Tod von Ulrike Meinhof

9.5. Bombenexplosion in den Büros von Klöckner und Thyssen in Paris. Die Gruppe Solidarité Révolutionnaire übernimmt die Verantwortung

Der deutsche Staat hat gerade wieder ein Mitglied der RAF getötet. Gestern ist Holger Meins gestorben, heute Ulrike Meinhof durch Erhängen. Es geht nicht darum, aus ihnen Märtyrer zu machen, sondern durch unsere Tat und durch internationale Solidarität auf die Verbrechen aller Herrschenden zu antworten.

10.5. Bombenanschlag auf das deutsche Reisebüro in Rom, das Antiimperialistische Zentrum Holger Meins übernimmt die Verantwortung.

Brandanschlag auf das deutsche Kulturinstitut in Toulouse, das Erdgeschoß brannte völlig aus.

Straßenschlacht in Westberlin.

Brandanschlag auf ein deutsches Spezialitäten-Geschäft in Mailand.

Molotow-Cocktail gegen das Landgericht Wuppertal.

11.5. Demonstrationen in Frankfurt, Straßenschlachten in der Innenstadt. Kleine Gruppen greifen die Bullen erfolgreich an. Die Bullen greifen 14 Leute wahllos heraus, einer, dem man einen Mordversuch anhängen will, wird nach einer weiteren machtvollen Demonstration von über 7.000 freigelassen.

Sprengstoffanschlag auf die Deutsche Botschaft in Kopenhagen.

Sprengstoffanschlag auf Daimler Benz in Nimes (Südfrankreich).

Sieben Mollis gegen den Deutschen Kulturpalast Villa Massimo in Rom.

13.5. Eine Brandbombe verwüstet die Büros von Hoechst in Barcelona.

14.5. Bombenanschläge gegen Volkswagen und Bosch in Mailand, gegen das deutsche Konsulat in Venedig, gegen eine weitere deutsche Niederlassung in Neapel.

Brandanschlag auf einen Funkwagen der Bullen in Frankfurt.

Sprengstoffanschlag gegen das Stachus-Einkaufszentrum in München.

15.5. Sprengstoffanschlag der Revolutionären Zellen gegen das Oberlandesgericht Hamm als schwacher Ausdruck unserer Wut und Trauer über den von den Staatsschutzbehörden von langer Hand vorbereiteten Mord an der Genossin Ulrike Meinhof.

Molli gegen das deutsche Archäologische Institut in Rom. Brandanschlag in Sevilla.

17.5.-26.5. Molli gegen eine deutsche Autofirma in Paris.

Mollis gegen geparkte deutsche Reisebusse in Paris.

Parolen am deutschen Konsulat in Sidney, Australien.

Sieben Mollis gegen Volkswagen in Rom.

Molli gegen die deutsche Botschaft in Brüssel.

Brandanschlag auf das deutsche Konsulat in Bilbao (Baskenland). Drei Bomben gegen Volkswagen in Mailand.

Brandanschlag gegen Agfa Gevaert in Mailand.

Während der gesamten Zeit fanden zahlreiche Demos, Kundgebungen, Malaktionen in der ganzen BRD, in Dänemark, Schweden, Österreich, Italien, Griechenland und vielen anderen Ländern statt. Solidaritätsadressen treffen ein, so z.B. aus der Schweiz, Italien, Irland.

27 Gefangene im Preungesheimer Knast, Frankfurt, weigern sich am 10.5. nach der Freistunde in die Zellen zurückzugehen. Auch Gefangene in Stammheim und Köln-Ossendorf protestieren durch Sitzstreiks gegen den Mord an Ulrike. Viele Gefangene treten in den Hungerstreik. Die Preungesheimer Gefangenen verbreiten folgende Erklärung

Ulrike ist ermordet worden. Wir, hier im Gefangenenlager Preungesheim, Station V, sind nicht bereit, nichtstuend zu warten, bis wir an der Reihe sind. Selbst betroffen durch einen der unmenschlichsten Knäste und sehend, wie einzelne von uns bis zum Rand der möglichen physischen und psychischen Erschöpfung gefoltert werden, müssen wir versuchen, unser Leben, das Leben der Gequälten zu verteidigen. Wir werden uns am Montag auf dem Innenhof genannten Laufkäfig verbarrikadieren. Wir verstehen diese Aktion als Antwort auf die Ermordung von Ulrike und wollen erreichen, daß die Isolation hier aufgehoben wird Unterstützt unseren Kampf! Unterstützt alle Kämpfenden! Ulrike lebt! Die Aktionen der Preungesheimer Gefangenen wurden eine Woche lang tagtäglich durchgehalten, noch viele andere schlossen sich an.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Anschlag auf den Offiziersclub der US-Army, Frankfurt (Juni 76)

Die Revolutionäre Zelle Brigade Ulrike Meinhof hat heute in Frankfurt am Main in der Hauptzentrale der US-imperialistischen Besatzungsarmee, dem europäischen Nervenzentrum der NATO und aller US-Geheimdienste und deren Offiziersclub Bomben gelegt.

Wir verstehen diesen Angriff als Teil des weltweiten bewaffneten Kampfes gegen ein System, das in den 200 Jahren seines Bestehens Millionen Menschen vernichtet, Völker ausgerottet, Kontinente versklavt und die ganze Welt ausgeplündert hat.

Wir verstehen unseren Kampf als den eines kolonisierten Volkes, dessen Territorium von der bundesdeutschen Regierung dem US-Imperialismus als Hauptversorgungsgebiet und als militärische und strategische Zentrale für die Unterwerfung und Vernichtung der europäischen Völker, der Völker des Nahen Ostens und während des Indochinakriegs, der Völker des Fernen Ostens bereitgestellt wurde. Darüberhinaus wurde der USA das bundesdeutsche Gebiet von der eigenen Regierung als Übungsgelände, Waffenlager (H-Bomben) und als Aufmarsch- und Kriegsgebiet für den atomaren Präventivschlag zur Verfügung gestellt. Deutlicher kann die imperialistische Komplizenschaft zwischen den Systemen BRD und USA nicht gezeigt werden. Es ist das Bündnis der Kräfte der Barbarei, in dem die bundesrepublikanische Regierung der nuklearen Vernichtung ihres ganzen Landes und der totalen Vernichtung des gesamten ihr unterworfenen Volkes zustimmt.

Wir sehen in unserer Aktion die Fortsetzung des bewaffneten antiimperialistischen Kampfes unserer Brüder und Schwestern, die in den Vernichtungslagern Stuttgart-Stammheim, Köln-Ossendorf usw. gefangengehalten werden oder vom deutsch-amerikanischen Imperialismus ermordet wurden, wie die Revolutionäre

Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weissbecker, Holger Meins, Katherina Hammerschmidt, Werner Sauber, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Ulrike Meinhof

Erklärung einer Revolutionären Zelle zum Tod von Buback (April 77)

Zur Hinrichtung Bubacks

Heute morgen um 9.15 Uhr wurde der Generalbundesanwalt Siegfried Buback auf der Fahrt zum Bundesgerichtshof durch mehrere Schüsse hingerichtet.

Dienstag abend warnte Buback noch vor neuen terroristischen Aktivitäten Seine Warnung wurde nicht erhört! Buback ist Hauptverantwortlicher für

die Morde an Ulrike Meinhof, Holger Meins, Siegfried Hausner

die menschenvernichtende Isolationsfolter in den Knästen

die Verteidigerausschlüsse in politischen Schauprozessen

die Gleichschaltung der Medien in der Berichtserstattung

über den revolutionären Kampf.

Buback spricht offen aus, was seine Praxis ist Wenn Sie eine gesetzliche Regelung haben und sie mal strapazieren müssen, funktioniert sie ja meistens doch nicht. (Spiegel-Interview; 16.2.76)

Wir lernen von Buback, daß nicht die Theorie (also das Gesetz), sondern die Praxis verändert; das Gesetz ist für ihn einzig propagandistischer Nährboden für faschistische Politik. Viele Genossen werden sagen, daß sich praktisch durch die Aktion nichts verändert hätte, immerhin würde ja ein Nachfolger (wenngleich jetzt mit gemischten Gefühlen) Bubacks Funktion weiter erfüllen. Wir sagen euch den bewaffneten Kampf kann man nicht in der Theorie vorbereiten, weil man ihn nicht in der Theorie durchführen kann. Wir sind jetzt natürlich nicht in der Lage, eine Festung wie Bonn zu stürmen, aber die Bewegung wird nicht durch Theoretisieren größer, sondern durch revolutionäre Praxis.

35 politische Gefangene befinden sich zur Zeit im Hungerstreik, gegen Isolation, für Zusammenlegung als Kriegsgefangene nach der Genfer Konvention 1949. Die Aktion in Karlsruhe unterstützt offensiv den Kampf der gefangenen Genossen Kröcher²⁴ und Adomeit²⁵ aus Stockholm.

Revolutionärer Kampf ist nicht legal zu führen, weil in der Legalität notwendig die Anpassung an herrschende Spielregeln besteht. Daher ist praktischer Widerstand nur in der Illegalität möglich.

Organisiert euch in Kampfgruppen!

Schafft viele revolutionäre Zellen!

Schafft viele Bubacks!

Eine 2. Erklärung zum Tod Bubacks (April 77)

Es traf Buback genau im richtigen Augenblick

Damit ist der Mythos von der Unverletzlichkeit des Polizeistaates ins Wanken gekommen. Europas Spezialist Nr. 1 im Weiterentwickeln der Counter Insurgency gegen alle, die sich zur Wehr setzen gegen das System der Unmenschlichkeit, wurde unschädlich gemacht. Counter Insurgency made in Germany ist mittlerweile zum begehrten Exportartikel für Unterdrücker in aller Welt geworden. Pinochet schickt den KZ-Leiter Kraushaar in die BRD zur Weiterbildung, Uruguays Militärgorillas rühmen die deutsche Methode als die erfolgreichste und gründlichste, in den Ausbildungsakademien des deutschen Staatsschutzes geben sich die Faschisten aller Welt die Hand, um sich auf den neusten Stand der konterrevolutionären Technik zu bringen.

Gleichzeitig versuchte Buback die politische Verteidigung mit allen Mitteln seiner psychologischen Kriegsführung auszuschalten: Verteidiger wurden verhaftet, Kronzeugen präpariert, in den Knästen jedes Wort abgehört ...

Und die ersten Erfolge zeichnen sich bereits ab: Einige Verteidiger biedern sich in widerlichen Schreiben dem Rechtsstaat an, denunzieren damit die anderen als Komplizen und die Guerilla als durchgeknallte Irre. Und das gerade während des Hungerstreiks, in dem die gefangenen Revolutionäre mit der letzten Waffe, die ihnen geblieben ist, gegen ihre Vernichtung kämpfen.

Deswegen finden wir die Hinrichtung des obersten Staatsschützers zu diesem Zeitpunkt richtig besonders für die in den Knästen kämpfenden Genossen.

Wir freuen uns zusammen mit vielen legalen und illegalen Genossen über diese gelungene Aktion!!!

Aktion gegen den Zwangsverteidiger Heinz Peters, Düsseldorf (Februar 77)

Die revolutionäre Zelle Kommando Siegfried Hausner übernimmt die Verantwortung für den Brandanschlag auf den Wagen des im Düsseldorfer Prozeß gegen das Kommando Holger Meins beigeordneten Zwangsverteidigers Heinz Peters.

Dies ist die einzige Warnung. Sie ist gleichzeitig die Aufforderung an Peters und die drei anderen Zwangsverteidiger Herdegen, Passhaus und Münstermann, ihre Entpflichtung zu beantragen. Die Zwangsverteidiger haben sich für 750, DM pro Verhandlungstag kaufen lassen, die Arbeit des Staatsschutzes und der Bundesanwaltschaft zu unterstützen

Sie wissen, daß es das Ziel des Staatsschutzes ist, durch Berufsverbote, Kriminalisierung und Verhaftungen der Vertrauensanwälte die politische Verteidigung der gefangenen Revolutionäre auszuschalten.

Sie wissen, daß es zur Strategie des Staatsschutzes gehört, die Vertrauensanwälte auf die kalte Tour aus dem Verfahren rauszuschmeißen, weil das Gericht sie nicht als Pflichtverteidiger beordnete und sie alle Auslagen das sind nach unserer Berechnung ca. 5.000 DM monatlich aus eigener Tasche finanzieren müssen.

Sie wissen, daß sie eine Feigenblattfunktion für die Bundesanwaltschaft ausüben, die seit Jahren versucht, durch psychologische Kriegsführung, Isolationsfolter und indirekte bzw. direkte Hinrichtungen wie z.B. an Katharina Hammerschmidt, Holger Meins, Ulrike Meinhof und Siegfried Hausner die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen.

Sie wissen, daß die Bundesanwälte Kräger und Nehm, die in Düsseldorf die Anklage vertreten, für den Mord an Siegfried Hausner verantwortlich sind. Siegfried Hausner ist von schwedischen Bullen halbtot geschlagen worden, nachdem die deutsche Botschaft in Stockholm von einer Spezialeinheit des deutschen Staatsschutzes in die Luft gesprengt worden war. Durch massives persönliches Eingreifen von Außenminister Genscher²⁶ und auf Anordnung von Nehm wurde Siegfried Hausner obwohl absolut transportunfähig in die BRD ausgeliefert. In Stammheim ließen sie ihn dann langsam krepieren, weil er über den Hergang der Sprengung hätte Aussagen machen können.

Sie wissen, daß sie die Arbeit des Staatsschutzes und der Bundesanwaltschaft verrichten, indem sie Faschisten wie de Boor, der unter Hitler Versuche an Menschen gemacht hat, als Gutachter für die Verhandlungsfähigkeit unserer Genossen beantragen und indem aufgrund der Informationen von Peters Hetzartikel gegen das kollektive Verteidigungskonzept der Gefangenen und ihrer Vertrauensanwälte geschrieben werden.

Unsere Aktion richtete sich nicht nur gegen eine einzelne Person, sondern gegen die Vernichtungsstrategie des Staatsschutzes gegenüber den revolutionären Kämpfern allgemein. Das Statut der Zwangsverteidigung ist ein Teil dieser Strategie.

Wir erklären ausdrücklich:

Unser Haß richtete sich nicht gegen die Zwangsverteidiger und ihre Nachfolger als Personen wenn sie aber nicht sofort ihre Bullenarbeit beenden, werden wir sie liquidieren während der Prozeß läuft oder später den Zeitpunkt bestimmen wir. Familienangehörige oder Angestellte der Zwangsverteidiger haben von uns zu keiner Zeit was zu befürchten.

Solidarität mit gefangenen Revolutionären kann nur heißen Ihre Politik konsequent fortsetzen !

Schafft viele revolutionäre Zellen !

Wir werden Menschen sein.

Aktion gegen die Anwaltskammer Frankfurt (März 77)

Wir haben in der Nacht vom 23. zum 24. März das Büro des Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Frankfurt mit etwas Sprengstoff renoviert.

Die Anwaltskammern sind die Komplizen der Bundesanwaltschaft. Sie lassen sich instrumentalisieren für deren Interesse an der Ausschaltung der wenigen Verteidiger, die versuchen, gegen psychische und physische Vernichtung von gefangenen Guerillas wenigstens zeitweise anzukämpfen. Rechtsanwalt Schmalz ist der Repräsentant der Präsident einer dieser Institutionen. Die Anwaltskammer FFM engagiert sich unter seiner Führung ganz besonders bei der Unterdrückung von Verteidigern. Sie hat dafür gesorgt, daß Knöss und Dux²⁷ erst gar nicht als Anwälte zugelassen sind, daß gegen alle Anwälte in ihrem Zuständigkeitsbereich Golzem, Heldmann²⁸, Kopp, Oberwinter, Reidel, Plottnitz, Temming -, die irgendwann mal versucht haben, sich der Vernichtungsstrategie gegen die RAF entgegenzustellen, ehrengerichtliche Verfahren eingeleitet, durchgeführt und abgeschlossen werden. Die Unterdrückung hat ihren Zweck beinahe erreicht politische Verteidigung ist nahezu am Ende.

Die Linke hat größtenteils nicht begriffen, daß Knöss nicht wegen seiner Unangepaßtheit Berufsverbot hat. Sie hat immer noch nicht begriffen, daß Knöss nur bestraft wurde, weil er sich mit am konsequentesten gegen die Vernichtung der Gefangenen aus der RAF in den Prozessen und außerhalb gewehrt hat. Nicht der Mike der Linken wurde abgeschossen, sondern ein Verteidiger, der besser als sein politischer Zusammenhang verstanden hat, daß es um die politische Identität und das Leben von gefangenen Guerillas geht und der diese Einsicht konsequent in seiner Verteidigung versucht hat praktisch zu machen.

Wir haben uns aus Anlaß von Knöss` Nichtzulassung entschlossen, gegen die Vollstrecker der Staatsschutzinteressen in den Anwaltskammern vorzugehen. Sie haben mit dafür gesorgt, daß der Staatsschutz, Abwehrdienste, Landes- und Bundesminister bis zum Kanzler sich um die letzten Rechtsgarantien gegenüber Verteidigern, vor allem gegenüber gefangenen Guerillas einen Dreck scheren.

Es gibt viel zu renovieren!

Schafft 1,2,3, ... Revolutionäre Zellen!

Aktionen gegen Zwangsverteidiger in Westberlin (Mai 78)

In Anbetracht der Tatsachen,

daß gegenwärtig in einem weiteren großen Prozess²⁹ gegen die Guerilla in der BRD und Westberlin versucht wird, den bewaffneten sozialrevolutionären Kampf zu kriminalisieren, indem die Staatsschutzorgane ihn durch die Mühlen der Justiz zu drehen versuchen,

daß der Versuch unternommen wird, die Vernichtung der gefangenen Genossen zu legalisieren im Rahmen von Haftbedingungen und Kontaktsperregesetz,

daß der Prozeß im Rahmen des BAW-Konzepts still und reibungslos über die Bühne gehen soll und deshalb die Wahlverteidiger diskriminiert und die Öffentlichkeit eingeschränkt wird,

daß die Zwangsverteidiger nur dazu dienen, dem Prozeß ein Deckmäntelchen von bürgerlicher Legalität zu geben und daß ihre Mitwirkung im Falle eines Ausschlusses von Wahlverteidigern und gefangenen Genossen einen Geisterprozeß ermöglichen wird,

daß die Zwangsverteidiger also Bullenfunktion erfüllen,

haben wir auf Hohlas Beine geschossen und Krummheures Karre garniert.

Die Zwangsverteidiger sollen wissen, daß sie nicht auf Kosten der gefangenen Genossen das grosse Geld kassieren können.

Sollten sie weiterhin auf diese Art die dicke Kohle machen wollen, werden sie mit weitergehenden Konsequenzen als jetzt zu rechnen haben

Solidarität mit den Gefangenen!

Den bewaffneten Kampf entwickeln!

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 3 Mai 1977

Gegen den Mythos vom bewaffneten Kampf

Was wir uns bei der ganzen Sache eigentlich denken, fragen viele. Nun, wir glauben, daß wir durch unsere Aktionen und ihre Erklärungen, durch unsere Zeitungen und das Interview auf das geantwortet haben, worauf wir ne Antwort wissen und das ist eine vorläufige.

Das Seltsame ist, daß sowohl unsere Praxis als auch unsere Theorie die Fragesteller überhaupt nicht interessieren, denn sie sind mit ihrer Antwort längst fertig. Sie haben sich ein Monster aufgebaut, das sie Bewaffneter Kampf nennen und das sie gemeinsam zu erlegen trachten. Der Bogen derjenigen, die da am Schreibtisch gemeinsam auf die Jagd gehn, ist wahrscheinlich weit gespannt und scheinbar unversöhnliche Gegner finden doch wieder ihren gemeinsamen Nenner

Unter der perfekt sitzenden Maske des Samariters und Menschenfreundes zeigt sich die Fratze des Terroristen, der über Leichen geht Hamburger Abendblatt vom 10./11. Mai 1975 über K.H. Roth³⁰

Vorn das lichte Antlitz des heldenhaften Widerstandskämpfers, hinter dem aber bereits die Fratze des Bullen der zukünftigen Volkspolizei zum Vorschein kommt. (Joschka Fischer³¹ in Autonomie 5, S. 55)

Woher rührt diese Hysterie, die einen Joschka Fischer bei Axel Springer Zuflucht suchen läßt? Warum können in diesem Land so viele Widerstand nur als Gerücht diskutieren, als Gerücht vom bombenden, ballernden Django zum Beispiel, der seinen Sarg hinter sich herzieht (Todestrip)? Weil diese Wichsvorlage, an der man sich immer wieder voll Schauern einen runterholen kann, die Funktion hat, die konkrete Fragestellung zu verhindern

Ist es richtig, daß versucht wird, gefangene Revolutionäre rauszuholen? Ist es richtig, daß US-Kasernen brennen? Sollen wir Fahrscheine lieber bezahlen als nachdrucken oder die Automaten abbrennen? Sollen wir Schwarzfahrerkarteien lieber vervollständigen statt anzuzünden? Ist es richtig, Bauspekulanten anzugreifen? Das heißt die Frage konkret gestellt. (Welch irres Interesse es daran gibt, die Diskussion genau darüber nicht zustande kommen zu lassen, kann man daran ablesen, daß man sich selbst nicht scheut, die Hygiene gegen den Bewaffneten Kampf ins Feld zu führen: da wird dringend geraten, sauber zu bleiben, sich sozusagen täglich die Hände in Unschuld zu waschen, denn wer kämpft, wird von den Bullen infiziert.)

Die Frage konkret zu stellen, heißt: sie zu beantworten so oder so.

Wer nicht antworten will, produziert Gerüchte, die sich inzwischen zu einem handfesten Mythos ausgewachsen haben: für die einen ist der Bewaffnete Kampf die aktuelle Verkörperung des Leibhaftigen, etwas Fürchterliches, es läuft ihnen schon beim Gedanken daran eiskalt den Rücken runter. Für die anderen ist er das absolut Größte, sowas wie ein Glaubensbekenntnis, ein Werk von Giganten eben auch nur ein Mythos !

Dieser Mythos, negativ aber auch der positiv besetzt, hat die Funktion aus der selbstverständlichsten Geschichte der Welt, daß der Unterdrückte Widerstand leistet und zwar nicht nur mit dem Maul eine übermenschliche, auf jeden Fall eine nicht machbare Angelegenheit zu machen.

Die Existenz der Stadtguerilla hat diesen Mythos nur wieder aktualisiert. Gewachsen ist er in den jahrhundertelangen Niederlagen des deutschen Volkes der Bauern, der Arbeiter, der Frauen, der Alten, der Kinder, der Minderheiten (wie der Juden) gegenüber Herrschaft in jeder Form.

Alle Herrschaftsverhältnisse kommen auf Dauer nicht mit der physischen Unterwerfung der Menschen aus, sie müssen sich in den Köpfen und Seelen einnisten sie kolonisieren. Hat in der Vergangenheit diese Funktion im wesentlichen Religion übernommen, so ist das heute zu einem harten Job für ein Millionenheer von Richtern, Journalisten, Technikern, Wissenschaftlern, Meistern, Mediziner, Beamten, Psychiatern geworden. Die Produktionsverhältnisse, die Wohn- und

Schulverhältnisse, die Lebens- und Sterbeverhältnisse sind so organisiert, daß sie nicht nur tägliche Zerstörung produzieren, sondern auch das Gefühl des Unabänderlichen, Ewigen den Mythos von der Macht.

Die Macht und ihr Mythos halten die ihr unterworfenen Menschen im Status von Kolonisierten. Der Kolonisiertenstatus ist eine Neurose. (Sartre) Eine Neurose, die ständig die Lebenskraft der Menschen untergräbt, sie an ungelebten Möglichkeiten, an den täglich erduldeten Niederträchtigkeiten ersticken läßt, so wie die Verschmutzung in einem See den Sauerstoff bindet, den die Fische zum Leben brauchen. Das Ergebnis ist die massenhafte Auflösung von Personen, das Auseinanderbrechen von Identitätsresten plastic people geladen bis zum Zerbersten mit Furcht und Aggressionen. Diese zurückgehaltene Wut dreht sich, wenn sie nicht ausbricht, im Kreis herum und richtet unter den Unterdrückten selbst Verheerungen an. (Sartre). Man braucht sich nur in der deutschen Linken umzusehen und man stößt überall auf die katastrophalen Spuren dieser verinnerlichten Revolte. Wer die Macht und die Herrschaft nicht mit seinen ganzen Fähigkeiten angreift, sich nur wegduckt, wie die Alternativbewegung, der strickt selber mit am Mythos von Macht und damit auch an seiner Entsprechung: dem Mythos vom bewaffneten Kampf.

Denn wer Herrschaftsverhältnisse nicht angreift, erklärt sie dadurch praktisch für unangreifbar, egal, was er sich theoretisch dazu denkt. Folglich können die, die sie mit Erfolg angreifen, keine normalen Menschen sein. Deutlich wird das bei der Lorenz-Entführung: da ist von eiskalten, frechen Spezialisten die Rede, von Politprofis, von genialen Strategen ... kurzum von bermenschen, von Monstren. Die Niederlage, die der Revolutionär Illich Ramirez Sanchez³² einigen Herrschaften bereitet hat, versuchen sie in ihrer Beweiskraft dadurch zu entschärfen, daß sie sie zu den Geniestreichen eines Phantoms verzerren des Phantoms Carlos. Dieses Verfahren wird grundsätzlich jeder erfolgreichen Aktion gegenüber angewandt: erfolgreicher Widerstand wird an Ort und Stelle zur Legende verarbeitet zum Werk von ber- oder Untermenschen, jedenfalls nicht von Menschen gemacht. Für die Unterdrückten gilt also weiterhin: Widerstand liegt nicht im Bereich des Menschenmöglichen, Herrschaftsverhältnisse sind unabänderlich, daher unangreifbar.

Die ETA³³ sagt dazu, wie sie Carrero Blanco³⁴ in den Himmel hat fahren lassen, folgendes

Zusammenfassend kann man sagen

es ist nicht notwendig, Bergbauingenieur zu sein, um einen Tunnel zu graben, noch muß man Sprengstoffspezialist sein, um das Pflaster in die Luft zu jagen, ebensowenig ist es notwendig, Spezialist für Optik zu sein, um ein Auto so hinzustellen, daß man eine Stelle markiert und jemanden hinzustellen, der ein Zeichen gibt. Anders gesagt, man muß die Mythen vernichten. Niemand ist ein Gott und braucht das zu sein das ist das Werk ganz normaler Leute ...

Die Entmenschlichung der Revolutionäre, ihre Vertierung oder Gigantisierung, diese beiden Varianten der Mythologisierung, ist die klassische ideologische Waffe der Konterrevolution. Die Linke macht diese Dreieinigkeits noch komplett, indem sie den Mythos von den Politruks³⁵ dazusteuert, die sich gegenseitig und ihre Umwelt mit einem abstrakten, todeswütigen politischen Leistungsdruck erpressen, funktionalisieren, verheizen.

Keiner soll sich in den Revolutionären wiedererkennen. Denn sich mit uns identifizieren, heißt zu begreifen, daß Revolution immer ist, daß es kein vor der Revolution und kein nach der Revolution gibt. Selbst wenn sich die revolutionären Kräfte nicht mehr rühren, findet Revolution statt, nämlich Konterrevolution. Es gibt in den Beziehungen zwischen Herrschenden und Beherrschten keine Sekunde von Stillstand. Jede Lebensäußerung eines Menschen ist von diesem Krieg geprägt: sie hat entweder den Charakter des Hinnehmens oder den Charakter des Aufbegehrens, dazwischen gibt es nichts. Oder anders ausgedrückt: man kämpft entweder gegen dieses System oder man wird vom System gelebt.

Wer kämpft, steht auf der Liquidierungsliste dieses Staates. Wer nicht kämpft, stirbt

systemimmanenten Erstickungstod. Wer uns also Todestrip vorwirft, hat sich für letzteres entschieden und zwar kampfflos, während wir mit allen Mitteln um unser physisches und psychisches Leben kämpfen.

Denn Leben muß erst erkämpft werden, es muß Stück für Stück aus den Krallen des Molochs zurückerobert werden.

Denn wir tragen alle das Kainsmal der Kolonisierten: Angst, Scham, Konkurrenz, Neid, Brutalität vermengt mit Sentimentalität ... Und nur durch die radikale Negation all dessen, was man aus uns gemacht hat, werden wir Menschen werden, werden wir leben lernen. Das bedeutet: Um gegen den Feind zu kämpfen, müssen wir gegen uns selbst kämpfen. Beides ist ein und dasselbe. (Sartre) Und das, was uns treibt, ist eine Ahnung davon, was Menschen sein könnten, was autonome Völker sein könnten. Wenn wir Chile³⁶ erleben, wenn wir Portugal erleben, wenn wir Tel Saatar³⁷ erleben, wenn wir Stammheim erleben, wenn wir Brokdorf³⁸ erleben, dann wissen wir, daß der unversöhnliche Haß auf diese Menschen- und Völkerfresser in all unserer Verstümmelung das Menschlichste in uns noch ist.

Diese ununterdrückbare Gewalt ist kein absurdes Unwetter, auch nicht das Wiederaufleben eines Ressentimentes: Sie ist nichts weiter, als der sich neu schaffende Mensch! (Sartre³⁹) Wir behaupten, daß jemand, der nicht mit all seinen Kräften, Fähigkeiten, seiner Phantasie, seinen Gefühlen, seinen Möglichkeiten den Kampf gegen dieses Menschenfressersystem aufnimmt und zwar mit der Perspektive, das Leben zu gewinnen, d.h. sich bewaffnet ein Kolonisierter bleibt, ein vom System gelebter. Und wir behaupten weiterhin, daß der bewaffnete Kampf im Rahmen der Möglichkeiten jedes Menschen liegt. Das wissen wir, weil wir es an uns selbst praktisch erfahren haben. Nichts macht einen Menschen mehr fertig, als die weltweiten, die großen und die kleinen Niederträchtigkeiten hinnehmen zu müssen, weil die Angst vor dem Zorn der Staatsgewalt größer ist, als die Angst, an der eigenen schrittweisen Korrumpierung allmählich zu ersticken. Wir haben auch Angst, denn was dieses System an Verfolgung, Folter, Vernichtung denen zgedacht hat, die es angreifen, ist wahrlich furchterregend.

Zu Revolutionären gehört die Angst wie der Zorn und ihre Entschlossenheit, sich als Menschen neu zu schaffen, in den Metropolen anzugreifen und damit den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus zu unterstützen. Wir müssen mit dieser Angst umgehen lernen und sie nicht wie einen dunklen Fremdkörper verdrängen. Denn verdrängte Angst macht ängstlich, irrational, durchgeknallt. Angst, die man gelernt hat, in den Griff zu kriegen, die einem nicht mehr fremd ist, macht cool, zuversichtlich und fürsorglich untereinander (weil wir sie nicht mehr gegenseitig ausspielen). Ein wesentlicher Schritt vom angstkranken Untertan zum neuen Menschen.

Aus diesen praktischen Erfahrungen heraus glauben wir auch nicht an jene Zärtlichkeit, an jenes neue Verhalten untereinander, das ein Teil der Linken zur Zeit propagiert, weil es als Alternative zum Kampf propagiert wird. Das ist eine Zärtlichkeit, die keinem Druck standhält, ein Verhalten untereinander, das von Betulichkeit strotzt kurzum: man bestätigt sich furchtbar lieb und verständnisvoll in dem, was man/frau ist.

Offener Brief an alle Genossen, die noch bei Verstand sind

Im Dezember hat sich irgend jemand hingesetzt, einen Offenen Brief an alle Genossen aus der RAF verfaßt und ihn mit RZ unterschrieben. Rausgekommen ist dabei eine schwer erträgliche Mischung aus naßforschem Gerotze und weinerlichem Anbiedern, aus widerlicher Autoritätsgläubigkeit und frecher Denunziation. Kurzum

die hinterhältigste Abgrenzung gegenüber der in den Knästen kämpfenden Guerilla, weil dazu auch noch behauptet wird, sie käme von der Guerilla draußen.

Beachtlich ist auch die Verwertung dieses Briefes durch das Hamburger SPD-Verfassungsschwein

Horchem. In einem am 20. Januar in der Welt auszugswise veröffentlichten Gespräch erwähnt Horchem diesen Brief, zitiert aus ihm

Ihr (die RAF) seid nicht mehr unsere Genossen, sagt, daß man dieser Auseinandersetzung im Untergrund große Bedeutung beimesse. Natürlich könnte dieser Brief von den Bullen selbst sein, denn das ist ihr Geschäft. Viel schlimmer ist jedoch, daß er auch aus der Linken kommen kann, denn die Reaktionen darauf beweisen, daß so macher seinen eigenen Kopf darin wiedererkannt hat, sein eigenes Verhältnis zu den gefangenen Revolutionären, das sich zwar gerne kritisch-solidarisch nennt, aber doch nichts anderes als Denunziation ist.

Denn solange ein Mensch nicht kämpft, muß er denjenigen, der es tut, als ständige Anklage empfinden, als Bedrohung seines Arrangements mit der Macht. Im Besonderen gilt dies gegenüber den gefangenen Revolutionären, die man nur als lästiges schlechtes Gewissen mit sich rumschleppen kann, oder am liebsten verdrängt. Weil man weiß, daß man sie ständig verrät, indem man immer noch zuschaut zu dem Kampf, der schon lange angefangen hat. Weil man nicht konkret, praktisch auf ihrer Seite steht, sondern sich lieber ängstlich und gefrustet zwischen den Fronten rumdrückt, kann aus Solidarität nur schlechtes Gewissen, aus Kritik nur Denunziation werden.

Die alte Methode, die eigenen Niederlagen, die eigenen Widersprüche, die eigenen unverdauten Geschichten der Guerilla auf den Tisch zu knallen, zu versuchen, die gute RZ, den frechen 2. Juni und die böse RAF gegeneinander auszuspielen, ist bullig. Bullenmethode ist es auch, in seiner Abrechnung mit der Guerilla deren Namen zu benutzen

auf die gleiche Weise, wie das MEK seine Bahnhofsbomben als RAF-Aktionen ausgeben möchte, so behauptet dieser Brief gegen die Guerilla von der Guerilla zu sein.

Wir halten ihn für einen ersten Schritt, um eine wirkliche Provokation vorzubereiten. Der Brief kommt zu einem Zeitpunkt der Konsolidierung der RZ, der Erweiterung unseres Aktionsniveaus, der Zahl unserer Gruppen und Genossinnen und Genossen. Seit unseren ersten Aktionen 1973 und inzwischen sind es an die 40 ist es dem Staatsterror bis heute nicht gelungen, unsere Struktur und Logistik aufzurollen, uns zu finden. Unsere politische Basis hat sich erweitert und gefestigt, das geht auch an den Bullen nicht spurlos vorüber. Dieser Brief könnte ein erster Schritt dazu sein, durch eine politisch sinnlose und massenfeindliche Provokation unsere politische Basis zu verunsichern und die Glaubwürdigkeit unserer Organisation zu erschüttern.

Wir können solche Briefe und schlimmere Provokationen nicht verhindern. Daß sie möglich sind und zum Teil ernst genommen werden, liegt nicht an unserer Politik. Sie können nur den verwirren, der sich noch nicht entschieden hat, der zwischen den Fronten laviert, der ohne das Korrektiv der Praxis immer wieder auf seinen kolonisierten Kopf hereinfällt. Hereinfällt auf das uralte Staatsschutz- und BILD-Argument vom hierarchischen Gefälle innerhalb der RAF: Baader läßt die Puppen tanzen. Das Verhältnis in bewaffneten Gruppen hat nichts von Funktionalisierung und autoritärer Fixierung, es gibt keine Lehrer/Schüler-, Vater/Sohn/Tochter-, Meister/Lehrling-Verhältnisse bei uns, bei der RAF, bei der Bewegung 2. Juni. Stadtguerilla beinhaltet, daß jeder einzelne in dieser Bewegung politisch-militärisch ausgebildet sein muß, daß er in der Lage sein muß, selbständig die politischen und technischen Probleme bewaffneter Angriffe zu lösen, daß er im Notfall völlig auf sich allein gestellt weitermacht, eine neue Gruppe aufbaut, Funktionen anderer übernimmt. Das, was es an autoritären Fixierungen, an Mackertum, an Funktionalisierungstendenzen, an falscher Arbeitsteilung auch in den Kollektiven der Guerilla gibt, ist Gegenstand andauernder Kritik und Auseinandersetzung. Weil wir mit solchen Verhaltensweisen nicht lange überleben würden, weil so keine Kollektivität entstehen kann. Und das ist Existenzbedingung von Guerilla.

Wir sind als Organisation auch kein Teil der sogenannten undogmatischen Linken⁴⁰ und haben zum Teil scharfe Kritiken an der Entwicklung dieser Bewegung. Die RZ sind Teil der bewaffneten Linken:

unsere Aktionen und Stellungnahmen zielen nicht nur auf den Imperialismus, auf Ausbeuter und Unterdrücker, auf den Repressionsapparat, sondern sind auch innerhalb der Linken Anlaß von Auseinandersetzungen, sowohl ein Moment der Vereinheitlichung, als auch der Polarisierung, ein notwendiger Bestandteil revolutionärer Perspektive.

Als nächstes dann die Behauptung, die Genossen der RAF seien für ihre (politische) Isolation, Isolation im Knast und in der Linken selbst verantwortlich. Jeder, der aufsteht und kämpft, ob in der Stadtguerilla oder in der KKW-NEIN-Bewegung oder im Betrieb, ist isoliert und gehört zu einer identifizierbaren, kleinen gesellschaftlichen Gruppe. Wie schwer es zudem ist, innerhalb der Linken eine kontinuierliche politische Diskussion zu führen, ist bekannt: dies den RAF-Genossen als Problem zuzuschreiben, ist schon eine kranke Verdrehung.

Gegenüber dem von der RAF geplanten Hungerstreik hat der Brief eine ganz klare Funktion: Wenn selbst die Stadtguerilla (in diesem Fall angeblich die RZ) ihren gefangenen Schwestern und Brüdern die Unterstützung verweigert, wer soll dann noch einen Hungerstreik unterstützen? Anstatt über die Forderungen der Gefangenen zu diskutieren, wird von vorneherein die politische Basis für die Durchsetzung solcher Forderungen zersetzt, gespalten, abgewiegelt. Wie kaputt muß man selbst sein, um glauben zu können, wir würden den Genossen, mit denen wir gekämpft und gelebt haben, die für uns Leben und Freiheit eingesetzt haben, die uns fehlen, mit denen wir besser kämpfen könnten, in den ihnen noch verbliebenen Widerstandsmöglichkeiten im Stich lassen.

Ungeachtet aller Differenzen, die sich aber anders als in der legalen Linken nicht in gegenseitiger Lähmung, sondern in unterschiedlicher Akzentuierung von Elementen des bewaffneten Kampfes auswirken, sind wir ohne Einschränkungen solidarisch mit allen Schwestern und Brüdern der bewaffneten Linken, mit all ihren Widerstandsformen. Und für die gefangenen Genossinnen und Genossen gilt: sie herauszuholen, damit sie wieder auf allen Ebenen ihre Widerstandsmöglichkeiten zurückgewinnen. Die Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Gruppen der Stadtguerilla (nicht über die Politik der Stadtguerilla) sind intern und nicht öffentlich: sie werden praktisch in unterschiedlichen Aktionsformen und -zielen. Nur dadurch sind sie überhaupt wichtig.

Zwei wesentliche Argumente des Briefes stoßen auch deshalb auf Unterstützung und Resonanz, weil sie an Diskussionen innerhalb der Linken anknüpfen, die ihren Ausdruck fanden in dem Buch von Peter Brückner über unsere Schwester Ulrike und in dem Beitrag einiger Obermacker zum Pfingstkongreß gegen Repression. Brückner, dessen politischer Identitätsverlust als Banalität, Seichtheit und Geschwätzigkeit in Erscheinung tritt, und der Frankfurter Depressionsbeitrag erfüllen die gleiche Funktion wie der Brief an die RAF. Das, was bei Brückner⁴¹ platonisches Konzept vom Menschen, Entäußerung von sich selbst, Nietzscher⁴² Heroenkult genannt wird, heißt bei den alternativen Lebenskünstlern schlichtweg Todestrip, im offenen Brief selbstverständlich Isolation. Verwischt wird durch diese These, die besagt, daß Stadtguerilla gleichbedeutend sei mit Selbstinstrumentalisierung, mit Liebesverzicht, mit Verrohung der Verkehrsformen, mit der Abstraktion von eigenen Bedürfnissen usw. ein einfaches Problem: die RZ und die bewaffneten Gruppen kämpfen nicht gegen das Leben, sondern dafür, daß es massenhaft möglich wird.

Die Revolte, die Auflehnung das ist Leben. Der Kampf gegen die Maschinisierung des Menschen ist Leben. Den Unterdrücker zu ermorden, ist Leben. Todestrip ist es, Unrecht, Ausbeutung, Erniedrigung jammernd hinzunehmen, mit neuer Sinnlichkeit die eigenen Erfahrungen von Militanz und Widerstand zu denunzieren. Todestrip ist es, sich mit der Repression zu arrangieren, nur weil sie heute noch stärker ist. Wir sind noch wenige, die kämpfen, aber wir sind im Kommen. Manche von uns werden vor der Zeit sterben, aber in unseren Beziehungen, unseren Kollektiven, unserem Leben realisiert sich ein Teil dessen, was wir wollen.

Es gibt derzeit in der BRD keine revolutionäre Massenbewegung. Die Taktik der Stadtguerilla ist ein Ausdruck dieser Defensive und Schwäche und nicht etwa Ersatz. Die Streiks 72/73, Nordhorn, Wyhl, Brokdorf, Grohnde sind bislang vereinzelte Revolten geblieben. Die Massenbewegung in der BRD ist

weder großartig noch in der Offensive. Da, wo es Kämpfe gibt, verhalten wir uns dazu. Da, wo es keine Massenbewegung gibt, halten wir fest am antiimperialistischen Kampf, am Kampf gegen staatliche Gewalt, weil es ohne Integration dieser Momente keine revolutionäre Perspektive im Imperialismus BRD gibt.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Brief an alle Genossen aus der RAF Dezember 1976

Dieser Brief richtet sich an alle Genossen aus der RAF Dies ist ein offener Brief.

Wir sind ein Teil aus den Revolutionären Zellen. In diesen Brief sind aber auch viele Argumente aus der undogmatischen Bewegung einbezogen. Weil wir ihre Argumente richtig finden und weil wir uns mit dieser Bewegung verbunden fühlen.

Wir fordern alle Gruppen und Genossen (wie z.B. die Verlage, undogmatische Gruppen aus sämtlichen Bereichen, Zeitungsiniciativen, unorganisierte Genossen, die Bewegung 2. Juni ...) auf, diesen Brief zu diskutieren.

Eigentlich hatten wir schon lange vor, an euch die Genossen aus der RAF einige Fragen zu stellen. Anlaß ist nun das Gerücht, daß die Gefangenen aus der RAF einen 4. Hungerstreik planen, mit der Forderung

Anwendung der Genfer Konvention und damit Anerkennung als Kriegsgefangene.

Nun mögt ihr euch fragen, warum wir erst einen diskussionswürdigen Anlaß brauchen. Genossen, das liegt einfach daran, daß wir Angst hatten, möglicherweise von euch eine unangemessen scharfe Antwort zu bekommen. So in dem Tonfall

wir wären mindestens objektive Bullen/unsere Brief sei eine Staatsschutzaktion. Mittlerweile haben wir erkannt, daß wir wegen eines solchen Vorwurfs vor der Auseinandersetzung mit euch nicht zurückschrecken dürfen. Wesentlich ist für uns jetzt (!), daß eine Klärung zwischen uns und euch ansteht. Innerhalb dieser Auseinandersetzung wird sich zeigen, wie weit wir uns schon voneinander entfernt haben bzw. inwieweit für euch das Bedürfnis und die Notwendigkeit besteht, euch mit uns, unseren Vorstellungen, unseren Aktionen, unseren Veränderungen, unserem Leben auseinanderzusetzen. Wir gehen davon aus, daß es für euch eine derartige Notwendigkeit geben muß! Ebenso muß es für euch eine Notwendigkeit geben, euch genauer mit der gesamten undogmatischen Bewegung auseinanderzusetzen. Sonst erhebt ihr euch eigenmächtig zu ihrer Avantgarde. Die Aktionen 71/7243 aus der RAF waren für viele Genossen ein wichtiges Moment. Sie haben viele Leute, auch uns, wachgerüttelt. Als es an verschiedenen Ecken knallte, herrschte eitle Freude über die Unfähigkeit des gesamten Staatsapparates und die Fähigkeit der Guerilla, auch in der BRD operieren zu können. Diese Aktionen knüpften damals an der breiten anti-imperialistischen Bewegung an, setzten das fort, was zuvor in den Köpfen von tausenden rumspukete. Wir haben gesehen, daß das möglich ist, was man schon lange dachte. Ohne die RAF gäbe es heute keine RZ, keine Gruppen, die begriffen haben, daß der Widerstand nicht da aufhört, wo das Gesetzbuch anfängt. Eure Schrift, die ihr herausgegeben habt, zeigt deutlich, was das heißt: kompromißlos sein/zwischen dem Feind und sich einen klaren Trennungsstrich ziehen/daß Freiheit gegen diesen Apparat nur in seiner vollständigen Negation, d.h. im Angriff gegen den Apparat im kämpfenden Kollektiv möglich ist/daß wir auf's entschiedenste kämpfen müssen, um wieder Menschen zu werden.

Wir wollen jetzt aber von euch wissen: Steht ihr noch zu dem, was die RAF 71/72 gesagt hat? Wie steht ihr zur Befreiungsaktion in Stockholm? Welche Fehler meint ihr in der Zwischenzeit gemacht zu haben? Unter welcher Stoßrichtung führt ihr eure Prozesse? Leute, wir fragen euch das deshalb, weil wir eure Politik aus den Augen verloren haben. Von der ursprünglichen Zielrichtung aus der RAF können wir nur noch wenig erkennen. Auch, was den wichtigen Punkt: Veränderungen angeht. Umso mehr erweckt ihr den Eindruck, daß eure Informationen, Aussagen, Mobilisierungen lediglich durch den Gebrauchswert Prozesswertbarkeit bestimmt werden. Das geht bis zu dem Punkt, wo Brigitte

Mohnhaupt⁴⁴ der Ratte Prinzing was über eure Struktur erzählt, um und das als Hauptseite den gekauften Zeugen Müller⁴⁵ als Lügner zu enttarnen. Warum sind Müller, Prinzing⁴⁶, Buback & Co. erst Anlaß für euch, etwas über eure Struktur zu erzählen? Während wir und andere nach 72 auf genau diese Informationen und noch mehr gewartet haben?

Genossen, wir haben ein ganz praktisches Problem mit euch: lange Zeit dachten wir, daß ihr unsere Genossen seid. Aber viele Genossen draußen haben nicht das Gefühl, daß sie auch eure Genossen sind. Wir und die anderen wurden/werden benutzt/untergeordnet, für eure Prozeßstrategie zum Beispiel. Auch für andere Mobilisierungskampagnen. Denn es gibt keine Möglichkeit, mit euch gemeinsam eine Strategie zu entwickeln und zu diskutieren. Sicher, es ist ungeheuer schwer, so was z.B. über den Knast zu machen. Aber unserer Ansicht nach ist das nicht der einzige Grund. Vielmehr wart ihr viel zu schnell in eurem Urteilen über uns. Ihr habt zu oft gezeigt, daß ihr nicht in unsere Kraft und die der anderen vertraut. In uns, die draußen sind. Die auch kämpfen wollen und müssen. Die aber den Anspruch haben, sich zu Entscheidungen hinzuentwickeln. Die aber euch nicht den schlechten Dienst erweisen wollen, blind eure Kompromißlosigkeit nachzubeten. Sondern die sie erst mal für sich überprüfen wollen. Das gilt auch für einen großen Teil der undogmatischen Bewegung. Ja Genossen, wir kamen und kommen uns wie ein Werkzeug von euch vor, das weggeschmissen wird, wenn es stumpf ist. Warum es stumpf ist, fragt ihr nicht weiter. Ihr unterstellt uns einfach, wir seien schwach, (massen-)opportunistisch, wir würden uns in diesem korrupten, menschenfressenden System doch ganz wohl fühlen. Und das deprimiert. Schluß mit der Kategorie: Genosse oder Schwein!

Und jetzt hört mal ganz genau zu: es ist einfach blanker, defätistischer Unsinn, jemals zu glauben, daß die gesamte Linke in der Defensive ist. Eure schmutzige Phantasie über uns und unsere Kraft ist eher in der Defensive ... Wie kommt ihr überhaupt dazu, den letzten Hungerstreik deshalb abzubrechen, weil da irgendwelche Irren behaupten, wir (RZ, 2. Juni, undogmatische Gruppen, und und und ...) wären in der Defensive??? Ihr habt wohl während des Hungerstreiks gar nicht mitbekommen, daß z.B. eure Rechtsanwälte und die Komitees gegen die Folter ihre ganze Kraft für eure Forderungen eingesetzt haben, daß Professoren, Ärzte, Schriftsteller (Sartre), Pfaffen (Scharf), Amnesty (Österreich), viele undogmatische und auch dogmatische Gruppen (KPD/ML) euren Hungerstreik unterstützt haben. Die Ermordung von Holger wurde sofort mit der Erschießung von v. Drenkmann beantwortet. Vielen Leuten wurde klar, daß auch in den deutschen Gefängnissen gefoltert wird. Das ist wohl gar nichts? Ist das eurer Meinung nach ein Zeichen für die Defensive, in der die gesamte Linke steckt?

Abgesehen von der breiten Solidarität beim Hungerstreik lief und läuft ja einiges, was wohl nicht so entmutigend ist, wie es da teilweise von eurer Seite begriffen wird. Die Geschichte der letzten Jahre zeigt doch, wie wenig bestochen die Massen hier sind und wie fruchtbar der Boden sein kann: Nordhorn-Ränge, Septemberstreiks 73, Anschläge der RZ auf Niederlassungen von ITT, Why!, Brokdorf, Frauengruppen, Anschlag der Frauen aus der RZ auf den BGH wegen § 218, gefälschte Fahrkarten, zunehmende Kämpfe und Politisierung in den Knästen, ausländische Komitees und Gruppen, Lorenz und sein Urlaub, Straßenschlachten in Frankfurt wegen der Fahrpreiserhöhungen und Häuserbesetzungen etc. Das sind auch teilweise Ergebnisse eurer Praxis. Genossen, gibt es denn heute diese Bewegung überhaupt noch in eurem Kopf? Oder hat sie eurer Meinung nach keine Bedeutung? Ist sie euch nicht wichtig genug, im Rahmen des Internationalismus? Oder findet ihr sie unbedeutend, weil sie nicht genau die gleiche Politik wie die RAF macht?

Und nun zu Einzelheiten: wir akzeptieren nicht, daß ihr einige Genossen aus dieser Bewegung so unsolidarisch behandelt:

z.B. den ID-Schreiber, der über euren Prozeß berichtet hat. Ihr werft ihm vor, er sei ein objektiver Bulle, weil er Andreas Baader nicht wort-wörtlich zitiert hat. Als dieser objektive Bulle in einer solidarischen Weise antwortet, ist bei euch Funkstille. Heißt das, daß ihr seine Kritik richtig findet oder daß er von nun ab ein noch objektiverer Bulle ist? Der ID-Schreiber hat daraufhin aufgehört, weiter zu berichten ...

Auch mit Denunziationen z.B. gegen einzelne Rechtsanwälte sind wir nicht einverstanden. Ihr versteht sicher, was wir meinen! Denn die RA's sind Genossen!

Wie ist es möglich, daß RA Croissant Ulrike's Nachlaß verwaltet? Ulrike ist keine Akte, sondern hat mit euch gekämpft! Wie ihr wißt, ging Klaus Croissant inzwischen so weit, daß er Klaus Wagenbach⁴⁷ vorwirft, er arbeite dem Staatsschutz in die Hände und erzwingt über die Justiz (die euch zerstören will) einen Beschluß, wo das Buch über Ulrike von Peter Brückner zurückgezogen werden muß. Über Klaus Croissant wird also der 88 a von links eingeführt. So was war noch nie da! Wieso diskutiert ihr nicht selbst mit Klaus Wagenbach einem Genossen? Wie steht ihr zu dem neuen 88 a?

Ihr hüllt euch bezogen auf einen sehr wichtigen Artikel der RH/Häftlingskollektiv-Westberlin (Stand im Info-BUG48 111) über das Problem der Kriegsgefangenen in Schweigen. Wir finden das beschissen.

Euer Nicht-Kommentar zu den Komitees gegen die Folter (sie unterstützten hauptsächlich die Gefangenen aus der RAF) muß endlich aufgebrochen werden. Angefangen bei ihren Aktivitäten bis zu ihrer Verfolgung durch Observationen, Hausdurchsuchungen, Winterreise. Danach haben sich die Komitees aufgelöst. Habt ihr das überhaupt mitbekommen? Oder sind sie ganz schnell mit einem Verteidigerkomitee/Hilfsfond ersetzt?

Das sind nur einige Beispiele. Wir wollen euch nur sagen, daß ihr in Zukunft so nicht mehr mit für die Bewegung wichtigen Genossen umspringen dürft, sie nicht mehr als objektive Bullen, Agenten des Staatsschutzes, BKA-Leute denunzieren. Denn das ist nicht nur eine Schweinerei, sondern das ist auch ungeheuer gefährlich! Wir werden das auch in Zukunft nicht mehr zulassen. Punkt!

Von eurer Seite, also den Genossen aus der RAF, wurde auf einen wesentlichen Punkt aufmerksam gemacht. Immer wieder. Nämlich auf das Problem der psychologischen Kriegsführung. Erst, als ihr so entschieden darauf verwiesen habt, fingen wir an, viel genauer über Presse, Interviews und ihre Funktion, Buback's Strategien nachzudenken. Umso weniger verstehen wir, wie ihr den gleichgeschalteten Medien ziemlich das Feld überlaßt. Darauf wurde schon mal im RZ-Interview verwiesen.

So erfahren wir erst über FR, SZ, BZ etc. von euren Aussagen. Welchen Sinn das hat, verstehen zunächst nur die eingeweihten Genossen. Dasselbe bei der Genfer Konvention. Ganz allgemein erfahren wir erst Informationen über euch aus irgendwelchen Zeitungen und Nachrichten. Daß dadurch Gerüchte, Falschmeldungen, lancierte Nachrichten über euch kursieren, müßte euch doch klar sein. Nur zu selten erhalten wir zuerst Informationen von euch, zu spät Richtigstellungen von Falschmeldungen. Dadurch können dann viele Genossen für irgendwelche Kampagnen nur noch funktionalisiert werden. Ohne daß sie wirklich wissen, was sie tun. Wenn ihr aber darauf pfeift, was für ein allgemeines Bild über euch vermittelt wird ohne daß ihr draußen oder im Knast was dagegensetzt so fühlt ihr euch zu stark. Auf der anderen Seite müssen wir daraus schließen, daß ihr uns und die anderen irgendwie verachtet.

Nun noch einige grundsätzliche Fragen

Wie steht ihr zur Politik der Revolutionären Zellen und der Bewegung des 2. Juni? Also zur Lorenz-Entführung, gefälschten Fahrkarten, Anschlag der Frauen aus der RZ auf den BGH, gefälschten Einkaufsscheinen für Berlin's Obdachlose? Wie steht ihr hinter euren Anwälten, die direktes oder indirektes Berufsverbot bekommen? Die also einer ständigen Verfolgung ausgesetzt sind? Wie macht ihr ihnen wieder MUT, außer daß ihr Buback & Co. beschimpft? Wir fragen deshalb, weil es mittlerweile nicht mehr viele linke Anwälte gibt, die gefangene Revolutionäre verteidigen.

Warum stützt ihr euch mittlerweile nur noch auf prominente Persönlichkeiten? Weil sie die Spitze der legalen Bewegung sind? Was wir übrigens für einen gewaltigen Irrtum halten.

Was haltet ihr von der gemeinsamen Diskussion sämtlicher politischen Gefangenen und der Gefangenen, die im Knast politisch wurden? Wir meinen damit nicht, daß ihr fordert, daß alle in's gleiche KZ verlegt werden. Also Buback's Idee. Weil das falsch ist. Sondern wir meinen die gegenseitige Stärkung aller Gefangenen, die sich gegen den Knast wehren.

Meint ihr nicht, daß die Aktion in Stockholm kritisiert werden müßte? Und sicher nicht deshalb, weil die Aktion nicht die gestellten Forderungen erreicht hat. Das ist nicht der Punkt. Sondern, weil die ganze Aktion eine üble Erfahrung dafür war, wie sich einige Genossen total über ihre Verhältnisse und Erfahrungen übernommen haben. Sie hat keine Langfristigkeit vermittelt. Auch die Forderungen selbst standen in keinem Verhältnis zu der Aktion. Zwei Genossen haben diese Aktion mit ihrem Leben bezahlt. Der Zeitraum der Forderungen war viel zu kurz. Es wurden also Fehler gemacht, die beim nächsten Mal unbedingt verhindert werden müssen. Dazu werden Fehler gemacht. Aus jeder Niederlage einen Sieg machen! ...

Wie steht ihr z.B. zur starken Bewegung in Brokdorf, Wyhl etc.? Also zur großartigen AKW-Nein-Bewegung?

Wir meinen, daß eure Isolation durch den Staatsschutz von euch selbst verstärkt wird. Ihr habt euch von der gesamten linken Bewegung zu stark isoliert. Um sich mal auf euch zu beziehen: ein Fisch ohne Wasser verdurstet! Selbst wenn ihr meint, er bräuchte das Wasser nicht zum Schwimmen. Wir meinen, daß eure und unsere Mittel nicht erst von Sachbeschädigung aufwärts beginnen. Auch Erklärungen müssen in westdeutsch geschrieben sein, damit sie jeder verstehen kann. Eure heutigen Erklärungen sind für die Allgemeinheit nicht mehr zu verstehen. Nur noch für Insider. So läuft dann eine Mobilisierung nur noch über den psychologischen Druck, nicht über die sachliche Notwendigkeit.

Und nun, Genossen aus der RAF, kommen wir zu dem möglichen 4. Hungerstreik

Wir meinen, daß zwischen euch und denen, die den Hungerstreik unterstützen sollen und können, zu viele Unklarheiten/Widersprüche sind. Einen Teil davon haben wir versucht zu benennen. So soll auch dieser Brief nur als Anfang einer langen Diskussion begriffen werden. Ihr müßt jetzt die Karten auf den Tisch legen. Ohne das geht es nicht mehr. Sonst hofft ihr auf blinde Solidarität. Ihr kommt nicht mehr umhin, genau zu erklären, ob wir und andere Linke eure Genossen sind. Ob wir nicht mehr eure Instrumente sind, die dann als Linke in der Defensive bezeichnet werden. Ob ihr euch für die Genfer Konvention, für ein geschlossenes KZ und damit gegen uns bzw. die Gleichstellung mit anderen Gefangenen, Aufbruch der Isolation und damit für uns entscheidet. Früher habt ihr gefordert

Aufhebung der Sonderbehandlung Gleichstellung mit anderen Gefangenen. Jetzt wollt ihr auf ein Stück Papier, nämlich die Genfer Konvention beharren. Der Status von Kriegsgefangenen bedeutet aber (...in der Vorlage nicht lesbar...). Mit eurer Forderung übergeht ihr auch die Interessen der anderen Gefangenen. Ihr müßt bereit sein, eure Denuntiationen sofort zurückzunehmen! Wollt ihr wirklich für eine wahnwitzige Forderung, also Kriegsgefangene, euer Leben wegwerfen? Weil ihr meint, ihr würdet nicht mehr gebraucht werden? Weil ihr nicht mehr auf die Bewegung vertrauen könnt? Solltet ihr trotzdem euch über diesen Brief einfach hinwegsetzen und euch wie gehabt in Schweigen hüllen, solltet ihr z.B. trotzdem euer Leben für die Anwendung der Genfer Konventionen auf's Spiel setzen, so wird unsere Solidarität mehr eine Qual als eine Selbstverständlichkeit.

Eine Revolutionäre Zelle

Die Bilanz ist schlimm Februar 1985

Der Hungerstreik ist abgebrochen worden und wer ist darüber nicht erleichtert. Die Bilanz ist schlimmer, als wir vorher gewußt haben

ein toter Genosse in Stuttgart⁴⁹

Morde an zwei Leuten, bei deren Tod keiner aufatmet, der unter ihnen gelitten hätte. Warum wurde Walter Reder nicht in Graz erschossen?

ein HS, bei dem in x Knästen z.B. in NRW soziale und politische Gefangene mitgezogen hätten, wenn die Forderungen nur irgendwie bezogen auf den Knast erweiterungsfähig gewesen wären.

ein Feuerwerk quer durch die Republik bis Krümmel, das Schweinepresse und Bullen auf das Konto der RAF verbuchen wollen, damit die Fahndungserfolge kommen.

schließlich das Gespenst einer westeuropäischen kommunistischen Guerilla, das den Vorwand für eine neue Stufe der deutsch-französischen Innenaufrüstung liefert.

Der HS, seit 83 im Gespräch, Sommer 84 von Rebmann angekündigt, war verdammt gut getimet. Nach der Niederlage im Heißen Herbst und der Flaute und Desorientierung 84 bietet sich ein Projekt zum Abfahren an, das vollkommen leer ist und außer HS und Krieg dem Kriegsimperialismus überhaupt nichts rüberbringt. Daß so viele Genossen darauf abgefahren sind, zeigte, welche guten Strukturen es noch gibt, aber auch den Mangel an Perspektive und Verankerung. Die besten Aktionen, die gelaufen sind, bleiben ein propagandistischer Selbstzweck und drücken keine wirkliche Gegenmacht aus. Mobilisiert wird nur noch, wenn 30 Genossen erklären, daß sie ihren Tod in Kauf nehmen, mobilisiert wird für eine Form von Guerilla, die sich selbst diskreditiert und mit der kein Mensch mehr Befreiung verbinden kann. Mobilisiert wird mit der Phrase Haupttendenz ist Krieg.

Der Krieg spielt sich anders ab, als die Genossen der RAF sagen. Wir haben nicht die Absicht, den radikalisierten Flügel der Friedensbewegung zu spielen und auf ihre Ablenkungsmanöver hereinzufallen. Der Klassenkampf und die Weltrevolution haben andere Fronten als die Militärblöcke. Die Befreiung der Völker vom Yankee-Imperialismus verläuft nicht über Moskau und den Bolschwismus. Der wirkliche soziale Krieg gegen die Völker der drei Kontinente und Teile der Klassen in Westeuropa wird nicht von der NATO geführt. Imperialismus ist immer noch Klassenkampf, oben gegen unten, Ausbeutung, Armut, soziale Verelendung und täglicher Völkermord gegen den Kampf um ein besseres Leben.

Für den Aufbau der sozialrevolutionären Guerilla!

Es ist zum Kotzen Februar 1985

In der Taz vom 13.2.85 wurde eine angebliche Erklärung der RZ zum Hungerstreik abgedruckt. Jeder weiß, daß es Erklärungen der RZ nur ganz selten gibt (Ausnahmen in den letzten Jahren

Revolutionärer Zorn, Beethoven-Papier, Diskussionspapier zur Friedensbewegung). Diese Erklärung ist keine Erklärung der RZ wir können nur hoffen, daß es ein Staatsschutzprodukt ist, schließen aber nicht aus, daß irgendein/e Aufschneider/in seiner/ihrer Meinung mit diese beiden Buchstaben den medienwirksamen Nachdruck verleihen will oder daß irgendjemand aus dem Zusammenhang von Widerstandsgruppen vollkommen durchgedreht ist.

1. Die Kritik des Papiers ist falsch und opportunistisch. Die Erschiessung von Audran⁵⁰ und Zimmermann damit zu kritisieren, daß sich niemand über ihren Tod gefreut habe, ist die dümmste (und zudem nicht richtige) aller denkbaren Kritiken. Die Entwicklung des Imperialismus entpersönlicht, versachlicht Herrschaftsverhältnisse, macht sie in der technologischen Struktur für den einzelnen nicht identifizierbar, abstrakt, anonym. Direkte Herrschaft wird ausgeübt von beschränkten, subalternen Schergen, aber die unsichtbaren, unbekannt, feinen, gebildeten Schreibtischtäter,

Manager und Aufsichtsratsvorsitzenden sind verantwortlich! Jenseits einer Diskussion über Zeitpunkt, Form, Moral und politisches Ziel der Operationen von RAF und Action Directe steht fest

es hat zwei Leute getroffen, die wie wenige andere an der Militarisierung Westeuropas verantwortlich beteiligt waren. Wenn die Verfasser/innen des dokumentarischen Schreibens jemand anderen für einen Anschlag vorziehen warum machen sie es nicht? Und wenn, dann wäre nicht dieser scheintote Altnazi Reder fällig, der doch nur für eine historisch überholte Herrschaftsform steht, sondern der jugendfrische österreichische Verteidigungsminister, der mit dem Empfang des auch nach 40 Jahren unbelehrbaren Faschistenpacks und Massenmörders sich in dessen Traditionslinie stellt.

Es mag auch sein, daß bei anderen Forderungen des Hungerstreiks sich mehr Gefangene dem Hungerstreik angeschlossen hätten. Das ist aber nicht unser Problem. Wir respektieren die Aktion von fast 40 Gefangenen. Wir sind damit solidarisch, wenn sich Gefangene in Knästen zur Wehr setzen. Die zahlreichen militanten Aktionen, die zum Hungerstreik gelaufen sind, waren unterschiedlich motiviert und griffen in einem weiten, diffusen Spektrum an. Das war ihre Stärke und Schwäche zugleich. Es ist ebenfalls nicht unser Problem, ob die Staatsschutzpropaganda wider besseres Wissen all diese Aktionen auf das Konto der RAF verbucht auf unserem Konto stehen sie jedenfalls nicht. Die gemeinsamen Aktionen und Erklärungen von RAF und Action Directe als Vorwand für eine neue Stufe der deutsch-französischen Innenaufrüstung zu bezeichnen wo sind wir nun angelangt? Es ist eine breite und gesicherte Erfahrung der Massenbewegungen und der bewaffneten Initiativen seit Mitte der 60er Jahre, daß die Staatsapparate national wie supranational präventive Konterrevolution betreiben, daß sie keinen Vorwand brauchen, nach Gusto aber Gelegenheiten wahrnehmen, um ihre Projekte der innerstaatlichen Aufrüstung, der nationalen Sicherheit durchzusetzen, um die Identifizierung, Einkreisung, Einschüchterung, Integration oder Verfolgung potentieller Widerstandgruppen voranzutreiben. Daß Widerstand insofern auch zur Repression führen kann ja, wer hätte das gedacht?

2. Die Funktion dieses Papiers als angebliche RZ-Stellungnahme ist Spaltung, Desorientierung, Diskreditierung. Es nutzt den staatlichen Projekten und den politischen Gegnern revolutionärer Politik. Es könnte aus dem Lehrbuch der Counter-Insurgency stammen.

Behaupte niemand, eine offene Diskussion sei notwendig. Es gibt diese Diskussionen überall wenn auch nicht schlagzeilenträchtig. Die politische Differenz der RZ zur RAF drückt sich im übrigen nicht von Schlagzeile zu Schlagzeile und schon gar nicht als Distanzierung gegenüber unserem gemeinsamen Gegner aus, sondern seit 1973 in dem Versuch, eine andere, sozialrevolutionäre Linie, andere Formen des bewaffneten Widerstandes praktisch zu entwickeln. Nur darum geht es und nicht Scheiße auf Freundinnen und Freunde zu schmeissen, die uns in diesem furchtbaren Land näher sind als die meisten anderen.

3. Niederträchtig und erbärmlich ist der Versuch, unsere verbale und praktische Untätigkeit in den letzten Monaten als politische Entscheidung auszugeben. Einzelne Menschen der RZ haben sich an Aktionen zum Hungerstreik beteiligt, wir waren in der Vorbereitung von Aktionen und haben diese aus verschiedenen Gründen nicht durchgeführt: aus Unzufriedenheit mit den Objekten, aus Unsicherheiten über die Entwicklung des Hungerstreiks, aus ganz praktischen Problemen heraus. Suggestiert wird aber die Gewißheit eines sozialrevolutionären Projektes der RZ, der militanten Gruppen. Schön wäre es in der Praxis diskutieren wir seit Jahren daran, ohne bisher ein Projekt entwickelt zu haben, daß auf die Krise der Gesellschaften und der revolutionären Strategien eine adäquate theoretische wie praktische Antwort gibt.

Eine Gruppe aus dem Traditionsverein der RZ

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Der Lange Marsch ist im Arsch es fährt ein Zug nach Nirgendwo! Sommer 1975

Liebe Genossen!

Ihr habt euch in eurer Zeitung Langer Marsch wiederholt zu Problemen des Guerilla-Kampfes geäußert, meist in einer so infamen Weise, die es schwer macht, eine solidarische Diskussion zu führen.

In der letzten Nr. 16, April 1975 geht ihr auf die Lorenz-Entführung durch die Bewegung 2. Juni ein. In eurem Schreiben, Denken und wahrscheinlich auch Handeln habt ihr euch vom revolutionären Lager und das sind nicht nur die Stadtguerilla-Gruppen so weit entfernt, daß ihr euch von SPD und Guerilla eingekreist fühlt (S.8), ihr fühlt euch elend, wo ihr doch alles so gut machen wollt, denn ihr seid die ewig Angegriffenen und Abgelehnten (S.8).

Bewundernswert ist allerdings euer Opportunismus, der euch gefühlsmäßig die Lorenz-Entführung verstehen läßt; dies vermutlich aus Angst vor rückläufigen Verkaufszahlen eures Blattes bei zu wenig Gefühl.

Eure Vorwürfe gegen die Stadtguerilla insgesamt, soweit ihnen nicht nur aus Angst geborener Amok zugrunde liegt, lassen sich leicht zusammenfassen und entkräften.

1. Ihr spielt die alte und denunziatorische Leier vom Privatkrieg des 2. Juni und der anderen Guerilla-Gruppen. Wir würden nur noch unsere Gegner bekämpfen, unsere Gefangenen befreien (wer sitzt aus eurer Redaktion?).

Ihr fahrt dabei restlos auf die bürgerliche Presse ab, darauf, welche Guerilla-Aktion Öffentlichkeit findet und welche nicht. Wir, die Revolutionäre Zelle, haben seit 1973 ca. 15 Aktionen durchgeführt, davon nicht eine gegen unsere privaten Feinde. Es gibt in diesem Zeitraum noch mindestens 40 Aktionen anderer Stadtguerilla-Gruppen, die z.T. in engstem Zusammenhang mit Massenkämpfen standen.

Darüber redet ihr nicht, wenn ihr euch mit dem Konzept und der Praxis der Stadtguerilla auseinandersetzt. Ihr schreibt über die wenigen Aktionen für die Befreiung der gefangenen Revolutionäre, bei denen in der Tat die Auseinandersetzung nur zwischen uns und dem Staatsapparat geführt wird, auch deshalb, weil ihr euch wie viele andere einen Dreck um die Gefangenen kümmert.

2. Ihr werft uns Unmenschlichkeit vor. Nicht im Zusammenhang mit Lorenz, das wäre diesmal ein wenig schwierig. Aber im Vietnam-Artikel kommt es knüppeldick.

Der Befreiungskampf hat seine schmutzigen Seiten gezeigt; die Granaten des Vietcong⁵¹ treffen genauso unterschiedslos, ebenso wahllos die Unbeteiligten wie die der USA; (auch hier ein Privatkrieg zwischen Vietcong und USA?); die Linke würde sich für den Sieg begeistern, aber kein Mitleid für die Gefallenen haben usw. usw. alles wörtliche und sinngemäße Zitate aus dem LM. Wenn diese wildgewordenen Schlitzaugen nicht immer wieder wie Desperados, wildgewordene, kleinbürgerliche Rebellenhaufen gehandelt hätten, wäre vielleicht schon lange Frieden, das ist eure Logik.

Vielleicht hätten die vietnamesischen Genossen auch mit Holzknüppeln gegen Panzer, mit Steinschleudern gegen Phantom und B 5252 kämpfen sollen, das wäre wenigstens humane Kriegsführung gewesen.

Was ihr betreibt, ist schlimmer als Bild53-Zeitung, das ist subtile imperialistische Propaganda. Unseres Wissens nach haben die Roten Khmer⁵⁴ bei der Beschießung Pnom Penh⁵⁵ vorher ihre Ziele bekannt gegeben und im wesentlichen militärische Objekte und Regierungsgebäude angegriffen. In Flüchtlingstrecks in Südvietnam kam es zu Auseinandersetzungen, weil die faschistischen südvietnamesischen Truppen sich dort verkrochen.

3. Niemand hätte uns gerufen, es gäbe keine Notwendigkeit für die Guerilla, der Stand der Massenkämpfe sei noch nicht so und überhaupt: wir wären ja ganz kaputte Typen, verkrachte Existenzen, in ihrer Massenarbeit gescheitert und deswegen blindwütig zum Ballermann gegriffen. Revolutionäre Politik hat zu jedem Zeitpunkt illegale Bestandteile. Wenn wir nicht die Illegalität organisieren, wird die Repression die Linke zum Schweigen, zur Machtlosigkeit verurteilen. Viele Massenaktionen stehen heute in der Tat an einer Schwelle, wo nur noch illegale, Guerilla-Aktionen die Niederlagen aufhalten oder unter günstigen Umständen sogar in einen Sieg verwandeln können. Was war mit der Zerschlagung des Ford-Streiks? Was ist mit zahlreichen Fahrpreiskampagnen? Was mit dem Häuserkampf, dem Kampf um selbstverwaltete Jugendzentren? Was mit den illegalen Ausländern?

Was soll eure Schadenfreude darüber, daß um illegale Wohnungen keine Mietkämpfe geführt werden? Warum braucht ihr keine illegalen Wohnungen?

Was lernt ihr aus Chile? Hat der MIR durch Land- und Fabrikbesetzungen, durch militärische Aktionen den Faschismus provoziert? Oder hat dort der Reformismus versagt, die Massen entwaffnet? Lieber im KZ als in der revolutionären Bewegung, in der Guerilla? Lieber tot als rot?

Unsere Fragen, die Antwort ist die Stadtguerilla. Wo sind eure Antworten?

Woher wißt ihr so genau, daß eure politische Praxis, die ausschließlich legale, konkret und richtig ist? Ihr glorifiziert, verherrlicht die Arbeit der Genossen im Betrieb, Stadtteil, Uni usw. Wir haben da andere Erfahrungen gemacht.

Die Genossen, die aus solcher Massenarbeit kamen radikaler als eure Schreibtisch- und Beamtenidylle haben meist erst in der Guerilla Verbindlichkeit, Zuverlässigkeit, Kontinuität gelernt. In der Guerilla erschöpft sich die politische Arbeit nicht im Kreislauf von Kneipe Kommunediskussion 2 politische Termine die Woche ab und zu ne Demo, ein Flugblatt. In den 30 Fragen an die Tupamaros⁵⁶ führte die MLN aus, und da stimmen wir 100 % zu: Was man dem, der neu in die Bewegung eintritt, verständlich machen muß, und das ist im allgemeinen sehr schwer, daß die Revolution sich in den Bereichen abspielt, in denen unauffällige und kontinuierliche Arbeit geleistet wird; daß die heroische Tat nur ein Augenblick ist; daß die meisten Ereignisse eher langweilig und ohne Großartigkeit sind. Ein Militanter, der das begriffen hat, hat damit vielleicht das Allerwichtigste verstanden.

Wir geben nicht damit an, sind nicht stolz darauf, aber das ist unser Leben, der Kampf, den wir führen. Paradox ist nur: die Unzuverlässigen werfen uns Unzuverlässigkeit vor, die Reformisten uns Linksradikalismus, die Schwankenden Flippertum, die Akademiker uns ein abstraktes Verhältnis zur Wirklichkeit, die Untätigen falsche Praxis, die Schwätzer, die von Bullen durchsetzte Scene, daß wir vom Verfassungsschutz infiltriert seien.

4. Den Rahmen eurer Vorstellungen gibt die Einschätzung der SPD ab. Um zur Revolution zu kommen, muß man erst einmal ein paar Jahrzehnte den Reformismus stärken, die SPD bzw. die Jusos. Natürlich erstarkt im Verlauf des revolutionären Prozesses der Reformismus, aber nicht als positive politische Kraft, sondern in Reaktion auf die Offensive der Arbeiter, der Revolutionäre. Vor dem Faschismus (das ist bei euch Strauß, aber nicht Maihofer!) schützt nicht der Reformismus, schon gar nicht die SPD, sondern die Volksmacht. Nicht die SPD-Reformbürokratie (siehe S. 8) hat euch eure hochbezahlten Jobs verschafft, sondern die antiimperialistische Bewegung der 60er Jahre.

Ihr sitzt den deftigen Tönen der SPD gegen Strauß auf (Antifaschistisches Programm der SPD), weil das eurem Wunschdenken entspricht. Die SPD habe die Zeichen der Sonthofener Rede⁵⁷ versandt, kann man lesen (S.2), besonders wohl der von euch liebevoll abgebildete Bundeskapitän Schmidt. Wir, die Guerilla, würden die Unterschiede zwischen den Parteien nicht mehr sehen.

Die Polemik der SPD gegen Strauß ist keine antifaschistische Mobilisierung, sondern ein Kalkül der SPD-Wahlkampfstrategen und Werbebüros mit dem antifaschistischen Gefühl und Bewußtsein eines Teils der Massen. Gleichzeitig lobt die SPD Strauß als großen, demokratischen Staatsmann und verhandelt mit ihm über Große Koalition.

Darüber sollte man sich den Kopf zerbrechen; jetzt, nach den Wahlen in Nordrhein-Westfalen und im

Saarland ist die Diskussion um Strauß mit Sicherheit beendet.

Die Unterschiede zwischen den Parteien in Bezug auf die Repressionspolitik sehen wir in der Tat nicht. Kein Juso protestiert gegen Stockholm, im Gegenteil. Die sog. Linken in der SPD sind für die ganz harten Lösungen. Schmidt gebärdet sich als Allparteienkanzler, er kennt nur noch Deutsche. Das Pöstchengerangel in SPD und FDP schon als Fraktionierung zu begreifen, ist für uns zu hoch. Diese Fraktionierungen sind angelegt, sie werden kommen, wenn die Arbeiterbewegung, die Revolutionäre in die Offensive kommen. Dann wird es auch kein Blatt wie den Langen Arsch mehr geben, das allein dazu da ist, um euch eurer Zweifel und Skepsis zu versichern. Dann seid ihr entweder bei SPD, FDP, DKP-SEW oder in der revolutionären Bewegung. Dazwischen kann man nur während der Defensive sein.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Die Auseinandersetzung um Hans-Joachim Klein

Am 21. Dezember 1975 überfiel ein palästinensisch-deutsches Kommando die OPEC-Konferenz in Wien und nahm elf Ölminister aus erdölproduzierenden Ländern als Geiseln, um materielle und ideologische Unterstützung für die palästinensischen Befreiungsbewegungen zu erreichen. Diesem Kommando gehörte auch Hans-Joachim Klein an, ein Mitglied der Revolutionären Zellen.

Im Verlauf der Besetzung wurden drei Sicherheitsbeamte getötet, Hans-Joachim Klein durch Querschläger schwer verletzt. Nach Verhandlungen mit den Sicherheitskräften erhielt das Kommando mit den Geiseln freien Abzug und konnte nach Algerien ausfliegen.

1977 veröffentlichte der Spiegel einen Brief von H.-J. Klein, in dem er erklärte, daß er sich von der Guerilla getrennt habe, sich vom bewaffneten Kampf distanziert und mit diesem Brief an den Spiegel zwei von den Revolutionären Zellen geplante Attentate auf die Leiter der Jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt verhindern wolle.

Die Revolutionären Zellen nehmen mit der Erklärung Die Hunde bellen und die Karawane zieht weiter vom 24. Mai 1977 zu den Vorwürfen Stellung.

Ein Jahr später, im Oktober 1978 erschien in der französischen Zeitung Libération ein ausführliches Interview mit Hans-Joachim Klein. Er beschreibt darin den Ablauf der OPEC-Aktion aus seiner Sicht, die Zusammenarbeit der Revolutionären Zellen mit der palästinensischen Befreiungsorganisation PFLP und die Gründe für seinen Ausstieg aus der Guerilla.

Mit dem Text Hunde, wollt ihr ewig bellen vom 25. November 1978 antworten die RZ nochmals auf die Äußerungen Kleins. Um dem Wechselspiel von Darstellung und Gegendarstellung zu entgehen, in dem letztlich keine Klärung zu erreichen sei, verwiesen sie auf ihre Theorie und Praxis der vergangenen acht Jahre, an der ihre Politik überprüfbar sei.

Vor allem in Frankfurt, wo Hans-Joachim Klein bis 1975 gelebt hatte, wurde eine heftige Auseinandersetzung um ihn und seinen Ausstieg aus der Guerilla geführt. Die Behauptung Kleins, auf der Liquidierungsliste der Guerilla zu stehen, da er zu viele Internas wisse, beantworteten die Jemande aus der Frankfurter Sponti-Szene mit der Drohung, Wir kennen viele Namen. Wir würden nicht davon zurückschrecken, sie zu nennen. (Pflasterstrand, 10/1977)

Nachzulesen ist diese Auseinandersetzung in verschiedenen Ausgaben der Metropolenzeitschrift Pflasterstrand von 1977, teilweise ist sie in Hans-Joachim Kleins Buch Rückkehr in die Menschlichkeit von 1979 dokumentiert.

Sowohl der Brief H.-J. Kleins an den Spiegel, sein Interview in der Libération und der Text Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter sind aus Platzgründen gekürzt. Am Ende der jeweiligen Texte sind die Quellen für die vollständigen Texte angegeben.

Die Überwachung des in der Atomindustrie beschäftigten Maschinenbauingenieurs Klaus Traube wurde durch seinen Kontakt mit Hans-Joachim Klein ausgelöst. Am 1. Januar 1976 brachen Beamte des Kölner Verfassungsschutzes in sein Haus ein und installierten in seinem Arbeitszimmer eine Wanze.

Traube wurde ohne Angabe von Gründen von seinem Arbeitgeber, der Firma Interatom, entlassen, nachdem die Verfassungsschützer auf ihn als Sicherheitsrisiko hingewiesen hatten. Erst nachdem der

Spiegel im März 1977 ihm zugespielte Informationen über diesen Lauschangriff veröffentlichte, wurden die Hintergründe der Entlassung bekannt der Fall Traube geriet zum Synonym für den Atom- und Überwachungsstaat.

Der Revolutionäre Zorn Nr. 3 schließt mit einer Erklärung der RZ zum Fall Traube ebenso wie die Aufforderung an den Pflasterstrand, kein bisher unveröffentlichtes Foto von H.-J. Klein abzdrukken.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 708 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Brief von Hans-Joachim Klein¹ an den Spiegel

Mai 1977

Sicher werden Sie es (neben anderem) sicherlich ungewöhnlich finden, daß diesem Schreiben als Anlage ein Revolver, Kaliber 0,38 nebst Munition etc. beigelegt ist. Noch dazu von einem der zu Gewalttaten jeglicher Art fähig ist und deshalb doch sein Handwerkszeug nicht aus den Händen geben sollte.

Ich werde kurz erklären, warum ich an Sie schreibe und gar einem Mitarbeiter von Ihnen eine Waffe ins Haus schicke. Als ich mich von der schweren Schußverletzung die ich in Wien während der Besetzung der OPEC2-Zentrale³ erhielt wieder einigermaßen erholt hatte, bekam ich auch erstmals einen genaueren Überblick über das, was sich dort alles ereignet hatte.

So z.B.: daß in Wien nicht nur ein getöteter irakischer Sicherheitsbeamter von uns zurückgelassen wurde, sondern zwei weitere Menschen dort ihr Leben lassen mußten. Wie sich herausstellen sollte ohne jeglichen Grund, völlig sinnlos.

In einer späteren Diskussion, in der ein Fazit über die Wien-Geschichte gezogen wurde, kamen mir dann die ersten Zweifel, was ich da mache und weiter machen soll.

Die Argumentationen von Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern des damaligen Kommandos über das Warum zum Tod dieser drei Menschen waren gekennzeichnet von Zynik und Gefühllosigkeit. Sie waren schlicht und einfach menschenverachtend. Es waren jedoch nicht die ersten falschen Töne, die mir da am Ohr klangen.

Was ich in nur einem einzigen Monat da so hörte, erzählt bekam und auch selber erlebte und wie man weiterhin gedachte, Revolutionäre Gewalt zu praktizieren die als Endziel ja eine gerechtere und humanere Welt versprach und dabei zu Mitteln und Methoden griff, für die ich früher auf die Straße gegangen wäre, brachte mich zum Kotzen und vor allem zum Nachdenken.

Und im Februar 1976 faßte ich den Entschluß, mich so schnell wie möglich aus dieser Art von Politik die nicht meine war und sein konnte zurückzuziehen. Nun könnte der Spiegel (und nicht nur der) pfiffig wie er ist, die Frage stellen, warum macht er das erst jetzt. Ganz einfach!

Die Damen und Herren der Guerilla hätten mich wohl kaum dabei unterstützt und Unterstützung brauch ich eben nunmal dafür. Immerhin suchen mich ja noch die Bullen (inzwischen nicht nur die) aller Herren Länder, und wo die mich hin haben wollen, will ich aber nicht.

Mich so einfach irgendwo niederzulassen, geht auch nicht so ohne weiteres, und überhaupt lebt der Mensch nicht nur von Luft und Liebe. Und mir meinen weiteren Lebensunterhalt mit dem Revolver verdienen wollte ich ja nun auch nicht; ich hab genug angestellt.

In der Westdeutschen Wanzenrepublik bei befreundeten Genossen anzurufen oder zu schreiben, ging wegen dieser netten kleinen Tierchen auch nicht.

Also mußte ich warten, bis mir jemand über den Weg lief

Wie gesagt, der Jemand ist mir endlich über den Weg gelaufen, und zwar zu einem Zeitpunkt, wo meine ehemaligen Kollegen nicht mehr so recht an die Problematik meiner Verletzung glaubten.

Man wollte, daß ich wieder ins Geschäft einsteige und deshalb mit dem Genesungsurlaub Schluß mache. Nun, aus dem Jemand sind viele Jemand geworden und die helfen mir auch ein wenig. Ich habe den ehemaligen Kollegen gesagt, daß sie in Zukunft ohne mich auskommen müssen und wurde natürlich dafür massiv unter Druck gesetzt und bekam u.a. zu hören, daß ich zuviel wisse, vor allem

im Internationalen Rahmen und es wurde versucht, mich mit einer obskuren Begründung in ein arabisches Land zu lotsen, aus dem ich wohl nicht mehr herausgekommen wäre ...

Mit den Jemanden, die mir helfen, habe ich natürlich auch Gespräche geführt. Und ich habe erzählt, was die an Wahnsinns-Aktionen noch geplant haben oder an denen sie gerade dran sind.

Ich faßte den zweiten guten Entschluß nach Wien. Ich kaufte mir eine Schreibmaschine, ging zurück

in meine Wohnung und brachte alles zu Papier. Ich meinte und meine, daß die legale Linke (und auch andere) ein Recht darauf hätten zu wissen, warum ich in Wien dabei war und was westdeutsche (und internationale; das kann man nicht mehr voneinander trennen) Guerilla unter Revolutionärer Politik verstehen. Und wie sie das in die Praxis umsetzen.

Der Stapel Papier, der jetzt von mir und meinen Erfahrungen im nationalen wie im internationalen Guerilla-Theater und zwar hinter deren Kulissen vorliegt, soll außer einem tiefen Einblick auch etwas wichtiges erreichen. Nämlich den Genossen, die sich bestimmt unter Stadt-Guerilla was ganz anderes vorgestellt haben als es tatsächlich betrieben wird, die aber damit spekulieren, da mitzumachen, den Sprung in den Untergrund zu ersparen. Denn, wenn man noch einen Funken politischer Sensibilität und politisches Selbstverständnis besitzt, wird man, sobald da eingetaucht, kotzelnd wieder rausspringen.

So, jetzt komme ich dazu, warum ich Sie bzw. den Spiegel⁴ bemühe: Wir wollen zwei Morde verhindern!

Ist ja nicht ganz ungefährlich, das zu veröffentlichen. Die Guerilla aller Art wird da was dagegen haben. Nicht nur, weil da einige Aktionen verhindert werden, die Wahnsinn sind, sondern weil es ihnen bestimmt politisch ne Menge Minuspunkte einbringen wird, daß da ein Ehemaliger, der ausgestiegen ist, seine Schnauze nicht hält, und ein Fazit seiner Erfahrungen zieht.

Die zwei, die umgebracht werden sollen, damit die Logistik der Revolutionären Zelle wieder stimmt, sind zum einen: der Galinski von der jüdischen Gemeinde in West-Berlin Der Andere ist der Leiter der jüdischen Gemeinde in Ffm.

Die sollen beide erschossen werden und zwar in allernächster Zeit. Die Vorbereitungen laufen dazu auf Hochtouren. Viele werden mich bestimmt als Verräter beschimpfen. Ich kann es nicht ändern. Ich habe niemanden verraten, sondern nur was verhindert, von dem ich meine, daß es ne Wahnsinnstat ist. Was die Guerilla dazu meinen wird, ist mir klar: Die wird suchen, nach mir.

Vollständiger Abdruck in

Spiegel Nr. 20/1977

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Die Hunde bellen, und die Karawane zieht weiter Mai 1977

Hans-Joachim Klein hat die Guerilla verlassen. Er hat seinen Entschluß, in der bewaffneten Linken zu kämpfen, zurückgenommen, weil die Konflikte, in die ihn das gestürzt hat, für ihn nur die Aufgabe des Kampfes bedeuten konnten. Wir sind betroffen, weil wir versagt haben an dem Punkt, die Entwicklung, diesen Prozeß bei HJK zu sehen, zu bemerken.

In unseren schriftlichen Äußerungen, vor allem 1975 in unserem Interview, steht, welches unsere Ansprüche sind, sein müssen an Kämpfer der Guerilla

die Notwendigkeit von Vertrauen und Genauigkeit unter den Kämpfern, ohne Konkurrenz, ohne Imageprobleme, ohne Mackertum, ohne jeden Zwang. Gerade in der Logik der Guerilla liegt es, Widersprüche in den eigenen Reihen zu lösen durch Offenheit, vorbehaltlose Solidarität, Liebe. Nur so bringen wir es überhaupt, diesen Kampf aufzunehmen, zu führen, auszuhalten. Die RZ hat nie jemand gezwungen, gedrückt, reingezogen, verleitet. Die RZ hat nie Genossen oder Genossinnen aufgenommen, nur weil diese getönt haben, sie seien drauf. Unter uns, zwischen uns und Neuen läuft der mühsame und langwierige Prozeß, Entscheidungen immer wieder zu überprüfen, sich selbst und sich gegenseitig kennenzulernen, durch Erfahrungen, durch Reden, Reden, Reden, durch kleine Schritte in gemeinsamer Praxis erst herauszubekommen, ob die Identität zwischen Leben und Politik im bewaffneten Kampf wirklich die jedes/jeder Einzelnen ist. Bei HJK haben er und wir das nicht geschafft. Unsere Schwäche, diese Ansprüche nicht immer und umfassend verwirklichen zu können, weil wir keineswegs die tollen neuen Menschen sind, zeigt sich daran auch es ist nicht gelungen, dieses Verhältnis zu HJK und diese Selbstprüfung von HJK herzustellen, wir haben nicht gesehen, daß HJK sich übernommen hatte, wir haben uns und ihm zuviel durchgehen lassen, wir sind auf ihn abgefahren.

Zum Teil sehen wir erst jetzt, wie der Mensch HJK funktioniert.

Da er weiß, daß es die Alternative Fighter oder Bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die Fortführung des bewaffneten Kampfes verunmöglichte, wie er aussteigt, wie seine Zukunft zu sichern ist. Wir, er, die Linken wissen, daß das Verlassen der Guerilla selbstverständlich immer möglich ist. Jeder, jede hat die Möglichkeit unauffällig zu leben, und zwar mit Unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. Das weiß jeder, der diese Politik anfängt. Gerade HJK hätte viele Möglichkeiten gehabt. Wie schon viele vor ihm. Er wußte dies, viele unter Euch Linken wissen dies ganz, ganz genau.

Den Kampf in der Stadtguerilla aufzuhören, ist kein Verrat. HJK ist für die Guerilla weltweit ein Problem nicht weil er sich politisch getrennt hat; das kann jeder, ohne daß ihm auch nur ein Haar gekrümmt wird. Er ist ein Problem, weil die Art seines Aussteigens die Befürchtung begründet, daß er auch vor dem Verrat konkreter Einzelheiten, Strukturen, Treffpunkte, Namen nicht zurückschreckt. Die ersten Namen im Jemand-Brief, die Veröffentlichung angeblicher Pläne, deren Durchführung er angeblich damit vereitelt, sind die ersten Signale auch für die Bullen, daß er zum Deal bereit ist, wenn er's nicht mehr aushält oder wenn sie ihn erwischen.

Der andere, selbstverständliche Weg hat sich für HJK verboten. Sein verzweifelter Drang, immer der Größte sein zu müssen, der Top-Fighter, der King, der Bewunderte, erlaubte ihm das nicht: Schwäche (vermeintliche Schwäche!) zu zeigen, offenzulegen. Er schafft es nur, indem er einen neuen Rahmen wählt, wo er seine Star-Show abziehen kann, wo er seiner Probleme, seiner tiefen Unsicherheiten zeitweise Herr werden kann.

Bei seinem jetzigen Publikum ist dies jedoch nur möglich durch Anbieten dessen, was dieses hören will. Das deckt sich jedoch nicht mit seinen alten Erfahrungen mit ihnen, den Erfahrungen mit uns, den Erfahrungen seiner letzten anderthalb Jahre. Daher der Dreck und die Lügen in seinem letzten

Brief an Spiegel und Pflasterstrand.5 Wir wissen, daß es unsinnig ist, hier die Lügen wie in einem Kriminalprozess zu widerlegen. Es wäre tatsächlich eine Glaubenssache, vor allem bei Leuten, die schon seit langem wissen, was sie über die Stadtguerilla glauben wollen. Wir können hier nur sagen, daß gerade die präzisen Hinweise in seinem Brief, wo er unsere Druckausübung auf ihn, unsere faschistischen Überlegungen für menschenverachtende Aktionen, unsere instrumentellen Verhältnisse zu uns, zu ihm, zu ausländischen Befreiungsorganisationen, unsere grönländische Gefühlswelt beweisen will, samt und sonders erlogen sind was er weiß! Aber vielleicht glaubt er's inzwischen selber? Was macht JEMAND damit? Was macht die Pflasterstrandlinke damit? Sie behaupten, politische Kritik von Staatsschutzaktivitäten unterscheiden zu können, dem Revolutionär HJK zu helfen. Die Realität ist eine andere. Der Mensch HJK ist ihnen scheißegal. In der Logik dieser JEMANDE liegt es, ihn zu verheizen, zu instrumentalisieren; er soll benutzt werden, um endlich, endlich der Stadtguerilla in Deutschland den Garaus zu machen. Auf unsere Realität und Kontinuität in fünf Jahren von Aktionen, Erklärungen, Wirkungen ist von diesen Linken keine politische Kritik gekommen. Es funktionierte und funktioniert durch Unterstellungen, Behauptungen Mit uns als wirkliche Menschen, als real existierender, kämpfender Gruppe, mit den politischen Inhalten, mit der Logik der Stadtguerilla wird sich nicht auseinandergesetzt z.B. Galinski: ihr fahrt auf HJKs Horrorstory ab, statt zu überlegen, welche Rolle Galinski spielt für die Verbrechen des Zionismus, für die Grausamkeiten der imperialistischen Armee Israels, welche Propaganda- und materielle Unterstützungsfunktion dieser Typ hat, der alles andere ist, als nur jüdischer Gemeindevorsitzender, und: was man in einem Land wie dem unseren dagegen machen kann. Ihr entzieht euch dieser politischen Auseinandersetzung und geilt euch auf an dem behaupteten (antisemitischen?) Faschismus der RZ und ihrer Hintermänner.

Vollständiger Abdruck in Pflasterstrand Nr. 11 vom 2.6.77

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Interview mit Hans-Joachim Klein in der Liberation Oktober 1978

Liberation6 (L): Wie bist du ihnen (den Revolutionären Zellen) beigetreten?

Klein (K): Böse7 war es, der mir das vorgeschlagen hat.

L: Wer war Böse?

K: Er ist zusammen mit seiner Freundin Brigitte Kuhlmann8 während der berüchtigten Entebbe-Operation gestorben. Er war damals der Chef der Revolutionären Zellen. Ich kannte ihn seit langem. Er war ein recht bekanntes Gesicht in den linksradikalen Kreisen Frankfurts. Wir arbeiteten zusammen in der Roten Hilfe.

L: Von diesem Zeitpunkt an hast du ein Doppelleben geführt?

K.: Ja. Man hat mich in alle Guerillaangelegenheiten eingeführt: Sicherheit, Kode, Waffen. Ich habe gelernt, Papiere zu fälschen. Und in der restlichen Zeit setzte ich mein Leben als Mitglied der Roten Hilfe fort. Und ich wurde mit meinen Äußerungen für die Guerilla etwas zurückhaltender, wie mir Böse empfohlen hatte.

L: Und dann?

K.: Gab es den Tod von Holger Meins. Mich hat das Ausklinken lassen: jetzt mußte mit der Ohnmacht des Legalismus Schluß gemacht werden. Trotzdem mußte ich noch etwas warten. Die Zeit war für mich noch nicht gekommen. Das Attentat auf Drenkmann nach dem Tod von Meins hat mich begeistert. Für einen Teil der Linken war es dagegen bestürzend. Dieser Mord hatte glatt die Kampagne zum Stillstand gebracht, die der Tod von Holger ausgelöst hatte. Lange Zeit habe ich dieses schreckliche Autopsiephoto von Holger mit mir herumgetragen, um meinem Haß nicht abflauen zu lassen.

L: Wann bist du in den Untergrund gegangen?

K: Eigentlich nie. Ich bin erst durch die Gewalt der Umstände nach Wien untergetaucht. Es war meine erste Aktion. Ich war schwer verletzt erkannt worden: im Krankenhaus hatten sie Zeit genug, um mich zu fotografieren und mir die Fingerabdrücke abzunehmen, während ich in der Narkose lag. Ich kann mich nur dunkel daran erinnern. Eigentlich aber hatte ich nach Frankfurt zurückkehren wollen.

L: Du wolltest nicht in den Untergrund gehen?

K: Nein. Ich war der einzige vom ganzen Kommando, der maskiert war. So war es abgemacht: Ich sollte bis zum Schluß unerkannt bleiben. In Wien angekommen bin ich Anfang Dezember zusammen mit Bonni- Böse, dem Chef der Revolutionären Zellen-:

L: Wieviele wart ihr in Wien?

K: Sechs, die an der Operation teilnahmen. Die Anderen sind nach und nach gekommen. Zuerst Carlos. Dann vier Mitglieder der RZ, die nicht direkt am Kommando beteiligt waren, die sich aber mit dem Ausspähen der Örtlichkeiten und der Beschaffung von Informationen beschäftigten. Dann sind die vier anderen gekommen: Das Pseudonym der drei Männer war Halid, Jussif und Josef, und es gab eine Frau, Nada-. Vor ihrer Ankunft gab es eine erste Diskussion mit Bonni und Carlos, um einen Überblick über die Situation des palästinensischen Widerstands zu bekommen. Dann über die Einzelheiten der Operation. Dabei habe ich erfahren, daß die Idee bezüglich Wien Haddad von einem arabischen Staatschef vorgeschlagen worden war und daß die internen- Informationen, die man uns versprochen hatte, aus der gleichen Quelle kamen.

L: Welches Ziel hatte die Operation?

K: Es ging nicht um Geld, wie behauptet worden ist. Es ging darum, jeden einzelnen Opec-Minister dazu zu zwingen, vor seiner Freilassung in seinem Herkunftsland eine Unterstützungserklärung zugunsten der palästinensischen Sache abzugeben.

L: Das war alles?

K: Nein, man hatte auch vor, zwei Minister hinzurichten: Amouzegar, den Iraner und Jamani, den

Saudier.

L: Warst du damit einverstanden?

K: Was Amouzegar betrifft, hatte ich keine Probleme. Ich konnte mir schon vorher die Freude vorstellen, die die Nachricht vom Tod dieses Dreckschweins bei Millionen von Persern hervorgerufen hätte. Man braucht nur ein Zehntel von dem zu lesen, was über die Folterkammern des Savak⁹ veröffentlicht worden ist, um davon überzeugt zu sein. Bei Jamani war das anders. So sehr mir Amouzegar ein Begriff war, so wenig der andere. Also hat Carlos die Rolle Saudi-Arabiens erläutert, aber das ist trotzdem ziemlich abstrakt für mich geblieben.

Dann hat er die Taktik erklärt, wenn wir die Geiseln in der Hand hätten. Das beschränkte sich einfach darauf: wer Widerstand leistet, muß umgelegt werden. Das gleiche galt für jeden, der zu fliehen versuchte oder hysterisch wurde. Ebenso bei jedem Mitglied des Kommandos, das den Befehl verweigern sollte und die Operation in Gefahr bringen könnte. Das war ein bißchen viel für mich. Ich hatte den Eindruck, als wüßte er nicht, daß man sich mit der Waffe auch darauf beschränken kann, jemanden zu verletzen. Ich habe angefangen zu schreien und erklären, daß ich kein Killer sei. Daß ich durchaus schießen wolle, wenn das notwendig würde, daß das aber nicht automatisch auch heißt, eine hysterische Geisel umzubringen.

Also hat Carlos angefangen, nochmal zu erklären. Daß dies eine Frage des Überlebens wäre. Eine militärische und politische Notwendigkeit.

L.: Und hast du auch geschossen?

K: Zweimal, auf ein Telefon. Da war eine Sekretärin, die versuchte dauernd zu telefonieren. Ich versuchte, ihr klarzumachen, sie solle damit aufhören, aber ich wollte kein Wort Deutsch sprechen. Ich habe ihr gesagt: Finish, dann habe ich das Telefon zerschossen. Das hat sie aber nicht davon abgehalten. Sie hat zu dem Telefon daneben gegriffen.

L: Da gab es bereits Tote.

K: Ja, einen drinnen, ein Libyer. Und dann am Eingang einen Iraker und einen alten österreichischen Bullen.

L: Wann bist du verletzt worden?

K: Etwas später kam eine Gruppe von österreichischen Scharfschützen von unten herauf und die schossen wie wild um sich. Zusammen mit Josef, der auf der anderen Seite stand, haben wir zurückgeschossen. Als ich ein neues Magazin einlegen wollte, hat mich ein Querschläger getroffen. Ein Schlag in den Bauch, einen in die Schulter und einen auf die Pistole. Josef hat Carlos zu Hilfe gerufen. Der kam, brüllte irgendetwas und Josef hat eine der Granaten nach unten geworden. Danach hat das Ganze aufgehört.

L: Wann hast du den Entschluß gefaßt, die Guerilla zu verlassen?

K: Nach Wien führte das Vertrauen, das ich mir durch die Teilnahme am Kommando erworben hatte, dazu, daß ich eine Menge Dinge erfuhr. Alles, was man mir im Verlauf weniger Wochen erzählte, ließ die Vorstellungen, an die ich bisher unerschütterlich geglaubt hatte, in sich zusammenfallen. Das begann so um den Monat Februar 76: Nach der Opec-Operation hatten wir in einem arabischen Land eine Sitzung mit Waddi Haddad, wo Bilanz gezogen wurde. Die Diskussion ging um die drei Toten in Wien. Drei Tote, die für mich drei Morde sind. Es gab nur einen einzigen Grund zu schießen, das war das mit dem Libyer. Kaum war Carlos reingekommen, hat der Libyer ihm die Pistole, eine Beretta entrissen. Wie sich hinterher rausgestellt hat, haben die Libyer zunächst geglaubt, es wäre eine israelische Kommandoaktion.

Das Magazin ist rausgefallen und Carlos fand Zeit, eine andere Pistole zu ziehen, und ihm in die Schulter zu schießen. Er war bewegungsunfähig: wenn du eine 9mm Parabellum aus 50 cm Entfernung abkriegst, hast du andere Sorgen. Carlos hat das Magazin in die Beretta zurückgeschoben und buchstäblich auf den Libyer leergeschossen.

L: Das war ein Schock für dich?

K: Die Rechtfertigungen hatten wirklich nichts zu tun mit der Vorstellung, die ich mir von der Linken

und von der Politik mache. Es war unnötig, ihn zu töten und wenn er es gewollt hätte, hätte er dazu nicht das ganze Magazin gebraucht.

L: Hast du lange gezögert, bevor du die Entscheidung getroffen hast, die Guerilla zu verlassen?

K: Nein, nicht lange. Das einzige Problem war, daß ich das nicht alleine machen konnte. Du mußt dir vorstellen, was das bedeutet. Erstmal wirst du von den Bullen gesucht. Und zwar von jeder Art Bullen. Die Operation in Wien ist eine der bedeutensten der letzten Jahre gewesen und die Deutschen haben pro Kopf DM 50.000 ausgesetzt. Aber Carlos und Haddad sagten, daß der saudi-arabische Geheimdienst eine Million Dollar auf unsere Köpfe ausgesetzt hätte. Darüberhinaus riskierte ich, als ich die Guerilla verließ, auch diese auf den Fersen zu haben. Ich hatte genug Sachen mitgekriegt, so daß sie mir nicht nur Gutes wollten.

L: Hast du von dem Moment an, wo dein Entschluß, die Guerilla zu verlassen gefaßt war, konkrete Drohungen erhalten?

K: Ich konnte mich nicht unentwegt hinter meinen Verletzungen verstecken. Vor allem, da es mir nach einigen Monaten ziemlich gut ging. Die anderen hatten mich während der Ausbildungsstunden im Lager laufen und springen sehen. Ich habe versucht, Zeit zu gewinnen, indem ich Aktionsvorschläge machte. Ich habe sogar vorgeschlagen, Caroline von Monaco zu entführen. Aber das hat alles nicht gereicht. Ich fand mich wieder mit ihnen zusammen in Europa, wo sie Operationen vorbereiten wollten. Zum Schluß wollten sie, daß ich in ein anderes europäisches Land gehen sollte, um eine Reihe von Dingen zu machen. Ich habe mich geweigert. Ich habe gesagt: Ich mache nicht mehr mit, und gründe jetzt meine eigene Guerillagruppe. Die Leute vom 2. Juni, die auch da waren, haben etwas davon mitgekriegt und sind mißtrauisch geworden. Sie haben gesagt, daß ich nicht aufhören könne. Ich wüßte zuviel, vor allem im internationalen Rahmen. Das sind Worte, die ich nicht zu vergessen bereit bin.

Die Drohung war konkret. Ich war bereits in Europa und sie wollten, daß ich sofort in das arabische Land zurückkehre, aus dem wir kamen. Sie haben immer wieder darauf bestanden, indem sie sagten, es sei ein Befehl. Ich habe mich geweigert. Ich wußte aber, ohne Erlaubnis würde ich nicht rauskommen.

L: Wann bist du Carlos das erste Mal begegnet?

K: Welchem Carlos? Ich habe nie einen Carlos gekannt, der Name ist reine Erfindung. Der, der Carlos genannt wird, existiert, aber er heißt Wladimir Ilitsch Sanchez. Wie gesagt, er hatte noch zwei Decknamen, Johnny und Salem. Wilfried Böse hat das eines Tages in Paris erfunden, als er sich in der Wohnung von Sanchez aufgehalten hat. Er hat der Polizei Geschichten erzählt. Daß er gekommen ist, um jemanden namens Carlos zu treffen und daß dieser Carlos ihn beauftragt hat, mit bewaffneten Bewegungen im Baskenland Kontakt aufzunehmen. Aber das war alles falsch, Böse wurde ausgeliefert und in Deutschland wieder freigelassen.

L: Mit der Zeit ist er (Carlos) ein Mythos geworden. Wie hat er darüber gedacht?

K: Die Presse hat einen Mythos aus ihm gemacht. Er hat etwas gesagt, das mir richtig scheint: je mehr man von mir spricht, desto gefährlicher erscheine ich. Umso besser für mich.

L: Und was macht er jetzt?

K: Soviel ich weiß, nichts mehr. Er hat's kurz nach Entebbe hingeworfen. Auf seine Initiative hin hat in Wien im Dezember 75 der zweite Teil der Operation nicht stattgefunden. Er hat das mit einer arabischen Regierung ausgehandelt, die ihm wahrscheinlich Schutz zugesichert hat, als er aufhörte. Und ihn außerdem mit Geld versorgt hat.

L: Ist bekannt, daß er aufgehört hat?

K: Ja, alle wurden davon unterrichtet, auch Haddad.

L: Und was dachten sie (die westdeutsche Guerilla) über Kritik, die die westdeutsche Linke an der Guerilla übte?

K: Ich erinnere mich manchmal an einen Kongreß in Frankfurt (Antirepressionskongreß10 organisiert vom SB). Joschka Fischer (einer der Wortführer der Frankfurter Spontis) hat an die Guerilla gerichtet

erklärt: Genossen laßt die Gewehre fallen und greift wieder zu den Steinen. Sie sind vor Lachen gestorben. Ihnen war es scheißegal, was die Linke gemacht hat. Da gibt es das Beispiel mit der Bombe gegen den Vorsitzenden der Anwaltskammer mitten in einer Justizkampagne. Das hat alles blockiert.

L: Du sagst, daß einige Leute der Revolutionären Zellen in ein palästinensisches Lager gekommen sind, um dort eine militärische Ausbildung zu machen. Worüber diskutierten sie?

K: Über ihre Aktionen gegen Fahrscheinautomaten des öffentlichen Nahverkehrs.

Es gab in Deutschland eine große Kampagne der RZ's gegen die Tariferhöhung und die Einführung von Fahrschein-Automaten.

L: Darüber diskutierten sie?

K: Ja, es gab im Lager eine große Debatte über die Perspektiven der Aktion.

L: Einerseits Fahrscheinautomaten, andererseits große internationale Aktionen, das unterscheidet sich wie Tag und Nacht. Der kleine Handwerker und die große Industrie.

K: Sowas gab es immer. Das war der kleine Krämer in Böse. Einmal diskutierte man über ein Projekt, Sparbücher und Scheckbücher zu fälschen. Diese Geschichte mit den Sparbüchern hat die Typen ein Jahr lang beschäftigt. Dazu muß gesagt werden, daß es zwei Sektionen der RZ gab, die deutsche und die internationale.

L: Und zwischen beiden gab es keine Auseinandersetzungen?

K: Nach dem Tod von Böse und Kuhlmann wollte der Rest der internationalen Sektion eine Vergeltungsaktion auf einem Flughafen machen, wo sie eine Lücke im Sicherheitssystem entdeckt hatten. Aber der Spezialist, den sie dafür gebraucht hätten, arbeitete zu dieser Zeit in der deutschen Sektion. Und mitten in den Vorbereitungen hat der Typ, den sie gerufen hatten, das Waffenversteck der internationalen Sektion geklaut. Es blieben keine mehr übrig. Das Schlimme war, daß auch Waffen dabei waren, die für andere Gruppen bestimmt waren. Es wurden etliche Drohungen losgelassen, besonders von Carlos, und die Typen haben alles zurückgebracht. Die Geschichte war vorbei, als die andere Guerilla-Gruppe selbst alles zurückgeklaut hatte. Das ist verrückt, was?

L: Du hast, wenn auch in begrenztem Maße, Kontakt mit den drei deutschen Bewegungen der Guerilla gehabt: der RAF, dem 2. Juni, der ein bißchen weniger bekannt ist, und den Revolutionären Zellen, die merkwürdigerweise fast unbekannt sind und die in Deutschland allmählich entdeckt werden. Man weiß nur durch die Lektüre ihrer Texte, daß sie anarchistischer sind als die anderen, ideologisch mehr an die spontaneistische Bewegung gebunden. Hast du wichtige Differenzen bemerkt, die die Existenz von drei Gruppen rechtfertigen könnten?

K: Es gibt sie, aber ich kann nicht viel darüber sagen. Wenn man die Verluste, die der 2. Juni und die RAF erlitten haben, anguckt, wäre es logisch, wenn die drei Bewegungen sich vereinigen würden. Das Problem, das dauernd wieder aufs Tapet gebracht ist, ist die Beziehung der Revolutionären Zellen zum Untergrund. Die RZ's sind nicht dafür, systematisch in den Untergrund zu gehen. Das merkst du erst, wenn du dazu gezwungen bist. Während die anderen daraus ein Prinzip machen. Sie griffen immer die RZ's an, wenn es gemeinsame Diskussionen gab und warfen ihnen vor, daß sie sich eine Hintertür offenhielten.

Vollständiger Abdruck in Liberation Nr. 1450 bis 1454, Oktober 1978

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Hunde, wollt ihr ewig bellen ... November 1978

Unserer Erklärung Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter aus dem Mai 1977 wäre nichts hinzuzufügen, hätte Hans-Joachim Klein seine wie er es nennt Auseinandersetzung mit der Guerilla auch weiterhin auf die deutsche Presse gestützt. Was er dem Spiegel im Sommer aufgetischt hat, bedarf keiner Entgegnung. Er schwätzt, klatscht, bewundert sich, betreibt Public Relation in eigener Sache ein Pfau, der das Radschlagen übt. Er hat das Spektakel gesucht und ist längst in die Mühlen des Showgeschäfts geraten

er weiß, daß er sein Publikum nur halten kann, wenn er ständig was Neues zu bieten hat. Selbst die, die ansonsten keine Gelegenheit verstreichen lassen, der Guerilla eins reinzuwürgen, haben Gespür genug, daß sich aus diesem HJK kein politischer Profit schlagen läßt.

Mit Hilfe von Liberation, wohlwollenden Übersetzungen aus dem Deutschen ins Französische und wieder zurück, sowie einer vorgegebenen Argumentationsstruktur wird dem Tratsch nun wieder das Image einer politischen Linie gegeben. Die, die HJK für ihre eigenen Interessen brauchen, haben ihren Kronzeugen wieder auf Vordermann gebracht, wieder zurechtgeputzt. HJK, dessen Biographie als Linksradikaler blütenweiß ist, ohne Fehl und ohne Tadel, der von der Bundeswehr bis zu den Hausbesetzungen stets den aufrechten Gang gegangen ist und sich nun nach einer schlichten Currywurst zurücksehnt Wie man sie an Büdchen am Frankfurter Straßenrand kaufen kann, der seine Liebe zur Literatur entdeckt und zur klassischen Musik bewahrt hat; dem man selbst die Beteiligung an der OPEC- Operation nachsehen muß, weil er allen Anfechtungen zum Trotz seinen ursprünglichen Motiven treu geblieben ist und nun seine Erfahrungen und sein Wissen als internationaler Terrorist zur Verfügung stellt, um Schlimmeres zu verhindern. So aufgemöbelt wird HJK einem neuen, internationalen Publikum präsentiert, das weder ihn noch sein Metier, die Revolutionären Zellen, kennt. Dies ist der Grund, warum wir zum Thema HJK doch nochmal Stellung nehmen. Es ist nicht unser Bier, HJK die Show zu stehlen, indem wir seine Geschichten zurechtrücken, nun statt seiner Version mit unserer aufwarten. Wer glauben will, was er ohnehin schon weiß, wird auch nicht durch Gegendarstellungen eines Besseren zu belehren sein. Wer verunsichert ist, Zweifel bekommen hat, dem ist auch durch Dementis nicht geholfen. Der möge HJK beim Wort nehmen, um zu wissen, wo er hingehört:

im Spiegel heißt es, das Prinzip einer Gruppe wie der RZ sei es, daß ihre Chefs keine gefährlichen Aktionen unternahmen. Der angebliche RZ-Chef Wilfried Böse ist tot, HJK aber lebt.

in Liberation rühmt er sich, schon vor OPEC den Standpunkt des Massakers bekämpft zu haben. Im Spiegel sagt er über die Diskussion mit den Mitgliedern der OPEC- Operation lapidar: Bedenken wurden nicht geäußert.

Er wird nicht müde zu verbreiten, daß, wer aussteigt, liquidiert wird, er deshalb gar keine andere Möglichkeit hatte, als seinen Bruch mit der Guerilla im Schutz der Sponti-Öffentlichkeit zu vollziehen. Von Carlos erzählt er im gleichen Atemzug, der wäre auch ausgestiegen, ohne daß ihm offensichtlich ein einziges Haar gekrümmt worden ist. Außerdem weiß er selbst: ... wenn wirklich was läuft, habe ich sowieso keine Chance. Also, wenn die den Buback kriegen oder den Schleyer, dann kriegen die mich auch. (Spiegel). Drei beliebige Beispiele.

Nicht, daß HJK die Guerilla verlassen hat, ist das Problem, sondern wie er sie verlassen hat. 1977 haben wir geschrieben: Da HJK weiß, daß es die Alternative Fighter oder Bulle für uns nicht gibt, hätte er mit uns lösen können, was ihm die Fortführung des bewaffneten Kampfes verunmöglichte, wie er aussteigt, wie seine Zukunft zu sichern ist. Wir, er, die Linken wissen, daß das Verlassen der Guerilla selbstverständlich immer möglich ist. Jeder, jede hat die Möglichkeit unauffällig zu leben und zwar mit Unterstützung von allen, mit denen er vorher gekämpft und gelebt hat. Das weiß jeder, der diese Politik anfängt. Gerade HJK hätte viele Möglichkeiten gehabt. Wie schon viele vor ihm.

Sicher, aber unauffällig leben das war nicht nach dem Geschmack von HJK. Er war und ist nach wie vor nicht fähig, den Weg zu gehen, den wir ihm vorgeschlagen haben. Er hat nicht die Stärke von Astrid Proll¹¹, die sagt: Während der letzten Jahre habe ich mich niemals dafür entschieden, Interviews aus dem Dunklen zu geben und die Leute aufzufordern: Werft die Waffen weg!, weil ein Akt wie dieser nur aus Papier ist. Er bereichert seine und ihre Perspektive nicht, es behindert sie oder ihn eher. Statt dessen bildete ich mich mit EG-Geldern aus und versuchte, etwas anderes zu machen und ich tat es. HJK hat einen anderen Weg gewählt. Er hat sich aus der Guerilla fortgestohlen, um wieder die Trommel rühren zu können, wenn auch in einem anderen Takt. Dadurch, allein dadurch ist er zum Problem geworden. Dem teuflischen Zwang ausgesetzt, immer neue Wahrheiten, Anekdoten, Stories bringen zu müssen, um sein Publikum bei Laune zu halten, hat er die Grenze zum Verrat längst überschritten. Nichts ist zu schäbig, keine Lüge zu gemein, kein Tratsch zu lächerlich, keine Projektion zu niederträchtig. The show must go on, der Rubel muß rollen. Als wäre er noch imstande zu unterscheiden, wo Kritik aufhört und Denunziation beginnt. Daran ändert auch die hundertfache Beteuerung des Gegenteils nichts. Verrat beginnt, wo er bereitwillig Auskunft über Strukturen, über innere Zusammenhänge, über den Hergang von Aktionen, über Logistik, über Bewegungen von Genossen gibt, die gesucht werden. Verrat beginnt letztlich, wo er seinen Drang zur Selbstdarstellung, den er kennt, akzeptiert. Dies sollten vor allem HJKs Marktstrategen wissen, die ihn in diesem Drang solange bestärken, wie er für ihre Interessen verwertbar ist und zugleich glauben, sich aus ihrer Verantwortung stehlen zu können, sobald sich seine Schwatzhaftigkeit nicht mehr als politische Kritik verkaufen läßt.

Ihm diesen Drang als seine politische Identität abgenommen zu haben, ist unser Fehler, ist Ausdruck dessen, wie schwer wir uns tun, unseren eigenen Ansprüchen gerecht zu werden. Genauigkeit im Umgang miteinander, Offenheit und gegenseitiges Vertrauen, bedingungslose Solidarität gegenüber jedem, der mit uns kämpft, sind mehr als jede Logistik, mehr als jede erworbene Fähigkeit Existenzbedingung der Guerilla HJK ist ein beredtes Beispiel dafür. Wir haben seinen verzweifelden Zwang, immer der King sein zu müssen, stillschweigend geduldet, weil wir uns opportunistisch zu seiner proletarischen Herkunft verhalten haben. Wir haben ihm seine Großmüligkeit durchgehen lassen, weil uns seine Radikalität auch fasziniert hat. Wir haben seine Sprüche hingenommen, weil er auch was gemacht hat. Wir haben zu wenig, zu oberflächlich nach seinen Beweggründen gefragt, weil es leichter war, auf ihn abzufahren. Weil dies unsere Fehler sind, macht uns seine Geschichte und sein jetziges Verhalten eher betroffen, als daß wir ihn hassen. Es gibt keinen Grund für Selbstgerechtigkeit, wenn man mitverantwortlich ist für die Illegalität von jemandem, der weder dies noch bewaffnete Politik jemals ernsthaft gewollt hat. Es mischt sich darin auch heute keine Schadenfreude; es wäre besser für alle, HJK säß wieder in seiner Frankfurter Stammkneipe. Wie wenig HJK begriffen hat, was die Politik der Revolutionären Zellen ist, davon zeugt sein Interview mit Liberation. Für ihn ebenso wie für Liberation ist es der kleine Krämer im Böse, wenn Genossinnen und Genossen der RZ über Aktionen gegen Fahrscheinautomaten des öffentlichen Nahverkehrs diskutieren, wenn sie andere Möglichkeiten der Geldbeschaffung überlegen, als die des Banküberfalls. Kleinkrämerei, weil es nicht in das Klischee von der Eigendynamik bewaffnet kämpfender Gruppen paßt, die diese unumstößlich in eine militaristische Politik treibt. Für ihn reduziert sich der Unterschied zwischen den drei deutschen Bewegungen der bewaffneten Linken auf ihr Verhältnis zur Illegalität. Die RZ seien nicht dafür, systematisch in den Untergrund zu gehen. Als sei dies allein eine strategische Frage, die die Existenz von drei verschiedenen Gruppen begründen könnte.

Wer unsere Politik kritisieren will, kommt an unserer Praxis nicht vorbei. Diese Praxis ist überprüfbar. Die 70 bis 80 Aktionen der RZ seit 1973 zeigen zumindest eines

sie waren und sind Bestandteil eines Konzeptes, in dem illegale, gewaltsame Aktionen nach ihrem

politischen Stellenwert durchgeführt werden.

Wir führen keinen Krieg. Auch der Vernichtungswille des Staates wird uns nicht zum militärischen Schlagabtausch provozieren, in dem wir ohne Massenbewegung in der BRD keine Chance hätten. Der Grund für die Existenz und Praxis der bewaffneten Gruppen liegt in der Tendenz der präventiven Konterrevolution, die Legalität politischer Betätigung einzuschränken, revolutionäre Minderheiten zu liquidieren, die Mehrheit zu überwachen und zu kontrollieren. Jede der politisch bedeutsamen Bewegungen der letzten Jahre ist an einen Punkt geraten, wo für sie nur noch die Alternative zwischen Resignation und Rückzug oder militärischer Eskalation bestand. Dies gilt für die spontanen Streiks 1973, für den Häuserkampf 1974/75, die Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen zuletzt im Jahr 75, für die Anti-KKW-Bewegung 1977, auch teilweise für die Frauenbewegung. Alle diese Bewegungen sind in die Defensive geraten.

Die Organisierung und Vorbereitung der Illegalität bedeutet nicht, auf legale, offene Arbeit zu verzichten. Vielmehr wollen wir dadurch erreichen, der Sackgasse von Resignation oder Massaker ausweichen zu können, weiterhin trotz der massiven Repression in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen den Feind angreifen zu können. Die Isolierung der Guerilla, in die sie sich mit der Form ihrer Organisierung begibt, ist nicht hauptsächlich durch gewaltige Schläge zu überwinden, sondern durch die Zustimmung zu ihrer Politik, durch die politische Weiterentwicklung der Vielen, durch eine Vermassung ihrer Organisations- und Aktionsformen, durch die Entstehung vieler selbständiger politisch-militärischer Kerne kurz: durch eine revolutionäre und das heißt auch militante Bewegung des Volkes.

Die militärischen Aktionen müssen deswegen auch in einem genauen Verhältnis zum öffentlichen Bewußtsein stehen und erfahren von daher auch ihre Akzente und Begrenzungen. Die Reaktion des Staates auf die Existenz der Guerilla ist gerade der Versuch, das militärische Moment vom politischen zu trennen, um damit eine Legitimation für den staatlichen Krieg gegen die Fundamentalopposition zu haben. Wir kämpfen auch nicht um die Macht. Es geht nicht darum, in der Metropole die staatliche Bürokratie auszutauschen, sondern um die Zerstörung von politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Strukturen. Der Weg dorthin wird mit einem Aufstand weder begonnen noch abgeschlossen. Eine solche Entwicklung kann nur dann erfolgreich sein, d.h. weder in faschistischer Barbarei noch im Staatskapitalismus enden, wenn sie als langanhaltender Zersetzungsprozeß auf allen Ebenen vor sich geht, wenn gegen die Verstaatlichung der Gesellschaft, die Institutionalisierung der Organisationen, die Parlamentarisierung der politischen Auseinandersetzung Volksmacht, Gegenmacht entwickelt wird. In der BRD geht es dabei heute kaum um reale Machtpositionen, es geht um symbolische, zeitweilige Gegenmacht, um die Aufrechterhaltung und Stärkung des Moments der Revolte, des Widerstandes. Gleichzeitig kämpfen wir heute im Modell Deutschland gegen ein Europa unter amerikanisch-deutscher Hegemonie, für ein Europa freier Völker, das ohne die Zerschlagung der BRD eine Fiktion bleiben wird. Wer diesen Weg des Widerstandes nicht gehen will, diese Hoffnung auf eine revolutionäre Zukunft nicht leben kann, sollte dann der Linie der eurokommunistischen Parteien¹² folgen, der Linie des Kompromisses mit dem Imperialismus, der Unterordnung der Linken unter die reaktionären Sektoren der Gesellschaft. Aktionen und politische Positionen von Revolutionären Zellen zu schildern, kann und soll weder entwickelte theoretische Positionen noch ungebrochene, unablässige Praxis vorspiegeln. Die RZ verfügen über eine 5jährige Praxis in der Organisierung der Illegalität, ihre Aktionen und politischen Interventionen sind dennoch nur eine sporadische Realität der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der BRD. Dennoch können einige Momente dieser Linie und ihrer praktischen Umsetzung festgehalten werden:

(1) Die Methode der Illegalität erlernen, illegale Organisationsformen aufbauen, die Linke auf die Illegalität vorbereiten.

(2) Theoretisch und praktisch in die Bewegung intervenieren, die Bewegungen gegen die Gewalt des Staates unterstützen, den Widerspruch von politischem Anspruch und praktischer Defensive

aufgreifen. Seit zwei Jahren haben RZ in vielen Städten der BRD begonnen, Aktionen gegen die Betreiber, Propagandisten, wissenschaftlichen Wegbereiter und Bullen des Atomfaschismus durchzuführen; auch, um damit der Fixierung der Anti-AKW-Bewegung auf die Bauplätze entgegenzuwirken; auch, um dabei zu helfen, die an die Grenzen der Repression gestoßene, offene, massenhafte Militanz der Bewegung in der vielfältigen Subversion fortzusetzen. Als 1975 in mehreren Städten der BRD die Demonstrationen gegen Fahrpreiserhöhungen von der Polizei niedergeknüppelt wurden, haben RZ in Westberlin 120.000 gefälschte Fahrkarten verteilt. Auch in den folgenden Jahren wurde dem allgemeinen Protest gegen die Fahrpreise, gegen die schlechten Beförderungsbedingungen usw. mit der Zerstörung der Fahrscheinautomaten, dem Niederbrennen der Schwarzfahrerparteien in Berlin und Frankfurt Ausdruck verliehen. Im Jahr 1977 hat eine RZ dem verantwortlichen Vorsitzenden der Frankfurter Anwaltskammer eine Bombe vor das Schlafzimmer gelegt, nachdem die Mobilisierung eines Teils der Linken gegen Berufsverbote für linke Rechtsanwälte wieder abgeflaut war. Dem größten und übelsten Spekulanten der BRD, der sich gern mit dem Nimbus der Unangreifbarkeit schmückte, wurde in sein schwerbewachtes Wohn- und Verwaltungsgebäude ein dickes Loch gesprengt sehr zum Wohlgefallen all derer, die in Kaußen-Häusern zur Miete wohnen müssen.

(3) Der Resignation und Ohnmacht entgegenwirken. Der scheinbar allgewaltige gesellschaftliche und staatliche Apparat in der BRD vermittelt auch der Linken massive Ohnmachtsgefühle. In den Mord- und Repressionskampagnen gegen die Linke werden diese Gefühle zelebriert, verstärkt oder befestigt. Auf den Mord an Ulrike haben RZ mit Angriffen auf das Oberlandesgericht Hamm und auf das amerikanische Hauptquartier in Frankfurt, das zugleich die größte CIA-Station außerhalb der USA ist, geantwortet. Als trotz einer massiven Kampagne der Frauenbewegung für eine Aufhebung des Abtreibungsverbots das höchste Gericht der BRD 1975 gegenteilig entschied, haben Frauen der RZ in dieses Gebäude eine Bombe gelegt.

(4) Den Legalismus im deutschen Volk und in der Linken auflösen. Die Deutschen sind ein entsetzlich gesetzestreu Volk. Schon kleine Übertritte fallen schwer. Diesen Legalismus aufzubrechen, war ein Ziel beim Verteilen gefälschter Fahrkarten. Eine andere RZ hat ebenfalls in Westberlin gefälschte Essensgutscheine an Sozialhilfeempfänger ausgegeben. Als wegen ihrer Einlösung einige bestraft werden sollten, hat eine RZ dem zuständigen Richter und Staatsanwalt die Autos angesteckt. Die Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums setzt den Bruch mit der bürgerlichen Gesetzlichkeit voraus, Aktionen wie diese sind ein kleiner Schritt dazu.

(5) Einzelne bestrafen, um viele zu verunsichern. An vielen Punkten haben wir die kleinen Feinde des Volkes angegriffen, die anonymen Bürokraten und Schinder. In Westberlin wurde einem Staatsverteidiger im Schauprozeß gegen die Genossen der Bewegung 2. Juni in die Beine geschossen. Dem für die Maßnahmen gegen die Kalkar13-Demonstranten verantwortlichen Duisburger Polizeipräsidenten wurde der Mercedes angesteckt, ebenso anderen, die für den Abriß von Jugendzentren, für Entlassungen verantwortlich waren.

(6) Durch illegale Propaganda Gegenöffentlichkeit herstellen. Die bürgerliche Öffentlichkeit und zunehmend mehr ein Teil der linken Öffentlichkeit unterschlagen die Existenz der RZ bzw. sie bereiten deren Praxis nach den Rezepten ihrer Giftküchen auf. Durch Flugblätter, Zeitungen, illegale Radiosendungen haben RZ begonnen, staatliches und linksfraktionelles Informationsmonopol zu durchbrechen.

(7) Gegen die Internationale des Kapitals eine antiimperialistische Praxis entwickeln. Daß die Linke es nicht den Imperialisten überlassen sollte, welche Teile der Erde sie zum Kriegsgebiet erklären und wo ihre befriedeten Rückzugspunkte sind, war ein wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der Studentenbewegung; daß andererseits eine revolutionäre Bewegung, die an den nationalen Grenzen haltmacht, perspektivlos bleiben muß, ist eine Binsenwahrheit. Befreiungsbewegungen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern können nur erfolgreich sein, wenn sich in den Metropolen der Internationalismus praktisch entfaltet; umgekehrt ist die Befreiung hier untrennbar verbunden mit

revolutionären Initiativen in der Dritten Welt. Die Linke in der BRD ist sich dieses Zusammenhangs bewußt, eine praktische Dimension hat dieses Bewußtsein jedoch kaum noch. Das Fehlen einer antiimperialistischen Praxis der Linken kann unsere Betroffenheit über die Massaker des Imperialismus, die Ausbeutung der Menschen und der Ressourcen, über täglichen Hunger, Elend, Krankheit als Folge des imperialistischen Kalküls nicht beschwichtigen.

Seit 1973 haben RZ deshalb immer wieder Aktionen gegen Niederlassungen imperialistischer Staaten und faschistischer Diktaturen in der BRD unternommen. Sie haben ITT und Institutionen des faschistischen Chile angegriffen; sie haben Bomben gelegt gegen militärische Anlagen, Kasinos, das Hauptquartier der US-Armee. Vor kurzem zerstörte eine RZ in der Nähe von Bremen ein für eine Anti-Guerilla-Einheit bestimmtes Gebäude schon vor deren Einzug. Gerade wegen der Verbrechen des Faschismus am jüdischen Volk haben wir Aktionen gegen den Zionismus, seine staatlichen Institutionen, seine Firmen und Gesellschaften in der BRD durchgeführt; denn die Zionisten betreiben heute mit amerikanischer und deutscher Unterstützung Völkermord an den Palästinensern, dessen Opfer die Juden vor 40 Jahren geworden sind.

Neben dem Kampf im eigenen Land hat der antiimperialistische Kampf seit 15 Jahren eine weitere Dimension. Che Guevara hat den revolutionären Internationalismus in den 60er Jahren inspiriert; entsprechend der Parole Schafft zwei, drei, viele Vietnam den Kampf dort geführt, wo er geführt werden mußte. In den 70er Jahren ist die Führungsrolle bei der Organisation multinationaler Gruppen von der lateinamerikanischen Guerilla auf die Palästinenser übergegangen. Der palästinensische Revolutionär Wadi Haddad hat im Rahmen dieses Konzeptes, nämlich die ganze Welt zum Aktionsfeld des antiimperialistischen Widerstands zu machen, einen Beitrag zur internationalen Zusammenarbeit der Befreiungsbewegungen zu leisten, eine große Bedeutung.

(8) Die gefangenen Kämpferinnen und Kämpfer befreien.¹⁴ Jede radikale Bewegung, der es ernst ist, weiß, daß sie repressiven Angriffen ausgesetzt sein wird. Die Linke in der BRD, besonders die bewaffnete Linke, macht da keine Ausnahme. Ebenso klar ist, daß denen, die im Magen des Haies gequält werden, die dort einen langsamen Tod sterben sollen, in Zeiten des zugespitzten Konfliktes auch ermordet werden, unsere besonderen Überlegungen und Anstrengungen gelten. Verschiedene Versuche sind gemacht worden, die gefangenen Genossinnen und Genossen zu befreien, nur wenige waren erfolgreich. Dabei steigt ihre Zahl ständig; zu den über 120 Gefangenen aus Gruppen der bewaffneten Linken kommen mindestens ebenso viele, die wegen Kriegsdienstverweigerung, wegen Landfriedensbruch, wegen anderer politischer Delikte im Knast sitzen.

Die Ereignisse des Deutschen Herbstes, die faschistoide Entschlossenheit des polizeilich-politischen Führungszentrums, Befreiungsversuche der Guerilla um jeden Preis zu vereiteln, hat uns erschreckt und macht uns noch mehr Bangen um das Leben unserer Freunde und Genossen in den Knästen.

Fast jede Befreiungsaktion unterliegt Bedingungen, die wir nicht wollen: eine Machtauseinandersetzung zwischen Staat und Guerilla. Dies kann und darf nicht heißen, daß der Zweck die Mittel heiligt. Auch Befreiungsaktionen dürfen nicht zur Identifizierung des Volkes mit dem Staat führen, dürfen nicht in Widerspruch zu unseren politischen Perspektiven stehen, dürfen sich nicht gegen das Volk richten. Dennoch gibt es für eine kämpfende Bewegung aus diesem Dilemma keinen Ausweg: die politischen Gefangenen müssen befreit werden.

Von all dem, was wir beschrieben haben und was Realität wie Kontinuität ausmacht, findet sich kein einziges Wort bei HJK nicht und in den Fragen von Liberation auch nicht. Nicht die RZ als Bestandteil der radikalen Linken in der BRD interessieren, von Interesse ist, was sich gegen die RZ verwenden läßt. Darin unterscheidet sich Liberation nicht von HJK. Ginge es euch ernstlich um Kritik, ihr wüßtet, daß ihr das Interview durch den Kamin jagen könntet. Statt dessen strapaziert ihr Argumente, die so abgestanden, so verbraucht sind, daß wir darauf nicht mehr einzugehen bereit sind. Reden über Dinge, die durch Reden nicht zu lösen sind, muß man sich abgewöhnen. (Bert Brecht).¹⁵ Wer behauptet, daß die Logik der Waffen unser Handeln bestimmt, beweist nichts, außer daß er nicht eine Aktion der RZ zur Kenntnis genommen hat. Wem zu unserer Praxis nur einfällt, sie würde die

präventive Konterrevolution provozieren, der soll dann auch den jüdischen Antifaschisten Herschel Grynspan¹⁶ für das Judenpogrom 1938 in Deutschland verantwortlich machen, der glaubt sicher auch, das Attentat von Sarajewo¹⁷ habe zum ersten Weltkrieg geführt. Wer unterstellt, die westdeutschen Guerillagruppen seien gekaufte Söldner des palästinensischen Widerstands, der projiziert den Rassismus des weißen Herrenmenschen (der in der Tat auf ein Heer von Söldnern angewiesen ist) auf die Völker, die sich eben davon befreien. Wem zu den Problemen, die ein Leben in der Illegalität mit sich bringt, nichts anderes einfällt, als daß sie zwangsläufig bürgerliche Verhaltensweisen und autoritäre Strukturen zur Folge haben, dem sprechen wir ein Interesse an einer ernsthaften Auseinandersetzung ab. Das ist Dreck, der auch nicht dadurch besser wird, daß ihn der Abwechslung halber mal Liberation in den Mund nimmt.

Welches Interesse habt ihr, hat Liberation, hat Lotta Continua¹⁸, wenn ihr HJK für euch sprechen laßt? Ihr wollt die Guerilla zur Raison rufen oder richtiger ihr wollt, daß die Akteure wieder in den Kulissen verschwinden, daß sie wieder Deckchen stecken. Weil für euch die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen ein Stadium erreicht haben, in dem ihr nicht mehr fragt, wer für die gesellschaftliche Gewalt verantwortlich ist, sondern einzig und allein, wer aufhört. Es soll wieder Ruhe einkehren, nicht die tödliche Stille faschistischen Terrors, wohl aber der bürgerliche Frieden. Ihr wollt die Guerilla zurückpfeifen, weil ihr insgeheim hofft, daß dann auch der Staat zu seiner Rechtmässigkeit zurückfinden würde. Andererseits müßt ihr die Guerilla angreifen, weil ihr um eure Ohnmacht wißt, den Staatsapparat zur Vernunft zu bringen. Als wäre das Problem der Faschisierung dadurch zu lösen, daß die, die sich wehren, sich zur Ruhe setzen. Der bürgerliche Frieden ist bewaffneter Frieden; daß Krieg ist, in verschiedenen Formen zwar, aber dennoch Krieg, ist doch nicht die besondere Hinterhältigkeit, eine gemeine Erfindung der Guerilla gegen die legale Linke, sondern Ausdruck der Gewalt, mit der die Internationale der Menschenfresser ihre Einflußzonen freizuhalten versucht. Glaubt ihr ernsthaft, wir könnten Situationen wie in Nicaragua, wie im Iran, wie in Rhodesien oder wie im Nahen Osten vermeiden und dennoch gleichzeitig den revolutionären Weg gehen? Die Vorstellung, die Herren würde ihre Positionen qua Mehrheitsentscheid räumen, ist verlockend; danach zu leben, ist korrumpierend oder tödlich.

Daß wir Niederlagen einstecken müssen Mord, und Folter an unseren Genossen, Verrat, Verhaftungen, Illegalisierungen kann kein Grund sein, an der Rechtmässigkeit unseres Vorhabens zu zweifeln. Sind wir eure Feinde, die wir Feinde des Unrechts sind? Wenn die Kämpfer gegen das Unrecht besiegt sind, hat das Unrecht doch nicht Recht! Unsere Niederlagen beweisen nichts, als daß wir zu wenige sind, die gegen die Gemeinheit kämpfen und von den Zuschauern erwarten wir, daß sie wenigstens beschämt sind. (B.B.) Wenn ihr es statt dessen zu eurer Sache macht, die ohnehin dünne Basis der Guerilla anzugreifen, kann euch letztlich keiner daran hindern. Aber ihr solltet wissen, in wessen Fußstapfen ihr tretet.

Ihr werdet euer Publikum finden und gefunden haben. Die Zeiten sind günstig für euch. In der BRD sind es diejenigen, die von der Allmacht des staatlichen Gewaltapparats überrascht worden sind, denen der Deutsche Herbst fürs erste jeden subversiven Gedanken ausgetrieben hat; die sich wie wir auch Illusionen über den Gang der Revolte gemacht haben und nun schon am Ende aller Träume angekommen sind. Sie haben ihre Hoffnungen vertagt, wenn nicht begraben. Aber anstatt über Konsequenzen nachzudenken, kehren sie den Spieß um; anstatt aus ihrer Hoffnungslosigkeit keinen Hehl zu machen, dazu zu stehen, zetern sie gegen die los, die nicht ihren Weg gehen. Anstatt neue Lösungen zu suchen, machen sie selbst aus ihrem Rückzug noch Strategie.

Euer Interview ist ihnen Genugtuung und Legitimation zugleich. Es trägt dazu bei, daß die Probleme, die auf den Nägeln brennen, erfolgreich verdrängt werden; es verhindert, daß Fragen gestellt werden, die gestellt werden müssen, z.B.:

Mit welcher Perspektive tretet ihr noch an? Gibt es für euch noch eine Perspektive von Macht und Gegenmacht? Und wenn ja, welche Möglichkeiten seht ihr, um aus der Situation der strukturellen Unterlegenheit der Linken rauszukommen? Was habt ihr der bewaffneten Übermacht des

Staatsapparates engegensetzen?

Auf welche gesellschaftlichen Auseinandersetzungen bezieht ihr euch noch und wie begreift ihr eure eigene Identität im Verhältnis zu den kleinen Revolten, den Unruheherden, dem Protest, der noch nicht abgeflaut ist? Habt ihr die Arbeiterbewegung abgeschrieben? Wenn ja, gibt es überhaupt noch eine Kraft, auf die ihr euch stützt? Welche Rolle spielen die Befreiungsbewegungen in euren Überlegungen?

Was heißt es für euch, daß einer legalen Massenbewegung die Entwicklungsbedingungen schon im Vorgriff abgeschnitten werden, daß der Spielraum politischen Handelns auf das reduziert wird, was ohnehin konform ist und zugleich Konformität mit Staatstreue identifiziert wird? Wie wollt ihr den Schwierigkeiten begegnen, die aus der Illegalität herrühren, in die die Linke absehbar gedrängt wird? Schwierigkeiten nicht nur des Handelns, sondern auch der Kommunikation, des Erfahrungsaustauschs, der Entscheidung, des Miteinander-Kämpfens?

Welche Schlußfolgerungen zieht ihr aus euren eigenen Analysen? Daß, seitdem wir die Ruinierung des Ökosystems bewußt wahrnehmen, der Faktor Zeit in all unseren Überlegungen eine ganz neue Dimension bekommen hat? Welchen politischen Sinn gibt es, von Ökofaschismus zu reden, ohne die Konsequenzen mitzudenken? Was kommt nach Malville¹⁹, was nach Grohnde und Kalkar?

Was habt ihr aus Chile, aus Portugal gelernt? Was ist eure Antwort auf die Kämpfe in Südafrika, im Iran, im Libanon Länder, in denen der Imperialismus keineswegs vor seiner endgültigen Niederlage steht, sondern an der Schwelle zur kriegesischen Intervention, der gegenüber all die Barbarei der letzten Jahre ein Scharmützel gewesen sein wird. Wird die französische Linke dem absehbaren Angriff des französischen Imperialismus tatenlos zusehen, wie seinerzeit der blutigen Intervention in Algerien?²⁰

Dies ist nur ein Teil der Fragen, die wir an euch haben, die wir uns selbst stellen. Wir behaupten nicht, die Antworten zu wissen; aber wir beanspruchen, durch unsere Praxis auf diesen Fragen zu beharren, um eine Lösung zu finden.

Es gibt keine Garantie auf Erfolg. Wer sich fürchtet, auf der Seite der Verlierer zu stehen, wird auch nie gewinnen. Wir wissen ebenso wenig wie ihr, ob historische Legitimität als Bedingung und Subjektivität als Motor bewaffneten Widerstands der Totalität des Staates auf Dauer gewachsen sein werden. Wir wissen nicht, ob es gelingt, die Basis des Widerstands entscheidend zu verbreitern oder ob die Kolonialisierung der Köpfe so weit fortgeschritten ist, daß sich das deutsche Volk noch einmal einer faschistischen Lösung, wenn auch unter veränderten Vorzeichen, anschließt. Es wäre nicht nur unehrlich, sondern selbstmörderisch zu behaupten, wir hätten alle Probleme, die aus der Organisation der Illegalität folgen, im Griff.

Dennoch: schon einmal 1933 hat die organisierte deutsche Linke klein beigegeben. In der Hoffnung, der Nazismus ginge an sich selbst zugrunde, haben SPD und KPD auf eine Organisation des Widerstands verzichtet; auch weil ihnen das Risiko von 10.000 Toten im Kampf gegen den Faschismus ein zu hohes Opfer schien, standen am Ende die 56 Millionen Tote des 2. Weltkrieges. Noch einmal werden wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen, wir hätten etwas unversucht gelassen!
Revolutionäre Zellen

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Erklärung der RZ zum Fall Traube März 1977

Wie man einen inneren Feind aufbaut

Wir wissen nicht, wann wer wem die Akte Traube zugeschoben hat, um daraus nach dem Muster der Dreyfuss21 Affäre die Affäre Traube zu stricken, wir wissen aber genau, daß die Wahl des Zeitpunktes und die Wahl des Opfers Methode hat.

Die Methode der ideologischen Kriegsführung, die versucht, die Loyalitätskrise und Insubordination, die sich gegenüber einer wahnwitzigen Energiepolitik breitmacht, durch den Aufbau eines gemeinsamen inneren Feinds aufzufangen. Zum Zeitpunkt: Nachdem in Wyhl und Brokdorf der lange mühsam verkapselt gehaltene Eiterherd Ökologie explosionsartig aufgebrochen ist, droht diese Wucht, noch ganz andere Dämme einzureißen.

Die Leute trauen dieser Industrie und dieser Regierung nicht mehr, will heißen: sie trauen ihnen alles zu, auch die atomare Vernichtung von Millionen Menschen im Namen des Profits. Das bedeutet, die Menschen fühlen sich von Regierung und Industrie in ihrem Leben bedroht.

Die Folge davon ist, daß die Zwangsgemeinschaft von Herrschenden und Beherrschten auseinanderzubröckeln droht. Um diese Risse zu kitten, wird ein gemeinsamer Feind geschaffen, im Kampf gegen den die Volksgemeinschaft wieder zusammengeschweißt werden soll.

Zwar hat die Gemeinschaft von Regierung und Industrie bereits die Luft verpestet, die Flüsse verseucht, die Umwelt vergiftet, eine radioaktive Verseuchung produziert, die uns in Jahrtausenden noch bedroht, die BRD zum größten Atom- und Wasserstofflager der Welt gemacht doch der wahre Feind steht links: Die Revolutionäre bedrohen uns mit einem Anschlag unvorstellbaren Ausmaßes, notfalls atomarer Art (Welt). Sogas kann sich nur jemand ausdenken, der selber nichts mehr als den Tod produziert. Als Schüsselfigur dieser ideologischen Kriegsführung wird ausgerechnet der Revolutionär Jochen Klein ins Feld geführt, der OPEC-Minister gerade wegen ihrer imperialistischen Energiepolitik, die die arabischen Länder ausblutet, entführt hat.

Wir strecken unsere Hand nicht nach dem Atom aus, sondern höchstens gegen die, die diese menschenvernichtende Energie verbrechen.

Die Affäre Traube ist die konsequente Fortsetzung einer Staatsschutzpolitik, die in Bahnhöfen Bomben explodieren läßt, die Trinkwasser mit Gift und U-Bahnhöfe probeweise verseucht (wie der CIA), die den Raketenangriff auf Fußballstadien und den Großangriff auf Stuttgart androht, um den Haß auf die Revolutionäre zu schüren, die angetreten sind, der imperialistischen Todesökonomie und -kultur ein Ende zu bereiten.

Opfer dieses Staatsschutzmanövers ist diesmal der Atomwissenschaftler Dr. Traube, als Warnung für alle die, die sich den 1984er Verhältnissen nicht anpassen wollen.

Der Pflasterstrand druckte in seiner Nr. 6 ein Foto von Jochen Klein ab, das bei der internationalen Fahndung noch nicht benutzt werden konnte. Da hier unterstellt man keine Mutwilligkeit die Fahndung nach ihm unterstützt wird, muß man klarstellen, daß es so nicht geht, Genossen!

Denn das heißt

sich dadurch direkt an der internationalen polizeilichen Fahndung zu beteiligen, indem man Staatsschutzkenntnisse durch bisher unveröffentlichtes, unbekanntes Material bereichert, in dem Fall den Erkennungsdienst hilfreich unterstützt. Es ist das erste Mal, daß in der linken Presse etwas derartiges geleistet worden ist. Bisher entsprach es nicht den Gepflogenheiten, überhaupt Fotos oder Zeichnungen o.ä. von jeweils zur Zeit gesuchten Genossen preiszugeben; im Gegenteil hat sich die Linke bisher bemüht, die Fahndung zumindest zu erschweren (etwa durch Vernichten, Fälschen oder

Unkenntlich-machen von Fahndungsplakaten!!)

Die Quelle (aus...) wurde auch nicht zum Schutz von Jochen weggelassen wie man es interpretieren könnte sondern im Eigeninteresse derjenigen Privatperson, die das nostalgische Bildchen aufgetrieben hat.

So sieht er aus wie die Öffentlichkeitsmacher ihn haben wollen: romantisch, jungenhaft mit langer Mähne. Sie haben sich ein Bild von ihm gemacht, das nicht zum OPEC-Bild paßt, können es immer noch nicht fassen, daß er zu einem solchen Schritt entschlossen war.

Schlußwort an die Urheber:

Ihr könnt euch darüber wundern und daran rumrätseln, weshalb Jochen an einer bewaffneten Aktion teilnahm. Aber ihr habt in Zukunft gefälligst zu unterlassen, euch wie Bullen zu betätigen, ED-Material beizusteuern, das irgendeinem gesuchten Genossen Kopf und Kragen kosten kann.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Gegen den geistigen Nährboden des Terrorismus

In einer Regierungserklärung vom 20. April 1977 bezeichnete Bundeskanzler Helmut Schmidt die Ausrottung des geistigen Sumpfes als nächste Aufgabe der Terrorismus-Bekämpfung

Mit Gesetzgebung allein schaffen wir den Terrorismus nicht aus der Welt. Wir müssen ihm jeden geistigen Nährboden entziehen. Die Intellektuellen in unserer Gesellschaft sollten den politisch Verantwortlichen im Prozeß der Aufklärung solcher junger Deutscher helfen, die noch ein unklares Urteil über Terroristen, über deren Motive und über deren scheinbare Rechtfertigung haben. Wo nach ruhigem Abwägen durch Politiker, durch Juristen, durch Fachleute der inneren Sicherheit die Instrumente nicht wirksam genug erscheinen, dort sollen sie verbessert und ergänzt werden. Wir haben (die Aufgabe) den Terrorismus ohne Wenn und ohne Aber und ohne jede sentimentale Verklärung der Tätermotive zu verfolgen, bis er aufgehört haben wird, ein Problem zu sein.

Bereits ein Jahr zuvor wurden die Zensurparagraphen § 88a und § 130a im Bundestag verabschiedet, die die Verbreitung und der Besitz von Schriften, die Gewalt befürworten, unter Strafe stellen. Sie bildeten die gesetzliche Grundlage für zahlreiche Durchsuchungen und Beschlagnahmungen in linken Buchläden und Druckereien.

Ein weiteres Beispiel für die Ausrottung des geistigen Sumpfes sind die Auseinandersetzungen um den Buback-Nachruf: Im April 1977 wurde in der Göttinger ASTA-Zeitung ein Artikel veröffentlicht, in dem ein Mescalero seine klammheimliche Freude über den Tod des Generalbundesanwaltes Buback beschrieb, andererseits aber den bewaffneten Kampf ablehnte. Als wenige Tage später die Räume des ASTA, der ASTA-Druckerei und mehrere Privatwohnungen in Göttingen durchsucht und die ASTA-Mitglieder ihrer Ämter enthoben wurden, folgte der Nachdruck des Artikels aus Solidarität nicht nur in zahlreichen Alternativ- und Uni-Zeitungen, sondern auch durch eine Gruppe von 48 ProfessorInnen und RechtsanwältInnen, die eine Dokumentation herausgaben, um die eigentliche Intention des Textes der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, da in den Medien nur sinnentstellende Auszüge zitiert wurden.

Gegen alle HerausgeberInnen der Nachdrucke wurden Strafverfahren eingeleitet. Insbesondere auf die HochschullehrerInnen wurde massiver Druck ausgeübt und ihnen mit Disziplinarverfahren gedroht. Von der Presse, vor allem von der FAZ und den Springer-Zeitungen, wurden als Spießgesellen von Mördern, geistige Mittäter etc. diffamiert, bis alle außer dem Psychologieprofessor Peter Brückner Distanzierungserklärungen abgegeben hatten.

Die Entführung von Schleyer und der Lufthansamaschine Landshut

Im April 77 endete der Prozeß gegen Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader in Stammheim, drei Monate später wurden die Besetzer der Stockholmer Botschaft in Düsseldorf zu lebenslänglichen Haftstrafen verurteilt.

Im April und August 1977 traten die Gefangenen in den 4. bzw. 5. Hungerstreik und forderten ihre Zusammenlegung in interaktionsfähige Gruppen.

Angesichts der sich verschärfenden Haftbedingungen und der Erfolglosigkeit der Hungerstreiks entführt ein Kommando der Roten Armee Fraktion am 5. September 1977 den Arbeitgeberpräsidenten Hans-Martin Schleyer und forderte einen Austausch Schleyers gegen elf Gefangene aus der RAF.

Die Bundesregierung setzte überparteiliche Krisenstäbe ein, an denen auch der BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann teilnahmen. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Filbinger, erklärte, die Situation werde als nationaler Notstand angesehen.

Der Große Krisenstab verhängte unter Anwendung der Notstandsgesetze für die Bundesrepublik eine Nachrichtensperre, leitete Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen ein und verhängte am 6. September 1977 für alle politischen Gefangenen die Kontaktsperre. Damit waren die Gefangenen vollständig von der Außenwelt isoliert, kein Kontakt untereinander, zu Anwälten oder zur sonstigen Außenwelt möglich. Die Kontaktsperre wurde am 2. Oktober 1977 im Eilverfahren nachträglich durch das Parlament legalisiert.

Am 13. Oktober 1977 entführte das palästinensische Kommando Martyr Halimeh die Lufthansamaschine Landshut, in der sich Mallorca-Urlauber auf dem Rückflug in die Bundesrepublik befanden, um der Forderung nach Austausch der Gefangenen Nachdruck zu verleihen. Fünf Tage später wurde das Flugzeug in Mogadischu/Somalia von einer GSG 9-Einheit gestürmt, die Mitglieder des Kommandos erschossen und die Geiseln befreit.

Am gleichen Tag starben Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader im Hochsicherheitstrakt Stuttgart-Stammheim. Irmgard Möller die vierte Gefangene aus der RAF im 7. Stock des Stammheimer Hochsicherheitsgefängnisses überlebte schwer verletzt. Sie erklärte später, daß sie entgegen der staatlichen Behauptung weder einen Selbstmordversuch unternommen habe, noch habe es eine Absprache unter den Gefangenen gegeben, bei Mißlingen der Befreiungsaktionen Selbstmord zu begehen. Gudrun Ensslin, Jan Carl Raspe und Andreas Baader seien ermordet worden.

Der Deutsche Herbst

PolitikerInnen aller Parteien reagierten mit drastischen Vorschlägen auf die Schleyer-Entführung. Die Forderung nach der Wiedereinführung der Todesstrafe wurde laut, man wollte kurzen Prozeß mit den Terroristen machen oder schlug vor, die Terroristen unter Kriegsrecht zu stellen.

Die öffentlichen Medien akzeptierten die Nachrichtensperre und Zensur widerspruchslos und übernahmen die rasch verbreiteten staatlichen Sprachregelungen, wie z.B. des Selbstmordes der Terroristen. Auch andere gesellschaftliche Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen und sonstige Verbände erklärten ihre bedingungslose Loyalität und Unterstützung für die Haltung der Bundesregierung.

Am 17. September 1977, zwei Wochen nach der Schleyer-Entführung, veröffentlichten 177 Hochschullehrer eine Anzeige, in der sie sich von jeder Form klammheimlicher Freude distanzieren und ihre Loyalität gegenüber dem Staat erklärten. Die Repressionen im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Buback-Nachrufs zeigten ihre Wirkung.

Gleichzeitig wurden bundesweit Flugblätter, Erklärungen und Zeitungsartikel, in denen die nationalsozialistische Vergangenheit von Schleyer benannt wurde, beschlagnahmt und nach den Urhebern ermittelt. Schon im Laufe des Septembers 1977 wurden in der Bundesrepublik hunderte von Wohnungen angeblicher Sympathisanten durchsucht, unzählige Sympathisanten vorübergehend festgenommen und bundesweite Kontrollen durchgeführt. Bei der Beerdigung von Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan Carl Raspe in Stuttgart kesselte ein starkes Polizeiaufgebot alle Teilnehmer ein, überprüfte und filmte sie. Der Stuttgarter CDU-Oberbürgermeister Rommel mußte sich gegen heftige Angriffe verteidigen, weil er die Beerdigung der Terroristen in Stuttgart zuließ.

Das Resultat des Deutschen Herbstes war eine weitgehend eingeschüchterte Linke und eine Bevölkerung, die infolge des Trommelfeuers von Presse und Politikern die Hetze gegen Terroristen

akzeptierte oder zum Teil mitfahndete.

Der Haupttext des Revolutionären Zorn Nr. 4

wurde vor der Schleyer-Entführung, vor dem Deutschen Herbst geschrieben. Wie die RZ in einer Vorbemerkung erklären, haben sie ihn absichtlich nicht mehr überarbeitet, da er kaum 10 Wochen alt eindringlich dokumentiert, daß wir in Zeiten leben, in denen die Schreckensnachrichten täglich, ja stündlich eintreffen.

Sie fügten einen aktuellen Text bei, der die Trauer um den Tod der Gefangenen und das Erschrecken über die Morde in Stammheim widerspiegelt - und forderten die Linke auf, die Wahrheit zu sehen und die daraus folgende Pflicht zum Widerstand ernst zu nehmen.

Im Revolutionären Zorn Nr. 4 analysieren die RZ die wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, um über eine Lähmung und Ohnmacht in der Linken angesichts der massiven staatlichen Repression hinauszukommen

Sie sehen das Modell Deutschland als präventive Maßnahme an, mit der der Widerstand gegen die geplante weltweite ökonomische Umstrukturierung verhindert werden solle.

Mittel bzw. Leitlinien zur Durchsetzung dieser Umstrukturierung seien:

die sozialistische Internationale- als ideologischer Kopf

die ökonomische Erpressung durch den deutsch-amerikanischen Imperialismus als Integrationsinstrument

das Modell Deutschland- als europäische Innenpolitik.

Sie analysieren die Ziele und Entwicklungen einer weltweiten Umstrukturierung und Modernisierung im Interesse der multinationalen Konzerne, die Folgen für die Menschen in der 3. Welt und in den Metropolen, benennen die Organisationen der Menschenfresser und die ökonomischen und polizeilichen Mittel, die zur Durchsetzung dieser Umstrukturierung eingesetzt werden.

Der zweite Teil des Revolutionären Zorns bezieht sich auf die möglichen Träger des Widerstandes. Als hoffnungsvolle neue Kraft bezeichnen die RZ die regionalen europäischen Bewegungen, die gegen die totalitäre Zentralisation des Imperialismus die Zukunft eines Europas autonomer sozialistischer Völker, die in einem Verhältnis gegenseitiger Unterstützung und gleichwertiger Arbeitsteilung zueinander stehen, (entwerfen).

Ein Ausgangspunkt für regionalistische Bewegungen seit Mitte der 70er Jahre war der Widerstand gegen AKWs, der sich aufgrund der meist ländlichen Standorte auf regionale Strukturen und auch auf eine regionale Widerstandsgeschichte und -kultur bezog. So z.B. in Wyhl, wo es möglich war, eine grenzübergreifende Zusammenarbeit nach Frankreich und in die Schweiz herzustellen.

Zur gleichen Zeit kämpften Bretonen, Occitanier und Korsen gegen eine vor allem wirtschaftliche Benachteiligung durch den Zentralismus der französischen Regierung, ebenso wie die Katalanen, Basken und Galizier in Spanien. Die Hoffnungen, die die Linke in diese Bewegungen gesetzt hatten, erwiesen sich jedoch als trügerisch. Mehr und mehr setzten sich nationalistische Positionen durch, eine langfristige Verbindung oder gemeinsame Stoßrichtung der verschiedenen regionalistischen Bewegungen konnte nicht erreicht werden.

Gegen einen fortschreitenden Totalitarismus in der BRD setzten die Revolutionären Zellen die

Organisierung der revolutionären Linken in militanten Gruppen: (Dem legalen Widerstand) bleibt bei Strafe des Untergangs nur eines: die Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes sich massenhaft, so schnell wie möglich anzueignen. Ein wesentliches Moment dieses Widerstands müsse der Internationalismus sein, den viele Linke nach dem Boom in den 60er Jahren aus Enttäuschung über die Entwicklungen revolutionärer Bewegungen, sobald sie gesiegt hatten, ad acta gelegt hätten, um dann in kämpfenden Kollektiven die Vorstellungen und Grundlagen einer neuen Gesellschaft zu entwickeln.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 711 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 4 Januar 1978

Die Rechtspresse jubelte, die bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen wetteiferten mit Rechtfertigungen des an sich bedauerlichen- Vorfalls. Scheidemann¹ verteidigte die Untat, Ebert² schwieg dazu und Gustav Noske³ ließ erkennen, daß er mit dem Ergebnis zufrieden war. Die Ermordung der beiden Sozialistenführer war tatsächlich der Beginn einer Entwicklung, die in den Massenvernichtungslagern ihren Höhepunkt erreichte, aber noch keineswegs abgeschlossen ist, sondern in abgeschwächter Form weiterwirkt. Die Bluttat, zu einer von der Geschichtsschreibung schamhaft verschwiegenen, weil allen beteiligten peinlichen Konterrevolution sollte nicht allein das noch schwache Häuflein Spartakisten treffen, vielmehr die Revolution selbst (Bernd Engelmann⁴ / Ermordung Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht⁵)

Nach über 50 Jahren

wieder die Sozialdemokratie, wieder ein noch schwaches Häuflein von Sozialrevolutionären. Doch die Geschichte wiederholt sich nicht. Diesmal keine aufgeputzte, gröhlende, mordende Soldateska, sondern das Innenministerium selbst, die Hinrichtungen in eigens dafür konstruierten Todestrakten, als Zeugen nur sie selbst, die Medien sprungbereit, in millionenfacher Auflage aus den Ermordeten die Täter zu machen. Am Ende werden die Mauern der Hinrichtungsstätte eingerissen, um ein für allemal alle Untersuchungen, alle Nachforschungen unter einem Steinhaufen zu begraben.

Doch die Ermordeten lassen sich nicht begraben

Rosa und Karl das sind heute noch die lebendigsten Menschen, die dieses Volk jemals hervorgebracht hat, Ulrike⁶, Halimeh⁷, Gudrun⁸, Ingrid⁹, Holger¹⁰, Wilfried¹¹, Andreas¹² und Jan¹³ gehören bestimmt dazu. Das wissen wir, doch das macht unseren Schmerz nicht geringer. Wir werden jedoch nicht an ihm ersticken, sondern aus unserer Hoffnung und unserem Schmerz heraus weiterkämpfen. Nicht verzweifelt und blindwütig, das hieße, wir hätten uns Illusionen gemacht, hätten uns den Kampf in den Metropolen einfacher vorgestellt, den Feind weniger blutrünstig als in der Dritten Welt hieße, wir hätten zwar My Lai¹⁴, Attica¹⁵, Tel Saatar¹⁶ für möglich gehalten, nicht aber ein Massaker in Stammheim (Warum, weil es dort Gelbe, Schwarze, Braune waren, hier aber Weiße?) Wir werden mit unseren Waffen, den Waffen der Unterdrückten, weiterkämpfen und das sind unsere Utopie, unsere List, Phantasie und Ausdauer, unsere Kollektivität und Kontinuität.

Jeder, der wissen will, weiß was das bedeutet

Und wir, wir schrecken zurück vor der Mordthese, die wie auch immer im Detail eine verdammt ernste Konsequenz hätte. Denn es ist nicht egal auch wenn wir wissen, daß Selbstmord eine Form von Mord ist was geschah. Mord

das hieße, daß es in der BRD zumindest gegenüber bestimmten Gruppen offenen Faschismus gibt und das heißt, daß wir endgültig und absolut nicht so weiterleben können wie bisher. (Pflasterstrand)

Selten ist so ehrlich formuliert worden, daß die Wahrheit-wissen-wollen sich nach den Konsequenzen richtet, die dieses Wissen für einen selbst mit sich bringt. Anders gesagt

Es klammern sich deshalb so viele Linke und Liberale in der BRD (in gespenstischem Gegensatz zur ganzen übrigen Welt) an die staatlich verordnete Selbstmordthese, weil die Wahrheit von ihnen verlangen würde endgültig und absolut nicht mehr so weiterzuleben wie bisher. Dieser enge Zusammenhang von Wahrheit-wissen-wollen und Pflicht zum Widerstand scheint wieder einmal von vielen ganz in der verbrecherischen Tradition ihrer Väter gelöst zu werden, die auch von nichts was

gewußt haben wollen und heute 50 Millionen Kriegstote und 6 Millionen KZ-Opfer mitzuverantworten haben.

Weiter ist in diesem Zitat von der Möglichkeit des offenen Faschismus zumindest bestimmten Gruppen gegenüber die Rede. Doch Faschismus ist nie punktuell, in Teilbereichen nur praktikierbar, sondern als grundsätzliche Lösungsstrategie gegenüber allen gesellschaftlichen Widersprüchen vorhanden. Stammheim und Mogadischu¹⁷, das ist das Grundmuster, das den Alltag in der BRD strukturiert. Denn nach dem gleichen Muster, mit dem Mogadischu erledigt wurde, werden die Umweltkämpfer erledigt mit Tricks, Lügen, Krisenstabsmethoden und Overkill-Programm, um den Weg in den Öko-Faschismus frei zu machen. Läßt sich auf diesem Weg keine Zwangsbefriedung erreichen, dann werden die Schweine weiter eskalieren, und das kalkuliert die physische und psychische Vernichtung der Widerstand Leistenden ein. Die Vernichtungsstrategie gegen die bewaffneten Kämpfer kann keiner mehr als Teilstrategie begreifen, das hieße, die Verfolgten und Ermordeten an anderen Fronten in diesem Land stillschweigend zu begraben.

Den Druck, was tun zu müssen, haben viele Genossen erfahren und ausgesprochen in den letzten Wochen aber eine Antwort geben zu wollen, aus dem Re-agieren raus zu kommen, ist schon nicht mehr Sache von allen.

Da sind die Verzweiflungstrategen, die, je schlimmer es wird, sich umso verbissener an ihre bisherigen Zusammenhänge klammern. Das Festhalten an bisherigen Formen und Perspektiven politischer Arbeit muß da schon zum Rückzug werden, wo nur auf alten Positionen beharrt wird. Vielen Genossen geht das Trotzdem und wie bisher Weitermachen zu leicht, zu schnell über die Lippen. Es reicht nicht, das Weitermachen, das Nicht-Aufgeben zu beteuern, weil keine Genossin und kein Genosse wie bisher weitermachen kann, weil wir jeden Tag so viel mehr und so viel neue, andere Phantasie, Kraft und Wut brauchen.

Die Bewegungen an anderen europäischen Ländern haben auf die Morde in Stammheim, Stadelheim, Mogadischu massenhaft geantwortet. Wer jedoch die Demonstrationen in Italien, Frankreich und Griechenland etc. zum Anlaß nimmt, um an ihnen zu beweisen, daß in der BRD nichts mehr laufen kann, also auch nichts möglich ist, der lügt, weil er die Brände bei Ford (250 Mill. Schaden), bei Merck und Adler, die Bomben in den Gerichten von Kaiserslautern und Hannover verschweigt. Die Haltung, in Italien jeden Molli zu zählen, in der BRD bei Großbrandstiftung in imperialistischen Konzernen die staatliche Selbstentzündungsversion zu kolportieren, hat die Funktion, sich damit selbst beweisen zu können, hier gehe nichts mehr und damit für die eigene Untätigkeit entschuldigt zu sein.

Doch diese Aktionen lassen sich nicht mit dem Geschwätz und der Beschwörung von der totalen Einkreisung vom Tisch wischen. Daß es relativ wenige waren, das liegt nicht ausschließlich an den Bedingungen, sondern vor allem an euch selber. Hört auf zu heulen, es hat doch gerade erst angefangen.

Dieser Artikel wurde vor der Schleyer-Entführung, vor den Massakern in Mogadischu und Stammheim geschrieben. Wir haben ihn absichtlich nicht mehr überarbeitet, da er kaum 10 Wochen alt eindringlich dokumentiert, daß wir in Zeiten leben, in denen die Schreckensnachrichten täglich, ja stündlich eintreffen. Ingrid Schubert ermordet Klaus Croissant¹⁸ in die deutsche Vernichtungsmacht ausgeliefert Atomkraftwerke werden weitergebaut die Schutzhaft der Nazis wieder eingeführt. So bewahrheitet sich bitter, daß dies kein schleichender Prozeß ist, das war noch nie die Gangart des Faschismus und ebenso bitter, daß wir in einem Land leben, in dem sich die Menschen mit antifaschistischem Widerstand schwerer tun als irgendwo sonst.

Denn wir gehen nicht unter in Niederlagen, aber in Kämpfen, die wir nicht kämpfen

Unsere Kenntnis des neuen Faschismus ist noch nicht abgeschlossen, sie beginnt langsam Gestalt anzunehmen, wenn man an seinen Ursprung zurückgeht (André Glucksmann)¹⁹

Die Repression in der BRD ist längst kein innerdeutsches Problem mehr. In Frankreich arbeiten Komitees Gegen ein Europa unter deutsch/amerikanischer Vorherrschaft; die italienischen Genossen haben den Kampf gegen die Germanizzazione²⁰ auf ihre Fahnen geschrieben; in Paris, Marseille, Rom, Madrid, Athen gehen deutsche Niederlassungen in Flammen auf; in den Schweizer Alpen wird Springers Fluchtburg eingäschert; das Russell-Tribunal klagt nach dem amerikanischen Völkermordprogramm in Vietnam, den Gorilla-Diktaturen²¹ in Brasilien und Chile das Modell Deutschland an; Stammheim ist weltweit zum Synonym für Vernichtungshaft und weiße Folter geworden, Berufsverbote, Todesschuß und Ausrottung des linken Sumpfes zu internationalen Begriffen für bundesdeutsche Innenpolitik.

Griechenland wird durch den Fall Pohle²² in seine größte innenpolitische Krise gestürzt, seit die USA die Junta gegen das Karamanlis-Regime austauschte. Die unverschämte, erpresserische Arroganz der BRD-Macht, die ihre ökonomische Zuchtrute EG ins Spiel bringt, entfacht eine antifaschistische Volksbewegung gegen den BRD-Imperialismus und das Karamanlis²³-Regime als dessen Vollzugsorgan. So wird der Fall Pohle dort zum Kristallisationspunkt einer noch aus der Juntazeit total zersplitterten Linken, der endlich wieder gemeinsame Diskussionen und Strategie möglich macht. Doch von alledem wird in der BRD wenig wahrgenommen. Im Kernland des europäischen Imperialismus ist eine erschreckende Lähmung der oppositionellen Kräfte festzustellen, die mit wenigen Ausnahmen überhaupt noch nicht thematisiert haben, was andernorts die europäische Linke bereits konkret bekämpft: die United States of Europe unter deutsch-amerikanischer Vorherrschaft. Die United States of Europe das ist nicht das Europa der Arbeiter, ein Europa, das unabhängig sein sollte, gleichzeitig von den USA und der Sowjetunion (Vigier²⁴) die USE, das ist das Europa der Bosse und Bullen.

Seit langem war die Entwicklung der wichtigsten Produktivkräfte in Gefahr, im zu engen Rahmen des alten Nationalstaates zu ersticken. Vor allem im Fall Deutschland war dies eindeutig bewiesen. Nach dem zweimaligen Scheitern einer gewaltsamen Expansion nach dem Osten, versuchen heute die Produktivkräfte Westdeutschlands, sich durch Expansion nach dem Westen einen Weg aus ihren engen Nationalgrenzen heraus zu bahnen. Der größere Markt ermöglicht größere Produktionseinheiten, größere Kapitalballungen, größere Rationalität in der Auswahl der Produktionsstätten und der Transportmittel. (Mandel²⁵, EWG-USA, S. 41)

Dieser Beschreibung der europäischen Wirtschaftsintegration muß hinzugefügt werden, daß sie auf der Grundlage einer in großem Umfang vollzogenen amerikanisch-europäischen Konzernintegration erfolgte und daher im wesentlichen nicht als konkurrierender Zusammenschluß gegenüber dem US-Kapital zu verstehen ist, sondern als die Organisationsebene des transnationalen Kapitals im europäischen Raum.

Der hohe Grad der ökonomischen Verfügungsgewalt des transnationalen Kapitals über Europa verlangt nach einer Entsprechung im politischen Bereich, d.h. eine Zentralisierung der politischen Entscheidungen. Die FAZ nennt das In Europa wieder Staat machen. Ein Europa, das endlich mit einer Stimme spricht, das bedeutet die schnellstmögliche Beseitigung der dieser Zentralisierung hinderlichen Restbestände nationaler Souveränitäten.

Souverän sind sie (die europäischen Staaten) nicht mehr in einem politischen, sondern nur noch in einem abstrakten völkerrechtlichen Sinne. Mittlerweile sind andere Organisationen entstanden z.B. die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, und die Notenbankkonferenzen für die Steuerung des internationalen Wirtschafts- und Währungssystems oder der Gemeinsame Markt für die Sicherheit des Handels und der Arbeitsplätze in Europa. Aber wichtiger ist wohl, daß es den Staaten mittlerer Größe schwerer fällt, sich so rücksichtslos wie die meisten europäischen Kleinstaaten ihren Mangel an Bedeutung einzugestehen. Sie sind noch nicht ganz entmachtet. Aber daneben ist eine neue transnationale Souveränität auf Teilgebieten entstanden, die noch darauf wartet, beschrieben zu werden. Haben die großen multinationalen Gesellschaften daran

ihren Anteil? (FAZ 4.11.75)

Eine rhetorische Frage, denn sie ist bereits präzise beantwortet worden: Träger dieser neuen transnationalen Souveränität sind die Systeme der USA und der BRD. Im Zug der weltweiten Offensive des transnationalen Kapitals versuchen diese beiden Zentren, ökonomische und politische Suprastrukturen aufzubauen oder haben sie bereits aufgebaut, in die sich die anderen Staaten so schnell wie möglich integrieren wollen bzw. müssen. In diesem Rahmen ist die EG, ein Marshallplan für Südeuropa (Brandt25a) zu verstehen als die Zentralisierung der politischen Gewalt mittels Auflösung der nationalen Souveränitäten durch Bildung eines europäischen Supranationalstaates unter bundesdeutscher Regie. Die jeweiligen Statthalter für dieses Geschäft sind bereits auch in den Peripherieländern erfolgreich aufgebaut und zum Teil schon durchgedrückt worden:

Karamanlis, Echevit26, die Gebrüder Soares27 & Suarez28, Gonzales29 (PSOE) nicht zu vergessen:

die sozialistische Internationale als ideologischer Kopf

die ökonomische Erpressung durch den deutsch-amerikanischen Imperialismus als Integrationsinstrument

das Modell Deutschland als europäische Innenpolitik.

Die hier knapp angedeuteten europäischen Strategien des multinationalen Kapitals und ihrer sozialdemokratischen Statthalter (wenn die Bourgeoisie heute auf die Sozialdemokratie setzt, dann deshalb, weil sie von ihr erwartet, daß sie in diesem entscheidenden Umstrukturierungsprozeß die Arbeiter besser kontrollieren kann; (in Italien kommt der KP dieselbe Funktion zu) sind nur auf dem Hintergrund einer gigantischen Umstrukturierung des Weltmarktes, die sich in den letzten 10 Jahren vollzogen hat, zu verstehen. Wir müssen uns daher mit diesem Umstrukturierungsprozeß näher befassen, obwohl die Einheitlichkeit dessen, was sich in Europa abspielt, darunter leidet.

Schlechte Geschäfte?

Die ganze Welt soll das amerikanische System übernehmen, das seinerseits nur überleben kann, wenn es Weltsystem wird. (Truman30 1947)

Mit Beginn der 70er Jahre traten in den westlichen Industrienationen krisenhafte Erscheinungen auf, die sich von denen normaler zyklischer Krisen qualitativ unterscheiden.

Es geht diesmal für das multinationale Kapital nicht nur darum, im Rahmen einer Krise eine weitere Intensivierung der Arbeit, eine Aushöhlung der Reallöhne, die Disziplinierung der Arbeiter und Angestellten zu erzwingen und durch die Aufsaugung schwächerer Kapitalfraktionen eine größere Kapitalkonzentration zu erreichen. Diesmal geht es um mehr

Das Kapital kündigt das Ende einer Aera an, die es zur Revision seiner Pläne und Strategien zwingt der radikalsten und schmerzhaftesten seit Menschengedenken (Business International, Januar 1977)

Die Wirtschaftswoche jubelt: das wird man mit Fug und Recht eine neue industrielle Revolution nennen müssen (WiWo31 25, 1977). Und die OECD spricht von einem Übergang vom konsumorientierten Wachstum der Nachkriegszeit zu einem Modell mit Schwergewicht auf der Verbesserung und Erweiterung der ökonomische Basis. (OECD Economic Outlook, 19.1.76)

Als Hauptwerkzeuge, um die Veränderung herbeizuführen, werden in Bezug auf die westlichen Industrieländer hohe Arbeitslosenquoten, verringerte Reallöhne und sinkender Lebensstandard genannt.

Es geht also in Wirklichkeit nicht um eine Krise des transnationalen Kapitals. Im Gegenteil: die meisten Unternehmen weisen in ihren Geschäftsberichten nach, daß sie gerade in den Rezessionsjahren der westlichen Industriestaaten weltweit sehr erfolgreich gearbeitet haben.

Die Krise der nationalen Ökonomien Europas, der USA und Japans gehen einher mit einer merklichen Verbesserung und Erweiterung der ökonomischen Basis des nationalen Kapitals, das 1984, wenn nicht gar früher (WiWo 25,1977) die erste Phase der weltweiten Umstrukturierung abgeschlossen haben wird.

Der Schlüssel für dieses Erfolgsrezept liegt offensichtlich nicht mehr in den klassischen Industrienationen Westeuropa und der USA, denn die Inlandsinvestitionen in diesen Ländern stagnieren oder gehen zurück, wie in den BRD und Japan, bei einer gleichzeitigen Expansion der Auslandsinvestitionen in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Das große Fressen

Der Schlüssel für die neue imperialistische Invasion in die Länder der 3. Welt liegt in der Entwicklung einer neuen internationalen Arbeitsteilung, die sich von der bisherigen qualitativ unterscheidet. Wurden bislang darunter die Metropolen als Industriezentren, die jeweiligen Peripherieländer (Europa

Portugal, Spanien, Irland usw.) als Produktionsstätten für arbeitsintensive Produktion und die 3. Welt als Rohstofflieferant verstanden, so macht die neue internationale Arbeitsteilung mit dieser Borniertheit Schluß. Produktionsanlagen werden zunehmend dorthin verlagert, wo sie nach dem Kapitalverwertungsgesetz am rentabelsten sind. Und rentabel sind in den Metropolen aufgrund der hohen organischen Zusammensetzung des Kapitals (= vereinfacht gesagt, der Wert der Produktionsmittel und der Wert der Arbeitskraft, d.h. die Gesamtsumme der Arbeitslöhne) in diesen Ländern nur noch in begrenzten Bereichen. Der Hauptgeschäftsführer des DIHT, Broicher, nennt diese Bereiche, mit der dem Kapital eigenen Perversion Die Bereiche der intelligenten Produktion.

Die volle Subsumierung der 3. Welt unter das multinationale Kapital als mögliche Produktionsstätten ist jedoch an Voraussetzungen geknüpft, die sich erst Ende der 60er Jahre voll realisierten

Erstens hat sich im Laufe der Zeit in den Entwicklungsländern ein praktisch unerschöpfliches Potential disponibler Arbeitskräfte herausgebildet. Diese Arbeitskraft ist sehr billig, kann praktisch alle Stunden des Jahres zur Produktion mobilisiert werden (Schicht-, Nacht- und Feiertagsarbeit), kann in vielen Fällen nach kurzer Anlernung eine Arbeitsproduktivität entwickeln, die derjenigen in vergleichbaren Produktionen der traditionellen Industrieländer entspricht, kann schneller ausgelaugt werden, da Ersatz jederzeit leicht beschaffbar ist und kann schließlich angesichts des großen Überangebots arbeitssuchender Menschen sehr spezifisch ausgewählt werden (nach Alter, Geschlecht, Qualifikation, Disziplin usw.).

Zweitens erlaubt eine hinreichend weit getriebene Fragmentierung des Produktionsprozesses, daß die meisten dieser Fragmente von niedrig qualifizierter Arbeitskraft (im Sinne von kurzen Anlernzeiten) ausgeführt werden können.

Drittens ermöglicht die Entwicklung der Transport- und Kommunikationstechnologie in vielen Fällen, Voll- oder Teilfertigungen an beliebigen Standorten weltweit vornehmen zu lassen, ohne daß dies durch Transport- oder Steuerprobleme technisch, organisatorisch oder kostenmäßig unmöglich gemacht würde. (Fröbel/Heinrichs/Kreye: Die neue internationale Arbeitsteilung, S. 30)³²

Konkret heißt das: Das multinationale Kapital hat sich die Möglichkeit geschaffen, Massen- und Standardgüter, also nicht nur arbeitsintensive, sondern auch rohstoff-, energie- und pollutions- (= umweltbelastend) und kapitalintensive Produktionen in den Ländern der 3. Welt herstellen zu lassen, indem es vornehmlich sehr junge Frauen für 10 bis 20 % des Lohns der Industrieländer kurzfristig auspresst, um sie dann wieder durch frische Kräfte ersetzen zu lassen. Angesichts dieser gigantischen Profitraten fallen Transportkosten nicht wesentlich ins Gewicht. Es lohnt sich z.B. für die bundesdeutsche Autoindustrie, Getriebe in Brasilien, Einspritzpumpen in Indien und elektronische

Bauelemente in Singapur und Malaysia herstellen zu lassen.

So ist auch der Welthandel im Wesentlichen nicht mehr Warenaustausch zwischen Volkswirtschaften, sondern zu einem Warenaustausch zwischen Unternehmen geworden.

Die meisten Nationen des Erdballs werden durch die internationale Arbeitsteilung ökonomisch wie ökologisch zu abhängigen Monokulturen. Jede nationalstaatliche Krisentheorie setzt sich heute der Lächerlichkeit aus, indem sie die Abhängigkeit vom Weltmarkt ignoriert. Die durch das transnationale Kapital vollzogene Angleichung der herkömmlichen nationalstaatlichen Krisen-Zyklen ist so gut wie abgeschlossen.

Überproduktion und Unterkonsumtion treten gleichzeitig auf. Die dominierenden Zentralmächte des Weltmarktes (USA, UdSSR, Europa, Japan, OPEC etc.) stehen nun vor einer ähnlichen Situation wie ehemals der Nationalstaat. Wollen sie nicht von vorneherein aus dem Kreis derer herausfallen, die die letzten globalen Deals mitbestimmen, die für das Überleben der historisch gewachsenen industriellen Struktur notwendig sind, sind sie gezwungen, weiterhin mitzupokern. (Schehl, Vor uns die Sintflut? S. 43)33

Und die US-Konzerne sind entschlossen, die letzten globalen Deals mitzubestimmen: mit einem 2/3 Anteil an allen Auslandsinvestitionen und Produktionsverlagerungen halten sie die Spitzenposition bei dieser neuen imperialistischen Invasion in die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Insgesamt haben sich die Auslandsbeteiligungsverhältnisse der multinationalen Konzerne in den unterentwickelten Ländern seit Ende der 60er Jahre vervierfacht und die Zahl der Beschäftigten ist um 505 % gewachsen. Diese Daten sind jedoch nur als Vorboten dieser neuen Entwicklung zu werten. Die Möglichkeit, die 3. Welt nicht nur als Rohstofflieferanten auszupressen, sondern auf ihrem Rücken eine nie gekannte Kapitalverwertung zu realisieren, diese Möglichkeit gerinnt aufgrund der dem Kapital eigenen Gesetzmäßigkeit zur absoluten Notwendigkeit.

Zur angeblichen Ausbeutung von unterentwickelten Ländern: Kritiker machen sich selten die Mühe zu erwähnen, welche Folgen die Nichtbeschäftigung dieses Arbeitskräftepotentials haben würde. Es ist eine Tatsache, daß uns unterentwickelte Länder nicht den Vorwurf der Ausbeutung machen, sondern sich vielmehr darüber beklagen, daß wir sie hinsichtlich unserer Investitionen vernachlässigt hätten. Zu angeblichen Einschränkungen der Souveränität von Ländern durch die Multis: man kann nicht vollkommene nationale Souveränität haben und gleichzeitig auch die Interessen der Nation bestmöglich vertreten. Natürlich transferieren die Multis Waren, Kapital und Technologie so uneingeschränkt über die Grenzen, wie es ihnen möglich ist. Aber dadurch bringen sie den Ländern tatsächlichen Nutzen, indem sie Waren zu niedrigeren Preisen anbieten können. (David Rockefeller³⁴, Handelsblatt 29.7.75)

Leben und sterben lassen

Verbesserte Lebensbedingungen sind zu einer Grundhaltung aller Menschen auf der Welt geworden, der ärmsten eingeschlossen. Solche Erwartungen müssen heute offensichtlich enttäuscht werden. (Business International, Januar 1977)

Für die Massen der 3. Welt bedeutet die Entwicklung eines Weltmarktes für Arbeitskräfte und Produktionsstandorte nicht weniger Elend, weniger Hunger. Ebensowenig ist die Entwicklung einer eigenen Industrie als Voraussetzung für nationale Eigenständigkeit zu erwarten. Im Gegenteil, in der Entwicklung zur Unterentwicklung (A.G. Frank) wird nur ein neues Kapitel aufgeschlagen.

1. Die neue internationale Arbeitsteilung führt zu einer weiteren Integration der 3. Welt in den kapitalistischen Weltmarkt, denn die partielle exportorientierte Industrialisierung Asiens, Afrikas und Lateinamerikas hält diese Länder hinsichtlich Technologie, Ausrüstung, Management-Techniken, vor allem jedoch bezüglich Verfügungsgewalt in einem nie gekannten Ausmaß abhängig. (Fröbel/Heinrichs/Kreye). Was es bedeutet, vom internationalen Kapital partiell industrialisiert zu

werden, belegen folgende Daten: zwischen 1961 und 1970 investierten z.B. die USA 3,2 Milliarden Dollar in Lateinamerika, zogen aber 10,6 Milliarden Dollar an Gewinn ab. Von den gesamten Gewinnen blieb noch ein gehöriger Batzen, nämlich 3 Milliarden Dollar, um reinvestiert zu werden. Die US-Konzernmütter entzogen in diesem Zeitraum allein den in Entwicklungsländern produzierenden Töchtern durchschnittlich 70% der Nettogewinne.

Noch deutlicher wird die Funktion des kapitalistischen Weltmarktes, wenn wir uns vor Augen halten, was aus der 3. Welt herausgepreßt wird und was als Entwicklungshilfe zurückfließt.

Terms of Trade:35 Die Industriegüter steigen ständig im Preis, während die Erlöse für Rohstoffe niedrig gehalten werden, bzw. so stark schwanken, daß der internationale Spekulantensumpf dabei jährlich Milliarden herausschlägt. Ein Beispiel aus Tansania: Der Kostenvoranschlag für eine Fleischfabrik stieg in den letzten 2 Jahren von 1,8 auf 7,1 Millionen Dollar. Präsident Nyerere:36 Für uns heißt das real also unter Berücksichtigung der damaligen und jetzigen Sisalpreise daß eine Fabrik, die ursprünglich 7.000 t Sisal kosten sollte, jetzt fast 24.000 t Sisal kostet.

2. Durch die weltweite Kapitalisierung der Landwirtschaft werden die letzten Bereiche der Selbstversorgung zerstört, das hungernde Landproletariat wird in die Städte getrieben. Eine gigantische Verslumung der 3. Welt ist die Folge. Mexiko-City wird z.B. in 20 Jahren 30 Millionen Einwohner haben, 80 % davon werden in Slums vegetieren. Doch Slumbewohner rechnen noch nicht zu den Ärmsten. Das sind die 250 Millionen Obdachlosen in der 3. Welt.

Die damit einhergehende Zerstörung von Kultur- und Sozialzusammenhängen ganzer Völker und Stämme ist so verheerend und irreparabel, daß z.B. Indianerstämme in Brasilien sich angesichts einer solchen Zukunft entschlossen haben, lieber zu sterben, als solchermaßen zwangs-zivilisiert zu leben. Sie töten alle Neugeborenen. Am eindringlichsten berichtet Frantz Fanon37 über die schweren psychischen Deformationen der Verdammten dieser Erde. Darüberhinaus bedeuten die erzwungenen zivilisatorischen Lebensbedingungen Tod und Krankheit für viele Menschen in der 3. Welt:

Nestle tötet Babies oder die Zerstörung der psycho-somatischen Heilkunde der alten Kulturen, die zu einer neuen, zusätzlichen, krankmachenden Abhängigkeit von den Pharmakonzernen führt.

3. Hunger- und Durstkatastrophen wie in den Sahelländern Biafra, Äthiopien etc. werden durch die Ver-Wüstung der Welt immer häufiger. Dabei handelt es sich nicht um Naturereignisse, sondern um ökonomisch bedingte ökologische Krisen, verursacht durch den Raubbau an der Natur, der Forcierung der Monokulturen. So leben heute mehr Menschen denn je, nämlich 1,7 Milliarden, ohne ausreichendes Trinkwasser, 2 Milliarden Menschen sind unterernährt.

Susan George spricht vom Hunger als Bombengeschäft, das vor allem die USA, als das größte Zentrum von Agrarmacht in der Welt beherrschen: Manche ihrer weniger behutsamen Sprecher, wie z.B. der frühere Landwirtschaftsminister Butz, zögern nicht, die Nahrung als Waffe-, als mächtiges Werkzeug in unserem Verhandlungskoffer- zu bezeichnen. Inzwischen erklärt der CIA (insgeheim gegenüber seinem amtlichen Publikum), daß eine zunehmende Getreideverknappung Washington in Bezug auf das Schicksal der bedürftigen Massen buchstäblich eine Macht über Leben und Tod in die Hand geben könnte. Genau das ist aus Nahrung geworden: eine Profitquelle, ein Werkzeug zur wirtschaftlichen und politischen Beherrschung und ein Mittel, eine wirksame Vorherrschaft über die Welt insgesamt zu gewährleisten. (Susan George, Wie die andren sterben. Die wahren Ursachen des Welthungers.)38

Das Max-Planck-Institut kommt deshalb in seiner Untersuchung über die neue internationale Arbeitsteilung zu dem Schluß: Unter diesen Umständen kann man sich kaum der Schlußfolgerung entziehen, daß nicht organisierte politische Aktion auf der Tagesordnung einer Welt steht, die vom Prozeß weltweiter Verwertung und Akkumulation des Kapitals bestimmt ist, sondern Hungerrevolten, soziales Aufbegehren und Krieg in vielen Teilen der Welt.

Rolf Pohle bringt dies in seiner Rede vor dem Athener Areopag39 auf den Begriff: Wir befinden uns mitten im 3. Weltkrieg.

4. Ein anderes Integrationsinstrument ist die Kreditvergabe durch den Internationalen Währungsfond.

Eine frühere Mitarbeiterin dieser Organisation, Ceryl Payer, schreibt in ihrem Buch *The Debt Trap* (Die Schuldenfalle): Der IWF ist heutzutage die mächtigste supranationale Regierung. Die Reserven, die er kontrolliert und die Macht, sich in die inneren Angelegenheiten eines Landes zu mischen, geben ihm einen Einfluß, von dem die Vereinigten Staaten nur träumen können.

Durch die ständige Auspowerung der unterentwickelt gehaltenen Länder müssen diese immer neue Kredite zur Tilgung der alten aufnehmen. Ihre Verschuldung bei den imperialistischen Staaten wächst ins Unermessliche. 1980 werden Länder wie Ägypten, Indien, Brasilien, Mexiko, Peru die Hälfte ihrer Exporterlöse allein zur Schuldentilgung aufbringen müssen. Das bedeutet aber die absolute Ruinierung der Volkswirtschaften dieser Länder, von den damit verbundenen politischen Pressionen ganz zu schweigen. Chile und Portugal sind als Erinnerung noch frisch. Das Alltagsgeschäft der wirtschaftlichen Erpressung ist es jedoch, solchen Entwicklungen schon im Vorfeld die Luft abzuschneiden.

5. Die gigantische Verschuldung der 3. Welt ist auch eine Bedrohung für den Weltmarkt und damit für die imperialistischen Staaten selbst: Der nächsten Finanzkrise vom Typ des New Yorker Debakels werden wir in diesem Jahr in den Entwicklungsländern gegenüberstehen, die ihre riesigen, kurzfristig fälligen Kredite nicht mehr zurückzahlen können. (Der Spiegel, 1976). Um dieses Debakel zu vermeiden, werden ständig neue Konferenzen und Kommissionen von den OPEC-Staaten ins Leben gerufen, zuletzt der Nord-Süd-Dialog und die Brandt-Kommission.⁴⁰ Gerade diese Konferenzen belegen jedoch am deutlichsten, daß es keine Lösungen gibt. Die unterentwickelt gehaltenen Völker brauchen ein Moratorium, d.h. eine Stundung bzw. Tilgung ihrer Schulden, um sich zumindest vorübergehend von den Folgen ihrer Ausbeutung zu erholen, eine Ausbeutung, die ständig droht zu einem Kollaps des Weltmarktes zu führen. Doch das transnationale Kapital muß wachsen, um nicht unterzugehen. Es kann auch nicht vorübergehend das Wachstum drosseln also auf Schuldeneintreibung verzichten. Das ist ein antagonistischer, ein unlösbarer Widerspruch. So erläßt es 3 Milliarden Dollar der 200 Milliarden Verschuldung, um sie 1980 auf 250 Milliarden zu treiben. Der dem Kapital innewohnende Verwertungszwang produziert ständig und in immer größerem Ausmaß die Bedingungen für den unausweichlichen Zusammenbruch dieses Systems.

Die heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Nationen und zwischen den Nationen aufgrund der enttäuschten Erwartungen der Massen können Revolution und Krieg zur Folge haben. (Business International, Januar 1977)

Die Möglichkeit, auf dem Rücken der 3. Welt eine nie gekannte Kapitalverwertung zu realisieren, treibt das transnationale Kapital auf der Jagd nach den jeweils profitabelsten Standorten um die ganze Welt. Standorte werden mit einer bislang unbekanntem Geschwindigkeit entstehen und niedergehen. Das Kapital, das heute von einer Region angezogen wird, mag morgen wieder verschwinden, um möglicherweise übermorgen wieder zurückzukehren. (Fröbel/Heinrichs/Kreye, S. 39).

Ein Beispiel dafür ist im europäischen Raum Irland. Ursprünglich angezogen durch gewaltige staatliche Vergünstigungen, niedrigste Löhne und eine große industrielle Reservearmee, beginnt das transnationale Kapital, das in Irland 80 % der Produktion beherrschte, bereits wieder abzuwandern. Eine Heuschreckenplage, die über ein Land herfällt, um es kahl zu fressen, nannte das Murteira, der Wirtschaftsminister des portugiesischen Revolutionsrates. Eine Region ist ausgeschöpft, die nächste steht auf der Tagesordnung. Für die Nationen, insbesondere für die 3. Welt, entsteht ein irrsinniger Zwang zur Konkurrenz, um dem transnationalen Kapital die jeweils besten Verwertungsbedingungen zu garantieren.

Die Internationale der Menschenfresser

In der Auflistung optimaler Verwertungsbedingungen steht an erster Stelle die politische Stabilität eines Landes. Als politisch stabile Länder gelten in Lateinamerika Brasilien, in Afrika Nigeria und Zaire (das durch die jüngste Intervention Frankreichs und Marokkos re-stabilisiert wurde), am Golf

der Iran und im Fernen Osten Indonesien. Sie werden als Subimperialisten in ihren Regionen aufgebaut und sollen die politische und ökonomische Aufspaltung des 3. Welt-Blocks vorantreiben politisch, indem sie helfen, Linksregierungen in ihrer Zone einzukreisen; ökonomisch, indem sie die Spaltung in eine 3. und eine 4. Welt betreiben, die Abspaltung der wichtigen Öl- und Rohstoffländer, mit denen wir eine Zusammenarbeit anstreben, von den Habenichtsen, den Almosenempfängern, die vorerst keiner haben will, wie es das Auswärtige Amt ausdrückt.

Die reichen Minderheiten dieser subimperialistischen Länder verwenden einen erheblichen Anteil ihres Reichtums darauf, den Militär- und Polizeiapparat zur Festigung der eigenen Herrschaft auszubauen. Sieht man einmal von den Fällen ab, wo das Militär zum Träger revolutionärer Veränderungen wird, verschlechtert sich durch einen hohen Militäretat die Chance der Armen automatisch, zu ihrem Recht zu kommen. (Bösse/Kürschner, Kontinente im Klassenkampf, S. 56) Linksregierungen werden systematisch de-stabilisiert eine Wortschöpfung Kissingers⁴¹ für die Zerschlagung revolutionärer Prozesse wie in Portugal oder Chile. Die Strategie der Destabilisierung ist eine Antwort des US-Imperialismus auf seine Niederlage in Indochina und bedeutet, daß vor allem die Methoden der verdeckten Intervention wesentlich erweitert und ausgefeilt wurden. Dazu zählt vorrangig:

1. die wirtschaftliche Ruinierung eines Landes durch den Totalentzug von Krediten. Robert McNamara ist als Präsident der Weltbank der Garant für die Kontinuität einer Vernichtungsstrategie mit allen Mitteln.

2. Eine Vietnamisierung der betroffenen Ländern ist wenn möglich einer direkten Intervention der imperialistischen Mächte vorzuziehen. Das bedeutet den rechtzeitigen Aufbau und die umfassende Unterstützung der konterrevolutionären Kräfte in diesen Ländern. Das grausamste Beispiel ist hierfür der Libanon. Da wird eine Handvoll faschistischer Christen und ein Heer von Söldnern aus aller Welt zur Liquidierung des Palästinenser-Problems mit amerikanischen und israelischen Waffen aufgerüstet. Die syrische Armee sorgt für den nötigen Rückhalt, wenn das nicht ausreicht, interveniert die israelische Armee. Der 4. Akt dieses Völkermordprogrammes besteht darin, daß die USA vermittelnd eingreifen, um die Überlebenden dieses ehemaligen Millionenvolkes in Homeland-Reservaten zusammenzupferchen, wie sie es mit den Indianern gemacht haben.

Die blutigen Spuren dieser Vietnamisierungsstrategie überziehen die ganze Welt: ein Beispiel hierfür ist nicht nur der Putsch in Chile, auch die Gorilla-Diktaturen in ganz Lateinamerika mit ihren AAA-Kommandos⁴², in Angola die FNLA/UNITA⁴³, das blutige Chaos in Äthiopien, in Portugal die ELP, in der Westsahara die marokkanischen Vernichtungsfeldzüge gegen die Polisario⁴⁴, die indonesische Ausrottungsstrategie gegenüber der Fretilin⁴⁵ in Osttimor beweisen dies.

3. Ein Arrangement mit den Befreiungsbewegungen, die kurz vor dem Sieg stehen. Diese Strategie gilt für das ganze südliche Afrika, wo entweder schon alles gelaufen ist, wie in Namibia, oder absehbar ist, daß sich die weißen Diktaturen nicht mehr lange halten können. In diesem Fall soll die Pressure auf die verfaulten Rassendiktaturen Schlimmeres verhüten. Dazu die ZEIT⁴⁶ (41/1977) über die Pläne der ehemaligen Entwicklungsministerin Marie Schlei: Sie setzt auf die Befreiungsbewegungen, nicht zuletzt mit dem Hintergedanken, einer Radikalisierung entgegenzuwirken. Wer weiß denn, wie lange irgendein Regime bleibt? Wir müssen langfristige Politik machen, auch im eigenen Interesse, deshalb habe ich Mosambique Hilfe zugesagt und auch den Führern der rhodesischen Befreiungsbewegungen für die Zeit nach der Befreiung von Zimbabwe. Wie die Zeit nach der Befreiung von Zimbabwe aussehen wird, darf jedoch keinesfalls dem Volk von Zimbabwe überlassen werden. Die rechtzeitige Kontaktaufnahme und Schulung der Kader dieser Länder liegt auch im Interesse der Industrienationen. (Bundesministerium für Entwicklungshilfe)

4. Die Aufteilung der 3. Welt zwischen den Supermächten. Sie ist im Rahmen der vollen Integration der Sowjetunion in den Weltmarkt Ende der 60er Jahre erfolgt.

In seiner Washingtoner Rede vor den großen Haien des amerikanischen Kapitals am 19.6.73

rechtfertigte Breschnew⁴⁷ dies ideologisch als Triumph der wissenschaftlich-technischen Revolution: Diese Fortschritte, die nicht unterdrückt werden können erfordern eine immer breitere internationale Arbeitsteilung. Die Sowjetunion ist inzwischen auf Gedeih und Verderb auf den Weltmarkt angewiesen, dem sie obendrein noch in Form reichhaltiger Energie- und Rohstoffe gehörig Tribut zollen muß. (Schehl, Vor uns die Sintflut?)

Dieses Zusammen-Wirtschaften läßt die Verteilungskriege der früheren Jahre nicht mehr opportun erscheinen. Entwicklungsländer, die der Einflußsphäre der UdSSR zuzuordnen sind, gehen dem Weltmarkt nicht mehr verloren. Und auch China sucht neuerdings dringend den Anschluß. Im Zuge der Koexistenz hat eine Aufteilung der 3. Welt stattgefunden und findet weiter statt, die Lateinamerika wieder zum totalen Hinterhof der USA zu machen versucht, Afrika zwischen den westlichen Imperialisten und den östlichen aufteilen will und in Asien sich die Macht mit China dritteln muß. Diese Aussage kann in ihrer Knappheit nichts als sehr grobe Tendenzen beschreiben. Sie ist notgedrungen undifferenziert, d.h. sie unterschlägt die Widersprüche, die zwischen den Supermächten nach wie vor bestehen und unterschlägt den Widerstand der Massen der 3. Welt, der der Realisierung dieser Absichten entgegensteht.

Unbestreitbar bleibt jedoch, daß so etwas wie anerkannte Einflußzonen bestehen und auf dieser Grundlage gab die Trilaterale Kommission⁴⁸ (USA, Westeuropa und Japan) schon Anfang der 70er Jahre unter ihrem damaligen Direktor Brezinski die Parole aus, der Ost-West-Konflikt sei absolut dem Nord-Süd-Konflikt unterzuordnen.

Und nicht umsonst baute das Rockefeller-Institut vor 7 Jahren eine Mannschaft für die Präsidentschaftswahlen aus den Mitgliedern dieser Kommission auf.

Sie leiten heute als Sichterheitsberater (Brezinski), als Vizepräsident (Mondale), im Pentagon (Brown), im Außenministerium (Vance) und im Schatzamt (Blumenthal) diese neue imperialistische Offensive der USA. Auch Präsident Carter ist das direkte Produkt dieser 7jährigen Arbeit des Rockefeller-Instituts, doch bei ihm ging es mehr ums Image Südstaatler, sozial, ehrbar, fromm, als um konkrete Qualifikationen. Kein Wunder, daß die erste außenpolitische Offensive dieser Regierung nach einigem Vorgeplänkel im Verein mit der UdSSR, die Zwangsbefriedung des Nahen Ostens auf Kosten des palästinensischen Volkes ist.

Versucht man, ein Fazit zu ziehen, dann sind die ideologischen und politischen Differenzen, die die 50er und 60er Jahre beherrschten, weitgehend in den Hintergrund getreten. Das multinationale Kapital setzt mehr denn je auf die selbstregulierenden Kräfte des Weltmarktes (McNamara⁴⁹). Die Anarchie der Produktion (Marx) zum Weltsystem erhoben zwingt jedem Land das Chaos kapitalistischer Verwertungslogik auf. Die revolutionären Prozesse in einer Reihe der Länder der 3. Welt werden dabei zerrieben zwischen Schuldenfalle und politischer Erpressung, zwischen partieller exportorientierter Industrialisierung und weiterer Massenverelendung, zwischen Integration in den Weltmarkt und der Vernichtung der eigenen Volkswirtschaften.

Allzu lange war der Blick, vor allem der europäischen Linken, ausschließlich auf die Politik der Befreiungsbewegungen gerichtet. Dem Sieg der Revolution folgte die Enttäuschung über das Danach auf dem Fuße (vgl. Kuba, Kambodscha, Vietnam). Der Versuch einer bewußten revolutionären Konstitution einer Gesellschaft ist nicht allein eine Frage der Politik, der Kulturrevolution, sondern setzt die Verfügungsgewalt über seine ökonomischen Bedingungen voraus. Die Eroberung der Verfügungsgewalt seiner ökonomischen Bedingungen setzt wiederum für ein Volk die Möglichkeit des Austauschs mit anderen, gleichen Volkswirtschaften voraus. Sozialismus in einem Land ist weniger denn je möglich. Die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen in der 3. Welt ist nur durch eine totale Dissoziation (Abkoppelung) vom Weltmarkt (Senghaas) zu erreichen. An dessen Stelle müssen regionale Zusammenschlüsse treten, die einen Austausch garantieren, der auf gleichwertiger Arbeitsteilung beruht.

Versuche dieser Art gab es zwischen Kuba, Chile und anderen lateinamerikanischen Staaten, vgl. die Konferenz der OLAS⁵⁰ in Havanna 1967; sowie zwischen arabischen Staaten: Libyen versuchte es

vergeblich mit Ägypten und Tunesien und versucht es wieder mit Algerien, Marokko und Mauretanien.

Wir können an dieser Stelle nicht auf die Schwierigkeiten der 3. Welt, Zusammenschlüsse zu realisieren und sich vom kapitalistischen Weltmarkt abzukoppeln, eingehen. Wir stellen nur fest, daß allein auf diesem Weg der Aufbau revolutionärer, sozialistischer Gesellschaften möglich ist, die die Industrialisierung an den Bedürfnissen der Menschen orientieren,

Produktionsverhältnisse schaffen, in denen nicht die Menschen die Maschinen bedienen, sondern umgekehrt

eine Landwirtschaft nach den ökologischen Gegebenheiten ausrichten, ohne Raubbau an Natur und ohne Einrichtung von Monokulturen

eine Rohstoffverwertung betreiben, die sich an den Gesetzen des Energie-Haushaltes der Natur orientiert und die nicht eine ökologische Katastrophe vorprogrammiert

die Herrschaft des Menschen über den Menschen abschaffen.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 4 Januar 1978

Krise im Hinterland

Auf dem Hintergrund der neuen internationalen Arbeitsteilung verlieren die anhaltenden Krisenerscheinungen in den imperialistischen Metropolen gänzlich den Charakter von Konjunkturschwankungen. Es sind die ersten Auswirkungen der Revision der Pläne und Strategien des transnationalen Kapitals, von denen auch die Industrienationen nicht verschont bleiben. Aufgrund der immer höheren organischen Zusammensetzung des Kapitals in den Zentren wird zunehmend die Produktion von Massen- und Standardgütern von dort abgezogen. Inlandsinvestitionen dienen der Rationalisierung bzw. dem Aufbau neuer kapital- aber nicht arbeitsintensiver Sektoren, wie der Nutzung der Atom- und Sonnenenergie, der Ausbeutung von Meeresbodenschätzen, Biochemie, Genetik, Mikroelektronik, kurz

eine Verlagerung auf saubere know-how-Produktion (Matthöfer⁵¹). Insgesamt ist also eine Tendenz zur Deindustrialisierung der klassischen Industriestaaten zu beobachten.

Als Opfer einer wahnwitzigen, menschenfeindlichen Industrialisierung schient die Tendenz zur Deindustrialisierung für uns zunächst ein Grund zum Aufatmen zu sein, denn die Vergiftung von Wasser, Luft, Erde und Menschen hat die Ausmaße einer Katastrophe angenommen. Amerikaner sind für den menschlichen Verzehr nicht geeignet. Mit 10 ppm (DDT⁵²) im Fett liegen sie über dem vom Lebensmittelgesetz erlaubten Wert. Die Qualität des nordamerikanischen Menschenblutes zum Beispiel ist derart abgesunken, daß die Blutsauger gutes- (und zehnmal billigeres) Blut der noch nicht so verseuchten Menschen der Region der dritten und vierten Welt einfliegen. Imperialistischer Vampirismus. (Schehl, S. 32) Die Tendenz zur Deindustrialisierung der Metropolen bedeutet nur die Ausbreitung der ökologischen Katastrophe über den ganzen Globus. Und hinter der Einführung sauberer Technologien in den Zentren verbirgt sich der Angriff auf jegliches Leben auf dem ganzen Erdball:

Alle Vergiftungen, die durch das industrielle System weltweit und mit globaler Wirkung produziert wurden, nehmen sich vergleichsweise harmlos aus gegenüber dem Faustischen Pakt⁵³, der mit der vor wenigen Jahren einsetzenden industriellen Fertigung von Atomkraftwerken geschlossen wurde. In all seinen Dimensionen ist dieses Projekt einsame Spitze unter den Zerstörungskräften. Das zusätzliche Problem der Radioaktivität ist im Gegensatz zu allen anderen nicht einmal theoretisch lösbar und überdauert alle politischen und wirtschaftlichen Veränderungen unserer und tausender nach uns kommenden Generationen. (Schehl, S. 32 ff)

Ist das mit den radikalsten und schmerzhaftesten Veränderungen seit Menschengedenken gemeint, die Business International- ankündigt? Oder meint es damit die sozialpolitische Katastrophe, die den Metropolen durch diese Kapital- und Produktionsverschiebungen bevorsteht? Die ersten Anzeichen dafür sind bereits überall zu spüren:

1.) Eine Rationalisierungswelle, die schon in ihrer Anfangsphase einer mittleren Katastrophe gleichkommt (Hauff, Staatssekretär im Forschungsministerium). Und Gewerkschafts-Vetter⁵⁴ jammert: Wenn nur ein Teil der Vorhaben, die in Planung sind, realisiert werden, dann Gnade uns Gott.

Winzige Mikroprozessoren sind dabei, klobige Computer abzulösen; sie werden in ein paar Jahren ganze Berufsgruppen in der Verwaltung, wie Büroangestellte und Sachbearbeiter in den Müllhaufen der Rationalisierung kippen; werden Gewerkschaften wie die IG-Druck wegrationalisieren, zumindest aber zur Bedeutungslosigkeit schrumpfen lassen (FAZ⁵⁵), weil die Berufe des Druckers, Setzers und Korrektors gegenstandslos geworden sind (selbst dieser Text wurde auf einem hochmodernen Mini-Computer getippt und mit Hilfe eines Hochleistungs-Rechners elektronisch belichtet); werden

Fabrikhallen leerfegen, weil diese Dinger Arbeitsabläufe elektronisch steuern, die heute noch ein paar hundert Menschen beschäftigen.

So wurden allein in der Druckindustrie in den letzten Jahren 34.000 Arbeitsplätze und in der Stahlindustrie 50.000 wegrationalisiert. 8 Millionen Angestellte klagen über einen unerträglichen Leistungsdruck, da die freigemachten Stellen nicht mehr besetzt werden. 5 Millionen unter ihnen sind überzeugt, daß ihr Arbeitsplatz in naher Zukunft nicht mehr sicher ist.

Das ist keine eingebilddete Angst, wenn man bedenkt, daß für einen neugeschaffenen fünf herkömmliche Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Diese neu geschaffenen Arbeitsplätze zeichnen sich durch eine unerträgliche Entmenschlichung aus, die nicht mehr den geringsten individuellen Spielraum freilassen, sondern die stupide, roboterhafte Bedienung der vorgeschalteten Maschinerie erzwingen.

So hat die Rationalisierung neben ihrem ökonomischen Kalkül auch ein wesentlich politisches. Menschen zu trainieren, daß sie ihre unregelmäßigen Arbeitsgewohnheiten ablegen und sich mit der unveränderlichen Regelmäßigkeit des komplexen Automaten identifizieren.

2.) Eine auf hohem Niveau fortdauernde, strukturelle Arbeitslosigkeit, die wesentlich durch die weltweite Neuverteilung der industriellen Beschäftigung bestimmt wird und auch in vorhersehbarer Zukunft bestimmt werden wird. (Fröbel u.a., Technologie & Politik 8, S. 31)56. Zur Zeit gibt es in den OECD-Staaten über 15 Mio. Arbeitslose. Eine Studie des IFO57-Instituts prognostiziert bis 1985 für die BRD eine Steigerung der Arbeitslosenrate von 8,3 %. In einigen Regionen der BRD ist diese Quote heute schon erreicht.

In diesen Berechnungen sind nicht berücksichtigt: die steigende Zahl der Kurzarbeiter, das Heer von Frauen, die keine Stelle bekommen, sich aber aus den verschiedensten Gründen nicht arbeitslos melden und die immer größere Zahl alter Menschen, die ausrangiert werden und deshalb früher auf Rente gehen (fast die Hälfte der offenen Stellen tragen einen Alten-Sperrvermerk) sowie die Um- und Weiterbildungen, um den Arbeitsmarkt vorübergehend abzuschöpfen und die Hunderttausende abgeschobener bzw. freiwillig abgewanderter Arbeitsemigranten.

Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bereits höher als 20 %. Dazu kommen 1,5 Mio. Kinder von ausländischen Arbeitern, zweisprachige Analphabeten und natürliches Subproletariat, wie die Welt schreibt.

3.) Mit dieser Entwicklung ist eine zunehmende öffentliche Armut verbunden, denn der inländische Produktionsrückgang bedeutet nicht nur weniger Steuern, sondern auch wachsende Staatsausgaben zur Ankurbelung der Produktion. Dem stehen auf der anderen Seite immer größere Ausgaben durch die hohe Arbeitslosenquote, Sozialhilfeempfänger etc. gegenüber.

Und das Heer der Überflüssigen wird weiter wachsen. Der ehemalige Bundesforschungsminister Matthöfer rät ihnen, in den humanen Dienstleistungsbereich überzuwechseln, was einer gesellschaftlichen Bankrotterklärung gleichkommt, angesichts der wachsenden öffentlichen Armut, die sich vor allem in diesen Bereichen auswirkt. Denn gerade die Industrien des tertiären Sektors: Schule, Universität, die Post, die Sozialfürsorge, das Transport- und Nachrichtenwesen, werden immer stärker demontiert. So kommt auch die IG-Metall zu der Einschätzung: Der Dienstleistungssektor fällt als Auffangbecken aus, weil er selber vor einer großen Rationalisierungswelle steht, bei der sich auch der öffentliche Dienst aus finanzpolitischen Erwägungen beteiligen wird.

So sah denn auch das Gespann Friedrichs-Lambsdorff58 schon 1975, das Ende der sozialen Leistungsfähigkeit des Staates gekommen, d.h. den Ausweg in den Versorgungsstaat gibt es nicht. Damit bricht auch der Mythos vom Sozialstaat in sich zusammen, der 30 Jahre lang die notleidende Existenz eines Drittels des westdeutschen Volkes aus dem öffentlichen Bewußtsein radierte. Vorsichtig geschätzt leben rund 18 20 Millionen Menschen der westdeutschen Bevölkerung in materieller Not. (FR59, 17.11.75)

4.) Pläne wie die Heraufsetzung des Rentenalters, die Einführung der flexiblen Altersgrenze,

Arbeitszeitverkürzung, Verlängerung der Schulzeit, mehrjähriger Bildungsurlaub, Babyjahr etc. verfolgen zwar die Absicht, den Arbeitsmarkt abzuräumen, können aber angesichts der wachsenden öffentlichen Armut, die sich im versuchten Rentenbetrug, im geplanten Abbau der Sozialfürsorge, in der Erhöhung der Rezeptgebühren etc. ausdrücken, die Probleme absolut nicht lösen, höchstens verschieben bzw. vergrößern. Die Krise des Regimes ist nicht im reformistischen Sinn zu lösen. So sieht denn auch die Welt-60 vom 26.1.77 Verteilungskämpfen entgegen, die das gesellschaftliche System bis zum Zerreißpunkt belasten. Das explosionsartige Anwachsen einer industriellen Reservearmee in den Industriestaaten hat auf der einen Seite die bekannte disziplinarische Wirkung. Auf der anderen Seite fallen Millionen Menschen aus dem Zwangssystem der Arbeit heraus, der Dirigismus der Büros und Fabriken bestimmt nicht mehr ihr Leben, das Rattern der Maschinen erschlägt nicht mehr jeden Gedanken und ein Leistungs- und Konkurrenzdruck fällt von ihnen ab, der vorher eh schon Gespaltete täglich aufs Neue spaltete. Eine Harvard-Untersuchung vermeldet, aufs Höchste alarmiert, eine Veränderung im Arbeitsverhalten der US-Bürger irgendetwas Neues, Produktionsfeindliches, das man wissenschaftlich noch nicht genau definieren kann. Die FR hat Ähnliches an den Deutschen bemerkt: Viele verlieren ihren Halt und schwimmen in einem Meer von Zeit, wenn die Arbeit als Ordnungsinstrument ihres Lebens nicht mehr zur Verfügung steht. Die steigenden Zweifel an der Arbeit als Antriebskraft und Ordnungsinstrument unseres Wirtschaftssystems bringen den zentralen Pfeiler der Industriegesellschaft ins Wanken und das ist erschreckend. Und der SPD-Arbeitsmarktexperte Lutz sieht einen Sprengsatz aus Verbitterten und Verbissenen entstehen, der unsere Gesellschaft zuverlässiger in die Luft jagt, als jeder noch so wild entschlossene Anarchist dies vermöchte.

Dies ist die Stunde der präventiven Konterrevolution

Der zunehmende Despotismus des Kapitals gegenüber der Arbeit, die fortschreitende Militarisierung des Staates, die Intensivierung der Repression als strategisches Faktum sind die objektiven und unausweichlichen Konsequenzen. (Rote Brigaden)

So entsteht denn auch exakt am Beginn dieser neuen Wirtschaftsära (OECD) die Verabschiedung der Notstandsgesetze, ergänzt durch die Brandtsche APO-Zwangsbefriedung⁶¹ mit dem Kalkül, anschließend gezielter die Jagd auf diejenigen eröffnen zu können, die sich nicht zwangsbefrieden lassen.

Wir wollen hier nicht auf die einzelnen Stadien und Erscheinungsformen dieses Faschisierungsprozesses eingehen, darüber liegen genügend Materialien und Untersuchungen vor. Wir wollen hier ein für allemal klarmachen, daß es sich hier nicht um die hysterische Überreaktion eines durch die Geschichte zutiefst verunsicherten Staatswesens handelt, sondern um das eiskalte Machtkalkül sozialdemokratischer Krisenmanager, die sich rechtzeitig das massenpsychologische und militärische Instrumentarium für die Durchsetzung der radikalsten und schmerzhaftesten Veränderungen seit Menschengedenken zu schaffen versuchen. Nur ein monströser, totalitärer Machtapparat kann die provozierten Spannungen und Revolten durch Meinungsmanipulation und offene Repression in Schach zu halten versuchen. Allein auf diesem Hintergrund ist die Repression in der BRD zu verstehen, als Totalitarismus eines industriellen Systems, das angesichts der von ihm produzierten, wachsenden, unlösbaren Widersprüche, durch die immer despotischere Organisation der Macht die Kontrolle über die Situation wieder zu gewinnen sucht. Der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der in der Nachkriegsära in nie gekannter Totalität die Kontrolle über die Industriegesellschaften zu garantieren schien, ist brüchig geworden und wird Zug um Zug durch einen außerökonomischen Totalitarismus ergänzt.

Dies ist kein schleichender Prozeß, das war noch nie die Gangart des Faschismus. Das beweisen u.a. die fast täglich neu erlassenen Notverordnungen in der BRD:

die Totalerfassung der Bevölkerung

die freiwillige Gleichschaltung der Medien nach dem Motto: Menschen, damit ihr unwissend bleibt, werden wir euch informieren

die wahnwitzige und doch so systematische Treibjagd auf jegliche Opposition bis hinein in die eigenen bürgerlichen Reihen

die Liquidierungsstrategie gegenüber der Stadtguerilla

die Entwicklung von Waffen wie der Neutronenbombe, die keineswegs ein Produkt des militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West ist, sondern geplant und entwickelt wurde als Waffe für regionale Aufstandbekämpfung

die Zwangsbefriedung Europas unter germano-amerikanischer Regie

die sprachliche und begriffliche Einebnung mittels der alles umfassenden und durchdringenden Medien.

Internationale Fangschaltung

Die BRD, als ein starker Staat des konstitutionellen Typs, eine einzigartige Symbiose aus alten Traditionen und einer Technologie M-` la americaine (Vigier), führt diese Entwicklung in Europa als absoluter Spitzenreiter an. Die vom transnationalen Kapital produzierte neue ökonomische Ordnung beschränkt sich jedoch nicht auf sie, sondern erfasst alle OECD-Staten. Daß in der BRD die Entwicklung zum totalitären Staat am weitesten fortgeschritten ist, steht in direktem Zusammenhang zu ihrer ökonomisch-technologischen Führungsposition. Diese wiederum ist das unmittelbare Produkt des durch den US-Imperialismus erzwungenen Kapitalismus nach 1945. Damit wurde auf deutschen Boden eine Gesellschaft geschaffen, deren sämtliche Institutionen wie die Parteien CDU und SPD, die Einheitsgewerkschaft DGB, Studentenorganisationen etc. unter der direkten Beteiligung der amerikanischen Geheimdienste gegründet bzw. finanziert wurden; in der die Spitzenpositionen von Wirtschaft, Finanzkapital, Politik, Justiz mit alten Nazis wie Abs62, Schleyer63, Kiesinger64, Flick65 usw. neu besetzt wurden; die sich auf eine weitgehend angepaßte Arbeiterschaft stützt, die sich von der Liquidierung ihrer Kader durch den Faschismus und den Stalinismus nie richtig erholt hat. In der die Zerstörungen des Krieges eine tabula rasa geschaffen haben, die einen Produktionsaufbau auf dem neuesten technologischen Stand ermöglichte und die von dem Antikommunismus geprägt ist, der von Anfang an jedwede Opposition als fünfte Kolonne diffamierte und verfolgte.

Angesichts der heraufbrechenden Krise des kapitalistischen Industrieregimes hat deshalb der westdeutsche Staat als erster in Europa seinen polizeilich-militärischen und meinungsmanipulatorischen Apparat mobilisiert. Die Strategie der frühzeitigen und totalen Zwangsbefriedung der präventiven Konterrevolution soll sich nicht auf die BRD beschränken, sondern ganz Westeuropa aufgezwungen werden. Sie vollzieht sich in engster Abstimmung mit dem US-Imperialismus und ist in ihren strategischen Zielsetzungen und taktischen Schritten das Produkt der trilateralen Kommission, dieser heimlichen Weltregierung und gigantischsten Verschwörung gegen die Völker der Welt. Diese Kommission stellt inzwischen die Regierung der USA, hat als Mitglieder z.B. den deutschen Bundeskanzler, den deutschen Wirtschaftsminister, Bankiers wie einstens Ponto66, Poniatowsky, die graue Eminenz des französischen Staates, der die Innenpolitik nach deutschem Muster umrüsten soll etc. Beispiele für die Zwangsbefriedungsstrategie in Europa sind unter anderem

Portugal67, dem die USA die militärische Intervention androhte, die Weltbank die Kredite sperrte, das

von der EG ökonomisch und von der BRD politisch erpresst wurde,

Irland, wo die BRD durch massiven Druck auf England die Aberkennung des politischen Status der gefangenen Revolutionäre durchgesetzt hat, wo der CIA mittels der Dame Williams⁶⁸ Friedensmärsche inszeniert und wo für 54 Mio. Pfund aus dem EG-Fonds für arme Länder ein riesiges Stammheim gebaut wird.

das Baskenland, wo seit Franco verreckte die Repression im französischen Teil sich ständig verschärft, wo die spanischen und französischen Behörden ihre Verfolgung inzwischen genau koordinieren das Europa der Bullen

Griechenland, Spanien, die Türkei, die, um aufs EG-Karussell springen zu dürfen, der EG-Norm für politische Stabilität entsprechen müssen, d.h. garantieren müssen, daß sie in der Lage sind, den Widerstand in ihren Ländern liquidieren zu können

die innenpolitische Gleichschaltung der westeuropäischen Länder, die von der BRD immer stärker forciert wird. Gemeint ist u.a. die militärische Lösung in Assen⁶⁹ (Holland), die Kapitulation Griechenlands im Fall Pohle, die gemeinsame Strategie gegen die Anti-AKW-Bewegung Malville, Kalkar usw.

Der Eurokommunismus, der deutlich macht, daß er Staat machen will, wenn nicht den proletarischen, dann den bürgerlichen. Im Rahmen der Zwangsbefriedung Europas wird er sicherlich eine wesentliche Rolle als Ordnungsfaktor spielen.

Der Weg ins 4.Reich (George Jackson⁷⁰) der United States of Europe ist den kapitalistischen Industrieregimen Westeuropas zwingend vorgeschrieben. Die neue revolutionäre Mobilität des transnationalen Kapitals (Wirtschaftswoche) verlangt die gleichmäßige und totale Verfügungsgewalt über ganz Europa. Die Zentralisation der politischen und ökonomischen Macht spielt sich nicht im Rahmen eines Europarates oder eines europäischen Parlaments ab, das sind nichts als die unerläßlichen legitimatorischen Debattierzirkel, sondern im Rahmen neuer transnationaler Souveränitäten (FAZ) wie des internationalen Währungsfonds (IWF) und der trilateralen Kommission.

Und es wird ein Zentralismus sein, der sich immer totalitärer und despotischer organisieren muß, je mehr die Organisation von Produktion und Gesellschaft den menschlichen Bedürfnissen entgegengesetzt ist, denn es gibt kein menschliches Bedürfnis, verwaltet, ausgebeutet, kontrolliert, fremdbestimmt, vergiftet, überwacht und psychiatrisiert zu werden.

Früchte des Zorns

Die Bewegungen, in denen sich die Bedürfnisse der Menschen ausdrücken, sind heute in Europa sehr vielfältig. Gegen die totalitäre Zentralisation des Imperialismus wächst eine neue Kraft, die den Kampf für ein Europa der autonomen Völker auf ihre Fahnen geschrieben hat. Das irische und baskische Volk führen diesen Kampf an, die Bretonen, Korsen, Katalanen und Galizier, die Jurasser und Occitanier sammeln sich hinter dieser Vorhut. Sie entwerfen die Zukunft eines Europas autonomer sozialistischer Völker, die in einem Verhältnis gegenseitiger Unterstützung und gleichwertiger Arbeitsteilung zueinander stehen.

In den internationalen Brigaden der Umweltkämpfer von Malville und Kalkar formiert sich eine Front, die ihren Ausgang nahm im badisch-elsässisch-jurassischen Dreyeckland der Bauern, Winzer und Arbeiter. Eine Front, die sowohl regional fest verankert ist, als auch in der Lage, international zu operieren und der es gelang, was so wenigen Bewegungen und Revolten gelingt die Vereinheitlichung

aller Schichten des Volkes und das Niederreißen der nationalstaatlichen Demarkationslinien. Ihre Anziehungskraft ist deshalb so groß, weil sie weit über den konkreten Angriffspunkt hinaus, den Mythos vom Wachstum, von der Wissenschaft und von den Experten zerschlägt, weil sie eine beispiellose Massenschulung über ökologische, politische und ökonomische Zusammenhänge imstande war, zu realisieren und weil sie versucht, konkrete Zukunftsbilder einer Gesellschaft zu entwerfen, in der das Gleichgewicht zwischen Menschen und Natur wiederhergestellt wird; was heißt

In Malville genügten 300 CRS-Bullen, um 50.000 Demonstranten, die den Bauplatz besetzen wollten, durch Tränengas und Offensiv-Granaten in die Flucht zu schlagen und zu demoralisieren. Was das Vorgehen der Bullen angeht, so bietet sich in Kalkar ein qualitativ anderes Bild. Mit deutschem Perfektionismus wurde das Ziel der Schweine, nur eine friedliche Demo zuzulassen, erreicht. So wurde z.B. ein fahrplanmäßiger Zug der Bundesbahn auf offener Strecke mit BGS-Hubschraubern gestoppt. Wer nach Demonstrant aussah, mußte den Rest der Strecke laufen. Bei tausendfachen Verkehrskontrollen wurden sogar Zitronen und Halstücher trotz Blümchenmuster beschlagnahmt. 112 wurden im voraus verhaftet, insgesamt 147.000 Personenkontrollen durchgeführt, über 10.000 Demoteilnehmer zurückgeschickt. Selbst die Vaterlandsgrenzen wurden abgeriegelt, um Demoteilnehmern aus Frankreich, Holland, Dänemark usw. die Einreise zu verweigern. (Pflasterstein71, KKW-Sondernummer)

Sie hätten nicht die Macht, wenn sie nicht die Mittel hätten, die Schweine72; schrieb die RAF 1972. Und die Mittel sind seitdem nicht weniger geworden. Das ist die eine Seite. Und das die andere: Es gibt kein Regime auf der Welt, das sich mit solch gigantischem Aufwand in seiner Festung gegen den inneren Feind eingekeilt hat, das sich auf einen Todestepich von atomaren Sprengköpfen setzt, um sich sicherer zu fühlen, das seine Meute von Herrschenden hinter kleinen Privatarmeen, hinter schußsicherem Glas, in Panzerwagen und Bunkerwohnungen verstecken muß. Und das trotz seiner geifernden, wahnwitzigen, tagtäglichen Gehirnwäsche doch nur bei 16 % des Volkes erreicht hat, daß es sich von der Schlinge um ihren weißen Herrscherkragen mitbedroht fühlt. Und das bedeutete einiges in diesem Land.

Was die Politiker schwatzen, ist nicht das, was die Leute denken, sondern das, was sie denken sollen und wenn sie wir sagen, versuchen sie so zu schwatzen, daß die Leute das, was sie denken und wie, darin wiedererkennen und für artikuliert halten aber der Staat bräuchte die Demoskopie nicht, auch nicht den Verfassungsschutz, wenn die Indoktrination durch psychologische Kriegsführung so einfach wäre. Das legale Land ist nicht das wirkliche Land, sagt Gramsci73 oder aber einfach: die herrschende Meinung ist nicht die Meinung der Beherrschten. (Brief von Ulrike Meinhof an Hanna Krabbe).74 Es gibt eine Tendenz unter den Liberalen und Linken, über das Land zu jammern, in dem wir leben und alle Hoffnungen auf's liberale Ausland zu setzen. Wir haben diese Analyse geschrieben, um klar zu machen, daß der faschistische Prozeß in der Tat nicht zu begreifen ist, wenn man nur auf dieses kaputte Land mit seinem kaputten Volk abhebt. Wir müssen davon ausgehen, daß wir es mit einem Totalitarismus des industriellen Systems zu tun haben, der sich anschickt, ganz Europa zu überziehen. Und totalitär heißt per definitionem, daß alle Handlungsspielräume -individuelle wie kollektive abgeräumt werden, das beweisen die letzten 5 Jahre und zwar in einem Tempo, das sich zunehmend überschlägt.

Für den Widerstand heißt das, gerade und vor allem in der BRD, sich dem offenen Zugriff dieser 4.Reich-Strategen zu entziehen. Heißt: Organisationsformen und Widerstandsmethoden zu entwickeln, die aus dem Moment des Verdeckten, des Klandestinen eine Waffe machen. Wir haben gesagt, daß Klandestinität Massenbewegungen wesentlich fremd ist. Dies wird jedoch zu einer philosophischen Feststellung angesichts der Situation, in der sich der legale Widerstand in der BRD heute befindet. Ihm bleibt bei Strafe des Untergangs nur eines: die Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes sich massenhaft, so schnell wie möglich anzueignen. Und zwar, weil es selbstmörderisch und uneffektiv ist, angesichts dieses polizeilich-militärischen

Gewaltapparates in die offene Feldschlacht zu ziehen.

Das Industriesystem zerschlagen, das Ökosystem erhalten!

Von Italien⁷⁵ beginnt eine linksradikale, militante Bewegung auszustrahlen das explosive Bündnis von Studenten, Arbeitslosen, Armen und Ghettokindern. Sie laufen Sturm gegen die wachsende Massenverelendung in den Metropolen, gegen den dreckigen Historischen Kompromiß und die Germanizzazione Italiens, die den italienischen Verhältnissen die deutsche Endlösungsstrategie aufzuzwingen versucht.

Die Frauenbefreiungsbewegung, die das Gesicht Europas verändert hat, scheint von dem heraufziehenden Totalitarismus in Europa am stärksten betroffen zu sein. In dem Sinn, daß es ihr besonders in der BRD ungemein schwer fällt, darauf die ihr adäquaten Kampfformen zu entwickeln. Sie scheint in dem Widerspruch zu erstarren, die herrschende Gewalt, die sich in besonderem Maße gegen Frauen richtet, nicht bekämpfen zu können, ohne dagegen die Gewalt von unten mobilisieren zu müssen. Für einen großen Teil ist dieser Widerspruch nur lösbar, indem er immer weite gesellschaftliche Bereiche ausblendet. Das heißt, die Frauenbewegung muß auf diesem Weg trotz ihrer Breite einen Hang zum sektierischen entwickeln, wenn sie es nicht schafft, z.B. die Positionen und Aktivitäten der Politischen und Mili-Tanten in ihre Konzeption mit aufzunehmen.

Diese Aufzählung kann in ihrer knappen Form nicht auf die Widersprüche und Probleme eingehen, mit denen sich diese Bewegungen herumschlagen. Ganz allgemein läßt sich jedoch sagen, daß sie von der rasant fortschreitenden Zubetonierung der europäischen Gesellschaften in ihrem Nervenzentrum getroffen werden und das ist ihr öffentlicher Charakter. Massenbewegungen brauchen die öffentlichen Diskussionen, die öffentlichen Handlungsspielräume, das öffentliche kollektive Experimentieren mit Aktionsmöglichkeiten. Sie stehen ihrem Wesen nach im Widerspruch mit allem Heimlichen, Klandestinen. Sie brauchen eine offene Gesellschaft, um kollektive Lernprozesse, ein neues, revolutionäres Selbstverständnis zu entwickeln. Und genau an dieser Offenheit setzt der totalitäre Überwachungsstaat an, um ihnen die Luft abzuschneiden: um aus jedem Ansatz zu kollektivem Widerstand eine Massenfalle zu machen: Es ist geradezu selbstmörderisch, den Staat und das sind auf dem Bauplatz nur die Bullen dann anzugreifen, wenn er vorbereitet ist und es in der Hand hat, das Geschehen total zu kontrollieren. Hier werden wir immer die Verlierer sein und unsere minimalen Kräfte gegen die Bullen verheizen (Pflasterstein, KKW-Sondernummer). Manes Sperber⁷⁶ sagt dazu: Die Zeit ist gekommen, mit dem Leben besonders jener zu geizen, die willens sind, es zu opfern. Der Lehrer Hartmut Gründler⁷⁷ ist in Hamburg so einen sinnlosen Opfertod gestorben. Doch es gibt viele Arten, sich zu töten Selbstverbrennung ist die eine zu resignieren die andere Möglichkeit.

Wenn von Praxis und Techniken des verdeckten, klandestinen Kampfes die Rede ist, dann ist damit noch nicht Guerillakampf gemeint, sondern eine Methode, die viele Abstufungen kennt und daher massenhaft möglich ist. Es ist eine Ebene des Kampfes, auf der die notwendigen politischen und praktischen Erfahrungen gemacht werden können, auf der man sich selber kennenlernen kann, von wo man wieder zurück kann oder aber aufgrund dieses Lernprozesses den Entschluß fassen kann, den Widerstand mit Waffen zu führen.

Daß aber kleine Gruppen auch in einem hochindustrialisierten Staat angreifen, sein sorgfältig ausbalanciertes Gefüge politischer, wirtschaftlicher und sozialer Funktionen und Funktionsabläufe lähmen oder zerschlagen und sein vielfach überlegenes militärisches Potential mit vergleichsweise geringem Risiko unterlaufen, wird auch heute noch allgemein für unmöglich gehalten.

(Müller-Borchert, Guerilla im Industriestaat).⁷⁸

Wir haben in dieser Untersuchung nachgewiesen, daß dieses sorgfältig ausbalancierte Gefüge politischer, wirtschaftlicher Funktionen und Funktionsabläufe des hochindustriellen Staates zunehmend die Balance verliert, was mit einer immer despotischeren Organisation der Macht beantwortet wird. Widerstand hat in dieser Phase die Aufgabe, durch ein immer dichteres Netz von großen und kleinen Aktionen diese substantielle und legitimatorische Krise zu verschärfen und gleichzeitig sich gegen die totalitäre und faschistische Lösung zu formieren und zu bewaffnen.

Die Guerilla in Westeuropa hat den antiimperialistischen Kampf bewaffnet und somit eine Form des Kampfes gewählt, die sich in einen gewissen Widerspruch zu Massenorganisationen setzt. Indem die Stadtguerilla direkte Aktionen gegen das Eigentum der Regierung und der großen Kapitalisten durchführt, setzt sie sich automatisch außerhalb der Legalität und die Stadtguerilleros werden von den Organen des Staates verfolgt. Jede Aktion der Stadtguerilla ist illegal. Ihre bloße Existenz ist illegal. Die Stadtguerilla setzt sich daher als Kampfform ständig in einen Widerspruch zur unterdrückten Klassen, eben weil diese nicht insgesamt in die Illegalität gehen kann bzw. wenn sie es tut, der Kampf so verallgemeinert wird, daß die Stadtguerilla als solche aufhört zu bestehen. Natürlich würde die Stadtguerilla untergehen, wenn sie nicht gleichzeitig mit dem Setzen des Widerspruchs auch die Form seiner Lösung entwickeln würde. Wenn die Stadtguerilla Aktionen durchführt und sie sind, wie wir gesehen haben, immer illegal dann muß sie gleichzeitig einen Prozeß auslösen, der den unterdrückten Massen die Teilnahme an den Aktionen ermöglicht. Der Widerspruch läßt sich also nicht innerhalb der Kampfform lösen, sondern nur im Verhältnis zum Bewußtsein der Massen, die nicht an den Aktionen teilnehmen. Indem die Stadtguerilla das revolutionäre Bewußtsein der Massen entwickelt, die nicht an ihren Aktionen teilnehmen, sich aber damit identifizieren können, findet dieser Widerspruch erst die Form, innerhalb derer er sich lösen kann. Das heißt natürlich nicht, daß er damit verschwindet: er wird vielmehr bei jeder neuen Aktion und während des gesamten revolutionären Kampfes auftreten. (Alex Schubert, Die Stadtguerilla als revolutionäre Kampfform, S. 9)79

Daß dieser Widerspruch mit Fortschreiten des revolutionären Prozesses einer Lösung entgegen geht, beweisen die Funktion und Stellung der IRA im irischen und der ETA im baskischen Kampf. Ähnliches ist in Italien zu beobachten, wo sich in den letzten Revolten die Kampfform der Guerilla, der Roten Brigaden und der Bewaffneten Proletarischen Zellen immer mehr vermasste. In der BRD ist dieser Widerspruch am stärksten ausgeprägt. Die Gründe dafür sind schon tausendmal analysiert, dargelegt und beklagt worden. Bloß: der Widerspruch wird ständig wachsen, wenn nicht hier und heute an seiner Lösung gearbeitet wird. Und die praktische Antwort kann nur heißen: Aktionen primär unter dem Gesichtspunkt der Vermassung durchzuführen, d.h. sie dort anzusetzen und mit den Mitteln durchzuführen, die sie für die Leute nachmachbar machen bzw. mit denen sie sich identifizieren können. Dies gilt für das ganze Spektrum unseres Kampfes: für den Nulltarif in öffentlichen Verkehrsmitteln, gegen Fabrikdirektoren, Jugendzentrumsliquidatoren, Wohnungsspekulanten, chauvinistische Ärzte, Sex-Shops und Kirchen, Ausländerpolizei, die Atomindustrie, die chilenische Gorilla- und südafrikanische Rassendiktatur. Zur Lösung des Widerspruchs gehört der Aufbau einer Gegenpropaganda wie Zeitungen oder Schwarzsensoren in West-Berlin. Dazu gehört das Vermitteln von Techniken, wie der Bau von Brand- und Sprengsätzen, Fälschen, Anleitungen zum Senderbau usw. Und dazu gehört der Schutz derer, die sie z.B. wegen nachgedruckter Sozialscheine drankriegen wollen. Nachdem die Autos von Richtern und Staatsanwälten brannten, gab es nur noch Freisprüche. Zur Lösung des Widerspruchs gehören weiterhin, daß wir in der Anti-AKW-Front, der Frauenbewegung, in Bürgerinitiativen und Betriebsgruppen mitkämpfen. Nicht zur Zwecke der Rekrutierung, denn es kann nicht darum gehen, die Militanten aus allen Bereichen abzuziehen und sie gesondert zu organisieren (das war z.B. ein wesentlicher Fehler der Tupamaros), sondern sie in ihren Bereichen zu unterstützen und zusammen wie die Hefe im Teig zu wirken. Das meint auch die Parole: Schafft viele revolutionäre Zellen. Sie ist politisch richtig, weil sie auf der Autonomie, der Eigeninitiative und jeweiligen Verankerung der einzelnen Zellen aufbaut und sie ist sicherheitspolitisch richtig, weil allein eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen aufbaut, in einem totalitären Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden. Dafür liefern die Revolutionären Zellen seit fünf Jahren den Beweis. Das kann nicht heißen, daß es so etwas wie eine Garantie gibt, daß wir es schaffen werden. Und das heißt auch nicht, daß wir heldenhafte Idioten sind, die ihr Leben für eine These aufs Spiel setzen, wie

sich der Biermann⁸⁰ mal dazu äußerte. Das bedeutet nur, daß es in Anbetracht aller Ängste, aller Schwierigkeiten, aller Widersprüche für die Unterdrückten keine andere Möglichkeit gab, gibt und weiterhin geben wird, als zu kämpfen mit allen Waffen, die ihnen zur Verfügung stehen. Und das sind beileibe nicht nur militärische, aber ohne sie haben wir keine Chance. Die Geschichte der Menschheit ist voll von Versuchen, das Problem anders zu lösen, mit Verweigerungsstrategien, mit Petitionen, mit Hungerstreiks, mit Selbstverbrennungen usw. Sie alle appellieren an eine moralische Substanz der Herrschenden, die es nicht gibt. Dagegen steht eine andere Tradition, die allein das Risiko, sich in Gefahr zu begeben, lohnt. Nämlich die, sich im Kampf gegen die Menschenfresser zu bewaffnen. Denn, wenn je die Unterdrückten ihre Lage verändern konnten, dann nur auf diesem Wege. Das heißt nicht, daß alle Versuche erfolgreich waren, sondern, daß alle Erfolge nur auf diesem Wege erreicht wurden. Das meinen wir, wenn wir sagen, daß es keine Garantien gibt, um dazuzufügen, daß es keine andere Möglichkeit gibt. Angesichts des Weges der United States of Europe ins 4.Reich wird es immer dringlicher, diesen Prozeß in seiner barbarischen Konsequenz zu demaskieren. Demaskierung ist keine Schreibtischarbeit, sondern eine Funktion revolutionärer Praxis, die zum Ziel hat, alle revolutionären Kräfte gegen die Kräfte der Barbarei zu sammeln und zu mobilisieren, die Bornierung der verschiedenen Bewegungen auf ihr Spezialgebiet auf eine einzige und ausschließliche Interventionsform, selbst wenn diese sich längst als nicht mehr tauglich erwiesen hat, zu überwinden. Wir meinen dies ausdrücklich nicht nur auf die BRD bezogen. Denn wenn hier angesichts einer Mobilmachung des Faschismus die revolutionären Perspektiven zu erstarren und zu ersticken drohen, dann wird der Austausch mit den Initiativen und Erfahrungen in anderen westeuropäischen Ländern, dann wird die gegenseitige Unterstützung umso dringlicher. Wenn es dem revolutionären Lager nicht gelingt, die verschiedenen Revolten der Klassen und Völker zu vereinigen, dann wird es der Faschismus einkreisen und vernichten ideologisch, politisch, militärisch. Die revolutionären Kräfte vereinen meint, den beiden Grundübeln der verschiedenen Bewegungen und Revolten entgegenzuarbeiten: Dem Kampf ohne Einheit und der Einheit ohne Kampf. Dies erscheint uns nur möglich, wenn ein Prozeß in Gang kommt, in dessen Verlauf jenseits der vielfältigen Erscheinungsformen der gemeinsame Feind wieder ausgemacht wird, der sich hinter Atomlobby und Rassismus, hinter Männerherrschaft und Völkermord, hinter dem Totalitarismus der Industrieregime, psychischer Verelendung und Hungerkatastrophen verbirgt. Das bedeutet wesentlich wieder einen Begriff vom antiimperialistischen Kampf⁸¹ zu bekommen, der mit Ende der Studentenbewegung für viele zur Außenpolitik, zur revolutionären Pflichtübung verkommen ist. Einst der Geburtshelfer und Motor der politischen Bewegungen und Revolten in den Metropolen, fristet er heute eine kümmerliche Existenz zwischen inhaltsleeren Solidaritätserklärungen und lästigen Spendenaufrufen. Viele mögen sich nicht mehr mit Palästina, Südafrika, Chile, Portugal, Argentinien, den USA abgeben. Das sei zu abstrakt, da könne man keine politische und emotionale Betroffenheit mehr aufbringen. Von entfremdeter Kampagnen- und Interventionspolitik ist die Rede, vom alten Trip Politik zu machen, um sich nicht mit der eigenen Veränderung beschäftigen zu müssen. Die mangelnde Betroffenheit ist tatsächlich nicht mehr zu übersehen. Untersucht man die Ursachen dafür genauer, dann liegt das weniger an der Abstraktheit des Internationalismus, sondern in der konkreten Enttäuschung darüber, daß es mit der Revolution in aller Welt nicht so läuft, wie man sich's vorgestellt hatte (die Gründe dafür haben wir versucht im ersten Teil darzulegen). Der Internationalismus-Boom der sechziger Jahre war immer und in erster Linie eine Identifizierung mit Siegen. Che und Ho⁸², Kuba und China, Vietnam waren die lebendigen Beweise dafür, daß es möglich ist, den Koloß Imperialismus zu schlagen, das Unabänderliche zu ändern. Das brachte auch die versteinerten Verhältnisse in den Metropolen zum Tanzen. Die zwanzigjährige Betonierung von Macht und Ordnung, Antikommunismus und Untertanenmentalität, der ganze Müll der dreckigen fünfziger Jahre wurden hinweggefegt und setzte maßlose Kräfte, Hoffnungen und Phantasien frei: Hundert Blumen blühten⁸³ plötzlich in der Steinwüste. Eingebettet in die weltweite Offensive der revolutionären Kräfte, mit dem Vietcong⁸⁴, den Fedayjin⁸⁵, den Tupamaros⁸⁶, den Black Panthers⁸⁷

als Vorhut, schien unser Sieg nur noch eine Frage der Zeit zu sein.

Als die revolutionäre Offensive in den siebziger Jahren weltweit in die Defensive gedrängt wurde, hat sich dieses Verhältnis schlagartig geändert. Dies drückte sich in Parolen aus wie Kämpft nicht die Schlachten von anderen, Unterstützung für Kämpfe von Dritt-Welt-Völkern ist Politik aus bloß schlechtem Gewissen und Man kann jemand nur über seine eigenen Interessen organisieren. Es geht nicht darum, daß diese Parolen, für sich genommen, zum Teil nicht falsch sind; es geht darum, daß damit eine begriffliche und praktische Abkoppelung der Auseinandersetzungen in den Metropolen von den Kämpfen in den unterentwickelt gehaltenen Ländern betrieben wird.

Denn wir haben nie die Schlachten von anderen gekämpft, das ist der Rassismus der weißen Herren, die mal wegen Tal-Saatar auf die Straße gegangen sind sie sind es nicht mal. Wir haben nur eine Deckungsgleichheit unserer eigenen Interessen und denen der Völker der Dritten Welt erfahren und zum schlechten Gewissen ist diese Erfahrung erst verkommen, als durch den Verlust der eigenen Perspektive anstelle des einstmals praktischen Verhältnisses wieder ein nur moralisches trat.

Die Aufkündigung des Internationalismus, die Reduzierung des Begriffs vom antiimperialistischen Kampf auf Außenpolitik, führt dazu, den Begriff vom eigenen Kampf zu verlieren, führt zu einer heillosen Ver-Gruppelung des revolutionären Lagers. Indem sich jeder seinen eigenen Feind strickt. Es gibt zwar viele Fronten und an den Barrikaden wird in vielen gesellschaftlichen Bereichen gebaut, doch der Feind dahinter ist immer derselbe und sein Vorgehen ist allein davon bestimmt, zu spalten, um getrennt schlagen zu können.

Antiimperialistischer Kampf bedeutet, den gemeinsamen Nenner immer wieder herauszuarbeiten und anzugreifen und damit eine Grundlage für die Vereinheitlichung und Verbreiterung der revolutionären Kräfte zu schaffen, die sich sonst immer zusammenhangloser an den Erscheinungsformen des imperialistischen Weltsystems in allen Bereichen (Fabrik, Umwelt, Schule, Universität usw.) abarbeiten werden. Indem in ihm immer wieder die wirklichen Ursachen und Verursacher, die eigentlichen Zusammenhänge, die verborgen bleiben sollen, aufgezeigt und angegriffen werden, entwerfen wir Stück für Stück die Umrisse des Feindes, zeichnen ein immer genaueres Bild von ihm, seinen verbrecherischen Praktiken und Absichten.

Denn während für den Kolonialisierten der Feind in Gestalt des Besizers klar zu erkennen ist, weil er ständig die Tritte seiner Stiefel spürt, ist dessen Herrschaft in den Metropolen vielschichtiger, schillernder, psychisch und physisch tiefer verankert. Der antiimperialistische Kampf in den Metropolen hat zunächst die Aufgabe, Trennungslinien zu ziehen, die verwischten Fronten Zug um Zug klarzumachen. So verstehen wir unter anderem unsere Angriffe auf die US-Armee. Wir haben sie gezwungen, ihr Erscheinungsbild dem Volk gegenüber immer mehr mit ihrer Funktion als imperialistische Besatzungsmacht in Übereinstimmung zu bringen. Wir haben sie gezwungen, sich immer mehr einigeln zu müssen, hinter 2 Meter hohen Elektrozäunen, hier dreifachem Natostacheldraht, ihre Wachposten im letzten Jahr zu verzehnfachen, Volksfeste, wie das geplante 20tägige zur 200-Jahr-Feier⁸⁸ abzusagen, Sicherheitsbesprechungen nicht mehr in Casino-Atmosphäre abhalten zu können, weil ihnen im Juni vergangenen Jahres dabei eine Bombe unterm Arsch gezündet wurde.

Wir haben dieses Beispiel gewählt, um daran klarzumachen, daß Angriffe auf die Zentralen des Imperialismus nicht allein daran gemessen werden können, ob sie einem unmittelbaren Masseninteresse entspringen, sondern auch daran, ob sie dem Feind den reibungslosen Ablauf seiner schmutzigen Geschäfte erschweren. Wir haben dieses Beispiel nicht gewählt, um damit durch die Hintertür doch wieder einen Begriff von antiimperialistischem Kampf einzuführen, der ihn ausschließlich in den großen Schlägen gegen die Zentralen der Menschenfresser verwirklicht sieht. Antiimperialistischer Kampf, das ist alles, was die Ruinierung der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Metropolen vorantreibt, um dagegen die Menschen als Maß aller Dinge zu setzen und in den kämpfenden Kollektiven die Keimformen einer neuen Gesellschaft zu verwirklichen.

Indem in ihnen die Verzweiflung der Einzelnen in der kollektiven revolutionären Praxis der Gruppe

aufgehoben wird, werden sowohl die objektiven Bedingungen, die unabänderlich erscheinen, veränderbar, als auch die Verhältnisse der Menschen untereinander von ihnen neu und freier bestimmbar. Sie durchbrechen den Teufelskreis, in dem sich die zerstörerischen Bedingungen in der Selbsterstörung bzw. gegenseitigen Zerstörung der Individuen fortsetzen und somit immer aufs Neue eben diese Bedingungen ermöglichen und stabilisieren. Den Teufelskreis durchbrechen heißt nicht, daß wir uns von der ganzen Scheiße befreit haben, sondern daß wir sie immer mehr in den Griff bekommen, daß sie uns nicht mehr beherrscht, daß wir uns gegenseitig dazu befähigen, von uns selbst, von dem, was wir wollen, von dem, was für ein Land aufgebaut werden soll, konkretere Vorstellungen zu entwerfen und sie zu verwirklichen. Malatesta⁸⁹ drückt dies folgendermaßen aus: Der Kommunismus muß in den Herzen verwirklicht sein, bevor er an den Dingen verwirklicht werden kann. Um ihn in den Herzen zu verwirklichen, bedarf es der kollektiven revolutionären Praxis. Für uns heißt das: Die Kämpfenden Kollektive als die Keimzellen einer neuen Gesellschaft aufbauen und vermehren.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Die Folgen des Deutschen Herbstes

In den Jahren 1977/78 stellte sich heraus, daß die politischen Bewegungen, in denen in den 70er Jahren eine radikale Politik und der Anspruch auf Abschaffung des Systems entwickelt und vertreten worden war, in eine Krise geraten waren oder sich von ihren vorherigen politischen Zielsetzungen abwandt hatten.

Nachdem die Frankfurter Fraktion der Spontis bereits 1976 die Guerilla aufgefordert hatte, legt die Bomben weg, nehmt die Steine wieder auf, mobilisierten Spontigruppen aus der gesamten Bundesrepublik im Januar 1978 ca. 20.000 Menschen zum Tunix-Treffen nach Berlin gegen das Modell Deutschland. Wie bereits im Aufruf für Tunix angedeutet

Uns langt's jetzt hier! ... Wir hauen alle ab! ... zum Strand nach Tunix, lösten sie sich nach diesem Kongreß als politische Kraft auf und viele zogen sich in Alternativprojekte zurück, andere schlugen den parlamentarischen Weg ein.

Parallel dazu war die Anti-AKW-Bewegung in einer Krise: nach militanten Demos gegen Brokdorf und anderen Atomprojekten wirkte sich auch hier die staatliche Repression demobilisierend aus.

Bei der dritten großen Brokdorf-Demo im Februar 1977 fanden die schon länger andauernden Differenzen um Militanz oder Gewaltfreiheit ihren Niederschlag in einer offenen Spaltung. Die Befürworter einer Bauplatzbesetzung und die sog. gemäßigten Teile mobilisierten zu zwei getrennten Demonstrationen mit unterschiedlichen Kundgebungsorten.

Wenig später kam in Malville/Frankreich bei einer internationalen Großdemonstration gegen den Superphenix am 31. Juli 1977 der AKW-Gegner Michel Vitalon ums Leben, gegen eine Demonstration gegen den Schnellen Brüter in Kalkar am 24. September 1977 gab es im Vorfeld eine massive Pressekampagne gegen die Demonstrationsteilnehmer. Mit einem beispiellosen Großeinsatz der Polizei werden die anreisenden AKW-Gegner z.T. mit Polizeisperren auf den Autobahnen kontrolliert und eingeschüchtert. (siehe Kapitel 7)

Aus der Frauenbewegung hatte sich ab Mitte der 70er Jahre ein breites Netz von Frauenzentren, -buchläden, -kneipen etc. entwickelt. Gewalt gegen Frauen wurde als immanentes Element der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft thematisiert und als Konsequenz ab Mitte der 70er Jahre die ersten autonomen Frauenhäuser als Fluchtmöglichkeit für geschlagene Frauen gegründet und Notrufe für geschlagene und vergewaltigte Frauen eingerichtet. In der Walpurgisnacht 1977 gingen die Frauen in vielen Städten in der BRD mit der Parole Wir erobern uns die Nacht zurück auf die Straße.

Die Herausbildung eines Netzes von Frauenprojekten, zu denen Männer keinen Zugang haben, führte jedoch nach und nach zu einer Spaltung der Frauenbewegung. Ein Teil der Frauen zog sich in diese Strukturen zurück, grenzte sich von der patriarchalen Gesellschaft ab und entwickelte auf der Suche nach einer neuen Identität eine Ideologie der neuen Weiblichkeit, der natürlichen Friedfertigkeit der Frau oder gab sich der Beschäftigung mit Hexen, Magie und Spiritismus hin.

Symptomatisch für diese Entwicklung ist der Aufruf an alle Frauen zu Erfindung des Glücks, mit dem Frankfurterinnen im Oktober 1977 auf den Deutschen Herbst reagierten: Wir sagen uns hiermit feierlich los von einer Rechtsgemeinschaft, mit der wir noch nie gemein waren und die uns immer höchst gemein behandelt hat! Wir nehmen uns das elementare Recht, in der Erfindung des Glücks

nicht dauernd durch Mord und Totschlag, Gefangennahme und Gefängnis, Fahndung und Hetze behindert zu werden. Wir schlagen vor, daß die kriegsführenden Parteien ihre Fürsten ins Duell schicken, damit sie ihre Sache unter sich erledigen können. Uns aber sollen sie damit endlich in Ruhe lassen! Auch sprechen wir ihnen fürderhin jede Legitimation ab, ihre Kämpfe im Namen irgendeines zu verteidigenden Rechts, irgendeiner zu verteidigenden Freiheit, Ehre, Erde, irgendeines zu verteidigenden Kindes oder irgendeiner zu verteidigenden Frau zu führen!(vollständiger Abdruck in Autonomie, Nr. 10)

Die Frauen, denen dies politisch zu begrenzt war, kehrten in gemischte Gruppen zurück oder organisierten sich als Frauen gegen Imperialismus und Patriarchat oder in radikalen Lesbenezusammenhängen. Gleichzeitig griffen immer mehr Frauen, die in anderen politischen Gruppen (wie z.B. Solidaritätsgruppen zu Ländern der 3. Welt) aktiv waren, feministische Positionen und Analysen auf und integrierten sie in ihre Arbeit.

Die neuen Bewegungen

Ab der Jahreswende 80/81 entwickelte sich in rasantem Tempo ausgehend von Zürich, Köln, Freiburg, Berlin und Amsterdam quer durch die BRD eine Häuserkampf Bewegung. Dort trafen jugendliche Aussteiger, denen es zunächst um Freiräume ging, mit alten Linksradi kalen zusammen, die ihre politischen Erfahrungen z.B. aus Stadtteilinitiativen, der Anti-AKW-Bewegung, der Anti-Kriegs-Bewegung, Knastgruppen etc. einbrachten. Dies führte zu einer Vermischung von persönlichen Bedürfnissen (Wohn- bzw. Freiraum) und politischen Zielen und Inhalten. Die besetzten Häuser wurden zu politischen Zentren.

Die öffentliche Rekrutenvereidigung am 6. Mai 1980 in Bremen bildete den Anstoß für eine neue Anti-Kriegs-Bewegung.

Nach dem NATO-Nachrüstungsbeschluß von 1979 entwickelte sich eine zunächst vor allem von Pazifisten, K-Gruppen und kirchlichen Gruppen geprägte neue Friedensbewegung, die zunehmend an Breite gewann (siehe Kapitel Friedensbewegung). Als der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel die Rekrutenvereidigungen im Bremer Weserstation als öffentliches militaristisches Spektakel inszenierte, kam es zu einer breiten Gegendemonstration, die mit einer heftigen Straßenschlacht zwischen Autonomen und der Polizei endete.

Das war der Beginn einer neuen Anti-Kriegs-Bewegung der autonomen und antiimperialistischen Linken. Es gründeten sich Gruppen, die die Strecken der Munitionstransporte recherchierten und blockierten. Ab Herbst 1980 fanden Demonstrationen gegen die NATO-Herbstmanöver statt.

Im Revolutionären Zorn Nr. 6

vom Januar 1981 ziehen die RZ eine Bilanz aus 8 Jahren ihrer Politik.

Sie halten daran fest, daß die Entwicklung illegaler Kampf Formen notwendig sei, um angesichts der staatlichen Repression nicht zu scheitern, zu resignieren oder sich auf Spielwiesen zurückzuziehen, auf denen jeglicher Anspruch auf tatsächliche politische Veränderung aufgegeben wird. Die konkreten Aktionen müßten breit verstanden werden, populär sein, um nicht in die Isolation der Guerilla zu führen und hätten zum Ziel, die Bewegung weiterzubringen oder bestehende gesellschaftliche Widersprüche zuzuspitzen.

Gleichzeitig legen sie interne Diskussions- und Entwicklungsprozesse offen: Genoss/inn/en der RZ hätten die RZ verlassen, begründet zum einen mit der zu großen Diskrepanz zwischen politischem

Handeln und persönlicher Befreiung diktiert von den Bedingungen der Klandestinität, andere stellten die politische Effizienz ihrer bewaffneten Praxis in Frage.

In der Auseinandersetzung mit diesen Positionen überprüfen sie, inwieweit das Selbstverständnis und die Ziele, mit denen sie 8 Jahre zuvor angetreten waren, umgesetzt werden konnten bzw. worden sind. Die Fixierung auf die Bewegung, die aus der 68er Revolte hervorgegangen war, als Transmissionsriemen zwischen der Guerilla und den Massen habe sich als Fehler erwiesen. Mit dem Zerfall und der Zersplitterung der legalen Linken sei der Versuch gescheitert, ein Verhältnis von illegaler militanter und legaler Politik zu schaffen, das einander ergänzt und voranbringt. Sie kritisierten, daß in ihrer Praxis benennbare konkrete Zielsetzungen in den Hintergrund (gerieten), während das Argument, es ging um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. Kontinuität entwickelten wir nicht am einzelnen Fall-, sondern anhand der Tatsache, daß es von Zeit zu Zeit und hier wie dort überhaupt mal wieder brannte und krachte. Den endgültigen Bruch mit dem Teil der legalen Linken, auf die sich die RZ vor allem bezogen hatte, vollzog sich dann im Herbst 1977.

Trotzdem hielten sie an der Notwendigkeit bewaffneter Politik fest, entschieden sich für die Fortsetzung ihrer Politik und setzten auf die hoffnungsvolle Verquickung von Massenmilitanz und subversiven Aktionsformen in der neuen Jugendbewegung.

In dem Text Das Ende unserer Politik stellen die RZ im Januar 1992 allerdings fest, daß diese Hoffnungen sich nicht erfüllt haben: Dennoch wurden wir in diesen Jahren für die autonomen HäuserkämpferInnen mehr zum Mythos-, als zum Teil ihrer eigenen Kämpfe. Wir hatten kaum Verbindungen mehr zu den neuen Generationen der HausbesetzerInnen und den Jugendbewegungen, außer in der abstrakten Form gelegentlicher bewaffneter Unterstützung.

In der breiten Militanz der neuen Bewegungen im Häuserkampf, der Anti-AKW-Bewegung, der Anti-Kriegsbewegung oder im Kampf gegen die Startbahn West manifestiert sich zwar ein von der RZ immer geforderter (und geförderter) Bruch mit den Grenzen der Legalität, die politische Kontinuität und Organisation, die Transformation dieser oft spontanen Militanz zur Aufnahme des bewaffneten Kampfes, entwickelt sich jedoch nicht. Im Gegenteil wurde im Verlauf der 80er Jahre innerhalb der Linksradiakalen zunehmend kritisiert, daß militante Aktionen Randalen politisches Handeln ersetzen, sich in ihnen Wut oder Verzweiflung entlud, die ohne Perspektive blieben.

Die Fehler und Versäumnisse, die die RZ im Revolutionären Zorn Nr. 6 benennen, haben viel Ähnlichkeit mit dem Text Das Ende unserer Politik

auch hier wird die linke Szene als falscher Adressat ihrer Politik benannt, die in sie gesetzten Hoffnungen auf legale und illegale Zusammenarbeit und Vermittlung erfüllen sich nicht. Der neue Versuch Anfang der 80er Jahre, mit den Autonomen statt der Spontis als Bezugspunkte, endete in der gleichen Sackgasse.

In dem folgenden Teil des Revolutionären Zorn Nr. 6 arbeiteten die Revolutionären Zellen die Bedingungen und Ziele heraus, an denen sie ihre Politik bestimmten

In dem Text Jedes Herz ist eine Zeitbombe untersuchen die Frauen der RZ (oder die Rote Zora?) die Strukturen der weltweiten Unterdrückung von Frauen, die Möglichkeiten einer revolutionären Intervention und zeichnen die Entwicklung der Frauenbewegung in der BRD seit ihren Anfängen nach.

Mit der Forderung Antimperialistischer Kampf bleibt notwendig! verweisen die RZ auf das existierende Wissen um das System der weltweiten imperialistischen Machtstrukturen, die

herausragende Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF) bei der Ausbeutung der 3. Welt und dem Profitieren der bundesdeutschen auch linken Bevölkerung an dieser Ausbeutung.

Im Zusammenhang mit der sich entwickelnden Anti-Kriegs- bzw. Friedensbewegung greifen sie das Verhältnis zwischen der BRD und den USA auf und wandten sich gegen die Einschätzung der BRD als US-Kolonie (siehe auch: Kapitel 8 Beethoven gegen MacDonalds).

Am 26. September 1980 waren bei einem neonazistischen Anschlag auf dem Oktoberfest in München 13 Menschen getötet und 200 verletzt worden. Die Revolutionären Zellen stellen in ihrem Text Fragen zu den Hintergründen und den Nutznießern des Anschlags und untersuchen Hinweise auf eine Zusammenarbeit von Staatsschutz und Neonazis.

Die Aktionen, die diesem Revolutionären Zorn zugeordnet sind, umfassen das ganze Spektrum ihrer politischen Bezugspunkte

gegen Verantwortliche für Stadtsanierungen (Sozialdezernent von Mainz, Leiter des Liegenschaftsamtes Frankfurt), gegen die Neue Heimat und die Wohnungsbaukreditanstalt in Berlin.

Anschläge zur Unterstützung von Gefangenen und gegen die Ausländerbehörde Frankfurt sowie das Fraunhofer-Institut in Duisburg als Denkfabrik für die Umstrukturierung der BRD hier insbesondere des Ruhrgebietes unter die Ziele der Herrschenden.

internationalistische Aktionen gegen das Konsulat von El Salvador und das türkische Generalkonsulat, sowie Anschläge gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung, die Firma MAN, die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Computerfirmen SCS und MPB und das Institut für Genetik in Köln als Institutionen und Unternehmen, die die Ausbeutung der 3. Welt planen und umsetzen.

anlässlich des Weltwirtschaftsgipfels in Bonn 1985 griffen die RZ die Deutsche Bank, den Gesamtverband der Metallindustrie und die Farbwerke Hoechst an, die Rote Zora legte einen Sprengsatz bei der Firma Siemens in Isernhagen.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 719 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 6 Januar 1981

Wir stimmen mit der Bewegung 2. Juni darin überein, daß wir eine Populäre Guerilla wollen! Eine Guerilla, deren Aktionen verstanden werden, die die Sympathie des Volkes genießt und die perspektivisch breit unterstützt wird, ohne deshalb opportunistisch zu werden. Prinzip unserer Aktionen ist es deshalb, daß sie ausgehen von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, an denen wir beteiligt sind, daß sie an den dort geführten politischen Auseinandersetzungen anknüpfen, daß sie unter der Fragestellung bringen sie die Bewegung weiter bzw. verschärfen sie die Widersprüche eindeutig bestimmbar sein müssen.

Orientieren wir unsere Aktionen nicht an dieser Maxime, führen sie in die Isolation und tragen zum Entsolidarisierungsprozeß bei. Auch deshalb ist es für uns wichtig, entsprechend unseren persönlichen Möglichkeiten in legalen Gruppen mitzuarbeiten. Gerade dadurch erhalten wir die Rückkoppelung unserer Aktionen, können wir Fehler in unserer Einschätzung korrigieren und unsere Politik nach außen vertreten.

Darüberhinaus gibt es Aktionen, die primär aus unseren eigenen Zusammenhängen bestimmt sind, z.B. Geldbeschaffung oder auf einer anderen Ebene die Bestrafung von besonders schweinischen Richtern und Zwangsverteidigern, um Gefangene zu schützen.

Angriffe gegen zentrale staatliche Institutionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich

wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen, mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen nicht in irgendeiner militärischen Etappe um einen militärischen Sieg! Wir bezeichnen dies als Defensivstrategie wengleich der Kampf für uns durchaus offensiv sein kann. Angesichts der immer schneller voranschreitenden Zerstörung unserer Lebensgrundlagen geht es erst einmal darum, den Wahnsinn zu behindern, vielleicht zu stoppen (z.B. beim Atomprogramm). Es gilt, Aktionsmöglichkeiten zu finden, die Teil der Lösung des Problems sind (konkret z.B. den Bau eines AKWs zu behindern), aber auch ein Schritt weiter um die Köpfe der Menschen. Auf dem Weg dorthin wird jedoch nur eine kämpfende Linke Anziehungspunkt für die deklassierten Teile des Volkes sein können, nicht eine sozialarbeiterische, die objektiv nur neue Formen der Staatsloyalität erschließt. Wir müssen in unseren Aktionen an der Unzufriedenheit, der Wut, der vermeintlichen Ohnmacht der Menschen ansetzen. Viele von ihnen haben schon längst im Herzen mit diesem Staat gebrochen, trauen sich nur keine eigenen Schritte zu. Dies kann z.B. heißen, die kleinen Feinde des Volkes (Werkschützer, Meister, Ärzte, Wohnungsmakler, Hausbesitzer, Bullen, Ämterbürokraten usw.) nicht nur propagandistisch, sondern ganz persönlich anzugreifen und ihnen ihr Handwerk zu legen. Protest ist, wenn ich sage

das und das paßt mir nicht. Widerstand ist, wenn ich dafür Sorge, daß das, was mir nicht paßt, nicht länger geschieht. (Ulrike 19681)

Das heißt, nicht nur darüber zu informieren und zu lamentieren, wieviele Betriebe am Atomgeschäft beteiligt sind, sondern auch dafür zu sorgen, daß hin und wieder einer davon in Schutt und Asche fällt. Dies muß auch heißen, daß mal eine Baumaschine, ein Abrißkran, ein Konstruktionsbüro oder ein Materiallager in Flammen aufgeht. Das Land gehört den Landbesitzern. Warum? Wegen der Magie. Die Leute beten die Urkunden in den Regierungsbüros an und sie würden niemals wagen, ein Stück Land zu beanspruchen, solange die Urkunden sagen, daß es jemandem gehört. Das ist ein Headtrip, Mann! eine Art Magie und du mußt die gegensätzliche Magie anwenden, um den Bann zu lösen. Du mußt Schockbehandlung anwenden, um die Kommandokette aufzubrechen und zu desorganisieren, jene vom Verstand geschmiedeten Handschellen. Die Menschen müssen außer sich geraten, bevor sie zu ihren Sinnen kommen können. Sie können die Erde nicht mehr fühlen, nicht berühren, nicht

riechen, Mann, solange die Fesseln in ihrem eigenen Gehirn sie davon abhalten zu erkennen, daß die Erde niemandem gehört. Wenn dir der Begriff Magie nicht paßt, nenn es Gegenkonditionierung. Den Trip, den die Gesellschaft uns angedreht hat, heißt es durch unseren eigenen Trip abzulösen. (Illuminatus2).

legal illegal scheißegal

heißt die Parole, die ein neues Bewußtsein von Recht und Unrecht auslöst. Dazu gehört Klauen, Plündern, Schwarzfahren, Häuserbesetzen, Volksstrom benutzen, Krankfeiern. Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. Kampfformen, die die Herrschenden treffen, ihnen schaden, sie lächerlich machen, Strukturen aufdecken und lahmlegen, sind Schritte organisierten Handelns. Eine in diesem Sinne linksradikale Politik beinhaltet die Überzeugung, daß eine gesellschaftliche Veränderung in der BRD auch hier über ein revolutionäres Subjekt zustandegebracht wird. Es ist gerade die Funktion der Guerilla, bei der Entwicklung dieses Subjektes mitzuwirken. Die Guerilla schafft es, diesem Kampf durch ihre über den Massenwiderstand hinausgehende Organisation eine Kontinuität zu verleihen, ihn immer wieder zu eskalieren oder auch zurückzunehmen, durch eigenen Initiativen das Kampfniveau zu heben, neue Kampfformen, Kampfziele anzubieten, immer größere Teile des Volkes in diesen Kampf einzubinden .

Wer sich nicht in Gefahr begibt, kommt darin um!

Wir haben im Revolutionären Zorn Nr. 4 gesagt

Bei Strafe des Untergangs bleibt dem legalen Widerstand in der BRD heute nur eines

die Praxis und die Technik des verdeckten Kampfes sich massenhaft so schnell wie möglich anzueignen. Wir sehen nach drei weiteren Jahren Schmidtscher³ Führung diese These bestätigt. Überall dort, wo linke Gruppen den Rahmen des Debattierklubs verlassen, tatsächlich den vorprogrammierten Ablauf verzögern, schlägt die Staatsgewalt zu. So geschehen zuletzt bei der Gorleben-Räumung, am 6. Mai in Bremen⁴ und in einer Reihe von Städten beim Häuserkampf. Es wurde überall dort deutlich ist die Bewegung nicht in der Lage, die Taktik des Kampfes zu ändern, verharrt sie (wie z.B. in der Reihe Brokdorf Grohnde Kalkar) auf der Ebene der offenen massenhaften Konfrontation mit den Bullen, scheitert sie an deren militärischen Überlegenheit. Deshalb gilt es, die Technik des bewaffneten Kampfes zu erlernen. Die Entwicklung illegaler Kampfformen wird oft mißverstanden. Es handelt sich hierbei um eine Methode, die viele Abstufungen kennt und dadurch massenhaft nachmachbar ist. Es ist eine Ebene des Kampfes, auf der die notwendigen politischen und militärischen Erfahrungen gemacht werden können, auf der man/frau sich selbst kennenlernen kann, auf der aber auch die Entscheidung getroffen werden kann, diesen Kampf bewaffnet zu führen. Das heißt zunächst ganz praktisch

die Aneignung von Wissen z.B. über den Bau und die Funktionsweise von Brand- und Sprengsätzen. Über das Fälschen von Papieren aller Art, über die Herstellung und Verbreitung der eigenen Propaganda (Zeitung, Flugblätter, Sender). Das bedeutet das strikte Einhalten von Sicherheitsmaßnahmen zum Selbstschutz (beim Quatschen, bei Treffen). Und schließlich den Aufbau eines logistischen Rahmens, der über die momentanen Anforderungen hinausgeht (Materialdepots, Untertauchmöglichkeiten). Es ist gefährlich, ohne dieses Wissen loszuziehen, irgendeine Aktion zu machen und zu hoffen, daß alles gutgeht.

Zur Frage

wie sich organisieren

Wir meinen nicht, daß es richtig ist, die militanten Genoss/innen aus allen möglichen Bereichen herauszuziehen und gesondert zu organisieren. Vielmehr geht es gerade darum, in möglichst vielen Bereichen diese Kampfformen innerhalb der bestehenden Gruppen zu erlernen und anzuwenden. Dies bedeutet schließlich auch die Parole

Schafft viele revolutionäre Zellen

Sie ist politisch richtig, weil sie auf Autonomie, Eigeninitiative und Verankerung baut und sie ist aus Gründen der Sicherheit richtig, weil nur eine Organisation, die auf selbständig operierenden Gruppen basiert, in diesem Überwachungsstaat die Chance hat, nicht aufgerollt und zerschlagen zu werden.

Viva 8 Jahre RZ!

Woran arbeiten Sie? wurde Herr K.

gefragt. Herr K. antwortete

Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor. (Brecht)

Wir wissen, daß es für uns keine Garantie gibt, die gesteckten Ziele zu erreichen. Wir wissen aber auch, daß es in Anbetracht aller Ängste, aller Schwierigkeiten, aller Widersprüche für die Unterdrückten keine andere Möglichkeit zum Leben gab und geben wird, als zu kämpfen. Zu kämpfen mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen. Und das sind beileibe nicht nur die militärischen, aber ohne sie haben wir keine Chance ! Was bringt's ?, die beliebte Frage der Null-Bock-Einbringer, hat das optimistische alles verändert sich, wenn du es veränderst längst abgelöst. Das buchhalterische Abwägen von Kosten/Nutzen wird zum handlungsbestimmenden oder besser handlungsverhindernden politischen Bekenntnis. Da kommt die Versichertenmentalität derjenigen zum Vorschein, die aufgrund ihres langen Marsches durch die Institutionen oder zu sich selbst allemal mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Sicherlich müssen alle, die die Entscheidung für unsere Art zu kämpfen oder ähnliche Kampfformen unterstützen und entwickeln wollen, neben dem allgemeinen Für und Wider auch ihre persönlichen Lebensbedingungen berücksichtigen. Nur sollten bei diesem Abwägen zwei Punkte beachtet werden

1. Mein Leben gehört nur mir allein. Aber es wird nicht von mir bestimmt, die Lebensbedingungen bestimmen andere. Den Kampf um meine Selbstbestimmung führe ich mit anderen. Ich kann ihn auch nur gemeinsam mit anderen gewinnen. Deshalb kann ich auch die Frage des Nutzens meines Handelns nicht allein von mir her bestimmen. Selbstverständlich hat sich für mich ganz persönlich der Kampf nicht gelohnt, wenn ich dabei sterbe. Selbstverständlich lohnen sich viele Jahre Knast aufgrund einer schiefgegangenen Aktion nicht. Die Frage nach dem Nutzen läßt sich nur dann richtig beantworten, wenn ich dabei das Ergebnis für den gemeinsamen Kampf sehe und berücksichtige. 2. Die inhaltlichen Schwerpunkte dieses Kampfes um meine Selbstbestimmungen setzen andere. Es ist eben nicht so, daß uns der Staat in Ruhe ließe, wenn wir ihn ließen. Die AKWs werden gebaut, wenn wir das nicht verhindern. Unsere Stadtviertel werden wegsaniert, wenn wir uns nicht dagegen wehren. Die Ausplünderung der 3. Welt führt zu Verteilungskriegen und weiterer Verelendung des größten Teils der Erdbevölkerung, wenn wir mit unserem Kampf gegen den Imperialismus hier bei uns nicht endlich ernstmachen. Nein, nicht einmal der Olivenanbau in Griechenland garantiert ein gesichertes Überleben. Indem wir die Vereinzelung des Einzelnen in der kollektiven revolutionären Praxis aufzuheben versuchen, werden sowohl die objektiven Bedingungen, als auch das Verhalten der Menschen untereinander verändert. Wir durchbrechen den Teufelskreis, in dem sich die zerstörerischen

Bedingungen in der Selbstzerstörung bzw. gegenseitiger Zerstörung des Einzelnen fortsetzen und sich somit neu immer neu stabilisieren.

Der Wind dreht sich die Zeichen stehen auf Sturm

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Guerilla jeden Fehler doppelt und dreifach bezahlt. Jeder Irrtum, der ihr unterläuft, jede Entscheidung für eine falsche Aktionsform schlägt auf sie zurück und zwar in einem Maße, daß es ihre politische und organisatorische Existenz bedroht. Eigene Unzulänglichkeiten Unachtsamkeit, Großspurigkeit, Eitelkeit, Selbstüberschätzung können schnell zu Fallstricken eines Zusammenhangs werden, der klandestin agiert. Schon kurze Momente von Gedankenlosigkeit, von Unaufmerksamkeit, von mangelnder Konzentration genügen, um sich den Bullen preiszugeben. Unerfahrenheit oder die Kehrseite Routine, übertriebene Vorsicht wie überhebliche Selbstsicherheit können der Grund sein, daß man unbewußt die eigene oder die Sicherheit, das Leben, die Gesundheit anderer Militanter riskiert. Da sich bewaffnete Politik nicht in Planspielen durchexerzieren läßt, sondern sich immer und unmittelbar in der Konfrontation mit der Realität bewähren muß, ist es ein Kampf auf des Messers Schneide.

Wir haben in der Vergangenheit Fehler gemacht und dafür einstecken müssen. Daß wir uns deshalb seit einiger Zeit zurückgezogen haben, ist nicht nur dem BKA nicht entgangen. Es ist jedoch Propaganda der Bullen, wenn sie sich heute hinstellen und behaupten, sie wären uns mit ihren Computern, mit Rasterfahndung und Spezialeinheiten auf die Schliche gekommen. Sie brauchen diese Lüge, nicht nur um sich selbst und der ganzen Welt gegenüber den Aufwand zu legitimieren, den sie betreiben, sondern vor allem, um zu demonstrieren

ein Konzept bewaffneten Widerstands, der sich in autonomen Kernen organisiert, hat in den Metropolen keine Chance. Es verfängt sich über kurz oder lang in den Netzen, die der sozialtechnokratische Überwachungsstaat ausgeworfen hat. Keine Frage, die Technologie politischer Kontrollen, die sie in den 70er Jahren als Waffe gegen den realen wie den potentiellen inneren Feind geschmiedet haben, hat die Bedingungen der Organisierung von Illegalität verändert, hat sie zunächst erschwert. Aber sie hat bestehende Ansätze weder zunichte noch ihre Verbreitung unmöglich gemacht. Selbst das dichteste Netz besteht bekanntlich aus Löchern. Nein, die Rückschläge, die wir erlitten haben, brauchen sich die Bullen wahrlich nicht als ihre Erfolge ans Revers zu heften. Sie sind vielmehr dem Umstand geschuldet, daß wir in diesem Land begonnen haben, in dem selbst die historische Realität eines bewaffneten Antifaschismus dem Vergessen preisgegeben wurde, weil nicht sein kann, was nicht sein darf; in dem es galt und gilt, bewaffneten Widerstand erstmal denkbar und praktizierbar zu machen. Mangelnde Erfahrung sowie unsere eigenen Unzulänglichkeiten als Subjekte, die ihre Identität und Freiheit im Kampf um ein menschenwürdiges Leben aufgehoben sehen und doch zugleich als Kinder dieser jämmerlichen Gesellschaft mit ihrem Dreck behaftet sind, waren in den zurückliegenden Jahren immer auch eine Quelle von Fehlern, die den Bullen ihre Arbeit erleichtert haben. Die Fähigkeit zu Selbstkritik, der Mut, scheinbare Sicherheiten und Selbstverständlichkeiten immer wieder in Frage zu stellen, also Leben statt Erstarrung sind deshalb grundlegende Bedingungen eigenen Überlebens.

Nicht zuletzt deshalb zielte der Angriff jener antiterroristischen Kreise, die sich hinter dem geläuterten Horst Mahler⁵ und einem reuigen Hans-Joachim Klein verschanzen, auch darauf, die Guerilla auf das Gleis der Dementis zu zwingen und ihr um jeden Preis die Ebene der Kritik und Selbstkritik zu verbauen. Von Leuten, für die am Anfang der Rückkehr in die Menschlichkeit⁶ die Wiederherstellung des Dialogs mit der Macht steht, kann man schlecht erwarten, daß sie im gleichen Atemzug die ernstgemeinte Auseinandersetzung mit den subersiven Teilen der Bewegung suchen. Sie können die Realität bewaffneten Widerstands nur denunziatorisch bewältigen. Die Anekdoten aus der Unterwelt, die Gerüchte, die widerlichen Phantasien und Projektionen, der ganze Dreck, der dort gleich

kübelweise ausgeschüttet wird, zeichnet nicht nur ein Bild von der Menschlichkeit, die sie meinen. Daß mit der Heftigkeit zur Sache gegangen wird, verrät zugleich das politische Kalkül des Angriffs. Die Behauptung eigendynamischer Entwicklungen innerhalb der Guerilla, die sich quasi mit Naturgewalt hinter ihrem Rücken Geltung verschaffen, zielt darauf, Lernprozesse überhaupt zu verhindern. Wenn der einzelne Militante wie die Gruppe als ganze immer nur Opfer übermächtiger Strukturen sind, kann Erfahrung nichts anderes als Selbstbetrug sein. Weil sich diese ehemaligen Häuptlinge der APO der Aufgabe verschrieben haben, alles zu bekämpfen, was sich nicht in die tugendhaften Pfade der Re-Institutionalisierung und Selbstgettosierung der Bewegung in den Alternativen einzwängen lassen will, ist ihnen schon die Fähigkeit der Selbstkritik ein Dorn im Auge. Sie wissen: nicht daß man Fehler macht, ist der Fehler, sondern, daß man sie nicht beizeiten erkennt. Eigene Fehler zu begreifen, beinhaltet auch immer die Möglichkeit, gestärkt aus den Rückschlägen hervorzugehen. Die Vermittlung von Erfahrungen in die Bewegungen hinein, heißt zugleich, daß sie in kommenden Auseinandersetzungen Ausgangspunkt eines Schrittes nach vorn werden können. Das ist der Grund, warum wir diese Zeitung machen. Wir wollen Erfahrungen weitergeben an Gruppen, an Genoss/inn/en, die ihre eigene Praxis in der Kontinuität autonomen Widerstandes definieren, die begriffen haben, daß der revolutionäre Kampf viele Gesichter hat und die willkürliche Trennung von legalen und illegalen Aktionsformen nur eine Erfindung von Leuten ist, die uns ein Faustpfand aus der Hand nehmen wollen. Dabei lassen wir uns bewußt nicht auf die Ebene der Diskussion ein, wie sie uns aus Westberlin und Frankfurt⁷ oft genug vorgegeben worden ist. Wer darauf hofft, sollte nicht weiterlesen. Dementis können nicht das Mittel sein, mit dem Linke ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen. Wir haben uns lange genug mit dem falschen Adressaten beschäftigt, nicht nur, weil wir fälscherweise das, was diese Szene mit Hilfe der von ihr kontrollierten Meinungskonzerne (ID, Pflasterstrand, TAZ) verbreitet hat, mit dem Stand und der Tendenz der Bewegung insgesamt verwechselt haben, sondern auch, weil wir den Anpassungsprozeß von Leuten nicht wahrhaben wollten, mit denen uns wichtige Etappen in der Geschichte der Revolte verbinden. Daß wir darüber auf einem Auge blind geworden sind für neue Ansätze von Subversivität, für andere militante Kerne, die sich fernab von dieser Scene und davon unberührt gebildet und ausgebreitet haben, sollte ihr einziger Erfolg gewesen ein.

Die Kritik aus der Guerilla an die Guerilla

Verläßt jemand ein Komitee, eine Bürgerinitiative, so wird darum in der Regel kein Aufhebens gemacht. Und selbst wer sich auf Zeit oder Dauer auf sein gutbürgerliches Altenteil zurückzieht, kann mit wohlwollendem Verständnis rechnen. Wegbleiben als eine Form der Vermittlung politischer Entscheidung ist gang und gäbe. Wo früher Maos Thesen gegen den Liberalismus⁸ diskutiert wurden, ist heute gewissermaßen als Antizipation des Kommunismus Marx'⁹ jeder nach seinen Bedürfnissen in die gute Stube eingezogen. Darin eine Rückeroberung individueller Freiheit gegen fremdbestimmten Inventionismus von annodunnemal zu sehen, dazu bedarf es allerdings einer guten Portion Gehirnakrobatik. Was Beliebigkeit und Unverbindlichkeit bestenfalls signalisieren, ist ein erschreckendes Maß an Gleichgültigkeit, ist die Auflösung von Solidarität. Dennoch mißt dieselbe Linke, die für sich Freizügigkeit beansprucht und entsprechend lax miteinander verkehrt, mit zweierlei Maß, wenn sie den bewaffneten Gruppen ihre Dissidenten unter die Nase reibt. Das Recht auf Fehler scheint ein Privileg derer, die nicht einmal mehr Fehler machten. Der Austritt auf der Guerilla dient als Bestätigung der eigenen Abgrenzung, der Aussteiger wird funktionalisiert als Personifizierung der eigenen Vorbehalte. Wenn er will, kann er Triumphe feiern, weil er den scheinbaren Niedergang des bewaffneten Kampfes repräsentiert. Wir haben mehr als einmal gesagt, daß die Entscheidung für die Guerilla nicht unwiderruflich sein kann. Würden wir die RZ als den Zwangsverband zusammenschustern, als der er denunziert wird, wären wir allemal längst aufgerieben. Unsere Stärke ist die Identität jedes einzelnen. Ohne den Willen, etwas zu tun, wird sich nichts tun.

Subjektivität und das beinhaltet auch Freiwilligkeit ist die treibende Kraft des Ganzen und nicht etwa autoritärer Druck, Terror nach innen oder gar Erpressung.

Unsere Krise der letzten Jahre hat sich am sichtbarsten gerade darin niedergeschlagen, daß einzelne Militante den RZ den Rücken gekehrt haben. Nicht Leute wie Klein, die ihren Abgang in Szene setzen mußten, sondern Genoss/inn/en, für die einstige Perspektiven fragwürdig geworden waren, denen die Folgen eigenen Handels über den Kopf gewachsen sind, die in die Mühle der inneren Widersprüche geraten sind und davon überrollt zu werden drohten. Jeder dieser Austritte hat einen erheblichen Rückschlag bedeutet

politisch, weil jede/r Genoss/in weniger uns objektiv schwächt, zumal die Entwicklung illegaler Strukturen noch in den Kinderschuhen steckt; emotional, weil die Zeit und die Bedingungen der gemeinsamen Organisierung Beziehungen zwischen den Mitgliedern einer Gruppe entstehen lassen, die nicht von einem Tag auf den anderen zu ersetzen sind; moralisch, weil jede Trennung zugleich eine grundsätzliche Infragestellung beinhaltet, die den Rest in den eigenen Überzeugungen verunsichert. Die Einwände eines Menschen, mit dem man über Jahre gemeinsam gekämpft hat und der plötzlich eine Sackgasse sieht, wo man selbst meint auf dem richtigen Weg zu sein, lassen sich nicht ad acta legen, als wäre nichts geschehen. Die Kritik an der Guerilla aus der Guerilla hat ein eigenes Gewicht. Sie bedeutet immer auch, daß wir noch weit entfernt davon sind, interne Widersprüche als Moment der Entwicklung zu handhaben, anstatt von ihnen aufgefressen zu werden. Wir wollen uns im folgenden vor allem an zwei Positionen orientieren, die innerhalb dieser Diskussionsprozesse eine Rolle gespielt haben. Von der einen Seite wurde gesagt, daß zwischen der radikalen Zielsetzung bewaffneten Widerstands und seiner tagtäglichen Realität ein Bruch bestehe. Während der Kampf im Zusammenhang der bewaffneten Gruppen immer auch als Prozess der Befreiung zum selbstbewußten Menschen beschrieben worden sei, diktieren die Regeln der Klandestinität den Militanten eine Lebensweise, die eben diesen Prozeß blockiert. Die subjektive Radikalisierung scheitert an den realen Sachzwängen. Damit entfällt aber ein Moment, das wir selbst zur absoluten Maxime erhoben hätten. Wenn die Kollektivität nicht entsteht, die entscheidenden Rückhalt dafür bildet, daß sich der einzelnen in diesem Kampf riskiert, wird die Guerilla auf Dauer ihre Militanten verschleifen.

Die zweite Position stellt die behauptete Effizienz der Politik der RZ in Frage. Jede unserer Aktionen habe lediglich die Bedingungen der nachfolgenden Aktionen erschwert, bis schließlich gar nichts mehr gehe. Bewaffneter Widerstand sei zwar legitim, weil jeder das Recht hat, auf die Zerstörung seiner Lebensbedingungen durch die kapitalistischen Produktions- und Machtverhältnisse mit dem Bedürfnis nach Destruktion zu reagieren.

Man bleibt entweder terrorisiert oder wird selbst terroristisch (Sartre)¹⁰

Aber dieser Widerstand habe keine Perspektive von Sieg. Es sei Selbstbetrug, wenn die Guerilla ihrer Praxis den Anstrich von Strategie verleiht. Deshalb kann jeder nur mit sich selbst abmachen, ob er die persönlichen Folgen eines insgesamt aussichtslosen Kampfes in Kauf zu nehmen bereit ist oder sich lieber der andauernden Unterdrückung und Erniedrigung zu entziehen versucht, indem er sich einen Platz in einem der Reservate der Alternativkultur sichert.

Zersetzung macht stark

Haben also doch all diejenigen recht, die schon seit langem unken, daß es sich bei der Darstellung der Guerilla eher um eine harmonisierende Legendenbildung als um Realität handelt? Sind die zitierten Positionen nicht beredtes Zeugnis dafür, daß die Guerilla lediglich am eigenen Mythos bastelt, um ihre innere Aufweichung zu kaschieren?

Wir bleiben dabei

NEIN. Dennoch hat es in unserer Geschichte Erfahrungen gegeben, die Frage der Individualität im Kampf um die Erneuerung der Gesellschaft ebenso wie das Problem der politischen Wirksamkeit einer Praxis bewaffneten Kampfes anders weniger glatt, weniger unangreifbar zu diskutieren. Es scheint eine verkehrte Relation zwischen der tatsächlichen Stärke von Bewegungen und ihren jeweiligen Zielprojektionen zu geben. Je weniger greifbar die Zukunft ist, desto plastischer wird sie ideell vorweggenommen. Wo sich Resignation breitmacht, wuchern gleichzeitig wilde Phantasien von einer befreiten Gesellschaft. Die Parallelität zwischen realem politischen Bedeutungsverlust und der Hochkonjunktur alternativer Lebensentwürfe ist frappierend. Ob damit auch um politische Glaubwürdigkeit im Volk gewetteifert wird, sei dahingestellt. Vorrang hat sicherlich der Wunsch, sich im kleinen schon jetzt und unmittelbar zu nehmen, was man machtpolitisch weder kurz- noch langfristig je zu kriegen scheint. In dem Bemühen, jene konstruktiven Modelle einer nachrevolutionären Periode zu entwerfen und diese womöglich schon heute in Taschenformat zu leben, ist jedoch eine Bestimmung des historischen Prozesses unter den Teppich gekehrt worden, die für das Selbstverständnis der autonomen Linken ursprünglich fundamental war: daß Revolution Zersetzung heißt, daß sich der Bruch mit der Gesellschaft in der radikalen Negation der kapitalistischen Verwertung im umfassenden Sinne vollzieht.

Die erste positive Zielsetzung ist die Negation des Bestehenden (Marcuse)¹¹

Das Warenverhältnis hat die Verkehrsformen der bürgerlichen Gesellschaft, ihre Einrichtungen, ihre Technologien, ihre Moral derart durchtränkt, daß ein Kompromiß ausgeschlossen ist.

Wiederaneignung ist gleichbedeutend mit Verweigerung, mit Sabotage, mit Destruktion, während Konstruktivität, Vermittlung, Institutionen Attribute der Macht sind. Es galt als Zeichen der Stärke, daß sich die Linke nicht hat zwingen lassen, ihre Wünsche und Träume in festgeschriebene Programme umzumünzen, die als Produkte des kolonisierten Kopfes lediglich Zeugnis der zugerichteten Engstirnigkeit und Verkümmern hätten sein können. Die Aufforderung zur Produktivität Kritik solle, bitte schön, doch auch mal positiv sein wurde belächelt und zurückgewiesen als Versuch, uns die Flügel schon bei den ersten Flugversuchen zu stutzen. Die Autonomie der Bewegung basierte darauf, daß sie destruktiv war; das Verlangen nach einem konstruktiven Beitrag galt als reformistisch, als Initiative von oben, um die neuen Impulse einzusacken und zum Motor kapitalistischer Entwicklung umzuformen. Nicht zufällig wurde macht kaputt was euch kaputt macht zur perspektivischen Losung: Die Hoffnung auf eine abstrakte Zukunft realisierte sich in notorischer Feindseligkeit gegen die greifbare und daher angreifbare Gegenwart. Gegen die Totalität der Macht gibt es nur ein Mittel die totale Verweigerung. Das radikale Bedürfnis nach Freiheit kann sich nur als militantes Bedürfnis gegen den herrschenden Machtkomplex wirklich Luft verschaffen. (Dutschke).¹² Dieser Begriff von Revolution als Zersetzungsprozeß richtet sich gleichermaßen gegen das Individuum selbst, das die als falsch begriffene Welt attackiert, um wieder Geschichte zu werden. Die Unfähigkeit zum Kompromiß mit der Gesellschaft spart den Menschen nicht aus, der als Kind eben jeder Gesellschaft immer auch ihr Opfer ist. Er kann zu dem, was er ist, nur durch die radikale Negation dessen werden, was aus ihm gemacht worden ist. Identitätsfindung heißt, die Nabelschnüre zur eigenen Herkunft zu kappen; heißt, mit den kompensatorischen Gegenleistungen zu brechen, die diese Gesellschaft aufzubieten hat; heißt, entschiedene Zurückweisung von sozialer Anerkennung, von Belohnung und Bereicherung, von falschen Sicherheiten, von fremdbestimmter Bedürfnisbefriedigung, von Teilhabe an den unteren Gliederungen des Machtgefüges.

Die Radikalisierung der eigenen Person geht zunächst einmal damit einher, daß einem sämtliche Felle davonschwimmen. Wer den bestellten Boden aus guten Gründen verläßt, kann dennoch nicht darauf vertrauen, daß er unmittelbar und sofort gepflügtes Neuland betritt.

Die Attraktivität der Alternativbewegung bestand zum guten Teil darin, daß sie so tut, als verwirkliche sich der Bruch mit der Gesellschaft in der Herstellung einer neuen Positivität. Statt an

der Revolution festzuhalten, bietet sie ihren Anhängern einen Hort der Zuflucht, worin vermeintliche Negation des Alten und Entwurf des Neuen eine beschauliche Synthese eingehen. Ihr Versprechen auf einen radikalen Wandel der Lebensverhältnisse löst sie durch kontinuierliche Andersartigkeit ein, als wäre es mit der Reduktion der Differenz auf's Etikett bereits getan. Das vage Gefühl der Unzufriedenheit kanalisiert sie, indem sie modelliert, wie es besser sein könnte. Sie spannt die Austeiger in ihre Zukunftsprojekte ein, ohne ihnen eine Chance zu lassen, Rache zu üben für die erlittene Ausbeutung, Erniedrigung, Beleidigung und Unterdrückung, indem man die Verhältnisse zerstört, worin man der Gestoßene war. Der Verzicht auf Rache, dem keine Revolution vorausging, bedeutet, daß man die Unterdrücker gewähren läßt, wenn man sich ihnen durch Flucht entziehen kann. (Pohrt).¹³ Indem sich die Alternativen als Fluchthelfer des sich radikalierenden Individuums anbieten, reproduzieren sie jedoch exakt die Verhältnisse, denen ihre Mitglieder eigentlich zu entkommen versuchten. Die Normen der Andersartigkeit sind nur Variaten der herrschenden Regeln. Nicht umsonst wird heute von den Geschäftsführern¹⁴ der Alternativbewegung gewarnt, die die Leistungsgesellschaft hinten herum wieder einführen, nicht umsonst spekulieren einige ihrer Wortführer auf finanzielle Unterstützung aus der Staatskassen, wenn sie die entlastende Funktion der Alternativprojekte für den Arbeitsmarkt ebenso anpreisen, wie die dort realisierte Herausbildung eines neuen Produzententyps; nicht umsonst feiern Selbstaubeutung und Unterwerfung unter die Gesetze der Ökonomie gerade dort fröhliche Urstände, wo sie in einem verbalen Kraftakt für null und nichtig erklärt worden waren. Sachzwänge bleiben Sachzwänge, auch wenn ihnen das Wörtchen Alternativ vorangestellt wird. Um Mißverständnissen vorzubeugen: nicht, daß die Umwälzung des Alltagslebens schon heute beansprucht wird, greifen wir an. Wofür aber dieser Anspruch verabsolutiert und losgelöst wird von der prinzipiellen Feindseligkeit gegen die kapitalistische Kultur, wo der Rückzug auf die gettoisierte Selbstgefälligkeit als allein seligmachende Alternative zum militanten Angriff gegen den herrschenden Machtblock gehandelt wird, bleibt unter'm Strich bestenfalls die lebensreformerische Marotte des radikalisierten Individuums, das auf halber Strecke stehen bleibt und in Zukunft seine Kaputtheit auf Kosten des noch Schwächeren kultivieren und tätscheln wird. Die Guerilla braucht sich diesen Vorwurf nicht machen zu lassen. Sie hat an dem Zusammenhang zwischen revolutionärem Kampf und Wiederaneignung von Identität festgehalten, als allerorten der Marsch zum Rückzug in die Kleingruppe und die abgeschottete Innerlichkeit geblasen wurde. Dennoch ist die Proklamation des neuen Menschen durch die Guerilla nicht frei von einem ähnlichen Mechanismus. Wo sich im Grunde erstmal ein Meer von Unsicherheiten, von Infragestellung und Absage auftut, wird dem sogleich die harmonisierende Version eines kämpfenden Kollektivs übergestülpt, dessen Militante allein schon durch die Entscheidung für den bewaffneten Widerstand alle Attribute des zukünftigen Mitglieds einer befreiten Gesellschaft auf sich vereinigen. Gleichsam als Entschädigung für den äußeren Druck wird die vollzogene Befreiung in den Binnenstrukturen suggeriert. Der emanzipierte Kämpfer, der frei von Leistungsdruck, Konkurrenz und Aggressivität liebevoll und zärtlich mit seinesgleichen verkehrt, ist das uneingelöste Versprechen, das die Guerilla gibt, um den inneren Schweinehund totzukriegen, der den entgangenen Privilegien einer bürgerlichen Existenz nachtrauert. Obwohl der negatorische Prozeß noch in vollem Gange ist, wird schon wieder an der Herstellung einer positiven Alternative gestrickt, damit der Sturz nicht allzu tief ist. Daß so Helden gezeugt und Gräben zur legalen Linken gezogen werden, ist nur die eine Seite. Die Person des Kämpfers wird so sehr ins Unvorstellbare transzendiert, daß die eigene Existenz zu einem Häufchen Elend verkümmert und man/frau besser Reißaus nimmt. Zugleich funktioniert die Proklamation des Subjekts nach innen als Selbstansporn: wenn sich die objektiven Bedingungen verschlechtern, muß das revolutionäre Individuum die Kastanien aus dem Feuer holen. Für Zweifel ist keine Zeit. Innere Widersprüche sind ein Hemmschuh in der Erfüllung der Verantwortung für die Geschichte. Der Wille des Einzelnen wird zum ausschließlichen Motor gesellschaftlicher Dynamik, koste es, was es wolle. Und es kostet: selbst die ständige Beteuerung, daß sich in der Guerilla der neue Mensch verwirklicht, kann auf Dauer nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich dabei um einen

widersprüchlichen, um einen schmerzlichen Prozeß handelt. Wird dieser Prozeß negiert, werden falsche Hoffnungen geweckt und genährt, deren Nichteinlösung allmählich an die Substanz geht. Was in der oben skizzierten Kritik an der RZ auch zum Ausdruck kommt, ist die enttäuschte Erwartung, daß die Entscheidung für den bewaffneten Kampf entlohnt wird, sei es nur in Form des sichtbaren politischen Erfolgs, sei es als Wiederherstellung der verlorengegangenen Menschlichkeit in den eigenen Reihen und zwar hier und heute.

Gemessen an den landläufigen Vorstellungen hat der Alltag eines Guerilleros wenig Heroisches. Im Gegenteil: seine Entscheidung nötigt dem Militanten ein Doppelleben auf, das voller Widersprüchlichkeiten steckt. Seine sichtbare Identität ist nicht immer seine wirkliche Identität und seine wirkliche Identität unterliegt dem Vorbehalt, möglichst nicht sichtbar zu werden. Wo sich die Guerilla als Organisation in dem strukturellen Widerspruch bewegt zwischen der politischen Notwendigkeit, sich zu öffnen, um Teil der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu sein (und zu bleiben) und dem taktischen Zwang, sich abzuschotten, um sich vor Unterwanderung und Aufdeckung zu schützen, steht der Einzelne in dem Konflikt, die Radikalität seiner Entscheidung tagtäglich leben zu wollen und sich andererseits aus Gründen der Abschirmung immer wieder zurücknehmen zu müssen. Obwohl sich der illegale Zusammenhang aufgrund seiner eigenen Logik nicht mit Halbheiten zufrieden geben darf, sondern um Offenheit, Initiative und vorbehaltlose Solidarität kämpfen muß, kommen die tatsächlichen Bedingungen von Klandestinität und Illegalität der Entwicklung derartiger Verhaltensweisen immer wieder in die Quere. Kollektivität besteht oft nur in dem Bewußtsein, Gruppe zu sein und weniger in der erfahrbaren, fühlbaren Praxis. Dies umso mehr, als die direkten Aktionen nur einen verschwindend geringen Anteil an der generellen Praxis der Organisierung von bewaffnetem Widerstand haben. Es wäre naiv, die Guerilla auf die Momente ihrer praktischen Wirksamkeit reduzieren zu wollen, auch wenn sie sich erst darin verwirklicht. Und alle Mystifikationen und Idealisierungen, jegliches Flair von Abenteuerlust, müssen verblassen vor dem Hintergrund der tatsächlichen Relationen. Jede Intervention beruht auf einer Reihe von Vorarbeiten Bewegungen, Qualifikationen, Untersuchungen, Absicherungen, die für sich selbst genommen in den seltensten Fällen den globalen Ansprüchen genügen. Es ist als isolierte Tätigkeit wahrlich nichts Revolutionäres, einen Transport zu machen oder Informationen zu sammeln oder eine Unterkunft zu organisieren oder Kilometer um Kilometer zu fressen, zu warten und wieder und wieder miteinander zu diskutieren, auch wenn jede dieser Aktivitäten unverzichtbares Glied einer ganzen Kette von Voraussetzungen ist, ohne deren Bewerkstelligung wir vielleicht einzelne Aktionen zustande gebracht, aber mit Sicherheit nicht eine gewisse Kontinuität bewaffneten Widerstandes gewährleistet hätten.

Keine Frage, die Widersprüche, die aus der Entscheidung für den bewaffneten Kampf folgen, zehren an der Identität. Die notwendige Zurücknahme der eigenen Person hier, die geforderte und doch nur ungenügend beanspruchte Totalität dort hinterläßt das Gefühl der Zerissenheit. Und dennoch wäre es eine Illusion zu hoffen, diese Widersprüche wären nach der einen oder anderen Seite hin befriedigend auflösbar, statt Kontrast gäbe es Harmonie. Ihnen entgehen kann nur, wer den Rückzug antritt und damit Widersprüche ganz anderer Qualität auf sich lädt: nämlich, statt gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu kämpfen, von ihnen zu profitieren, statt Feind der herrschenden Verhältnisse plötzlich deren Nutznießer zu sein. Widersprüche bewußt aushalten, sie flexibel zu handhaben und sie nicht leugnen oder verdrängen, kann hingegen ein Moment der Stärke, der Kraft werden. Sie sind unmittelbarer Ausdruck jenes Zersetzungsprozesses, den gerade der Metropolenmensch auf sich nehmen muß. Daß dieser Prozeß schmerzlich ist, ist klar. Er ist Konsequenz der Situation des Revolutionärs in den Zentren, wo die Entwicklung von Radikalität einer Gratwanderung gleicht. Stets auf der Kippe zur Kumpanei mit der Macht, ist er darauf angewiesen, unerbittlich gegen sich selbst zu sein, an seiner Moral festzuhalten und alle Strukturen von Macht, die sich in ihn hinein verlängern, energisch zu bekämpfen. Wer Angst kennt bzw. sich eingesteht, weiß was gemeint ist, weiß, daß die Überwindung von Angst ein gewaltiger Akt der Befreiung ist, der nicht nur das Handeln, sondern

auch das Denken aus der Umklammerung fremder Infiltration löst. Zu Recht kritisiert die AUTONOMIE, daß sowohl in der Legitimation der unbedingten Militanz als auch in der großen Geste der Ohnmacht, die sich selbst gewaltfrei nennt, Fragmente von Angst in Politik übersetzt werden. So wirkt Herrschaft selbst in den Köpfen derer nach, die eben diese Herrschaft doch mit ihrer ganzen Person durchbrechen wollten. Und wo die Erzeugung von Ohnmacht, die Demonstration der eigenen Nichtigkeit nicht ausreicht, treten andere Mechanismen auf den Plan, die diese Gesellschaft nach wie vor zusammenhalten. Die Rückversicherungstrategien, die den Marsch durch die Institutionen ebenso begleiten wie den Rückzug in die alternative Subkultur, sind ein Beleg dafür, daß die Kompensation- und Korruptionsangebote der Gesellschaft selbst unter gestandenen Linken noch lange nicht ihre Wirkung verloren haben. Wer kennt nicht den Lehrer, der sich für den Schulstress statt mit einer Bombe mit einer mehrwöchigen Erholungsreise auf den Spuren des europäischen Kolonialismus revanchiert, um sie dem nachsetzenden neokolonialen Massentourismus zu erschliessen; oder den genervten Sozialarbeiter, der Stück für Stück seine einstige Sperrmüllkultur durch skandinavisches Teak plus compact disc ersetzt und auf diese Weise doppelt reinfällt, anstatt sich gegen seine Funktionalisierung als Sozialkontrolleur zur Wehr zu setzen; oder den Prediger des biologischen Anbaus, der erst Befreiung durch Armut im selbstgewählten Reservat versprochen hat und nun die Früchte des Verzichts ernten will, indem er die menschlichen Beziehungen zu seinem eigenen Vorteil erneut kommerzialisiert. Konsum, Karriere, Prestige, Geld sind Verlockungen der Macht, die den Menschen an den globalen Schuldzusammenhang imperialistischer Strategie ketten sollen, deren Gegenpol auf Vernichtungskriegen, Hungersnöten, unsäglicher Armut basiert. Wenn wir sagen, daß Freiheit nur möglich ist in der Entscheidung gegen das herrschende System, so schließt das auch Kompromißlosigkeit gegenüber den verinnerlichten Gewaltverhältnissen ein. Befreiung ist immer auch Kampf gegen die Unterwanderung des Subjekts durch die Macht, die den Menschen bis in das Innerste seiner physischen und psychischen Strukturen geformt und deformiert hat. Das vorweggenommene Reich der Freiheit, das die Guerilla sein wollte, bleibt erst einmal ein harmonisierendes Zukunftsgemälde. Vor uns liegt ein langer Weg der Zersetzung, der Destruktion, des wirklichen Bruchs mit der Gesellschaft, auf dem jeder Versuch des frühzeitigen Glättens eher ein Schritt zurück, als einen Schritt voran bedeutet.

Es sollte klar sein, daß mit so verstandener Befreiung weder individuelle Kraftmeierei noch ein gruppeninterner, quasi therapeutischer Akt gemeint sein kann. Wenn wir Kampf sagen, so ist Befreiung implizit als Element sozialer Prozesse definiert. Und das schließt die ständige Wechselwirkung zwischen kämpfender Gruppe und Massenbewegung ein. Nur im gegenseitigen Austausch kann die Persönlichkeit des revolutionären Militanten Gestalt annehmen, die mit der Vielfalt der Wirklichkeit noch vermittelt ist. Wo dieser innere Kontakt wegfällt, läuft die Guerilla Gefahr, daß sie den sich befreienden Menschen schnell zum reinen Kämpfer verselbständigt und die moralische Identität, die sie sich aneignet, unhistorisch bleibt und sich auf den inneren Gruppenzusammenhang beschränkt. (Roth)

Der Ausstieg einzelner Genoss/inn/en aus den RZ erklärt sich auch aus diesem Zusammenhang. Nicht zufällig entsteht die Kritik unter den Eindruck des deutschen Herbstes 1977, der ja nicht nur eine Demonstration des tatsächlichen Gewaltpotentials deutscher Rechtsstaatlichkeit war, sondern zugleich den drohenden Bruch zwischen Massenbewegung und bewaffneten Gruppen endgültig zu besiegeln schien. Signale waren allerdings schon lange gesetzt:

Denunziation und Ausgrenzung

Mit Denunziation und Ausgrenzung hatte die Linke von wenigen Ausnahmen abgesehen auf die ersten Aktionen der RAF reagiert, obwohl sich in ihnen wenigstens anfangs vor allem ihr eigenes Dilemma widerspiegelte

was sollte der Phase moralischen Protests folgen, dessen politische Kraft sich abgenutzt hatte? Daß Ulrike durch Verrat aus den Reihen der nunmehr verbeamteten Linken (Rodewald¹⁵) ans Messer geliefert werden konnte, ohne daß es zum Eklat kam, eindrucksvoller hätte sich der moralische Verfall nicht inszenieren lassen. Selbst die Solidarität mit den Opfern, die erst den Tod von Holger Meins¹⁶ brauchte, um von der Wirklichkeit der Isolationsfolter in BRD-Knästen überzeugt zu sein, stand auf tönernen Füßen; schon einen Tag später in Berlin war der Richter Drenkmann¹⁷ erschossen worden erwies sich, was sie auch war, nämlich Instrument der Spaltung. Und als schließlich auch noch die radikale Frankfurter Spontiscene¹⁸ nach dem Tod von Ulrike 1976 entsetzt vor dem zurückschrak, was ihre eigene Militanz zur Folge haben könnte, drehte sie den Spieß kurzerhand um und münzte ihre Niederlage in einen Generalaufwasch mit den bewaffneten Gruppen um

Wir fordern sie von hier aus auf, Schluß zu machen mit dem Todestrip, runterzukommen von ihrer bewaffneten Selbstisolation, die Bomben wegzulegen und die Steine und einen Widerstand, der ein anderes Leben meint, wieder aufzunehmen. (Joschka Fischer¹⁹ 1976). Wo die Fürsprecher eines so verstandenen Widerstandes mittlerweile geendet sind, ist bekannt. Mit Steinen, die zum Werfen gedacht waren, Frieden sie heute ihr anderes Leben ein.

Vom solidarisch gemeinten Appell bis zur versuchten Erpressung war es nicht mehr weit. Im Herbst 1977 formierte sich, was bis dahin noch Tendenz war, zur gnadenlosen Offensive gegen den Terrorismus. Es schien, als würde sich diese Linke unter dem Klima der Hemmungslosigkeit selbst die letzten Skrupel vom Halse schaffen. Die Ventile waren geöffnet, endlich konnte man sich ungezügelt Luft verschaffen. Da krochen einstige SPD'ler, die die Früchte des großen Runs auf die akademischen Planstellen nicht leichtfertig auf's Spiel setzen wollten, gleich scharenweise vor dem staatlichen Gewaltanspruch zu Kreuze und boten sich der Obrigkeit an, in die Bewegung zurückzukehren, um die Wurzeln der Subversivität von unten aufzurollen. Da häuften sich die erbärmlichen Gesten der Untertänigkeit, wurden Ergebnisadressen und Loyalitätsbekundungen gleich zu Hauf produziert, galt der Kniefall vor der Staatsgewalt als Zeichen der Humanität angesichts des Schrecken, den der Versuch der Gefangenenbefreiung verbreitete. Kaum einer, der um seinen Ruf zu fürchten brauchte, wenn er wie selbstverständlich zur politischen Isolierung oder gar persönlichen Denunziation der Organisationen und Militanten des bewaffneten Widerstands anstiftete. Nicht nur der Lange Marsch²⁰ sah sich in dieser Situation (und danach) berufen, aus dem Innern der Linken heraus eine ihrer Fraktionen zum Abschluß freizugeben und sich zum Teil des staatlichen Programms der Terroristenvernichtung zu erklären. Herbst 1977 die letzten Schranken, wenn schon nicht der Solidarität, so doch der moralischen Integrität waren gefallen. Die Kluft zwischen der legalen Linken und den bewaffneten Gruppen war unversöhnlich geworden, der politische Bruch schlug in unverholene Feindseligkeit um. Es ist nicht an uns, den Anteil der legalen Linken an dieser Entwicklung aufzuzeigen. Die notwendige Selbstbesinnung ist sie sich selbst wie anderen schuldig geblieben.

Herbst 1977 Bruch zwischen der legalen und bewaffneten Linken

Wir selbst nahmen die Herausforderung an und erklärten, nicht länger Teil dieser Linken zu sein. Wir vollzogen den Bruch, indem wir über die Verkommenheit des Legalismus herfielen und uns in der absoluten Notwendigkeit des beschleunigten Aufbaus illegaler Strukturen bestärkt sahen. Der Wirksamkeit anderer Formen des Widerstands als der des bewaffneten Kampfes schien angesichts der Toten von Stammheim jeglicher Boden entzogen zu sein. Daß wir uns mit dieser Verarbeitung des Geschehens selbst den Boden unter den Füßen wegziehen würden, daß wir im Begriff waren, Guerilla als eine von vielen Methoden des politischen Kampfes zu verabsolutieren, ist uns erst geraume Zeit später bewußt geworden. Denn in der Anerkennung des endgültigen Bruches zwischen legaler Linken und bewaffneten Gruppen lag zugleich das Eingeständnis des vorläufigen Scheiterns eines Konzeptes,

in dem das Verhältnis zu den autonomen Bewegungen, zu den Massenkämpfen, zu den legalen politischen Kernen von Beginn an einen zentralen Stellenwert hatte. Die entstandene Kluft war auch ein Signal, daß wir uns mehr und mehr an den realen Prozessen vorbeigemogelt hatten und an Ideen und Hoffnungen festhielten, die durch den tatsächlichen Verlauf der 70iger Jahre zur Fiktion geworden waren.

1973, als eine Revolutionäre Zelle erstmals namentlich Verantwortung für Aktionen übernahm, hatten wir uns am Ausgangspunkt eines neuen Aufschwungs von Massenbewegungen geglaubt, die die verschiedenen Sektoren der Gesellschaft erfassen würde. Anzeichen gab es zur Genüge

die Streikwelle, die auf Fabriken wie Hoesch, Mannesmann, John Deere, Klöckner usw. überschwappte, signalisierte eine für deutsche Verhältnisse neue Qualität in den Kampfzielen und -formen, an den Fabriken der Kölner Ford-Werke kristallisierten sich die Umrisse einer sich autonom organisierenden, multinationalen Arbeiterklasse heraus. Gleichzeitig gäbe es in den Stadtteilen. Die Jugendbewegung hatte mit dem Kampf für selbstverwaltete Jugendzentren wieder ein verbindendes politisches Motiv gefunden, das bis in die kleinsten Provinzstädte widerhallte. In den Hausbesetzungen kam der radikale Wille zum Durchbruch, sich tatsächlich zu nehmen, was wir brauchten. Mit dem Schwarzfahren, dem Ladenklau, dem Krankfeiern wurden andere Formen des Widerstandes als eminent politisch entdeckt, die bis dahin lediglich privaten Charakter hatten. Zur gleichen Zeit entwickelte sich im rasanten Tempo mit der Frauenbewegung eine neue gesellschaftliche Kraft, die vor 1975 in der Kampagne gegen den § 218 ihren Höhepunkt als überregionale Bewegung erlebte. Und nicht nur die nationalen, sondern auch die internationalen Geschehnisse in der ersten Hälfte des Jahrzehnts gaben Anlaß zu Optimismus. Vietnam, Kambodscha, Griechenland, Angola, Mosambik, Spanien, Portugal stehen in dieser Periode als Namen für eine siegreiche Perspektive antiimperialistischer oder antifaschistischer Befreiungsbewegungen. Selbst in Chile schien mit dem MIR eine politische/militärische Kraft heranzuwachsen, die stark genug sein würde, um die blutige Pinochet-Diktatur wieder zu stürzen. Diese Aussicht auf die bevorstehende Phase von Massenkämpfen neuen Inhalts koppelte sich mit unseren eigenen Erfahrungen. Wir wußten:

Politik innerhalb der Normen formaler Demokratie blieb ohnmächtige Politik. All jene Vorstellungen, die auf eine lange Phase von Aufklärung und Propaganda bauten, ohne gleichzeitig Aktionsebenen zu definieren, standen stets an der Schwelle zur Vereinnahmung.

Der repressive Staatsapparat hatte dazugelernt und war darauf eingerichtet, den Massenwiderstand in die Grenzen seiner Handlungsmöglichkeiten zu verweisen. Klandestinität war eine Basis gegen Repression.

Subjektivität, der Wille zum revolutionären Handeln, kann Berge versetzen.

Das Unvorstellbare galt nicht mehr. Die Praxis der RAF, aber auch etlicher anderer subversiver Kerne, hatte mit einem Tabu aufgeräumt, das in diesem Land eine lange Tradition hat. Die Organisation revolutionärer Gewalt gegen den totalitären Gewaltanspruch des Staates in allen seinen Formen war wieder richtig und möglich.

Vor diesem Hintergrund entstand ein Konzept bewaffneten Kampfes, in dem die Stärkung der Masseninitiative durch klandestin operierende, autonom und dezentral organisierte Gruppen der erste Schritt eines langwierigen Angriffs auf die Macht sein sollte. Was wir wollen, ist die Gegenmacht in kleinen Kernen organisieren, die autonom in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen arbeiten, kämpfen, intervenieren, schützen, die Teil von der politischen Massenarbeit sind. Wenn wir ganz viele Kerne sind, ist die Stoßrichtung für die Stadtguerilla als Massenperspektive geschaffen. (Revolutionärer Zorn Nr. 1).

Die Kriterien, denen eine solche Praxis unterlag, nämlich Orientierung an gesellschaftlichen Konflikten, Vermittelbarkeit von Aktionen, Nachmachbarkeit, Verteidigung erkämpften

Gegenmilius, zeigen, worum es uns schon damals ging: um das Bewußtsein der Menschen, um die Zerstörung des Gefühls der Ohnmacht, um Überwindung der Hoffnungslosigkeit, also um den Kampf gegen jene spezifische Form der Verelendung, wie sie für die Metropole charakteristisch ist. Rückblickend ist es leicht, hinter dieser Sorte von optimister Vorausschau auch Naivität gegenüber der tatsächliche Bewegung revolutionärer Prozesse zu vermuten. Unter dem Einfluß von Gruppen wie der Gauche Proletarienne²¹, The Black Panther Party²², den Tupamaros²³, der IRA²⁴, der ETA²⁵ und dem Schwarzen September²⁶, deren Stärke vor allem darauf beruht, daß sie sich auf ein zentrales, das Volk vereinigendes politisches Motiv berufen können, hatten wir sicherlich die Hindernisse unterschätzt, die der Herausbildung einer Massenguerilla im Wege standen. Und auch die Hoffnung, die Klassenbewegung wäre einmal ins Rollen gekommen aus sich heraus fähig zu Kontinuität, erwies sich als Illusion. Weder sollten sich die verschiedenen Bewegungen in jener Gradlinigkeit fortentwickeln, die wir unterstellt hatten, noch sprang aus der Initiative einer Handvoll Kämpfer der Funke über, der den Steppenbrand hätte entfachen sollen. Die Zeichen für die Vermassbarkeit illegaler Politik standen fürs erste schlecht.

Der Zerfall der Bewegung erwies sich als unaufhaltsam. Die sozialliberale Einkreisung der Jugendrevolte von oben zeigte erste Wirkung:

Während sie der Mehrheit der mittelständigen Schichten des Massenprotestes mittels Amnestie und Hochschulreform einen Weg zurück offengehalten hatten, um sich so langfristig deren Fähigkeiten zu sichern, präsentierte sie sich eine Etage tiefer von ihrer rüderen Seite. Mit Bullenrazzien und einstweiligen Verhaftungen machte sie allen verfrühten Hoffnungen darauf, daß die eroberten Freiräume (wie das Georg-von-Rauch-Haus)²⁷ schon Bastionen einer neuen Gesellschaft seien, ein rasches Ende. An die Stelle der radikalen Utopie, die Phantasie, Selbstbestimmung, Entschlossenheit bedeutet hatte, trat nüchterne Realpolitik, in deren Folge die Auflösung der Einheit der Bewegung ihre verklärende Bemäntelung erfuhr. Die neuen/alten Organisationen hatten sich zu Instrumenten des Angriffs auf die antiautoritären Inhalte und Verhaltensweisen der Revolte entwickelt, der Prolet war zur Waffe geworden, mit der Aufsässigkeit und Anpassungsverweigerung zurechtgewiesen wurden. Mit der rückwärtsgewandten Selbstproletarisierung des studentischen Teils der 68er-Generation waren Disziplin, Opferbereitschaft, Geduld ebenso in die Scene zurückgekehrt wie Monogamie und der FaM-gon-Schnitt. Die langfristigen Früchte mühseliger Aufbauarbeit wurden verrissen, während die Orientierung am unmittelbaren Erfolg, eine der entscheidenden Triebfedern der APO, als kleinbürgerlich denunziert wurde. Entdeckt war der Teilbereich, die Abteilung in der Fabrik, die Gewerkschaftsgruppe, der Straßenzug, eine Schule, ein Jugendheim, eine Obdachlosensiedlung. Aber über die Behauptung, daß es Widerstand nur durch seine Teilbereiche gibt, geriet in Vergessenheit, daß diese nur durch den gesamten Widerstand bestehen und überleben können. Der jeweilige Erfahrungsbereich wurde so zum Nabel der Welt, die selektive Wahrnehmung zum Fundus, aus dem die gesamte Weisheit gelöffelt wurde.

Natürlich können das nur grobe Kennlinien sein. Dennoch markieren sie eines: die objektive Entwicklung hatte einer Praxis bewaffneten Widerstands teilweise den Boden entzogen, der Bezugspunkt, der Adressat unserer Politik die Jugendrevolte hatte sich in die Basisprojekte aufgelöst und darüber fundamentale Elemente des ursprünglichen Selbstverständnisses preisgegeben, ein gemeinsamer Nenner, Voraussetzungen des inneren Kontaktes zwischen Guerilla und Bewegung, existierte nicht mehr. Für uns, die wir ungeachtet dessen an dem Ziel einer Massenguerilla festhielten, bedeutete dieser Prozeß zweierlei:

1. Mit der Zersplitterung der Bewegung reduzierte sich die Bedeutung gesellschaftlicher Konflikte, in denen die Linke präsent war, auf Auseinandersetzungen, die nur in den seltensten Fällen wenigstens lokale Ausmaße erreichten. Ob nun die Forderung nach einer Klimaanlage in einer Fabrik oder die Propaganda gegen ein Sanierungsprojekt in einem Stadtteil oder Ärger über einen besonders miesen Vermieter all diese Aktivitäten wurden nicht mehr als Teil eines Ganzen begriffen, sondern waren Ausdruck weitgehend isolierter und gruppenspezifischer Interessen. Da es hunderte solcher Konflikte

gab, mußten Aktionen zwangsläufig einen gewissen Grad an Beliebigkeit haben. Die typische Auseinandersetzung, innerhalb derer bewaffnete Politik ihre Funktionen und konkrete Wirksamkeit hätte faktisch unter Beweis stellen können, war eine leere Wunschvorstellung. Da theoretische Verpflichtung und praktische Möglichkeiten ohnehin in einem disproportionalen Verhältnis standen, stieg die Tendenz, auf symbolische Interventionen auszuweichen. Benennbare konkrete Zielsetzungen gerieten in den Hintergrund, während das Argument, es ging um den Nachweis, daß illegaler Widerstand in diesem Land überhaupt möglich ist, zunehmend an Gewicht gewann. Kontinuität entwickelten wir nicht am einzelnen Fall, sondern anhand der Tatsache, daß es von Zeit zu Zeit und hier wie dort überhaupt mal wieder brannte und krachte. Erschwerend wirkte sich aus, daß eine personelle Verbindung zu den verschiedensten Gruppen und Initiativen unter den gegebenen Bedingungen nahezu ausgeschlossen war, wir folglich mehr und mehr von Diskussionen abgeschnitten und auf indirekte Informationen, also Zeitungen, Flugblätter, Zuträger angewiesen waren, um die Objekte, die Zielrichtung, die Form und den Zeitpunkt von Aktionen zu bestimmen. Klar, daß sich damit das Risiko erhöhte, ungenau, abstrakt, unverständlich zu bleiben. Und selbst in den Fällen, wo Aktionen der Guerilla Erfolg hatten, wo sie auf Zustimmung und Sympathie stießen, also populär waren, zogen wir nur selten die richtigen Schlußfolgerungen. Fixiert auf eine nicht existente Einheit der Bewegung liefen wir dem falschen Adressaten hinterher, statt zu registrieren, in welchen Teilen der Gesellschaft bewaffnete Politik tatsächlich Hoffnungen und Kraft freisetzen konnte. Die einseitige Ausrichtung am Stand von Bewegungen, ohne gleichzeitig den sozialen Bezugspunkt der eigenen Praxis zu definieren, hatte zur Folge, daß wir die tatsächliche Bedeutung solcher Aktionen wie die gegen Kaufen, das Verteilen von Fahrscheinen und Sozialscheinen etc. nur selten angemessen zu werten wußten.

2. Als Folge dieser Schwierigkeiten wie aber auch als Kritik an dem Zerfall der Linken, der sich mit erschreckender Ignoranz und Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Prozessen paarte, die sich jenseits der eigenen Unmittelbarkeit durchsetzten, veränderte sich die Stoßrichtung unserer Aktionen. Statt sich an dem zu orientieren, was die Bewegungen machten, gingen wir dazu über, die Bewegungen an dem orientierten zu wollen, was wir für politisch brisant und notwendig hielten. Durch eine exemplarische Praxis sollten verlorengegangene Inhalte wieder ins Bewußtsein gerückt, frühere Gemeinsamkeiten wieder benannt werden. Die Kampagne gegen die Fahrpreiserhöhungen in verschiedenen Städten der BRD und Westberlin steht für den Versuch, die Linke dadurch zu remobilisieren, daß an alte Traditionen angeknüpft und zugleich die Möglichkeit der Wiederaufnahme dieser Traditionen mittels neuer, nämlich illegaler Methoden demonstriert wurde. Gleiches galt für die internationalistischen wie für die staatsfeindlichen Aktionen mit ihnen sollte jene antiimperialistische und antiinstitutionelle Dimension des Massenprotestes wieder in Erinnerung gerufen werden, die die Linke auf dem Marsch an die Basis weitgehend hinter sich gelassen hatte.

Mit der Veränderung der Stoßrichtung unserer Aktionen änderte sich unter der Hand auch das organisatorische Selbstverständnis. Wir begriffen uns zunehmend weniger als integrierter Teil einer Bewegung, ohne jedoch gleichzeitig zu reflektieren, daß wir uns unmerklich in der Rolle der selbsternannten Avantgarde wiederfanden. Die Enttäuschung über die Entwicklung der Linken verschaffte sich Raum in einem uneingestandenem globalen Führungsanspruch gegenüber eben dieser Linken. Das ursprüngliche Selbstverständnis endlich Subjekt sein zu wollen in diesem Kampf anstatt andere in den jeweiligen Bereichen agitieren zu müssen und können (Revolutionärer Zorn 1) geriet in den Hintergrund angesichts der als vordringlich empfundenen Aufgabe, die Kontinuität der Bewegung gerade in den Zeiten ihrer Zersplitterung aufrechtzuerhalten. Fortan ging es deshalb weniger darum, innerhalb der Aktivitäten der Linken zu wirken, als auf die Linke einzuwirken; in der Tendenz wurde die eigene Linie zur einzigen Linie, wurden die Aktionen zu Appellen, die Erklärungen zu Vorwürfen; aus Vielfalt drohte Unvereinbarkeit zu werden, aus Differenzen Gegensätzlichkeiten, aus unterschiedlichen Prioritäten Rangstufen in einer Hierarchie politischer Wertigkeit. So trugen die internen Prozesse aus sich heraus zu jener Auseinanderentwicklung von Bewegung und illegaler

Gruppe bei, die im Herbst 77 ihren einstweiligen Höhepunkt erreichte.

Gerade in einem Land wie der BRD einem Land mit ohnehin nur schwach entwickelter Klassen- und Massenbewegung kann ein solcher Auseinanderfall bedeuten, daß die Guerilla buchstäblich auf dem Trockenen sitzt. Zu keinem Zeitpunkt war die Kluft zwischen legaler und illegaler Linken größer und für die Herrschenden somit die Gelegenheit günstiger, der Guerilla mit integrativen wie repressiven Maßnahmen das Wasser abzugraben, das deren politische, moralische und logistische Existenzbedingung ist. Kein Wunder also, daß sich der heimliche Innenminister Herold²⁸ gerade in dieser Situation eines Kitson²⁹ erinnerte und einen neuen Akzent in der Terrorismus-Bekämpfung setzte: nun gelte es, das terroristische Umfeld lahmzulegen, den Sumpf auszutrocknen, um dann in einem zweiten Schritt die auf sich gestellten illegalen Kerne endgültig abzuräumen. Wir können hier nur bruchstückhaft beschreiben, in welche Sackgasse eine Gruppe zu geraten droht, die das Problem ihrer Basis vernachlässigt.

Als eine Tendenz innerhalb der Bewegung lebt die Guerilla vom wechselseitigen Austausch mit dieser und zwar in einem wesentlich umfassenderen Sinn als dem der bloßen materiellen Unterstützung. Die Basis in der Linken gibt dem Einzelnen den notwendigen moralischen Rückhalt, wie sie der Gruppe insgesamt erst ihren perspektivischen Zweck verleiht. Zerbricht dieser Zusammenhang, so reduziert sich der Kampf um ein menschenwürdiges Leben schnell auf einen Kampf um's nackte Überleben. Die Organisation, ursprünglich nur Mittel zum Zweck, rückt in den Mittelpunkt; ihrem Erhalt wird alles andere nachgeordnet:

(1) Die Sorgfalt und Verantwortung gegenüber jedem einzelnen Militanten werden dem Zwang zur Reproduktion geopfert. Durch persönlichen Einsatz muß er wettmachen, was die Struktur nicht mehr gewährleistet. Es mag paradox klingen, ist in der Tendenz aber dennoch real: bei dem Versuch zu überleben, geht die Gruppe das Risiko ein, ihre letzten Kräfte zu verschleifen.

(2) An die Stelle von Kontinuität, Zeichen der Stärke einer Guerilla, treten sporadische Anschläge oder das große Schweigen, da ihre Kräfte durch den Zwang zur Selbstversorgung zunehmend anderweitig gebunden sind. Das Dilemma gipfelt in der gleichermaßen falschen Alternative, daß politische Aktionen entweder gänzlich abgeblasen werden, um den Bestand der Gruppe zu sichern oder aber quasi als Ausgleich zur fehlenden Kontinuität das Spektakel gesucht wird.

(3) Obwohl die Lösung des Dilemmas wesentlich von der Überwindung des Bruchs mit der Bewegung abhängt, tendiert die Gruppe zum entgegengesetzten Extrem: sie sondert sich ab, nicht nur weil ihr nun die Zeit für den inneren Kontakt fehlt, sondern auch, weil sich aus der Not heraus der eigene Maßstab verschiebt. Alles, was läuft, wird daran gemessen, ob es der eigenen Gruppe zugute kommt oder nicht. Das linke Spektrum wird in zwei Lager geteilt: wer uns hilft, ist Freund; wer uns Unterstützung versagt, ein Gegner. Da sie über den eigenen Horizont kaum noch hinausschaut, verliert die Gruppe mit der Zeit den Sinn für tatsächliche politische Entwicklungen und damit überhaupt die Möglichkeit, ihre Isolierung zu überwinden. Die zwangsläufige Folge sind Ausweichmanöver:

die fehlende politische Unterstützung wird durch den Versuch einer technischen Spezialisierung ausgeglichen;

dem Verschleiß an Kräften folgt die Auflösung der autonomen und dezentralen Strukturen, um als zentralisierte Gruppe überhaupt noch handlungsfähig zu sein;

angewiesen auf Unterstützung geht die Gruppe Bündnisse ein und riskiert dabei den Verlust ihrer Autonomie, gerade weil sie in der Regel ein Produkt der Schwäche sind.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora
ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Revolutionärer Zorn Nr. 6 Januar 1981

Power gegen die Betonsargbauer

Die beschriebene Tendenz zum Auseinanderfallen von Bewegungen und Guerilla, die ihre Gründe sowohl in der Geschichte der deutschen Linken als auch in den besonderen Organisationsbedingungen selbst hat, wurde zusätzlich dadurch begünstigt, daß wir uns einem Problem gestellt haben, dem jede Guerilla verpflichtet ist dem Problem der Gefangenen. Nicht um der eigenen Reproduktion willen, wie behauptet worden ist, sondern weil wir eine moralische und politische Pflicht gegenüber den eingekerkerten Kämpfer/inne/n haben, deren Identitätsauslöschung durch Eliminierung aller sinnlich-konkreten Existenz Erfahrungen bis hin zur Liquidierung in den Trakts erklärtes Programm ist. Zwar ist eine Politik zum Scheitern verurteilt, die den Kampf gegen die Knäste und dessen spezifische Form, die Befreiung, als höchstes Ziel verabsolutiert, anstatt ihn als einen Aspekt im Spektrum des Widerstandes insgesamt zu führen. Dennoch sahen wir gerade Mitte der 70er Jahre (die Hungerstreiks drohten zu versanden, Holger Meins war tot, Erfahrungen, welchen Preis der Staat letztendlich verlangen würde, gab es für die BRD noch nicht) keine Alternative, wollten wir die Gefangenen nicht lediglich ihrem Schicksal in den Klauen der Gefängnisteknokratie überlassen, in einer Situation, in der die meisten zu sehr mit sich selbst beschäftigt waren, um sich noch sonderlich von den erschreckenden Nachrichten aus den Trakts beeindrucken zu lassen, in der verdrängt oder schon einmal als Propaganda abgetan wurde, was allen offiziellen Dementis zum Trotz dennoch bittere Wahrheit bleibt

daß in den neuen Gefängnissen Isolationsfolter als Instrument der Verhaltensmodifikation praktiziert wird. In einer solchen Situation konnte die Vermittlung zur Bewegung nicht uneingeschränktes Kriterium eigenen Handelns sein. Wollten wir nicht untätig zusehen, mußten wir uns bewußt in Widerspruch zu unseren sonstigen Vorstellungen setzen oder wie wir es damals nannten Es gibt aber auch einen Teil unserer Politik, den viele Genoss/inn/en nicht verstehen und nicht akzeptieren und den auch die Massen nicht verstehen und der sie vorläufig auch nicht interessieren wird. Wir halten ihn dennoch für richtig. (Revolutionärer Zorn 1) Sich dem Problem der Gefangenenbefreiung stellen, bedeutet zunächst, sich auf eine Praxis einzulassen, die einer anderen Logik und anderen Maßstäben folgt, als die Entwicklung einer erst in Ansätzen existenten Massenguerilla. Gefangenenbefreiung setzt die Bereitschaft und die Fähigkeit voraus, sich mit militärischen Mitteln auf die Ebene der machtpolitischen Konfrontation zu begeben; heißt, den Staat auf die Probe zu stellen, ihn dazu zu zwingen, Revolutionäre als Gesprächspartner anzuerkennen und sich ihren Forderungen zu beugen. Der Adressat einer derartigen Praxis sind die zentralen Machtinstanzen und erst in zweiter Linie die Menschen in diesem Land. In der Art und Weise, wie der Staat auf die ersten Keimformen eines bewaffneten Widerstandes in der BRD reagiert hat, nämlich mit dem Willen zur Vernichtung, mit Krieg, bekundete er zugleich seine Entschlossenheit, die bewaffneten Gruppen auf ein Terrain zu locken, auf dem sie kaum Erfahrungen hatten, auf dem sie wenigstens auf lange Sicht unterlegen sein mußten.

Daß der Versuch der Gefangenenbefreiung dennoch nicht zwangsläufig damit enden muß, daß die Guerilla auf das Gleis der Isolation gerät, daß er im Gegenteil ein befreiender Akt im doppelten Sinne sein kann, weil in seiner Konsequenz nicht nur Gefangene, sondern auch neue Energien, Hoffnungen und Orientierungen freigesetzt werden, dafür steht in der kurzen Geschichte westdeutscher Guerilla beispielhaft die Lorenz-Entführung. Ihr Erfolg besteht ja nur zum einen wenn auch wesentlichen Teil in der erzwungenen Freilassung von 7 Genoss/inn/en.³⁰ Gleichzeitig war sie immer auch eine praktische Demonstration dessen, daß man sich mit entsprechender Entschlossenheit, mit Mut und Phantasie, mit List und Witz sowie unter Ausnutzung bestimmter politischer Konstellationen die

tatsächlichen Kräfteverhältnisse punktuell auf den Kopf stellen und der staatlichen Gewalt, die von der Behauptung ihrer Unangreifbarkeit lebt, durch die Organisation revolutionärer Gegengewalt eine Schlappe beibringen kann, ohne in der Verfolgung des Ziels auf Mittel und Formen zurückgreifen zu müssen, die denen des Gegners allzu ähnlich sind, als daß in ihnen noch die Inhalte einer radikalen Utopie erkennbar wären. Und sie widerlegte all diejenigen, die das Verhältnis von legalen und illegalen Kämpfen in ein Korsett von Etappen zwingen, die das Niveau der Interventionen schematisch in Relation zum Entwicklungsstand der gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzungen diskutieren und damit drücken, für die kurzum im Grunde jede bewaffnete Aktion verfrüht ist. Gerade am Beispiel der Lorenz-Entführung gilt es zu begreifen, daß nicht das Niveau, der Level, über die Richtigkeit einer Aktion entscheidet, sondern die Frage, ob sie zielgerichtet ist, das heißt, ob sie sich Widersprüche innerhalb des Machtblocks zunutze macht, ohne den Staat derart in den Knie zwingen zu wollen, daß für einen Deal (und was anderes ist der Kern einer Gefangenenbefreiung ?) kein Raum mehr ist; ob sie in Inhalt und Form stimmt, also genau und deshalb nicht gegen die Guerilla umdrehbar ist, ob das Ende der Aktion gleichbedeutend mit dem Verlust der Initiative ist oder eine Gruppe noch zuzulegen hat, zumal der Machtapparat die Oberhand wieder zurückgewonnen hat. Die Alternative heißt nicht: Power oder kleine Brötchen, kleckern oder klotzen, sondern ob die Guerilla einem politischen oder militärischen Konzept folgt. Eben deshalb ließ sich die Lorenz-Entführung nicht dadurch kopieren, daß lediglich das Faustpfand heraufgesetzt wurde. Die Initiative zu behalten, meint auch und gerade, unberechenbar zu bleiben, neue Widersprüche auszunutzen, also den Staat zu überraschen und ihn nicht mit Modellen zu konfrontieren, die er bereits kennt und auf die er sich hat einstellen können.

Was schließlich zählt, ist der faktische Erfolg. Hätte die Lorenz-Entführung einen anderen Ausgang genommen, würde sie heute voraussichtlich in einer Reihe mit späteren, fehlgeschlagenen Befreiungsversuchen gehandelt. Es wäre allerdings auch zu einfach, diese Ausrichtung der Linken am Erfolg allein deren Opportunismus anzulasten.

Vielmehr ist es der Anspruch der Guerilla selbst, an dem so ihre Praxis gemessen wird. Wenn wir behaupten, eine Antwort darauf zu sein, wie gesellschaftlich insgesamt unterlegene Kräfte gleichwohl an einer Perspektive von Sieg festhalten können, so ist es müßig, darüber zu lamentieren, daß uns unsere Rückschläge vorgehalten werden. Die Hoffnung auf Sieg, und nicht die Bestärkung des Bewußtseins der eigenen Unterlegenheit, ist die Kraft, die die Herrschenden wirklich fürchten. Bleibt also die Frage, wie wir den Erfolg unserer bisherigen Praxis selbst bewerten. Wäre das Kriterium dafür das Ausmaß an tatsächlichen Niederlagen, die wir dem Staat bereitet haben, so könnten wir vorbehaltlos jener eingangs wiedergegebenen Kritik zustimmen, die der RZ ihre mangelnde Effizienz zum Vorwurf macht. In der Tat sind die messbaren Erfolge auf der Ebene der machtpolitischen Konfrontationen gering. Nur, daß wir diese Ebene bewußt auch kaum gesucht haben, weil wir zum jetzigen Zeitpunkt jeglichen Versuch des Kräftevergleichs für aussichtslos halten.

Unser Ziel ist und war die Verbreitung des bewaffneten Widerstandes, war und ist die Unterstützung eines Netzes autonomer Gruppen, die als bewaffnete Tendenz innerhalb der Bewegung in ihren Städten und Regionen aus sich heraus aktionsfähig sind, die dort mit den Methoden der Subversivität Widersprüche forcieren und auf den unteren Gliederungen des Machtgefüges intervenieren, die also das Handlungsarsenal der legalen Linken um ihre Möglichkeiten der Sabotage, der Bestrafung, der Gegenwehr, der Eroberung von Lebensmöglichkeiten erweitern. Es geht uns platt gesagt zunächst und vor allem um die Zersetzung des Fundamentes von Herrschaft, nämlich Ohnmacht, also um die Veränderung der Menschen und nicht darum den Staat zu kippen. Denn das Herz des Staates ist das Volk und sind nicht seine einzelnen Repräsentanten.

Ob wir in der Verfolgung dieses Zieles Fortschritte gemacht haben, läßt sich nur unzureichend bemessen, weil der Maßstab dafür weder die Anzahl der Aktionen noch der bewirkte materielle,

sondern der politische Schaden ist, der sich in einer langfristigen Verschiebung des Kräfteverhältnisses äußert. Und in dieser Hinsicht sind wir guter Dinge. Nicht umsonst kommt der Verfassungsschutz in seinem Jahresbericht zu dem Ergebnis, daß die Anzahl der Gruppen zugenommen habe, die aus der Illegalität heraus operierten. Nicht umsonst ist die Anschlagstafel seit dem Herbst 77 unvermindert fortgeschrieben worden, wo doch allgemein erwartet wurde, daß der Guerilla auf Dauer der Garaus bereitet worden sei. Nicht umsonst zeichnet sich in der neuen Jugendbewegung³¹ eine hoffnungsvolle Verquickung von Massenmilitanz und subversiven Aktionsformen ab. Sind dies nicht Anzeichen dafür, daß es gelungen ist, dem bewaffneten Widerstand eine wenn auch schmale Basis in diesem Land zu verschaffen? Dieser Tendenz werden wir mit Kräften Vorschub leisten.

Das ist eine Hoffnung, keine Erfolgsgarantie. Wer die fehlende unmittelbare Effizienz bemängelt, die sich am greifbaren Resultat bemißt, legt nicht nur eine andere Elle an als wir, sondern spekuliert darüber hinaus darauf, daß sich die persönliche Investition kurzfristig und individuell rentiert, begreift Widerstand als notwendiges Opfer und nicht als Lebensmöglichkeit innerhalb einer Kultur, deren Ideal die Ausschaltung alles Lebenden im weitesten Sinne ist. Das individuelle Risiko ist kein Tauschpfand, worauf sich die Früchte der Revolution einklagen lassen. Wenn wir uns gegen die kapitalistischen Bestimmungen des historischen Prozesses stemmen, so deshalb, weil wir damit die Möglichkeit einer Alternative verbinden. Eine Gewißheit haben wir ebenso wenig wie all die abertausende von Menschen vor uns, die im Kampf für ein menschenwürdiges Leben ins Exil vertrieben, eingelocht oder umgebracht worden sind, ohne ihr Ziel erreicht zu haben. Es gibt keine Notwendigkeit des Sieges der Revolution. Es ist eine Möglichkeit, eine Chance. Die kann scheitern und dann kann Barbarei herauskommen. Damit ist gemeint, daß die Geschichte eine offene Tendenz hat, wo also nichts sicher ist, sondern erst von uns sicher gemacht werden muß. (der frühe Rudi³²).

Jedes Herz ist eine Zeitbombe

Frauen haben zu jeder Zeit in bewaffneten Gruppen gekämpft, ihr Anteil am Kampf wurde aber meistens unterschlagen.

Aber die Zeiten ändern sich, inzwischen ist der Anteil der Frauen in der Guerilla so groß geworden, daß dieser Mechanismus nicht mehr funktioniert. Aufgehoben ist auch die Arbeitsteilung, daß Frauen die Aufgaben der Infrastruktur übernehmen, Männer die Aktionen machen.

Subversive Frauengruppen wie die Rote Zora gibt es zwar noch wenige, aber auch das wird sich ändern!

Wir wollen aber nicht nur eigene Aktionen machen, sondern auch unsere Sichtweise der versteinerten Verhältnisse, in denen wir leben müssen, beschreiben auch wenn uns dies nicht leicht fällt.

Klarheit wollen wir uns vor allem über zwei Punkte verschaffen:

1) Wie funktioniert der Mechanismus der imperialistischen Frauenunterdrückung hier und in den Ländern der 3. Welt? Bei dieser Frage mußten wir feststellen, daß Analysen des Imperialismus sich meist darauf beschränkten, die politischen, ökonomischen und militärischen Machtstrukturen des Imperialismus zu untersuchen, vernachlässigt wird die Analyse der Strategie gegenüber den Frauen hier und in der 3. Welt.

Uns reicht es nicht aus zu sagen: Aus der Analyse des Imperialismus ergibt sich das Angriffsziel Nato und indem wir Frauen die Nato angreifen, bekommt der Frauenkampf seine revolutionäre Stoßrichtung.

Der Befreiungskampf besteht bei dieser Sichtweise wieder nur im Angriff auf die zentralen Machtstrukturen des Imperialismus; die alltäglichen Gewaltverhältnisse, in denen Zerstörung, Unterdrückung und Ausbeutung erfahrbar wird, werden ausgeklammert. Für uns ist es auch ein Stück

Befreiung, ein Gefühl von Lebendigkeit und Stärke, wenn wir einem schweinischen Hausbesitzer oder seinen Handlangern, der Atommafia usw. ein bißchen Feuer unterm Arsch machen. Probleme haben wir damit, daß wir mehr wollen, als wir im Moment praktisch machen können.

Aber auch das wird sich ändern!!

Dazu kommt, daß die Aktionen gegen die Alltagsgewalt schon jetzt verständlich sind, zwar nicht von der Mehrheit, aber all denen, die sich das Gehirn nicht haben klauen lassen. Angriffe gegen zentrale/staatliche Machtstrukturen haben es da schwerer. Sie müssen genau geplant und überlegt werden, damit die politische Richtung klar wird.

Grundsätzlich denken wir, daß es nicht das Angriffsziel gibt, das den Staat kippen kann. Die Chance einer revolutionären Bewegung liegt vielmehr im Angriff auf die gesamten staatlich verordneten Lebensverhältnisse, der Angriff auf zentrale/staatliche Institutionen ist nur ein Teil davon. Es ist auch illusionär besser dogmatisch alle revolutionären Ansprüche in eine Aktion, ein Angriffsziel zu packen. Vielmehr ist die Organisierung einer Kontinuität in bewaffneten Gruppen der Weg, der eine Perspektive von Hoffnung und Sieg eröffnet.

Ein anderer Punkt, über den wir nachgedacht haben, ist die Frauenbewegung. Wir wollen genauer herausfinden, warum die Frauenbewegung ihre revolutionäre Sprengkraft verloren hat und ihren Weg in die neue Innerlichkeit gegangen ist.

Es gibt nicht den einen und reinen Frauenkampf, sondern viele Formen von Frauenkämpfen und in jedem einzelnen sind immer mehrere Elemente in Bewegung, neben der Geschlechterfrage die Klassenlage, die Nationalität, die konkrete Situation.

Auch wenn es heute in Vergessenheit geraten ist, hat die Anschauung des US-Rassismus der Frauenbewegung geholfen, ihre eigene Unterdrückung als Sexismus zu identifizieren.

Stokley Carmichael³³ hat einmal von der Bedeutung der Definitionen gesprochen.³⁴ Er hat dazu Alice im Wunderland³⁵ zitiert; in diesem Buch gibt es eine Diskussion zwischen Humpty Dumpty und Alice über Definitionen:

Wenn ich ein Wort verwende, sagte Humpty Dumpty, ziemlich von oben herab, dann hat es genau die Bedeutung, die ich ihm gebe. Nicht mehr und nicht weniger. Die Frage ist, sagt Alice, ob du den Wörtern die Bedeutung von so vielen verschiedenen Dingen geben kannst. Die Frage ist, sagte Humpty Dumpty, wer der Herr sein soll. Das ist alles.

Es ist tatsächlich die entscheidende Frage, wer der Herr sein soll. Schon, daß es unmöglich erscheint zu sagen, wer die Frau sein soll, zeigt, daß die weißen Herren es waren und sind, die den Menschen und Dingen ihre Bedeutung geben.

So ist die Geschichte Europas und Amerikas von weißen Männern geschrieben. Sie haben definiert, was die Farbigen und Frauen dieser Welt sind. Die Bedeutung, die sie sowohl Frauen als auch Farbigen gaben, war die von ungebildeten Naturwesen. Damit wurde die Herrschaft der weißen Männer legitimiert. Frauen und Farbige müssen zivilisiert werden, was nichts anderes heißt, als Zerstörung aller Formen eines eigenständigen Bewußtseins, das sich zum Beispiel in einer eigenen Geschichte und Kultur ausdrückt. Und wenn die Frauen und Farbigen die Segnungen der westlichen Männerkultur nicht akzeptieren wollten, sich wehrten, wurden sie erbarmungslos abgeschlachtet. So in Europa die Frauen zur Zeit der Hexenverfolgung und heute die Indianer in Südamerika.

Sexismus und Rassismus als integralen Bestandteil des patriarchalen Herrschaftssystems zu begreifen, verbleibt oft im Stadium des frommen Lippenbekenntnisses. So wird in den gängigen

Imperialismusanalysen der Sexismus als Herrschaft- und Spaltungsmittel kaum erwähnt. Wenn wir jetzt über Sexismus und als Teil davon über die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung schreiben, dann nicht, um uns als Frauen auch zu Wort zu melden, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß ohne die konkrete Untersuchung des Sexismus die Verhältnisse in der 3. Welt und in den Metropolen und auch die Frauenbewegung nicht begriffen werden können.

Die Frauenunterdrückung ist älter als der Kapitalismus, das ist nichts Neues. Eine ihrer Wurzeln liegt darin, daß die Fähigkeit der Frauen, Kinder zu bekommen, als eine Funktion ihrer Physiologie, ihrer

Natur gesehen wurde und wird. Kinder zu bekommen oder nicht, wird nicht als bewußter Akt verstanden als Interaktion mit der Natur sondern als Natur selber. Als bewußte Auseinandersetzung mit der Natur und damit als Arbeit werden nur die Tätigkeiten des Kopfes und der Hände gesehen und nicht die der Brust und des Uterus der Frau.

Diese Sichtweise hat auch die marxistische Theorie nicht aufgehoben. Entsprechend dieser Sichtweise wird mit der sogenannten biologischen Natur der Frau umgegangen wie mit einer Naturressource. Sie wird je nach ökonomischen Bedürfnissen unterschiedlich ausgebeutet. In der 3. Welt werden die Frauen zwangssterilisiert, in den Metropolen werden ihnen materielle Versprechungen gemacht, um sie zum Kinderkriegen zu animieren. Abtreibung wird als Massenmord bezeichnet. Das ökonomische Moment der Ausbeutung der Gebärfähigkeit der Frauen wird ergänzt durch das rassistische. Das Gejammer und Geschrei in den Medien über sinkende Geburtenzahlen und die Gefahr des Aussterbens des deutschen Volkes zeigt klar, um was es geht: Nur deutsche Frauen sollen Kinder gebären, Frauen aus der Türkei, Spanien, Griechenland usw. wird Verhütung und Sterilisation empfohlen oder sogar verordnet.

Aber auch das reicht den HERR-schenden noch nicht, die Forschungen auf dem Gebiet der Retortenbabies und Genmanipulationen signalisieren den Versuch, den Frauen endgültig die alleinige Verfügung über die Fähigkeit, Kinder zu gebären, zu entreißen.

Die ausbeuterische, nicht reziproke Beziehung zur Natur, nach der zuerst Frauen, später andere Klassen und Völker zu Natur gemacht wurden, ist das Charakteristikum aller männlichen Produktionsweisen einschließlich des Kapitalismus. Diese ausbeuterische Beziehung zur Natur hat uns heute nahe an die ökologische Katastrophe gebracht.

Hierauf aufbauend hat sich die geschlechtliche und rassistische Arbeitsteilung entwickelt, die die Produktionsverhältnisse gefestigt hat, in denen Zuckerrohrpflanzen und Reispflanzen keine Arbeit für Weiße, Hausarbeit keine Arbeit für Männer ist und wenn Frauen und Kinder geschlagen werden, so ist das keine Gewalt.

Diese Arbeitsteilung ist aber auch kein Überbauphänomen, sie gründet sich nicht auf falschen Ideen und Gedanken, die frau/mann nur erkennen muß, um sie dann zu verändern, sie ist ökonomische Grundlage der Überausbeutung durch den Kapitalismus.

In allen ernsthaften Imperialismusanalysen haben wir gelesen, daß es in der 3. Welt ein Nebeneinander von rückständigen, nur vorkapitalistischen Produktionsweisen und hochmonopolisierten gibt. Anhand der konkreten Entwicklung wurde herausgefunden, daß mit zunehmender kapitalistischer Entwicklung diese rückständigen Produktionsweisen nicht verschwinden. Genau das Gegenteil ist passiert, sie wurden und werden ständig neu produziert. Aufgefallen ist uns, daß das Problem der Heterogenität von Produktionsweisen fast nur für die 3. Welt untersucht wurde, in den Metropolen aber homogene Produktionsweisen angenommen werden.

Von der anderen Seite her gesehen verwundert auch, warum die Frage der Heterogenität für die erste Welt nicht gestellt wird. Hier herrschen angeblich nur homogene Produktionsverhältnisse. Diese Behauptung ist nicht nur eurozentristisch und kapitalismusverherrlichend ... sie ist auch sexistisch, weil sie verschleiert, ja geradezu leugnet, daß auch bei uns Arbeitskraft überausbeutet, also unter ihren Reproduktionskosten entlohnt wird, ja die Hälfte aller geleisteten Arbeitsstunden Hausarbeit überhaupt nicht entlohnt wird. (C. von Werlhoff³⁶).

Hier wird schon angesprochen, wer die nichtkapitalistischen Produzenten sind, die Waren nicht für Lohn produzieren,

es sind dies die Hausfrauen der ganzen Welt,

die Subsistenzbauern in der 3. Welt

männliche und weibliche Marginalisierte, vornehmlich in der 3. Welt.

Sie sind ist, die den Mehrwert realisieren, wie Rosa Luxemburg schreibt

Das Entscheidende ist, daß der Mehrwert weder durch Arbeiter noch durch Kapitalisten realisiert werden kann, sondern durch Gesellschaftsschichten, die selbst nichtkapitalistisch produzieren.

Uns ist an diesen Fakten klar geworden, daß Sexismus und Rassismus keine Sache des Kopfes, des falschen Bewußtseins ist, das sich durch Aufklärung und guten Willen verändern läßt. Es sind die ökonomischen Verhältnisse, die Sexismus und Rassismus immer wieder neu produzieren. Sie sind notwendig, damit Imperialismus überhaupt funktionieren kann. Daß sie auf der anderen Seite auch als politisches Instrument der Spaltung der Unterdrückten benutzt werden, spricht nicht dagegen. Imperialismus ist das Stadium des Kapitalismus, in dem die Rationalität der kapitalistischen Produktionsweise Menschen zu brauchen, um ihre Arbeitskraft ausbeuten zu können nur noch für wenige in der 3. Welt Geltung hat. Die Mehrheit der Menschen dort wird ausgepresst, ohne Rücksicht auf Gesundheit und Lebensdauer und wenn es zuviele sind, ist die Strategie

Vernichtung. Die Barbarei ist keine Zukunftsvision, wir befinden uns bereits in diesem Stadium. In den Metropolen sind die Gewaltverhältnisse verschleierter. Bestimmend ist hier noch die ökonomische Zwangsgewalt des Kapitalismus, die sich als verrechtliche Gewalt bereits in den Köpfen der Menschen festgesetzt hat. Die direkte physische Zwangsgewalt durch den Staat mit seinen Repressionsorganen gewinnt aber bei den sich abzeichnenden sozialen Konflikten an Bedeutung. Allgemein ist festzustellen, daß die Ausbreitung des Kapitalismus auch in den Metropolen nicht zu einer Ersetzung der direkten Gewaltformen durch eine andere, sondern zu einer Zunahme von Gewalt überhaupt geführt hat.

Die Frauen sind allen Ebenen der Gewalt ausgesetzt, der indirekten, strukturellen Gewaltförmigkeit dieses Gesellschaftssystems, das alle Lebensmöglichkeiten erstarren läßt und dem brutalen direkten persönlichen Gewaltverhältnis durch den Mann. In den letzten Jahren ist ein Ansteigen von Gewaltdelikten gegen Frauen in den Ländern festgestellt worden, wo formal, sozial und rechtlich Gleichberechtigung vertreten wird.

Offene Gewaltanwendung von Männern gegenüber Frauen ist durch die Arbeit der Frauenhäuser und Notrufgruppen in den letzten Jahren in ihrem Ausmaß öffentlicher geworden. Frauen erfahren ist Gewalt tagtäglich, in den verschiedenen Formen und Abstufungen, sie werden gedemütigt, erniedrigt, geschlagen, vergewaltigt. In der BRD wird alle 15 Minuten eine Frau vergewaltigt ! 50 % der Frauen werden von Männern vergewaltigt, die sie kennen. Jedes Jahr werden in der BRD 4 Millionen Frauen von ihren Männern mißhandelt! Bestimmendes Moment der Gewaltstrukturen sind die Frauenmißhandlungen in der Familie, Vergewaltigung, Vergewaltigungsdrohung und die Ästhetisierung von Gewalt gegen Frauen in Medien, Werbung und Kulturindustrie.

Gewalt gegen Frauen nicht als Ausnahme, sondern als durchgängiges HERR-schaftsprinzip zu begreifen, hat zu der Erkenntnis geführt, daß der Kampf gegen persönlich erfahrene sexistische Gewalt nicht zu trennen ist vom Kampf gegen jede Gewalt des Systems. Die Zunahme physischer Gewalttätigkeit ist allgemein gesellschaftlich festzustellen, mit zunehmendem Sinnverlust des Lebens und der Anonymität der Verhältnisse und findet in der gesellschaftlichen Rolle der Frau ihr Opfer. Die Deckung dieser Gewalt durch Polizei und Justiz verdeutlicht die Einbettung dieses Gewaltverhältnisses zwischen Mann und Frau über Ehe und Familie in das System patriarchaler Herrschaftssicherung. Gleichzeitig wird die Instabilität des Systems durch die Zunahme offener Gewalt signalisiert. Der Widerspruch zwischen dem Anspruch der völligen Gleichstellung der Frau und der Notwendigkeit ihrer handgreiflichen Unterdrückung zur Sicherung der HERR-schaft ist für dieses System ein unlösbarer Widerspruch.

Frauen leben im Exil, denn die gesellschaftsorganisierenden Institutionen wie Regierungssystem, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur, Medien, Kirche, Polizei und Militär werden von Männern beherrscht und geprägt. Sie sind vom Prinzip der Hierarchie, der Macht und des Kampfes um die

Macht bestimmt. Folglich sind auch die Männer von Herrschaft, Gewalt und Unterdrückung betroffen. Sie müssen sich diesen Prinzipien unterordnen, wenn die Vorherrschaft des HERR-lichen erhalten werden soll. Unsere Unterdrückung geht darüber hinaus. Frauen werden in einer patriarchalen Gesellschaft immer und überall unterdrückt und mit Gewalt konfrontiert, offen oder verschleiert.

Frauen neigen dazu, einer offenen Konfrontation mit der Macht und der Gewalt auszuweichen, solange es geht im Exil bleibend. Eine Überlebenstechnik aber auch eine Opferhaltung. Diese Opferhaltung führt dazu, sich der Verantwortung für gesellschaftliche Zustände zu entziehen, daran mitschuldig zu werden. So ist die Tatsache, daß Frauen Gewalt erfahren, keine Entschuldigung dafür, daß sie diese Gewalt weitergeben an ihre Kinder.

Die Verinnerlichung des Frauseins als effektivste Form der Herrschaftssicherung läuft über subtile Formen der Verhinderung von Selbstbewußtwerdung durch Erziehung, Moral, Liebe, die Normen setzen und Anpassung erzwingen. Macht wird gesicherter ausgeübt über nichtoffene Formen, so daß Frauen auch ohne Anwendung äußerer Gewalt ihre gesellschaftlichen Funktionen übernehmen und ertragen, sich mit ihnen identifizieren. So führt die Situation der Frau eher zur Aufgabe der Identität, zur Selbstzerstörung als zum Kampf gegen ihre Unterdrückung.

Die Frauenbewegung machte die persönliche Unterdrückungssituation zum Ausgangspunkt ihrer politischen Praxis. Die Trennung zwischen Privat und Politik konnte aufgehoben werden. Persönliches war politisch und das Politische wurde persönlich umgesetzt. Revolutionäre Sprengkraft lag in dem Bewußtsein der direkten Verbindung zwischen der Abschaffung des persönlichen Leidens und der Notwendigkeit einer sozialen Umwälzung. Die Vorstellung einer radikalen sozialen Veränderung viel radikaler in ihrem Angriff auf die grundlegenden Institutionen dieser Gesellschaft und viel umwälzender in der Veränderung des Bewußtseins aller Menschen als alle vorhergehenden Revolutionen erzeugte eine starke Kraft bei den Frauen.

Neue Formen und Inhalte führten zur Ablösung von der allgemeinen linken Bewegung, zur organisatorischen Autonomie der Frauenbewegung.

Die Autonomie hat wichtige Prozesse eingeleitet, Wertstrukturen der Männergesellschaft in Frage zu stellen, keine Perspektive innerhalb gesellschaftlicher Machtgefüge zu suchen, nicht über Partizipation an der Macht Einfluß ausüben zu wollen, Frauenbefreiung nicht über die Männerrolle zu definieren. Das hat dazu geführt, sich Freiräume zu schaffen, um patriarchalen Strukturen zu entfliehen. Das war und ist wichtig, weil keine Bewegung so sehr gegen die eigenen Identifizierung mit dem Unterdrücker ankämpfen muß wie die Frauenbewegung !

Im Angriff auf alle Strukturen entstand die Hoffnung, nicht integrierbar zu sein und schon im Kern den revolutionären Umsturz in sich zu tragen und zu entwickeln. Aufgrund der Überbetonung der subjektiven Erfahrung, die auch Folge der Tabuisierung in den linken Gruppen war und der Schwierigkeit, die Erkenntnis der persönlichen Unterdrückung in direkte Widerstandshandlungen umzusetzen, wurde aus der Politik der Subjektivität eine Innerlichkeit: persönliche Veränderung ohne Änderung der Gesellschaft.

Begünstigt wurde der Weg in eine neue Innerlichkeit durch die Klassenlage vieler Frauen in der Frauenbewegung. Für Frauen mit einer guten Berufsausbildung gab und gibt es reale Möglichkeiten, eine Nische in dieser Gesellschaft zu finden und das kleine subjektive Glück zu suchen. Da die Ohnmacht gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen aber nicht aufgehoben wird, erweist sich dieser Weg als Sackgasse. Der Sehnsucht nach Glück wird hinterher gejagt, ohne es zu erreichen. Nach der Kampagne gegen den § 218 entwickelte sich Widerstand in der Frauenbewegung fast ausschließlich an dem Punkt der Konfrontation mit dem einzelnen Mann. Es bildeten sich Selbstverteidigungsgruppen, Notrufgruppen gegen Vergewaltigung und vor allem die Frauenhäuser. Die staatliche Repression wurde zwar analysiert und beschrieben, es wurde sich aber kaum politisch zu ihr verhalten.

Die beiden Frauenkongresse 1978 Frauen und Repression in Frankfurt und Gewalt gegen Frauen in

Köln verdeutlichen das Dilemma der Frauenbewegung. Das Nebeneinander von zwei Erfahrungen Gewalt als alltäglicher Angriff Gewalt als zielgerichtete Unterdrückung durch den Staat

wurden nicht miteinander vermittelt. Der Verzicht auf die Herstellung des Zusammenhangs zwischen kapitalistischer und geschlechtlicher Unterdrückung, der Verzicht zu analysieren, wer der HERR ist, führte dazu, daß in den Selbsthilfeprojekten (Frauenhaus, Notrufgruppen, Frauenzentren) eine Tendenz entstand, nur noch die Not der Frauen zu lindern. In dem Moment, wo Frauen sich darauf beschränken, das Elend der Frauen zu beheben, ohne die gesellschaftlichen Ursachen auf- und anzugreifen, entfällt die Gegnerschaft zum Staat, gibt es keine Garantie für Unbestechlichkeit, passiert es, daß die Radikalität gegenüber dem männlichen Geschlecht bei der Polizei aufhört. Verhandlungen mit den Bullen, dem Justizapparat, um der geschlagenen Frau zu helfen und den Vergewaltiger zu strafen, können die mangelnde Stärke nicht ersetzen und verkommen zur Komplizenschaft mit dem Staat. Und genau an diesem Punkt konnten die massiven Integrationsversuche des Staates ihre Wirksamkeit entfalten. Ziel der Integrationsversuche war und ist die Zerstörung der revolutionären Sprengkraft der Frauenbewegung, indem Frauen zu schlecht bezahlten Verwalterinnen des Elends funktionalisiert werden sollen.

Eine ähnliche Widersprüchlichkeit stellt sich im Bereich der Frauen/Lesbenkultur. Die persönliche Radikalität, mit der viele lesbische Frauen mit dem männlichen Geschlecht gebrochen haben was sich auch in einer neuen blühenden Kreativität im Bereich des Theaters, Musik, Literatur und Malerei, in einer neu beginnenden Frauenkultur niederschlug hat sie nicht davor bewahrt, Teil einer staatlich geduldeten Subkultur zu werden. Lesbische Träume sind zwar radikale Träume, finden aber hier in der Metropole einen Platz. Für eine privilegierte Minderheit, die den Willen zum gesellschaftlichen Handeln und damit die Hoffnung auf Befreiung für alle Frauen aufgibt, wird das autonome Frauenprojekt zur Illusion der Erreichung des persönlichen Glücks.

Die inhaltliche und organisatorische Autonomie der Frauenbewegung ist heute da festzustellen, wo ihre gesellschaftliche Ausgrenzung erfolgt ist. Es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen Autonomie und Ausgrenzung. Die Autonomie der Bewegung kann und muß entwickelt werden, ohne Frauenpolitik auf frauenspezifische Probleme zu reduzieren, mit Selbsthilfeprojekten, die aber Provokation und nicht Vermeidung der Konfrontation zum Ziel haben, die gesellschaftliche Spielregeln brechen und keine funktionierenden Rädchen werden.

In der letzten Zeit äußern immer mehr Frauen ihre Unzufriedenheit über das politische Exil der Frauen/Lesben-Bewegung, durchbrechen die Glasglocken der Fraueninseln und versuchen, feministische Positionen und eine Praxis zu den Fragen der ökologischen Zerstörung z.B. durch Atomkraft, Chemie usw., gegen die Militarisierung und zum Problem des Internationalismus/3. Welt zu entwickeln.

Für uns ist es klar, daß der Frauenkampf nicht auf die Organisierung von Subversivität und Gegengewalt verzichten kann. Die Frauenbewegung hat schon allzu lange Analysen darüber geschrieben, daß Frauen dazu erzogen werden, Gewalt zu erleiden, aber nicht, sich zu wehren. Frauen werden darauf abgerichtet, sich in ihrer Ohnmacht einzurichten und die psychischen Zerstörungen, die dieses System anrichtet, mit ihrer Emotionalität zuzukleistern. Das Mitgefühl von Frauen gegenüber den Unterdrückten ist stark entwickelt, nicht entwickelt ist der Haß auf die Unterdrücker, die Feinde. Haß hat etwas mit Zerstörung zu tun und Zerstörung macht Frauen Angst. Bei der Beschreibung dieses Zustandes stehenzubleiben, heißt nichts anderes, als den Zustand der Ohnmacht zu akzeptieren, die Frauenrolle anzunehmen, die diese Gesellschaft anbietet. Die These von den friedliebenden Frauen ist dann Legitimation für das Verharren im Zustand des Opfers.

Ohnmacht ist die Tarnkappe der Feigheit

Aber jede Frau, die schon einen Stein geworfen hat, die auf Anmache von Männern nicht mit Rückzug reagiert, sondern zurückgeschlagen hat, wird unser Gefühl von Befreiung nachvollziehen können, daß wir hatten, als wir Sexshops zerstörten oder eine Bombe anlässlich des Urteils zum § 218 vor dem Bundesverfassungsgericht zündeten.

Befreiung hat in unserer Gesellschaft etwas mit Zerstörung zu tun. Zerstörung der Strukturen, die uns an die Frauenrolle ketten wollen. Und diese Strukturen lassen sich nur zerstören, wenn wir die Verhältnisse, die uns kaputt machen wollen, angreifen. Angreifen in den vielfältigsten Formen, aber immer verbunden mit unserem unversöhnlichen Haß auf diese Gesellschaft. Die bewaffnete Form des Angriffs ist für uns ein unverzichtbarer Teil des Frauenkampfes. Diese Position ist wie wir beschrieben haben in der Frauenbewegung kaum entwickelt. Deshalb haben wir uns gemeinsam mit Männern in der Guerilla organisiert. Aber auch hier kommt es nicht zu einer Auflösung des Widerspruchs zwischen Geschlechterkampf und Klassenkampf. Unser Status als autonome Frauengruppe in den RZ ist bestimmt von der jetzigen politischen Situation der Frauen, die gekennzeichnet ist durch eine inhaltliche Schwäche der Frauenbewegung und eine sich mehr am Anfang befindende Organisierung von Militanz durch Frauen. Wir sind keine zusätzliche Kampffront, mit der sich Organisationen schmücken können; wir sind nicht die Lösung des grundsätzlichen Problems, sondern ein Weg. Unser feministischer Weg bestimmt sich aus den politischen Perspektiven der Frauenbewegung, den internationalen revolutionären Kämpfen und nicht nur aus uns heraus.

Antiimperialistischer Kampf bleibt notwendig!

Das System der weltweiten imperialistischen Machtstrukturen ist schon oft auch von uns analysiert worden. Wir wissen um die Macht der supranationalen ökonomischen und militärischen Organisationen, die unter Vorherrschaft des US-Imperialismus und seines Juniorpartners BRD die Ausplünderung der 3. Welt immer weiter treibt.

An erster Stelle steht hier der IWF (Internationaler Währungs-Fond), der nach dem Spiegel zum internationalen Wirtschaftspolizisten geworden ist. Es entscheiden nicht mehr die nationalen Parlamente über die ökonomische Entwicklung eines Landes, sondern der IWF. So sitzen in Zaire³⁷ IWF-Kontrolleure mit umfassenden Vollmachten in der Zentralbank und im Finanzministerium. Die Türkei wurde durch Verweigerung von IWF-Krediten an den Rand des wirtschaftlichen Ruins getrieben und so dem Militärputsch³⁸ der Weg geebnet.

Die räuberischen Brüder des IWF sind nicht besser: Die Weltbank mit Ex-US-Verteidigungsminister McNamara an der Spitze, die ICR (Internationale Entwicklungs-Assoziation) und die IDR (Internationale Finanz-Vereinigung), die Kredite nur an Privatunternehmen vergibt. Die IDR ist unmittelbar verantwortlich für die Hungerkatastrophe in Äthiopien (1973), die 100.000 Menschen umbrachte.

Wir kennen die Methoden, die dem transnationalen Kapital nach der Krise 1973 wieder neue, optimale Verwertungsbedingungen schaffen sollen: die neue internationale Arbeitsteilung. Die 3. Welt wird nicht mehr nur als billiger Rohstofflieferant eingeschätzt, sondern als Reservoir billiger, disponibler Arbeitskräfte. Arbeitsintensive Produktionsanlagen vor allem Chemie, Elektronik, Textil und Automobil werden in sogenannte Billiglohnländer verlegt, um so dem Kapital Maximalprofite zu ermöglichen. Diese neue Arbeitsteilung ist nicht nur international, sie ist gleichzeitig geschlechtsspezifisch und rassistisch. So sind in den multinationalen Unternehmen mindestens die Hälfte der Arbeiter Frauen.

Wenn die Waren in unserem Alltag eine Stimme hätten und ihre Geschichte berichten würden,

würden wir nichts Märchenhaftes hören, sondern etwa folgendes:

Indienhemd: eine Hausfrau in Indien hat in Heimarbeit 2 Tage an mir gestickt und dafür 2 Mark bekommen.

Fernseher: meine Einzelteile sind von Frauen in Südkorea zusammengesetzt worden. Für einen 10- bis 12-Studentag und dies 6 oder 7 Tage die Woche, bekommen sie einen Lohn von 9 bis höchstens 18 Mark. Aber schon nach drei, vier Jahren können sie nur noch schlecht sehen. In Hongkong grüßt frau/mann in der Elektroindustrie Arbeiterinnen unter 25 Jahren mit Hallo Oma, wo hast du deine Brille gelassen?-

Wir wissen um den Versuch es US-Imperialismus, sich mit der Trilateralen Kommission ein neues politisches Instrument zu schaffen, das keiner nationalen Kontrolle mehr unterliegt. Aufgabe dieser Kommission ist es, zu einer abgestimmten Politik zwischen den USA, Japan und Europa gegenüber der OPEC³⁹, den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt und den sich zuspitzenden Widersprüchen in den Metropolen zu kommen.

Wir konnten in der letzten Zeit sehr genau beobachten, daß die Strategie der Grünen Revolution⁴⁰ (Entwicklung in Abhängigkeit) wieder ersetzt wurde durch die Vorbereitung von Angriffskriegen vor allem gegen die Länder im Nahen Osten.

Wir wissen um die mörderische Macht der NATO, die unter Vorherrschaft der USA dieses Land mit Atomsprengköpfen gespickt hat und so die totale Vernichtung jederzeit möglich macht.

Unterdrückte und Komplizen

Wir erleben in der BRD täglich den fortschreitenden Prozeß der Einkreisung und Vernichtung aller Formen von Widerstand. Die Überwachung der Bevölkerung ist heute schon gegeben. Gegen die Liquidierung der Gefangenen aus den bewaffneten Gruppen ist nur noch vereinzelt Protest zu hören.

Die freiwillige Gleichschaltung der Medien ist seit 1977 ein fester Bestandteil einer Strategie, die in diesem Land jedem Widerstand den Garaus machen will. Die überwältigende Macht der imperialistischen Kultur wird deutlich, wenn Menschen meinen, nicht mehr ohne Fernseher leben zu können.

Ich kenne die Macht des Fernsehens, aber ich nehme sie gern auf mich- , sagte eine Frau in einem Film, der den Versuch zeigt, wie es zwei Familien geht, die vier Wochen ohne Fernsehen leben. Die andere Frau weinte in der 3. Woche ohne Fernsehen, weil sie meinte, ein Leben ohne Fernsehen nicht mehr ertragen zu können.

Aber auch ohne daß frau/mann die Verflechtung der internationalen Machtstrukturen kennt, ist die Unmenschlichkeit dieses Systems identifizierbar. So ist in den Zeitungen zu lesen, daß rund eine Milliarde Menschen in Asien, Afrika, Lateinamerika hungern, daß 450 Millionen ständig an der Grenze zum Tode vegetieren. Allein ein Viertel der Bevölkerung Afrikas wird nicht satt. In der gleichen Zeitung gibt es dann sicher auch ein Rezept, wie der fettgewordene Westeuropäer seine überflüssigen Pfunde durch eine Hunger-Diät wieder verlieren kann.

Es drängt sich die Frage auf, warum diese Tatsachen keine mobilisierende Wirkung mehr haben wie zur Zeit des Vietnamkrieges. Ist die einzige Erklärung die Enttäuschung über die zum Staat gewordenen Befreiungsbewegungen in Cuba, Vietnam, Angola und heute Nicaragua⁴¹, die die Träume einer reinen Revolution nicht erfüllten?

Wir denken, daß dieser Erklärungsversuch es sich sehr einfach macht. Gleiches ist zu einer Geschichtsschreibung zu sagen, die die Studentenbewegung posthum zu einer kulturevolutionären Bewegung macht und den Antiimperialismus zur Nebensache erklärt.

Nicht mehr erinnert wird, was Antiimperialismus damals bedeutet hat; vergessen ist, daß wir einen Begriff der sublimen Unterdrückung in den Metropolen gerade an den Schandtaten des Imperialismus in der 3. Welt entwickelt haben.

Verdrängt wird, daß es einmal um mehr ging, als um alternatives Leben und neue Sinnlichkeit. Das Ziel ist nicht mehr die Abschaffung von Ausbeutung und Unterdrückung im Weltmaßstab, nicht also die militante und aggressive Konfrontation mit als falsch erkannten gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern das Ziel ist ein Schonraum, eine Zuflucht, ein Reservat, gewissermaßen ein selbstgewähltes Ghetto, worin die Gesetze der Ökonomie dadurch außer Kraft gesetzt sind, daß es sich durch Subventionen, Unterstützungen, Schenkungen, Bettelei erhält. (Pohrt)

Tabuisiert wird die Erkenntnis, daß wir auf der einen Seite Unterdrückte sind, aber gleichzeitig auch Komplizen der Unterdrückung in der 3. Welt. Daß jeder konkrete Kampf in den Metropolen immer in Gefahr steht, ein Kampf um Privilegien zu sein, die auf Kosten der 3. Welt gehen. So läßt die politische Ausrichtung der Anti-AKW-Bewegung sowohl auf die Bauplätze als auch auf die Gewaltlosigkeit die Vermutung zu, daß auch hier Privilegien im Spiel sind: die reine Umwelt für die Metropolen und den Dreck für die Länder der 3. Welt (vgl. zu unserer Einschätzung der Anti-AKW-Bewegung auch unseren Beitrag in der Autonomie Nr. 4/5).

Auch die Frauenbewegung bildet da keine Ausnahme: So ist in der westlichen Frauenbewegung eine breite Kampagne gegen die Beschneidung⁴² der Frauen in der 3. Welt gelaufen. Überheblich und eurozentristisch war diese Kampagne dadurch, daß sie darauf verzichtete, die Lebensbedingungen der Frauen dort als imperialistische Herrschaft zu analysieren, die neben sexistischer Unterdrückung den Hunger als gezielte Methode der Vernichtung einsetzt. Die Klitoris-Beschneidung die ohne Zweifel die brutalste Form sexistischer Unterdrückung ist wird als Relikt einer barbarischen Kultur bekämpft, die es europäisch zu zivilisieren gilt.

Zweck der Analyse der imperialistischen Machtstrukturen ist, die Strategie des Imperialismus zu erkennen als das, was sie ist:

physische Vernichtung in der 3. Welt durch Hunger, Ausbeutung und Militärintervention, psychische Verelendung und Ausbeutung in den Metropolen.

Ziel kann nicht sein, diese Analyse ohne Rückvermittlung auf die konkreten Widersprüche dieses Prozesses als revolutionäre Handlungsperspektive zu verstehen. Wir müssen uns statt dessen die Mühe machen, von der Abstraktion wieder zurückzugehen auf die konkreten Erscheinungen, auf die Besonderheiten der regionalen und nationalen Widersprüche, auf die nationalen und sozialen Kämpfe. Es ist deshalb ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die RAF meint, sie bräuchte diesen Schritt zurück (vom Abstrakten wieder zum Konkreten) nicht zu machen, sondern statt dessen davon ausgeht, es sei ausreichend, den Menschen nur immer wieder zu erklären, daß physische und psychische Vernichtung der Inhalt des Imperialismus ist.

Jeder Angriff auf imperialistische Machtstrukturen findet nicht irgendwo im transnationalen Raum statt, sondern immer in einem konkreten Land mit seinen spezifischen Bedingungen. Wenn Ziel der Aktion sein soll, den Riß zwischen Gesellschaft und Staat zum Bruch zu machen, dann ist zu fragen: welche Gesellschaft, mit welchen Menschen in dieser Gesellschaft, an welchen Widersprüchen soll das geschehen?

Das Beharren auf einem zentralen Widerspruch, der Hauptangriffspunkt ist, orientiert sich an einer dogmatischen Sichtweise, die z.B. nicht zur Kenntnis nehmen will, daß neben dem Klassenkampf zwischen Proletariat das allerdings schon damals mehr zu verlieren hatte, als seine Ketten und Kapital weitere Widersprüche sichtbar und zu lösen sind, die damals auch schon bestanden: wie die Befreiungsbewegungen und der Imperialismus als Überausbeutung der 3. Welt; die Frauenbewegung und die Überausbeutung und sexistische Unterdrückung der Frauen; die Ökologie-Bewegung und die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch industrielle Technologie u.a.m.

Auch der Hinweis auf die Völker der 3. Welt bleibt abstrakt: welche Völker sind gemeint und wie führen die Menschen z.B. heute in El Salvador ihren Kampf?

Führen sie ihn nicht unter konkreten historischen und ökonomischen Bedingungen? Menschen machen ihre Geschichte nicht abstrakt in einem imaginären transnationalen Raum.

Gemeinsam ist der Feind, der in jedem radikal bis zum Ende durchgehaltenen Kampf sichtbar wird, das mörderische System des Imperialismus! Gemeinsam ist auch das Ziel: die weltweite Abschaffung der Herrschaft von Menschen über Menschen!

Dies schließt Aktionen ein, in denen unsere Unterstützung der Befreiungsbewegungen zum Ausdruck kommt: Entscheidend aber ist, ob es uns gelingt, die 3. Welt in verstehbarer Weise anwesend zu machen, in den sozialen Auseinandersetzungen hier.

Die BRD eine US-Kolonie?

Im Zusammenhang mit der 1980 neu begonnenen Diskussion über antiimperialistische Solidarität wollen wir noch zu zwei Aspekten Stellung nehmen

zu der Diskussion über das Verhältnis USA/BRD/Europa und zu der Auseinandersetzung über die Gefahr eines neuen Weltkrieges.

Die Einschätzung des Verhältnisses USA BRD ist von eminenter Konsequenz für die eigene Orientierung. Wenn tatsächlich wie es behauptet wird die BRD nichts anders ist, als ein Satellit der USA, vergleichbar mit Südkorea, so hat dies zur Folge, daß entweder die Frage des Kampfes in der BRD beantwortet wird mit einem transnationalen Konzept oder aber in einer langfristigen Perspektive das Bündnis mit Teilen der einheimischen Bourgeoisie gesucht werden muß. In der Tat existiert eine imperialistische Globalpolitik unter Hegemonie der USA, militärisch ausgedrückt durch die NATO, ökonomisch und entwicklungspolitisch durch den IWF und die Weltbank. Als stärkste imperialistische Macht sind die USA in der Lage, ihre Verbündeten zur Solidarität zu zwingen, wenn sie die Gesamtinteressen bedroht sehen: der Vietnamkrieg ist ein Beispiel. Unterhalb der Ebene der Globalpolitik gibt es zahlreiche Sonderinteressen, Konflikte, Bemühungen um eigenständige politische Lösungen.

Der ehemaligen EG-Kommissar Ralf Dahrendorf⁴³ nennt fünf wichtige Interessen der europäischen Außenpolitik (Zeit, 25.4.80):

Das europäische Währungssystem, als ein auf EG-Staaten beschränkter Ersatz für das mit der Krise zusammengebrochene Weltwährungssystem;

militärische Aufwertung der EG-Staaten in der NATO zur eigenständigen M-²zweiten Säule neben den USA;

die Abhängigkeit der EG-Staaten vom Rohstoffimport und vom Export ihrer Industrieprodukte hat zur Folge, daß die EG im Welthandel eine andere Position als die Supermächte vertritt und ein Arrangement höchstens mit Japan vorstellbar sei;

die EG will die Nord-Süd-Entwicklungspolitik zwischen den Industriestaaten und den Ländern der 3. Welt vorantreiben und ihre Möglichkeiten ausnutzen, bevor eine stärkere internationale Klassenkampfsituation entsteht;

in Westeuropa selbst sollen kriegerische Auseinandersetzungen vermieden werden.

Damit ist ein Programm eigenständiger Politik der BRD und anderer europäischer Staaten angedeutet, das in vielen Fällen auch schon Realität geworden ist.

Die Weltbank wird inzwischen durch die BRD mit 28 %, Schweiz mit 16 %, die USA mit 20 %, Japan und die OPEC-Länder mit jeweils 14 % finanziert. Mit der Zunahme des europäischen Anteils

haben sich die Darlehens- und Investitionsschwerpunkte verschoben

es sind nicht länger nur die lateinamerikanischen Militärdiktaturen und einige Länder, die sich in neokolonialer Abhängigkeit von den USA befinden zunehmend erhalten auch afrikanische und osteuropäische Länder, mit denen die BRD und Frankreich kooperieren, Gelder der Weltbank.

Die BRD stabilisiert in Europa die an der Peripherie befindlichen Länder mit finanziellen Krediten, Sozialdemokratisierung der oppositionellen Kräfte, Integration der Arbeiterbewegung in den Staat sowie den für die innere Sicherheit notwendigen Technologien. Die BRD war daran beteiligt, die überfälligen Diktaturen in Portugal, Spanien und Griechenland zu beseitigen und gleichzeitig die Entwicklung eines revolutionären Prozesses in diesen Ländern wie auch in Italien zu verhindern.

Ganz anders die Lateinamerika-Politik der USA. Sie vernachlässigt nach wie vor die Stabilisierung gesellschaftlicher Organismen (wie Parteien, Gewerkschaften usw.) und stützt sich im wesentlichen auf die Militärapparate. Putsch, Folter, Militärdiktaturen mit der Herrschaft der Geheimdienste, ökonomische Ausplünderung und Profittransfer in die USA sind die Kennzeichen dieser Politik.

Der von den USA nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan⁴⁴ von der BRD geforderte Wirtschaftsboykott war so nicht realisierbar. Der Verzicht auf anstehende Großaufträge der UdSSR an die deutsche Stahlindustrie hätte für das Ruhrgebiet Massenarbeitslosigkeit und soziale Instabilität bedeutet. So war die Bundesregierung zwar mit dem Olympiaboykott⁴⁵ zu einer außenpolitischen Geste der Solidarität mit den USA bereit, nicht aber zu blinder, folgenschwerer Vasallentreue.

Auch am Beispiel des von BRD und USA inszenierten Putsches in der Türkei läßt sich diese Linie in der BRD verfolgen. Allein im Jahr 1980 pumpte die BRD 300 Millionen Dollar (25 % der gesamten westlichen Hilfe) in das ausgepowerte Land, um die Demirel-Regierung zu stabilisieren und gleichzeitig Massenelend zu vermeiden. Die inneren Widersprüche in der Türkei eskalierten dennoch so schnell, daß die NATO putschen mußte, um ihre Süd-Ost-Flanke nicht zu gefährden. Wenn auch in diesem Fall nicht erfolgreich, zielt die BRD-Politik dennoch darauf, mit Hilfe von materiellen Zugeständnissen sozialen Konsens zu erreichen und möglichst diktatorische Lösungen zu vermeiden. Diese gilt auch für die Außenpolitik gegenüber Ländern der 3. Welt: Dahinter steckt die Einsicht, daß die deutsche Außenpolitik nicht länger auf marode Regimes in der 3. Welt bauen darf, nur weil diese einen M-^Bpro-westlichen Anspruch haben. Vielmehr setzen die Deutschen, anders als die Amerikaner, auf blockfreie Regierungen, auch wenn diese dem Westen nicht wohlsonnen sind. M-^BWir erreichen, erläutert ein AA-Experte, M-^Blangfristige Stabilität auf Kosten kurzfristiger Instabilität. (Spiegel, 4.8.80)

Krieg welchem Krieg?

Seit dem 6. Mai in Bremen⁴⁶ wird wieder über die Notwendigkeit antimilitaristischer Politik nachgedacht. Dabei werden teilweise aber wieder Fehler gemacht, die schon bei der Bewegung gegen die Remilitarisierung in den 50er Jahren und bei den Ostermärschen gegen den Atomtod in den 60ern zutage getreten sind.

Dennoch schon damals traf diese Bewegung den Nerv. Der erste politische Mord in der Geschichte der BRD wurde 1953 von der westdeutschen Polizei an dem jungen Kommunisten Philipp Müller bei einer antimilitaristischen Demonstration in Essen begangen. Damals wie heute setzt die Argumentation gegen die Bundeswehr, gegen die NATO an der diffusen Kriegsangst der Menschen an. Es ist nicht nur so, daß diese Angst nach 50 Jahren nationalsozialistischer und antikommunistischer Hetze allemal eine Angst vor den Roten, der Sowjetunion ist. Es ist auch eine lähmende, eine freiflutende Angst, die sich nicht mehr der Strukturen bewußt ist, aus denen sie

entsteht.

In den Diskussionen dieses Jahres wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß in den NATO-Konzeptionen die BRD im Kriegsfall der Zerstörung durch die Supermächte preisgegeben wird. An der Tatsache dieser Planungen wurde versucht, die Angst vor dem Schlachtfeld BRD zu mobilisieren.

Dies ist nicht nur problematisch, weil damit diffuse, antikommunistische Paranoia beschworen wird. Es ist falsch, weil die aktuelle Kriegsgefahr sich auf andere Regionen der Welt bezieht vor allem Naher Osten, Afrika, Vorderasien. Es wird so getan, als sei die BRD abstrakt verfügbares Aufmarsch- und Raketenauflagsgebiet, wo es doch viel mehr darauf ankommt, die aktive Beteiligung und Unterstützung der BRD bei den Vorbereitungen zu neuen imperialistischen Raubkriegen zu denunzieren.

In der Fixierung auf die Zunahme der Spannungen in Europa und der Verhärtungen der Ost-West-Beziehungen erscheint auf ein Neues der eurozentristische Kopf, der die dunklen Befürchtungen vor dem möglichen Übermorgen immer noch wichtiger nimmt als die Realität der Kriege, die heute bereits in der 3. Welt geführt werden oder unmittelbar bevorstehen.

Eine ziellose Angstmacherei kann leicht zur Kehrseite der von oben betriebenen ideologischen Militarisierung werden. Deshalb ist es doppelt wichtig, die Ziele der Nachrüstungs- und Aufrüstungsbeschlüsse der NATO zu begreifen, um daraus eigene Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.

Die dümmliche Halsstarrigkeit von SPD-Apel bei der Zelebrierung der Vereidigungsrituale hat uns in diesem Jahr die willkommenen Anlässe für die Auseinandersetzung präsentiert. Ein wenigstens durchschnittlich intelligenter Minister, ohne Wahlkampf, ohne Angst, sein Gesicht zu verlieren, hätte die Vereidigungen abgesagt.

Damit wäre aber die Entstehung des neuen antimilitaristischen Bewußtseins bei den Jugendlichen, in der Frauen- und der Öko-Bewegung und den immer noch mitmarschierenden Altlinken sehr viel schwieriger gewesen.

Die USA entwickelten seit 1978 eine neue Eindämmungsstrategie gegenüber der UdSSR. Durch eine Veränderung des strategischen Gleichgewichts soll die UdSSR in eine kostenintensive Rüstungspolitik hineingetrieben werden. Politisch zielt dies auf zweierlei ab:

im sowjetischen Machtbereich wird bei zunehmenden sozialen und politischen Spannungen (z.B. Polen) der Spielraum für materielle Zugeständnisse an die Bevölkerung eingengt und die Situation weiter eskaliert;

außenpolitisch nehmen die Möglichkeiten der UdSSR, unabhängige und blockfreie Länder zu unterstützen, ab, was die Chancen des imperialistischen Blocks zur Ausdehnung bzw. Restabilisierung eigenen Einflußsphären vergrößert (z.B. Ägypten, Simbabwe in den letzten Jahren).

Militärisch soll die Situation zugunsten des imperialistischen Blocks so verschoben werden, daß die UdSSR bei den bevorstehenden Kriegen um Energien und Rohstoffe neutralisiert werden kann.

Der Krieg zwischen Irak und Iran⁴⁷ verdeutlicht dies. Der Irak seit Jahren aufgerüstet und beliefert von Frankreich und der BRD, aber auch der UdSSR hat sich seit dem Sturz des Schahs in die regionale Strategie der Amerikaner integrieren lassen. Der Irak führt mit massiver finanzieller und militärischer Unterstützung der reaktionären arabischen Regimes gegen den Iran einen Abnutzungskrieg, der diesen in neue ökonomische Abhängigkeiten von den europäischen Staaten hineintreiben soll. Damit ist aber auch unsere Linie des Widerstandes klar. Es geht nicht darum, daß die BRD Opfer sein kann, sondern daß sie heute Täter ist. Die BRD wird sich kaum an direkten militärischen Interventionen beteiligen; das werden die USA, Frankreich, Großbritannien, Israel, Ägypten, Südafrika u.a. besorgen, aber die BRD wird weiterhin Waffen und Technologien

exportieren, Materialien zur Herstellung von Atom-Bomben bereitstellen, Militärs und Bullen ausbilden, mit großen Geldern die amerikanischen, britischen und französischen Truppen in der BRD finanzieren, den USA logistische, technische und geheimdienstliche Unterstützung bereitstellen und mit der Bundeswehr abrückende amerikanische Truppenverbände ersetzen. Die Mobilisierung muß der Tatsache gelten, daß die BRD im Schatten der Nachrüstung aggressive Raubzüge um Energien und Rohstoffe abdecken wird. Dagegen sind konkrete Widerstandsperspektiven zu entwickeln und nicht nur Angst vor dem Atomtod.

Wahlkampf mit Toten

Nur wenige Wochen nach dem Münchner Attentat vom 26.9.80 muß daran erinnert werden

es fand ein Anschlag statt, bei dem 13 Menschen ums Leben gekommen sind und 200 verletzt wurden. Niemand will so recht darüber nachdenken, es werden keine öffentlichen Diskussionen über Motive, Hintergründe oder Ziel des Anschlages geführt. Niemand fragt oder ist neugierig. Fast ist es so, als ob dieser Anschlag nicht stattgefunden habe.

Jedenfalls wissen wir nun, wie es passieren kann, daß niemand etwas von den Konzentrationslagern wußte. Es ist nachvollziehbar geworden, daß sich Leute beim Anblick von Güterzügen mit Menschen nichts Böses denken wollten. Dabei ist nicht zu klagen über die Propaganda, die vielen Lügen und Halbwahrheiten. Wer wissen und klären will, d.h. wer sich aus der Verantwortung für gesellschaftliche Entwicklungen nicht hinausbegeben will, kann sich aus der bruchstückhaften Darstellung in den bürgerlichen Zeitungen ein Bild zusammensetzen oder die Fragen stellen, auf die es bisher noch keine Antworten gibt.

Die Haltung des Verdrängens und Nichtwissenwollens macht aus dem Münchner Anschlag Schicksal. Es ist aber unsere Aufgabe, Geschichte zu machen, es nicht als unbegreiflich abzuhaken, sondern seine Strukturen zu begreifen, das Münchner Attentat nicht als monströs zu mystifizieren, wo es neue Fragen auf die Tagesordnung setzt.

Wenn wir Fragen stellen und Vermutungen äußern, haben wir damit noch nicht eine Antwort gefunden. Aber wir schaffen uns die Möglichkeit, nicht nur zu erstarren, zu verdrängen, zu vergessen, sondern zu begreifen und zu handeln.

Der Anschlag wurde benutzt, um eine Stimmung zu erzeugen, in der Strauß noch die Bundestagswahlen gewinnen sollte. Anders als bei den Aktionen revolutionärer Gruppen in den letzten zehn Jahren war dieser Anschlag darauf gerichtet, eine Kräfteverschiebung innerhalb des herrschenden Machtblocks zu bewirken. Die CDU/CSU nutzte diesen Anschlag für ihren Wahlkampf, der bereits vorher mit dem Schwerpunkt Innen- und Sicherheitspolitik geführt worden war. Strauß nur wenige Stunden nach dem Anschlag: Ja, Herr Baum⁴⁸ hat schwere Schuld in zweierlei Hinsicht auf sich geladen. Erstens durch die ständige Verunsicherung der Sicherheitsdienste, die sich ja heute nicht mehr trauen, im Vorfeld aufzuklären und den potentiellen Täterkreis festzustellen. Zweitens durch die Verharmlosung des Terrorismus. Der Spiegel zitiert Strauß mit dem Vorschlag: Man muß jetzt ein Flugblatt verfassen, was nur zeigt: Baum im Gespräch mit Mahler. Strauß, Tandler⁴⁹ und die anderen Figuren reagieren genau in der Logik des Anschlages. Dies begründet keine Verantwortlichkeit, ist aber allein bereits ein neues Phänomen der bundesdeutschen Geschichte. Die vielbeschworene Solidarität der Demokraten, die bislang gegenüber dem Terrorismus galt, meinte zunächst nichts anderes, als daß die bürgerlichen Parteien auf die legalisierten und institutionalisierten, zumindest aber auf nachträglich legalisierbare Formen der Gewalt vertrauen und für sich darauf verzichten, aus der Auseinandersetzung mit dem revolutionären Widerstand politisches Kapital zu schlagen. Die Reaktion von CDU, vor allem aber der CSU, setzt diese Übereinstimmung zumindest im zweiten Teil außer Kraft. Die Defensive des Strauß-Flügels nach der Bundestagswahl, die Annäherung der CDU an SPD/FDP-Positionen, selbst da, wo sie bis jetzt noch nicht übereingestimmt haben soll nicht darüber

hinwegtäuschen, daß dieses politische Potential in CDU/CSU groß ist, daß es starke Strömungen in diesen Parteien gibt, die an einen Wahlsieg nur bei einer außerordentlich zugespitzten Krisensituation glauben, in der die staatlichen Gewaltapparate nicht mehr funktionieren. Wer aber in dieser Art und Weise politische Leichenfledderei betreibt, hat grundsätzlich auch ein Interesse an solchen Situationen.

Tatsächlich finden sich aber auch zahlreiche Indizien, die gegen die öffentlich verbreiteten Tatversionen sprechen und eine Beteiligung/Kontrolle/Mitwissen von Teilen des Sicherheitsapparates und/oder einzelnen Repräsentanten von CDU/CSU möglich erscheinen lassen.

Seit Monaten war besonders in der Springer-Presse auf einen bevorstehenden Anschlag der RAF in den Dimensionen von Schleyer hingewiesen worden. Seit Ende August häuften sich die Hinweise. So wurde der Boden bereitet für Informationen über die Observation von Christian Klar⁵⁰ und Adelheid Schulz⁵¹ und das Versagen der Sicherheitsorgane.⁵² Einer der überführten Informanten der Welt war CSU-Zimmermann, immerhin ein Mitglied des Innenausschusses. Wenn also zusätzlich zu den Spekulationen über einen Anschlag solche hochwertigen Informationen verbreitet werden, werden dadurch nicht nur die spekulativen Teile der psychologischen Vorbereitung glaubwürdiger, sondern es wird eine Stimmung provoziert, in der bei einem tatsächlich erfolgten Anschlag jedem der Täter sofort klar sein muß. So kam der Spiegel drei Wochen vor dem Münchner Attentat zu der Einschätzung: Was sich zunächst wie ein Zufallsvorteil der Unionsparteien im Wahlkampf ausnahm jene erste Veröffentlichung in der Welt über eine angebliche Fahndungspanne ist Teil einer von langer Hand vorbereiteten Kampagne.

Diese Kampagne gegen das Sicherheitsrisiko Baum (ein Euphemismus, der den Rechten wirklich nicht zusteht) konnte so nach dem Münchner Anschlag bruchlos fortgesetzt werden. Der wochenlangen Hysterisierung folgte das Attentat. Nicht nur die Reaktionen von Strauß und Tandler zufälligerweise inmitten der heißen Wahlkampfphase schnell erreichbar und in München gingen in die psychologisch so lange vorbereitete Richtung. Samstag morgen war in französischen und italienischen Zeitungen zu lesen: München: Baader-Meinhof ?.

Wir haben uns abgewöhnt, so etwas für Zufall zu halten. Eine über Wochen andauernde Propaganda von rechts warnte vor einem blutigen Anschlag vor der Wahl, unkte über Tote im Wahlkampf und versuchte, durch die Veröffentlichung wichtiger Informationen glaubwürdig zu werden. Auch das timing der Aktion war so angelegt, daß in der kurzen Zeit bis zur Bundestagswahl eine Aufklärung kaum möglich gewesen wäre. Nur der Tod Köhlers verhindert wie es sonst sicher geschehen wäre, daß der RAF oder einer anderen revolutionären Gruppe diese Aktion in die Schuhe geschoben wird. Der Tod und die rasche Identifizierung Köhlers bringen die bereits intensivierete Kampagne gegen Baum, die Sicherheitspolitik der SPD/FDP-Regierung und Mutmaßungen über die Verantwortlichkeit linker Gruppen zu einem schnellen Ende.

Den Verantwortlichen im bayrischen Sicherheitsapparat, vollständig verflochten mit der CSU, ist ab Samstag mittag klar, daß durch den Tod und die Identifizierung Köhlers der Münchner Anschlag zu einem Bumerang für Strauß werden kann. Tandler legte sich so auf die Position fest, Köhler sei ein spinnerter Einzelgänger gewesen, eben ein Einzeltäter, der durch die allgemeine Verharmlosung des Terrorismus zu seiner Tat getrieben worden sei.

Tandler und das heißt, die Verantwortlichen im bayrischen Innenministerium und Sicherheitsapparat geht dabei so weit, die Ermittlungstätigkeit von Bundesanwaltschaft und BKA zu behindern. Der Justizminister am 9. Oktober (nach der Wahl!) in der Frankfurter Rundschau: Tandler habe die verantwortungsvolle Zusammenarbeit der für die innere Sicherheit zuständigen Organe gestört und auch die Ermittlungen im konkreten Fall erschwert.

Es ist naheliegend, daß Tandler die politische Motivation Köhlers und seine Zusammenhänge leugnen muß. Die in den nachfolgenden Tagen und Wochen verbreiteten Hinweise auf die Infiltration der faschistischen Gruppen und den Staatssicherheitsdienst der DDR bzw. auf Kontakte der Hoffmann-Gruppe⁵³ zur PLO⁵⁴ sind durchsichtige Ablenkungsmanöver.

Die Bundesanwaltschaft sowie die der SPD/FDP nahestehende Presse vermuten dagegen einen Gruppenzusammenhang, aus dem heraus dieser Anschlag durchgeführt wurde, sowie Verbindungen Köhlers zu faschistischen Gruppen wie z.B. der Wehrsportgruppe Hoffmann. Es gibt zahlreiche Hinweise und Zeugenaussagen über Personen, mit denen Köhler in der Nähe des Explosionsortes gesehen wurde:

Da ist die Rede von 2 kurzhaarigen jungen Männern mit Bundeswehrparka und aufgenähten deutschen Flaggen;

Ein schwarzhaariges junges Mädchen wird in der Nähe des Tatortes mit Köhler gesehen;

Zehn Minuten vor der Explosion wurde eine weiße Leuchtkugel und Sekunden vorher eine rote Leuchtkugel in unmittelbarer Nähe des Explosionsortes beobachtet;

Einige der Verletzten sagten aus, sie hätten unmittelbar vor der Explosion einen Mann sich mit Köhler über eine weiße Plastiktüte beugen sehen, der dann schnell weglief.

Trotz der Vielzahl von Zeugen ist bis heute keine dieser Person identifiziert. Zum Vergleich sei nur darauf hingewiesen, wen die Bundesanwaltschaft bei der Entführung Schleyers in Köln einwandfrei identifiziert haben will, obwohl es da nicht einen einzigen Zeugen gab.

Auf jeden Fall muß von einer Gruppe von Leuten ausgegangen werden, die für diese Aktion verantwortlich ist. Bundesanwaltschaft, Stern und Spiegel dokumentieren schnell, materialreich und einleuchtend eine Vielzahl von Hinweisen, aus denen die Kontakte Köhlers zur Hoffmann-Gruppe, die Bewaffnung der Hoffmann-Gruppe, deren Vorstellungen und internationale Verbindungen hervorgehen. Es handelt sich hierbei nicht um eine falsche Spur, von den wesentlichen Fragen lenken diese Hinweise dennoch ab. Die publizierten Fakten sind im übrigen seit Jahren bekannt und immer wieder in Zeitungen der DKP und dem Arbeiterkampf veröffentlicht worden. Entscheidend ist z.B., daß ausländische faschistische Gruppen selbst vielfältig mit Teilen der staatlichen Sicherheitsapparate ihrer Länder verflochten sind und ihre Aktionen Teil von Strategien institutioneller Machtverschiebung oder geheimdienstlicher Mordaktionen gewesen sind. So sind 20 % der französischen FANE Polizisten, die Identität der spanischen Christkönigskrieger mit den Kommandos des spanischen Geheimdienstes ist bekannt; die Zusammenarbeit der protestantischen Terrororganisationen in Nordirland mit der SAS und Polizei ist ebenso dokumentiert wie die Verwicklung italienischer Dienste in faschistische Aktivitäten. So lächerlich also die Einzeltäterthese Tandlers ist, so vordergründig ist der Versuch, die Verantwortlichkeit allein den faschistischen Gruppen zuzuschieben.

Die faschistischen Gruppen sind in großem Ausmaß von den Sicherheitsdiensten infiltriert und kontrolliert. In allen diesbezüglichen Prozessen der letzten Zeit erwiesen sich Angeklagte, Hauptbelastungszeugen oder Waffenlieferanten als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes oder der Landeskriminalämter. So entpuppte sich bei einem Faschistenprozeß in Braunschweig der 37jährige Hans-Dieter Lepzien nicht nur als Bombenbauer, Sprengstoffeinkäufer und Initiator größerer Dinge, sondern auch als Mitarbeiter des niedersächsischen Verfassungsschutzes. Erstaunlich genau und schnell also informiert wurde nach dem Hamburger Anschlag auf ein Ausländerheim die Gruppe von Roeder, immerhin verteilt auf mehrere Städte im gesamten Bundesgebiet, abgeräumt.

Es ist nicht übertrieben, davon auszugehen, daß im faschistischen Untergrund nichts Wesentliches passiert, ohne daß es die Bullen mitbekommen. Ausgerechnet nun, bei dem größten und folgenreichsten Anschlag, soll dies anders gewesen sein. Sollte diese Aktion tatsächlich von einer faschistischen Gruppe durchgeführt worden sein, so ist darüber zuvor geredet, diskutiert und entschieden worden. So etwas wird nicht von ein oder zwei Leuten gmeacht. Es muß davon ausgegangen werden, daß Sicherheitsdienste von solchen Diskussionen erfahren haben, als sie

stattgefunden haben. Rebmann hat Mitte November verlauten lassen, daß ihnen nunmehr bekannt sei, daß Köhler in einem nicht näher beschriebenen Kreis im Zusammenhang mit der Bundestagswahl Möglichkeiten für einen Anschlag so unter anderem ein Attentat auf dem Oktoberfest diskutiert habe. (Frankfurter Rundschau, 14.11.80).

Zweifel an der Verantwortlichkeit der faschistischen Gruppen weckt für uns auch die Art des Anschlages. Die BRD ist nicht Italien, wo solchen Anschläge und die Strategie der Spannung eine ganz andere Tradition haben bzw. immer schon Mittel der Innenpolitik gewesen sind. Der Münchner Anschlag entspricht nicht dem, was die Faschisten im letzten Jahr gemacht haben. Sie haben sich an die ausländerfeindliche Stimmung angehängt und vereinzelt antisemitische Aktionen wie auch solche gegen Linke und die DDR gemacht. Der Münchner Anschlag steht jedenfalls in keinem erklärbaren Verhältnis zu den sonstigen Aktionen.

Aufschlußreich ist auch, daß zu wesentlichen Einzelpunkten der Ermittlungen bisher noch keine endgültigen Erklärungen abgegeben wurden. Während nach Aktionen von RAF oder RZ bis in die kleinsten Einzelheiten Waffen, Munition, Zündmechanismen, Vorgehensweisen erörtert wurden, fehlen im Fall des Münchner Attentats bisher plausible Erklärungen

zur Herkunft der Bombe bzw. Granate und ihre Beschaffenheit

zur Beschaffenheit des Zündmechanismus

zur vorzeitigen Explosion.

Bombe und Zünder

militärisches Material

Zur Beschaffenheit der Bombe wurde extrem Widersprüchliches verbreitet. Während im Stern vom 9.10. Sprengstoffexperten des BKA erklären

Hier haben Fachleute den Sprengkörper vorher zerlegt und mit zusätzlichen Metallteilen gefüllt, um die Splitterwirkung bei der Explosion zu erhöhen, liest es sich in der Zeit ganz anders

Der Typ der britischen Mörsergranate, die Köhler benutzte, wurde bis 1970 bei der Rheinarmee gelagert. Der Attentäter hatte einen eigenen Zünder eingebaut, die Granate in einen Feuerlöscher gesteckt, in den er Soll-Bruchstellen gefräst hatte, um damit die Sprengwirkung zu erhöhen.

Ebenfalls die Zeit hat in einer kleinen Notiz die bisher einzige halbwegs nachvollziehbare Erklärung zur Beschaffenheit und vorzeitigen Explosion des Zünders geliefert. Danach hat Köhler offensichtlich einen Handgranatenzünder mit einer Normalverzögerung von 20 Sekunden benutzt. Grund der vorzeitigen Explosion war nach Vermutungen der Zeit, daß die Zündschnur brüchig war und dadurch ohne Verzögerung explodierte. Auch dies ist keine endgültige Erklärung, denn eine brüchige Zündschnur funktioniert im Normalfall überhaupt nicht. Völlig ungeklärt ist bis heute, wie Köhler an Granate und Zünder gekommen ist. In 2 Fällen wurden Nazis, bei denen typengleiche Mörsergranaten gefunden wurden, wieder freigelassen. Im ersten Fall handelt es sich um einen der zunächst festgenommenen Hoffmann-Leute. Im anderen um einen Karl-Heinz D. aus Düsseldorf, in dessen Wohnung ein umfangreiches Waffenlager gefunden wurden, darunter sieben Granaten vom Kaliber 10,7 cm. Es ist nicht falsch, davon auszugehen, daß es sich bei diesem Menschen um einen bekannten Waffenlieferanten der faschistischen Szene, aber gleichzeitig um einen mit den Bullen kooperierenden Informanten handeln muß. Anders ist seine umgehende Freilassung nicht zu verstehen. Die Bestandteile der Bombe und der Zünder verraten eine deutlich militärische Prägung. Die durch den Zündmechanismus notwendige Art der Zündung ist die des heroischen militärischen Einzelkämpfers,

bei dem es nicht darauf ankommt oder sogar gewünscht ist, daß der Bombenwerfer von Hunderten von Leuten gesehen wird. Das militärische Material und die damit notwendige Form der Aktion passen ganz und gar nicht dazu, wie uns Köhler geschildert wird und was wir von seinem Leben erfahren haben. Köhler wird als Einzelgänger beschrieben, als kontaktarm, schüchtern, unselbständig. Als 21jähriger wohnt er noch bei seinen Eltern. Sein Vater, CSU-Mitglied und früherer Bürgermeister des Ortes, war Respektsperson.

In einer Erklärung wiesen seine Eltern im übrigen darauf hin, daß Köhler seit fünf Jahren keinen Kontakt mit Hoffmann gehabt habe.

Wie könnte es gewesen sein?

Wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß Köhler gezielt von Mitarbeitern eines Sicherheitsdienstes angesprochen und geführt wurde. Dem MAD war bekannt, daß Köhler den Kontakt mit Hoffmann gesucht hatte, um eine eigene örtliche Wehrsportgruppe zu gründen und sich bei Sprengstoffexperimenten verletzt hatte. Die Isolation Köhlers und seine autoritäre Struktur, sein blinder Tatendrang machen ihn zu einer idealen Zielperson für eine nachrichtendienstliche Operation und anfällig für eine weitergehende Funktionalisierung. Es ist durchaus möglich, daß Köhler von einem Sicherheitsdienst angemacht und benutzt wurde, ohne daß er es bemerkte. Man kennt solche Fälle, wo auf der Kameradenebene mit staatlichen Mitarbeitern verkehrt wird.

Es mag sein, daß Köhler zunächst nur mit dem Ziel angesprochen wurde, über ihn einen weiteren Einstieg in die faschistische Szene zu haben. Eine Aktion wie das Münchner Attentat ist sicher nicht von dem gesamten Apparat eines Dienstes getragen worden. Vielleicht gibt es inzwischen beim BND, MAD oder Verfassungsschutz eine Abteilung für unkonventionelle Methoden wie die Mordabteilung früher bei der CIA genannt wurde. Wir halten es jedoch für wahrscheinlicher, daß sich rechte und faschistoide Bullen von ihrem Apparat und der rechtsstaatlichen Tour eines Herold verselbständigen und Privatpolitik betreiben. Diese Sorte von Bullen hat sich besonders in dem in der Nähe von München ansässigen BND sowie dem sonstigen bayrischen Staatsschutz gesammelt.

Es ist nicht auszuschließen, daß auf einer informellen Ebene Kontakte zwischen Leuten aus dem Sicherheitsbereich und einzelnen Politikern stattgefunden haben, bei denen angedeutet wurde, daß da was laufen wird. Das Timing der Hysteriekampagne, die Konzentrierung des Wahlkampfes auf Baum, der Zeitpunkt des Anschlages und die ersten Reaktionen der Politgangster sprechen zumindest für eine gewisse Koordinierung. Das ausschlaggebende Motiv für Köhler, seine Kontakteleute, Bullen und Politiker wird die Einsicht gewesen sein, daß nur noch eine solche Aktion den Wahlsieg von Strauß möglich macht, daß darüber hinaus auch langfristig eine offen reaktionäre Position sich nur dann durchsetzen kann, wenn das innenpolitische Klima verändert wird.

Fassen wir zusammen:

Strauß und führende Mitglieder der CSU reagieren in der politischen Logik dieses Anschlages. Von langer Hand war eine Kampagne geführt worden, die auf eine große Terroraktion vorbereitete. Nur der Tod Köhlers und seine sofortige Identifizierung verhindern, daß dieser Anschlag linken Gruppen in die Schuhe geschoben wird, wie es geplant war.

Die bayrischen Behörden behindern die Ermittlungen und vertreten die These, Köhler sei ein Einzeltäter gewesen.

Es gibt erhebliche Zweifel an der alleinigen Verantwortlichkeit faschistischer Gruppen.

Herkunft von Bombe und Zünder sind nicht geklärt.

Köhler war eine Figur, die sich für eine nachrichtendienstliche Operation geradezu anbot; dies würde auch den Widerspruch von Köhlers Persönlichkeit und der Art der Aktion erklären helfen.

Natürlich sind ein großer Teil unserer Überlegungen spekulativ, aber die Wirklichkeit hat in den vergangenen Jahren regelmäßig unsere schlimmsten Vorstellungen übertroffen.

Die der CSU und Strauß nahestehenden Kräfte würden damit eine Entwicklung nachvollziehen, die es in fast allen anderen Ländern auch gegeben hat: die Verselbständigung staatlicher Politiker, die Strategie der Angst und Spannung, die Entwicklung von Terrorkommandos aus dem Polizeiapparat heraus. Wir halten eine solche Entwicklung nicht für ausgeschlossen, sie ist in den politischen Reaktionen auf den Münchner Anschlag bereits angelegt. Die Warnung vor einer solchen Entwicklung soll nicht zu voreiligen Schlüssen führen. Nach wie vor ist für die Entwicklung eines revolutionären Widerstandes die von SPD/FDP und großen Teilen der CDU betriebene Politik institutionalisierter Herrschaft und verrechtlichter Gewalt von vorrangiger Bedeutung. Die Entwicklung eines von Geheimdiensten organisierten und von parlamentarischen Rechten propagandistisch genutzten sowie der außerparlamentarischen Rechten konkret mitgetragenen Terrorismus würde sich in erster Linie direkt gegen Linke richten und die politischen Bedingungen weiter verschlechtern. Auch dies wäre jedoch eine Erscheinungsform des Zerfalls des Modell Deutschland.

Die Linke zu München

no future

Die Reaktion der deutschen Linken war schlimm, aber bezeichnend. Während es in Italien und Frankreich zu breiten antifaschistischen Mobilisierungen gegen den Staat kam, hat es in der BRD praktisch keine Reaktionen gegeben. Wenn auch die Mobilisierung in Italien und Frankreich kein Maßstab sein kann, so sind doch das vollkommene Schweigen hier, das Fehlen von wirklicher Betroffenheit, die Begriffslosigkeit, das Verdrängen und Wegschieben ein Vorgang ohne Beispiel. Die Taz immer noch Ausdruck von vor allem Gefühlen, aber wenig Gedanken eines Großteils der Linken sitzt völlig der Katastrophen- und Schicksalsstimmung, dem Gefühl teutscher Götterdämmerung auf. Die einst von frankfurter und berliner Spontikreisen geforderte Rückbesinnung auf den eigenen Bauch findet in dieser Sprachlosigkeit ihren Endpunkt, symbiotisch verbunden mit der Rückbesinnung auf die inneren Werte der Pornographie.⁵⁵ Das Blatt⁵⁶ in München stand ehrlich, aber dennoch kokettierend mit unbedruckten Seiten zu seiner Ratlosigkeit. Schlimm ist es dennoch, wenn Peter Schult⁵⁷, der es wie die anderen besser wissen müßte, zunächst die RAF als Urheber des Anschlages befürchtet (Taz) und damit sicherlich nicht allein steht. Das völlige Versagen dieser Linken ist auch ein Resultat ihres wutschnaubenden Feldzuges der Jahre 76/78 gegen RAF und RZ. In der Stunde des beginnenden wirklichen Terrorismus sind sie stumm und durch die bürgerliche Propaganda konditioniert.

Wer sich so wie es in der Linken, der Scene stattgefunden hat Denken, Fragen und Protestieren verbietet, hätte sich vor 40 Jahren auch nur in die innere Emigration begeben und die Haustür den Antifaschisten, Juden, Schwulen und Zigeunern verschlossen. Die 68er-Generation hat endlich zu ihren Eltern und Großeltern aufgeschlossen.

Der Widerstand wächst Hausbesetzungen

Billiger Wohnraum wird durch Abriß und Modernisierung unwiderruflich zerstört bzw. brachgelegt, weil private Hausbesitzer ebenso wie die großen Wohnungsbaugesellschaften mit Blick auf die Neuperplanung der Städte auf das dicke Geschäft mit Grund und Boden setzen.

Untersuchungen haben ergeben, daß sich die Entwicklung von innen nach außen um den Kern der Städte vollziehen wird. Bisher war der teure Boden den Dienstleistungsbereichen vorbehalten. Die Verringerung des Wohnraums durch Abriß führte aber zu einer Verödung der Innenstädte. Um dem entgegenzuwirken, wird heute in der City teurer Wohnraum geschaffen, der den besseren

Bevölkerungsschichten vorbehalten bleibt. Durch Modernisierungsmaßnahmen und Sanierung werden die Innenstädte gesindelfrei gemacht. Für die neuen modernen Großstädte werden andere Menschen gebraucht, die dem Angebot der innenstädtischen Versorgung würdig sind, die die Vorteile der City nutzen, die sich in den aufgemotzten Einkaufszentren sehen lassen können, die das Geld haben, in den teuren Boutiquen einzukaufen. Die Luxusapartements für die neue Generation der Singles aus dem gehobenen Mittelstand und die nostalgisch aufgemachten, mit Stuck verzierten Großraumwohnungen für einstige Kommunarden. Der Ausschluß der Gesellschaft, die Ausländer, die Arbeitslosen, die Sozialhilfeempfänger und auch die jugendlichen Jobber hingegen werden an den Rand gedrängt. Sie werden wie vor allem die Ausländer in die zukünftigen Abrißprojekte verschoben, damit der Hausbesitzer aus ihnen noch Profit ziehen kann, ehe er zum Kahlschlag ausholt, das Haus wegsaniert, um dann an derselben Stelle einträglichere Betonpaläste hochzuziehen. Die andere Seite der Medaille sind die Trabantenstädte an der Peripherie, die von den Wohnungsbaugesellschaften in der Blütezeit ihrer Spekulationspraktiken hochgezogen wurden. Diese Wohngettos werden die Slums von morgen sein eine Tendenz, die den ursprünglichen Planungen für diese Betonsilos entgegentläuft. Entworfen als profitable Wohneinheiten für die Gesamtbevölkerung, in der es keinen Klassen mehr gibt und deren Begriff von Wohnqualität sich am Vorhandensein von Zentralheizung und Badezimmer misst (so jedenfalls die Vision der Planer in den 60er Jahren), sind die Trabantenstädte mehr und mehr zu einem sozialen Pulverfaß geworden. Dies nicht nur aufgrund der sozialen Zusammensetzung der dort eingepferchten Menschen, sondern auch aufgrund der Auswirkungen, die die Lebensqualität Beton auf die Köpfe der Menschen hat.

Die Trabantenstädte werden zu Mitteln der Aussonderung und Kontrolle der nicht mehr vernutzbaren Menschen. Wo die Herausbildung von Slums durch die Verhängung von Zuzugssperren nicht zu bremsen ist, wird versucht, die Bewohner des Gettos nach Gesichtspunkten optimaler Kontrolle zu sammeln. Die entscheidenden Kontrollfunktionen in diesen Vierteln übernehmen Bullen, Sozialarbeiter, das Arbeits- und das Sozialamt. Offensichtlich ist, daß die Planungen der 60er zur sozialen Befriedung nicht hingehauen haben. So ist denn auch die Tatsache, daß das BKA auf seiner vorletzten Jahrestagung die Situation in den Wohnsilos zum Leitthema gemacht hat, eher ein Zeichen von Ratlosigkeit als Ausdruck dafür, daß die Durchplanung der Gesellschaft mit architektonischen Mitteln bereits gelungen ist.

8 Jahre RZ 8 Jahre bewaffneter Widerstand

8 Jahre RZ Revolutionäre Zellen sind

8 Jahre Kampf für Freiheit und gegen Unterdrücker!

Bei dem Versuch der Befreiung deutscher Genossinnen und Genossen aus den Trakten, palästinensischer Kämpferinnen und Kämpfer aus den zionistischen Konzentrationslagern wurden 1976 unsere Freunde Boni Böse und Brigitte Kuhlmann getötet.

8 Jahre RZ sind 100 Angriffe mit Waffen und Sprengstoff, Feuer und Flamme, List und Tücke

1973 gegen die Schweinebande ITT in Nürnberg und Berlin

1974 Chilenisches Generalkonsulat Berlin, EL Al in Frankfurt -

1975 Bundesverfassungsgericht Karlsruhe, 100.000 Falsche Fahrkarten Berlin, Fahrkartenautomaten Frankfurt/Köln/Stuttgart/München

1976 Oberlandesgericht Hamm, Spekulantensau Kaussen Köln, US-Offizierskasino Frankfurt, Schwarzfahrerkartei Frankfurt

1977 Schwarzfahrerkartei Berlin, MAN Nürnberg, Bundesärztekammer Köln

1978 Arbeitsamt Frankfurt, Bundesanstalt für Zivildienst Köln, Wachkommando Nord Stade, Bürgermeister Delorme Mainz, US-Kaserne Garlstedt

1979 Sexshops, Israelische Exportfirma Frankfurt, Wetteturm Arhaus

1980 Bundesamt gegen Arbeitslose Nürnberg, Spekulantenanwalt Köln, Kreiswehrrersatz München

1981 das würdet ihr gerne wissen

1982 ... 1983 ... 1984 ... 1985 ... 1986 ... tik tik tik, bis wir ganz viele geworden sind und gewonnenen haben.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Aktion gegen den Sozialdezernenten Delorme, Mainz (Juni 78)

Wer die Wohnungen anderer abreißen läßt oder ihnen das Leben darin unerträglich macht, darf sich nicht wundern, wenn sein eigenes Haus nicht davon verschont bleibt.

Heute Nacht haben nicht Abreißkolonnen des Sozial-Dezernenten, an die sich alle Mainzer gewöhnt haben, wieder einmal zugeschlagen, um ein paar Familien das Dach über dem Kopf wegzureißen, sondern wir haben eine eigene Kolonne aufgestellt, um dem für die rigorose Zerstörung der Altstadt und den Aufbau einer Geisterstadt verantwortlichen Delorme einen Denkmalszettel zu geben. Gleichzeitig geben wir ihm ein neues Arbeitsfeld zur völligen Entfaltung seiner zerstörerischen und planerischen Fähigkeiten jetzt kann er anfangen, sein eigenes Grundstück zu sanieren. Vielleicht reißt er sein eigenes Haus ab und baut sich einen Bunker, in dem er sich sicher fühlen kann.

Die Machtarroganz, mit der dieser Bürgermeister seit Jahren sein Werk betreibt, und die demütigenden Erfahrungen, daß durch Eingaben und Diskussionen mit den Behörden nichts erreicht wird, zeigen, daß wir uns mit anderen Mitteln zur Wehr setzen müssen. Was diese Politik der Stadt Mainz für die Betroffenen bedeutet und mit welcher Unverschämtheit sie durchgesetzt wird, zeigen folgende Beispiele:

Als Aufsichtsratsvorsitzender der Wohnungsbaugesellschaft und Bürgermeister hat Delorme sein wahres Gesicht gezeigt: In einem Großprojekt läßt er die ganze Altstadt abreißen, um eine Schnellstraße, Park-, Büro- und Kaufhäuser, Eigentumswohnungen und Exklusivläden in schönstem Beton aufzubauen. Das bedeutet, daß Großfamilien und intakte Wohn- und Lebensstrukturen innerhalb der Altstadt zerstört wurden. Für viele heißt es und besonders davon betroffen waren Rentner, Ausländer, kinderreiche Familien und Studenten raus aus den billigen Wohnungen, die man sich leisten konnte, um dann entweder teure Neustadtwohnungen zu nehmen oder obdachlos zu werden. Der Wohnwert wird in den sanierten Gebieten gleich Null. Ständige Lärmbelästigungen, häufig frequentierte Straßenzüge durch Park- und Kaufhäuser machen das Leben dort unerträglich. Die Folgen davon sind: eine Stadtflucht, die die Städte immer mehr zu reinen Konsum- und Verwaltungszentren werden läßt, während das Leben in den riesigen Betonkäfigen zur Vereinsamung führt, die alle sozialen Kontakte unmöglich macht. Für diese menschenfeindliche Politik, die die Spekulanten und die Konsumindustrie den wirtschaftlichen Nutzen des Grund und Bodens voll ausnutzen läßt, ist Delorme in erster Linie verantwortlich.

Wohl nicht ein Zufall ist es, daß dieser Delorme auch noch für die Obdachlosensiedlung Zwerchallee und andere langsam in slumartige Zustände hineinwachsende Stadtteile zuständig ist. Die von ihm eingeleitete Verelendung vieler Familien wird als deren selbstverschuldete Situation hingestellt, aus der sich niemand bemühen würde, herauszukommen.

Gerade diese Folgerung zeigt die Arroganz auf, mit der er Politik macht: Obdachlos bedeutet nämlich, keine Arbeit zu bekommen, kriminell zu werden, um genügend zu essen zu haben und sich durchsetzen zu können. Es bedeutet, in einer Ghettosituation außerhalb der Stadt und der übrigen Stadtbewohner zu leben. Das heißt, sich ständig durch Bitten und Betteln aus dem Rathaus ein paar Pfennige zu holen. Es bedeutet, sich ständig in menschenunwürdigen Behausungen (z.B. müssen Familien mit 6 Kindern in 2 1/2 Zimmern leben) und unhygienischen Verhältnissen aufzuhalten, wodurch Krankheiten oft seuchenartige Ausmaße annehmen. Schließlich bedeutet es für die Kinder und Jugendlichen, in Sonderschulen ausgebildet zu werden, um sich danach, wenn man Glück hat, als Hilfs- oder Gelegenheitsarbeiter in den mörderischen Prozeß der Produktion eingliedern zu müssen.

Überdies wurde Jugendlichen von Delorme nach langem Kampf endlich ein Haus für ein Jugendzentrum in Selbstverwaltung versprochen, obwohl er wußte, daß das Haus abgerissen werden sollte. Trotz Erfahrungen mit seiner Hinhaltetaktik glaubten die Jugendlichen, endlich ihr Ziel erreicht zu haben. Der Zeitpunkt für die Übergabe des versprochenen Hauses war jedoch so gewählt, daß er in die Urlaubszeit fiel und viele Jugendliche nicht da waren, als Delorme heimlich verfügte, das versprochene Haus abzureißen. Der Platz war im Zuge der Stadtsanierung notwendig geworden. Durch den Zeitgewinn und durch die demoralisierende Wirkung dieses Vorgehens zerbrach die Bewegung in viele Teile, so daß sich Delorme auch noch als derjenige hinstellen konnte, der eigentlich richtig gehandelt hätte, da man ja jetzt sähe, wie unwichtig dieses Zentrum für die Jugendlichen eigentlich gewesen sei.

Wir haben versucht, dem Delorme für seine Machenschaften einen Denkkzettel zu verpassen. Diese Herren sollen nicht glauben, daß sie ungeschoren davonkommen und daß wir uns ständig von ihnen bevormunden lassen. Es gibt viele einfache Mittel und Wege, sie zu bestrafen und anzugreifen.

Das Geschrei (nur durch ein Zufall ist keiner dabei umgekommen, was wäre geschehen, wenn ...), das schon bei ähnlichen Aktionen in der Presse anfing, läßt uns kalt. Wir haben nur so viel gemacht und werden immer nur so viel machen, daß wir ausschließen können, einen Unschuldigen zu treffen. Mehr haben wir dazu nicht zu sagen.

Friede den Hütten, Krieg den Palästen!

Anschlag auf die Neue Heimat in Berlin (März 82)

Seit Jahren suhlt sich im Schweinepfehl der Wohnungsbaugesellschaften ein ganz besonderes fettes Schwein die gemeingefährliche Neue Heimat. Gegen ihr Berliner Verwaltungsgebäude haben wir heute Nacht einen Anschlag verübt.

Es ist besonders widerlich, wenn ein gewerkschaftseigener Konzern seine Klienten dermaßen beschleißt, wie das die NH seit Jahren tut. Nicht nur die persönliche Bereicherung bis in die letzte Managementstufe, sondern auch das Verhalten als Wohnungseigentümer ist ekelerregend. Nach den Spiegel- Veröffentlichungen erübrigt sich dazu jedes weitere Wort.

Die NH hat frühzeitig angefangen, mit dem BKA zusammenzuarbeiten, um Kontrollmöglichkeiten über abweichendes soziales Verhalten Randständiger in Neubaugebieten zu untersuchen. 1979 nahm das Vorstandsmitglied Vormbrock an einem Seminar des BKA zum Thema Städtebau und Kriminalität teil. Beispielhaft war die NH- Siedlung Osterholz-Tenever. (Einzelheiten in: Autonomie Neue Folge Nr. 358). Die erstaunlich gute Zusammenarbeit mit den Bullen und dem Senat trug in Berlin dann auch besondere Früchte. Die Vorreiterrolle der NH bei den großangelegten Räumungen im Sept. 81 ist keineswegs vergessen. Und schon plant sie laut Zitty59 zehn weitere Räumungen, offensichtlich will sie rechtzeitig bis zum Ablauf des Oster-Moratoriums wieder mit dabeisein.

Unter anderem diese ständigen Räumungsdrohungen und der Bullenterror zeigen Wirkung: Anders als 81 gibt es bei einigen Häusern eine Rette-sich-wer-kann-Stimmung es soll verhandelt werden. Damit gehen viele Ziele baden, über die Gefangenen aus dem Häuserkampf reden nur noch wenige, der Autonomiegedanke wird ans Netzwerk60 verkauft. Dem Senat ist es gelungen, die Bewegung einzugrenzen, es gibt keine gemeinsame Perspektive mehr, sondern nur noch persönliche Einzellösungen. Ein Vertrag ist keine Formsache, es werden Mietverhältnisse einkehren, es werden Verhandlungen über Modelle folgen, die Eigentumsfrage ist im Sinne der Eigentümer gelöst, man spricht ihre Sprache. Die Sanierungspolitik wird mitgemacht, der Sanierungsträger heißt nicht NH, Samog usw. sondern Netzbau GmbH und Co. KG, Solidarität heißt Selbsthilfe und kann abgerechnet

werden.

Wo es im Wohnungskampf schließlich eher um Sozialwohnungen für Sozialfälle ging und nicht mehr um ein Absolutes daß Menschen sich auch militant nehmen, was sie brauchen, dabei auf Vorschriften, Behörden und Institutionen pfeifen und exemplarisch den Machtzusammenhang durchschlagen, damit ihn ein winziger Teil gerechter Strafe für seine Schandtaten in der dritten Welt ereilt wo also das dem unmittelbaren materiellen Bedürfnis transzendente politische Moment verloren hat, da war auch der Wohnungskampf unter die Kategorien von Kosten und Nutzen subsumiert. Damit aber war er verloren. Es ist Unfug, für eine Wohnung in einer militanten Konfrontation mit der Polizei Kopf und Kragen zu riskieren, die man individuell mit ein paar Überstunden finanzieren und durch Buckelei bei Behörden, Maklern und Vermietern auch bekommen kann und in der man dann auch nicht viel glücklicher ist.

Der Umstand, daß alle Leute gerne bessere und billigere Wohnungen hätten, gab den Hausbesetzern die trügerische Gewißheit, ein Masseninteresse zu vertreten. Also erwarteten sie die Solidarität der Massen im Kampf. Sie vergaßen dabei, daß dieses Interesse für sich genommen kein revolutionäres ist, daß aber die Massen nur als Revolutionäre wirklich kämpfen. Als Pressure-Group haben nur die schon Mächtigen Erfolg. Die Ohnmächtigen machen sich in dieser Form zum Gespött. Die Revolutionäre haben in den Metropolen keine andere Macht als die Erkenntnis, wie verkehrt die Gesellschaft ist, und ihre eigene Entschlossenheit, diese zu ändern. Alles andere ist unglaubwürdiges Anbieten, leere Drohung, durchschaubares Erpressungsmanöver Geschwätz. Die optimistische Machtprotzerei ist zutiefst resignativ.' (Wolfgang Pohrt, Ausverkauft)

Schafft viele Revolutionäre Zellen

Anschlag auf die Wohnungsbaukreditanstalt, Berlin (April 83)

Seit Monaten stehen die Aktivisten im Berliner Häuserkampf mit den Rücken zur Wand. Haus um Haus wird geräumt, aus baupolizeilichen Gründen gesperrt oder durchsucht.

Häuserkampf und Widerstand 83? Unsere anfänglichen Vorstellungen, in diesem Bereich gesellschaftlicher Ausbeutung und Demütigung könne sich über die ersten Ansätze hinaus eine starke sozialrevolutionäre Bewegung entwickeln, haben sich als weit aufgeschoben erwiesen. In dem Maße, wie die einst phantasievolle massenhafte Bewegung auf die in den besetzten Häusern Lebenden zusammengeschrumpft ist, hat sich die Frage wie geht es weiter im Häuserkampf? auf das Überleben in den besetzten Häusern reduziert, ob mit oder ohne Vertrag.

Dieser Prozeß zunehmender Desorientierung wurde sich durch verstärkte Kriminalisierung und Bullenterror forciert, aber damit allein den Zustand der Bewegung zu erklären, ist nur die halbe Wahrheit. Der andere Teil ist die Entwicklung einer Bewegung, die es anfangs verstand, die wohnungspolitische Betroffenheit breiter Bevölkerungskreise miteinzubeziehen, sich aber dann auf eine militante, nur die Hausbesetzer umfassende Interessensvertretung reduzierte.

Um an die Hintergründe und Hintermänner der Stadtzerstörung zu erinnern, haben wir heute Nacht in der Vorstandsetage der Wohnungsbaukreditanstalt eine Bombe zum Platzen gebracht.

Aktion gegen den Leiter des Liegenschaftsamtes, Frankfurt (Mai 82)

Müller-Helms, Chef des Frankfurter Liegenschaftsamtes, ist das typische Karriereschwein, das sich auf den Elend und dem Rücken der einfachen Leute in Wallmanns61 Männerchor Sprosse um Sprosse hochhangelt.

Bereits als Assessor in den Dienst der Stadt, meint dieser junge Mann, durch Gewaltakte und Erpressung gegen die Bewohner verschiedener Frankfurter Stadtteile seinen Weg nach oben beschleunigen zu müssen.

Schlagzeilen machte er kürzlich, als am 5.4.82 nach seiner Anweisung und unter seiner Regie Wohnungen im Westend, Niederau 57, kurz und klein und unbewohnbar geschlagen wurden. Ganz im Sinne der Besitzerin, der Deutschen Bank, die, ihre Profite im Auge, offensichtlich nicht gewillt war, den gerichtlich angeordneten Räumungstermin 30.4. abzuwarten. Die Deutsche Bank wird's ihm danken und neben einem bescheidenen Taschengeld auch etwaige Geldstrafen (sofern es diese überhaupt geben sollte) übernehmen.

Weniger Schlagzeilen machen bis jetzt die unter seiner Leitung laufenden Versuche, auch den alten Ortskern von Bornheim und das Nordend kaputtzusanieren. Dort werden die Alteingesessenen von Kaufangeboten bedrängt, die die Bahn freimachen sollen für die Gewinne des lohnende Objekte planenden Spekulantengesindels. Die Menschen, die dort teilweise ihr Leben lang wohnen und weiterwohnen wollen, sollen vertrieben werden, um Platz zu machen für gutverdienende und gutbezahlende Mittelklässler.

Daß derlei Handeln für die Verantwortlichen nicht ohne Folgen bleibt, kann sich Müller-Helms und nicht nur der nun überlegen.

Heute hat in F.-Harheim nur sein Mercedes gebrannt.

Anschlag gegen die Firma Texas Instruments, Nürnberg (Februar 83)

Aus Solidarität mit allen NATO-Kriegsgefangenen, so Christian Klar, Adelheid Schulz und Brigitte Mohnhaupt62, so Helga Roos63 oder auch die Besetzer des Kölner Türkei-Konsulats64 von Dev Sol, was als Grund für das Verbot der Revolutionären Linken herhalten mußte, sowie aus Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker im Nahen Osten und in Mittelamerika, erklären wir uns verantwortlich für den Brandanschlag in der Nacht zum 13.2.83 auf den multinationalen US-Konzern Texas Instruments.

Warum wir uns gerade dieses Objekt ausgesucht haben, brauchen wir sicher nicht zu erklären, da Texas Instruments natürlich einen Ausdruck des US-Imperialismus darstellt.

Zur Aktion selbst noch ein paar Worte: wir haben in dem Bewußsein gehandelt, daß alle revolutionären Kriegsgefangenen, also die kämpfenden Menschen, die der Apparat irgendwann mal gecashat hat, schärfsten Bedingungen ausgesetzt sind.

Konkret heißt das: Isolationsfolter, Psychiatrisierung, Selbst-Gemordete etc. immer mit dem einzigen Ziel, die Identität zu zerstören und seinen Widerstand zu brechen.

Anschlag gegen das Justizvollzugsamt Hamm (November 83)

Das Justizvollzugsamt Hamm verwaltet die Knäste in Westfalen, die Zuchthäuser Werl, Bochum, Hamm, Bielefeld u.a.m. Zwischen dem Justizministerium und den einzelnen Knästen bestimmt es den Alltag im Knast, der dann zusätzlich von der Willkür und Bösartigkeit oder aber der Rücksichtnahme der einzelnen Wärter, Knastärzte und Knastkommandanten ausgefüllt werden kann.

Das Justizvollzugsamt ist eine Institution, in der sich die Eichmann-Mentalität⁶⁵ hartnäckig behaupten kann. Jene Haltung, doch nur seine Pflicht zu tun, nur Gesetze und Verordnungen zu vollstrecken, damit aber nach Aktenlage über das Leben Tausender von Gefangenen zu entscheiden, nichts anderes zu sein als Schreibtischtäter!

Sie bauen darauf, daß ihre Handlungen im Dickicht des bürokratischen Gestrüpps anonym bleiben, daß die Gefangenen isoliert und vereinzelt ihren Schikanen relativ wehrlos ausgesetzt sind.

Unser Anschlag auf das Gebäude des Justizvollzugsamtes sollte nicht so mißverstanden werden, daß nicht auch die Verantwortlichen für die kleinen und großen Schikanen bekannt wären.

Dies gilt in besonderem Maße für unseren Genossen Klaus Viehmann⁶⁶, der wegen der Enteignung von 6 Millionen von einer österreichischen Kapitalistenfamilie und der Befreiung politischer Gefangener verurteilt wurde.

Aktion gegen Firma Kreuzer, Bonn und Firma Koch, Gütersloh (August 84)

Knastkampf drinnen und draussen!

Der Knastkampf in Bielefeld und Preungesheim hat uns erneut klargemacht, wie wichtig der Kampf gegen die zerstörerischen Haftbedingungen ist, für die Gefangenen, aber auch für uns hier draußen. Und das nicht nur, weil viele zunehmend vom Knast bedroht sind, sondern weil Knast und freie Gesellschaft immer mehr zu einem einheitlichen Geflecht von Zwang, Auspressung und Zerstörung verknüpft werden

In den Knast kommt, wer die Normen verletzt, besonders die, die das kapitalistische Eigentum nicht respektieren und über Verweigerung und Aneignung ihr Leben reproduzieren. Ca. 60.000 Menschen hat dieser Staat zur Zeit eingeknastet und es werden immer mehr, denn in Krisenzeiten ist selbst der angepriesene Weg zur freiwilligen Ausbeutung für viele versperrt. Zudem haben Werte wie Beruf, Ausbildung, Arbeit an Bedeutung und damit an Integrationskraft verloren.

Auf diese neue gesellschaftliche Situation stellt sich auch das Knastsystem ein, der Staat baut um:

Mit Mitteln des Zwangs, mit einem abgestuften System von Belohnung und Bestrafung und nach einem genauen, nach technischen Abläufen geplanten Alltag soll die Identität der Gefangenen gebrochen werden, damit sie funktionsfähig für dieses System sind oder zumindest kontrollierbar.

Mit modernsten technischen Mitteln von Isolation, Kontrolle und Überwachung wird jede Lebensäußerung festgehalten, um sie den breit angelegten Erziehungsprogrammen zu unterwerfen.

Knast ist also nicht das Ende der Repressionskette, sondern integrierter Bestandteil kapitalistischer/imperialistischer Systeme. Der Kampf dagegen ist eine Sache von drinnen und

draußen.

Auch wenn die Mauern hoch sind, Knast ist kein abgeschlossenes Gebilde, außerhalb der eigentlichen Gesellschaft, sondern kann nur funktionieren, indem gesellschaftliche Institutionen, Firmen, Personen Knast von außen aufrecht erhalten: von Ärzten, Psychologen, Bullen, Schießern, die sich nach ihrem Tagwerk in nette Nachbarn verwandeln und so tun, als wär nichts gewesen. Oder Architekten und Bauunternehmer, die immer sachlich an Verbesserungen der Einmauerung arbeiten oder modernste Kanzeln mit Schießscharten für noch bessere Kontrolle und Mord in die Mauerecken setzen. Auch die Lebensmittelhändler, die mit ihrem vergammelten Gemüse, das sie draußen nicht mehr loswerden, sich drinnen dumm und dämlich verdienen. Vor allem aber honorige Firmen, die mit unsichtbaren Abteilungen in fast alle Knäste der BRD investiert haben und sich an der Knastarbeit bereichern.

Wir haben zwei dieser Firmen angegriffen: am 5.8.84 haben wir bei Firma Kreuzer einen LKW in Brand gesteckt und am 11.8.84 haben wir bei Firma Koch einen Sprengsatz gezündet.

Firma Koch in Gütersloh läßt als Subunternehmer den größten Teil der Produktion in Knästen besonders in Hochsicherheitstrakten herstellen. Heimarbeit und Knastarbeit sind die Produktionsformen, aus denen die Firma Koch ihre Profite zieht.

Firma Kreuzer läßt seit Jahrzehnten in den Knästen und der Psychiatrie produzieren Kugelschreiber zusammenzusetzen ist typische Knastarbeit. Anfang des Jahres wurde Kreuzer von der Firma Toteck aus Düren übernommen. Mit der Drohung eines Konkurses konnte die Hälfte der Belegschaft draußen entlassen und die Löhne der übrigen gekürzt werden. Dadurch ist es für die jetzige Besitzerin möglich, durch die weitere Verlagerung der Produktion in Psychiatrie und Knast die Mehrwertauspressung sprunghaft zu steigern!

Unter härtesten Bedingungen werden die Gefangenen zu Arbeiten gezwungen, die draußen zu teuer, zu gefährlich, zu dreckig sind. Arbeiten, die nur Menschen in äußersten abhängigen Situationen aufgezwungen werden können: Frauen, die durch Heimarbeit ihre Existenz sichern müssen. Arbeiten, wie sie die Frauen in den Weltmarktfabriken Südostasiens machen müssen. Zu diesen Arbeiten der privaten Wirtschaft werden 56 % der Gefangenen gezwungen, davon 60 % innerhalb und 40 % außerhalb der Knäste. Durch die Beschneidung der sozialen Lebensäußerungen und der Kontakte erscheint die Arbeit oft als einzige Möglichkeit der Betätigung. Zudem ist die Zwangsarbeit im Knast für viele die einzige Möglichkeit, um überhaupt an etwas Kohle ranzukommen, für den Einkauf.

Die wenigsten Arbeiten gehören zu den begehrteren, zu denen man oder frau nur bei Wohlverhalten eingeteilt wird. In Wäschereien, Schlossereien, Büchereien und Küche gibt es die Möglichkeit, mal mit anderen zu reden und nicht nur immer allein auf der Zelle die stumpfsinnigsten Arbeiten im Akkord zu verrichten. 3.000 Stecker oder ab in die Zelle ohne Fenster, ohne Licht, ohne Laut und Luft! Das soll dann die allerletzte Perspektive für die Überausbeutung im Knast sein. Die Firmen nützen das aus und machen sich zum Komplizen des Knastes. Nur bei Erreichung des Pensums kriegen die Knackis 5. DM bis 7, DM pro Tag, den Rest streicht die Knastverwaltung ein.

Das Arbeitszwangssystem im Knast ist der deutlichste Ausdruck, was das Kapital mit seiner Wende eigentlich anstrebt, es schaltet von den subtilen Zwängen des Sozialstaates auf ein System abgestufter Gewalt bis hin zu den Formen völliger Kontrolle und Zerstörung. Verelendung oder Zwangsarbeit auf Friedhöfen, das ist die neue Alternative für den Sozialhilfeempfänger. Überausbeutung und Deportation, das ist die Alternative für Heer illegalisierter Immigranten. Hungerlohn oder Tod im türkischen Knast, das ist die Alternative für die illegalisierten abgelehnten Asylanten.

Zwangsarbeit drinnen und draußen, Zerschlagen von kollektiven Kommunikations- und Handlungsstrukturen, Isolation und Vereinzelung im Alltag, in der Arbeit: Zellenarbeit Heimarbeit, so

daß die Menschen ihre Unterdrückung und Ausbeutung immer weniger gemeinsam erfahren, vereinzelt und gegeneinander ausgespielt werden, während die Überwachung und Kontrolle über Datensammeln und Zentralisierung immer mehr zu einem Erfassungssystem ausgebaut werden.

Der Kampf der Bielefelder Traktgefangenen hat zwei wichtige Dinge aufgedeckt. Trotz des hartnäckigen Widerstandes in verschiedenen Knästen gegen Arbeit und Überwachung, arbeitet das Knastsystem fieberhaft daran, die Techniken der Überwachung und Isolation im Hochsicherheitstrakt voranzutreiben. Dieser wird aber nicht nur gegen die politischen Gefangenen, sondern auch gegen die sozialen Gefangenen eingesetzt als politischer Angriff gegen alle, die sich gegen die Strategien des Arbeitszwangs und der Zerstörung zur Wehr setzen.

Es geht darum, diese angefangene Richtung des Knastkampfes weiterzuentwickeln gemeinsam drinnen und draußen!

Revolutionäre Zellen und Rote Zora

Aktion gegen das Fraunhofer-Institut, Duisburg (Mai 84)

Mit dem Vorsatz Sprengen wir dieses Programm im Kopf und einem Sprengsatz unterm Arm haben wir der zukünftigen Filiale der Fraunhofer-Gesellschaft in Duisburg einen nächtlichen Besuch abgestattet. Es wird manchem unverständlich sein, was wir gegen die Fraunhofer-Gesellschaft haben, wo sich doch die Politiker der Landesregierung und des Ruhrgebiets in ihrer Freude über diese gelungene Ansiedlung geradezu überschlagen und dem Ruhrgebiet dank der Zukunftstechnologien eine glänzende Zukunft versprechen.

Das Duisburger Institut soll mit ca. 100-120 Forschern auf dem Gebiet der Mikroelektronik arbeiten, d.h. sich mit dem Entwurf mikroelektronischer Schaltungen, der Systementwicklung und Systemapplikation beschäftigen.

Die Landesregierung erhofft sich langfristig in der Nachfolge des Instituts die Ansiedlung entsprechender Produktionsbetriebe, kurzfristig aber die Anwendung der Forschungsergebnisse vor allem zu Rationalisierungszwecken. Grundlagenforschung im Bereich der Mikroelektronik ist bekanntlich Voraussetzung für Industrieroboter wie auch Steueranlagen, Textverarbeitungssysteme und Heimcomputer. Von entscheidender Bedeutung ist solche Forschung für die Verfeinerung von Kriegswaffen und Kriegsgeräten: die Leistungsfähigkeit der Bordcomputer von Flugzeugen, Panzern, Schiffen und Raketen entscheiden heute über den Ausgang von Kriegen.

Das Duisburger Institut soll sich darüberhinaus durch eine Verknüpfung von privater Forschung und der Duisburger Gesamthochschule auszeichnen. Nicht nur wird der vom Siemens-Konzern sozialisierte Leiter des Instituts einen Lehrstuhl an der Gesamthochschule erhalten, es sind weitere, von der Industrie finanziert, den Fraunhofer Forschungen zugeordnete Lehrstühle im Gespräch. Neu ist dabei nicht die Verwertung von Wissenschaft fürs Kapital, sondern der unmittelbare Zugriff auf Forschungsschwerpunkte, Lehrinhalte, auf die Auswahl von Dozenten und Studenten durch die Konzerne selbst.

Die Ansiedlung des Fraunhofer Instituts mit einem Kostenaufwand von zunächst 476 Millionen DM stellt das erste sichtbare Ergebnis der von der NRW-Landesregierung für 1984 angekündigten Initiative Zukunftstechnologie dar. Neben der Ansiedlung bzw. dem Ausbau weiterer Forschungsinstitute gehören dazu ebenfalls die in mehreren Städten des Ruhrgebiets projektierten

Technologieparks und die Einrichtung staatlich finanzierter Technologietransferstellen samt und sonders mit dem Schwergewicht auf Mikroelektronik, Bio- und Gentechnologie, Kommunikationstechnologie und Energietechnik (Atom, Kohleumwandlung etc.)

Die Fraunhofer-Gesellschaft ist eine der größten und wichtigsten Denkfabriken der BRD, aufgegliedert in 30 Einzelinstitute, seit den 50er Jahren in vorderster Front in der Kriegsforschung engagiert. Sechs dieser Institute werden unmittelbar vom Verteidigungsministerium finanziert und sind ausschließlich in der Kriegsforschung tätig, andere Institute übernehmen von Fall zu Fall Aufträge des Kriegsministeriums, wie sie im übrigen auch fürs BKA und Innenministerium arbeiten. Über die 50er Jahre stellen die Propagandisten der Fraunhofer-Gesellschaft heute noch bedauernd fest Da die politische und gesellschaftliche Einstellung teilweise noch gegen Verteidigung und Verteidigungsforschung gerichtet war, sah sich die Fraunhofer Gesellschaft damals harten Angriffen und Kritiken ausgesetzt. Heute scheint das ganz anders zu sein, die zivile Forschungstätigkeit, auch Auftragsforschung wurde enorm ausgedehnt und die Verklammerung von ziviler und militärischer Forschung bleibt erklärtes Ziel der Fraunhofer Gesellschaft, weil sich beide Forschungssysteme unbestreitbar gegenseitig befruchten.

Jenseits aller Forschungsmythen entpuppt sich die Initiative Zukunftstechnologie als rabiates Programm der Rationalisierung, der Intensivierung militärischer Forschung, der wachsenden sozialen Krise als Klassenkampf von oben. Und sie hoffen, daß diese Politik ohne Widerstand durchgesetzt werden kann, denn der soziale Friede im Ruhrgebiet könnte zu einer geheimen Grundlage künftigen wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs werden.

Durch diese Rechnung wird ihnen ein Strich gemacht werden mit SABOTAGE im Betrieb, in Streik- und Besetzungsaktionen, mit Anschlägen wie dem heutigen.

Anschlag auf das Konsulat von El Salvador, Köln (Januar 82)

Kann einem relativ schwachen Land in der Einflußspäre einer Großmacht seine eigene soziale Revolution erlaubt werden? Antwort der USA Polen ja El Salvador nein.

Dieser Ansicht huldigen nicht nur die berüchtigten USA, sondern der gesamte kapitalistische Westen. Allein in Mittelamerika sind dafür im vergangenen Jahr 30.000 Menschen auf unvorstellbar grausame Weise um ihr Leben gebracht worden. Es ist ekelhaft, mitzuerleben, wie sich die Reihen der Macht & Medien wieder schließen, um mit ihrem falschen Geheul über das von ihren Machtkomplicen im Osten vergewaltigte Polen, die Sicht zu verstellen auf die ungleich grausameren Tatsachen, wie nämlich soziale Revolutionen im Herrschaftsbereich des Westens im Blut ganzer Völker erstickt werden sollen.

Die Revolutionären Zellen haben einen Anschlag auf das Konsulat von El Salvador in Köln gemacht: um aufzuschreiben gegen das Massaker von Morazan⁶⁷, wo vor einem Monat von der salvadorianischen Militärjunta tausend Kinder, Frauen, Arbeiter und Bauern bestialisch vergewaltigt, erschossen, zerstückelt und verbrannt worden sind. Das war nicht nur das Werk einer viehischen Soldateska, sondern ebenso eiskaltes Kalkül der dort tätigen US-Berater, die durch Massenmord an der Landbevölkerung die Grenzgebiete zu Guatemala und Honduras entvölkern wollen. Der US-Botschafter Deane R. Hinten hat nach eigenen Angaben die Operationen in Morazan vom Hubschrauber aus beobachtet.

Und auch der berüchtigte Dr. Roy Prostermann hat bei diesem Landreformprogramm seine Finger

wieder im Spiel. In Vietnam hatte er mit dem späteren CIA-Direktor Colby das Projekt Phönix verwirklicht, durch das die Landbevölkerung von Vietcong-Elementen gesäubert wurde.

Phönix-Bilanz: 45.000 Tote. (Stern)

Mit Massakern wie in Morazan sollen an den Grenzen El Salvadors menschenleere Aufmarschgebiete für die Armeen der Militärdiktaturen Guatemala und Honduras geschaffen werden, die die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti in die Zange nehmen und vernichten wollen, um damit einer Revolutionierung ganz Mittelamerikas zuvorzukommen. Auch der Zeitpunkt für diese kleine Interventionslösung (Pentagon-Jargon) steht bereits fest: vor Ende März, noch vor den Wahlen soll die gesamte bewaffnete und politische Opposition in El Salvador zerschlagen und vernichtet werden. Der US-Botschafter: Es wird vor den Wahlen noch ein Blutbad gegen wenn es überhaupt zu Wahlen kommt.

Geht dagegen jetzt auf die Straße! Tut, was in euren Kräften steht! Die soziale Revolution in El Salvador darf nicht wie in Uruguay, Chile und Argentinien zerschlagen werden! Die Nationale Befreiungsfront Farabundo Marti muß siegen!

Bekanntmachung

Hiermit möchten wir allen unseren Freunden und den Freunden des salvadorianischen Volkes bekanntgeben, daß das Konsulat und die Handelsmission von El Salvador in Köln Anfang dieses Jahres ihr schändliches Treiben eingestellt und ihre Pforten geschlossen haben.

Diesem löblichen Beschluß mußten wir allerdings massiv auf die Beine verhelfen mit einem Bombenanschlag im Januar und einem persönlich gehaltenen Schreiben an den Herrn Konsul, das ihm die Konsequenzen seines verbrecherischen Geschäfts plastisch vor Augen führte und siehe da

Konsul Bauwens erwies sich als vernünftiger Mann.

Wer sagt da noch, bewaffneter Kampf führe zu nichts?

Anschlag auf das türkische Generalkonsulat, Köln (Februar 84)

In der Nacht zum 8.2. erfreute sich das türkische Generalkonsulat eines frischen Luftstoßes. Er fegte durch die Außenmauer und Büroräume einen stattlichen Tresor von den Beinen. In Begeisterung ob der geilen Brise bedauert es das Gebäude, weiterhin stehen zu müssen. Schon vor dem Sprengstoffanschlag hatte es der Generalkonsul vorgezogen, seine Residenz in einen Kölner Vorwort zu verlagern.

Im November 82 hatten 10 türkische Asylanten das Konsulat besetzt und 60 Beschäftigte als Geiseln genommen. Grund der politische Faschismus und die nach wie vor schweinischen Verhältnisse in den türkischen Knästen und Internierungslagern.

Nach 15 Stunden wurde die Aktion abgebrochen, den Leuten wird zur Zeit in Köln gerichtlich der Strick gedreht. Allein schon aufgrund der bei diesem Prozeß abgegebenen politischen Erklärungen droht ihnen bei Verurteilung und Abschiebung in die Türkei der sichere Tod.

In diesem Zusammenhang die folgende Erklärung:

Die politisch Verfolgten und Flüchtlinge erfahren in dieser Krise wieder: sie sind noch lange nicht

gerettet, wenn sie den Staatsjägern, Folterern und Henkern ihrer Länder entkommen sind. Solange hier ein Mensch ohne die richtigen Papiere Freiwild ist, solange immer gemeiner ausgeheckte Auflagen und unerfüllbare Vorschriften jegliches Existenzrecht außer Kraft setzen, so lange ist ein Flüchtling nirgendwo und niemals in Sicherheit.

Die BRD betreibt dieses Geschäft heute am grausamsten und gründlichsten. Der Papierkrieg ist für Ausländer und Exilsuchende vor unserer aller Augen zu einem Krieg auf Leben und Tod eskaliert worden. Bürokratisch-dunkel, schleichend und heimlich, aber genauso kaltblütig und brutal wie jeder andere Krieg auch. (Stephan Seidel in der Taz 3.2.84) Und nur die allerwenigsten Opfer dieses schmutzigen Kriegs werden bekannt. Dafür kennt jederman und jedefrau die Menschenjäger: Parteien und Ministerien verstopfen mit immer neuen gesetzlichen Fallstricken jedes Schlupfloch und Fremdenpolizei, Ausländerbehörde und Gericht, Zirndorf68 und die Geheimdienste gehen zusammen mit den Botschaften und Konsulaten der Verfolgerländer auf Treibjagd.

Die BRD ist seit dem Putsch in der Türkei aufgrund der vielfältigen Beziehungen zu den türkischen Arbeitsemigranten hier das bevorzugte Fluchtland für türkische Oppositionelle. Spätestens seit dem Putsch wurden der türkischen Botschaft in Bonn und allen Konsulaten Vertreter des türkischen Geheimdienstes MIT angegliedert, deren Aufgabe in der Auffindung und Beobachtung geflohener politischer Gegner besteht. Dazu bedienen sie sich eines ganzen Heeres freiwilliger oder erpreßter Spitzel. Der Verweis Zimmermanns69 auf die gute polizeiliche Zusammenarbeit mit der Türkei ist wahrlich keine Übertreibung, eher im Gegenteil. (aus: Ausgeliefert, Cemal Altun70 und andere)

Der Bombenanschlag auf das türkische Konsulat in Köln und speziell auf sein Archiv ein Jahr nach dem Verbot von Devrimci Sol und Halk Der71 ist sichtbarer und hörbarer Ausdruck unserer Solidarität mit den türkischen und kurdischen Konsulatsbesetzern und gleichzeitig eine Warnung an das Gericht, das sich anmaßt, über die Legitimität revolutionären Widerstandes gegen die faschistischen Verhältnisse in der Türkei ein Urteil zu fällen.

Und noch etwas: Es ist höchste Zeit, Fluchthilfe72 zu organisieren, wie es die autonomen Grenzgänger in Berlin tun, die einreisende Ausländer vor Verhaftungen schützen. Wie es in den USA geschieht, wo für salvadorianische Flüchtlinge Kirchen und Gewerkschaftshäuser geräumt werden und sie unter dem Schutz dieser Organisationen stehen. Wir haben während des Vietnamkrieges Fluchthilfe für GIs organisiert. Knüpfen wir wieder an diesen Internationalismus an, solange wir den Kampf gegen Abschiebehäft und Ausweisung nicht gewonnen haben.

Aktion gegen die Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn (Juni 83)

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist weniger bekannt, als sie es verdient. Wir wollten sie mit diesem Bombenanschlag direkt schädigen und zu ihrer politischen Enttarnung beitragen, denn sie spielt als Stiftung der herrschenden Rechtskoalition eine Schlüsselrolle bei der global-strategischen Einkreisung der unterentwickelt gehaltenen Länder, insbesondere in Lateinamerika.

In ihrer nach US-Vorbild organisierten Denkfabrik, dem Institut für internationale Solidarität werden die Konzeptionen für eine neue deutsche Außenpolitik in Afrika, Asien/Pazifik und Lateinamerika ausgearbeitet.

Entwicklungspolitik, die auch unter den Sozialdemokraten letztlich nie etwas anderes war als Ausbeutung der 3. Welt mit anderen Mitteln (denn für jede investierte Mark flossen 1,30 Mark in die Metropolen zurück) wird zu einem knallharten imperialistischen Machtinstrument, mit dem

Befreiungskämpfe wie in Salvador oder gemachte Revolutionen wie in Nicaragua, Mosambik, Angola und Zimbabwe destabilisiert, untergraben und zerschlagen werden sollen. Die Strategien der Adenauer- Stiftung fügen sich dabei nicht nur bruchlos in das US- imperialistische Gesamtkonzept einer Neuordnung der Welt ein, sondern machen es sozusagen erst rund, nach dem Muster: getrennt operieren vereint schlagen.

Am Beispiel Nicaragua führt das US-BRD-Junktum⁷³ im Rahmen seiner Caribbean-Basin-Initiative vor, wie es in Zukunft weltweit zu agieren gedenkt: die USA rollen von außen auf, die BRD von innen. Die USA organisieren, finanzieren und trainieren anti-sandinistische Kampfverbände, würgen den Aufbau des Landes ab, sperren Kredite; die BRD finanziert und unterstützt über ihr Entwicklungskonzept der gezielten Mittelvergabe die innere Front: Kapitalistenverbände, rechte Amtskirche und Contra-Presse.

Neben Honduras wird das weniger anrühige, aber bankrotte Costa Rica durch ökonomische Pressionen gezwungen, sich als ideologische und operative Basis gegen Nicaragua zur Verfügung zu stellen. In Costa Rica hat denn auch die Adenauer-Stiftung ihr Hauptquartier für ihre Interventionen im mittelamerikanischen Raum aufgeschlagen, das Instituto Centralamericano de Estudios Sociales (ICAES) und bereits in allen Ländern dieser Region Schwesterparteien gegründet Kunstprodukte ohne soziale Basis, die den status quo zementieren sollen.

So nimmt es nicht wunder, daß bereits im März 1979 (also noch zu kläglichen Oppositionszeiten) die CIA an der Adenauer- Stiftung und ihrem bayrischen Ableger, der Hanns-Seidel- Stiftung, operatives Interesse bekundet. In einer Studie stellt der Geheimdienst fest, daß die Stiftungs-Repräsentanten im Ausland parteieigene Informationsgeber seien, die sich von BND-Residenten lediglich durch einen geringeren Grad typisch nachrichtendienstlicher Ausbildung unterscheiden. Diese para-ND-mäßige und covert action Tätigkeit (politische und finanzielle Einflußnahme, parteinützliche Geschäftsvermittlungen bis hin zum Waffenhandel) registriert CIA in ganz Lateinamerika, Namibia, Zaire, Nigeria, Marokko, Togo, Portugal, Türkei, Jordanien und Saudi-Arabien. Aufgrund dieser Erkenntnisse werden der Informationsaustausch und die Zusammenarbeit im Bereich weltweiter Counter-Insurgency intensiviert.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch die Finanzierung der politischen Stiftungen. Der Jurist Karl-Heinz Seiffert nennt sie schlicht grundgesetzwidrig. Nach Henning von Vieregge⁷⁴ liegt die Bedeutung der Stiftungen für die Parteien darin, daß sie staatliche Gelder erhalten, die den Parteien aus rechtlichen Gründen nicht mehr zufließen können.

Darüberhinaus sind die Stiftungsgelder praktisch jeder öffentlichen Kontrolle entzogen. Über ihre Stiftungen geben Parteien so bereitwillig Auskunft wie Großverdiener über ihre schweizer Nummernkonten (Spiegel). Mit anderen Worten: die hunderte Millionen von Steuergeldern, die auf die Konten der politischen Stiftungen verschoben werden, sind nichts anderes, als ein riesiger Fonds für verdeckte Operationen.

Es überrascht wahrscheinlich niemand mehr, daß natürlich auch das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) fest in Stiftungshand ist, obwohl es sich immer so fein distanziert. Dies ist Sache der Stiftungen, Aktivitäten der politischen Stiftungen werden nicht bewertet, erklärt Siegfried Lengl, ehemaliger Chef der Seidel-Stiftung, der als Staatssekretär heute im BMZ die Politik bestimmt. Und selbstverständlich distanziert sich auch die honorige Adenauer-Stiftung von der skandalösen Seidel-Stiftung, die es z.B. in Portugal mit Kaulza de Arriaga, dem Schlächter von Mosambik treibt, in Spanien mit den Faschisten Fraga und MuM-qoz, in der Türkei mit Türkes, dem Chef der Grauen Wölfe. In Wahrheit hat sich seit 1977 der Fond der Seidel-Stiftung versiebenfacht und diese Gelder kommen von den Konten der Adenauer-Stiftung, die sie aus ihrem größeren Anteil an Steuergeldern

den Seidlern zuschanzt.

Wie gesagt: getrennt operieren vereint schlagen.

Dieses wohlhabende Zusammenspiel wird durch eine weitere Schlüsselfigur belegt: Edmund Moser, langjähriger Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Lateinamerika (Sitz Caracas). Gleichzeitig treibt er über die Seidel-Stiftung Spendengelder von Siemens, KWU, AEG, Bosch usw. ein, um u.a. die rechtsextreme COPEI-Partei in Venezuela zu finanzieren.

Die Gelder werden illegal über die Konten seines Bruders Gerold Moser und der berüchtigten Bayerischen Staatsbürgerlichen Vereinigung e.V. nach Mittelamerika zum Kampf gegen die Subversion verschoben.

Im Juli 1980 kommen auf Einladung der Adenauer-Stiftung Mitglieder der salvadorianischen Junta nach West-Berlin, um sich auf den neuesten Stand effektiver Terrorismus-Bekämpfung zu bringen. Dies führt zu öffentlichen Protesten und bei den Adenauer-Leuten zu dem Entschluß, über ihren Repräsentanten Moser eine Organisation zu gründen, die solche heiklen Operationen unternehmen kann, ohne daß die Adenauer-Stiftung dadurch in die Schlagzeilen kommt. Die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie wird geschaffen. Sie arrangiert im April 83 eine Pressekonferenz für die Contras der FDN75, auf der diese zum gewaltsamen Sturz der Regierung in Managua aufrufen können. Im Mai 83 wird nach 5-monatiger Gehirnwäsche der ehemalige salvadorische Commandant Alejandro Montenegro als Dissident der bundesdeutschen Öffentlichkeit vorgeführt und auf Europatournee geschickt.

Im Handbuch der deutschen Außenpolitik⁷⁶ heißt es dazu feinsinnig: Eine beträchtliche, in ihren Verzweigungen schwer zu überblickende Tätigkeit im Bereich der Entwicklungshilfe üben die Stiftungen der politischen Parteien aus. Die Auslandsaktivitäten dieser Einrichtungen gehen weit über den Bereich der Entwicklungshilfe hinaus. Es gibt nur wenige Instrumente deutscher Außenpolitik, die auf die Meinungsbildung der politischen Führungskräfte zahlreicher Entwicklungsländer so intensiv einwirken ...

Anschlag gegen MAN, Ginsheim-Gustavsburg (September 83)

MAN baut die 465 Transportfahrzeuge für die Pershing 2-Raketen. Die Produktion der Transporter ist auf verschiedene Werke in der BRD verteilt. In Gustavsburg wurde der Rahmen konstruiert und produziert. Im Computerzentrum des Werks Gustavsburg haben wir in der Nacht zum 14.09.1983 eine 10-kg-Bombe gezündet.

MAN ist der siebtgrößte Rüstungskonzern in der BRD. Der Umsatz im Rüstungssektor beträgt ca. 600 Millionen DM. Dazu ist MAN mit 50 % an der MTU (Motoren und Turbinen Union) beteiligt, die Panzer- und Schiffsmotoren herstellt. Rüstungsjahresumsatz 1,8 Milliarden DM. MAN mischt auch über die Gesellschaft für nukleare Verfahrenstechnik und MAN-Uranit Gronau GmbH je 50 % Beteiligung im AKW-Geschäft mit.

MAN verdient nicht nur an der Rüstung und ihrem Export in Länder wie Chile und Südafrika, sondern auch an der direkten Ausbeutung billiger Arbeitskraft in der 3. Welt. So gibt es z.B. in Südafrika, Türkei, Argentinien, Brasilien, Indien, Singapur und Hongkong Niederlassungen und Tochtergesellschaften.

Anschlag gegen die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Köln (März 84)

Was für die internationalen Banken der IWF, ist fürs westdeutsche Kapital die DEG die Deutsche Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit (Entwicklungsgesellschaft mbH) Finanzierungsinstitut des Bundes zur Förderung deutscher Privatinvestitionen in Entwicklungsländern.

Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, arbeitet seit 1962 die DEG in Köln als Promoter der neuen internationalen Arbeitsteilung eine zu 100 % im Bundesbesitz befindliche Finanzierungsgesellschaft, die jedoch keine Stelle der öffentlichen Hand ist und damit rechenschaftspflichtig wäre, sondern bewußt als GmbH aufgebaut wurde, um frei von Einengungen nach planwirtschaftlichen Grundsätzen arbeiten zu können. Diese unternehmerische Freiheit ist selbstverständliche Voraussetzung, wenn es wie bei der DEG darum geht, auf die Entwicklungsländer einzuwirken, dem internationalen Kapitalstrom jede nur mögliche Freiheit zu gewähren. Welch wichtige Bedeutung dieser Gesellschaft in Krisen des deutschen Kapitals und der Wirtschafts- und Außenpolitik zukommt, spiegelt sich allein schon in der Besetzung des Aufsichtsratsvorsitzenden mit Franz H. Ullrich, dem Vorstandssprecher der Deutschen Bank und dem ehemaligen Außenminister und Bundespräsidenten a.D. Walter Scheel wider.

Diese Zentrale des westdeutschen Wirtschaftsimperiums haben wir heute durch einen Bombenanschlag aus ihrer sorgsam gehüteten Anonymität gerissen, die reibungslose Abwicklung der Geschäfte gestört und alles in allem einen möglichst großen Schaden angerichtet.

DEG-Experten aller Disziplinen checken seit 2 Jahrzehnten die Länder der 3. Welt systematisch auf niedrigste Löhne, längste Arbeitszeiten, freieste Produktionszonen und politische Stabilität durch. Und die Subjekte dieser Sondierungen sehen sich gezwungen angesichts ihrer Ruinierung durch die herrschende Weltwirtschaftsordnung sich gegenseitig zu unterbieten und zu mörderischen Konditionen Land und Menschen anzudienen. Erhält ein Land den Stempel investitionswürdig, dann bietet das die Garantie, daß die DEG dort für die spezifische Struktur des westdeutschen Privatkapitals die maximalsten Profitquoten herausgeschunden hat. In den Investitions-Merkblättern werden regelmäßig für potentielle Investoren die einzelnen Länder prostituiert und in den sogenannten Unternehmer-Reisen des DEG kann das Objekt der Begierde bezüglich seiner bedingungslosen Ausbeutbarkeit in Augenschein genommen werden. Selbst Kapitalschwäche der Interessenten ist kein Hinderungsgrund. Im Bedarfsfall übernimmt die DEG Kapitalanteile an westdeutschen Niederlassungen im Ausland. Allein im Jahr 1981 waren dafür 834 Millionen Steuergelder projektiert, die ausdrücklich nur dann von den Privatinvestoren übernommen werden müssen, wenn ihre Geschäfte zum Erfolg geführt haben, das heißt das Partnerschaftsunternehmen rentabel arbeitet.

Im Verlauf ihrer Aktivitäten hat die DEG auf diese Weise an die 300 Firmengründungen und -erweiterungen in 70 Ländern der 3. Welt gesponsert. Es sind dies Firmen, die in ihrer Gesamtheit die berühmte wirtschaftliche Potenz der BRD ausmachen: meist spezialisierte Mittelbetriebe der Metall-, Textil- und Elektrobranche, denen noch kein übler Ruf als Blutsauger in den unterentwickelt gehaltenen Ländern voraussetzt.

Es kann jedoch nicht nur an diesem schwer durchschaubaren Firmengeflecht liegen, daß hierzulande der deutsche Wirtschaftsimperismus theoretisch und praktisch kaum kritisiert wird, genießen doch selbst mörderische Ausbeutungsgiganten wie Siemens und VW ein biederes und rechtschaffenes Ansehen. Ganz im Gegensatz zu entsprechenden US-Multis, deren Geschäfte mühelos mit Ausbeutung, Hunger, Elend, Folter und Mord in Verbindung gebracht werden. Es scheint, als habe

sich in der BRD bis heute die Unterscheidung der faschistischen Deutschen Arbeitsfront⁷⁷ zwischen raffendem und schaffendem Kapital erschreckend ungebrochen halten können: das raffende Kapital, das sind die meist US-amerikanischen Multis, die bekanntlich über Leichen gehen. Das schaffende Kapital dagegen repräsentiert sich in der sozialpartnerschaftlichen Version vom deutschen Unternehmertum, das die Aufgabe hat, Arbeitsplätze zu schaffen und zu sichern, unsere Wirtschaft auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu erhalten und damit den allgemeinen Wohlstand zu sichern. Selbstverständlich werden dabei auch Gewinne gemacht. Aber eben keine ungebührlichen.

Auf diesem Hintergrund wird der spezifisch deutsche Wirtschaft-Nationalismus erst verständlich. Es wird verständlich,

warum die heftigen Fabrikkämpfe von 1968-74 als wilde Streiks auch gegen die Gewerkschaften geführt werden mußten;

warum z.B. der Bankrott Brasiliens beklagt werden kann, ohne daß so entscheidende Namen wie VW und Siemens fallen;

und warum eine imperialistische Institution wie die DEG völlig aus dem öffentlichen Bewußtsein ausgeblendet ist.

Schon Ho und Che haben uns klargemacht, daß der beste Beitrag zur internationalen Solidarität der Klassenkampf im eigenen Land ist. In diesem Sinne.

Angriff gegen Scientific Control Systems (SCS), Hamburg und den Mathematischen Programmier- und Beratungsdienst (MPB), Dortmund (September 85)

Wie der Herr, so das Gescherr die Logik der Computer ist die Logik des Kapitals er dient der Ausbeutung und Unterwerfung, der Zersplitterung und Selektion, der Erfassung und Repression. Die sinnlosen Debatten über die alternative Nutzarmachung von Computern dokumentiert nicht Phantasie, sondern vielmehr Ohnmacht angesichts des monströsen Ausmaßes technologischer Gewalt.

Im Schatten von IBM und Siemens, als Bindeglied zwischen den Giganten der Computerbranche und den Anwendern sind im vergangenen Jahrzehnt Firmen groß geworden, die Kapital und Staat das Rüstzeug liefern, mit dem der Datenangriff auf Fabrik und Gesellschaft gefahren wird.

Scientific Control Systems (SCS) in Hamburg und der Mathematische Programmier- und Beratungsdienst (MPB) in Dortmund, der eine im Besitz von BP, die andere Sektion des Hoesch-Konzerns, konkurrieren um die Spitzenpositionen auf diesem Markt. Geführt von einem Management aus Kapitalisten, Militärs und Informatikern, dieser modernen Dreifaltigkeit technologischer Gewalt, haben sie sich in kurzer Zeit zu den heimlichen Know-How-Zentren von Kapital und Herrschaft aufgeschwungen. Ihre Auftraggeber kommen aus Wolfsburg und Wiesbaden, ebenso wie aus Südafrika und Saudi-Arabien; sie sitzen in den Befehlszentralen des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals ebenso wie in den Planungsstäben des Innen- und Kriegsministeriums.

Die Produktpalette dieser Systemhäuser umfaßt alles, was sich der formalen Struktur computergesteuerter Prozesse unterwerfen läßt und das ist in den Augen der Informatiker schier grenzenlos. Aus ihren Rechenzentren stammen die Entwürfe für das Regiment von Chips und

Komplexautomation in den Produktionsstätten der Automobilindustrie. Im Maschinendialog ausgeheckte Pläne für die EDV-gestützte Umstrukturierung der Kaufhaus-Konzerne treten sie deren Belegschaften, vor allem Frauen, in Form ungarantierter Arbeitsverhältnisse, perfektionierter Kontrolleinrichtungen und intensivierter Ausbeutung der Arbeitskraft gegenüber. Sie liefern Programme zur Steuerung und Überwachung der Abläufe in den Meilern der Atomindustrie und bieten Konzepte zur Informatisierung der Büroarbeit oder der Verwaltungen an. Automatisierte Einsatzleitzentralen der Polizei werden ebenso verkauft wie Programme zur Rasterfahndung oder zum elektronischen Abgleich von Fingerabdrücken beim BKA. Ein florierender Zweig ist das Geschäft mit den Militärs: mit elektronischen Navigationssystemen und anderen Projekten der Luft- und Raumfahrt tragen sie ihren Teil dazu bei, den Massenmord effizienter zu machen.

Die Machtfülle, die sich in diesen Systemhäusern zusammenballt, wirkt im Verborgenen. Dennoch: die Denkmodelle einer Handvoll Informatiker durchdringen sämtliche gesellschaftlichen Poren, die technischen Erfordernisse der elektronischen Datenverarbeitung werden zum Gestaltungsprinzip sozialer Realität.

Je totaler die gesellschaftliche, ökonomische und wissenschaftliche Apparatur, auf deren Bedingung das Produktionssystem den Leib längst abgestimmt hat, umso verärmt die Erlebnisse, deren er fähig ist. Die Eliminierung der Qualitäten, ihre Umrechnung in Funktionen überträgt sich von der Wissenschaft vermöge der rationalisierten Arbeitsweise auf die Erfahrungswelt der Völker und ähnelt sie tendenziell wieder der der Lurche an. Durch die Vermittlung der totalen, alle Beziehungen und Regungen erfassenden Gesellschaft hindurch werden die Menschen zu eben dem wieder gemacht, wogegen sich das Entwicklungsgesetz der Gesellschaft, das Prinzip des Selbst, gekehrt hatte: zu bloßen Gattungswesen, einander gleich durch Isolierung in der zwanghaft gelenkten Kollektivität. Ihr Weg war der von Gehorsam und Arbeit, über dem Erfüllung immerwährend bloß als Schein, als entmachtete Schönheit leuchtet. (Adorno78).

Der Feuerschein, der vergangene Nacht die entmachtete Schönheit hat leuchten lassen und die verdinglichte Computer-Welt bei SCS und MPB zu Asche zerfallen machte, entspringt unserer radikalen, praktischen Kritik der totalen Organisation der Gesellschaft durch big business und seine allgegenwärtige Technik, die die Welt und Vorstellung so lückenlos besetzt haben, daß der Gedanke, es könne anders sein, zur fast hoffnungslosen Anstrengung zu werden droht.

Anschlag gegen das Institut für Genetik, Köln (Oktober 85)

Strategische Sektoren

Das Bundesinnenministerium für Forschung und Technologie betrachtet die Gentechnologie als eine zukunfts- und wachstumsorientierte Wissenschaft von strategischer Bedeutung für die Entwicklung der westdeutschen/westeuropäischen Wirtschaft, um die die gegenwärtige kapitalistische Krise charakterisierende Ungleichheit zwischen Gebrauchs- und Tauschwert zu bereinigen, soll durch den Einsatz neuer Techniken der relative Mehrwert erhöht und Extraprofite erzielt werden. Das heißt, die strategischen Sektoren neben der Gentechnologie Mikroelektronik, Telekommunikation, Neue Werkstoffe, Luft- und Raumfahrt, Kernenergie sind strategisch als Mittel der Profitmaximierung und ebenso strategisch im antiimperialistischen Kampf, da auf ihnen die Neustrukturierung des Weltwirtschaftssystems entschieden wird. Sie führen daneben auch zur gesellschaftlichen Umgestaltung in den Metropolen, ohne daß bisher eine Gleichzeitigkeit der Klassenkämpfe entstand.

Für den Marktwert der Gentechnologie wird bis zum Jahr 2000 eine Steigerung auf ca. 145 Milliarden

US-Dollar geschätzt, wovon 3/4 auf den Energie- und Pharmasektor entfallen werden. Ausdruck der gesteigerten Bedeutung dieses strategischen Sektors sind die beiden in diesem Monat stattfindenden Messen (8.-10. Biotechnica, Hannover; 15.,-17. Biotec, Düsseldorf).

Nahrungswaffe und Bevölkerungspolitik

Die grüne Revolution der 60er Jahre führte zur Unterordnung der Landwirtschaft an der Peripherie unter die kapitalistische Produktionsweise. Landflucht und billiges Nahrungsmittelangebot waren die Voraussetzung für eine Niedriglohnpolitik gegenüber dem entstehenden städtischen Proletariat. Die heutige zweite Phase der grünen Revolution soll durch die Kontrolle über das Saatgut die absolute Kontrolle über die Nahrungskette durch die Imperialisten ermöglichen. Patente, die den multinationalen Konzernen Monopole über bestimmte Pflanzensorten geben, unterliegen als Sortenschutz den gesetzlichen Bestimmungen der imperialistischen Staaten. Ca. 80 % der geltenden Weltpatente liegen in die Händen der Metropolen, wobei Europa beim Sortenschutz einen etwa 10jährigen Vorsprung hat und damit den Weltsaatgutmarkt dominiert. Der Bayer-Konzern liegt mit ca. 30.000 gültigen Patenten mit an der Weltspitze, 1984 betrug der Gewinn aus seinen Lizenzen 190 Millionen DM.

In der Rassenideologie und der Eugenik⁷⁹ entstand eine naturwissenschaftlich verkleidete Begründung des Machtanspruchs des Imperialismus, der neben dem gezielten Einsatz von Nahrungsmittelknappheit gegen die abhängigen Länder zunehmend durch bevölkerungspolitische Maßnahmen wie z.B. massenhafte Zwangssterilisation durchgesetzt werden soll. Ähnliche Ansätze verfolgen in der BRD Pro Familia und die humangenetischen Beratungsstellen gegen Behinderte, Psychiatrisierte, Ausländer und soziale Randgruppen. Die Gentechnologie liefert mit der Genomanalyse die Möglichkeit, in Verbindung mit anderen Programmen z.B. Personalinformationssystemen -, jeden einzelnen in seiner Krankheitsanfälligkeit und Leistungsfähigkeit rasterartig zu erfassen. Dow Chemical und BASF etwa wählen anhand von Genomanalysen Arbeiter für gesundheitsgefährdende Arbeiten aus.

Die Transformation der Bürgerlichen Demokratie in den technokratischen Überwachungsstaat ist zwangsläufig.

Imperialismus und Widersprüche

In einem Bericht an den französischen Staatspräsidenten heißt es Der weltweite Kampf um die Anwendung der Gentechnologien ist von strategischer Bedeutung, denn nur wenige Nationen werden in der Lage sein, die genetischen Ressourcen zu kontrollieren. Da die nationalen Märkte zu klein sind, um für die neuen Technologien profitabel zu sein, und die Kosten für fixes Kapital nur auf dem Weltmarkt zu realisieren sind, steht die Weltwirtschaft in einer sich dauernd verschärfenden Konkurrenz, die zu wachsender Konzentration führt. Die größeren US-Konzerne können sich ein höheres Risikokapital in der Grundlagenforschung leisten, erwirtschaften so aus ihren technologischen Monopolen Extraprofiten, wodurch sie eine höhere organische Zusammensetzung des Kapitals erreichen. Um in der Weltmarktkonkurrenz bestehen zu können, mußte die europäische Industrie eine internationale Kapitalkonzentration und -verflechtung eingehen, hat aber wegen des Technologietransfers auch ein Interesse an US-amerikanischen Investitionen (z.B. durch Teilnahme am SDI-Programm⁸⁰). Eine einseitige technologische Abhängigkeit soll durch Eureka, das Programm einer europäischen Technologiegemeinschaft, das die verschiedenen bestehenden Verbundprojekte koordinieren und auf die Nicht-EG-Mitglieder Schweden, Norwegen, Österreich und Schweiz erweitert werden soll, verhindert werden. Teil von Eureka ist das Europäische Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL), das von den EG-Staaten und Israel betrieben wird. Der Intensivierung

dieser Art imperialistisch-zionistischer Zusammenarbeit dient das im Dezember in Köln stattfindende Treffen zwischen Forschungsminister Riesenhuber und Wirtschaftsminister Patt.

Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung, das den USA zur Welthegemonie verhalf, untergräbt jetzt die Stellung des US-Imperialismus, die sich jedoch durch seine weltpolitische Rolle im NATO-Bündnis noch aufrechterhält.

Transnationale Konzerne

Transnationale Konzerne entstehen durch den Aufbau von Produktionsstätten in den jeweiligen Absatzgebieten, deren Technik vereinheitlicht ist durch ein Verbundsystem zwischen den einzelnen Werken, während das Management immer in der Hand des Mutterkonzerns zentralisiert ist. Die Dezentralisation der Produktion bei gleichzeitiger Zentralisation der Kontrolle und zwar sowohl national wie international setzt die Standardisierung der Produkte nach dem Baukastensystem voraus, wobei im Verbundsystem immer nur Teilschritte des gesamten Produktionsverfahrens verbunden werden. Die standardisierten Produkte werden als aufeinander abgestimmte Pakete verkauft (Saatgut, Dünger, Pestizide). Diese Pakete müssen immer wieder von den Konzernen bezogen werden, weil die gentechnisch hergestellten Hybrid-Pflanzen ohne Pestizide kaum lebensfähig sind und weil sie nicht keimen.

Der Bayer-Konzern ist der größte Pestizidhersteller der Welt und größter Exporteur der BRD. Dieser siebtgrößte BRD-Konzern erwirtschaftet 79 % seines Umsatzes mit dem Export, 25 % seiner Produktion befindet sich dezentralisiert im Ausland. Durch einen Sitz im Aufsichtsrat und die Kontrolle des Aktienkapitals über das Depotstimmrecht wird die Bayer AG durch die größte Bank der BRD, die Deutsche Bank beherrscht.

Sowohl der US- als auch der BRD-Imperialismus stützen sich ökonomisch hauptsächlich auf die transnationalen Konzerne. Hieraus ergibt sich die objektive Wichtigkeit und Verantwortung des Metropolenproletariats in den Kernfabriken für den gesamten revolutionären Prozeß, da jeder nationale Klassenkampf sich nur noch im internationalen Zusammenhang begreifen kann, d.h. die Klassenkämpfe müssen sich zum Klassenkrieg vereinheitlichen.

Die verstreute Fabrik

Verstreute Fabrik bedeutet die Umwandlung mittlerer und kleiner Fabriken, Zulieferer und des Heimarbeitssektors in Funktionen der transnationalen Konzerne, ebenso wie die Auslagerung tertiärer Bereiche.

Seit 1978 existiert ein Boom gentechnologischer Privatfirmen, die ihre Verfahrenstechniken und Patente an die Industriekonzerne verkaufen, die das notwendige Kapital für Produktion und Vermarktung, die ganz in ihren Händen liegt, aufbringen können. Andererseits versuchen die Konzerne Firmen und Forschungseinrichtungen an sich zu binden. 1975 eröffnete die VW-Stiftung durch die Finanzierung der Gesellschaft für molekularbiologische Forschung die BRD-Genforschung. Für die Bayer AG ist nach Aussage ihres Aufsichtsratsvorsitzenden Strenger die schnelle Umsetzung von neuen Forschungsergebnissen in erfolgreiche Produkte ein wichtiger Faktor, um frühzeitig neue Trends ausbeuten zu können. Neben der Kooperation mit Genentech und Schering-Plough auf dem Pharmasektor konzentriert Bayer seine dezentralisierten Forschungsaktivitäten hauptsächlich auf den Modellversuch eines Zentrums für Gentechnologie in Köln. Ähnliche Zentren befinden sich, teilweise in etwas abgewandelter Konzeption, in München, Berlin und Heidelberg im Aufbau, der Modellversuch kann ausgeweitet werden. Das Kölner Zentrum besteht aus einer Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung in Köln-Vogelsang, das seit 1982 von Bayer mit 3 Mio.

DM finanziert wird, der Kernforschungsanstalt Jülich/Abteilung für Biotechnologie und dem Institut für Genetik der Universität Köln. Konzipiert ist ein Institut für angewandte Biotechnologie, das Forschungsaufträge für die Industrie ausführen soll. Träger dieses Konzepts ist die Kölner Technologierunde, in der Stadtrat, Stadtverwaltung und Forschungseinrichtungen vertreten sind. Forschungsschwerpunkt des Kölner Zentrums für Gentechnologie ist die genetische Produktion neuer Hybridpflanzen, während die Pharma-Forschung hauptsächlich im Bayer-eigenen Forschungszentrum Wuppertal-Elberfeld durchgeführt wird.

Technokratie und Neustrukturierung des Kapitalismus

Im Zentrum der Neustrukturierung stehen zwei Figuren Wissenschaftler entwerfen theoretische Systeme, wobei ihnen weitgehende Entscheidungsfreiheit zugestanden wird (Freiheit der Forschung), Manager setzen diese Systeme für die Unternehmen um. Zwischen Forschern und Industriekonstrukteuren gibt es dabei keine klare Trennung, auch der Personalaustausch zwischen staatlicher Forschung und Industrie ist fließend. Die kapitalistische Anwendung der Maschinerie fängt daher nicht erst bei ihrem Einsatz in den Fabriken an, sondern bestimmt schon ihre Konstruktion.

Techniker sind ein Produkt des Monopolkapitalismus und treten erst im Imperialismus auf, ihre Existenz ist nicht unmittelbar durch die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Produktion gerechtfertigt, wohl aber durch die politischen Bedürfnisse der herrschenden Gruppe (Gramsci). Die Freiheit der Wissenschaft wird diktiert durch wirtschaftliche und militärische Interessen und die Vergabe der staatlichen Forschungsmittel.

Dem Volke dienen

Die Genoss/inn/en der Brigade Rosse haben erklärt Der Angriff muß eine politische Linie haben und zugleich die neue Form zerstören, die der imperialistische Staat anzunehmen im Begriff ist

Unsere Aktion gegen das Institut für Genetik richtete sich gegen einen zentralen Punkt der kapitalistischen Neustrukturierung und damit gegen das gesamte Programm. Ihr Ziel war Einen bestrafen, hunderte erziehen!(Mao).

Sozialrevolutionärer Widerstand gegen die imperialistische Neustrukturierung ist im Augenblick nicht auf offener Massenbasis möglich. Aufgabe der bewaffneten Gruppen muß es daher sein, mit ihren Aktionen den revolutionären Prozeß voranzutreiben und aus der gegenwärtigen Defensive heraus das Terrain neu zu bestimmen, aus dem sich das Metropolenproletariat durch seine sozialen Kämpfe als historische Kraft im weltweiten antiimperialistischen Befreiungskampf konstituieren kann.

Erklärung zu den Bombenanschlägen in

Düsseldorf Die Deutsche Bank

Köln: Gesamtverband der Metallindustrie

Köln: Hoechst (April 85)

Es ist nicht ohne Ironie, aber sehr bezeichnend Am 1. Mai trommeln die Gewerkschaften ihre verunsicherte Klientel zusammen, um den Tag der Arbeit feierlich und selbstverständlich kämpferisch zu begehen, während am Tage danach, kaum daß die Fensterreden verklungen sind, das vereinigte Weltkapital auf seinem Wirtschaftsgipfel81 in Siegerlaune sich selbst zelebriert.

Voll Genugtuung kann sich die dort geballte imperialistische Macht bescheinigen, gerade in jüngster

Zeit an verschiedenen Klassenfronten sehr erfolgreich gewesen zu sein. Was ein hundertjähriger proletarischer Klassenkampf hartnäckig und zäh an Resultaten erzwungen hat, wird mit unglaublicher Rasananz und Dreistigkeit ausgehöhlt, seiner Substanz beraubt und eingestampft.

Das Kapital in der Offensive und das in aller Schärfe!

Und unten? Ratlosigkeit und Verwirrung, die schon bei den Begriffen anfängt. So steht hinter dem wachsenden Heer der sozial Schwachen, der neuen Armen niemand anderer als die klassischen Figuren der Proletin und des Proleten, denen nur flüchtig ein neudeutsches Sprachmäntelchen umgehängt wurde. Denn bekanntlich haben diese auch heute nichts anderes zu verkaufen als ihre Arbeitskraft.

Abschied vom Proletariat? Daß wir nicht lachen! Trotz vieler neuer Namen hat sich nichts geändert. Wir stecken immer noch in der gleichen unerledigten Klassenauseinandersetzung.

Allererste Protagonisten in diesem Antagonismus sind die Banken,

insbesondere die Deutsche Bank, die in Vorständen und Aufsichtsräten, über Beteiligungen und Kreditvergaben die Neustrukturierungen der Produktionsverhältnisse steuert und die 3. Welt mit der Schuldendienst-Waffe ökonomisch ausblutet und politisch vergewaltigt,

der Gesamtverband der Metallindustrie als potenteste Kapitalfraktion, die im Rahmen der Tarifpolitik die Weichen stellt für den Wechsel in eine qualitativ neue und extrem verschärfte Ausbeutungsära. Nachdem die flexiblere und effektivere Vernutzung von Arbeitskraft durchgesetzt ist, soll als nächste Etappe der arbeitsfreie Samstag fallen,

die chemische Industrie (Hoechst), die durch ihre vollständige Kontrolle des weltweiten Ernährungsmarktes nicht nur darüber entscheidet, wie und was produziert wird, sondern auch wer und damit ganz direkt Herrschaftsverhältnisse strukturiert. Wobei sie wie kein anderer Industriezweig in die Lebensbedingungen der Menschen auf der ganzen Welt eingreift, ihre Körper besetzt, krankmacht, tötet. Diesem Moloch hat alle Kritik bisher nichts anhaben können. Seine Gewinne explodieren weiterhin wie seine Gastanks.

Anschlag gegen Siemens, Isernhagen zum Weltwirtschaftsgipfel (April 85)

Die Herren der sieben führenden imperialistischen Länder als Vollstrecker der Interessen von Multis und Großbanken treffen sich in der BRD zum Weltwirtschaftsgipfel, um die übrige Welt unter sich aufzuteilen.

Was für eine Anmaßung!

Dieses inszenierte Spektakel im Rampenlicht der Weltpresse soll uns die Ungeheuerlichkeiten ihrer Politik vergessen lassen: Völkermord, Kriege, Hunger, verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung in den Ländern der sog. 3. Welt.

Gleichzeitig sind sie dabei, grundlegende Veränderungen der Gesellschaftsstrukturen zu schaffen, um ihre Krise zu bewältigen. Eine Erhöhung der Profite soll erreicht werden durch

neue strategische Sektoren der Produktion, wie Mikroelektronik und Biotechnologie

eine neue Zusammensetzung der ArbeiterInnenklasse.

Eine Voraussetzung dafür ist die Abschaffung der tariflichen Lohnregelung und die Durchsetzung der Flexibilisierung der Arbeitszeit und der ungeschützten Arbeitsverhältnisse. Das bedeutet, die Arbeitsformen, denen Frauen weltweit und auch Männer in der sog. 3. Welt schon seit langem unterworfen sind, auch auf den weißen Lohnarbeiter anzuwenden.

Dieses wird im Moment massiv betrieben durch Vorschläge der Parteien, Wirtschaftswissenschaftler und Multis. Gedacht wird an: Samstag als Arbeitstag, Einstellung von Arbeitslosen unter Tarif, Reduzierung des Urlaubs, Arbeitslosengeld auf Darlehn, bei Krankheit 20 % weniger Lohn. Siemens ist für uns stellvertretend für eine offensive Durchsetzung dieser Politik: In Norddeutschland ist er der erste Betrieb, in dem die Flexibilisierung der Arbeitszeit gegen starken Widerspruch der Belegschaft durchgesetzt wurde.

Außerdem forciert der Multi maßgeblich die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, besonders die der Frauen. In dem Modellversuch Büro 2000 testete das Unternehmen die Vorteile von Frauenarbeit am Heimcomputer. Frauen müssen den ganzen Tag verfügbar sein für wenig Geld, ohne rechtliche und soziale Absicherung. Hervorgehoben wird, daß Kosten für Einrichtung und Betrieb des Arbeitsplatzes wegfallen und eine maximale Auslastung der Kapazitäten unter Ausnutzung der Zeitverschiebung in anderen Ländern gewährleistet ist.

Siemens steht in der Tradition von Kriegstreiberei und Faschismus! Nicht nur, daß Waffen und Rüstungsgüter für die Kriege geliefert wurden und werden, höchstmögliche Ausbeutung von Arbeitskraft war die logische Folge des Profitstrebens: 4.500 Frauen mußten im KZ Ravensbrück in firmeneigenen Lagern arbeiten, in Auschwitz mußten 2.000 KZ-Häftlinge unter Siemens-Leitung ihre eigenen Gaskammern bauen.

Auch heute ist Siemens im militärischen Bereich wieder gut im Geschäft: kein Panzer ohne die elektronischen Innereien von Siemens, Freund-Feind-Erkennungssystem, NATO-Glasfaserkabelstrecke durch die BRD, Handelsbeziehungen und Lieferungen von Rüstungsgütern und Kommunikationssystemen in faschistische Diktaturen und Militärregierungen.

Für uns gilt immer noch, daß wir dieser Welt nur in dem Maße angehören, wie wir uns gegen sie auflehnen.

Unsere praktische Solidarität gilt den Unterdrückten und Befreiungsbewegungen der 3. Welt und allen Menschen, die hier gegen das herrschende System kämpfen.

In diesem Sinne haben wir am 30.4.85 Siemens in Isernhagen mit einem Sprengsatz angegriffen.

Rote Zora

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Das Atomprogramm

1959 wurde unter dem Vorsitz des damaligen (ersten) Atom-Ministers Franz Josef Strauß das Atomgesetz zur Nutzung der Kernenergie verabschiedet. Dieses war von der Atom-Kommission vorbereitet worden, der neben Regierungsmitgliedern die Deutsche Bank, Siemens, AEG, Esso und Energiekonzerne wie RWE angehörten. Ziel des Atomprogramm war es, alle Bestrebungen zu fördern, die mit der Entwicklung und Nutzung der Atomenergie zusammenhängen, wobei diese Entwicklung und Nutzung sowohl militärische wie zivile Bereiche umfaßt.

Die Entwicklung der Anti-AKW-Bewegung

Die Widerstandsbewegung gegen dieses Atomprogramm nahm ihren Anfang 1974/75 in Wyhl im Dreieckland zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Gegen den geplanten Bau eines AKW wehrten sich vor allem die betroffenen Winzer, Bauern und Fischer aus der Region aus Angst um ihre wirtschaftliche Existenz. Sie gründeten Bürgerinitiativen, erhoben Einspruch und organisierten Kundgebungen und Demonstrationen. Als trotz des Protestes die 1. Teilerrichtungsgenehmigung erteilt wurde, erfolgte am 18. Februar 1975 die Bauplatzbesetzung durch die Bevölkerung. Die brutale Räumung des besetzten Bauplatzes am 20. Februar 1975 löste eine breite Mobilisierung aus. Drei Tage später fand eine Kundgebung mit mehr als 28.000 Teilnehmern statt, der Bauplatz wurde erneut besetzt. Bei Verhandlungen zwischen VertreterInnen der Bürgerinitiativen, der Landesregierung und den Betreibern im Herbst 1975 konnten die AKW-GegnerInnen erreichen, daß der Bau des Kraftwerks ausgesetzt wurde und die Betreiber auf Schadensersatzansprüche und Strafanzeigen gegen die Platzbesetzer verzichteten. Damit hatte die Anti-AKW-Bewegung einen großen Erfolg erreicht der die Bewegung anfangs entscheidend prägte.

Im Sommer 1974 wurden die Pläne für den Bau des AKWs in Brokdorf bekannt. Angesichts der Erfahrungen in Wyhl wurde diesmal der Bauplatz in der Nacht zum 26. Oktober 1976 von Polizei und Werkschutz besetzt, um den Baubeginn sicherzustellen. Nach der ersten Demonstration von ca. 8.000 am 30. Oktober 1976 bei der eine kurzfristige Besetzung des Bauplatzes durch die AKW-GegnerInnen gelang kamen zur Demonstration am 13. November 1976 fast 45.000 AKW-GegnerInnen. Seit Brokdorf engagierte sich vor allem durch die räumliche Nähe zu Hamburg auch die städtische Linke zunehmend in der Anti-AKW-Bewegung. Der Staat reagierte mit massivem Einsatz von Schlagstöcken, Chemical Mace, Wasserwerfern und sicherte das Baugelände mit Betonmauern und Wassergräben.

Innerhalb der Anti-AKW-Bewegung vollzog sich nach und nach eine Spaltung zwischen den Befürwortern von Bauplatzbesetzungen und den sog. gemäßigten AKW-GegnerInnen. Bei der dritten großen Brokdorf-Demonstration am 19. Februar 1977 mobilisierten die Bauplatzbesetzer direkt zum Baugelände, die eher gewaltfreie, gemäßigte Fraktion rief zur einer Kundgebung in Itzehoe, mehrere Kilometer vom Bauplatz entfernt, auf.

Einen Monat später fand die erste Demonstration getragen von einem breiten Bündnis gegen das geplante AKW in Grohnde statt. Hier gelang es den militanten AKW-GegnerInnen, eine große Bresche in den Bauzaun zu reißen, eine Platzbesetzung wurde jedoch von Bundesgrenzschutz-Hundertschaften verhindert.

Krise der AKW-Bewegung

Die Anti-AKW-Bewegung war mit zunehmender polizeilicher Präsenz und staatlicher Repression konfrontiert

So wurde in Malville/Frankreich bei einer internationalen Großdemonstration gegen den Superphenix der AKW-Gegner Michel Vitalon bei heftigen Auseinandersetzungen mit der französischen Spezialeinheit CRS getötet. Als am 24. September 1977 von Anti-AKW-Gruppen aus der BRD, Holland, Frankreich und Belgien zu einer Kundgebung gegen den Schnellen Brüter nach Kalkar aufgerufen wurde, begann eine Pressekampagne von Landes- und Bundespolitikern, in der die AKW-GegnerInnen als Chaoten und Terroristen diffamiert und vor einer Beteiligung an dieser Demonstration gewarnt wurde. In einem beispiellosen Großeinsatz der Polizei wurden im gesamten Bundesgebiet Kontrollstellen eingerichtet und innerhalb eines Tages 125.000 Personen überprüft. Rund 20.000 TeilnehmerInnen blieben in den Kontrollen auf Autobahnen etc. stecken; die 50.000 DemonstrantInnen, die den Kundgebungsplatz erreichten, erwartete ein massives Polizeiaufgebot mit Wasserwerfern, Hubschraubern und Panzerwagen.

Mittlerweile war deutlich geworden, daß der Erfolg von Wyhl nicht wiederholt und kein AKW mehr verhindert werden konnte, weder durch Verhandlungen noch durch Massenmilitanz und Platzbesetzungen.

Zur gleichen Zeit vertiefte sich die Spaltung zwischen Gewaltfreien und Militanten, zwischen außerparlamentarischer Bewegung und denjenigen, die auf Parteien und den Staatsapparat einwirken wollten (und später z.T. an der Gründung der Grünen beteiligt waren); auch die Erfahrungen der Linken im Deutschen Herbst zeigten in der Anti-AKW-Bewegungen ihre Auswirkungen. Dennoch fanden in dieser Phase zahlreiche dezentrale militante Aktionen statt.

Erst zwei Jahre später nahmen Demonstrationen und Blockaden wieder zu: Auslöser waren zum einen der Beginn der Probebohrungen in Gorleben (geplanter Standort für eine Wiederaufbereitungsanlage), zum anderen die Reaktorkatastrophe in Harrisburg/USA.

Die Zusammensetzung der Anti-AKW-Bewegung

Die Motivationen der AKW-GegnerInnen für ihren Widerstand sind unterschiedlich, sie reichen von der Angst vor der Vernichtung der Umwelt parallel zu einem stärker werdenden ökologischen Bewußtsein -, der Verteidigung der eigenen sozialen und wirtschaftlichen Existenz wie in Wyhl bis zum Kampf gegen den Atomstaat ein Synonym für den totalitären Überwachungs- und Polizeistaat (siehe Beispiel Traube in Vorwort Nr. 3)

Die Anti-AKW-Bewegung war nach der Frauenbewegung die erste Massenbewegung mit übergreifender sozialer Zusammensetzung. Damit war das bisherige Konzept der Linken, sich in ihrer politischen Arbeit auf die Klasse zu beziehen (Betriebsarbeit, Stadtteilarbeit, Knastgruppen etc.) zur Disposition gestellt.

Die Revolutionären Zellen

erklären daher in dem Interview von 1980, daß ihre Auseinandersetzung mit der Anti-AKW-Bewegung erst im Sommer 1977 begonnen habe, da ihnen die soziale Basis dieser Bewegung sehr suspekt gewesen sei.

In den 70er Jahren hatten sie sich in erster Linie auf Jugendliche, Frauen und Arbeiter (aus Revolutionärer Zorn 1) bezogen, ihre Hoffnung auf Verbreiterung ihrer Politik setzte an der

subjektiven Erfahrung von Unterdrückung an und darauf, daß aus der eigenen Erfahrung gesamtgesellschaftliche Verhältnisse in einem kapitalistischen, patriarchalen System erkannt und bekämpft wurden.

Die Anti-AKW-Bewegung war die erste Massenbewegung, die konkrete Ziele wie die Abschaffung der AKWs und den Kampf gegen Umweltzerstörung formulierte und von Anfang an den Charakter einer Teilbereichsbewegung hatte.

Kennzeichnend für die Anti-AKW-Bewegung war die politische Breite, sie setzte sich aus Gruppen mit sehr unterschiedlicher Motivation und sozialer bzw. politischer Herkunft zusammen.

Mit dem Einstieg der Linken in die AKW-Bewegung seit Brokdorf entstand der Versuch, in diesem breiten Bündnis politischen Einfluß auf Ziele und Aktionen der Bewegung zu nehmen. Gleichzeitig war dies der Beginn einer (Macht-)Auseinandersetzung mit politischen Strömungen innerhalb der Bewegung, die eine Infragestellung der gesellschaftlichen Verhältnisse ablehnten und eine Zusammenarbeit mit Trägern der staatlichen Gewalt anstrebten. Die Gewaltfrage wurde zum Instrument der Spaltung, um linksradikale Positionen auszugrenzen.

Diese Auseinandersetzung, die sich teilweise bis Mitte der 80er Jahre hinzog, wird auch in dem Startbahn-Papier und dem Diskussionsbeitrag Krieg-Krise-Friedensbewegung immer wieder aufgegriffen.

Wie viele AKW-GegnerInnen setzten sich die RZ mit der Perspektive der Anti-AKW-Arbeit auseinander, als die Massenmilitanz an ihre Grenzen stieß und suchten neue Formen und Inhalte für die Fortführung des Widerstandes.

Als Antwort auf diese Krise schlugen sie eine Erweiterung der inhaltlichen Bezugspunkte vor, z.B. die Dimension der Umweltzerstörung insgesamt, um auch in den Städten eine Handlungsperspektive zu entwickeln und die Fixierung auf die meist ländlichen Standorte der AKW's aufzuheben, verweisen auf den internationalen und militärischen Aspekt der Atomtechnologie und den Ausbau der BRD in einen Überwachungs- und Atomstaat.

Als praktische Umsetzungsform empfehlen sie ihr eigenes Konzept der dezentralen klandestinen Aktionen, an den Orten, an denen Betreiber oder Planer von AKWs angreifbar sind.

So richteten sich ihre Aktionen gegen die Firma MAN, Nürnberg, wegen deren Beteiligung am Atomgeschäft mit Südafrika, gegen die Firma Klein, Schanzlin und Becker, dem weltgrößten Pumpenhersteller für AKWs, die Nordwestdeutsche Kraftwerke als größtem Atomanlagenbetreiber in Norddeutschland, sowie die Firmen Interatom und die Gesellschaft für Reaktorsicherheit.

Im Mai 78 legten sie eine Bombe beim Wach- und Kontrolldienst Nord, der massiv an der Überwachung der Bauplätze und der Niederschlagung des Widerstands beteiligt war und brannten den Wagen des für den Einsatz gegen die Kalkar-DemonstrantInnen verantwortlichen leitenden Schutzpolizeidirektors in Duisburg ab.

Mit ihrem Anschlag auf den Wetterturm in Ahaus stießen sie bei der ansässigen BI auf die Kritik, schlampig recherchiert zu haben, da der Turm seit langem außer Betrieb sei und keinerlei reale Funktion erfülle. Die RZ arbeite zwangsläufig abgehoben, diese Aktion habe die Zusammenarbeit von BI und Linken in Ahaus keinen Schritt weitergebracht, das hat für uns nichts mit der abstrakten Gewaltfrage zu tun, sondern mit konkreten Zusammenhängen, in denen kontinuierliche Arbeit geleistet wird.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 726 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Subversiver Kampf in der Anti-AKW-Bewegung 1980

Die Massenbewegung gegen AKW ist 1974/75 aufgekommen. Sind dazu Impulse von euch ausgegangen? Wie habt ihr sie am Anfang eingeschätzt?

Die Bewegung gegen Atomkraftwerke, die in den Jahren 74/75 entstand, war uns fremd. Wir hatten zwar viel Sympathie für die Platzbesetzer von Wyhl1 (Frühjahr 75), aber gleichzeitig war uns die soziale Basis dieser Bewegung sehr suspekt.

Was hatten wir gemeinsam mit Bauern, Naturschützern und umweltbewußten Lehrern und Wissenschaftlern? Grundsätzlich waren wir zwar auch gegen AKW, aber wir hielten das Problem für einen Nebenaspekt. Letztlich erschien es uns egal, ob die Zerstörung, Versteinerung und Entmenschlichung dieser Gesellschaft und unseres Lebens durch die Atomenergie oder durch das Öl stattfindet. Auch die potentielle Gefährlichkeit der AKWs war für uns kein entscheidendes Argument. So beschäftigte uns der Tod von Holger Meins viel mehr, der 1974 im Knast ermordet wurde. Dieses langsame Verhungernlassen eines Menschen im Knast räumte bei uns die letzten Illusionen auf, die wir über diesen Staat noch hatten. Es ist schwierig, um zukünftige Gefahren durch die Atomenergie zu bangen, wenn Tag für Tag Menschen sterben oder langsam umgebracht werden: am Arbeitsplatz, in den Betonsilos, auf den Straßen, in den Knästen und psychiatrischen Anstalten.

Wir hatten die Einschätzung, daß diese damals entstehende Anti-AKW-Bewegung sowohl von ihrem inhaltlichen Bezugspunkt als auch von ihrer sozialen Basis nur eine reformistische Perspektive entwickeln könnte. Die Auswüchse des kapitalistischen/patriarchalen Systems sollten abgeschafft werden, an ihren Ursachen aber nicht gerührt werden. Der Einbruch der kapitalistischen Auswüchse in scheinbar heile Lebens- und Arbeitszusammenhänge, Naturabläufe, Traditionen etc. auf dem Lande sollte abgewehrt werden. Im Hinterkopf hatten wir noch die Vorstellung vom Proletariat als einzigem legitimen revolutionären Subjekt in der Geschichte. In dieser festgefügtten Vorstellung hatte aber das neue Verständnis der Frauenbewegung schon Veränderungen bewirkt. Diese Sichtweise des anfänglichen Anti-Atom-Kampfes wird noch verständlicher, wenn man/frau weiß, in welchen Bereichen wir zu dieser Zeit sowohl legal als auch illegal unsere Schwerpunkte hatten. Dies waren die Fahrpreiskämpfe, die Jugendzentrumsbewegung, die Häuserkämpfe, die Frauenbewegung und der Internationalismus.

Wie habt ihr euch in den Hauptphasen der Mobilisierung a) bis Brokdorf2 II/III b) bis Grohnde3/Kalkar c) mit Gorleben eingebracht?

Einige von uns haben sich an den drei Brokdorf-Demos und der Grohnde-Demo beteiligt. Um ehrlich zu sein, lag zu diesem Zeitpunkt unser Interesse an der Anti-AKW-Bewegung hauptsächlich darin, daß sich dort eine breite Militanz entwickelte, daß es dort Putz gab.

Die Möglichkeit von illegalen Aktionen haben wir diskutiert, aber dann nicht gemacht, weil wir dachten, daß wir damit die weitere Entwicklung der Massenmilitanz erschweren könnten. Ein anderer Punkt war, daß bei uns noch Unsicherheiten in der Einschätzung der AKW-Bewegung als neue Massenbewegung bestanden. Nach Grohnde war uns klar, daß eine Steigerung der Massenmilitanz am Bauzaun keine realistische Perspektive mehr war. Albrecht4 hat später zugegeben, daß während der Grohnde-Demo der Einsatz von Schußwaffen in Erwägung gezogen wurde.

Damit war aber auch die Hoffnung am Ende, das Atomprogramm durch eine Serie von Bauplatzbesetzungen relativ kurzfristig zu stoppen. Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms,

sondern die gesamte Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu Entscheidungsschlachten aufdrängen lassen brauchen.

Die notwendige Dezentralisierung des Widerstandes wird heute im übrigen durch die neue Taktik der Betreiber viele Standorte für Zwischenlager, WAA usw. zu benennen bestätigt. Dies schließt natürlich nicht aus, daß die Entwicklung z.B. in Gorleben, Ahaus, Nordhessen einen ganz entscheidenden Einfluß auf die Gesamtbewegung hat.

Die inhaltliche Auseinandersetzung, die damals in der AKW-Bewegung geführt wurde, bewirkte bei uns, daß wir im Sommer 1977 ausführlich über den politischen und ökonomischen Hintergrund der AKW-Bewegung diskutierten. Für uns standen damals folgende Punkte im Mittelpunkt:

1. Das Bewußtsein darüber, wie weit die ökologische Grundlage die Basis unseres Lebens bereits zerstört ist, mit welcher Geschwindigkeit wir uns auf die ökologische Katastrophe hinbewegen und welche entscheidende Rolle dabei die Energiepolitik hat, insbesondere die Atomtechnologie.

Die Entfaltung der Produktivkräfte hat den Punkt erreicht, wo um des Profits willen die Zerstörung der elementaren Grundlagen alles Lebens in Kauf genommen wird.

2. Die Einsicht, daß es einen Zusammenhang gibt zwischen der Form zentralisierter Energieerzeugung in Atomkraftwerken und der immer weiter gehenden Zentralisierung staatlicher Macht. Der unglückliche Begriff des Atomstaats verspricht scheinbar, daß der Überwachungsstaat, repressive Polizeieinsätze mit der Atomtechnologie entstanden seien und mit dem Abschied davon auch wieder verschwinden würden. In Wirklichkeit verdoppelt die vielbeschworene technologische Notwendigkeit stabiler, d.h. kapitalistischer, gesellschaftlicher Verhältnisse die Anstrengungen des Staatsapparates, die gesamte Bevölkerung unter Kontrolle zu bekommen und oppositionelle Minderheiten einzuschüchtern, die Unbelehrbaren auszumerzen.

3. Der internationale Aspekt der Atomtechnologie.

Das Interesse der BRD (seit dem ersten Atomminister Strauß⁵) war es, Atomverträge mit solchen Ländern abzuschließen (Südafrika, Brasilien, der Iran des Schahs, Argentinien), in denen es möglich war oder schien, innerhalb kurzer Zeit Atombomben zu bauen und über sie zu verfügen. Erfahrungen mit den technologischen Problemen zu sammeln, was in der BRD unmöglich und verboten war. Nur ein grenzenloser Optimist kann heute übersehen, daß die BRD atomare, militärische Potenziale in strategisch wichtigen Ländern wie Südafrika und Brasilien aufgebaut hat oder dabei ist, es zu tun: daß sie selbst gegen den Willen der USA an dieser Zusammenarbeit festhält und die diktatorischen Verhältnisse in diesen Ländern geradezu als Garantie für die Zukunft betrachtet werden.

Nach der Ölkrise (1973) und den zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen um Atomenergie sah die BRD im Export der Atomtechnologie die Chance, ihre führende Rolle auf dem Weltmarkt zu sichern und weiter auszubauen. Der ökonomische Aspekt gewann an Bedeutung. Die Aggressivität des westdeutschen Imperialismus zeigte sich besonders deutlich im Gerangel um das Bombengeschäft mit Brasilien und den kürzlich zustande gekommenen Vertrag mit Argentinien. Von enormer Bedeutung ist andererseits, daß der Kampf um die knapper werdenden Energien und Rohstoffe zu einer Wiederbelebung aggressiver imperialistischer Raubkriege noch in diesem Jahrzehnt führen kann. Die derzeitige Krise im Iran, in Afghanistan, die aktuelle Kriegsgefahr nach der vorerst fehlgeschlagenen Intervention⁶ der USA im Iran sind nur die Vorzeichen dieser Entwicklung. Die westlichen Länder werden sich nicht mit Lieferbeschränkungen, Erdölboykott, Rohstoffkontingentierungen abspeisen lassen. Wenn sich die Länder der dritten Welt insbesondere des Nahen Ostens nicht in neokoloniale Abhängigkeiten einbinden lassen, wird auch die BRD sich an militärischen Interventionen beteiligen. Gleichzeitig erhöht diese Situation den innenpolitischen Druck zur Errichtung von Atomkraftwerken und erleichtert die ideologische Formierung der Bevölkerung gegen die Ölscheichs und Kanaken. Ergebnis der Diskussion war, daß die Energie- und damit verbunden die Ökologiefrage für uns zu einem zentralen Punkt wurde.

Nicht zu übersehen war auch die Änderung der sozialen Basis der Anti-AKW-Bewegung. Die explosive Kraft der Bewegung (die sich in Brokdorf und Grohnde zeigte) ergab sich für uns aus der Mischung von Naturschützern, die Angst vor dem wildgewordenen Kapitalismus hatten und den Linken und Alternativlern, die in der Atomtechnologie die ganze Unmenschlichkeit des Systems versinnbildlicht sahen.

Diese Pluralität der Bewegung schloß von vorneherein eine logische Abfolge von Aktionen aus, zuerst Unterschriften und Prozesse, dann militante Aktionen. Verschiedene Kampfformen waren von Anfang an nebeneinander vorhanden.

Vor diesem Hintergrund:

Massenmilitanz am Bauzaun war mit Grohnde an ihre Grenze gestoßen,

die Ökologiefrage war für uns zu einer zentralen Frage geworden,

die Ungleichzeitigkeiten in der Bewegung brachten ein Nebeneinander verschiedener Kampfformen hervor,

diskutierten wir illegale Aktionen.

Schwerpunkt der illegalen Aktionen sollten praktische Verhinderungsaktionen, Sabotage sein. Die Legitimität des praktischen Widerstands, die nach Grohnde auf gewaltlose Formen festgelegt wurde, sollte gestärkt werden. Angriffspunkte unserer Aktionen sollten nicht die Standorte sein, sondern das Spinnennetz der Betreiber, Firmen und Institutionen, die den Bau der Atomkraftwerke überhaupt möglich machen. Malville und Kalkar bestätigten unsere Einschätzung von der Grenze der Massenmilitanz. Der deutsche Herbst, mit der Entführung von Schleyer und der Ermordung der drei Genossen in Stammheim, führte bei uns zu Verunsicherungen. Wir diskutierten die Perspektive illegaler Aktionen mit dem Gespenst der totalen Repression im Kopf. Die Auswirkungen waren unter anderem, daß wir eine Reihe von Aktionen, die wir geplant hatten, nicht durchführten. Zu diesem Zeitpunkt verließen einige Genoss/inn/en die RZ. Die AKW-Bewegung war im Herbst 77 auf einem Tiefpunkt, massenmilitanter Widerstand schien unmöglich geworden und neue Formen des Widerstandes waren kaum sichtbar. Bei uns führte der deutsche Herbst und die Krise der AKW-Bewegung dazu, daß wir andere als illegale Aktionen für unmöglich hielten und die politische Wirkung anderer Widerstandsformen unterschätzen.

So fanden im Sommer 1977 noch zwei Aktionen statt. Der Sprengstoffanschlag auf die Firma MAN in Nürnberg und die Aktion gegen die Firma Klein, Schanzlin und Becker AG in Frankenthal. Beide Aktionen richteten sich gegen Firmen, die ohne Skrupel durch die Atomtechnologie ihre Profite steigerten. So hilft MAN mit, daß es möglich ist, in Südafrika Atombomben zu bauen und die Firma KSB konnte durch ihre Beteiligung am Atomgeschäft ihre Gewinne um 30 % vergrößern.

Die beiden nächsten Aktionen gegen die Atommafia waren im Mai 78, einmal eine Aktion gegen den Einsatzleiter in Kalkar und ein Anschlag auf das Gebäude der Wako (Wach- und Kontrollkommando Nord GmbH). Die Wako hat die Sicherheitsaufgaben in Brokdorf und Esensham und bespitzelt im Landkreis in übler Weise die Bevölkerung. Der Anschlag auf das Gebäude der Wako war unser erster Versuch, zu Gorleben ein Aktion zu machen. Die Reaktionen, die wir mitbekamen, waren nicht sehr ermutigend. Es wurde kaum darüber gesprochen. Die Aktionen bewirkten zwar keine Spaltung der Bewegung, aber populär (wie z.B. die Mistaktion im Wendland⁷) waren sie sicher nicht.

Wir werden unsere beiden letzten Aktionen in Ahaus und Hamburg im Zusammenhang mit der Frage nach populären und unpopulären Aktionen genauer untersuchen.

Wir denken, daß man an den Aktionen sehen kann, daß unser Anspruch sich nicht immer durchgesetzt hat. Der Treck nach Hannover⁸ und die folgende Großdemo in Hannover zwangen uns insofern zum Umdenken, als wir die politischen Möglichkeiten eines breiten Protestes der Bevölkerung unterschätzt

hatten. Es ist nicht wegzuleugnen, daß der Protest der Bevölkerung im Wendland und die breite Unterstützung, die dieser Protest gefunden hat, den Bau der WAA in Gorleben verzögert hat.

Im Verlauf der Massendemonstrationen gab es mehrere Rückschläge angesichts der vermeintlichen oder auch realen Übermacht der Polizei.

Gab es in den unmittelbaren Auseinandersetzungen Möglichkeiten, auf diese Übermacht phantasievoll zu antworten und die Initiative zurückzugewinnen ? Beispiele ? Wie seht ihr den Zusammenhang zwischen der Frustration über die Übermacht des Polizeistaates und der Entwicklung der sogenannten Gewaltfreiendebatte ? Was haltet ihr vom jüngsten Integrationsversuch der Grünen Partei ?

Wie wir schon sagten, haben wir nur individuell an den Demonstrationen teilgenommen. Wir denken, daß die ganze Initiative und Kraft darauf gerichtet war, die Bauplätze wieder zur Wiese zu machen und daß wenig Phantasien entwickelt wurden, z.B. die politische Initiative nach Grohnde wieder zu gewinnen.

Zur Frage des Zusammenhangs von Frustration über die Übermacht der Polizei und der Entwicklung der Gewaltfreiheitsdebatte meinen wir, daß wir den direkten Zusammenhang, den diese Frage suggeriert, nicht sehen. Eine Polarisierung der Anti-AKW-Bewegung in einen reformerisch/gewaltfreien Flügel und einen militanten Flügel war recht früh sichtbar. Eine Ursache liegt in der Pluralität der Bewegung, der Ungleichzeitigkeit von Bewußtseinsprozessen innerhalb der Bewegung. Offensichtlich wurde diese Spaltung in der Auseinandersetzung um die Demo in Itzehoe und Brokdorf III. Die Repression, die Grohndeprozesse, Kalkar und der deutsche Herbst haben dann dazu geführt, daß verschiedene politische Gruppen und Personen versucht haben, ihre Position der Gewaltfreiheit/Legalität stärker durchzusetzen. Es war eine gute Gelegenheit. Die Gruppen, die Gewaltfreiheit als politisches Prinzip vertreten, wollen die Legitimität des Widerstandes gegen AKWs auf gewaltfreie/legale und damit letztlich unwirksame Protestformen beschränken. Das wesentliche Argument dieser prinzipiell Gewaltfreien ist, daß sich das Ziel einer besseren, friedlichen Gesellschaft und Gewalt, um dieses Ziel zu erreichen, gegenseitig ausschließen. Diese Argumentation ist nicht neu und man/frau kann manchmal schwer unterscheiden, ob sie taktisch ist oder ernsthafte Überzeugung. Auf jeden Fall hilft sie nicht, die herrschende Gewalt anzugreifen. Gewalttätig ist nicht der Staat mit seinem Atomprogramm, sondern derjenige, der dagegen rebelliert und sich befreien will. Letztlich halten die prinzipiell Gewaltfreien in sich selber etwas mit Gewalt zurück: ihre Wut und ihren Zorn gegen die Unmenschlichkeit dieses Systems.

Zu fragen wäre noch ob die Bezeichnung gewaltfrei nicht als Schutz empfunden wird gegen die brutale Gewalt des Staates. Bemerkenswert ist noch, daß es innerhalb der Gewaltfreien Gruppen gibt, die sich an dem Charakter nach illegalen Aktionen beteiligen, wie Bäume besetzen, Blockaden usw. Wir würden deshalb einen Unterschied machen zwischen den gewaltfrei-legalistischen Gruppen und Personen, die die Rückführung der Bewegung an diesen Staat zum Ziel haben, die Friedhofsruhe in diesem Land wollen und den Gewaltfreien aus Überzeugung, die sich aber ihre Aktionsmöglichkeiten nicht durch das bürgerliche Gesetzbuch vorschreiben lassen.

Und nun den Grünen. Die relative Stärke der Grünen ist für uns ein Indikator für die Schwäche der radikalen Anti-AKW-Bewegung. Objektive Funktion der Grünen Partei ist es, den Protest gegen AKWs zu befrieden, ihn zu institutionalisieren. Wie jede andere Institution dienen auch die Grünen dazu, den Wunsch der Menschen, irgendetwas sofort zu ändern, zu blockieren, aufzuschieben. Durch die Grünen wird zum anderen die Bindung an den Staat wieder gefördert und die Proklamierung der Gewaltfreiheit ist nichts anderes als die Unterdrückung der Militanz der Anti-AKW-Bewegung. Der letzte Parteitag in Saarbrücken ist ein Indiz dafür, wie weit die Grünen schon wieder sind im Aufbau traditioneller Parteistrukturen. Über 600 Anträge wurden zur Abstimmung gestellt, der Parteitag wurde zur Abstimmungsmaschine degradiert. Inhaltliche Diskussionen waren nicht mehr möglich, es

wurde um Macht und Einfluß gepokert.

Es nützt aber wenig, über den Erfolg der Grünen zu jammern, wesentlicher ist, daß es den radikalen Teilen der AKW-Bewegung gelingt, politische Perspektiven zu entwickeln, die alternative Handlungsmöglichkeiten beinhalten. Dazu mehr in den letzten beiden Fragen. Offene Fragen für uns sind:

Welche Verschiebungen in den traditionellen Machtzentren bewirken die Grünen ?

Kann die Grüne Partei Bevölkerungsteile ansprechen, die für uns nicht erreichbar sind ?

Wie sind die Auswirkungen der Wahlerfolge der Grünen auf die Parteienstruktur und bisher stabilen Zuordnung von Staatsparteien und entsprechenden Bevölkerungsteilen einzuschätzen ?

Tragen die Grünen zur Sensibilisierung insbesondere von jungen Leuten für politische und ökologische Fragestellungen bei ?

Können die Grünen für die radikale Linke ein (ernster) politischer Bündnispartner sein ?

Deuten sich in der sozialen und politischen Zusammensetzung der Grünen Konstellationen an, auf die auch die radikale Linke Antworten finden muß ?

Wie ist die Tatsache zu bewerten, daß vor 10 Jahren den Staatsparteien die weitgehende Integration der Jugendrevolte durch die Jusos⁹ und Judos¹⁰ gelang, die SPD und FDP heute aber offenkundig nicht mehr in der Lage ist, Protestpotentiale zu binden ?

Vor allem aus den Wyhler Erfahrungen kommt die Betonung der regionalen Besonderheit der Anti-AKW-Kämpfe. Wie steht ihr generell dazu ?

Wir denken, daß es zur Zeit in Deutschland keinen Regionalismus gibt, der zu vergleichen wäre mit den regionalen Bewegungen im Baskenland, Katalonien, in der Bretagne, Korsika usw. Weiterhin scheint uns deutlich zu sein, daß regionalistische Tendenzen (vielleicht besser ein Geschichtsbewußtsein) als lebendige Tradition des Widerstandes in Wyhl stärker sind als im Wendland.

Die Schwierigkeiten zwischen Einheimischen und Auswärtigen sind in Gorleben sicher größer. Die Schärfe der Auseinandersetzung hat damit zu tun, daß Gorleben der zentrale Punkt im Atomprogramm ist bzw. war und viel mehr Auswärtige sich in Gorleben engagierten als z.B. in Wyhl. Aber sichtbar wird auch, daß im Wendland ein starkes Bemühen ist, die Geschichte dieses Landes aus dem Dunkel herauszuholen und sie zu verbinden mit dem lebendigen Widerstand gegen die WAA. Der Bauertreck nach Hannover ist auch schon ein Stück Geschichte. Die Zeiteinteilung verläuft vor dem Treck und nach dem Treck.

Im Moment ist Regionalismus in Deutschland wohl eher ein Wunschtraum, hoffentlich nicht nur eine Modeerscheinung. Zu überlegen wäre aber, ob sich in den autonomen Bewegungen in den Städten nicht bestimmte Aspekte des Regionalismus wiederfinden. So die starke Ablehnung aller Formen von Zentralisierung und Führungsansprüchen, die am stärksten in der Frauenbewegung zu finden ist. Der Kampf um die Erhaltung alter Stadtteile, der Teil des Kampfes ist gegen die Gleichmacherei einer öden Fernsehkultur.

Aus Richtung Wyhl, teilweise auch aus dem Landkreis wird immer wieder betont, daß Subversivität und Widerstand populär sein müssen, weil im anderen Fall Isolationsgefahren drohen. An dem Beispiel im Dreiecksland¹¹ werden die Kampffaktionen der Schweizer Genossen genau verfolgt und teilweise auch nachgemacht. Es wird dabei scharf getrennt zwischen populären Aktionen, Aktionen auf Strommasten, Propaganda-Pavillon, also alles was Angriff auf die Funktionen der AKW-Planung

ist und unpopulären Geschichten, wie etwa Angriff auf Landhäuser bei denen Familien der AKW-Betreiber gefährdet werden. Was haltet ihr davon ? Welchen Stellenwert hat bei euch die Frage, daß Aktionen populär und so angelegt sein sollten, daß sie breit nachgemacht werden können ?

Widerstand ist in Deutschland nicht populär. Es gibt in unserem Land keine Tradition der Nichtunterwerfung, der Revolte, des Widerstandes. Wir sagen damit nichts Neues, aber es ist auch unsere Erfahrung nach 7 Jahren Praxis. Für uns heißt das, es wäre eine Illusion anzunehmen, daß subversive/illegale Aktionen in der BRD auf eine breite Zustimmung stoßen, daß sie populär sind. Aber sie können es werden und das ist unsere Hoffnung. Aber nur dann, wenn es uns gelingt, die Ideen, Pläne, Phantasien und Träume, denen wir im alltäglichen Widerstand und in der AKW-Bewegung begegnen, in Aktionen umsetzen können.

Wir sagen nicht, daß uns dies bei allen unseren Aktionen gelungen ist und wir wissen auch, daß bei illegalen Aktionen Fehler schwerer wiegen, sie stärker kritisiert werden. Es ist eine Gratwanderung, entweder man wirft uns vor, wir würden uns an eine Bewegung anhängen oder wir würden uns isolieren. Vielleicht können wir unser Problem mit den Begriffen populär/unpopulär am Beispiel unserer letzten beiden Aktionen deutlicher machen. In Ahaus haben wir versucht, den Wetterturm zu sprengen, das ist uns nicht ganz gelungen. Die Reaktionen auf diese Aktion waren zwiespältig. Die Bauern am Ort sagten: Wenn wir solche Aktionen machen, dann klappen sie auch. Für uns zeigt sich in einer solchen Reaktion, daß Helden gewünscht werden, die keine Fehler machen. Eine solche Haltung entspringt der Vorstellung von männlicher Stärke, die Gegengewalt mit Leistung verbindet. Positiv an der Reaktion der Bauern fanden wir, daß die Aktion keine Angst gemacht hat. Auch die Reaktion der BI in Ahaus enthielt zwar Kritik, aber sie machten sich die Mühe, sich mit der Aktion auseinanderzusetzen. Im Gegensatz dazu der ID12, das war nur noch diffamatorisch, es wurde kein Versuch gemacht, die Aktion ernsthaft zu diskutieren, uns wurde nur vorgeworfen, wir würden uns an die Bewegung anhängen, ein wirklich läppisches Argument.

Wir können also wirklich nicht sagen, daß diese Aktion Begeisterung ausgelöst hat oder auf breite Zustimmung gestoßen wäre. Sie wurde von einem Teil der Anti-AKW-Bewegung als legitimer Widerstand begriffen, als Aktion, mit denen man/frau sich auseinandersetzen muß. Das ist nicht viel, aber vor dem Hintergrund der Hetze gegen illegalen Widerstand ein Ansatz.

Die Ambivalenz der deutsche Linken gegenüber illegalen Aktionen zeigt sich noch darin, daß über eine ähnliche Aktion der Schweizer Genossen (es wurde ebenfalls ein Wetterturm gesprengt) in linken Zeitungen euphorisch berichtet wurde. Je weiter weg der militante Widerstand ist, desto unbefangener kann man/frau sich damit identifizieren.

Dazu kommt, daß Aktionen, für die die RZ verantwortlich zeichnet, sicher auf mehr Vorbehalte stoßen, als Aktionen von Gruppen mit anderen Namen. Wir denken aber, daß wir unserer Geschichte nicht davonlaufen können.

Wir meinen nicht, daß die Aktion in Ahaus und auch nicht die in Hamburg das non plus ultra gewesen sind, aber wir hoffen, daß klar geworden ist, welche Schwierigkeiten in der Klassifizierung von Aktionen nach dem Begriffspaar populär/unpopulär enthalten sind.

Zur Frage der Nachmachbarkeit. Wir haben immer gesagt, daß Nachmachbarkeit für uns ein wichtiges Prinzip ist. Wir verstehen es aber nicht absolut. Entscheidend ist, daß unsere Prinzipien, sich zu organisieren, legale und illegale Arbeit miteinander zu verbinden und den regionalen Bedingungen entsprechend Aktionen zu machen, nachgemacht werden. Nicht das technische Niveau ist entscheidend, sondern die politische Wirkung. Und an diesem Punkt sehen wir Erfolg. Es gibt inzwischen vielen Gruppen in der BRD, die ähnlich arbeiten wie wir, auch wenn davon wenig in der bürgerlichen Presse zu lesen ist. Das macht uns optimistisch.

In den Regionen wird immer wieder kritisiert, daß städtische Militante dort aktiv sind oder durch ihre Aktionen die Situation bestimmen, obwohl in der Stadt selbst nichts läuft (z.B. keine Radikalisierung

der Strob13-Kampagne, keine Aktionen gegen Betreiber und gemischtwirtschaftliche Stromverteiler). Haltet ihr das auch für eine wichtige Frage ? Aktuell macht die Anti-AKW-Bewegung ihre bisher schwerste Krise durch. Die alten Demonstrationenkampagnen werden sich totlaufen, die innere Befriedung durch die Grünen bindet Potential, es laufen sektiererische Selbstabgrenzungen, die Breite der Diskussion zwischen den militanten Ansätzen schwindet. Wie meint ihr darauf zu antworten? Welches ist eure Perspektive im Verhältnis zu euren Erfahrungen seit 74/75 ?

Wir denken, daß es sinnvoll ist, die beiden letzten Fragen zusammen zu beantworten. Nach unserem Verständnis ist die Krise der Anti-AKW-Bewegung vor allem eine Krise der Bewegung in den Städten. Eine Ursache für die Krise sehen wir in der Beschränkung auf das Problem der Atomkraft. Damit einher geht eine Fixierung auf die Standorte

Gorleben, Brokdorf, Grohnde etc. Es ist nicht gelungen, für umweltbewußte Leute in den Städten eine politische Handlungsperspektive zu entwickeln. Die Strobo-Initiative, die eine solche hätte sein können, wurde nicht ausgeweitet und radikalisiert (und genau in diese Lücke stoßen die Grünen, sie bieten eine Handlungsperspektive, aber eine traditionelle , die die Bewegung wieder an den Staat binden soll).

Im Gegenteil, die Diskussionen um die Brokdorf-Demo im Mai machen deutlich, daß in vielen Köpfen die Illusion war und ist, man/frau könnte da weitermachen, wo man mit der 2. Brockdorf-Demo aufgehört hat. Die Wiederbelebung einer breiten Massenmilitanz könnte erneut zu einem Aufschwung des Widerstandes gegen das Atomprogramm führen. So verständlich der Wunsch ist, der Bauplatz in Brokdorf muß wieder zu Wiese werden (wir haben ihn auch), so gefährlich ist es, Wünsche zur alleinigen Grundlage politischen Handelns zu machen.

Wir haben den Eindruck, es wird sich mit allen Mitteln und aller Macht dagegen gesperrt, politische Realität zur Kenntnis zu nehmen, aus Erfahrungen zu lernen, nämlich die positiven Erfahrungen seit Anfang 1978 mit militantem dezentralem Widerstand als eine Antwort auf die scheinbare Alternative von Resignation oder der militärischen Eskalation am Bauplatz. An deren Stelle treten Wunschträume, die zerplatzen, wenn sie mit der Realität konfrontiert werden.

Auch bei der Diskussion um die geplante Bohrplatzbesetzung in Gorleben zeigt sich die Schwäche der radikalen Anti-AKW-Bewegung. Die Orientierung an Gorleben als dem Zentrum des Widerstandes (obwohl die Atomindustrie längst ein dezentrales Konzept realisiert) vernachlässigt die Entwicklung einer politischen Kraft, einer radikalen Bewegung an den Orten, an denen man/frau lebt und arbeitet oder nicht arbeitet. Die Auseinandersetzungen über eine Charakter der Besetzung haben ihre Schärfe zum Teil dadurch bekommen, daß ein Teil der Auswärtigen Gorleben zu ihrem Kampfplatz machen wollte. Ein anderer Teil der Auswärtigen ordnete sich allem unter, was von der BI Lüchow-Dannenberg kommt und sei es auch noch so schwachsinnig. Das Argument, die Bauern machen das nicht mit, zieht immer. Aber auch die BI Lüchow-Dannenberg hat ihren Anteil an der Zuspitzung der Konflikte. Ihre Taktik ist es, militante Aktionen, wenn sie gut gehen, für sich in Anspruch zu nehmen und wenn es Probleme gibt, die auswärtigen Chaoten dafür verantwortlich zu machen.

Einen Ausweg aus der Krise sehen wir darin, daß die Dezentralisierung des Widerstandes nicht länger Anspruch bleibt, sondern Realität, praktisch wird. Die Perspektive ist die Entwicklung einer radikalen/subversiven Kraft in den Städten und auf dem Land, die politische Handlungsperspektiven entwickelt, die sich nicht festlegen lassen auf nur Aufklärung einerseits und militärische Aktionen andererseits. Dies hat zur Vorbedingung, daß zu dem Kampf gegen das Atomprogramm neue inhaltliche Bezugspunkte dazukommen, wie z.B.

die besondere Umweltzerstörung in den Städten (Stadtsanierung, Wohnungsnot, der Bau von

Schnellstraßen, die Verpestung der Luft und des Wassers usw.)

der internationale Aspekt der Atomtechnologie (Atombombenproduktion, allgemeine Kriegsproduktion, die Ausbeutung und Unterdrückung der Dritten Welt durch imperialistische Mächte)

der Überwachungs- und Atomstaat.

Einen zentralen Punkt möchten wir noch ansprechen, auch wenn er bei uns noch wenig diskutiert ist und wir nur Fragen dazu stellen können

Arbeit bekommt immer mehr den Charakter eines Krieges gegen die Umwelt, die Produktivkräfte sind zu Destruktivkräften geworden. Was bedeutet diese Tatsache im Hinblick auf Fabrikkämpfe ? Ist die Forderung nach einem politischen Lohn die richtige Antwort ?

Und nun zu unserer Perspektive. Vorweg müssen wir sagen, daß wir hier nur für einen Teil der RZ sprechen können. Wir denken, daß in den verschiedenen Antworten schon die Grundlinien unserer Perspektive erkennbar sind. Wir werden jetzt die wichtigsten Punkte noch einmal herausgreifen. Im Unterschied zu 1974/75 ist die Ökologiefrage heute für uns ein entscheidendes Problem. Es gibt für uns kein hierarchisches System von Aktionen, ganz unten steht das Flugblattverteilen und ganz oben die bewaffnete Aktion. Ein Denken in hierarchischen Kategorien sieht Aktionen unter dem Gesichtspunkt der Leistung und bleibt so einem patriarchalisch/kapitalistischem Denken verhaftet. Die Überwindung legaler Strukturen und legalistischen Denkens ist die Voraussetzung der Entwicklung einer freien Gesellschaft. Grundlage des legalistischen Denkens ist, daß Aufklärung in der spätkapitalistischen Gesellschaft leicht zum Konsum wird und so die den verrechtlichten Verhältnissen verhafteten Denkstrukturen nicht aufgebrochen werden könne. Die ökonomische Gewalt und andere Gewaltverhältnisse sind als rechtmäßige verinnerlicht und diese Gewalt muß wieder sichtbar gemacht werden durch Verletzung der Legalität. Damit versuchen wir, auch in der Form des Widerstandes unser Ziel zu verdeutlichen und erfahren dies gleichzeitig als ein subjektiv befreiendes Moment. Unsere subversiven illegalen Aktionen sind ein Mittel, legalistisches Denken zu brechen und zu einer Stabilisierung der militanten anti-institutionellen Linken beizutragen. Weiterhin meinen wir, daß es nicht darum gehen kann, daß wir uns die tollen Aktionen ausdenken, sondern wir wollen Ideen und Phantasien, denen wir begegnen, aufgreifen und praktisch machen. Wir haben auch den Anspruch, daß unsere Aktionen populär sein sollen, aber über die Schwierigkeit dieser Definition haben wir schon etwas gesagt. Dieses Verständnis bestimmt auch das Niveau unserer Aktionen. In unseren Diskussionen spielen die Erfahrungen und Beispiele mit Sabotage eine große Rolle und wir sehen darin die Möglichkeit, das Atomprogramm wirksam zu behindern. Angriffspunkte sollen in erster Linie nicht die Standorte sein, sondern das vielfältige Netz von Betreibern, Firmen usw., die mit der Atomtechnologie das große Geld machen. Wir verstehen uns als Teil der Anti-AKW-Bewegung und nicht als deren bewaffneter Arm.

Klar ist allerdings, daß wir niemals eine Aktion gegen ein in Betrieb befindliches Atomkraftwerk unternehmen werden oder gegen eine andere atomare Anlage, durch die ein Unfall innerhalb der Anlagen oder ein Austritt von radioaktiven Stoffen verursacht werden könnte. Unser Kampf ist ja gerade gegen diese Gefahr gerichtet, wir wollen sie verhindern und nicht provozieren.

Wichtig ist es aus unserer Sicht, die Unterschiede zwischen uns und den zahlreichen, in den vergangenen Jahren entstandenen militanten Kernen herauszuarbeiten. Dieser Unterschied ergibt sich nicht aus dem Niveau von Aktionen. Wir freuen uns darüber, daß inzwischen einige Gruppen zum Teil wirkungsvollere Aktionen machen als wir derzeit. Wir sehen den Unterschied mehr darin

daß die Entscheidungen für Aktionen bei uns nicht spontan fallen, sondern Ergebnis langwieriger Diskussionen und Entscheidungen sind und einer prinzipiellen Entscheidung für bewaffneten

Widerstand;

Widerstand führt zu Verfolgung;

deswegen bemühen wir uns, unsere Praxis durch die Vorbereitung der Illegalität abzusichern; dies bezieht sich sowohl auf die politische Perspektive als auch auf die sachlichen Notwendigkeiten illegalen Lebens;

daß der Widerstand gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensbedingungen gegen die AKWs in unserer Organisation vermittelt ist, zu Widerstandsperspektiven in anderen Bereichen (z.B. die Unterdrückung der Frauen, der Widerstand gegen die staatliche Politik, die Perspektive eines revolutionären Internationalismus). Die Stärke der Anti-AKW-Bewegung und der militanten Gruppen hängt zwar auch mit ihrer Beschränkung zusammen: es ist aber ein Punkt erreicht, an dem diese Beschränkung in Perspektivlosigkeit umzuschlagen beginnt.

Daraus ergibt sich auch unser Verhältnis zu der Anti-AKW-Bewegung insgesamt. Wir sind im Rahmen unserer Praxis gegen Atomenergie einer der vielen Teile dieser Bewegung, nicht aber ihr bewaffneter Arm. Dies bedeutet, daß wir unsere Entscheidungen autonom fällen, aber in einem spezifischen Abhängigkeitsverhältnis zum Zustand dieser Bewegung, in dem Bewußtsein und der Rücksichtnahme, daß unsere Aktionen Auswirkungen auf die gesamte Bewegung haben können.

Wir wissen, daß es viele Probleme und Fragen an uns gibt, auf die wir hier nicht eingegangen sind, wie z.B.

Das Klein-Buch14

das Problem Illegalität und Knast

die Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Widerstand in BRD und West-Berlin seit 1970

die Probleme eines revolutionären Internationalismus und ein wesentlicher Widerspruch

nämlich der zwischen Frauen und Männern.

Wir diskutieren seit langem über diese Fragen in unseren Gruppen und haben den Anspruch, dies, sobald möglich, öffentlich zu behandeln.

Zum Schluß noch ein paar Sätze zu uns

Auch bei uns gibt es massenhaft Konflikte. Aber Widersprüche sind für uns nichts Negatives. Entscheidend ist, wie wir damit umgehend. Was wir versuchen, ist, uns nicht auf die Rolle des Militanten zu reduzieren, sondern uns als ganze Personen zu sehen, die Wünsche und Widersprüche haben und die Zuneigung, Freundschaft und Liebe brauchen. Wir denken, daß jede politische Gruppe (nicht nur die illegalen Gruppen), der es nicht gelingt, freundschaftliche Gefühle füreinander zu entwickeln, den Keim des Scheitern in sich trägt.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Anschlag gegen MAN, Nürnberg (August 77)

Mit ihrer Aktion in Nürnberg am 22.08.77 haben die Revolutionären Zellen auf die Rolle von MAN im imperialistischen Atomgeschäft und dessen staatliche Unterstützung hingewiesen.

Der Anschlag auf MAN richtet sich gegen die Beihilfe zur Herstellung südafrikanischer Atombomben. Während die westdeutschen Imperialisten über den Verlust ihrer Profite am Atomkraftwerksbau lamentieren, weil sich inzwischen Tausende gegen die drohende Vernichtung des Lebens durch Atomenergie wehren, exportieren sie ihre Atomtechnologie. Hat das Brasilien-Geschäft großes Spektakel verursacht, weil sich die USA und die BRD um den Gewinn gestritten haben, geht das Atomgeschäft mit dem Faschistenregime in Südafrika leiser über die Bühne. MAN exportiert Verdichter für eine Urananreicherungsanlage in Pelindaba in Südafrika. Das Materialamt der Bundeswehr versieht die Lieferungen mit NATO-Codifizierungsnummern, was für militärische Güter vorgesehen ist. Das Trenndüsenverfahren, nach dem die Anlage gebaut wird, wurde durch die staatseigene Gesellschaft für Kernforschung in Karlsruhe, die Firma STEAG in Essen und MBB (Messerschmidt-Bölkow-Blohm) in München entwickelt. Südafrika als Atomstaat damit wird ein rassistisches Unterdrückungssystem weiter abgesichert, das für schwarze Afrikaner u.a. bedeutet Leben unter dem Existenzminimum; jedes Jahr verhungern tausende von Kindern;

Zwangsumsiedlung in Reservate, die sog. homelands, derjenigen, die in den weißen Gebieten keine Arbeit haben. Diese Reservate umfassen nur 14 % des Landes, sind völlig überbevölkert und können die Menschen kaum ernähren. Sie sind für den weißen Imperialismus ein Reservoir an Menschen, die für eine Hungerlohn als Wanderarbeiter in den weißen Gebieten arbeiten müssen.

Versuch, jeden Widerstand gegen diese Ausbeutung und Unterdrückung zu vernichten; z.B. wurden hunderte von Jugendlichen und Kindern bei den Kämpfen von Soweto¹⁵ ermordet. Erfahrungen, die nur zu größerem Widerstand und besserer Bewaffnung führen werden.

Die BRD-Regierung sichert die Atomgeschäfte durch Versicherungsgarantien ab (Hermes-Bürgschaften), aufgrund wirtschaftlicher (z.B. Uranlieferungen) und strategischer Interessen. Konsequenterweise wird Südafrika dann auch mit nur leicht getarnten Militärgütern aller Art beliefert, z.B. Raketen und Militärflugzeuge von MBB und das ACOCAAT-Radarüberwachungssystem am Kap von MAN, AEG und Siemens reiht Südafrika praktisch in strategische NATO-Konzepte ein.

Der Imperialismus verachtet jeden Lebensausdruck! Atomwaffen und -anlagen sind nur dessen extremster Ausdruck.

Anschlag gegen Klein, Schanzlin & Becker AG, Frankenthal (August 77)

Nach unserer Aktion gegen den international geachteten Konzern MAN am 22.8.77 in Nürnberg möchten wir mit der Aktion bei Klein, Schanzlin & Becker AG (KSB) in Frankenthal am 30.8.77 einen Kandidanten vorstellen, der ganz im Stillen, aber dort im großen Rahmen wirkt.

Die KSB AG ist ein Industriebetrieb auf dem Sektor des Maschinenbaus mit einem Jahresumsatz von 766,3 Mio. DM (1976) und 8.465 Beschäftigten allein im deutschen Werk. Dazu kommen Tochter-Firmen im Ausland. Groß sind zwar auch andere, aber als der Welt größter Pumpenhersteller spielen diese Leute eine wesentliche Rolle des Zuliefers für Kernkraftwerke in aller Welt. 30 % der Umsatzsteigerungen im Jahr 1976 hat sich KSB durch das Atomgeschäft ergaunert. Insofern ist KSB

nur ein exemplarischer Fall die deutsche Industrie braucht die Atomenergie für ihre Profite, nicht für unser Wohl.

Vorstandsvorsitzender Kühlborn sagte das bei einer Vorlage des Geschäftsberichts ganz deutlich: Ihr Profit käme ins Schleudern, wenn die Katastrophe einträte, daß keine Atomkraftwerke mehr gebaut würden. Da riskieren die Leute schon lieber die Katastrophe, die wir alle fürchten: daß die Menschen und ihre Umwelt radioaktiv verseucht zugrunde gehen.

Den Baustopp für Atomkraftwerke, die unser Leben bedrohen, als Katastrophe zu bezeichnen, weil ihnen ihre Profite durch die Lappen gehen, macht den Zynismus und die Menschenverachtung dieser ehrbaren Industriellen mehr als deutlich. Sie drohen auch noch den Arbeitern, die für ihre Profite schufteten: Denn sollten sich die Störungen(!) in der Vergabe von Kraftwerksvorhaben weiter fortsetzen, werde KSB nicht umhin können, die Belegschaft zu verringern. (zitiert nach FAZ vom 25.5.77). Mit dieser dreckigen Erpressung sollen die Arbeiter gezwungen werden, den Bau von Atomkraftwerken zu unterstützen, damit ihre Arbeitsplätze gesichert werden und obendrein noch neue geschaffen werden.

Aktionen gegen den Wach- und Kontrolldienst Nord und den Leiter Schutzpolizei Duisburg (Mai 78)

Warnung an alle Kettenhunde wir beißen zurück!

Wir haben heute am 8. Mai 1978, dem Jahrestag der bedingungslosen Kapitulation des Nazideutschlands im Jahr 1945 zwei besonders ekligen Kettenhunden des Atomfaschismus eins auf die Nase gegeben. Am Morgen des 8. Mai gingen beim Wach- und Kontrolldienst Nord und Niedersachsen in ihrer Verwaltungszentrale in Stade die Lichter an. Mit unserer Bombe wollen wir daran erinnern, daß dieser halb-militärische Werkschutz, der eng mit Polizei und Verfassungsschutz zusammenarbeitet, in Gorleben nicht zum ersten Male aufgefallen ist. Die fast 1.000 Bullen dieses Werkschutzes haben schon in Brokdorf und Grohnde kräftig mitgemischt und stoßen sich auf diese Art am Atomwahn gesund.

Die besonderen Dienste des leitenden Schutzpolizeidirektors von Duisburg, Wilhelm Lemberg, wissen auch wir zu würdigen. Nachdem ihn Innenminister Hirsch von NRW im Oktober 1977 mit dem Verdienstkreuz am Bande ausgezeichnete, ließen wir uns nicht lumpen und verliehen ihm am Abend des 8. Mai das Verdienstauto im Brande! (erster Klasse natürlich, wie es sich gehört, einen Mercedes.) Herzlichen Glückwunsch!

Aktion gegen die Nordwestdeutschen Kraftwerke, Lübeck (Juli 78)

Am 21.7. wurde im Lübecker Hauptverwaltungsgebäude der Nordwestdeutschen Kraftwerke (NWK) ein Brandsatz gezündet. Die NWK sind neben den Hamburger Elektrizitätswerken einer der größten Atomanlagenbetreiber in Norddeutschland. In diesen Bürostuben wurde unter anderem die Propaganda und Planung zum Bau des AKW Brokdorf koordiniert.

In einer Zeit, wo die legalen Widerstandsformen zunehmend illegalisiert werden und die Staatsschutzbehörden nichts anderes zu tun haben, als AKW-Gegner zu monatelangem Knast zu

verurteilen (Grohnde-Prozesse) können wir es uns nicht leisten, nur rumzusitzen und zu debattieren, sondern wir müssen auch alle Formen des praktischen und militanten Widerstands jetzt und sofort organisieren. Wir dürfen uns im Kampf gegen die lebensvernichtenden Atomanlagen unsere Widerstandsformen nicht von den Herrschenden und der Atommafia vorschreiben lassen. Greifen wir die Verantwortlichen überall da an, wo sie nicht auf uns vorbereitet sind. Unsere Kraft und Phantasie finden immer einen Weg, denn wir gehen nicht unter in Niederlagen, aber in Kämpfen, die wir nicht kämpfen.

Wir fordern: e

sofortige Stilllegung aller Atomanlagen!

Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner!

Es ist Zeit, uns zu entscheiden!

Anschlag auf den Wasserturm Ahaus und gegen Fa. Seeland, Hamburg (November 79)

In Ahaus dient ein Wasserturm der Erforschung der klimatischen Bedingungen und damit der Vorbereitung des Baus der Zwischenlagerung. Gleichzeitig wurden dort bereits umfangreiche Vorbereitungen (Enteignung, Probebohrungen, Kanalisation, Straßenbauvorbereitungen) getroffen, um die Errichtung des Zwischenlagers im kommenden Jahr zügig durchzuführen. Als nun kürzlich in der Schweiz bei einem Atomprojekt ein ähnlicher Wasserturm von AKW-Gegnern gefällt wurde, haben wir uns gedacht was schon die Schweizer nicht wollen, ist auch bei uns überflüssig. Wir wissen sehr wohl, daß wir mit unserer Aktion der ortsansässigen BI Schwierigkeiten machen und sie sich mit dem Terrorismus-Vorwurf auseinandersetzen müssen. Wir meinen aber, daß sich der Widerstand gegen das Zwischenlager auch an konkreten Ergebnissen messen lassen muß und wir deshalb ein Recht auf diese Aktion haben.

In Hamburg haben wir bei der Spedition Seeland mehrere Transportfahrzeuge unbrauchbar gemacht, indem wir Zucker in Tanks und Messer in Reifen reingetan haben. Die Spedition Seeland hat sich im September in Gorleben an den Transportarbeiten zur Errichtung des Bohrlochs KZ's 1003 beteiligt. Sie wurden von verschiedenen Bürgerinitiativen mehrmals auf ihre schädliche Rolle hingewiesen wer nicht hören will, muß schieben.

Der Widerstand gegen das Atomprogramm ist in einer schwierigen Situation. Die Bonn-Demonstration¹⁶ ist genauso folgenlos geblieben, wie es zuvor von großen Teilen der Anti-AKW-Bewegung befürchtet worden war. Der praktische konkrete Widerstand ist schwach und unbeständig: während in Gorleben mehrere hundert auf den Bäumen hockten, kamen nach Bonn 100.000.

Die Ohnmachtsgefühle angesichts der zügigen Arbeiten, der polizeilichen Übermacht in Gorleben, das Nicht-Weiter-Wissen, die verbreitete Ratlosigkeit über realistische und trotzdem effektive Widerstandsformen verleitet viele dazu, auf den parlamentarischen Dampfer aufzuspringen. Diejenigen, die politische Bewegungen schon immer als Manövriermasse für taktische Ziele betrachtet haben, machen zur Zeit in große Politik. Seien es die Grünen, wo sich Gruhl¹⁷ und Dutschke¹⁸ in den Armen liegen; sei es der BBU, der für ein geringes Zugeständnis der Bundesregierung immer noch die Grünen von einer Kandidatur abhalten will. Sie wollen nichts davon hören, daß die Anti-AKW-Bewegung ihre Kraft gerade dadurch gewonnen hat, daß sie sich

unabhängig von den Staatsparteien organisiert, außerparlamentarische Opposition betreiben, daß sie sich nicht an den Buchstaben der Gesetze allein, sondern an den Notwendigkeiten des Widerstandes wenn auch zu selten und zu vereinzelt orientiert hat.

Viele verlassen die Bewegung. Manche wollen die bisherige Arbeit in BI's und AKW-Gruppen durch eine illegale Praxis ersetzen. Dabei ist aber der Kampf gegen das Atomprogramm keine militärische Sache allein. Wenn es überhaupt eine Chance gibt, den Ausbau des Atomprogramms zu verhindern, den Wahnsinn zu begrenzen, dann nur über die Kombination politischer und militärischer Methoden und auch dann nur sehr langfristig. Es würde den parlamentarischen reformistischen Tendenzen in der Anti-AKW-Bewegung geradezu entgegenkommen, wenn die militanten und radikalen Teile freiwillig das Feld räumen würden, um sich auf die Vorbereitung illegaler Aktionen zu konzentrieren. Natürlich wird ein Widerstand gegen die Atomenergie, der sich auch gegen die politische Struktur wendet, die das Atomprogramm möglich macht, nicht auf den schulterklopfenden, augenzwinkernden Beifall der Medien stoßen, wie ihn derzeit z.B. die Gewaltlosen einheimen können. Es ist so banal wie wichtig: die pazifistische Orientierung eines Teils der Bewegung wird von denen gelobt und gefördert, die selbst alle Gewaltmittel in der Hand haben und bereit sind, sie für die Durchsetzung des Atomprogramms auch einzusetzen. Die Anwesenheit und Auseinandersetzung der Militanten in der Bewegung ist unverzichtbar. Es ist auch die Vorbedingung dafür, daß vielleicht einmal hunderte von kleinen Gruppen illegalen Widerstand organisieren, Strommasten sprengen, die Atomkonzerne angreifen und sabotieren, die Charaktermasken der Atommafia verunsichern und veränstigen, daß mehr Bahngleise besetzt, Jauche abgekippt, Mist geschüttet, Steine geschmissen, Bohrlöcher usw. werden.

Wir haben unsere Praxis da in Frage gestellt, wo Aktionen allein dazu dienen, aufzuzeigen, daß Widerstand möglich ist, da symbolische militante Aktionen abstrakt bleiben und Widerstand erst erfahrbar wird durch konkrete Ergebnisse wie Behinderung, Sabotage, Verzögerung. Wir sind aber weiterhin überzeugt, daß die Entwicklung illegaler und militanter Kampfformen unabdingbar ist, daß Massenaktionen und Aktionen kleiner Gruppen, Zentralisation und Dezentralisation, die militärische und politische Seite nicht voneinander zu trennende, sich gegenseitig bedingende, vorantreibende Momente sind.

Die allumfassende Harmlosigkeit mag ein guter Schutz vor Ärger und Repression sein, verändern tut sie nichts mehr.

Anschläge auf Interatom in Bensberg, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit in Köln und einen Strommast in Kalkar (November 82)

Schneller als der Schnelle Brüter?

1. Die Demo vom 2.10.82 könnte ein neuer Auftakt zur weiteren Mobilisierung gegen den Schnellen Brüter sein, obwohl sich die Bedingungen hierfür auf den ersten Blick verschlechtert haben. Der Klotz konnte in aller Ruhe gebaut werden, fünf Jahre lang, ohne daß wir in der Lage waren (vor allem nach der September-Demo 77), nennenswert zu stören. Die Vorgeschichte zu dieser Demo ist auch Ausdruck der Hilflosigkeit gegenüber dem Atomprogramm der BRD. Die Mobilisierung zur Demo waren weniger das Ergebnis einer langjährigen Auseinandersetzung der Anti- Kalkar-Gruppen mit dem Brüter; sie war vielmehr ursprünglich gedacht als Entscheidungshilfe für die Abstimmung im Parlament und als Unterstützung der kritischen Enquetemitglieder und als solche von der BBU und den Grünen in die Diskussion gebracht worden. Die Diskussion um den Demo-Aufruf hat die beiden

Linien in der Anti-Akw-Bewegung öffentlich gemacht

Auf der einen Seite BBU und Teile der Grünen, fixiert auf den Parlamentarismus und dessen Spielregeln sie wollten die gewaltfreien Massen gewaltfrei vorführen und auf der anderen Seite die BIs und Autonomen, die den Abriß des Brütters auf die Tagesordnung setzten, über das Wie jedoch auch wenig äußerten.

Auf der Demo selbst spiegelten sich die Linien wieder:

Der BBU hielt eine Kundgebung ab, wenige Meter weiter versuchten 400 Leute, die Bullen auf Trab zu bringen, um so wenigstens den Friede-Freude-Charakter der Veranstaltung zu stören. Und zwischen den Steinwerfern und den Wasserwerfern warfen Gewaltfreie die Arme hoch, um die Wasserwerfer und die Bullen vor den Steinwerfern zu schützen.

2. Der Schnelle Brüter wird nach dem Willen von Staat und Industrie zu Ende gebaut. Bei der Hoffnung der Grünen, daß das Gezeter um Finanzierungslücken das Signal für das langsame Sterben bedeutet, war wohl auch der Wunsch der Vater des Gedankens. Der Brüter und der Hochtemperaturreaktor sind Symbole für ihren Fortschritt. Der Regierungswechsel¹⁹ ändert nur insofern etwas daran, als sich die CDU/FDP nicht mehr um den letzten Schein von Sozialstaatlichkeit zu scheren braucht. Birne macht dort weiter, wo Schmidt nicht mehr konnte, wie er wollte.

Der Weiterbau des Brütters steht für die Glaubwürdigkeit einer Regierung, die in der umfassenden Durchsetzung einer menschenverachtenden und zerstörenden Großtechnologie ihren Weg zu Wirtschaftswachstum, Macht und Expansion sieht.

Obwohl Herr Riesenhuber²⁰ von der Notwendigkeit der finanziellen Beteiligung der Atomindustrie spricht, werden im neuen Haushalt große Summen des Finanzlochs bei Brüter und Hochtemperaturreaktor aufgebracht. Die Diskussion, die zwischen von Bülow²¹ und den EVUs (Energieversorgungsunternehmen) und Konzernen um die Finanzierung der Projekte begann, hat zwei Funktionen:

Die Umverteilung der Kosten müßte neu geregelt werden, weil der Staat nicht mehr die Finanzierung von Forschung und Entwicklung allein tragen konnte und wollte. Daß bei der Diskussion der Deal: mehr Geldeinsatz der EVUs und Industrie gegen einfachere Baugenehmigungsverfahren und politische Unterstützung herauskam, zeigt, daß die AKW-Betreiber noch auf dem Vormarsch sind.

Die SPD hat in der letzten Phase der öffentlichen Diskussion ihre Oppositionsrolle vorbereitet. Sie weiß sehr genau, daß sie nach dem Verlust der Macht sich auf neue Partner einstellen muß. Mittlerweile signalisiert selbst ein Börner²² Gesprächsbereitschaft an die Grünen und Vogels²³ Berliner Weg soll auch in Bonn gangbar gemacht werden. Die breit geführte Diskussion um neue Mehrheiten links von der CDU zeigt, daß die SPD in der Krise allemal in der Lage ist, Integrationsmodelle zu entwickeln. Sie hat angefangen, ihre Legende als ein Opfer von Verrat zu stricken, der Solidarisierungseffekt mit dem gemeuchelten König Schmidt ist offensichtlich.

Es wird jetzt schon geflissentlich verdrängt, daß die SPD in den letzten 13 Jahren verantwortlich die Entwicklung zum Überwachungsstaat betrieben hat, daß sie Hochsicherheitstrakte und Berufsverbot eingeführt hat, daß unter ihrer Regie Genossen und Genossinnen ermordet wurden, daß sie die Ausländerfeindlichkeit und Rassismus geduldet hat, daß unter ihr unsere Städte gesäubert wurden von allem Menschen- und Lebenswerten, daß die Massen ihrer Wähler in Betonburgen verwaltet werden, daß jeder Widerstand gegen die Zerstörung mit Bullengewalt gebrochen und verfolgt wurde, daß diese Sozialdemokraten das Leben aller sozial Schwachen ausgrenzten aus ihrer Wachstumsgesellschaft.

In der Opposition wird sie die Grünen umgarnen und versuchen, sie für eine um Ökoprobleme bereicherte sozialdemokratische Politik zu gewinnen.

Die Diskussion bei den Grünen zielt genau in diese Richtung eines Bündnisses mit der SPD. Ihre Widersprüche machen sich nicht an dem OB fest; mit wem und mit wem nicht, gilt es zu entscheiden.

So fanden die Gespräche von Bülow in einer Situation statt, in der das Ministerium nicht mehr zahlen konnte. Eine Erhöhung des Etats und die damit verbundene Belastung des Steuerzahlers konnte in einer Zeit vor einem erwarteten Regierungswechsel nur unklug sein.

3. Die Durchsetzung des Brüterprogramms hat gegenüber den anderen AKWs einen besonderen Stellenwert

Mit dem SNR 300 sollen die Erkenntnisse aus dem Karlsruher Versuchsreaktor im großen Stil, unter realen (also unseren) Bedingungen umgesetzt und getestet werden. Die Erwartungen an diesen Großversuch bleiben nicht bei der technischen Vervollkommnung und Weiterentwicklung stehen. Getestet werden soll auch die Auswirkung dieses atomaren Monsters auf Menschen, d.h. auf uns Menschen in NRW wie wird unsere Arbeits- und Kommunikationsstruktur sich verändern? Verändern müssen? Wie werden wir als Menschen reagieren auf dieses zukunftsweisende Bauwerk? Mit Gewöhnung, mit Flucht, mit Angst, mit Stolz, mit Sabotage?

Die Brütertechnologie muß beherrscht werden, um der BRD einen Spitzenplatz in der internationalen Konkurrenz zu sichern, der mit jedem Jahr Verzögerung gefährdet scheint.

Die BRD verfügt nicht über eigene Uranvorkommen. Im internationalen Atomgeschäft spielt für sie der Verkauf von Know How und Technologie die weitaus größte Rolle. Dieses Verhältnis trifft auf fast alle Rohstoffe zu, die die BRD importieren muß. Die Industrie kauft Rohstoffe aus Ländern, in denen mit ihren Maschinen und Ingenieuren das Zeug aus dem Boden geholt und verarbeitet wird. Wie wichtig auch der Bundesregierung diese Wissensmacht ist, zeigt der letzte Forschungsetat, der die Masse der Gelder in Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie investiert und auch der neue Etat des Herrn Riesenhuber spart überall, nur nicht an der Ecke. Brüter, HTR, Mikroelektronik und Biotechnologie bleiben von allen Kürzungen ausgenommen.

Der Brüter steht für die fortschreitende Europäisierung des Atomprogramms. Die Beteiligung von holländischen, belgischen und englischen Firmen am SNR 300 sowie der Franzosen und Italiener am Folgereaktor ist zwingend, wenn die BRD an der Entwicklung anderer europäischer Brüterlinien teilhaben will. Die Beteiligung der Deutschen am Superphenix24 soll einen wissenschaftlich-technischen Alleingang der Franzosen verhindern, was die Marktchancen für die BRD schwächen könnte.

Die BRD sichert ihren imperialistischen Einfluß durch Verkauf von ganzen AKWs und bestimmt damit direkt die innenpolitische Entwicklung der betroffenen Ländern. Mit dem Bau des Brüters muß etabliert werden, was verkauft werden soll.

4. Auf den ersten Blick haben wir schlechte Karten. In der Automomie' 4/5 schrieben wir

Unsere Vorstellung ging dahin, die Atommafia da anzugreifen, wo das Atomprogramm konzipiert, wissenschaftlich vorbereitet, propagandistisch aufbereitet und materiell durchgeführt wird, also nicht den Bauplatz als Schlußpunkt des Programms, sondern die ganze Struktur des Atomprogramms zum Angriffspunkt zu machen. Wir glauben immer noch, daß dadurch die Möglichkeit einer kontinuierlichen politischen und militanten Praxis in jeder Stadt gegeben ist, wir die Möglichkeit der überraschenden Initiative behalten und uns nicht ausschließlich einige Standorte zu

Entscheidungsschlachten' aufdrängen lassen brauchen.

Das ist heute noch die Kampfperspektive. Dabei kann es nicht nur um die Rettung des ökologischen Gleichgewichts allein gehen das ist wahrscheinlich eh schon kaputt. Die Finanzierung des Brüters wird im Angriff auf unsere Lebensbedingungen durchgesetzt. Die Milliarden des Forschungsetats kommen aus Steuergeldern. Sozialhilfe, Kindergeld, Arbeitslosengeld werden gekürzt, Strompreise werden erhöht. Der Bau des Schnellen Brüters führt deshalb unmittelbar zu einer Verschlechterung unserer Lebenssituation. So betrachtet ist die Perspektive unseres Kampfes umfassender, schließt die Menschen mit ein, die sich einer Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen widersetzen, macht es uns möglich, auf viel breiterer Ebene aufzuwiegeln und anzugreifen.

Unsere Chance besteht darin, dort ein- und anzugreifen, wo der Brüter noch fertiggestellt werden muß. Sie rechnen selbst noch mit 5 bis 6 Jahren Bauzeit. Jahre, in denen Transporte nach Kalkar fahren, Firmen ihre Aufträge erfüllen und Material anliefern, in denen die Betreiber und Erbauer Steuergelder einstecken, in denen der Niederrhein verkehrsmäßig atomgerecht verändert wird. Jahre, in denen die EVU's versuchen werden, den Strompreis anzuheben. Jahre, in denen wir Zeit haben zu boykottieren, zu sabotieren, zu besetzen, zu sperren, zu sprengen. Auf geht's !

Wir haben angefangen, die Brütermafia anzugreifen. Möglichkeiten sind da viele, denn das Netz von Brüter-Entwicklern, Brüter-Forschern, Brüter-Bauern etc. ist ausgedehnt.

Angefangen haben wir mit Interatom und der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS). In der Nacht vom 1.10. haben wir einen Sprengsatz bei Interatom in Bensberg und in Köln bei der GRS gezündet. Interatom mußte seinen Lehrlingen einen Tag freigeben. Bei der GRS ist die Druckwelle nicht nur hinten rein gegangen, sondern auch vorne wieder raus mit 'ner ziemlichen Wucht, wobei eine Menge Scheiben auf der Strecke geblieben sind.

Interatom gehört zu 100 % der KWU und die wiederum voll und ganz Siemens. Interatom sitzt in Bensberg und besitzt seinerseits wiederum zu 70 % die INB Internationale Brutreaktorengesellschaft (neben einer belgischen und niederländischen Firma). Selbige ist erst 1972 zum Zweck des Brüterbaus gegründet worden. Im Produktionsprogramm von Interatom finden sich neben den Schnellen Brütern auch gasgekühlte Hochtemperaturreaktoren, auch Urananreicherungsanlagen mit Gaszentrifugen- und Trenndüsenverfahren. Da werden Trainingsreaktoren und Forschungsreaktoren und Brennelemente angeboten. Selbst Standortuntersuchungen und Gutachten zur Reaktorsicherheit verkaufen die. Interatom hat selbst wieder ne Tochter die GHT, Gesellschaft für Hochtemperaturtechnik und noch andere nukleare Teiltöchter. Interatom ist ein Gesellschafter in der Kenntnisverwertungsgesellschaft für Schnelle Brutreaktoren. Interatom baut in Indonesien einen Forschungsreaktor. Interatom ist zu 10 % bei NUCLEI beteiligt, eine (bis auf 15 % STEAG) brasilianische Gesellschaft, die dort eine Demonstrationsanlage zur Urananreicherung nach dem Trenndüsenverfahren baut. Interatom liefert mit STEAG zusammen den Ingenieur-Architekt zu diesem Projekt. Know-How, der Export davon, mitmischen im europäischen Wissenshandel genug, um ihnen etwas anzutun, wenn's auch noch zu wenig war.

In der Gesellschaft für Reaktorsicherheit sind die TÜVs verschiedener Länder und des Bundes zusammen mit dem LLoyd vertreten. Neben der Beratung des BMI bei kerntechnischer (Un)Sicherheit und des nuklearen Umgebungsschutzes hat die GRS eine Reihe anderer Funktionen. Sie erstellt Gutachten im Auftrag des BMI und der atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden, untersucht neue Konzepte und Systeme bei kerntechnischen Anlagen und arbeitet Vorschläge für Forschungsvorhaben aus. Zu ihren Aufgaben gehört auch die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten auf dem Gebiet der Sicherheit von kerntechnischen Anlagen und sie arbeitet an Regeln und Richtlinien im Bereich Sicherheits-Technik mit. Die Öffentlichkeit und

interessierte Stellen werden von ihr in allen Fragen der Sicherheit von Atomanlagen beraten, und sie betreut die Reaktorsicherheits- und Strahlenschutzkommission fachlich und organisatorisch.

Am 1. November haben wir einen Sprengsatz an einem Strommast gelegt, der schnurstracks und ausschließlich zum Brüter führt. Wir wollten damit eine Zwangspause für wenigstens einige Tage erreichen, in denen im Gelände lediglich mit Notgeneratoren das Notwendigste beleuchtet und belüftet werden kann.

Jeder Tag Verzögerung beim Bau in Kalkar heißt Geld und Ärger und Gerede für sie und Zeit und Luft für uns.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Vorbemerkung

Anti-Amerikanismus

Im Dezember 1979 wurde von den Außen- und Verteidigungsministern der NATO-Staaten der sogenannte NATO-Doppelbeschluss beschlossen

er saht zum einen die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenwaffen (Cruise Missiles und Pershing II-Raketen) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vor und enthielt ein Angebot an die Sowjetunion zu Verhandlungen über die Reduzierung von Mittelstreckenraketen.

Gegen diese Stationierungspläne formierte sich ab Anfang der 80er Jahre eine breite Friedensbewegung, die zu ihren beiden zentralen Demonstrationen im Oktober 81 und Juni 82 Hunderttausende mobilisieren konnte. Innerhalb dieser Bewegung wurde immer das Bild der atomaren Apokalypse beschworen und Westeuropa als das atomare Schlachtfeld angesehen, auf dessen Rücken die Supermächte USA und Sowjetunion ihren Machtkampf austragen würden.

Diese Vorstellung unterschlug, daß auch die Bundesrepublik Deutschland der NATO angehört und der deutsche Bundeskanzler Schmidt eine treibende Kraft des NATO-Doppelbeschlusses war. Dennoch bestimmte das Bild einer Bedrohung Deutschlands durch die USA in weiten Teilen der Friedensbewegung den politischen Diskurs und führte zu antiamerikanischen Parolen.

Doch nicht nur in der bürgerlichen Friedensbewegung wurden diese Positionen vertreten: so schreibt z.B. der Pflasterstrand (28.9.81) Wir sagen ja zum AntiAmerikanismus. Frei nach W.I. Lenin: Der AntiAmerikanismus ist das höchste Stadium des Antiimperialismus ich [sage] nicht: Tod Reagan! Nieder mit den USA! etc, sondern schlicht: Raus!

Und in dem taz-Artikel, den die RZ in ihrem Text zitierten, wurde durchaus zustimmend die Schlitzohrigkeit und Doppelzüngigkeit der Bürgerinitiative einer Garnisonsstadt beschrieben, mit der sie die Amerikanischen Besatzer loswerden wollten.

Neonazistische Anschläge und die Diskussionen innerhalb der Linken

Als die neonazistische Hepp-Gruppe Anschläge auf Angehörige der US-Army verübten, initiierte die Zeitung Radikal eine Diskussion über Grenzfälle, da gerade in den letzten Monaten Anschläge gelaufen (sind), die nicht nur jeder Klarheit über ihre Bestimmung entbehren, sondern vor allem bei vielen von uns mehr Desorientierung als antörnende Freude ausgelöst haben.. In der Diskussion um die Grenzfälle findet eine Auseinandersetzung mit der bisherigen Politik der Revolutionären Zellen statt. (Siehe auch Literaturanhang Kritiken und Diskussionsbeiträge zur Politik der Revolutionären Zellen und der Roten Zora, Seite 760 ff.)

Die Revolutionären Zellen

kritisieren in dem Papier Beethoven gegen MacDonalds vom März 1983 sowohl den latenten Anti-Amerikanismus innerhalb der Linken, aber auch diejenigen, die die Guerilla als Urheber dieser Anschläge vermutet bzw. befürchtet hatten. Sie verweisen auf ihre bisherige Politik, die von antiimperialistischen und sozialrevolutionären Positionen bestimmt sei und sich nie terroristisch gegen Teile des Volkes gerichtet habe. Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikanischen Anschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder anderen Gruppen

der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Unsinn von der BRD als einem besetzten Land-.

Sie verweisen auf die Nähe dieser Positionen zu der schon seit einigen Jahren ausgegebenen Parole neonazistischer Gruppen auf Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und Rausschmiß der amerikanischen Besatzer und auf die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit den Aktivitäten neo-nazistischer Gruppen vor allem der Frage nach Beteiligung bzw. Ausnutzung durch Verfassungsschutz oder Bundesnachrichtendienst, um genau die jetzt entstandene Desorientierung zu schüren.

Dem Text folgen die Erklärungen zu antiimperialistischen Anschlägen der RZ gegen US-Militär-Einrichtungen, die Erklärung zum Anschlag gegen die ITT-Tochter SEL in Düsseldorf, in der ebenfalls wider den linken Antiamerikanismus argumentiert wird; die Erklärungen zum Anschlag gegen IBM in Reutlingen, auf die Tribüne anlässlich der alliierten Truppenparade in Berlin sowie zwei Anschlägen auf NATO-Pipelines.

Die Anmerkungen zu diesem Kapitel befinden sich auf Seite 728 ff.

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Beethoven gegen MacDonald April 83

Zum Unterschied zwischen Antiamerikanismus und Antiimperialismus!

Die Anschläge faschistischer Gruppen in amerikanischen Wohnvierteln und gegen einzelne amerikanische Offiziere und Soldaten im Raum Frankfurt in der 2. Jahreshälfte 1982 sind vom Staatsschutz zunächst unserer tatsächlichen Verantwortung und nach der Festnahme der Hepp-Gruppe¹ von linken Reformisten unserer moralischen Verantwortung zugeschoben worden.

Den Vogel abgeschossen hat dabei einmal mehr eine Kommentatorin der TAZ, die sich beim BKA für die Verhaftung der Faschisten bedankt, weil sie nun nicht mehr befürchten muß, Gruppen der bewaffneten Linken könnten für diese Aktionen verantwortlich sein. Zuzutrauen wären ihrer Meinung nach der Guerilla solche oder ähnliche Aktionen jedoch allemal. Die Zeitung RADIKAL, wenn auch mit ganz anderem Interesse, nimmt die Bomben der Faschisten zum Anlaß, um eine Diskussion über Grenzfälle irgendwo zwischen RZ, Verfassungsschutz und Faschos zu eröffnen und kritisiert in ein und demselben Zusammenhang Schiefheiten und Schludrigkeiten bei Aktionen, die durchaus aus unserer Bewegung¹ kommen.

So notwendig gerade zum jetzigen Zeitpunkt eine Auseinandersetzung über Ziele und Organisation bewaffneter linker Politik auch ist, antiamerikanische Anschläge faschistischer Gruppen sind dafür der falsche Diskussionshintergrund! Die Desorientierung und Unsicherheit über diese Anschläge lassen sich nicht damit erklären, daß ein diffuser Aktionismus oder Leichtfertigkeit in der Politik der bewaffneten und militanten Linken dafür die Voraussetzungen geschaffen haben. Einzelne in ihrer Zielsetzung, Durch- und technischen Ausführung zweifelhafte Anschläge, die es z.T. im Zusammenhang mit Räumungen besetzter Häuser in Berlin gegeben hat, sind nicht in einem Zusammenhang mit der Anschlagsserie der Faschisten diskutierbar. Wer dies miteinander vermengt und politisch verwurstet, setzt sich nicht nur achtlos über die unterschiedlichen politischen Beweggründe für diese Aktionen hinweg. Verhindert wird dadurch vor allem, daß die tatsächlichen Gründe benannt werden, die jene Desorientierung verursacht haben: ein auch in der deutschen Linken latent verbreiteter Antiamerikanismus, eine desinteressierte Leichtfertigkeit, mit der die Entwicklungsprozesse im faschistischen Spektrum und die tatsächlichen Berührungspunkte zwischen faschistischen Aktionen und geheimdienstlichen Operationen übergangen werden: trotz des Blutbades in München 1980, trotz Bologna², trotz der Mordkampagnen gegen Arbeitsemigranten oder einzelne Juden.

Jenseits einer moralischen Wertung der Aktionen der Hepp-Gruppe hätte spätestens mit den Bombenanschlägen auf einzelne Angehörige der US-Armee klar werden müssen, daß sie sich auf einer Welle des Antiamerikanismus bewegen, den wir ablehnen und als politische Konzeption bekämpfen.

Es ist böswillig, zu unterstellen, daß die gegen das US-Militär, gegen militärische Einrichtungen, NATO-Logistik, Kommunikationsanlagen oder US-Multis gerichteten Anschläge der Revolutionären Zellen, der RAF und zahlreicher autonomer Gruppen auf einer vergleichbaren oder gar ähnlichen Linie des Antiamerikanismus operiert oder diesen begünstigt hätten.

Fast ohne Ausnahme waren diese Aktionen antiimperialistisch bestimmt und bargen damit in sich die Chance, die Risse und Widersprüche innerhalb der amerikanischen Armee zu vertiefen, den Widerstand der nationalen und rassischen Minderheiten zu stützen. Wir haben Offizierskasinos angegriffen und keine Mannschaftsmessen und Supermärkte. Gegen Filialen der US-Multis wurden Bomben gezündet, ohne daß dabei auch nur einer der kleinen deutschen oder amerikanischen Angestellten zu Schaden gekommen wäre. Immer wieder war das Hauptquartier der US-Armee in Frankfurt das Ziel von Anschlägen, richteten sich Aktionen gegen militärische Treibstoffdepots, nicht aber gegen Tankstellen in amerikanischen Wohngebieten. Schließlich haben wir nicht ohne Grund die

Europa-Reise Reagans und den NATO-Gipfel zum Anlaß einer Serie von Aktionen genommen und nicht etwa ein Konzert von Sammy Davis jr. oder die Verlängerung der Laufzeit von Dallas. Die jüngsten Anschläge gegen SEL in Düsseldorf und IBM in Reutlingen lassen keinen Zweifel, worin der Unterschied besteht.

Wer unsere Praxis wie unsere politischen Stellungnahmen verfolgt hat, weiß, daß wir eine diffuse, gegen Teile des Volkes gerichtete Politik, daß wir Terrorismus ablehnen. Die Strategien der Spannung und des Blutbades sind das Terrain von faschistischen Gruppierungen oder von Geheimdiensten, für die Menschen ohnehin nur Schachfiguren sind, die gezogen und geschlagen, für einen lausigen Vorteil geopfert werden können. Sie nutzen die Angst der Bevölkerung für ihre auf institutionellen Einfluß oder auf institutionelle Veränderung zielende Politik.

Wir begreifen uns dagegen als Teil einer schwachen sozialrevolutionären und antiimperialistischen Strömung in der BRD und Westberlin, zu deren Ausbreitung und politischer und militärischer Stabilisierung wir auch weiterhin beitragen werden. Unser langer Kampf um Befreiung kommt von unten und spielt nicht mit dem Leben von Menschen, weder unserer eigenen Genossinnen und Genossen noch dem anderer Menschen. Und wir bewegen uns noch immer in einem frühen Stadium dieses Prozesses, in dem wesentlich ein Kampf um die Köpfe und Gefühle der Menschen geführt wird, aber eben kein Krieg!

Daß wir in diesem Kampf ebenso wie die Rechten und Bullen Waffen und Sprengstoff benutzen, darf nicht zu dem Schluß führen, dies sei alles ein- und dasselbe!

Wir haben umgekehrt noch nie unterstellt, daß die Verwendung von Schreibmaschinen aus dem Hause IBM verantwortlich für den manchmal haarsträubenden Inhalt der TAZ oder anderer linker Zeitungen ist. Waffen und Sprengstoff, Druck- und Schreibmaschinen, Fotos und Musikinstrumente können Mittel unseres Kampfes sein: es kommt darauf an, wie wir sie einsetzen und welche Inhalte damit verbunden sind.

Die politische Verantwortung für die Verunsicherung darüber, wo die Urheber der antiamerikanischen Anschläge anzusiedeln sind, liegt nicht bei uns oder anderen Gruppen der bewaffneten Linken. Nicht wir, sondern insbesondere Teile der Friedensbewegung ergehen sich in einem diffusen Nationalismus, verbreiten den Unsinn von der BRD als einem besetzten Land, machen die Perspektive eines wiedererwachten deutschen Patriotismus schmackhaft und verlassen den Boden linker Politik, wenn sie die Frage der Raketenstationierung zur Frage nationaler Identität hochstilisieren. Die Grenzen zwischen Antiimperialismus und Mobilisierung antiamerikanischer Ressentiments müssen zwangsläufig zerfließen, wenn die Matadore der Friedensbewegung ihren Protest gegen Nachrüstung und Pershing II darauf stützen, daß sie an das deutsche Ehrgefühl gegen quasi koloniale Unterjochung appellieren.

Es macht einen gewaltigen Unterschied, ob wir MacDonalld als einen US-Ernährungskonzern begreifen, der Maßstäbe für die Organisation arbeitsintensiver Niedriglohnarbeit wie auch weltweites Agro-Business gesetzt hat oder aber als Ausdruck einer wie auch immer verstandenen Yankee-Kultur. Wer Coca-Cola hier schon fast als Völkermord und Haupterscheinungsform eines kulturellen Imperialismus ausmacht und auf eine Stufe stellt mit der Unterstützung fast aller Militärdiktaturen durch die US-Regierung, beraubt sich selbst der Möglichkeit, den faschistischen Ursprung nationalistischer oder antiamerikanischer Aktionen zu begreifen.

Der politische Skandal besteht nicht darin, daß die Faschisten diese auch in der Friedensbewegung geläufige Position in militärische Aktion umgemünzt haben. Der Skandal besteht darin, daß es diese Position überhaupt gibt und daß sie unter Ausgrenzung und Bekämpfung sozialrevolutionärer und antiimperialistischer Positionen von linken Reformisten jeglicher Schattierung, vom Unterschriftenkartell über die TAZ bis zu den Grünen durchgesetzt werden konnte und die Bündnisfähigkeit der Friedensbewegung damit bis hin zu nationalistischen oder faschistischen Positionen teils bewußt, teils naiv betrieben wurde.³

Der Übergang faschistischer Gruppen von antisemitischen Aktionen und Terror gegen

Arbeitsemigranten und Asylanten hin zu antiamerikanischen Anschlägen ist dabei nur auf den ersten Blick überraschend. Sie operieren dabei in erster Linie auf derselben Linie von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Hitlers Satz, daß in einer einzigen Symphonie von Beethoven mehr Kultur liegt, als ganz Amerika bisher zusammengebracht hat, bringt all die dumpfen Gefühle und Aversionen auf den Begriff, die sich heute im Feldzug gegen Amerikanismen in der deutschen Sprache oder vor 25 Jahren in der Verteufelung von Blue Jeans oder Negermusik Luft verschafft haben. An diese Tradition knüpfen die faschistischen Gruppen an. Michael Kühnen⁴ zur Bedeutung des Antiamerikanismus innerhalb der Rechten: Es ist historisch betrachtet eine alte Strömung, denn wir haben den Zweiten Weltkrieg bekanntlich gegen die USA wie gegen die SU führen müssen. Das ist die alte Geschichte der europäischen Mitte (!), die sich eben gegen raumfremde Mächte in OST und WEST wendet. Und im Augenblick ist für uns das Problem des West-Imperialismus noch stärker als das des Ost-Imperialismus. Heute hat es über diesen historischen Aspekt hinaus noch den Gesichtspunkt des Verfalls unserer Kultur, unserer Sprache, unserer Musik, die aus Amerika bei uns importiert worden ist und das lehnen wir entschieden ab. Ich erinnere an die Drogendinge. Es handelt sich darum, daß alles, wogegen wir kämpfen, im Grunde mit dem Stichwort Amerikanismus durchaus identifiziert werden kann.

Ohne die Zielsetzung der Rechten hier genauer diskutieren zu können die Programmatik: europäische Blockbildung unter deutscher Hegemonie ist offensichtlich und deutet auf eine Zunahme antiamerikanischer Aktionen hin, die von ihrer Anlage her auch in Zukunft an bewährte Muster anknüpfen werden. Ausländerhutz und Fremdenfeindlichkeit, die Aussonderung und Verfolgung all dessen, was anders ist, sind in der BRD nach wie vor tief verankerte Motive, die die Faschisten in ihr Kalkül einbeziehen. Gerade im Rhein-Main-Gebiet, in den Städten und Gemeinden, in denen US-Truppen stationiert sind, gibt es gegen amerikanische Soldaten, vor allem gegen Farbige, rassistische Gefühle wie anderswo gegen Türken und Araber.

Noch nie seit dem 30jährigen Krieg habe die Stadt eine solche Verunsicherung erlebt: Raub, Mord, Vergewaltigungen tags und nachts ... Die Altstadt der Kreisstadt Friedberg sei ziviles Übungsgelände für unsere besoffenen, randalierenden und Frauen vergewaltigenden amerikanischen Beschützer. Dieses dumpfe Schüren von Angst mit seinen rassistischen Komponenten wie viele Kneipen sind z.B. off-limits für farbige US-Soldaten ist die Basis antiamerikanischer Aktionen. Umso bedauerlicher ist es, daß wir dieses Zitat der TAZ vom 8.4.1982 unter dem Titel Ja zum Antiamerikanismus entnehmen konnten.

Diese Entwicklungen im faschistischen Lager vollziehen sich parallel zu Veränderungen im Staatsapparat, wie sie sich nicht zuletzt in den Wahlen vom 6. März bestätigt haben. In dieser Situation stehen keine Massaker auf der Tagesordnung, wie der Anschlag auf das Oktoberfest 1980, der als Höhepunkt einer ausgetüftelten Kampagne mehrerer Geheimdienste die Unfähigkeit der damals von der sozialliberalen Koalition kontrollierten Sicherheitsapparate demonstrieren und damit die Wahl von Strauß zum Kanzler begünstigen sollte (siehe Revolutionärer Zorn 6).

Heute werden vielmehr verstärkt Anstrengungen unternommen, den legalen wie illegalen Widerstand zu diskreditieren, durch die Vermischung antiamerikanischer mit antiimperialistischen Anschlägen zur Verwässerung und Desorientierung der Ziele linker bewaffneter Politik beizutragen, polizeikontrollierte terroristische Gruppen aufzubauen, die in unserem oder anderem Namen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen. So haben z.B. die Propagandisten des Bullenapparates versucht, uns die Anschläge der faschistischen Gruppen anzuhängen, obwohl die Staatsschutzabteilungen vom ersten Moment an Bescheid wußten, daß wir es nicht waren.

Mehr als eigenartig ist auch, daß ausgerechnet Odfried Hepp⁵, der in Beirut angeblich durch Lager der Falange⁶ und der PLO ging, der durch eine schwierige Operation des BND zurück in die BRD geholt wurde, der der Hauptbelastungszeuge gegen den Wehrsport-Hoffmann ist, der selbst mit einer lächerlichen Strafe davongekommen ist, die er nicht einmal zur Hälfte absitzen mußte, Hauptinitiator dieser Gruppe gewesen sein soll. Ausgerechnet er ist der einzige, der sich der Verhaftung rechtzeitig

entziehen konnte.

Das Interesse des Staatsschutzes an faschistischen Gruppen und ihren Aktionen sowie ihrer Begünstigung durch Teile des Sicherheitsapparats heißt aber noch lange nicht, daß der Staatsschutz sie auch tatsächlich inszeniert. Die Behauptung jener angeblichen RZ, die da meint, hinter den Counter-Anschlägen ohnehin zu professionell für den Standard der RZ nun gleich die Bundesanwaltschaft ausmachen zu müssen, unter deren operativer Leitung der BND und das BKA in den amerikanischen Wohnvierteln zugeschlagen hätten, halten wir für baren Unsinn.

1. Wissen wir nicht, was an einem umgebauten Lichtdruckschalter und einer Unkraut-Ex-Mischung zu professionell sein soll;
2. leugnet eine solche Konstruktion die eigenständige Existenz faschistischer Gruppen und trägt somit dazu bei, daß eine Auseinandersetzung über deren Positionen wie schon nach München innerhalb der Linken nicht stattfindet;
3. unterstellt eine solche Behauptung die Transformation institutionalisierter Herrschaft und verrechtlicher Gewalt hin zur Entwicklung eines staatlich inszenierten Terrorismus eine Entwicklung, die wir zwar für den Einzelfall nicht ausschliessen und auch grundsätzlich für möglich halten, für die es aber im Moment überhaupt keine Anhaltspunkte gibt. Eine solche Entwicklung mit der Gefährlichkeit der RZ oder der Guerilla Diffusa zu begründen, ist Ausdruck maßloser Selbstüberschätzung.

Gerade die CDU/FDP-Regierung wird keine Gelegenheit verstreichen lassen, um die Glaubwürdigkeit legalen wie illegalen Widerstands zu untergraben und durch eine Zunahme repressiver Maßnahmen zusätzlich in die Zange zu nehmen. Die verschleppten Ermittlungen gegen die Hepp-Gruppe sind ein Paradebeispiel, die polizeilichen Angriffe auf die Radikal und den Atom-Express⁷ dessen Kehrseite: wo Desorientierung angesagt ist, müssen die Kanäle gestopft werden, die sich noch um Klärung bemühen.

Wir können faschistische Aktionen nicht verhindern. Wir können uns aber um eine Präzisierung unserer politischen Positionen und Eindeutigkeit unserer Praxis bemühen. Dies setzt allerdings in anderen Teilen der Linken die Bereitschaft und Fähigkeit zur Auseinandersetzung um ihre und unsere Politik voraus.

In diesem Sinne Frohe Ostern 1983!

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Anschlag auf das US-Offizierskasino, Frankfurt (Dezember 76)

Die Revolutionären Zellen haben heute im militärischen Sperrgebiet der Rhein-Main-Airbase das Offizierskasino durch einen Bombenanschlag zerstört. Dieser Anschlag führt den antiimperialistischen Kampf in der BRD weiter und hat das Ziel, den Feind anzugreifen und zu demoralisieren. US-Offiziere und Generale sollen sich nicht mehr fett und sicher in ihren Kasinos an Tel Saatar und Entebbe besaufen können.

Die Rhein-Main-Airbase der US-Armee stellt die direkte und wichtigste militärische Verbindung zu den USA her. Sie dient als Knotenpunkt für die amerikanischen Militärbasen in Europa, Asien und Afrika und ist mit einer kompletten Telekommunikationseinheit der CIA ausgerüstet. Die dort eingesetzten Agenten haben bereits reiche Erfahrungen bei geheimen Militäroperationen in Vietnam, Kinshasa, auf Manila und den Philippinen gesammelt. Daß gerade die BRD so vollgestopft ist mit US-Militär, US-Kapital und Geheimdiensten hängt damit zusammen, daß sie sich hier heimisch fühlen. Der US-Imperialismus fühlt sich in seiner Hauptfiliale, der imperialistischen BRD sicher, sicherer als sonstwo auf der Welt.

Mit dem Imperialismus zu leben, heißt: noch viele Chiles möglich zu machen; zu dulden, daß England weiterhin Nordirland blutig besetzt hält; daß die BRD den Revolutionsprozeß in Portugal abwürgt. Heißt dem Völkermord an den Palästinensern zuzusehen und ermöglicht eine Befriedungsstrategie in den südafrikanischen Ländern, die nur die Einführung des Wirtschaftskolonialismus zum Ziel hat.

Mit dem Imperialismus leben, heißt zuzusehen, wie CIA, ITT, Chase Manhattan und Siemens in den 70er Jahren Lateinamerika wieder fest in ihren Krallen haben und einem ganzen Kontinent die Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben mit Folter, Maschinengewehren und Coca Cola ausgetrieben haben. Heißt, tatenlos zuzusehen bei der weltweiten Hatz auf Widerstandskämpfer.

Imperialistische Kultur ist Todeskultur: Sie mißhandelt ihre Kinder, mißachtet ihre Alten, sie läßt Menschen zu plastic people erstarren und programmiert Emotionen, Denken und Verhalten. Es mag sein, daß wir mehr essen und über Geräte verfügen, aber wir sind unter Konkurrenzdruck, unsicher und in Angst. Unsere Arbeit ist bedeutungslos, der Verschleiß ist vorprogrammiert. Wir sind technologisch am weitesten fortgeschritten, Fortschritt, der immer mehr Menschenleben fordert: Hiroshima⁸, Contergan⁹, Seveso¹⁰, Grundremmingen¹¹, Krebs durch Vergiftung von Wasser, Luft und Lebensmittel sind einige der tödlichen Meilensteine.

Die militärisch-psychologische Kriegsführung gegen die eigene Bevölkerung ist längst Realität und wird ständig perfektioniert: So probt die US-Armee die Verseuchung von U-Bahn-Schächten mit tödlichem Gas und von Wasserleitungen mit tödlichem Gift, baut in West-Berlin eine Geisterstadt, um Einsätze gegen mögliche Unruhen und Aufstände in der deutschen Bevölkerung zu üben, pumpt die BRD voll mit Atom- und H-Bomben.

Das meint: imperialistische Kultur ist eine Todeskultur.

Antiimperialismus ist unsere Kulturrevolution für ein neues Leben von autonomen Völkern mit freien Menschen.

Anschlag auf das US-Militärgelände in Giessen (Januar 77)

Die Revolutionären Zellen haben heute auf dem amerikanischen Militärgelände bei Gießen den Benzintank in die Luft gesprengt.

Damit wurde die Versorgung der US-Militärmaschinerie im Raum Gießen unterbrochen. Die reibungslose Versorgung, den glatten Nachschub zu stören, ist ein Mittel, den imperialistischen Feind sowohl materiell als auch moralisch-politisch zu treffen.

Die BRD als militärischer und ökonomischer Hauptstützpunkt der USA ist im Wesentlichen auch ein moralisches Hinterland, in dem sich die US-Armee von ihren Niederlagen, dem revolutionären Widerstand, dem Haß, der ihr in aller Welt entgegenschlägt, erholt, sich regeneriert. Wird dem US-Imperialismus irgendwo in der Welt gerade die Luft rausgelassen in der BRD kann er sich wieder aufpumpen.

Anschlag auf das US-Offizierscasino, Wiesbaden (Juni 78)

Seit seiner Niederlage in Vietnam versucht der US-Imperialismus den Eindruck zu erwecken, er habe sich seine mörderischen Zähne selbst gezogen. Da wird der paranoide Mafia-Präsident Nixon¹² aus dem Amt gejagt und der gottesfürchtige Carter¹³, Freund der kleinen Leute an die Macht gebracht. Da wird die Parole Die Freiheit der freien Welt steht auf dem Spiel unter der ganz Indochina mit genetisch und ökologisch grausamen Folgen verwüstet wurde, gegen den neuen Kampf um die Menschenrechte ausgetauscht und der rechtsextremistische, zionistische UNO-Botschafter Goldberg wird gegen den ehemaligen Martin Luther King-Mitstreiter Andrew Young¹⁴ ausgewechselt, der auch gleich Südafrika kritisiert und die Kubaner als Ordnungsmacht lobt. Der Bau der Neutronenbombe wird unter dem Beifall der Menschen in aller Welt offiziell gestoppt, heimlich eifrig weitergebaut und stetig weiterentwickelt zu noch größerer Perversion der Welt werden diese Manöver als moralische Erneuerung des Imperialismus verkauft. In Wirklichkeit hat nichts anderes als ein Pferdewechsel stattgefunden von langer und mächtiger Hand vorbereitet.

Während die US-Militärs in Indochina noch nach Atom- und Wasserstoffbomben schrien, um ihrer unaufhaltsamen Niederlage zuvorzukommen, hatten die Machtzentren des Imperialismus wie der Rockefeller Trust, die Chase Manhattan Bank, die Bank of America usw. längst einen radikalen Kurswechsel beschlossen.

Nicht, weil sie des Völkermordens plötzlich müde geworden wären, sondern weil der Imperialismus in eine verhängnisvolle Defensive geraten war: der Indochina-Krieg war inzwischen zu einem Verlustgeschäft geworden, der US-Imperialismus war weltweit selbst bei den Verbündeten politisch gefährlich isoliert, das eigene Land war tief gespalten und Lateinamerika, insbesondere aber Afrika hatten in der Zwischenzeit starke antiimperialistische Befreiungsbewegungen aufgebaut.

Der radikale Kurswechsel signalisiert den Beginn einer neuen Offensive des Imperialismus, der die Kissinger-Auffassung einer polarisierten Welt mit unterschiedlichen ökonomischen, ideologischen und politischen Systemen weit hinter sich gelassen hat. Die neuen Waffen, die früher oder später jeden erledigen werden auch die sozialistischen Systeme, weil sie politisch erstarrt und ökonomisch dem Westen nicht gewachsen sind diese neuen Waffen, auf die die Carter-Administration setzt, sind die des Wirtschaftskrieges: der Weltmarkt, dem sich keiner entziehen kann, die Kredite des

Internationalen Währungsfonds, die keiner zurückzahlen kann. Auf diese Weise werden Abhängigkeiten geschaffen, die viel wirksamer und vernichtender sind, als militärische Unterwerfungen. Auf diesem Hintergrund ist die für viele so widersprüchliche Politik der US-Regierung gar nicht mehr so widersprüchlich. So steht zum Beispiel die Menschenrechtskampagne, die ausschließlich gegen die UdSSR gerichtet ist, nicht im Widerspruch zu einer verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Das eine hat das Ziel, eine innere Opposition im Land aufzubauen, das andere soll dazu beitragen, die autoritären sozialistischen Systeme ökonomisch und politisch zu korrumpieren. Aus ähnlichen Motiven lobt UN-Botschafter Young die Kubaner in Afrika.¹⁵ Er hofft, sie werden als Ordnungsfaktor einerseits stabilere Verhältnisse schaffen, andererseits sich aber ihr eigenes politisches Grab schaufeln, um damit das Terrain freizumachen für die imperialistischen Entwicklungshelfer, die statt der Geißel des Krieges wieder verstärkt auf das schleichende Gift der ökonomischen Ausblutung, der sozialen Zerrüttung und kulturellen Vernichtung setzen.

Mit dem dramatischen Ausruf eines trilateralen¹⁶ Vertreters: Wir brauchen Märkte und keine Massengräber ist nichts weiter gemeint, als daß Massaker als unerläßlicher Bestandteil imperialistischer Politik in Zukunft flexibler gehandhabt werden müssen. Jüngstes blutiges Beispiel dieses flexible response ist Zaire¹⁷: trotz Waffenstillstandsangebot der Rebellenarmee zur Evakuierung der Europäer wurden französische Fallschirmjäger losgeschickt. Dort haben sie ein derart grauenhaftes Blutbad unter den Zivilisten angerichtet, daß selbst die Europäer vor ihnen in Panik flohen und sich erst von den Belgiern retten ließen. Doch Giscard¹⁸ und seine berüchtigten Fremdenlegionäre handelten nicht auf eigene Faust. Die Transportmaschinen Hercules und Transall, mit sämtlichen Plänen, Satellitenbildern usw. wurden ihnen auf der Rhein/Main Airbase, dem Militärflughafen der amerikanischen Armee in Frankfurt, zur Verfügung gestellt. Wir haben das frankfurter Offizierscasino der Rhein/Main Airbase im vergangenen Jahr bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Da das frankfurter Hauptquartier (IG Farben-Haus) samt dazugehörigem Terrace-Club (ebenfalls ein Offizierscasino) wegen mehrfacher schwerer Bombenanschläge als stark gefährdet gilt, sind viele US-Offiziere auf sicherere Casinos ausgewichen, unter anderem auf das in Wiesbaden. Wir sind ihnen gefolgt!

Aktion gegen das Kasernengelände Garlstedt (September 78)

Die revolutionären Zellen haben heute das im Bau befindliche Kasernengelände in Garlstedt angegriffen.

Auf dem Gelände sollen voraussichtlich im September ca. 3.600 Ledernacken sowie 200 Kettenfahrzeuge und zahlreiche Atomsprengköpfe untergebracht werden. Dafür wurden rund 1.500 qm Heidefläche verwüstet. Daß über 45.000 Unterschriften, die örtliche Bevölkerung und deren Initiativen in ihrem Kampf gegen die Stationierung ignoriert und zum Teil kriminalisiert wurden, zeigt einmal mehr die Notwendigkeit, unseren Widerstand gegen die ökologische Verwüstung, der US-Invasion im Einvernehmen mit der Bundesregierung und der Kriminalisierung derjenigen, die sich dem widersetzen, keine Grenzen zu setzen.

Anschlag auf die Kantine der US-Streitkräfte, Frankfurt (Mai 81)

Die Revolution im Westen, die Herausforderung der kapitalistischen Macht in den Hochburgen ist das Gebot der Stunde. Sie ist von entscheidender Bedeutung. Die derzeitige Weltsituation kennt keinen Ort und keine Kräfte, die in der Lage wäre, eine friedliche Entwicklung und eine demokratische Stabilisierung zu garantieren. Die Krise spitzt sich tendenziell zu. Sich jetzt provinzialistisch abzukapseln oder den Kampf auf später zu verschieben, bedeutet man wird in den Strudel des umfassenden Niedergangs hineingerissen. II Manifesto, aus These 55.19

Wir haben heute nacht die schöne neue Kantine der US-Streitkräfte in Frankfurt am Main in der Hansa-Allee ein bißchen vorgekocht. Und das nicht aus Futterneid, sondern als Ausdruck unseres Hasses auf die menschenverachtende US-Politik. Einer Politik, die, um die Weltherrschaft zu erlangen, sich skrupellos über das Selbstbestimmungsrecht aller Völker hinwegsetzt und nicht davor zurückschreckt, Völkermord zu begehen, so zur Zeit in El Salvador. Einer Politik, die nur so lange funktioniert, wie sie ein politisch, ökonomisch und sozial stabiles Hinterland zur Verfügung hat und somit immer auch angewiesen ist auf sogenannte kooperative Regierungen. Ein günstiger Zeitpunkt, solch eine Regierung aufzubauen, war 1945 in den damaligen Westzonen gegeben. Günstig war die in der Bevölkerung vorherrschende Ideologie in Form des Antikommunismus, die der Faschismus schon während seiner Herrschaft hergestellt hatte. Günstig war (und ist) die geografische Lage (Nähe zur Sowjetunion).

Nachdem inzwischen

Heidelberg (Hauptquartier der US-Armee in Europa) zur zweitwichtigsten Befehlszentrale nach dem Pentagon ausgebaut wurde,

sich hier die größten CIA-Niederlassungen und das größte US-Atom- und konventionelle Waffenarsenal außerhalb der USA befindet und

in der BRD mit die größten Kapitalinvestitionen der USA in der Welt getätigt werden,

gipfelt die Unterwerfung der BRD durchgesetzt mit Hilfe der Sozialdemokratie unter die Perversion imperialistischer US-Politik in der geplanten Stationierung der Cruise Missiles.

Und noch etwas

Wir sind mitverantwortlich für die Menschen in der dritten Welt, auf deren Kosten wir leben und die täglich verhungern oder ermordet werden. Und deshalb werden wir nicht aufhören, gegen den US-Imperialismus als Hauptfeind zu kämpfen.

Daß die Gewalt der Herrschenden nur durch die revolutionäre Gewalt der Unterdrückten beseitigt wird, ist eine revolutionäre Binsenweisheit, durch jahrtausendlange Geschichte aller Völker der Welt belegt. Rolf Pohle²⁰ in Athen

Anschläge zum Nato-Gipfel im Juni 82 in Bonn

McDonell Douglas, Köln

Am Vorabend dieses Gipfel des Schreckens war der amerikanische Rüstungskonzern McDonell Douglas in Köln Ziel des Angriffs der Revolutionären Zellen.

Er ist einer der Hauptgewinner des 1,6 Billionen Dollar Rüstungsprogramms der US-Regierung. Imperialistischer Krieg und Völkermord ist sein Geschäft. Wenn in der 3. Welt Städte und Dörfer in Schutt und Asche gelegt werden, wenn Menschen von Bomben zerrissen werden, klingelt bei McDonell Douglas die Kasse.

Wie im Libanon 20a, wo die israelische Luftwaffe mit F-16-Jagdbombern aus den USA, hergestellt und entwickelt von McDonell Douglas Städte, Flüchtlingslager, Krankenhäuser und Kindergärten bombardiert, um das palästinensische Volk endgültig auszubluten. Niemand soll uns erzählen, daß der Zeitpunkt dieses geplanten Völkermordes parallel zum NATO-Gipfel zufällig sei. Das war vielmehr klassisches imperialistisches Timing, um unter lautem Abrüstungs-Getöse den Widerstand der Palästinenser gegen die Unterwerfung des Nahen Ostens unter westliche Kapitalinteressen mit Bomben und Panzern auszulöschen.

Wir warten nicht, bis Reagan kommt

Wir haben uns daran gewöhnt, daß die bürgerliche Presse und die taz unsere Aktionen herunterspielen. Bewaffneter Widerstand, Sprengstoff- und Brandanschläge sollen als mögliche Widerstandsform sinnlos erscheinen. Deshalb hier noch einmal eine vollständige Auflistung der von uns in diesem NATO-Gipfel-Zusammenhang durchgeführten Aktionen

1.6.82 *

Sprengstoffanschlag auf das US-Hauptquartier in Frankfurt

Sprengstoffanschlag auf den AFN Berlin

Sprengstoffanschlag auf ITT Hannover

Sprengstoffanschlag auf IBM, Düsseldorf

Sprengstoffanschlag auf Control Data Düsseldorf

Sprengstoffanschlag auf US-Offiziersclub Hanau

Sprengstoffanschlag auf US-Offiziersclub Gelnhausen

4.6.82 *

Brandanschlag auf Bourns Ketronic Flugtechnik Hamburg

5.6.82 *

Sprengstoffanschlag auf Deutsch-Amerikanisches Institut Tübingen.

Revolutionäre Zellen und Rote Zora

Anschlag auf die ITT-Tochter SEL, Düsseldorf (Februar 83)

Wir haben in der Nacht vom 27.2.1983 auf den 28.2.1983 den Elektronikkonzern Standart Elektrik Lorenz (SEL) in Düsseldorf mit einem Sprengsatz angegriffen.

SEL gehört zum ITT-Verband und ist einer der großen Weltkonzerne, der direkt Profit schlägt aus der militärischen Hochrüstung des imperialistischen Staatensystems und aus dem Triumphzug der

Elektronik und Mikroelektronik in der Rüstungsindustrie und allen anderen Produktionsbereichen.

In den dreißiger Jahren hat ITT die Standard Elektrik Gesellschaft und das Unternehmen Lorenz erworben und zu seinem Tochterunternehmen SEL zusammengefaßt. Diese hat z.B. für die Luftwaffe des Nazi-Faschismus die erste Fluglandehilfe (eine Form von Radarsystem) entwickelt und produziert.

ITT gehört zu den 10 größten Konzernen der Welt überhaupt, ist bekannt nicht nur für seine speziellen Beziehungen zur CIA, sondern auch für die direkte Unterstützung faschistischer Regimes in der 3. Welt wie z.B. Südafrika und Chile wo er seine Finger in der blutigen Niederschlagung des Aufstandes von Soweto 1976 genauso wie im faschistischen Militärputsch gegen die Unidad Popular²¹ in Chile 1973 im Spiel hatte. ITT hat seine Finger ganz besonders nah am Puls der Aufstandsbekämpfung und ist in der finanziellen Unterstützung konterrevolutionärer Bewegungen nicht gerade zurückhaltend in einer offiziellen Untersuchung waren es 13 Millionen Dollar, die ITT für politische Zwecke an einzelne Persönlichkeiten oder reaktionäre Institutionen und Parteien in den Jahren 1971-1975 bezahlt hat.

SEL hat deutsche Mitarbeiter, deutsches Management und nach eigenem Selbstverständnis ein hohes Maß an Autonomie in der Firmenpolitik. Von ITT kommt das know-how eines großen Teils der Grundlagenforschung, die weltweite Vertriebsorganisation und das Kapital. ITT kassiert die Profite.,

1976 gingen 40 Prozent des Inlands-Umsatzes von SEL aus Aufträgen der Öffentlichen Hand für Polizei, Militär, Bahn und Post hervor. SEL produziert in den Unternehmensbereichen: Nachrichtentechnik, Elektronische Bauelemente, Private Nachrichten- und Datensysteme, Rundfunk, Fernsehen, Video, Phono, Fernschreibtechnik, Satellitenelektronik, Übertragungstechnik, Funkanlagen, Mobilfunk, Aufklärungs- und Radarsysteme, Navigationssysteme, Bordelektronik.

Glasfaser: SEL hat gemeinsam mit einem englischen Parallelunternehmen, auch ITT-Tochter, die Glasfaser entwickelt. Glasfaser hat im Vergleich zum Kupferkabel eine um 1 Million höhere Übertragungskapazität. Solche Leitungen sind abhörsicher, da Informationen auf Laserlicht übertragen werden, die im Gegensatz zu herkömmlichen Übertragungstechniken keine elektromagnetischen Felder aufbaut. Glasfaser ist gegen elektromagnetische Impulse von außen störsicher.

Außerdem ist das Glasfaserkabel der entscheidende technologische Fortschritt, der das NATO-Projekt NICS (NATO integrated communication system) möglich macht. Dieses System sieht die Zusammenführung sämtlicher militärischer und ziviler Fernmeldeeinrichtungen in einem NATO-weiten Informationssystem vor.

Zitat von Vorstandsmitglied Ludwig zum Zusammenhang ziviler und militärischer Forschung: Die Grundlagenentwicklung kann man zivil wie militärisch nutzen, beispielsweise auf dem elektrooptischen Sektor, wo wir von der zivilen Seite herkommen mit digitalen Übertragungstrecken mit Glasfasern ... Wir haben ganz erhebliche Nutzeffekte aus der Wehrtechnik gezogen, insbesondere für die zivilen Funkgeräte für Polizei bis hin zu Taxis ... Die Fertigung unserer militärischen Produkte haben wir in unserem Werk in Mannheim konzentriert, das jedoch auch zivile Produkte herstellt.

AWACS: SEL ist mit Siemens, AEG, Dornier und Elektronik System Gesellschaft (die SEL zu 25 % gehört) in einer Arbeitsgemeinschaft, welche von der NATO und dem AWACS-Generalunternehmen Boeing in den Bau des AWACS-Systems einbezogen wird. Diese Unternehmen sind zusammen mit ITT und Westinghouse für die elektronische Ausrüstung der AWACS zuständig. SEL liefert einen großen Teil des zentralen Bordrechners: Auftragsvolumen einschließlich Wartung nach Inbetriebnahme: ca. 1 Milliarde DM.

Die AWACS-Flugzeuge sind das erste völlig transnational gebaute, gemanagte und betriebene Waffensystem der NATO: Sie werden vor allem in der BRD und in der Türkei stationiert. Ihr Hauptquartier ist Geilenkirchen am Niederrhein. Sie haben für die Kriegspläne und Kriege der Imperialisten wichtige Funktionen: ihr Radarschirm erfaßt in einem Umkreis über 500 km alle militärischen und sonstigen Bewegungen. Sie liefern den Bodenstationen der NATO-Streikkkräfte ohne Zeitverzögerung genaue Standortbestimmungen und ermöglichen so gezielte Angriffe. Sie werden eingesetzt in allen Spannungsgebieten in der 3. Welt, in Marokko gegen die Polisario, in der Karibik und in Mittelamerika gegen die starken Befreiungsbewegungen, von der Türkei, Saudi-Arabien und Ägypten aus gegen die revolutionären Kräfte im Nahen Osten.

Und sie werden eingesetzt an den Grenzen zu den Warschauer Pakt-Staaten, zu ständigen Patrouillenflügen; AWACS sind Teil im Projekt der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen: sie sind die Kommandostände für den Abschluß und das Steuerungssystem für die Flugbahnen der Cruise Missiles.

Die Multis repräsentieren heute die herrschende Elite der Bourgeoisie und bestimmen und planen das Weltgeschehen über alle nationalen Grenzen hinweg. Sie benutzen ihre Mutterländer, die abhängig von ihrer wirtschaftlichen Macht sind, als Wahrer ihrer jeweiligen Interessen. Im schnell voranschreitenden Prozeß der Konzentration des Kapitals erwachsen immer weniger, dafür umso mächtigere und stärkere, multinationale Konzerne, allen voran insgesamt gesehen die US-amerikanischen. Dazu sind viele der westeuropäischen Großkonzerne, die transnational operieren, von nordamerikanischem Kapital durchdrungen oder sind ganz direkt Töchter amerikanischer Mütter. SEL ist da ein Beispiel. In der Regel arbeiten die großen Multis nicht nur in einem Produktionszweig, sondern versuchen durch ihr Engagement in verschiedenen Industriesektoren auf breitem Fuß zu stehen. Es lassen sich jedoch immer Schwerpunkte ihrer industriellen Aktivitäten festmachen. Ein gegenwärtig sehr starker Bereich ist der der Rüstungsproduktion.

SEL liefert viele Beispiele dafür, daß sich die zivile und militärische Forschung und Gebrauchswerte nicht mehr voneinander trennen lassen. Die Mikrochiptechnologie ist nur ein Beispiel davon. Sie ist eine technologische Errungenschaft, die in den Fabriken und Büros die Automation von ganzen Produktionsprozessen oder Arbeitsbereichen, die Rationalisierung und die Zergliederung von Arbeitsabläufen auf immer kleinere Einheiten ermöglicht. Für den Kapitalisten bedeutet es, die Produktion hier in den Metropolenfabriken auf hochtechnisierte Abläufe reduzieren zu können, höhere Arbeitsproduktivität und damit Profitraten zu erzwingen. Für die Menschen hier bedeutet es Massenarbeitslosigkeit und für die, die Arbeit haben, entvölkerte Arbeitsstätten, auf das Minimum reduzierte Arbeitsabläufe, die keine Chance haben sollen, auf den Produktionsprozeß Einfluß zu nehmen (was in der Vergangenheit die Macht der Arbeiter gewesen ist), dazu durch Videokameras überwachte Arbeitsplätze, die jeden Widerstand im Keim ersticken sollen. Um ihr System der Ausbeutung und Unterdrückung zu sichern, müssen sie die Welt in einen einzigen Markt umstrukturieren. In der 3. Welt haben die Imperialisten ihre Skrupellosigkeit in der brutalen und gewaltsamen Durchsetzung ihrer Interessen, in der Installierung von faschistischen Regimen, in der Militarisierung der von ihnen abhängigen Staaten tausendfach bewiesen. In den Jahren, in denen die Imperialisten die Menschen hier mit der psychologischen Kriegsführung und dem Angebot des warmen Platz am Arsch einkaufen konnten, haben sie gleichzeitig Vorbereitungen getroffen, die militärische Kontrollierbarkeit über sie zu erlangen. Der zivile Mikrochip in den Computerterminals des BKA ermöglicht ihnen die datenmäßige Erfassung all dessen, was zu erfassen ist und die Verarbeitung des Rohmaterials. Der Chip, das Video auf den Straßen und an den Treffpunkten und die hochentwickelten Nachrichtenübertragungssysteme von einem Großcomputer zum nächsten, vom KOB direkt in den BKA-Terminal, sind u.a. zivile SEL-Produkte, die die Kontrolle des Staatsschutzes, der Bullen neuerdings in allen Unis, über alle Bereiche, in denen wir leben und

arbeiten, verbessert Überschaubarkeit, Kontrollierbarkeit, schnelle Registrierung und schneller Zugriff.

Der Anfang von ihrem Ende ist, den Anschein ihrer Unbesiegbarkeit zu zerstören. Das vermittelt die Hoffnung, die den Anstoß für andere gibt, aufzustehen und zu brechen mit der Selbstzerstörung, der Droge, dem Konsum und der Lethargie, um für ein anderes, neues Leben den Kampf zu beginnen. Der Anfang ist gemacht, wenn wir in die Räder greifen, die das System am Laufen halten; auf Dauer, wenn immer wieder von neuem fundamentale Teile des Ganzen außer Kraft gesetzt werden, kann es das nicht verkraften. Das ist die Erkenntnis, die wir aus dem Kampf der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt, deren Siegen und aus den Kämpfen hier ziehen können.

Jeder muß eigenständig und eigenverantwortlich das anfangen, wo er steht mit seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten und er kann nicht auf die Bestätigung oder das Management anderer warten. Das kann nur ein vollkommen aktiver und selbstbestimmter Prozeß sein, sich zur Waffe für die Veränderung der Verhältnisse zu entwickeln, die Unversöhnlichkeit und Entschlossenheit zu festigen und handelnd seine Möglichkeiten zu verändern.

Wider den linken Antiamerikanismus

Daß diese Anfänge revolutionärer Mobilisierung noch auf politisch schwachen Füßen steht, zeigt u.a. der auch unter den Militanten verbreitete Anti-Amerikanismus, zu dem wir hier noch mal was sagen wollen. Anti-Amerikanismus ist eine Tendenz, die nicht zuletzt auch von den Herrschenden in die Welt gesetzt wird, um wegzudrücken, daß es uns um die internationalen Klassenwidersprüche zwischen imperialistischer Bourgeoisie und den unterdrückten Menschen und Völkern der Welt geht, um die Auflösung dieses Widerspruchs zu unseren Gunsten durch den internationalen Befreiungskrieg, die Revolution im internationalen Rahmen. Anti-Amerikanismus verschleiert den Klassencharakter und führt in der Konsequenz zu einem platten Nationalismus und zu Rassismus gegen Amerika als Ganzes, wo die Differenzierung zwischen dem herrschenden Kapital und den Völkern in den USA nicht mehr gemacht wird. Dem Anti-Amerikanismus liegt eine immer noch unterentwickelte Analyse der Rolle der BRD im imperialistischen Staatensystem zugrunde. Ein anderer wesentlicher Grund dafür, daß wir die hessischen Anschläge vom November und Dezember nicht schnell als von Staatsschutz und Faschisten initiiert erkannt haben, ist der, daß es wesentlich an Vorstellungen fehlt, wie wir unseren Kampf gegen dieses Herrschaftssystem auf die festen Füße einer langatmigen Konzeption stellen können und wenn wir es für möglich hielten, daß die Anschläge von Linken gemacht wurden, haben wir die Wichtigkeit der Kritik und der darin liegenden Möglichkeit der Auseinandersetzung nicht begriffen. In diesem Zusammenhang können wir vom Befreiungskampf des vietnamesischen und aktuell salvadorianischen Volkes lernen. Doch bestimmen sich die Angriffe auf Büttel in den Polizei- und Militärapparaten ausschließlich im Rahmen entscheidender strategischer Offensiven. Im Rahmen solcher militärischen Offensiven nimmt die Agitation in den feindlichen Gewaltapparat hinein, die Aufforderung zu desertieren, überzulaufen oder direkt die Gewehre umzudrehen, eine wichtige Rolle ein. In einer Situation, wo wir uns hier immer noch im Anfangsstadium des revolutionären Volkskrieges befinden, ist die Linie, militärisch x-beliebige Soldaten und Bullen anzugreifen, falsch und politisch schädlich. Angriffe in den homeareas der yanks leisten einem politisch zurückwerfenden Aktionsmus und Anti-Amerikanismus Vorschub und geben den Herrschenden Waffen in die Hand, die Bestimmung unseres Kampfes zu denunzieren. Sie ziehen weg von den anstehenden Auseinandersetzungen um die Stabilisierung anti-imperialistischen Bewußtseins und von der genauen Bestimmung unserer politischen und praktischen Aufgaben und Möglichkeiten in diesem wichtigen Jahr 1983. Dieses Jahr wird für die weitere Entwicklung, Verbreiterung und Festigung revolutionärer Politik eine entscheidende Phase sein. Unsere politische Praxis darin, vom Flugblatt bis zum materiellen Angriff, wird danach beurteilt werden müssen, ob wir

denen, die angefangen haben zu kämpfen, Beispiele und Orientierungshilfe geben, die Ursachen der konkreten Widersprüche zu erklären und gleichzeitig praktische Alternativen für den Widerstand zu entwickeln. Wir müssen, weil wir hier als revolutionäre Kraft noch schwach sind, die Ansatzpunkte, an denen wir mit praktischen Initiativen angreifen, nach ihrer Bedeutung und Wichtigkeit für die imperialistische Herrschaftsstrategie und zwar aus dem internationalen Zusammenhang heraus, bestimmen.

Den politischen Preis hochtreiben

Das Ziel unserer Praxis an diesen Punkten ist, den Herrschenden den politischen Preis für die Durchsetzung ihrer Projekte so hoch wie möglich zu treiben. Der größte Verlust für die Imperialisten ist, daß hier Menschen die Notwendigkeit zu kämpfen erkennen und sich daran machen, die Frage zu lösen, wie dieser Kampf zu gewinnen ist. Dabei steht für uns fest, daß ein wesentlicher Teil unseres politischen Handelns der materielle Angriff ist. Wir müssen darin unser Wissen und unsere Möglichkeiten auf dieser Ebene so verändern, daß die materielle Schärfe des Angriffs zunimmt.

Wir finden es falsch, den Protestbewegungen missionarisch hinterherzurennen und da unsere Sachen reinzutragen. Es wird vielmehr darauf ankommen, daß wir unser politisches Ziel, im Widerstand gegen entscheidende Stützpfiler und zentrale Projekte der imperialistischen Macht, verdeutlichen können und daß wir darin die Einheit zwischen Wort und Tat herstellen.

In den letzten Jahren ist es uns punktuell gelungen, nur hat es nach jedem Punkt Brüche gegeben, keine Festigkeit und Kontinuität. Als ein wesentliches Defizit sehen wir die fehlende Organisierung und das fehlende Bewußtsein über die Notwendigkeit der Organisierung. Die Lösung dieses Problems wird aber mit zeigen, ob wir hier eine revolutionäre Bewegung werden oder nicht. Organisierung kann nur auf der Basis eines gemeinsamen Ziels und Einigkeiten über den Weg dahin erfolgen. Es wird darauf ankommen, gerade unter diesen Kampfbedingungen in der Metropole, ohne breite Verankerung im Volk, wie jeder einzelne und dann mit anderen gemeinsam Ideen und Vorstellungen entwickelt, die mit der nötigen Entschlossenheit angegangen werden und das vor allem in schwierigen Phasen, wo es mehr Fragen als Antworten gibt.

Organisierung ist ein mühsamer Prozeß, der sich darin entwickeln muß, gemeinsame Erfahrungen im Kampf zu machen und daraus nächste Schritte zu entwickeln. Es gibt kein Rezept, nach dem es hier laufen kann. Eigene Entwicklung und Organisierung im Widerstand hängt davon ab, wie jeder mit der Reaktion des Feindes umzugehen lernt. Das setzt voraus, daß sich jeder eine Vorstellung davon macht, was Knast für ihn heißt, damit er und das ist eine Bedingung für das Weiterkämpfen die Angst vor einer möglichen Konsequenz überwinden kann.

Diese Angst wird nicht einfach verfliegen, aber sie schwindet, wenn unser Bewußtsein wächst, daß es für uns nichts anderes gibt, als zu kämpfen und daß der Kampf um Befreiung im Knast weitergehen kann und weitergehen wird. Das ist eine Erfahrung, die wir an den Gefangenen gemacht haben, als wir ihren Widerstand zu unserem gemacht haben und darüber die Vorstellung drinnen und draußen ein Kampf real faßbar wurde. Daß dies möglich ist, haben wir von ihnen gelernt und so ist es eine wichtige Aufgabe für uns, sie in unsere Auseinandersetzungen hier draußen miteinzubeziehen, die Einheit mit ihnen über Mauern und Gitter hinweg herzustellen.

Anschlag gegen IBM Reutlingen (März 83)

Die Bedeutung der IBM ist durch zwei Punkte gekennzeichnet einmal ist IBM einer der größten multinationalen Konzerne mit einem Umsatz von 44 Milliarden Dollar (1982), zum anderen ist IBM größter Computerhersteller der Welt. Beide Aspekte sind unter kapitalistischen Verhältnissen insofern verquickt, als der Computer eines der wichtigsten Rationalisierungsmittel ist, als auch das einzige Instrument, Informations- und Steuerungsprobleme in den Griff zu bekommen.

IBM leistet in der Computeranwendung selbst Schrittmacherdienste, um die Entwicklung der elektronischen Datenverarbeitung (EDV) voranzutreiben. Ziel ist die Einsparung von Arbeitskräften, die Automatisierung von Produktionsabläufen und Verwaltungsprozessen, innerbetriebliche Kontrolle der Arbeiter, umfassende Verbesserung von Information und Kommunikation zwischen Konzernleitung und den Zweigbetrieben. Die Kapitalisten sind so in der Lage, Widerstand in den Betrieben im Vorfeld zu zerschlagen, das Personaldatensystem liefert jederzeit ein vollständiges Bild des einzelnen Arbeiters. Wieviel hat er produziert, verhält er sich kooperativ am Arbeitsplatz und zu den Vorgesetzten, wie lebt er in der Freizeit, ist er gewerkschaftlich organisiert, wie oft war er krank.

Die AOK Baden-Württemberg zum Beispiel, ausgestattet mit einem IBM-Rechnerverbund, verfügt über die Daten von 7 Millionen Personen und führt für 86.000 Unternehmen die Konten. Über dieses Datensystem ist der Zugriff auf die Krankheitsstatistik aller Arbeiter für die Unternehmer gesichert.

In Bezug auf Personalplanung und Steuerung ist IBM selbst Musterbetrieb. Der Personalbereich soll ähnlich langfristig geplant und flexibel kontrolliert werden wie die Produktion. Dazu ist ein Betriebssystem notwendig, das menschliche Beziehungen erfaßbar miteinschließt, in dem die Gegensätze zwischen Vorgesetzten und Untergebenen verwischt, rationell gestaltet, überschaubar, regelbar und damit planbar macht. Dies gelingt nur, wenn die abhängig Arbeitenden mitspielen, wenn sie sich mit den vorgegebenen Planzielen identifizieren und sich im Betrieb integrieren. IBM hat dafür ein umfangreiches Gehirnwascheprogramm entwickelt, das die Illusion eines demokratischen Betriebes erweckt. Über Kummerbriefkästen und Beschwerdestellen werden die Arbeiter zur Kritik aufgefordert. Das ermöglicht der Betriebsführung, Unruheherde frühzeitig zu erfassen. Belohnungen für produktivitätssteigernde Ideen binden den Arbeiter an die Probleme der Computerfertigung. Organisierte gemeinsame Freizeiten der Arbeiter sollen das Gefühl vermitteln, sie gehören alle zur IBM-Familie. So schafft sich IBM bis ins Detail Überblick über das Leben ihrer Arbeiter, die nicht nur in der Produktion, sondern auch als Werbeträger und Öffentlichkeitsarbeiter nach außen funktionieren sollen. Zusätzlich verfügt IBM über einen starken Überwachungsapparat. Kameras sind installiert, Telefongespräche werden abgehört. Gehirnwäsche und Kapitalismuspropaganda beschränken sich längst nicht auf den eigenen Konzern. Mit IBM-finanzierten öffentlichen Kunstausstellungen und Musikveranstaltungen, über betriebseigene Zeitschrift und gekaufte Fernsehprogramme schaltet sich IBM direkt ins kulturelle Leben ein. Die 5.000 Bildschirmtextcomputer der Bundespost sind IBM-Technologie, ein aktiver Beitrag zur kapitalistischen Medienpolitik.

In den NATO-Stabsrahmenübung WINTEX werden Zivilverteidigung zur Aufrechterhaltung der Staatsgewalt und der inneren Sicherheit und die direkte Unterstützung der NATO durch den Zivilschutz und die Zivilverwaltung im Krisenfall und Krieg geprobt. Das NATO-Informationssystem ist IBM-System.

Deshalb ist es wohl auch kein Zufall, daß sich im selben Gebäude auch das Wehrkreiskommando der Bundeswehr, die Hamburg-Mannheimer Versicherung, der Metallarbeitgeberverband Hohenzollern, die Brücke Organisation zur Förderung und Weiterbildung von Führungskräften und das Arbeits- und

Sozialgericht befinden.

Wir wollen an dieser Stelle nochmals deutlich sagen, daß sich unsere Angriffe niemals gegen die Menschen der unterdrückten Klasse richten, sondern gegen die imperialistischen Technokraten, die die Fäden dieses unmenschlichen Systems in der Hand halten, gegen deren Institutionen und Strukturen, mit denen sie uns alle terrorisieren.

Die antiimperialistische Front aufbauen!

Erfüllung der Forderungen nach Zusammenlegung der Gefangenen in Gruppen!

Kampf der elektronischen Totalkontrolle! Aktion gegen die alliierte Truppenparade, Berlin (Mai 83)

Es ist immer Krieg, wenn das Militär auf die Straße geht!

1973 war es zum ersten Mal soweit aufgrund der massiven, militanten Proteste der damaligen außerparlamentarischen Opposition sahen sich die Herren West-Berlins der Senat und die Alliierten nicht in der Lage, ihre alljährliche Truppenparade auf der Straße des 17. Juni durchzuführen. Sie verkrochen sich aus der City zu einem kurzen Zeremoniell am Schloß Charlottenburg.

Wie alle Ratten kamen auch sie Ende der 70er Jahre wieder aus ihren Löchern, um uns an der Siegessäule wieder mit Marschmusik und Panzergerassel zu erfreuen. Im Jahr 1980 benötigten sie schon 3.000 Bullen, um ihre Militärparade durchzuziehen. Im Anschluß an die 80er Parade wurde das Dach des Amerikahauses aus Protest gegen die imperialistische Politik der USA bestiegen.

Mit dem Anschlag um 4 Uhr 30 in der Nacht vom 20. auf den 21. Mai haben wir versucht, die 83er Parade zu verhindern.

1.) Wir haben dieses militaristische Spektakel satt. Immer schon dienen Truppenparaden nicht der Abschreckung nach außen, sondern der psychologischen Kriegsführung im Innern. Genau deshalb werden seit einigen Jahren wieder öffentliche Treuegelöbnisse und ähnlicher Müll in Stadien, Fabriken u.a.m. durchgeführt. Aber das ist nicht der einzige Grund. Der Krieg der Engländer auf den Malvinen²² im letzten Jahr hat gezeigt, wie sehr militärische Aggressionen und kriegslüsternes Gehabe alle sozialen und gesellschaftlichen Konflikte vergessen machen können.

2.) Wir drücken mit diesem Anschlag unseren Protest und Widerstand gegen die Hochrüstungspläne der NATO aus. Wir hoffen auf viele ähnliche Aktionen, nicht nur im Zusammenhang mit der Stationierung von Pershing II, sondern gegen Militär und Rüstung überhaupt.

Anders als Teile der Friedensbewegung schlagen wir dabei keine nationalen Töne an. Wir wehren uns nicht gegen Atomraketen und Rüstung, weil wir glauben, daß die Deutschen dadurch besonders bedroht seien, sondern weil damit die gesamte Menschheit ausgerottet werden kann. Wir sind von Herzen internationalistisch. Wir leben, lieben, lachen und kämpfen mit unseren Genossinnen und Genossen aus Westeuropa oder Mittelamerika lieber, als uns deutsch-deutsches Spießertum, Gefühlsarmut, Beton und Plaste auch noch als wertvolle nationale Werte reinzutun. Wir haben nicht vergessen, was die dumpfe deutsche Nationalismus-Küche in zwei Weltkriegen bewirkt hat. Und heute ist dies nicht viel anders die BRD ist an allen Schweinereien der NATO direkt oder indirekt beteiligt, oft genug als treibende Kraft (z.B. beim Militärputsch in der Türkei). Nicht von ungefähr

betreibt die BRD einen blühenden Rüstungsexport.

In Westberlin ist die NATO allerdings vor allem durch amerikanische, englische und französische Truppen präsent. Angriffe gegen die Bundeswehr oder Rüstungsbetriebe sind hier nicht möglich.

3.) Die Alliierten sind hier in Berlin nicht etwa symbolische Schutzmacht, sondern Garant bürgerlicher Ordnung. Bei den entsprechenden Anlässen (z.B. Haig- und Reagan-Besuch) arbeiten sie mit den Bullen Hand in Hand. Und natürlich üben sie ihren Häuserkampf in Kreuzberg und Schöneberg nicht aus Langeweile, sondern um sich auf den Ernstfall, d.h. ihren Teil der Aufstandsbekämpfung, vorzubereiten.

4.) Dieser Anschlag ist nicht antiamerikanisch, antifranzösisch oder antibritisch. Er ist antiimperialistisch. Er richtet sich gegen die Politik der Engländer in Irland, gegen die französische Afrikapolitik, gegen die imperialistische Politik der USA in großen Teilen der Welt. Wir haben zu der Perspektive und Form solcher Aktionen im Zusammenhang der Faschisten im Frankfurter Raum vor einigen Wochen bereits ausführlich Stellung genommen. Wir stehen seit einem Jahrzehnt in der Tradition des antiimperialistischen Kampfes. Die ersten Aktionen von Revolutionären Zellen richteten sich 1973 gegen Niederlassungen von ITT, wegen deren Verantwortlichkeit für den Putsch in Chile. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, den weltweiten Kampf gegen den Imperialismus mit Aktionen im Herzen der Bestie zu unterstützen. Und wir werden dies fortsetzen, ob es nun in Mode ist oder nicht.

5.) Bei einem Anschlag gegen die alliierte Truppenparade in Berlin müssen auch ein paar Worte zu den uns umgebenden sowjetischen Truppen gesagt werden. Wir wehren uns allerdings gegen eine plumpe Gleichsetzung der USA und der UdSSR. Ebenso wenig können wir allerdings zwischen guten (sozialistischen) und bösen (imperialistischen) Raketen unterscheiden. Die Dinger gehören generell verschrottet. Die inneren Verhältnisse in der UdSSR oder in der DDR sind uns ein Greuel, die Invasion in die CSSR²³ oder Afghanistan²⁴ nicht zu verteidigen. Die gefallenen und ermordeten sowjetischen Sozialrevolutionäre sind uns tausendmal näher als die herrschende real-sozialistische Technokratenclique. Es entspricht der Schachspielmentalität beider Seiten überall den CIA und KGB am Werke zu sehen und sogleich mit den notwendigen Bauernopfern zu kontern.

Dennoch ist unverkennbar, daß die USA in den letzten Jahren ihren Hegemonieanspruch zunehmend wieder mit militärischen Mitteln durchsetzen will und einen Atomkrieg ins Kalkül miteinbezieht. Gegen diese Angriffe verteidigen sich Befreiungsbewegungen überall auf der Welt auch mit sowjetischer Hilfe. Der US-Imperialismus (assistiert von seinen jeweiligen Partnern) ist Hauptangriffspunkt antiimperialistischer Politik.

Nachdem mit seiner Hilfe der Zionismus und die arabische Reaktion den palästinensischen Widerstand im Libanon angegriffen und vertrieben haben, ist derzeit Mittelamerika der Schauplatz imperialistischer Kriegsführung gegen die Befreiungsbewegungen der gesamten Region. Deswegen gehört ihnen heute unsere besondere Solidarität.

Venceremos !

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)

Anschlag auf das US-Offizierskasino, Frankfurt (Dezember 76)

Anschlag auf die NATO-Pipeline, Lorch (Juni 84)

Wir haben am 14. Juni 84 das bundesweite NATO-Pipelinennetz bei Lorch gesprengt.

Teil der imperialistischen Kriegsvorbereitungen der NATO ist der kontinuierliche Ausbau eines militärischen Treibstoffversorgungsnetzes in der gesamten BRD. Über ein Pipelinesystem und verschiedenen Treibstoffhaupt- und Nebenlager werden die militärischen Einrichtungen versorgt. Für die Installierung dieser Nervenstränge fließen die Gelder aus einem speziellen NATO-Infrastrukturprogramm, für das z.B. zwischen 1951 und 1977 über 16 Milliarden DM ausgegeben wurden. Weitere Schwerpunkte dieses Infrastrukturprogramms sind 220 Flugplätze, 10.000 km Rohrleitungen und Lagereinrichtungen für zwei Millionen Kubikmeter Treibstoff, Hafenanlagen, Raketenstellungen, Kriegshauptquartiere, Depots, der Fernmelde- und Luftverteidigungssektor.

Der Verlauf der Rohrleitungen ist einfach auszumachen, sobald die Leitungen Straßen, Bahndämme, Flüsse, Bäche oder Kanäle unterqueren, sind rot-weiße Markierungspfosten an beiden Seiten aufgestellt. Auf freiem Feld stehen sie zumindest in Sichtweite. Bei der Durchquerung von Wäldern führt die Leitung durch eine mindestens 6 m breite Schneise. Sie verläuft nie durch, sondern immer knapp an Wohngebieten vorbei. Die Rohre sind in einem 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen Graben eingelegt und in Sand gebettet. Sie haben einen Durchmesser von 200 mm und eine Wandstärke, je nach Grabentiefe, zwischen 7,1 und 8 mm. Hier im Süden sind auf einigen Pfosten Schilder mit der Aufschrift: Treibstoffversorgungsleitung, Bezirksverwaltung Süd, Sitz Idar-Oberstein angebracht.

Die Tatsache, daß der Erfüllungsgehilfe der Yankee-Kriegspläne, BMfV Wörner nur 25 km von der von uns angegriffenen Stelle der Pipeline wohnt, war für uns nicht ausschlaggebend. Uns geht es darum, die NATO-Kriegsmaschinerie als einen zentralen Teil der imperialistischen Weltbeherrschungspolitik effektiv zu bekämpfen. Dabei ist uns klar, daß wir das nicht durch diese einzelne Aktion schaffen, sondern nur durch die kontinuierliche Ausweitung dieser politischen Praxis. Mit dem Ziel, zu einer tatsächlichen proletarischen Gegenmacht zu werden, die sich eindeutig im Zusammenhang mit den um Befreiung kämpfenden Völkern in den Neokolonien des Imperialismus und den jungen sozialistischen Ländern der 3. Welt begreift.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die auf dem Rücken der Proletarier in den Metropolen, aber vor allem auf dem der Völker der 3. Welt bewältigt wird, ist nichts anderes als der Ausdruck der Umstrukturierung des internationalen Monopolkapitals zur Rekonstituierung ihrer politischen, ökonomisch-technologischen und militärischen Macht. Die Folgen sind Hunger und vermehrtes Massenelend in den Neokolonien, Arbeitslosigkeit und Verarmung im Metropolenproletariat.

Diesem Rekonstituierungsprojekt des Imperialismus müssen wir auf den drei Ebenen unseren Widerstand entgegensetzen:

1. Gegen die Spaltung und Individualisierung des Widerstandes,

für Organisation und Entschlossenheit im antiimperialistischen Kampf!

gegen das Vernichtungsprojekt der Schweine an unseren gefangenen Genossen und Genossinnen in

den Trakten,

für den gemeinsamen Kampf um ihre Zusammenlegung!

gegen den Rückzug in die Subkultur,

für die Entwicklung des Widerstands in der gesamten Arbeiterklasse!

gegen die monopolistischen neuen Technologien,

für die radikale Verhinderung ihres Einsatzes: die Produktionsstätten und Forschungszentren angreifen!

gegen Rationalisierung und Automatisierung,

für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung!

gegen Aussperrung und defensive Streikführung,

für organisierte Arbeitermilitanz!

2. gegen das Projekt des internationalen Finanz- und Monopolkapitals, die Arbeiterklasse weltweit zu spalten und gegeneinander auszuspielen: durch Produktionssplitting auf internationaler Ebene, durch das Diktieren nationaler politischer Systeme und gleichzeitiger relativer Privilegierung des Metropolenproletariats,

für eine neue Weltwirtschaftsordnung, wie sie von den sozialistischen Ländern der 3. Welt gefordert wird,

für die Entmachtung der Konzerne!

gegen die zunehmende spezielle Ausbeutung der Frauen,

gegen imperialistische Bevölkerungspolitik,

für die Bekämpfung sexistischer und rassistischer Diskriminierung!

3. gegen den imperialistischen Krieg,

für den Angriff auf die militärischen Koordinationszentralen und Funktionsträger, auf die militärische Infrastruktur, auf die davon profitierenden Unternehmen!

gegen die polizeilich-militärische Überwachung und Widerstandsbekämpfung, die Haftbedingungen in den NATO-KZs,

für eine weltweite Front gegen den Imperialismus!

Wir wollen uns aber auch mit unserer Aktion an der NATO-Pipeline, die von Aalen-Lauchheim nach Bodelshausen bei Tübingen verläuft, auf die regionalen Kämpfe dort beziehen.

Während unseres Angriffs läuft die Pfingstblockade26 der Friedensbewegung am US-Raketenstützpunkt Mutlangen, der von dieser Leitung aus mit Treibstoff versorgt wird.

In Bodelshausen wehren sich die Bewohner gegen die geplante Erweiterung des dortigen NATO-Zwischentanklagers um 20.000 Kubikmeter, vermutlich mit Düsentreibstoff JP 4 (Gefahrenklasse A1) auf insgesamt 30.000 Kubikmeter.

Gemeinsam und solidarisch werden die Kriegsprojekte der Imperialisten stoppen!

Krieg dem imperialistischen Krieg!

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand!

Sofortige Verlegung von Bernd Rössner²⁷ in die Gruppe nach Celle!

Die proletarische Gegenmacht aufbauen, die antiimperialistische Front organisieren!

Viel Liebe und Kraft allen unseren gefangenen Genossen und Genossinnen!

Aktion gegen die NATO-Pipeline, Mörfelden (Mai 85)

In der Nacht vom 30. auf den 31. Mai haben wir bei Mörfelden einen Schieberschacht der NATO-Pipeline angegangen, die der Treibstoffversorgung der Rhein/Main- Air Base dient. Nach drei Jahren Sonntagsspaziergängen und einem Jahr Inbetriebnahme sieht sich die Anti-Startbahn-Bewegung mit einer neuen Endsieg-Initiative der Betreiber konfrontiert.

Neben präventiven Großeinsätzen der Bullen soll mit dem juristischen Kunststück eines generellen Versammlungsverbots die Kontinuität eines Widerstands zerschlagen werden, der noch immer für vieles steht, was die Herrschenden stört

Die kleine, zähe Koalition aus Bürgern und Chaoten bleibt ein unberechenbarer, nicht mehr zu integrierender Störfaktor.

der dauerhafte Widerstand vermittelt nach wie vor und über die Region hinaus einen Bruch mit diesem System, was sich in ständigen, auch militanten Aktionen ausdrückt.

Schließlich beinhaltet dieser Widerstand die Ansätze weitergehender Inhalte (Großprojekte, NATO, ...) und übergreifender Strukturen (im Rhein-Main-Gebiet).

Umso unverzichtbarer bleibt die Durchsetzung der Sonntage²⁸, der gemeinsamen Aktionen vor Ort und die vorläufige Rücknahme des Verbots stellt hier einen ersten Erfolg dar. Gleichzeitig wollen wir und das ist ein Ziel unserer Aktion dieser Offensive der Gegenseite, dem Würgegriff draußen am Gelände, erweiterte Handlungsmöglichkeiten entgegensetzen: gerade auch gegen die US-Air Base als einem zentralen Bereich des imperialistischen Großprojekts Rhein- Main-Flughafen.

Passend zum 30. Jahrestag des NATO-Beitritts der BRD am 5. Mai ist es uns wichtig, die Widerstandsmöglichkeiten gegen die NATO, insbesondere ihre Infrastruktur, nochmals konkreter zu thematisieren, eben als eine Linie im Kampf gegen den Imperialismus.

Als Stützpfeiler weltweiter Unterdrückung ist und bleibt die NATO ihre Hochrüstung und Perfektionierung auf allen Ebenen ein ganz zentrales imperialistisches Projekt, unabdingbares Mittel insbesondere zur militärischen Absicherung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten auf dem gesamten Globus. Air Land Battle 2000²⁹ bestätigt dies für die nächsten Jahrzehnte.

Die Rolle der BRD darin ist kaum mehr zu überschätzen:

als Frontstaat aufgerüstet gegen den konkurrierenden Machtblock, um in ständiger Erstschlagsdrohung eben diese Konkurrenz weltweit zu neutralisieren, langfristig zu zerschlagen.

als Hinterland mit zumindest umfangreicher logistischer Beteiligung bei Interventionen in Arabien, Afrika und Asien;

als vorantreibende Kraft bei der Integration Westeuropas zum erstarkten Standbein in der NATO und nicht zuletzt zur gemeinsam abgestimmten Widerstandsbekämpfung.

Imperialistischer Krieg nach außen, um die wirtschaftlichen Interessen skrupellos durchzusetzen, die Krise abwälzen zu können, täglich auf Kosten unzähliger Hungertoter in der sog. Dritten Welt.

Krieg nach innen, um jeglichen Widerstand hier, der sich nicht integrieren läßt, möglichst im Keim, präventiv, zu ersticken oder zerschlagen, die Vernichtungshaft ist ein Beispiel.

Aus diesen Zusammenhängen bestimmt sich für uns Wille und Notwendigkeit, hier im Herzen der Bestie den Kampf gegen das Projekt NATO fortzusetzen und weiterzuentwickeln.

Auch in bzw. trotz einer aufgeblähten und mehrheitlich staatstragenden Friedensbewegung hat sich ein Bewußtsein gegen die NATO zweifellos verbreitert. Die Grenzen zwischen Antimilitarismus und Antiamerikanismus verfließen nicht selten. Die Aktionstage 83 in Bremerhaven/Nordenham, die Blockaden gegen Munitionstransporte dort auch 84 (dazu weiter unten mehr), Manöverstörungen in Hildesheim/Fulda oder auch der fortgesetzte Widerstand gegen die Startbahn West (unter verstärkter Einbeziehung der Air-Base) mögen als Beispiele dafür dienen, daß daran weitergearbeitet wird. Gleichzeitig haben das ist unbestritten viele resigniert, sich perspektivlos bis abwartend zurückgezogen und das längst nicht nur in breiteren bürgerlichen Kreisen, sondern gerade auch bei Menschen, die sehr wohl mit diesem System prinzipieller gebrochen hatten (und haben!). Hier wie in obengenannten Bewegungen die inhaltliche Diskussion wieder aufnehmen bzw. weiterzuführen, aber vor allem praktische Orientierungspunkte aufzuzeigen, sehen wir als dringendste Aufgaben.

Mit festgefressenem Kräfteverhältnis hatten die Gefangenen die aktuelle Situation recht treffend bezeichnet. Zwar hat sich in der BRD, gemessen an der Entwicklung von der Bewegungshochzeit 81/82 bis heute ein militanter Widerstand von Demos bis zu Anschlägen stabilisiert, hat sich sogar von einer eher spontanen auf eine organisierte Ebene verschoben (über 500 Sabotageaktionen, 250 Brand- und Sprengstoffanschläge, wie Zimmermann³⁰ für 84 feststellen mußte). Das war und ist wichtig.

Daß sie hier trotz aller Repression nicht drankommen, bleibt für uns als kontinuierliche Praxis ein wesentlicher Ausgangspunkt. Allerdings hat der Staat mangels offensiver Verbreiterung dieser Aktionen und entsprechend eingeschränkter Effektivität damit umgehen gelernt, fehlt dadurch auch die politische Brisanz und Schärfe, die ihm die Möglichkeit nehmen würde, diesen Kampf als zwar störende aber noch erträgliche Randerscheinung zu schlucken.

Gelassenheit wurde ja selbst nach der Serie von Brand- und Sprengstoffanschlägen im Dezember/Januar zur Unterstützung der Forderungen von politischen Gefangenen³¹ nach ihrer Zusammenlegung öffentlich propagiert, was freilich vorgespielt ist. Denn mit dem Versuch, diese Aktionen leerlaufen zu lassen, sind ohne Frage die Vorbereitungen für ein neues Rollback in Gang, also mit ihren Mitteln, von Razzien bis Verhaftungen, die sichtbar gewordenen Ansätze einer Antimperialistischen Front, den militanten Widerstand überhaupt, niederzuschlagen.

Gelassenheit können sie sich aber auch leisten, weil die alleinige Potenzierung militanter Aktionen, zumindest in diesem Grad und um deren Begrenztheit sie wissen noch nicht ausreicht für einen Durchbruch, der eine neue Qualität und damit was sie vor allem fürchten Orientierung und Perspektive ausdrückt.

Dazu gehört eine verstärkte offene, politische Mobilisierung, die die verschiedenen Bewegungen, autonome und antiimperialistische Gruppen in eine gemeinsame Auseinandersetzung bringt, um den bisher vor allem objektiven Zusammenhang auch subjektiv zusammenzukriegen zu einer starken Kraft, die potentiell existiert.

Dazu gehört natürlich auch die Fortsetzung der militanten Aktionen an allen ihren Projekten als politische Angriffe gegen Staat und Kapital, schließlich gezielte, vermittel- und verbreiterbare praktische Eingriffe an den Schwerpunkten ihres militärischen Apparates.

Letzteres also das direkte Eingreifen/Behindern bleibt sicher schwieriger anzugehen, setzt bestimmte und zunehmend realistischer werdende Situationen voraus. Bei RDF(Schnelle Eingreiftruppen)-Interventionen z.B. in Arabien wäre die BRD logistischer Umschlagplatz von Kriegsmaterial aller Art, würden von hier aus Soldaten eingeflogen, Verwundete versorgt (nicht zuletzt über die Rhein/Main-Air Base mit dem Sitz des military airlift command, direkt zuständig für die schnelle Luftversorgung nach Südwestasien, Afrika ...).

Sicher haben sich die Militärs auch für diesen Fall enorme Überkapazitäten geschaffen, sowohl was die Anzahl militärischer Versorgungseinrichtungen hier betrifft, als auch die zunehmende Installierung von Basen in anderen Ländern Südwestasiens: also Türkei, Kenia, Ägypten. Trotzdem werden US/NATO-Truppen, insbesondere bei länger anhaltenden Auseinandersetzungen auf einen möglichst gut funktionierenden Nachschub im ruhigen Hinterland angewiesen sein. Und trotzdem konzentriert sich nach wie vor ein wesentlicher Teil dessen auf das infrastrukturell optimal ausgebaute und vor allem politisch stabile Westdeutschland.

Diesen Zustand effektiv zu verändern, also an dieser tödlichen Superstruktur NATO politisch an- und gleichzeitig praktisch einzugreifen, stellt sich als eines unserer mittelfristigen Ziele. Eben auch hier einen zunehmend heißen Boden zu schaffen, der sie in der Sicherheit ungestörter Kriegsführungs- und Interventionsfähigkeit trifft und beginnt, hier eine eigene entschlossene, handlungsfähige Kraft, Front zu bilden.

Konkretisieren wollen wir das im Folgenden mit zusammenfassenden Informationen und soweit vorhanden Erfahrungen, an einigen u.E. bedeutenden Schwachpunkten des militärischen Apparats.

Wir verlangen von euch einzig und allein, daß ihr euch an eurem Platz bewährt, denn wenn ihr dem Kapitalismus seine eigentliche Grundlage entzieht, helft ihr uns am meisten. Die Länder der Dritten Welt hoffen gleichsam auf die Schwächung, die der Klassenkampf im eigenen Land für den Aggressor bedeutet. Die Stütze der Befreiungsbewegungen durch den innerkapitalistischen Konflikt (Klassenkampf) sollten durch direkte Interventionen im Land der Imperialisten ergänzt werden: durch den Druck auf die öffentliche Meinung bis hin zu Aktionen gegen die Versorgungseinrichtungen oder Nachschubwege der US-Armee.

(Amilcar Cabral³², afrikanischer Revolutionär)

Die militärischen Anlagen selbst sind insbesondere zu Krisenzeiten, entsprechend ihrer Bedeutung, verstärkt gesichert und eher kaum anzugehende Bastionen. Anders sieht es aus mit dem Netzgeflecht militärisch genutzter, bzw. für das Militär unabdingbarer Transport- und Verbindungswege, Wege aller Art, die in ihrem Umfang gar nicht zu bewachen sind

Straßen, Schienen, Wasserwege für Truppen- und Munitionstransporte,

das NATO-Pipelinesystem zur Treibstoffversorgung,

das NATO-Kommunikationssystem, u.a. mit einem glasfaserverkabelten Fernmeldenetz.

Gerade letzteres wurde bisher kaum beachtet, obwohl dazu ein eigenes NATO-Programm in den letzten Jahren immens vorangetrieben wurde, das NATO integrated communication system (NICS).

Stehen uns noch keine Killersatelliten zur Verfügung, bleiben dennoch genügend Angriffspunkte, die das auf verschiedenen Ebenen ausgebaute Kommunikationsnetz effektiv angehen lassen. Glasfaserkabel müssen irgendwo entlang führen, sind zwar angeblich EMP33- und abhörsicher, jedoch keineswegs zerstörungssicher. Mit zivilen posteigenen Fernmeldeanlagen, Umsetzern usw. planen und proben die Militärs im Ernstfall würde wesentlich darauf zurückgegriffen bestehen schon heute Koordinationsstellen zwischen Territorialheer und Oberpostdirektion.

Ohne hier weiter darauf einzugehen, bieten sich an diesem Komplex zweifellos konkrete Eingriffsmöglichkeiten, die verstärkte Nachforschungen auf diesem Gebiet voraussetzen. In Beobachtungen und Nachforschungen, vor allem aber in Diskussionen und Erfahrungen sehr viel fortgeschrittener, scheint sich dennoch der Widerstand gegen Munitionstransporte auf einzelne Ausnahmen reduziert zu haben, entgegen allen Ansprüchen, mit denen doch viele diese langfristige Arbeit verbanden und die wir nach wie vor für zutreffend ansehen. Heißt doch Nachschub stören, (zielmäßig) verhindern nichts anderes als NATO zerschlagen oder realistischer: die NATO niedernagen.

Ohne funktionierenden Nachschub keine funktionierende Armee, vor allem keine ungestörte Intervention, was 1983 zu Recht der eurofixierten Raketenbewegung entgegengehalten wurde. Umso trauriger, daß der anfänglichen Euphorie, hier nämlich einen fundamentalen, überall angreifbaren Knackpunkt gefunden zu haben, schon letztes Jahr kaum noch breitere Diskussionen, geschweige denn Aktionen folgten. Allein Teile des unabhängigen Friedensspektrum in der Wesermarsch haben ihre Arbeit fortgesetzt, freilich an einem konkreten Ansatzpunkt, den Bombenzügen in Nordenham und in offenen Blockadeaktionen. Dort sicherlich möglich und angemessen, war die Frage des Umgangs (offen oder verdeckt), weil aufgrund der Observation und Telefonabhören die Beobachtungen und Begrüßungsaktionen verhindert werden bzw. leerlaufen konnten. Hinzu kamen die verschärften Bedingungen massiver Repression, von Pressekampagnen über Hausdurchsuchungen bis zu 129a- Verfahren. Ohne dies zu unterschätzen, muß damit umgegangen werden.

Ob dem eine offene, breite politische Mobilisierung entgegensetzen oder verdeckt darauf zu antworten ist, hängt von der jeweiligen Situation ab. Entlang der Wegstrecken erscheint letzteres sicherlich realistischer, was wiederum die offene politische Diskussion darüber nicht ausschließen darf.

Wir glauben, daß, wie so oft, trotz oben genannter Bedingungen, wesentlich unsere mangelnde Ausdauer und Zähigkeit (für Beobachtungen, für den Aufbau von Strukturen.) dafür verantwortlich sind, daß dieser wichtige Ansatzpunkt im Sog allgemeiner Perspektivlosigkeit untergegangen ist.

An Schiffs- und Schienenwegen, wo wegen ihrer relativen Überschaubarkeit eine Praxis am weitesten entwickelt war, müßte die Auseinandersetzung wieder aufgenommen werden .

Daß damit Aktionsmöglichkeiten nicht auf die Hauptnachschanlinie (auf die sie sich bisher bezog) beschränkt bleiben, zeigt der von Benno, Susi und dem Feuerteufel in November letzten Jahres gestoppte Militärzug in Berlin anläßlich der US-Wahlen oder die zersägte Schiene zur US-Air Base während der Startbahn-Einweihung. Wenn auch diese und weitere Aktionen vorerst symbolisch bleiben, liegt darin weitergehend eine ganz konkrete Eingriffsmöglichkeit.

Sichtbar übrigens schon heute im unruhigen Wendland, wo AKW-Gegner durch Angriffe auf die Infrastruktur (Straßenblockaden, Schienensabotage) die Durchführung der darauf angewiesenen

Atom Mülltransporte erheblich in Schwierigkeiten brachten (und ebenfalls sind dort 129a-Verfahren am laufen). Noch eine weitere Parallele ließ sich hier ziehen: in der Wendlandblockade im April 84, wie auch zu den Aktionstagen im Februar 85 wurden sämtliche Zufahrtstraßen und Schienen gesperrt bzw. zu sperren versucht angesichts der zugespitzten Situation, unter Inkaufnahme eines gestörten Zivilverkehrs. Obwohl momentan sicher gezielte Sabotageaktionen gegen Militärzüge bzw. militärische Schienenstränge (z.B. zu Depots) vorrangig bleiben, wären ähnliche Aktionskampagnen gegen die Munitionstransporte vorstellbar.

Zum Beispiel bei Ankunft eines großen Schiffes in Nordenham könnte durch vielerart Blockaden an zahlreichen Stellen das gesamte Bundesbahnnetz vor allen Nord/Süd-Richtung massiv angegangen werden. Notgedrungen verbunden mit der Störung des Zivilverkehrs, stellte dies bisher ein Tabu dar, das allerdings spätestens mit einer direkten Intervention fallen würde und entsprechend schon heute anhand der allgemein zugespitzten Situation zu begründen einiger Proben bedarf.

ÜE

Das NATO-Pipelinesystem (NPS)

Die Beweglichkeit von Streitkräften hängt entscheidend von einer gesicherten Kraftstoffversorgung ab. Die NATO- Streitkräfte in Mitteleuropa stützen sich zur Kraftstoffversorgung ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte deshalb in erster Linie auf die vorhandenen NATO- Pipelinesysteme CEPS und NEPS ab...(ein Oberstleutnant in Wehrtechnik34 4/82)

Auch wenn es in seinen Anfängen weit weniger umfangreich und verschwendungsfähig war, existiert das NATO-Pipelinesystem (NPS) doch schon über 25 Jahre. Erst im letzten Jahr kam es zu einer seiner Bedeutung entsprechenden Würdigung

Am 14.6. versuchte eine RZ die Rohrleitungen bei Lorch/Süddeutschland zu sprengen.

am 11.12.84 jagten die CCC in Belgien das Pipelinenetz gleich an fünf Stellen in die Luft, u.a. die Verbindung zum HQ in Casteau. (Dadurch, daß bei der Verhaftung von RAF-Leuten im Juli 84 in Frankfurt Pläne gefunden worden waren, die auch die Treibstoffleitungen in Belgien betrafen, vermuten die Sicherheitsbehörden einen Zusammenhang).

im gleichen Monat sprengte die ETA an mehreren Stellen die Treibstoffleitungen zu spanischen und amerikanischen Militärstützpunkten.

am 8.1.85 entsteht bei einem Sprengstoffanschlag auf die NATO-Pipeline bei Hohenahr (Lahn-Dill-Kreis) angeblich nur geringer Schaden.

6080.000 DM Sachschaden entstanden Ostern 85 durch einen Sprengsatz in einem Schieberschacht der NATO-Pipeline bei Aalen, zu dem sich eine Kämpfende Einheit Ulrike Meinhof bekannte (Pumpstation Osnabrück).

Allein die Reaktionen, insbesondere auf den Anschlag in Belgien, haben die Bedeutung dieses Systems deutlich gemacht wahre Aufschreie, die das Treibstoffversorgungskonzept der NATO-Truppen in Gefahr sehen, dementsprechend die Hintermänner natürlich gleich bis hin zum KGB³⁵ vermuten.

Zu einigen Fakten Das NPS gliedert sich in zwei Teil

Das CEPS (Central european pipeline system) und NEPS (North european pipeline system).

Letzteres, das kleinere NEPS erstreckt sich von der Nordspitze Dänemarks bis südlich des Nordostseekanals, dient der Kraftstoffversorgung aller NATO-Streitkräfte im Bereich Europa-Nord und wird im Frieden von Dänemark und der BRD betrieben. 6.000 km Rohrleitungen, über 100 Pumpstationen und ca. 60 Tanklager mit einem Fassungsvermögen von 1,5 Millionen Kubikmetern, der Anschluß an zahlreiche Raffinerien sowie die Transportmöglichkeit verschiedener Betriebsstoffe machen das CEPS zum umfangreichsten und zugleich kompliziertesten militärischen Versorgungssystem weltweit. Fünf Länder Belgien, Frankreich, Luxemburg, Niederlande und die BRD sind daran beteiligt. Es dient der Kraftstoffversorgung aller NATO-Streitkräfte im Bereich Europa Mitte, wozu neben den oben genannten auch die USA, Kanada und Großbritannien gehören, das System also von 8 Staaten genutzt wird.

Was die Verantwortlichkeit in logistischen Angelegenheiten als auch den Betrieb innerhalb ihrer Grenzen betrifft, bleiben die beteiligten Länder angeblich souverän. Eine Koordinierung findet dann freilich über eine NATO-Behörde, das Betriebsamt Europa Mitte (CEQA) statt. Im jährlich großzügig erhöhten Etat des NATO-Infrastrukturprogramms hat das NPS seinen sicheren Platz.

Die Aufgaben des NPS sind wie folgt beschrieben:

Lagerung von Kraftstoffvorräten Transport von Kraftstoffen durch Pipelines

Umschlag im Kraftstoff bei der Einfüllung von Raffinerien und Tankern in das System bzw. bei der Entnahme über Eisenbahnkesselwagen, Tankkesselwagen und Schiffsbeladestellen sowie über Flugplatzanschlüsse. (Quelle: wie oben)

Das CEPS gliedert sich regional in Betriebsabschnitte, sog. Pipeline-Devisions und diese wiederum in sog. Distrikte. Die BRD hat gemäß einer CEPS-Charta die Verpflichtung für den Betrieb, die Instandhaltung, die Schadensbeseitigung und die Sicherung der auf ihrem Boden liegenden Betriebsabschnitte übernommen, nämlich der 6. und 7. Pipeline-Division.

Die Pipeline Div. 6 ist identisch mit dem Bereich des Territorialkommando Süd, die Pipeline Div. 7 mit dem Bereich des Territorialkommando Nord, der deutsche Teil des NEPS schließlich mit dem Territorialkommando Schleswig-Holstein. Diese deutschen Teile des CEPS und NEPS werden im Auftrag des Bundesministerium für Verteidigung durch eine sog. zivile Gesellschaft betrieben, die Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH, kurz FBG.

Die FBG gliedert sich in eine Hauptverwaltung, eine Betriebsverwaltung Süd und Nord für das CEPS und in die Betriebsverwaltung Schleswig-Holstein für das NEPS, also entsprechend den zuständigen Territorialkommandos. Zuständig für Betrieb, Instandhaltung, Bewachung, Brandschutz und Ölwehr hat die FBG ca. 1.000 Beschäftigte in ihren Diensten. Im Mobilisierungsfall würden sie sofort eingezogen und zusammen mit einem eigens bestehenden Pipeline-Pioniere-Bataillon zu einem entsprechenden Regiment aufgestockt.

Die Pipeline- Pioniere, denen im Friedensfall momentan nur die Schadensbeseitigung unterliegt, sind Teil des Territorialheers, den Einheiten der Bundeswehr, die selbst im Kriegsfall noch nationalen Oberbefehl unterstehen sollen und deren Existenz/Aufgabe sehr viel mehr unsere Beachtung finden sollte. Sie sind beauftragt mit der Aufrechterhaltung der Operationsfreiheit für die NATO-Streitkräfte, einschließlich des Schutzes rückwärtiger Gebiete, um damit eine Voraussetzung für die Vorverteidigung zu schaffen, also Raum- und Objektschutz, Verkehrsführung, Sanitätsversorgung, schließlich logistische Aufgaben, unter denen natürlich die Treibstoffversorgung eine wichtige Rolle spielt.

Kaum verwunderlich, daß entsprechend der ausgebauten militärischen Infrastruktur auch im

Rhein/Main-Gebiet Tanklager, Rohrleitungen und Anschlüsse des CEPS bestehen, zumal die Vorverteidigung eine Versorgung immer grenznäher, also weiter östlich erforderlich macht.

Wir haben mal zu recherchieren angefangen, erheben also keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit, erhoffen uns im Gegenteil weitere Nachforschungen, um ein vollständiges Bild zu bekommen bzw. bestimmte Vermutungen zu bestätigen oder zu verwerfen ...

3 NATO-Tanklager, betrieben jeweils von der FGB, finden sich im südlichen Rhein/Main-Gebiet, in etwa einer Ost-West-Linie. Bei Darmstadt/Eberstadt, unmittelbar neben der Frankenstein(Bundeswehr)-Kaserne, liegt das wohl größte Treibstoffdepot, direkt an der A 5.

Aus diesem Lager führt eine Pipeline nördlich von Mühlthal und Roßdorf, zwischen Groß- Zimmern und Dieburg entlang, schlängelt sich dann südlich von Babenhausen (mit Verbindung zu den dortigen US-Anlagen, Hubschrauberlandeplatz?) bis kurz hinter das Seligenstädter Kreuz und dort in das nächste Depot (Mainhausen/Mainflingen) hinein.

Hier, noch westlich des Mains gelegen, führt die Pipeline dann durch den Main ins nur wenige Kilometer entfernte NATO-Tanklager im Kleinostheimer Industriegebiet/Dettingen (bei Aschaffenburg). Als östliche Versorgungsstelle, unabhängig von evtl. zerstörten Mainbrücken, besitzt dieses dann optimale Straßenanschlüsse über die A 45 in nordöstlicher Richtung (Hanau, Fulda) und über die A 3 in südöstlicher Richtung. Dort konzentrieren sich bekanntlich US-Truppen.

Die Pipeline, von Eberstadt in westlicher Richtung nachverfolgt, stößt bei Stockstadt nördlich von Gernsheim auf den Altrheinarm und führt dann weiter in einem nördlichen Bogen den Rhein entlang bis nach Ginsheim bei Mainz, wo dieser Pipelinestrang in einer zentralen Pumpstation der FGB endet bzw. beginnt (Es ist davon auszugehen, daß prinzipiell beide Lauf/Transportrichtungen möglich sind).

Auf dieser Strecke Eberstadt-Ginsheim liegen nur wenige Meter entfernt, allerdings ohne erkennbare Anschlüsse ein Bundeswehrdepot mit Treibstoffdepot in Trebur/Hessenaue und auch ein Erdölgebiet/Raffinerie(?) bei Crumstadt nördlich von Gernsheim.

In Gernheim befinden sich wiederum ausgedehnte Hafenanlagen, die einen weiteren Zugang nahelegen.

Ist uns diesbezüglich gerade auch, was den Anschluß an das Zentralsystem angeht noch vieles unklar, so ist doch ein Adressat mit eigenem Strang bis ins Militärgelände hinein unverkennbar: die Rhein/Main-Air Base. Etwa bei Roßdorf (Darmstadt), also auf der Verbindung Eberstadt-Mainhausen, zweigt eine Rohrleitung nach Norden ab, durchquert den Kranichsteiner Forst, kreuzt dann in der Nähe des Rasthofes (Tankstelle!) Gräfenhausen die A 5 und führt westlich von Mörfelden und Walldorf durch den Mönchbruch in die Air Base.

Und welche/r Startbahngegner/in weiß schon, daß sie/er beim sonntäglichen Überqueren der Grundbachbrücke eben diese NATO-Pipeline hinter sich läßt. Es erfreut sich sicherlich allgemeinen Interesses, hier oder im Wald mal nachzugraben.

Nach den Erläuterungen der RZ, die in Süddeutschland tätig war, sind die Rohre in einen 80-100 cm breiten und 120 cm tiefen Graben eingelegt und in Sand gebettet. Sie haben einen Durchmesser von 200 mm und je nach Grabentiefe eine Wandstärke zwischen 7,1 und 8 mm.

Der Verlauf der Pipeline ist relativ einfach auszumachen. Sobald die Leitungen Straßen, Bahndämme, Flüsse oder Bäche unterqueren, sind an mindestens einer Seite rotweiße Markierungspfosten aufgestellt. Auf freiem Feld stehen sie zumeist in Sichtweite, in Wäldern wurde eine extra ca. 6 m breite Schneise geschlagen. Zudem laufen die Rohre nie durch, sondern immer knapp an

Wohngebieten vorbei. Auf den rotweißen Pfählen sind kleine Schilder angebracht mit der Aufschrift Fernleitungsbetriebsgesellschaft mbH, Bezirksverwaltung Süd (entsprechend: Territorialkommando Süd 6. Pipeline Division).

In direkter Nähe der Depots und in gewissen Abständen entlang der Rohrleitungen lassen sich eingezäunte, als FGB-eigen ausgewiesene Regulierungsvorrichtungen vorfinden.

Diese Anlagen, wie auch das System als Ganzes werden nur zum Teil ständig genutzt, ein anderer Teil liegt still, nichtsdestotrotz jederzeit betriebsbereit. Hauptsächlich, um das Pipelinesystem wirtschaftlicher zumachen und um den Umgang damit zu üben wird es auch nichtmilitärisch genutzt, werden zahlreiche raffinierte und halbraffinierte Produkte im Auftrag von zivilen Kunden transportiert. An der militärischen Priorität wird damit jedoch keinesfalls gerüttelt: eigens für militärische Zwecke wurde es schließlich konzipiert und hier hat es seine eigentliche, wesentliche Funktion betonen zuständige Militärs.

Selbst wenn einiges zu kompliziert oder technisch erscheinen mag und ein näheres Einsteigen verlangt, haben wir ganz bewußt Funktionen, Aufgaben und Struktur des NPS ausführlicher beschrieben. Noch bis vor kurzen so gut wie unbekannt, stellt es doch einen wesentlichen Teil der NATO-Infrastruktur dar, den wir ihnen (theoretisch kurzfristig) aus der Hand nehmen können; an dem, für sie kaum zu verhindern, eine verbreiterte Sabotage möglich ist.

Das Problem effektiver Zerstörung, wie es sich zur Zeit noch stellt, ist ein technisches und falls unser Experiment durchschlagenden Erfolg hat, werden wirs verbreiten ... falls nicht, auf ein Neues!

So sicher wir wissen, daß eine revolutionäre Umwälzung hier für die BRD nur international möglich ist und wir uns auch so verstehen, so sicher steht für uns doch der Aufbau regionaler und überregionaler Strukturen im Vordergrund. Eine Chance schließlich haben wir nur dann, wenn mehr und mehr Menschen dort gemeinsam kämpfen, wo sie leben und sich auskennen.

Einheit im sozialrevolutionären und antiimperialistischen Kampf!

Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand!

Den Widerstand organisieren!

Schafft viele revolutionäre Zellen!

aus: Die Früchte des Zorns

Texte und Materialien zur Geschichte der Revolutionären Zellen und der Roten Zora

ID-Archiv im IISG/ Amsterdam (Hg.)

ISBN: 3-89408-023-X

[\[Inhaltsverzeichnis\]](#)
